

Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1955.
Das Beispiel der Jugendbewegungen und privaten Organisationen

Inaugural-Dissertation
Zur Erlangung der Doktorwürde
der

Philosophischen Fakultät

der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von

Jacqueline Plum

aus

Haan

Bonn 2005

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Klaus Hildebrand
2. Berichterstatter: Prof. Dr. Ulrich Lappenküper

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Juli 2004

Diese Dissertation ist auf dem Hochschulschriftenserver der ULB Bonn
http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss_online elektronisch publiziert.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Vorwort | 5 |
| I. Einführung: Problem, Methode, Quellen- und Literaturlage | 7 |
| II. Que faire de l'Allemagne? - Die Deutschen umerziehen? Erste französische Überlegungen zur Umerziehung der Deutschen | 29 |
| III. Außerschulische Aktivitäten zur Umerziehung der deutschen Jugend: Französische Jugendpolitik in Deutschland 1945-1949 - Handlungszwänge und Handlungsspielräume im Rahmen französischer Deutschlandpolitik | 39 |
| 1. Aufbau der Besatzungsbehörden und ihre französischen Verantwortlichen | 39 |
| 2. Kultur- und Jugendpolitik in der französischen Besatzungszone: Improvisiert oder geplant? | 49 |
| 2.1. Die besatzungspolitischen Direktiven vom 20. Juli 1945 und erste allgemeine Anweisungen zur Bildungs- und Kulturpolitik vom 24. August 1945 | 49 |
| 2.2. Konzeptionen französischer Jugendpolitik zu Beginn der Besatzungszeit und ihre Vorläufer | 52 |
| 2.2.1. Die Bedeutung französischer Jugendorganisationen in Frankreich bis 1945: Front Populaire - Vichy - Résistance | 52 |
| 2.2.2. Deutsch-französischer Jugendaustausch in der Zwischenkriegszeit | 59 |
| 2.2.3. Vorbereitung und Ausarbeitung jugendpolitischer Direktiven im Spätsommer 1945 | 61 |
| 3. Die Jugendbewegungen: Pluralismus und Kontrolle als Leitmotive französischer Jugendpolitik in Deutschland | 72 |
| 3.1. Allgemeine Entwicklung und Politik | 72 |
| 3.1.1. Konfessionelle Gruppen und die starke Stellung der Kirchen | 83 |

| | | |
|--------|---|-----|
| 3.1.2. | Die nicht-konfessionellen und politischen Jugend-organisationen und ihre Rolle im jugendpolitischen Konzept | 95 |
| 3.2. | Die Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der alliierten Zonen und die Gründung des Deutschen Bundesjugendringes | 111 |
| 4. | Französische Volkshochschulpolitik als Bestandteil der außerschulischen Umerziehung | 118 |
| 5. | Internationale Begegnungen als umerziehungspolitische Maßnahme | 127 |
| 6. | Erste private Initiativen 1945-1949 | 147 |
| 6.1. | Frühe französische Initiativen: Das Zeitschriftenpaar Documents / Dokumente und die Gründung von B.I.L.D. (Bureau International de Liaison et de Documentation) und der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GÜZ) | 148 |
| 6.2. | Das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle. Eine französische Austausch- und Verständigungsinitiative mit dem "neuen" Deutschland | 154 |
| 6.3. | Eine deutsche Initiative: Das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg | 158 |
| IV. | 1949 - 1951: Bundesrepublikanische Souveränität und Kalter Krieg: Französische Kulturpolitik in der Umorientierung | 162 |
| 1. | Internationale Begegnungen als verbleibende jugendpolitische Aktivitäten Frankreichs: Zwischen Einflußnahmen und Verständigungsarbeit | 163 |
| 1.1. | Neue Schwerpunkte in der Kulturarbeit: Die Abteilung Internationale Begegnungen der Kulturabteilung in der Französischen Hohen Kommission orientiert sich neu | 163 |
| 1.2. | Französische Koordinationsbemühungen internationaler Begegnungen gegenüber der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten 1950/1951 und deutsche Koordinierungsversuche | 173 |
| 1.3. | Internationale Begegnungen: Deutsch-französisch oder europäisch? Höhepunkt einer Ära französischer Begegnungsinitiativen: Das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951 | 185 |
| 2. | Internationale Begegnungen und die wachsende Bedeutung der privaten Organisationen | 197 |

| | | |
|------|--|-----|
| 3. | Deutsche UNESCO-Institutionen als Relaisstationen französischer Einflußnahme in Deutschland? | 211 |
| | | |
| V. | 1951-1955: Französische Kulturpolitik in Deutschland: Kulturbeziehungen als eine weitere Säule der "großen Politik"? | 217 |
| 1. | Die Kulturabteilung des Französischen Hochkommissariats als Koordinator internationaler Begegnungen in Deutschland und Frankreich | 217 |
| 2. | Ein Kulturabkommen zwischen Deutschland und Frankreich: Eine Chance für den internationalen Jugendaustausch? | 228 |
| | | |
| VI. | Höhepunkt für den deutsch-französischen Jugendaustausch: Der Elysée-Vertrag und die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes am 5. Juli 1963 | 238 |
| 1. | Kulturpolitische Initiativen 1955 bis 1962/63 Deutschlands und Frankreichs im Wirkkreis von Wandel, Stagnation und nationalen Eigeninteressen | 238 |
| 2. | Die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in Erziehungs- und Jugendfragen: Vom Scheitern der Fouchet-Pläne bis zur Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Vertrages - Juli 1962 bis Januar 1963 | 242 |
| 2.1. | Das französische Memorandum vom 18. September 1962 – Erziehungs- und Jugendfragen | 245 |
| 2.2. | Das deutsche Memorandum vom 8. November 1962 und französische Reaktionen | 246 |
| 2.3. | Verhandlungen über den kulturpolitischen Bereich nach Übersendung der jeweiligen Memoranden | 248 |
| 2.4. | Ein Jugendaustausch- und Förderungswerk: Französische und deutsche Jugendliche werden zu Trägern internationaler Beziehungen | 252 |
| 3. | Die Genese des Deutsch-Französischen Jugendwerkes: Von den Vereinbarungen am 22. Januar 1963 bis zur Unterzeichnung des Abkommens am 5. Juli 1963 | 255 |
| 3.1. | Die Erarbeitung eines französischen Entwurfs und die Diskussion zwischen dem Quai d'Orsay und dem französischen Hochkommissariat für Jugend und Sport - Januar bis Mai 1963 | 260 |

| | | |
|-----------------------------------|--|-----|
| 3.2. | Die Erarbeitung eines deutschen Entwurfs und die Differenzen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Familie und Jugend - Januar bis Juni 1963 | 264 |
| 3.3. | Das Deutsch-Französische Abkommen nimmt Gestalt an. Von den deutsch-französischen Verhandlungen vom 18. und 19. Juni 1963 bis zur Unterzeichnung des Abkommens am 5. Juli 1963 | 266 |
| 4. | Von der Unterzeichnung des Abkommens am 5. Juli 1963 bis zu den Anfängen der Jugendwerkstätigkeit | 270 |
| 4.1. | Rücksichtnahmen und Verzögerungen: Die Bildung des Kuratoriums im Spannungsfeld zwischen Bund und Ländern | 270 |
| 4.2. | Das Jugendwerk: Deutsch-französisch oder europäisch? Ein Politikum | 273 |
| VII. Schlußbetrachtung | | 280 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | | 291 |
| Abkürzungsverzeichnis | | 319 |

Vorwort

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um meine Dissertation, die im Sommersemester 2004 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommen worden ist und für die Veröffentlichung leicht überarbeitet wurde.

Großer Dank gebührt meinem Lehrer, Herrn Professor Dr. Klaus Hildebrand, für die Förderung dieser Arbeit sowie für alles, was ich als Historikerin während des Studiums bei ihm gelernt habe.

Herrn Professor Dr. Ulrich Lappenküper bin ich gleichfalls dankbar für seine wertvollen Anregungen und Verbesserungsvorschläge sowie für die Übernahme des Korreferates.

Dem Deutschen Historischen Institut Paris bin ich für ein Forschungsstipendium zu Dank verpflichtet, ebenso dem Deutsch-Französischen Jugendwerk Paris für seine Unterstützung.

Für seinen wertvollen wissenschaftlichen Rat und seine stets aufmunternden Worte möchte ich herzlich Dr. Christoph Studt danken.

Genannt sei ebenfalls Dr. Corine Defrance, die niemals daran gezweifelt hat, daß ich diese Studie trotz großer beruflicher Belastung abschließen werde. Ich danke ihr für ihre wertvollen wissenschaftlichen Hinweise und für anregende Diskussionen, an die ich mich gerne erinnere. Auch die Anregungen von Dr. Peter E. Fäßler, Dresden, Dr. Peter Heil und Dr. Ulrich Pfeil waren sehr hilfreich.

Stellvertretend für die Mitarbeiter der von mir konsultierten Archive möchte ich der damaligen Leiterin des Archives Françaises de l'Occupation en Allemagne et en Autriche in Colmar, Sandrine Heiser, für ihre Hilfe Dank sagen. Gern erinnere ich mich daran, daß ich während meiner Forschungsaufenthalte in Colmar die Gastfreundschaft meiner Straßburger Freunde Agnès und Samir Sayegh genießen durfte.

Meinem Arbeitgeber, der Konrad-Adenauer-Stiftung, danke ich für das Entgegenkommen in der Abschlußphase dieser Studie. Erwähnen möchte ich auch die Mitarbeiter der Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren immer kompetente, unkomplizierte und freundliche Hilfe ich sehr geschätzt habe.

Für Korrekturlektüre weiß ich mich meiner Freundin Claudia Noll und meiner langjährigen Studienfreundin Stephanie Buballa verbunden. Ferner danke ich all meinen Freunden für ihr Verständnis und ihre Aufmunterung, insbesondere Burkhard Brücker und Andrea Geersch sowie meiner Schwester Patricia.

Sehr herzlich danke ich nicht zuletzt auch meinen Eltern für ihre Unterstützung und für all das, was sie mir mit auf den Weg gegeben haben.

Bonn, im April 2005

Jacqueline Plum

I. Einführung: Problem, Methode, Quellen- und Literaturlage

Die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland lagen am Ende des Zweiten Weltkrieges in Trümmern. An ein ausgewogenes bilaterales Verhältnis war zu diesem Zeitpunkt nicht zu denken. Frankreich hatte 1945 materielle und personelle Verluste zu beklagen und in mehrfacher Hinsicht an Prestige eingebüßt. Der Zerfall des europäischen Gleichgewichtssystems und der damit verbundene Niedergang der französischen Großmachtstellung hatten die deutsche Frage am Ende des Zweiten Weltkriegs zugleich untrennbar mit der Frage nach der künftigen Rolle Frankreichs in Europa und in der Welt sowie nach der Struktur des künftigen internationalen Systems überhaupt verknüpft¹. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, das über Jahrhunderte durch eine Wechselwirkung von Anziehung und Abstoßung geprägt war, war 1870/71 in den Bann einer Ideologie der sogenannten "Erbfeindschaft"² geraten. Diese weit in die Vergangenheit zurückprojizierte "Erbfeindschaft" schien am Ende des Zweiten Weltkriegs endgültig besiegelt zu sein³. Die Erfahrung, innerhalb von 70 Jahren zum dritten Mal Opfer deutscher Expansion geworden zu sein, ließ das Problem der Sicherheit vor einem neuen deutschen Angriff für Frankreich als ein Problem ersten Ranges erscheinen. Militärische und ökonomische Garantien, die der unter deutscher Besatzung systematisch zerstörten französischen Wirtschaft beim Wiederaufbau helfen sollten, waren darauf ausgerichtet, dem "problème allemand" seine Sprengkraft zu nehmen.

Hatte ein Frieden, der auf sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Garantien beruhte, wie ihn de Gaulles politischer Berater Maurice Dejean in einem vertraulichen Memorandum zum "problème allemand" im August 1944 als Reaktion auf alliierte Umerziehungsdiskussionen forderte, auf lange Sicht eine Chance?⁴ Welche Möglich-

¹ Wilfried Loth, Die Franzosen und die deutsche Frage 1945-1949, in: Claus Scharf, Hans-Jürgen Schröder (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone, Wiesbaden 1983, S. 27.

² Vgl. zu dem fragwürdigen Begriff "Erbfeindschaft" Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart 1997, S. 15-24. Vgl. auch Ulrich Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der "Erbfeindschaft" zur "Entente élémentaire", München 2001, Bd. I 1949 -1958, S. 3.

³ Ibid.

⁴ Dejean reagierte mit dieser Forderung auf die erziehungspolitischen Planungen der Angelsachsen, die seiner Ansicht nach für lange Zeit allenfalls ein zusätzliches Element der französischen Deutschlandpolitik darstellen könnten. Memorandum Dejeans vom 21.8.1944, in: Ministère des Affaires Etrangères (MAE)/Paris, Y/Allemagne, vol. 278, Hinweis aus Stefan Zau-

keiten bezogen die Franzosen über ihre wirtschafts- und sicherheitspolitischen Forderungen hinaus mit in ihre Überlegungen ein, um den Frieden zu sichern und den "un-steten Nachbarn" berechenbarer zu machen? Konnten hier kultur- und erziehungspolitische Maßnahmen einen, wenn möglicherweise auch bescheidenen, so doch vielleicht langfristig gesehen konstruktiven Beitrag leisten? Konnte die französische Kulturpolitik, die traditionell eher als Demonstration französischer kultureller Überlegenheit im Ausland galt und dem französischen Prestige dienen sollte⁵, dazu beitragen, das "deutsche Wesen" grundlegend zu beeinflussen oder gar zu verändern, um darüber hinaus möglicherweise sogar die scheinbar für ewig zerstrittenen "historischen Zwillinge"⁶ einander näher zu bringen? Befand sich, zugespitzt formuliert, französische Kulturpolitik im Dienst der Umerziehung und der möglichen Verständigung?

Mit der Frage einer Umerziehung des deutschen Volkes beschäftigte sich Frankreich im Vergleich zu den angelsächsischen Alliierten erst spät. Während sich Briten und Amerikaner bereits Anfang der 40er Jahre auf Regierungsebene und in der Öffentlichkeit mit diesem Problem auseinandersetzten⁷, begann man auf französischer Regierungsebene erst im Herbst 1944 diese Frage intensiver zu erörtern. Allerdings waren die Vertreter der Exil-Regierung bereits seit 1942 dazu aufgefordert, an der Diskussion auf alliierter Ebene teilzunehmen, denn ein Vertreter des "Comité français de la libération" war zur ersten Sitzung der "Konferenz der Alliierten Erziehungsminister" im Oktober 1942 eingeladen worden⁸. Diese Konferenz entsprang einer Initiative des späteren britischen Erziehungsministers R. A. Butler und war die Vorläuferin der im November 1945 gegründeten UNO-Unterorganisation UNESCO⁹. Hier legten die Alliierten ihre unterschiedlichen Konzeptionen und Vorstellungen zur Umerziehung der Deutschen dar. Die angelsächsischen Ansätze unterschieden sich

ner, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945-1949, München 1994, S. 40.

⁵ François Roche, Bernard Pigniau (Hg.), *Histoires de diplomatie culturelle des origines à 1995*, Paris 1995.

⁶ Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 3.

⁷ Günter Pakschies, *Umerziehung in der britischen Zone 1945-1949*, Weinheim, Basel 1979, S. 25 u. 144 und James F. Tent, *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany*, London, Chicago 1982, S. 15.

⁸ Pakschies, *Umerziehung*, S. 55.

⁹ Vgl. Rüdiger Wolfrum (Hg.), *Handbuch Vereinte Nationen*, 2. überarb. A., München 1991, S. 916.

von den französischen Umerziehungsvorstellungen und traten bei der zentralen Sitzung im August 1944, die die Umerziehung thematisierte, offen zutage. Die beiden französischen Vertreter, der Germanist Edmond Vermeil und der Historiker Paul Vaucher, die die Möglichkeit einer Umerziehung der Deutschen als gering einschätzten, plädierten hier für repressive Maßnahmen und eine "intervention vigoureuse" in das deutsche Erziehungssystem¹⁰. Damit stießen sie auf den Widerspruch der britischen "Working Party"¹¹, die gemäßigter vorgehen wollte und ebenso wie die Amerikaner grundsätzlich die Auffassung vertrat, die Deutschen müßten sich selbst umerziehen. Unterschiedliche Auffassungen in Erziehungsfragen gegenüber den Angelsachsen¹² und auch Prestigefragen¹³ führten dazu, daß die Franzosen schließlich im Frühjahr 1945 ein eigenes Gremium auf Regierungsebene bildeten. Sie richteten unter dem Vorsitz des Germanisten Edmond Vermeil eine "Commission de rééducation du peuple allemand" ein, die dem Erziehungsministerium angegliedert wurde und Überlegungen zur Umerziehung des deutschen Volkes ausarbeiten sollte.

Warum beschäftigte man sich auf französischer Regierungsebene erst im Frühjahr 1945 intensiver mit der Umerziehungsfrage? War die Skepsis gegenüber der Möglichkeit, das deutsche Volk umzuerziehen, der Grund dafür, daß man im Rahmen

¹⁰ Vgl. Corine Defrance, *Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945-1949*, Paris 2000, S. 38.

¹¹ Die im März 1944 gegründete Working Party war dem Foreign Office angebunden und sollte konkrete Pläne zur Umerziehung der Deutschen ausarbeiten. In ihr waren u. a. das Foreign Office, das War Office und das Political Intelligence Department vertreten. Vgl. David Phillips, *The British and University Reform Policy in Germany, 1945-1949*, Oxford 1983, S. 37. Vgl. auch: Defrance, *Les Alliés occidentaux*, S. 26.

¹² Divergenzen bestanden allerdings auch zwischen den USA und Großbritannien. Diese traten im Frühjahr 1945 zutage, als die USA die noch teilweise von Morgenthau mitgeprägte Direktive JCS 1067 veröffentlichten. Sie ordnete die Schließung aller Schulen an, während die Briten ihre Erziehungsoffiziere dazu aufforderten, für das gute Funktionieren der Schulen und der Universitäten zu sorgen. Zum Vergleich dieser US-Direktive mit den "British Draft Directives to EAC" vgl. Defrance, *Les Alliés occidentaux*, S. 37. Zu den unterschiedlichen Planungsrichtungen in den USA vgl. Jutta-B. Lange-Quassowski, *Neuordnung oder Restauration? Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung - Schulstruktur - Politische Bildung*, Opladen 1979, S. 98-123.

¹³ "La rééducation des Allemands ne pouvait, pour des raisons de prestige et d'intérêts politiques, être confiée aux seuls Anglo-Américains", schrieb der secrétaire des Conférences im Außenministerium, Fouques-Duparc, im März 1945 an das Erziehungsministerium, vgl. Dépêche du ministre des Affaires étrangères au ministre de l'Education nationale vom 19.3.1945, in: MAE/Paris, NU/OI (Nations Unies/Organisations internationales), 1943/1952, vol. 81, S (Sous-dossier) 94. Vgl. auch: Defrance, *Les Alliés occidentaux*, S. 39.

der gesamten deutschlandpolitischen Planungen diesem Problem im Vergleich zu den Angelsachsen einen anderen Stellenwert beimaß¹⁴?

Bei der Beschäftigung mit der Umerziehungsdiskussion ist zu berücksichtigen, daß der Begriff Umerziehung bzw. Reeducation oder Rééducation facettenreich ist und zwei Hauptkomponenten impliziert: eine repressive, die sich mit den Schlagwörtern Entnazifizierung, "Entpreußung", Erziehungskontrolle umreißen läßt, und eine konstruktive, die auf eine Demokratisierung zielte. Welches Gewicht maßen die Franzosen den unterschiedlichen Segmenten bei? Wollten sie vor allem kontrollieren, oder lag ihnen primär an einer Demokratisierung der deutschen Jugend, die diese zur Selbständigkeit befähigen sollte? Wie vollzog sich diese Demokratisierung? Lag den Franzosen an der Weitergabe eigener Konzepte, oder ließen sie den Deutschen die Möglichkeit mitzugestalten?

Forschungsstand

Das Interesse an der Politik der französischen Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland ist seit Mitte der 80er Jahre in der Forschung stetig gewachsen. Kernproblem der wissenschaftlichen Forschung war lange Zeit der schwierige Materialzugang. Die Öffnung der französischen Archive 1986, unter denen die Archives de l'occupation Française en Allemagne et en Autriche in Colmar, einer Außenstelle des Archivs des Quai d'Orsay, zentral sind, erweiterte die Quellenbasis erheblich und ermöglichte Neuinterpretationen der bis dahin überwiegend negativ bewerteten französischen Deutschland- und Besatzungspolitik. Das Bild von der "Ausbeutungskolonie"¹⁵ und der blinden Rachepolitik als Neuauflage einer gescheiterten Versailler Politik wurde in Frage gestellt. Das von der älteren Forschung in den Vordergrund gestellte Konzept einer harten Deutschlandpolitik de Gaulles hatte, so wurde deutlich, den Blick dafür verstellt, daß in der französischen Öffentlichkeit auch von diesen Vorstel-

¹⁴ Dies klang bei dem Zitat von de Gaulles Berater Dejean bereits an. Vor allem die Briten räumten der Umerziehung einen großen Stellenwert ein. Für Lord Robert Vansittart, bis 1941 diplomatischer Chefberater der Regierung Churchill und von 1930-1938 Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs, der mit seinen Schriften, Rundfunkansprachen und Oberhausreden die Einstellung der Engländer zur Umerziehungsfrage erheblich beeinflusst hat, war die Umerziehung der Deutschen grundlegend für ihre Zukunft (Pakschies, Umerziehung, S. 25; Defrance, Les Alliés occidentaux, S. 24). Sein dezidiert negatives Bild des "deutschen Volkscharakters", aus dem er auch die "Kollektivschuldthese" ableitete, findet sich u. a. in seiner damals populären Schrift "Black Record" (Pakschies, Umerziehung, S. 25 f.).

¹⁵ Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart, Wiesbaden 1983, S. 96.

lungen abweichende Ideen diskutiert worden waren. In Stellungnahmen von Parteien sowie Beiträgen von Schriftstellern, Germanisten und Vertretern der Kirchen wurde eine enorme Bandbreite deutschlandpolitischer Ideen sichtbar. Kreise der sozialistisch inspirierten Résistance beispielsweise hatten den Gedanken diskutiert, einen Ausgleich mit einem demokratischen, in eine europäische Staatenordnung eingefügten Deutschland anzustreben. Der Gedanke einer politischen und wirtschaftlichen Integration kam bei der sozialistischen Partei (SFIO) am frühesten zum Tragen¹⁶. Diese Bandbreite umfaßt ebenso die frühen Verständigungsinitiativen des Jesuitenpaters Jean du Rivau, der 1945 das Zeitschriftenpaar Document/Dokumente gründete, wie die deutschlandpolitischen Ideen des französischen Germanisten Edmond Vermeil, der für eine langfristige Niederhaltung des besetzten Deutschlands plädierte¹⁷.

Diese unterschiedlichen Ideen und Konzepte zur Lösung des "problème allemand" hat Wilfried Loth idealtypisch in einem "Dominanzkonzept", das auf die Sicherung der französischen Vorherrschaft zielte, und einem "Integrationskonzept", das die gleichberechtigte Eingliederung Deutschlands in eine Föderation europäischer Staaten anstrebte¹⁸, zu fassen versucht. Zu keinem Zeitpunkt allerdings hat laut Gillingham eines dieser beiden Konzepte allein die französische Deutschlandpolitik bestimmt. Es habe nur eine Politik gegeben, die aber in verschiedenen Phasen eine unterschiedliche Gestalt angenommen habe¹⁹. Diese Darstellungen teilen die Ansicht, daß die französische Deutschlandpolitik nicht als direkte, fortschreitende Anpassung an die amerikanisch-britischen Lösungsvorschläge der deutschen Frage gesehen werden könne. Vielmehr habe diese Politik einen eigenständigen Charakter. Dieser werde sichtbar in der Konstanz französischer Ziele, die vor allem in der Sicherheit vor Deutschland durch Nutzung seiner ökonomischen Ressourcen bestanden hätten, und der Kombination der beweglichen Instrumentarien "Dominanz" und "Integration",

¹⁶ Andreas Wilkens, Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die frühe französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit (1945-1950), in: Historische Mitteilungen, 4, (1991), H. 1, S. 3; zu den Alternativkonzepten des MRP vgl. Reinhard Schreiner, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944-1948, Frankfurt a. M. 1985.

¹⁷ Edmond Vermeil, L'Allemagne. Essai d'explication, Paris 1939 (Neuaufgabe 1945), S. 447 und Hellmuth Auerbach, "Que faire de l'Allemagne?" Diskussionsbeiträge französischer Deutschlandexperten 1944-1950, in: Klaus Manfrass, Jean-Pierre Rioux (Hg.), France – Allemagne, S. 290 ff.

¹⁸ Loth, Die Franzosen und die deutsche Frage, S. 28 f.

¹⁹ John Gillingham, Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung, in: VfZ, 35 (1987), S. 3.

wobei sich das Mischungsverhältnis dieser Instrumentarien zugunsten der Integration veränderte habe²⁰. Von einer eigenständigen französischen Deutschlandpolitik spricht auch Rainer Hudemann, der die Ansicht vertritt, der Wandel dieser Politik sei "nicht erst unter dem Druck anglo-amerikanischer Pressionen" erfolgt²¹. Er war in seinen Augen seit Kriegsende in den französischen Konzeptionen angelegt. Dietmar Hüser geht sogar noch weiter und spricht von einer "Doppelten Deutschlandpolitik" seit 1944²². Nach Ulrich Lappenküper kann jedoch keine Rede davon sein, "daß bereits 1945 eine Neuorientierung in Richtung auf das Integrationskonzept stattgefunden habe."²³ In der noch nicht abgeschlossenen Forschungsdiskussion über Kontinuität und Diskontinuität französischer Deutschlandpolitik²⁴ hält er ein Faktum für gesichert: Das nach Wilfried Loth so benannte "Integrationskonzept" habe erst nach der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947 gegenüber dem "Dominanzkonzept" die Oberhand gewonnen. Die entscheidenden Wegmarken habe Paris nach den aus französischer Sicht enttäuschenden internationalen Konferenzen 1947/48 gesetzt. Verantwortlich für den von Außenminister Bidault eingeleiteten und von seinem Nachfolger Schuman fortgesetzten Veränderungsprozeß seien in erster Linie die Einsichten in die Unhaltbarkeit der eigenen Position gewesen. Aber auch der wachsende Druck der Amerikaner, die fortan wiederholt als Mittler auftraten, um die beiden sogenannten "Erbfeinde" zusammenzuführen, habe mit den Ausschlag gegeben. Mit dem beginnenden Kalten Krieg sei eine Realisierung der auf Dominanz ausgerich-

²⁰ Vgl. Hans Manfred Bock, Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949 bis 1955, in: *FRANCIA*, 15 (1987), S. 585 f.

²¹ Rainer Hudemann, Frankreichs Besatzung in Deutschland: Hindernis oder Auftakt der deutsch-französischen Kooperation? In: Joseph Jurt (Hg.), *Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation*, Freiburg 1993, S. 241 und ders., *Weichenstellungen in der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Jürgen Weber (Hg.), *Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand*, München 1989, S. 130-138.

²² Dietmar Hüser, *Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik". Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten*, Berlin 1996.

²³ Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, Bd. II, S. 1859.

²⁴ In dieser Diskussion nimmt auch die inzwischen archivalisch abgestützte traditionelle Sichtweise, wie die von Bossuat (Gérard Bossuat, *La France, l'aide américain et la construction européenne 1944-1952*, 2 Bde., Paris 1992), weiterhin ihren Platz ein. Vgl. Bock, *Perzeption*, S. 585 f. und Lappenküper, *Die Deutsch-französischen Beziehungen*, Bd. I, S. 25.

teten Deutschlandpolitik nicht nur zunehmend fragwürdiger, sondern auch schwieriger geworden²⁵.

Konstruktive Ansätze französischer Besatzungspolitik konnten in verschiedenen Sektoren nachgewiesen werden, so für die Wirtschaftspolitik²⁶, die Gewerkschafts- und Unternehmerpolitik²⁷, die Sozialpolitik²⁸, die Parteien²⁹ und die Entnazifizierungspolitik³⁰.

Auch die französische Kulturpolitik erfuhr mit der Öffnung der französischen Archive eine Neubewertung. An dieser Stelle sei zunächst auf einige Veröffentlichungen hingewiesen, die bereits vor der Öffnung der Archive erschienen sind und auch heute noch Relevanz für die Beschäftigung mit französischer Kulturpolitik haben. Der Amerikaner Frank Willis, der sich in seiner Studie auf veröffentlichtes Quellenmaterial und zahlreiche Interviews mit Beteiligten stützte, lieferte 1962 einen ersten Überblick über die kulturellen Aktivitäten Frankreichs im Nachkriegsdeutschland³¹. Er bescheinigte Frankreich darin einen positiven Beitrag zur demokratischen Umorientierung Deutschlands. Aufgrund der dünnen Quellenbasis konnte es ihm jedoch nicht gelingen, seine Erkenntnisse über innerfranzösische Konflikte bezüglich Konzeptionen und Kompetenzen auf den Bildungsbereich zu übertragen³². Als Pionierstudie gilt die Genfer Dissertation von Richard Gilmore aus dem Jahre 1971³³. Gilmore konnte in seiner Untersuchung ebenfalls auf unveröffentlichte Dokumente

²⁵ Ibid., vgl. auch Bd. I, S. 4.

²⁶ Sylvie Lefèvre, *Les relations économiques franco-allemands de 1945 à 1955. De l'occupation à la coopération*, Paris 1998.

²⁷ Alain Lattard, *Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949*, Mainz 1988.

²⁸ Rainer Hudemann, *Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik*, Mainz 1988.

²⁹ Z.B. Anne Martin, *Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz*, Mainz 1995.

³⁰ Rainer Möhler, *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952*, Mainz 1992.

³¹ Frank Roy Wills, *The French in Germany 1945-1949*, Stanford 1962. Zu einer durchweg positiven Würdigung des französischen Kultur- und Umerziehungsprogramms gelangte ebenfalls 1948 der Amerikaner Percy Bidwell, der im Frühjahr 1948 der französischen Zone einen zweiwöchigen Besuch abstattete und mit dem Leiter der Erziehungsabteilung innerhalb der Besatzungsregierung, Raymond Schmittlein, und dessen Mitarbeitern sprach. Vgl. Percy Bidwell, *Reeducation in Germany: Emphasis on Culture in the French Zone*, in: *Foreign Affairs*, 27/1 (1948), S. 78-85.

³² Zauner, *Erziehung*, S. 12.

³³ Richard Gilmore, *France's Postwar Cultural Policies and Activities in Germany: 1945-1956*, Diss. Genf 1971, Washington 1973.

zurückgreifen, die Zeitgenossen nach Ausscheiden aus ihrem Dienst der französischen Kulturbehörde mitgenommen hatten. Kritisch anzumerken sind die vielfach nur cursorische Aneinanderreihung unterschiedlicher Phänomene und die Abhängigkeit des Autors von der Anonymität seiner Informanten, die u. a. dazu führen, daß er Aussagen nicht belegen kann³⁴. Dennoch setzte diese Studie Standards und bildete ein unerläßliches Fundament für weitere Arbeiten zur Kulturpolitik³⁵. Einen Sammelband zur Entnazifizierungs- und Kulturpolitik, der überwiegend Erfahrungsberichte von Beteiligten enthält, veröffentlichte Jérôme Vaillant im Jahre 1981³⁶. Mitte der 80er Jahre, parallel zu der Öffnung der Archive in Colmar, fanden zwei Symposien³⁷ und einige Tagungen zur französischen Besatzungspolitik und ihren kulturellen Aspekten³⁸ statt. Hier wurde eine Synthese aus den ersten Archivstudien und den Erfahrungen der Beteiligten versucht. Eine erste Synopse zur französischen Bildungspolitik in Deutschland erstellte 1987 der Konservator am Quai d'Orsay, Georges Cuer, auf der Basis zentraler Akten aus Colmar und dem Archiv des Pariser Außenministeriums³⁹.

Die Auswertung französischen Archivmaterials ergab insofern eine Neubewertung französischer Kulturpolitik, als daß sie nun nicht mehr als "Trostpflaster" für eine ansonsten obstruktive ökonomische Ausnutzung der französischen Zone⁴⁰ dargestellt, sondern in Beziehung zur französischen Sicherheitspolitik gesetzt wurde. Rai-

³⁴ Ausführliche kritische Beurteilung bei Zauner, *Erziehung*, S. 13.

³⁵ Vgl. Jacques Bariéty, *L'action culturelle française en République fédérale d'Allemagne de 1949 à 1955*, in: *Revue d'Allemagne*, 22 (1988), S. 22.

³⁶ Jérôme Vaillant (Hg.), *La dénazification par les vainqueurs. La politique culturelle des occupants en Allemagne 1945-1949*, Lille 1981. In deutscher Übersetzung: Ders. (Hg.), *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente*, Konstanz 1984.

³⁷ Franz Knipping, Jacques Le Rider (Hg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945 - 1949*, Tübingen 1987 und Manfred Heinemann (Hg.), *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945-1952. Teil 3: Die Französische Zone*, bearb. v. Jürgen Fischer u.a., Hildesheim 1991 (Symposium vom 16. bis 18.9.1985 in Tübingen).

³⁸ Klaus Manfrass, Jean-Pierre Rioux (Hg.), *France - Allemagne 1944-1947. Akten des deutsch-französischen Historikerkolloquiums*, Baden - Baden 2.-5. 12. 1986, Paris 1990; Joseph Jurt (Hg.), *Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation*, Freiburg 1993 (Akten des Kolloquiums vom 9. bis 10.12. 1992 in Freiburg) sowie Gabriele Clemens (Hg.), *Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945-1949*, Stuttgart 1994 (Symposium vom 3. bis 5.4.1992 in Paderborn).

³⁹ Georges Cuer, *L'action culturelle de la France en Allemagne occupée (1945-1949)*, in: *Revue d'histoire diplomatique* 101 (1987), S. 7-60.

⁴⁰ Eschenburg, *Jahre der Besatzung* und Angelika Ruge-Schatz, *Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949*, Diss., Frankfurt a. M., Bern, Las Vegas 1977.

ner Hudemann z. B., der die Kulturpolitik als Teil der Sicherheitspolitik begreift, spricht in diesem Zusammenhang von einer "doppelgesichtigen Sicherheitspolitik" der Franzosen. Damit meint er, daß zu altüberlieferten Vorstellungen von militärischer Sicherheit und ökonomischer Suprematie ein weiterer Aspekt hinzugekommen sei, nämlich das Ziel, Aggressions- und Expansionspotentiale durch eine aktive Demokratisierung und Umerziehung der Deutschen im Rahmen der Kulturpolitik abzubauen⁴¹. Sie sei schon sehr früh vom Willen zur Verständigung geprägt gewesen⁴². Sicherheitspolitik und Versöhnung stehen für Hudemann nicht im Widerspruch zueinander. Kulturpolitik hätte den scheinbaren Widerspruch zwischen Umerziehung, Demokratisierung und deutsch-französischer Aussöhnung "überwölbt".

Den zweiten Interpretationsstrang vertritt Jérôme Vaillant mit der Ansicht, französische Kulturpolitik sei nicht sicherheitspolitischen Absichten unterzuordnen, sondern habe vielmehr ihre Autonomie bewahrt. Kulturpolitik sei, allerdings auf einer untergeordneten Ebene, eine dritte Säule neben Sicherheit und Wirtschaft gewesen, aber keinesfalls Teil der Sicherheitspolitik⁴³. Diese Diskussion wirft die Frage nach dem Charakter französischer Kulturpolitik auf: War sie so beschaffen, daß sie die deutsch-französische Annäherung erleichterte, oder war sie im Hinblick auf sicherheitspolitische Erwägungen Teil einer "politique de confrontation"? Im Unterschied zu Hudemann hält Vaillant eine "Politik einer Entpreußung des deutschen Volkes", wie sie mit Nachdruck von dem französischen Germanisten Edmond Vermeil gefordert

⁴¹ Zur französischen Kultur- und Bildungspolitik vgl. die Veröffentlichungen von Corine De-france, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945-1955*, Strasbourg 1994 sowie Stefan Zauner, *Erziehung*.

⁴² Rainer Hudemann, *Frankreichs Besatzung in Deutschland*, S. 241 und ders., *Weichenstellungen*, S. 130-138. Vgl. zu diesem Thema auch Hüser, *Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik"*.

⁴³ Jérôme Vaillant, *Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949*, in: Institut Français de Stuttgart (Hg.), *Französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949*, Tübingen 1987, S. 64; ders. (Hg.), *Französische Kulturpolitik*; ders., *Was tun mit Deutschland? Die französische Kulturpolitik im besetzten Deutschland von 1945 bis 1949*, in: Manfred Heinemann, *Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981, S. 201-210; ders., *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949*, in: Peter Hüttenberger, Hansgeorg Molitor (Hg.), *Franzosen und Deutsche am Rhein 1889-1919-1945*, Essen 1989, S. 203-217 und ders., *Aspects de la politique culturelle en Allemagne 1945-1949*, in: Henri Ménudier (Hg.), *L'Allemagne occupée 1945-1949*, Paris 1990, S. 201-220.

wurde⁴⁴, dessen Schriften nicht ohne Einfluß auf französische Besatzungsverantwortliche blieben, für nicht vereinbar mit dem Ziel, die beiden Völker zu versöhnen.

Bei der Einordnung der Kulturpolitik muß nach dem Gewicht der einzelnen Facetten, die diese Kulturpolitik ausmachten, und ihrer Funktionen gefragt werden. Handelte es sich primär um eine traditionelle Kulturpolitik, die in Form von Ausstellungen, Konzerten, Vorträgen und französischem Sprachunterricht französische Kultur zu exportieren versuchte und dem Prestigegedanken Rechnung trug, oder war es vor allem eine aktive Demokratisierungs- und Umerziehungspolitik und damit eine neue Form französischer Kulturpolitik? "Zwischen Erziehung und Kulturmission" sei die Kulturpolitik zu orten, schreibt Stefan Zauner in seiner Dissertation 1994⁴⁵. "Rééducation" und "action culturelle" hätten dabei durchweg eigenständige Elemente französischer Besatzungspolitik dargestellt. Die Erziehungspolitik sei zumindest nicht von vornherein für die Interessen anderer besatzungspolitischer Sektoren eingespannt worden. Hierfür sprächen das "von deutschland- und okkupationsspezifischen Erwägungen freie Eigengewicht traditioneller Kulturwerbung" und eine "universal-aufklärerische Bildungsmission", ferner die anfänglich verbreitete Skepsis gegenüber dem Umerziehungsgedanken und das hierdurch verstärkte bildungspolitische Desinteresse in anderen Abteilungen der Militärregierung sowie der Mangel an effizienter Koordination. Dies würde nach Ansicht der Verfasserin der vorliegenden Arbeit bedeuten, daß Frankreich anfänglich nur eine traditionelle Kulturpolitik beabsichtigt hat, was zu überprüfen wäre. Zu einer "dritten Säule" der Deutschlandpolitik, so Zauner weiter, seien kulturelle Einflußbemühungen aus Pariser Sicht erst seit der Jahreswende 1947/48 avanciert. Nun seien Überlegungen angestellt worden, wie man schwindende politische Einflußchancen und wirtschaftliche Vorteile durch eine Kulturoffensive kompensieren könne⁴⁶. Zauner spricht hier von der Kulturpolitik im traditionellen und nicht von Erziehungspolitik im engeren Sinne. Auch die Erziehungspolitik sei anfänglich keineswegs als gleichgewichtiges Element neben den Forderungen nach "Sicherheit und Kohle" konzipiert gewesen. Unter den Motiven, die sich hinter französi-

⁴⁴ Auerbach, "Que faire?", S. 292.

⁴⁵ Zauner, Erziehung, S. 319.

⁴⁶ Ibid.

scher Erziehungspolitik verbargen, habe jedoch Sicherheitsbestreben an erster Stelle gestanden⁴⁷.

Eine weitere Überblicksdarstellung französischer Kulturpolitik der Jahre 1945 bis 1955 hat Corine Defrance 1994 vorgelegt⁴⁸. Auch Defrance stellt neben der traditionellen Kulturpolitik eine eigenständige Erziehungspolitik heraus. Sie untersucht in ihrer Arbeit die Frage, ob Frankreich mit seiner Erziehungspolitik in Deutschland strategische Absichten auf dem linken Rheinufer verband⁴⁹. Sie fragt ob es einen Zusammenhang zwischen der Gründung von Einrichtungen der Höheren Bildung, wie z.B. der Gründung der Universität Mainz und der Verwaltungshochschule Speyer, und den frühen Plänen gegeben hat, das linke Rheinufer zu einem autonomen Gebiet zu erklären⁵⁰.

Zauners Dissertation "Zwischen Erziehung und Kulturmission", in der er "Rééducation" und "action culturelle" als eigenständige Elemente beschreibt, läßt bereits darauf schließen, daß französische Kulturpolitik im Nachkriegsdeutschland nicht mehr nur traditionelle Kulturpolitik war, sondern eine andere Qualität gewann. Diese qualitative Veränderung macht sich insbesondere an der erweiterten Zielgruppe bemerkbar. Ferner ist die deutsch-französische Komponente in diesem Kontext unverzichtbar: Kultur sollte anders als in der Zwischenkriegszeit nicht mehr nur auf die kulturellen Eliten beider Länder beschränkt bleiben, sondern breite Kreise der Bevölkerung und weiter gefaßte kulturpolitische Maßnahmen einschließen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Erweiterung des Kulturbegriffs. Wann und durch welche Akteure kam es zu einer Erweiterung des Kulturbegriffs? Welche Rolle spielen hier die zivilgesellschaftlichen Initiativen? Für Hans Manfred Bock weisen alle Spuren der Formulierung einer Konzeption des "erweiterten Kulturbegriffs" auf das personalistisch geprägte Umfeld um das 1948 von Emmanuel Mounier gegründete Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle⁵¹. Bock weist in diesem Zu-

⁴⁷ Ibid.

⁴⁸ Defrance, La politique culturelle.

⁴⁹ Vgl. auch Corine Defrance, Die Sonderrolle des linken Rheinufers in der französischen Kulturpolitik, 1945-1951, in: Tilmann Koops u. Martin Vogt (Hg.), Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten, 1919-1930 und 1945-1949, Koblenz 1995, S. 43-64.

⁵⁰ Defrance, La politique culturelle, S. 21 u. 145 f.

⁵¹ Hans Manfred Bock, Private Verständigungs-Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich 1949 bis 1964 als gesellschaftliche Entstehungsgrundlage des DFJW, in: H. M. Bock (Hg.), Deutsch-französische Begegnungen und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963-2003, Opladen 2003, S. 26. In der deutschen

sammenhang auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft⁵² in den deutsch-französischen Beziehungen hin und überträgt den Begriff auf das Feld der transnationalen bzw. internationalen Beziehungen. Damit hebt er die Zivilgesellschaft auf die Akteursebene. Auf dieser Ebene hätten, so Bock, bisher ausschließlich die Staaten und ihre Lenker als Akteure gegolten⁵³. Im deutsch-französischen Kontext sind hier vor allem die privaten Verständigungsinitiativen von Bedeutung, zum Beispiel das Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.), das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle und das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg. Diesen Vereinigungen mißt er einen hohen funktionalen Stellenwert in der auswärtigen Kulturpolitik bei, der sich auch daraus erkläre, daß die Bundesrepublik zu Beginn der 1950er Jahre in Frankreich über keine institutionelle auswärtige Kulturpolitik verfügte. Ferner habe die Arbeit dieser privaten Vereinigungen die gesellschaftliche Entstehungsgrundlage des Deutsch-Französischen Jugendwerkes geschaffen⁵⁴.

Für eine Demokratisierungs- und Umerziehungspolitik im Rahmen französischer Kulturpolitik war vor allem die stark durch die nationalsozialistische Ideologisierung geprägte deutsche Jugend von Interesse: "L'avenir de l'Allemagne dépend de sa jeunesse", formulierte Henri Humblot, der in Tübingen für französische Jugendpolitik verantwortlich zeichnete⁵⁵. Wollte man ein erneutes Desaster, das die nationalso-

auswärtigen Kulturpolitik wurde der Begriff erst in den siebziger Jahren eingeführt. Vgl. dazu: Leitsätze der auswärtigen Kulturpolitik, 1970, in: Hansgert Peisert, Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1978, S. 355.

⁵² Der Begriff Zivilgesellschaft wird im folgenden in dem von Emil Angehrn definierten Sinne verwendet. Der Begriff meint "eine Sphäre sozialer Institutionen und Organisationen, die nicht direkt der Funktion politischer Selbstverwaltung integriert sind und nicht unmittelbar staatlicher Regulierung unterliegen, doch in verschiedener Weise auf den Staat einwirken: (z.B.) ... seine Leistungen ergänzen ... In Wirtschaft, Kultur und Bildung ... erfüllt die Zivilgesellschaft Funktionen, die sich nicht in der Koordinierung von Privatinteressen erschöpfen, sondern die Konstitution eines Allgemeinen tragen". Vgl. Emil Angehrn, Zivilgesellschaft und Staat. Anmerkungen zu einer Diskussion, in: Politisches Denken. Jahrbuch 1992, Stuttgart, Weimar 1993, S. 150. Hervorzuheben ist ferner, daß es sich um einen Bereich handelt, in dem "vorpolitische Initiativen ohne das primäre Ziel der partikularen Interessenvertretung oder des politischen Machterwerbs Gestalt annehmen und wirksam werden". Vgl. dazu Hans Manfred Bock, der die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg untersucht hat: H. M. Bock (Hg.), Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998, S. 14 ff.

⁵³ Hans Manfred Bock (Hg.), Projekt deutsch-französische Verständigung, S. 14 ff.

⁵⁴ Hans Manfred Bock, Private Verständigungs-Initiativen, S. 13-37.

⁵⁵ Henri Humblot 1947 in der Zeitschrift Esprit. Vgl. ders., La jeunesse allemande. Pour une politique de bonne foi, in: Esprit, 15, Nr. 131 (März 1947), S. 381f.

zialistische Politik verursacht hatte, verhindern, mußte man gerade bei der Jugend anknüpfen.

Neben der Schul⁵⁶- und Universitätspolitik⁵⁷, die in der Forschung bereits Beachtung gefunden haben, ist der außerschulische Bereich von großem Interesse. Die Hitlerjugend hatte die Jugendlichen auch außerhalb der Schule mit nationalsozialistischem Gedankengut konfrontiert. Wie sollte man dieses Vakuum nun füllen? Die Einwirkungen und die Rolle der Hitlerjugend seien für die Zukunft der jungen Deutschen gewiß mindestens genauso wichtig und wahrscheinlich noch bedeutender gewesen als die Schule, konstatierte der Mitarbeiter der Erziehungsabteilung in der französischen Zone, Jean Moreau, der im August 1945 mit der Leitung der Abteilung "Jeunesse et culture populaire"⁵⁸ betraut worden war. Das Verbot der Hitlerjugend werde daher ebenso massive Auswirkungen auf die geistige Entwicklung der Kinder haben wie die Schließung der Schulen⁵⁹.

Die vorliegende Arbeit wird daher das Augenmerk auf den außerschulischen Bereich richten. Im Mittelpunkt der Studie werden die Jugendbewegungen, die in der französischen Zone mit einigen Ausnahmen bereits mit der Verordnung Nr. 25 vom 13. Dezember 1945 wieder zugelassen wurden, und die privaten Organisationen stehen, die im Rahmen des internationalen Jugendaustausches ebenfalls auf die deutsche Jugend einwirkten. Eine entsprechende übergreifende Darstellung für die Jahre 1945 bis 1955, die systematisch die französischen und deutschen Akten auswertet, fehlt bislang⁶⁰. Stefan Zauner, der sich im Rahmen seiner Dissertation zur französischen Bildungspolitik in Deutschland auch mit den Jugendorganisationen in Deutschland beschäftigt, klammert die privaten Organisationen bewußt aus⁶¹. Interessant er-

⁵⁶ Caroline Doublier, L'enseignement dans la zone française d'occupation en Allemagne, 1945-1949. Quel bilan?, in: Revue d'Allemagne, 34 (2002), S. 45-54 und Ruge-Schatz, Um-erziehung und Schulpolitik.

⁵⁷ Defrance, Les Alliés occidentaux und Peter Faßnacht, Universitäten am Wendepunkt? Die Hochschulpolitik in der französischen Besatzungszone (1945-1949), München 2000.

⁵⁸ Diese Abteilung war Teil der von Henri Moinard geleiteten Sektion Jeunesse et Sport. Für den Sport wurde eine eigene Politik formuliert. Vgl. dazu: Stefanie Woite-Wehle, Zwischen Kontrolle und Demokratisierung: Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland 1945-1950, Schorndorf 2001, Diss. Universität des Saarlandes.

⁵⁹ Jean-Charles Moreau, Exposé de motifs vom 29.9.1945, S. 2, in: Ministère des Affaires Etrangères (MAE)/Colmar AC 69/1.

⁶⁰ Zur Jugendpolitik 1945-1949 vgl. Monique Mombert, Sous le signe de la rééducation. Jeunesse et livre en Zone Française d'Occupation. 1945-1949. Den Schwerpunkt bildet hier die Verlagspolitik.

⁶¹ Zauner, Erziehung, S. 18.

scheint aber gerade das Zusammenspiel von französischen staatlichen und nicht-gouvernementalen deutschen und französischen Kräften⁶². In welchem Beziehungszusammenhang stehen sie, und welchen Stellenwert hatten die privaten Organisationen für die französischen Kulturpolitiker?

Hauptziel der Untersuchung ist es, französische Jugend- und Erziehungspolitik außerhalb der Schule im Rahmen französischer Deutschland- und Besatzungspolitik zu analysieren. Welchen Platz räumten die Franzosen einer Umerziehung der Jugend in der vom Sicherheitsdenken beherrschten Deutschland- und Besatzungspolitik ein? Welche Ziele und Absichten verfolgten sie mit dieser Politik, und wie konnte Jugendpolitik im Beziehungs- und Interessengeflecht der unterschiedlichen Akteure gestaltet werden? Hierbei soll untersucht werden, welchen Handlungsspielraum die Deutschlandpolitiker im Quai d'Orsay den Besatzungspolitikern in Baden-Baden einräumten und in welcher Beziehung besatzungspolitische Akteure und die Vertreter privater respektive zivilgesellschaftlicher Organisationen zueinander standen. Konterkarierten die in der Forschung bereits bekannten Kompetenzkonflikte und Reibungsverluste durch mangelnde Informations- und Abstimmungspolitik zwischen Paris und der französischen Militärregierung in Deutschland⁶³ auch die Politik gegenüber den Jugendbewegungen und privaten Organisationen? Darüber hinaus soll untersucht werden, ob sich Funktion und Bedeutung der französischen Kultur- und Jugendpolitik vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung des Kalten Krieges wandelte. Wie reagierten die Franzosen beispielsweise auf die Entwicklung der Freien Deutschen Jugend, die in der DDR 1949 zur Massenorganisation ausgebaut wurde und sich darum bemühte, auch die westdeutsche Jugend für den sogenannten "Weltfrieden" zu gewinnen? Vor dem Hintergrund französischer Jugendpolitik soll ferner aufgezeigt werden, wie es möglich war, daß das "Jahrhundert der Erbfeindschaft" von dem man 1945 sprach, 1963, also nach weniger als zwanzig Jahren, in die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes mündete, das, eingebettet in den Deutsch-

⁶² Vgl. hierzu die Veröffentlichungen von Hans Manfred Bock, insbesondere: Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998 u. ders., Private Verständigungs-Initiativen, S. 13-37.

Französischen Vertrag vom Januar 1963, ein Symbol für die Versöhnung auf diplomatischer Ebene darstellt und mit dem Jugendliche erstmals zu Trägern internationaler Beziehungen ernannt wurden. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Frage von Interesse, welchen Anteil die besatzungspolitischen Akteure an dieser Entwicklung hatten.

Zu Beginn der Untersuchung soll die Frage gestellt werden, ob es Konzeptionen für die Umerziehung der deutschen Jugend gab. In dem Kapitel "Que faire de l'Allemagne?" (Kap. II) werden zunächst französische Ideen und Überlegungen grundsätzlicher Art zur Umerziehung des deutschen Volkes erörtert. Hier finden insbesondere die Vorstellungen des französischen Germanisten Edmond Vermeil Berücksichtigung, der im Frühjahr 1945 zum Vorsitzenden der im März 1945 gegründeten Commission de rééducation du peuple allemand berufen wurde und der Möglichkeit einer Umerziehung der deutschen Jugend sehr skeptisch gegenüberstand⁶⁴.

Gegenstand von Kapitel III sind die außerschulischen Aktivitäten zur Umerziehung der deutschen Jugend. Einführend wird zunächst der Aufbau der französischen Besatzungsbehörden skizziert. Die Frage nach Konzeption oder Improvisation⁶⁵ französischer Jugendpolitik wird in Kapitel III.2 thematisiert. Gab es im Sommer 1945 bereits Richtlinien für den Umgang mit der deutschen Jugend (Kap. III.2.1) oder waren die Akteure der Jugendpolitik primär auf eigene Ideen und Erfahrungen angewiesen (Kap. III.2.2)? Ließ der Handlungsspielraum des Besatzungspersonals in Baden-Baden den Einfluß persönlicher Erfahrungen und die Realisierung persönlicher Konzepte zu? Diese Fragen werden insbesondere mit Blick auf die Person Jean Charles Moreaus, Leiter der Abteilung Jugend innerhalb der Französischen Besatzungsregierung, gestellt, der von 1942 bis 1944 das Büro für Jugendbewegungen des Staatssekretariates für Jugend innerhalb der Vichy-Regierung geleitet hatte. Von 1940 bis 1942 war er bereits als stellvertretender Leiter für dieses Büro tätig gewesen. Welche

⁶³ Vgl. z.B. Alain Lattard, Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland. Der Streit Laffon – Koenig, in: VfZ, 39 (1991), S. 1-35. Zu einer positiven Neuinterpretation vgl. Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 720.

⁶⁴ "Vermeil était particulièrement inquiet de l'avenir des jeunes âgés de 14 à 25 ans et de la possibilité même de les rééduquer." Vgl. Defrance, Les Alliés occidentaux, S. 39.

⁶⁵ Auf den Aspekt der Planung französischer Kulturpolitik hat insbesondere Rainer Hudemann hingewiesen. Vgl. z. B.: Rainer Hudemann, Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Knipping/Le Rider (Hg.), S. 15-31.

Bedeutung hatten französische Jugendorganisationen in Frankreich bis 1945, insbesondere in der Zeit der deutschen Besatzung in Frankreich (Kap. III.2.2.1)? Spielten die Erfahrungen des deutsch-französischen Jugendaustausches in der Zwischenkriegszeit eine Rolle⁶⁶ (Kap. III.2.2.2)?

Von den deutschen Jugendbewegungen (Kap. III.3) werden vor allem die Ende 1945 wieder zugelassenen, mitgliederstarken konfessionellen Gruppen in ihren Beziehungen zur französischen Besatzungsmacht untersucht. Die organisierte katholische Jugend wird aufgrund ihrer stärkeren Präsenz gegenüber der evangelischen Jugend in der französischen Besatzungszone⁶⁷ bevorzugt beleuchtet (Kap. III.3.1.1). Unter den nichtkonfessionellen und politischen Gruppen wird die Entwicklung der Naturfreunde, der Falken, der Jungen Union, der Freien Demokratischen Jugend (FDJ)⁶⁸ und der Pfadfinder näher betrachtet (Kap. III.3.1.2). Das Saargebiet, das im Dezember 1947 aus der französischen Zone herausgelöst und einem eigenen Regime unterstellt wurde, soll hierbei ausgeklammert werden. Mit der Gründung eines westdeutschen Staates 1949 wurde auch das Feld der Jugendbewegungen institutionell neu geordnet: Im Oktober 1949 schlossen sich die Jugendorganisationen im Deutschen Bundesjugendring zusammen, der nunmehr als Dachorganisation die westdeutschen Jugendbewegungen vertrat⁶⁹ und künftiger Ansprechpartner für die offiziellen französischen Akteure war, deren Einflußgebiet sich damit nun auch auf das gesamte Westdeutschland erweiterte. Für 1948/1949 stellt sich damit auch die Frage nach einer Zusammenarbeit alliierter Jugendoffiziere. Gab es hier französische Tuchfühlungen, und konnte Frankreich durch alliierte Kooperation und Abstimmungen den absehbaren eigenen Kompetenzverlust im Bildungsbereich, der sich schließlich mit der

⁶⁶ Vgl. zu diesem Thema das grundlegende Werk von Dieter Tiemann, *Deutsch-Französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit*, Bonn 1989. Vgl. auch ders., *Nachwuchseliten für die Verständigung? Ein Aspekt deutsch-französischer Kulturbeziehungen in der Zwischenkriegszeit*, in: Louis Dupeux, Rainer Hudemann, Franz und Knipping (Hg.), *Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen*, München 1996, Bd. 1, S. 101-109.

⁶⁷ Mit mehr als 1000 lokalen Gruppen und insgesamt 120.000 Mitgliedern beherrschte die katholische Jugend unter den Jugendbewegungen bereits im Juni 1947 zumindest quantitativ das Feld, gefolgt von der protestantischen Jugend, die in 450 Gemeinden insgesamt 35.000 Jugendliche versammelte. Vgl. *Rapport mensuel*, Bureau de la Jeunesse, April 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁶⁸ Im Unterschied zur britischen, amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone, nannte sich die FDJ in der französischen Zone Freie Demokratische Jugend. Die Bezeichnung Deutsch wurde von den Franzosen nicht zugelassen.

⁶⁹ Die politischen Gruppen fanden sich im Ring Politischer Jugend zusammen.

Verabschiedung des Besatzungsstatuts im April 1949 bestätigte, auffangen (Kap. III.3.2)⁷⁰?

Französische Jugendpolitik im außerschulischen Bereich beschränkte sich nicht nur auf die Zulassung von Jugendorganisationen, sondern zielte auch darauf ab, möglichst viele Jugendliche zu erreichen. Daher wird auch ein Augenmerk auf den Umgang der Franzosen mit den Volkshochschulen zu richten sein, die die deutsche Jugend außerhalb der Schule "bilden" sollten (Kap. III.4).

Ein besonderes Instrument französischer Jugendpolitik waren die schon seit 1946 initiierten internationalen Begegnungen (Kap. III.5), die Vertreter deutscher und französischer Jugendorganisationen - zunächst nur in Deutschland - zusammenführten, und deren Rolle genauer betrachtet und gewürdigt werden soll. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß es sich um unterschiedliche Ebenen handelt: Während Jugendbewegungen und Volkshochschulen deutsche Einrichtungen und Organisationen sind, auf die die französischen Besatzer im Rahmen einer Umerziehung der deutschen Jugend einwirken wollten, handelt es sich bei den internationalen Begegnungen um eine französische Maßnahme, deren konstituierendes Element eine bilaterale bzw. multilaterale Komponente ist. Die privaten Organisationen wiederum sind Akteure im internationalen Austausch.

Unter den privaten Organisationen (Kap. III.6) finden das 1945 von Père Jean du Rivau in Offenburg gegründete Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.), das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, 1948 gegründet von Alfred Grosser und Emmanuel Mounier, sowie das 1948 von Carlo Schmid und Theodor Heuss ins Leben gerufene Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg besondere Berücksichtigung (Kap. III.6.1 bis III.6.3). Die nähere Betrachtung der Gründung und Entwicklung dieser Organisationen auf der Grundlage des vorliegenden Quellenmaterials soll Auskunft geben über die Rolle, die diese Organisa-

⁷⁰ Für die außerschulische Jugenderziehung in der amerikanischen und britischen Besatzungszone konnten folgende wissenschaftliche Arbeiten ermittelt werden: Karl-Heinz Füssl, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945-1955, Paderborn, München, Wien und Zürich, 1994 und Klaus-Peter Lorenz, Der Beitrag der politischen Jugendbildung zur Überwindung antidemokratischer Traditionen in den Nachkriegsjahren. Eine Untersuchung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit in Ländern der britischen Zone mit dem Schwerpunkt Jugendhof Vlotho und ihrer Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus für den Zeitraum 1945-1949, Diss. Universität Kassel, 1987. Eine Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren der französischen Zone wird hier nicht thematisiert.

tionen aus der Perspektive der französischen Besatzer spielten. Sie waren für die französische Jugendpolitik in Deutschland von Interesse, da sie bei ihren internationalen Begegnungsprogrammen und Maßnahmen ein besonderes Augenmerk auf die Jugend richteten. Die internationalen Begegnungen waren, so die Annahme der Verfasserin, das verbindende Element zwischen den Jugendbewegungen und privaten Organisationen. Daher werden die privaten Organisationen vor allem im Hinblick auf diesen Aspekt thematisiert.

Das Jahr 1949 bedeutete für den Erziehungsbereich eine Zäsur, da das im April 1949 verkündete Besatzungsstatut den Franzosen für diesen Bereich die direkten Kontrollmöglichkeiten entzog. Auch der außerschulische Bereich war davon betroffen, so daß auch die Kontrollrechte gegenüber den Jugendbewegungen entfielen. Der mit dieser Entwicklung verknüpften wachsenden Bedeutung der internationalen Begegnungen, deren Entwicklung zeitübergreifend von 1945 bis 1955 berücksichtigt werden soll, tragen die Kapitel IV und V Rechnung. Das Jahr 1951 bildete für die internationalen Begegnungen einen Einschnitt. Dies ist daran zu erkennen, daß ihre Anzahl nach dem Europäischen Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951 stark zurückging⁷¹. Ferner sind die internationalen Begegnungen, die von den Franzosen nach dem Krieg in Deutschland organisiert wurden, eng mit der Person Charles Moreaus verknüpft. Wenn diese Begegnungen auch nach Moreaus Wechsel zur Europäischen Jugendkampagne im Herbst 1951 fortgeführt wurden, so unterstreicht sein Verlassen der Französischen Kulturabteilung doch diesen Einschnitt.

Wie konnte es den besatzungspolitischen Akteuren gelingen, die von ihnen nach dem Krieg initiierten internationalen Begegnungen institutionell in Deutschland zu verankern? Welche Anstrengungen unternahmen sie dafür? Fanden diese Bestrebungen das Interesse des französischen Außenministeriums, und wurden sie von diesem mitgetragen (Kap. IV 1. und V.1)?

Mit der internationalen Austauscharbeit der privaten Organisationen, die als Akteure in diesem Themenfeld aus Sicht der besatzungspolitischen Akteure zunehmend Gewicht erlangen mußten, beschäftigt sich Kapitel IV.2. Hierbei wird der Blick von 1949 vorausschauend bis in die Mitte der 50er Jahre gerichtet. Welche Möglich-

keiten gab es darüber hinaus, die Umerziehung in Deutschland auch nach der Verkündung des Besatzungsstatuts mitzugestalten? Hier soll die Rolle der UNESCO als eine mögliche Plattform näher betrachtet werden (Kap. IV.3).

Auf dem Weg zur Wiedererlangung der westdeutschen Souveränität bis 1955 soll auch ein Blick auf das Deutsch-Französische Kulturabkommen geworfen und die Frage gestellt werden, welche Auswirkungen es für die jugendpolitischen Beziehungen hatte (Kap. V.2). Wurde mit dem Abkommen ein Zeichen für den Beginn der Bilateralität in den (west-)deutsch-französischen Kulturbeziehungen gesetzt?

Um die Frage zu beantworten, wann die Bilateralität in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen begann, müsste der Zeitraum 1954 bis 1963, also die Zeit nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge, auf der Basis von Quellen eingehender untersucht werden. Dies würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch überschreiten.

Im Zusammenhang mit dem Kulturabkommen ist hingegen von Interesse, wie sich die französische Kultur- und Jugendpolitik im Dualismus von Grundgesetz und Besatzungsstatut in den 50er Jahren entwickelte. Nutzte die junge Bundesrepublik sich bietende Möglichkeiten, auch auf diesem Gebiet ihren noch begrenzten Entscheidungsspielraum zu erweitern? Französisches Sicherheitsbedürfnis versus westdeutsches Gleichberechtigungsstreben kennzeichnete die deutsch-französischen Beziehungen Anfang der 50er Jahre. Finden diese unterschiedlichen Interessen auch ihren Niederschlag in den kulturpolitischen Beziehungen?

Mit dem Kulturabkommen, das auch den Jugendaustausch berücksichtigte, gaben die politischen Vertreter beider Länder offiziell ihrem Willen zur Versöhnung Ausdruck. Der Abschluß des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages im Jahre 1963, in dem mit der vorgesehenen Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes auch der Jugend eine besondere Rolle zugesprochen wurde, ist Höhepunkt dieses Versöhnungswillens. Nach den Jahren der zögernden Umsetzung des Kulturabkommens auf Staatsebene wird das Thema Jugendaustausch zwischen den Regierungen erst wieder im Umfeld des Elysée-Vertrages 1962/1963 virulent. Ausführlich

⁷¹ Zeitzeugen bezeichneten das Europäische Jugendtreffen auch als Höhepunkt und zugleich Ende einer Ära internationaler Jugendbegegnungen, vgl. Joseph Rovin, *Les relations franco-allemandes dans le domaine de la jeunesse et de culture populaire de 1945 à 1971*, in: *Revue de l'Allemagne*, 4 (1972), S. 689.

und quellenreich beschäftigt sich daher das letzte Kapitel mit der Genese dieses Austausch- und Förderungswerkes für die Jugend beider Länder⁷², das den deutsch-französischen Jugendaustausch in beiden Ländern institutionalisierte. Diese Gründung wird die frühen Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland in diesem Bereich aufgreifen und abrunden (Kap. VI) und damit gleichzeitig eine Perspektive für die Zukunft des Jugendaustausches beider Länder schaffen.

Quellen

Zur französischen Kulturpolitik liegt umfangreiches Aktenmaterial vor, aus dessen Fülle in der vorliegenden Untersuchung nur die relevanten Quellen zitiert werden können. Das Thema wird vor dem Hintergrund der Kenntnis der Quellen behandelt, die im Folgenden erläutert werden:

Den reichhaltigsten Quellenfundus für die Jahre 1945 bis 1955 bietet das französische Besatzungsarchiv (Archives Françaises de l'Occupation en Allemagne et en Autriche) in Colmar, in das das Archiv des französischen Außenministeriums Paris die Akten zur französischen Besatzungszeit in Deutschland und Österreich ausgelagert hat. Für das vorliegende Thema ist hier insbesondere der sehr umfangreiche Bestand Affaires Culturelles von Bedeutung, der sowohl für die Politik gegenüber den Jugendbewegungen als auch gegenüber den privaten Organisationen und dem internationalen Jugendaustausch reichhaltige Materialien bereit hält. Für die Zeit des Hohen Kommissariates, d. h. für die Jahre 1949 bis 1955, stehen für die Jugendpolitik wichtige Materialien im Archiv des französischen Außenministeriums (Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Archives diplomatiques) in Paris zur Verfügung. Ergänzend konnten die Nachlässe des damaligen Außenministers Georges Bidault und des Hohen Kommissars André François-Poncet im französischen Nationalarchiv (Archives Nationales) in Paris eingesehen werden.

Relevant für die Jahre 1950 bis 1955 sind von deutscher Seite die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Bonn bzw. jetzt Berlin sowie des Bundesarchivs in Koblenz. Hervorzuheben sind hier die Akten, die überliefern, wie Frankreich nach der Verkündung des Besatzungsstatuts 1949 versuchte, internationale Be-

⁷² Vgl. Entwurf einer gemeinsamen Erklärung vom 16.1.1963, in: MAE, Europe 1961-1965,

gegnungen in Deutschland zu institutionalisieren. Französische Bestrebungen, den internationalen Jugendaustausch zu europäisieren, wie sie zum Beispiel in der Organisation des Europäischen Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951 zum Ausdruck kamen, führten die Verfasserin ferner in das Historische Archiv der Europäischen Gemeinschaften in Florenz, das den Bestand der Europäischen Jugendkampagne bewahrt⁷³.

Ergänzend wurden ferner die interessanten Materialien aus dem Staatsarchiv Sigmaringen sowie aus dem Staatsarchiv Freiburg berücksichtigt. Die Akten französischer Kulturpolitik, die nach der Gründung des Landes Baden-Württemberg 1952 entstanden sind, werden im Hauptstaatsarchiv Stuttgart aufbewahrt. Hier konnten jedoch keine relevanten Dokumente für das Thema der vorliegenden Arbeit ermittelt werden.

Für die Gründungsphase des Deutsch-Französischen Jugendwerkes 1962/1963 sind sowohl die Akten aus dem Archiv des französischen Außenministeriums als auch des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts ausgewertet worden. Ebenso wurden die Quellen der zuständigen Jugendministerien auf deutscher und französischer Seite ausgewertet. Diese befinden sich für Frankreich in den Archives Nationales, Paris (Archives de Fontainebleau; französische Akten der Archives Nationales ab 1958), in Deutschland im Bundesarchiv. Außerdem konnten für diesen Zeitraum Bestände des Archivs für Christlich Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung gesichtet werden. Hier sind die Nachlässe von Ministerialdirektor Josef Jansen, der die Vorbereitung des Deutsch-Französischen Vertrages in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts mitbegleitete, und von Josef Rommerskirchen, dem Vorsitzenden der katholischen Jugend, die ihren Sitz im Haus Altenberg in der britischen Zone hatte, hervorzuheben. Rommerskirchen übernahm 1949 außerdem den Vorsitz des Deutschen Bundesjugendringes. Mit ihm führte die Verfasserin ferner ein Gespräch⁷⁴.

Selbstverständlich berücksichtigt die Studie auch bereits publiziertes Quellenmaterial, wie z. B. die Dokumentensammlung "Die Bundesrepublik Deutschland und

RFA, vol. 1574.

⁷³ Vgl. auch Jean Marie Palayret, *Eduquer les Jeunes à l'Union: La campagne européenne de la jeunesse (1951-1958)*, in: *Journal of European Integration History*, 2/2 (1995), S. 47-60.

⁷⁴ Gespräch vom 12. Mai 2001 in Mainz und Bonn.

Frankreich: Dokumente 1949-1963", die in vier Bänden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen nachzeichnet⁷⁵.

Einbezogen werden ebenfalls die Berichte von Zeitzeugen. Hier werden vor allem die Veröffentlichungen von Jean Charles Moreau⁷⁶, der als Leiter der Abteilung "Jugend und Volkshochschulen" französische Jugendpolitik in Deutschland von 1945 bis 1951 federführend mitgestaltete, und die Berichte von Joseph Rován⁷⁷, der ab 1946 für die Volkshochschulpolitik in Deutschland zuständig war, berücksichtigt. Mit beiden Akteuren führte die Verfasserin darüber hinaus Gespräche⁷⁸. Ferner sind insbesondere die Berichte Alfred Grossers⁷⁹ in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle von Relevanz.

⁷⁵ Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949-1963 (BDFD), hg. v. Horst Möller u. Klaus Hildebrand, Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie, bearb. v. Ulrich Lappenküper, Bd. 2: Wirtschaft, bearb. v. Andreas Wilkens, Bd. 3: Parteien, Öffentlichkeit, Kultur, bearb. v. Herbert Elzer, Bd. 4: Materialien, Register, Bibliographien (Erschließungsband), bearb. v. Herbert Elzer in Zusammenarbeit mit Ulrich Lappenküper und Andreas Wilkens, München 1997 u. 1999. Vgl. zu den für die deutsch-französischen Beziehungen relevanten Quelleneditionen: Jacques Bariéty u. Corine Defrance, Naissance et débuts de la République Fédérale d'Allemagne. Septembre 1949 - décembre 1950. Récents publications de documents diplomatiques allemands et français, in: *Revue d'Allemagne*, 31 (1999), S. 209-231.

⁷⁶ Jean-Charles Moreau, Nature et convergence des initiatives officielles et privées du rapprochement franco-allemand dans le domaine de la vie associative, in: Jurt (Hg.), *Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation*, S. 196-208. Ders., *Jugendarbeit und Volksbildung in der französischen Besatzungszone*, in: Vaillant (Hg.), *Französische Kulturpolitik*, S. 23-41.

⁷⁷ Rován, *Les relations franco-allemandes*, S. 675-704.

⁷⁸ Interview mit Jean-Charles Moreau am 4. und 5.11.1994 in Dôle und am 24.2.1997 in Paris. Das Interview mit Joseph Rován wurde ebenfalls am 24.2.1997 in Paris geführt.

⁷⁹ Alfred Grosser, Emmanuel Mounier und das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, in: *Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg* (Hg.), *Über die Freundschaft hinaus*, Stuttgart, Bonn 1988, S. 167-170. Zu der Gründung des Zeitschriftenpaares *Documents/Dokumente* durch den französischen Jesuitenpater Jean du Rivau im Jahre 1945 vgl. den Bericht von René Wintzen, *Private und persönliche Initiativen in der französischen Besatzungszone. Die Zeitschriften Documents und Dokumente, Vent debout und Verger*, in: Vaillant, *Französische Kulturpolitik*, S. 143-151.

II. Que faire de l'Allemagne? – Die Deutschen umerziehen? Erste französische Überlegungen zur Umerziehung der Deutschen

"Was tun mit Deutschland?" - hieß die zentrale Frage, die sich Frankreich⁸⁰ schon während des Krieges stellte und die im Vordergrund französischer Außenpolitik der Nachkriegsjahre stand. Das problème allemand⁸¹ war vielschichtig und globaler Natur und seine Lösung grundlegend für die Zukunft Frankreichs. Auch die Frage nach einer Umerziehung der Deutschen war Teil der Diskussion, stand jedoch nicht im Vordergrund. Thematisiert wurde diese Frage in der inneren Résistance und im Freien Frankreich. So erschien das erste Buch, das die oben zitierte Frage im Titel trug und sich u. a. mit der künftigen Erziehung junger Deutscher beschäftigte, 1943 in Algier⁸². Die 1945 noch vor der deutschen Kapitulation erschienene Schrift des jungen Germanisten und späteren Mitarbeiters der französischen Besatzungsverwaltung, Pierre Grappin⁸³, die den oben genannten Fragesatz zu einer stehenden Formulierung⁸⁴ machte, gibt einen Überblick über die öffentliche Diskussion bis zu diesem Zeitpunkt in den alliierten Staaten. Grappin stellt insgesamt fest, daß man in Frankreich noch keine fest umrissenen Vorstellungen für die Lösung dieser Frage habe. Zu einem ähnlichen Ergebnis bezüglich französischer Umerziehungspläne gelangt Ariel in ihrer 1945 veröffentlichten Schrift "Rééduquer les Allemands"⁸⁵, in der sie ihre Vorstellungen zur Umerziehung der Deutschen darlegt: "N'empêche que nous en sommes encore à la formule d'occupation militaire et économique et qu'on cherche en vain dans la composition de la mission française une direction de la rééducation"⁸⁶.

Den zitierten Schriften, die sich zur Umerziehung äußern, liegt ein Deutschlandbild zugrunde, das den Nationalsozialismus als Erscheinung der "Dauerkrankheit

⁸⁰ Gemeint ist la France résistante

⁸¹ Vgl. hierzu auch Lappenküper, der das Problem im Rahmen der französischen Deutschlandpolitik beleuchtet (Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 35 ff.).

⁸² Francis Gérard, Que faire de l'Allemagne, Algier 1943. Vgl. dazu auch Auerbach, "Que faire?", S. 289. Gérard beschäftigte sich mit der Zukunft der deutschen Schulen. Er forderte, Humanität wieder zur Bildungsgrundlage zu erheben; hielt allerdings eine strenge Kontrolle des Bildungswesens für unerlässlich.

⁸³ Pierre Grappin, Que faire de l'Allemagne?

⁸⁴ Auerbach, "Que faire?", S. 289.

⁸⁵ Ariel (Pseudonym für Sarah Claire Boas de Jouvenel), Rééduquer les Allemands, Paris 1945. Auflösung des Pseudonyms nach Zauner, Erziehung, S. 46.

⁸⁶ Ariel, Rééduquer, S. 131. De Jouvenel begann ihre Ausführungen bereits im Jahre 1942 und ergänzte sie nach der deutschen Kapitulation offenbar um einige "Notes critiques", in denen sie auch zu den französischen Planungen Stellung nahm.

der deutschen Seele" begreift⁸⁷. Dieses Deutschlandbild, das für viele Franzosen der höheren Bildungsschicht als repräsentativ gelten kann⁸⁸, ist stark beeinflusst von den Ideen französischer Germanisten, wie Edmond Vermeil und Robert d'Harcourt⁸⁹, die weit über ihre Fachkreise hinaus das Deutschlandbild in Frankreich prägten.

Als zentrales Problem galt das "Wesen der Deutschen", über das in Kreisen französischer Germanisten der Zwischenkriegszeit ausführlich diskutiert wurde. Eine kleine Zahl namhafter Professoren innerhalb der französischen Germanistik war in den 20er und 30er Jahren tonangebend und einflußreich. Zu ihnen zählten Henri Lichtenberger, Ernest Tonnelat, Robert d'Harcourt und Charles Andler, die alle an Pariser Hochschulinstituten dozierten. Für die französische Nachkriegszeit von besonderer Bedeutung ist Andlers Schüler Edmond Vermeil. Er übernahm 1934 an der Sorbonne die Nachfolge seines verstorbenen Lehrers, der als Gründungsvater dieser Germanistik galt. Charakteristisch für diese Germanistik ist die Abkehr von einer rein linguistischen, literatur- oder geistesgeschichtlichen Beschäftigung mit dem Nachbarland zugunsten der Einbeziehung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gegebenheiten der neueren deutschen Geschichte. Damit verbunden wurde der Anspruch, aus den gewonnenen Einsichten auch politische Lehren für die Gegenwart zu ziehen⁹⁰.

Geisteswissenschaftliche Reflexionen über Deutschland und die Auseinandersetzung mit dem "unsteten Nachbarn" waren daher in der 40er Jahren schon lange im Fluß, blieben aber auf der Ebene der Beobachtung und Reflexion. Der Gedanke einer Umerziehung der Deutschen, der als eine notwendige Forderung erscheinen mag, die sich aus den französischen geisteswissenschaftlichen Reflexionen über "das deutsche Wesen" und die "kranke deutsche Seele" ergeben mußte, barg jedoch in sich einen Widerspruch: Die Wesenszüge des deutschen Charakters waren nach diesen Analysen historisch bedingt und verwurzelt und daher nur schwer respektive

⁸⁷ Vgl. z. B. Ariel, Rééduquer, S. 24 ff.

⁸⁸ Auerbach, "Que faire?", S. 289.

⁸⁹ Vgl. zu beiden *ibid.*, S. 289 ff. Vgl. auch Gilbert Merlio, Lichtenberger, d'Harcourt, Vermeil: trois germanistes français face au national-socialisme, in: Hans-Manfred Bock, u.a. (Hg.), *Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930*, 2 Bde., Paris 1993, Bd. 2, S. 375 ff.

⁹⁰ Vgl. Gilbert Merlio, *L'image de l'Allemagne chez les germanistes français de l'entre-deux-guerres*, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 105 (1988), S. 67 f. Zu Vermeil vgl. auch Pascale Gruson, *L'entre-deux-guerres: un temps favorable pour la germanistique française?* In: *Lendemain*, 103/104 (2001), S. 15-29.

nicht veränderbar. Dies führte zu einer grundlegenden französischen Skepsis bezüglich einer Umerziehbarkeit der Deutschen.

Der "Deutsche", den Vermeil 1939 in seinem Hauptwerk "L'Allemagne. Essai d'explication"⁹¹ als Typ beschreibt, stellt, so die Analyse Tambarins, "en rien un modèle de stabilité psychologique ou de maturité politique"⁹² dar. "L'Allemand" habe nach Vermeil im allgemeinen keinen "sens exact de la réalité. La vision claire des choses, le sens et la sûreté du jugement lui font trop souvent défaut."⁹³ Diese Eigenschaften hätten auf politischer Ebene dazu geführt, daß die Deutschen letztlich zu jeder Zeit ihrer Entwicklung unfähig gewesen seien, sich selbst zu regieren⁹⁴. Den sich daraus ergebenden "deutschen Sonderweg" sieht er als zwangsläufig an. Er habe bereits mit Luther und der Entwicklung des deutschen Protestantismus mit seiner Idee des Staates als göttlicher Institution begonnen. Die bereits hier sich abzeichnende "deutsche Offensive gegen den Humanismus" habe mit Bismarck und dem preußischen Staatswesen unter Wilhelm II. seine Fortsetzung und schließlich ihren Höhepunkt im völkischen Rassismus gefunden⁹⁵. Als ein besonderes Kennzeichen hebt er den bei den französischen Germanisten häufig betonten deutschen Drang zum "pan-germanisme" hervor, der, beginnend mit dem Wiener Kongreß, im Laufe der Geschichte immer stärker geworden sei und im Nationalsozialismus seinen stärksten Ausdruck gefunden habe.

Vor dem Hintergrund dieser Interpretation der deutschen Geschichte stellte Vermeil 1945 fest: "L'attitude présente de l'Allemagne n'est pas une nouveauté ... Elle est au contraire, le résultat d'un long processus historique ... la tradition nazie n'est qu'une dégénérescence de la tradition intellectuelle de l'Allemagne. De même la psychologie du Nazi normal souligne et grossit démesurement les traits de l'allemand bismarckien ou wilhelmien... Il convient ... de prononcer une offensive de grand style contre toute tradition spirituelle, morale et politique de l'impérialisme prusso-allemand"⁹⁶.

⁹¹ Edmond Vermeil, L'Allemagne. Essai d'explication, Paris 1939 (Neuaufgabe 1945).

⁹² Marcel Tambarin, Edmond Vermeil. Allemagne. Essai d'explication, in: Chroniques allemandes, 9 (2001/2002), S. 96.

⁹³ Vermeil, L'Allemagne (1945), S. 425.

⁹⁴ Ibid., S. 45. Vgl. dazu auch Tambarin, Edmond Vermeil, S. 97.

⁹⁵ Ibid. Vgl. auch Auerbach, "Que faire?", S. 290.

⁹⁶ Vermeil, L'Allemagne, S. 31 und 290 ff.

Auch wenn Vermeil eine grundlegende Skepsis bezüglich der Möglichkeit, die Deutschen überhaupt umzuerziehen, hegte, hielt er die geistige Neuorientierung und Umerziehung der Deutschen für die wichtigste und auch schwierigste Aufgabe: "Rééduquer l'Allemagne, l'orienter vers des pratiques morales et politiques qui soient de nature à modifier profondément sa mentalité, à la guérir de la folie pangermaniste ... c'est bien l'œuvre la plus difficile à entreprendre."⁹⁷ Dieses Problem zu lösen sei allerdings notwendig, denn, so seine Überzeugung: "Notre destin en dépend."⁹⁸

Auf französischer "Regierungsebene" erfolgte die Beschäftigung mit dem Gedanken der Umerziehung zunächst im Rahmen alliierter Diskussionen bei den Zusammenkünften der Konferenz der Alliierten Erziehungsminister, Vorläuferin der im November 1945 gegründeten UNO-Unterorganisation UNESCO⁹⁹. Zu diesen Zusammenkünften war ab Oktober 1942 ein Vertreter des Comité français de la libération hinzugebeten worden¹⁰⁰. Die Alliierten legten hier ihre unterschiedlichen Konzeptionen und Vorstellungen zur Umerziehung der Deutschen dar. Die angelsächsischen Ansätze unterschieden sich maßgeblich von den französischen Umerziehungsvorstellungen und diesbezügliche Divergenzen traten bei der zentralen Sitzung im August 1944 offen zutage. Der Germanist Edmond Vermeil¹⁰¹ und der Historiker Paul Vaucher, die Frankreich vertraten, plädierten für repressive Maßnahmen und eine "intervention vigoureuse" in das deutsche Erziehungssystem. Denn aufgrund ihres Deutschlandbildes schätzten sie die Möglichkeit einer Selbsterziehung der Deutschen als gering ein. Damit stießen sie auf den Widerspruch der britischen "Working Party"¹⁰², die gemäßiger vorgehen wollte und ebenso wie die Amerikaner grundsätzlich die Auffassung vertrat, die Deutschen müßten sich selbst umerziehen.

⁹⁷ Vermeil, Le problème allemand, vue d'ensemble, in: Centre d'Etudes de Politiques Etrangère (Hg.), Quelques aspects du problème allemand, Paris 1945, S. 75.

⁹⁸ Ibid.

⁹⁹ Vgl. Handbuch Vereinte Nationen, S. 916.

¹⁰⁰ Pakschies, Umerziehung, S. 55.

¹⁰¹ Vermeil war nach dem Einmarsch der Deutschen in Paris 1940 von der Gestapo verfolgt worden und hatte sich daraufhin ins unbesetzte Frankreich zurückgezogen. 1943 war es ihm gelungen, nach London zu reisen, wo er sich de Gaulle anschloß (Auerbach, "Que faire?", S. 290).

¹⁰² Die im März 1944 gegründete Working Party war dem Foreign Office angebunden und sollte konkrete Pläne zur Umerziehung der Deutschen ausarbeiten. In ihr waren u. a. das Foreign Office, das War Office und das Political Intelligence Department vertreten. Vgl. De-france, Les Alliés occidentaux, S. 26.

Unterschiedliche Auffassungen in Erziehungsfragen gegenüber den Angelsachsen¹⁰³ und auch Prestigefragen¹⁰⁴ veranlassten die Franzosen schließlich dazu, im März 1945 ein eigenes Gremium auf Regierungsebene zu bilden, die Commission de rééducation du peuple allemand, deren Leitung man Edmond Vermeil übertrug. In französischen Regierungskreisen war man zu der Ansicht gelangt, Frankreich könne die Umerziehung der Deutschen nicht allein den Angelsachsen überlassen. Es sei bekannt, schrieb der Secrétaire des Conférences im französischen Außenministerium, Fouques-Duparc, am 19. März 1945 an das französische Erziehungsministerium, daß man sich in Großbritannien und Amerika aktiv mit der Frage der Umerziehung des deutschen Volkes beschäftige. Und es wäre bedauerlich, so seine Einschätzung, "que la France n'apportât pas sa contribution à l'étude de ce problème. Le souci de sa position spirituelle comme celui de ses intérêts politiques nous fait un devoir de ne pas laisser à nos Alliés le soin exclusif d'orienter dans telle ou telle direction l'éducation de la jeunesse allemande"¹⁰⁵. Den Umerziehungsplänen der Angelsachsen stand Vermeil mit großer Reserve gegenüber. Für ihn waren sie zu vorsichtig und oberflächlich¹⁰⁶.

Mit der Einrichtung der Commission de rééducation du peuple allemand unter seinem Vorsitz erhielt Vermeil die Chance, seine Ideen einzubringen und Umerziehungspläne für Deutschland zu beeinflussen. Als Mitglieder der Kommission wurden neben Vertretern aus dem universitären Bereich¹⁰⁷ der Leiter der Abteilung Affaires allemandes et autrichiennes im französischen Erziehungsministerium, César Santelli, und Marcel Berthelot, ab Anfang Juli 1945 Generalsekretär des im Quai d'Orsay angesiedelten Comité interministériel pour les Affaires allemandes et autrichiennes, be-

¹⁰³ Vgl. Ibid., S. 37 und Lange-Quassowski, Neuordnung oder Restauration?, S. 98-123.

¹⁰⁴ "La rééducation des Allemands ne pouvait, pour des raisons de prestige et d'intérêts politiques, être confiée aux seuls Anglo-Américains", schrieb der secrétaire des Conférences im Außenministerium, Fouques-Duparc, im März 1945 an das Erziehungsministerium, vgl. Dépêche du ministre des Affaires étrangères au ministre de l'Education nationale vom 19.3.1945, in: MAE/Paris, NU/OI (Nations Unies/Organisations internationales), 1943/1952, vol. 81, S (Sous-dossier) 94. Vgl. auch: Defrance, Les Alliés occidentaux, S. 39.

¹⁰⁵ Schreiben vom 19.3.1945 in: ibid. Vgl. auch Corine Defrance, Edmond Vermeil et la Commission de rééducation du peuple allemand, in: Revue d'Allemagne, 28 (1996), S. 208.

¹⁰⁶ Defrance, Les Alliés occidentaux, S. 41.

¹⁰⁷ Maurice Pernot, Roger Seydoux, Charles Morazé, le Révérend-Père Festugière

rufen¹⁰⁸. Zu dem Komitee zählten ferner Jean Schlumberger, Gabriel Marcel, Georges Duhamel, André Siegfried, Raymond Aron und Jean-Marie Carré.¹⁰⁹

Bemerkenswert ist, daß die Kommission im Außenministerium an das Secrétariat des Conférences, dessen Auftrag es war, für Frankreich die Konferenzen zur Gründung der Vereinten Nationen im Sommer 1945 vorzubereiten¹¹⁰, angebunden wurde und nicht etwa an Gremien, die für die Vorbereitung der Deutschlandpolitik zuständig waren. Bei der Diskussion im April 1946, die auf der Grundlage der von Vermeils Ende 1945 fertiggestellten Abhandlung zur Umerziehung erfolgte, wurde ferner die Idee geboren, eine französische Initiative zur Umerziehungsfrage für eine Sitzung der inzwischen gegründeten UNESCO vorzubereiten, bei der die Umerziehungsfrage bisher noch keine Rolle gespielt hatte¹¹¹. So nahm man also die UNESCO als Forum für die Präsentation eigener Ideen in den Blick.

Vermeils Ausarbeitung zur Rééducation hatte bereits im Juni 1945 vorgelegen, mußte aber auf Drängen Fouques-Duparcs überarbeitet werden, was sich bis Ende 1945 hinzog. Einer Darstellung und Analyse der nationalsozialistischen Pädagogik, die Vermeil auch als "agression allemande contre l'humanisme" bezeichnet und die seiner Ansicht nach "achève et couronne toute l'évolution que le pangermanisme a suivie depuis le début du 19ème siècle", schließt er allgemeine Überlegungen zur Zukunft der deutschen Schulen und Universitäten nach der deutschen Kapitulation an. Die Diskussion über Vermeils Dokument vor der Umerziehungskommission erfolgte am 2. April 1946, zu einem Zeitpunkt, als die konkrete Umerziehungspolitik durch die Direction de l'Education Publique (DEP) schon längst stattfinden mußte. Entsprechend der Vorlage stand im Rahmen der Diskussion insbesondere die Politik gegenüber deutschen Schulen und Universitäten im Vordergrund. Allerdings blieb auch diese Diskussion sehr im allgemeinen: "Au cours de ce débat, aucune des questions litigieuses ne fut définitivement tranchée et l'on ne semble pas s'être aventuré au-delà

¹⁰⁸ Zudem gehörte Salomon Grumbach, Abgeordneter und Präsident der außenpolitischen Kommission im Parlament, dem Gremium an.

¹⁰⁹ Vgl. Defrance, Edmond Vermeil, S. 207-221.

¹¹⁰ Zwei Kommissionen, die sich mit politischen und wirtschaftlichen Fragen bezüglich der UN-Gründung beschäftigen sollten, waren bereits Ende 1944 im Außenministerium eingerichtet worden. Vgl. *ibid.*, S. 209.

¹¹¹ Protokoll der Sitzung vom 2.4.1946, in: MAE/Paris, Série NU/OI 1943-1952, vol. 81, S. 94. Vgl. auch Defrance, Edmond Vermeil, S. 214.

de l'échange d'idées"¹¹². Arbeitsziel der Kommission war es, darüber hinaus Ideen für eine Umerziehung zu entwickeln: "Tout en préparant une réforme de l'enseignement scolaire, la Commission devrait étudier les problèmes de la rééducation, dans son aspect le plus général, et rechercher les moyens par lesquels l'idéologie militariste et l'idéologie national-socialiste pourraient être combattues avec le plus d'efficacité"¹¹³. Besondere Bedeutung als Mittel der Umerziehung maß er dem internationalen Gedanken bei: "Toute rééducation de l'Allemagne consistera à la diriger et la gouverner de telle sorte qu'elle comprenne et accepte la nécessité de son intégration dans la Communauté européenne reconstruite ... [Il faut] les [les Allemands] habituer à cette idée que leur principal devoir est de s'intégrer dans une communauté à tout le moins européenne, donc internationale, et de se rapprocher des notions d'égalisme et d'humanisme."¹¹⁴ Bereits in seiner ersten Vorlage im Juni 1945 hatte er auch hinsichtlich der deutschen Jugend die Forderung erhoben "de préparer la jeunesse allemande en vue d'une nouvelle conception de la communauté nationale et de la vie internationale"¹¹⁵. Ferner legte die Kommission Wert darauf, daß die Frage der Umerziehung in Zusammenarbeit mit den Alliierten erfolgen müsse¹¹⁶.

Die Ausarbeitungen Vermeils und die Ergebnisse der Sitzung vom April 1946 wurden niemals veröffentlicht, ebenso wenig wurden sie in einem Handbuch zusammengeführt, das den Besatzungspolitikern in der französischen Zone als Orientierung hätte dienen können. Konnten die französischen Bildungspolitiker in ihrer Zone dennoch von den Ergebnissen der Commission profitieren? Welchen Einfluß nahmen die französischen Germanisten auf die Umerziehung in der französischen Zone?

Der Leiter der Direction de l'Education Publique in der französischen Besatzungszone, Raymond Schmittlein, hatte Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre im Umfeld von Vermeil und anderen französischen Germanisten, wie etwa bei Ernest

¹¹² Ibid., S. 216.

¹¹³ Vgl. Note pour le ministre (Außenminister) vom 31.3.1945, in: MAE/Paris, Série NU/OI 1943-1952, vol. 81, S 94.

¹¹⁴ Protokoll der Sitzung vom 2.4.1946, in: MAE/Paris, Série NU/OI 1943-1952, vol. 81, S 94.

¹¹⁵ Manuskriptauszüge in dem Schreiben Vermeils an Fouques-Duparc vom 24.6.1945, in: ibid. Vgl. auch Defrance, Edmond Vermeil, S. 211.

¹¹⁶ Fouques-Duparc sprach in der Sitzung vom 2.4.1946 nur von den Angelsachsen, während Vermeil in seiner Vorlage auch die Sowjetischen Besatzer mit einbeziehen wollte. Protokoll der Sitzung vom 2.4.1946, in: MAE/Paris, Série NU/OI 1943-1952, vol. 81, S 94. Frankreich hätte hier möglicherweise die Rolle des Schiedsrichters zwischen den Angelsachsen und den

Tonnelat, studiert. In Anlehnung an Vermeils Analysen sah er vor allem im deutschen Nationalismus die Wurzel des nationalsozialistischen Übels: "Le nationalisme est cultivé comme une religion et enseigné comme un dogme", schrieb er 1948 an General Koenig, "il faut que les jeunes Allemands cessent de croire que la lutte contre le français est une chose naturelle qu'ils ont héritée de leurs pères, de leurs grands-pères et même de leurs plus anciens ancêtres"¹¹⁷. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er aufgrund seiner geistigen Nähe zu Vermeil¹¹⁸ von den Ergebnissen der Umerziehungskommission erfahren hat¹¹⁹. Zudem vermutet Defrance, daß mit Marcel Berthelot, seit Juni 1945 Generalsekretär des Comité interministériel aux Affaires Allemandes et Autrichiennes (CIAAA) und Mitglied der Commission de rééducation, das CIAAA als Transmissionsstelle zur DEP gedient habe¹²⁰. Allerdings gibt es keine Hinweise darauf, daß französische Kultur- und Bildungspolitiker darüber informiert wurden. Nicht einmal Jean Moreau, der ab August 1945 die Abteilung Jugend und Volkshochschulen leitete, war diese Kommission bekannt¹²¹.

Es bleibt jedoch festzuhalten, daß das von den französischen Germanisten vertretene Deutschlandbild viele französische Besatzungspolitiker prägte und das Ziel einer "Gesundung der deutschen Seele" als typische Handlungsmotivation französischer Kultur- und Bildungspolitiker im Nachkriegsdeutschland gelten kann¹²². Fest steht, daß Schmittlein in seiner Abteilung überwiegend französische Germanisten

Russen einnehmen können: "Nul doute que la France, placée entre l'URSS et les Anglo-Saxons ait ... un rôle éminent à jouer." Manuskript Vermeil, in: *ibid.*

¹¹⁷ Vermerk Schmittleins an General Koenig vom 24.12.1948, in: MAE/Colmar, AC 350 d.2.

¹¹⁸ Vgl. dazu Mombert, *Jeunesse et livre*, S. 14.

¹¹⁹ Vermeil berichtet im Juni 1945, Schmittlein habe ihn zuvor in Paris aufgesucht und er, Vermeil, werde mit ihm in Kontakt bleiben (Defrance, *Edmond Vermeil*, S. 220).

Über Kontaktaufnahmen französischer Vertreter in Deutschland zu der Commission de rééducation berichtet ferner Stefan Zauner. Im Frühjahr 1945 habe eine unter dem kurzen Kommando de Lattres und der 1. Französischen Armee gebildete und dann wieder aufgelöste Abteilung "Propagande - Information", die die Bereiche Presse, Verlagswesen, Kino, Theater und Radio in Deutschland kontrollieren sollte, Verbindungen zu ihr aufgenommen (Zauner, *Erziehung*, S. 66).

¹²⁰ Defrance, *Edmond Vermeil*, S. 219.

¹²¹ Interview mit der Verfasserin am 24.2.1997 in Paris.

¹²² Vgl. Corine Defrance, *Le rôle des germanistes dans la politique universitaire de la France en Allemagne pendant la période d'occupation (1945-1949)*, in: *Lendemain, Französische-deutsche Kulturbeziehungen: Entente cordiale?* 103/104 (2001), S. 56 ff.

einstellte, denen das Deutschlandbild Vermeils und seiner Kollegen bekannt gewesen sein dürfte¹²³.

Schon früh gab es allerdings auch Initiativen französischer Intellektueller, die eine andere Politik den Deutschen gegenüber forderten, als es in den offiziellen deutschlandpolitischen Absichten führender französischer Deutschlandplaner und -kenner zu beobachten war. So nahm sich 1945 die Zeitschrift *Esprit* des Themas Umerziehung an. Ihr Gründer und Herausgeber war der katholische Philosoph und Publizist Emmanuel Mounier, der 1948 das *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle* gründete. Mounier, der selbst in politischer Gefangenschaft gewesen war, wandte sich gegen Behauptungen, es gebe ein "ewiges" Deutschland, dessen nationalistischer Extremismus historisch unveränderlich sei¹²⁴. Im Oktober 1945 veröffentlichte er in *Esprit* einen zeichensetzenden Artikel von Joseph Rovani mit einem Titel, der die zentrale Aussage des Artikels bereits enthält: "L'Allemagne de nos mérites".

Der Franzose Rovani, der als Deutscher geboren worden war, 1933 aber nach Frankreich emigrieren mußte und dort die französische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, war im Mai 1945 von den Amerikanern aus dem KZ Dachau befreit worden¹²⁵. Trotz seines persönlichen Schicksals fand er bemerkenswert versöhnliche Worte für Deutschland. Er vertritt in seinem Artikel die Ansicht, die alleinige Verantwortung für das weitere Schicksal Deutschlands, das bedingungslos kapituliert habe, trügen die Alliierten. Er betont dabei die besondere Rolle der Franzosen, die, als die nächsten Nachbarn der Deutschen, immer Gegner, Opfer und Unterdrücker gewesen seien, in einer wunderbaren und entsetzlichen Nähe zugleich¹²⁶. Zum deutschen Wesen und zu der Frage der Umerziehung schreibt er: "[Wir] können nicht darangehen, Deutschland umzuerziehen, ohne eine ... respektvolle Aufmerksamkeit auf den deut-

¹²³ Vgl. dazu *ibid.* und Auerbach, "Que faire?", S. 298.

¹²⁴ Alfred Grosser, Emmanuel Mounier und das *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle*, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), *Über die Freundschaft hinaus*, Stuttgart, Bonn 1988, S. 271 f.

¹²⁵ Zur Biographie Rovans vgl. Hansgerd Schulte, *Le Messenger: Joseph Rovani. Essai d'une biographie franco-allemande*, in: Gilbert Krebs (Hg.), *Sept décennies de relations franco-allemandes 1918-1988. Hommage à Joseph Rovani*, Paris 1989, S. 319-342. Vgl. auch seine Autobiographie: *Joseph Rovani, Erinnerungen eines Franzosen, der einmal Deutscher war*, München, Wien 2000. Originalausgabe: *Mémoires d'un Français qui se souvient d'avoir été Allemand*, Paris 1999.

¹²⁶ Rovani, *Erinnerungen*, S. 222.

schen Geist zu richten."¹²⁷ Eine solche Aufmerksamkeit erfordere gewiß, daß der Erzieher sich Kenntnisse über deutsche Geschichte, Geographie, Wirtschaft und Gesellschaftskunde aneigne, aber er dürfe sich nicht auf dieses Studium beschränken. Die Menschenwürde geböte es, daß ein Erzieher diejenigen, die er erziehe, auch liebe. Der Erzieher müsse den deutschen Geist lieben¹²⁸. Dies ist eine Forderung, die einen Intellektuellen wie Vermeil sicher befremdet hat. Die Franzosen, die die Deutschen umerziehen sollten, seien verpflichtet, fuhr Rován fort, im Namen der Prinzipien, an die Frankreich glaube und für die die Résistance gekämpft habe, und durch diese Prinzipien selbst, den deutschen Geist zu ehren und zu respektieren¹²⁹. Denn das Deutschland von morgen, so schließt er seine Ausführungen, werde das Maß französischer Verdienste sein¹³⁰.

¹²⁷ Joseph Rován, *L'Allemagne de nos mérites*, in: *Esprit*, 11 (1945), S. 529-540; dt. Übers. abgedr. in: Joseph Rován, *Zwei Völker. Eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts*, München 1986, S. 99 f.

¹²⁸ *Ibid.*, S. 100.

¹²⁹ *Ibid.*

¹³⁰ *Ibid.*, S. 102.

III. Außerschulische Aktivitäten zur Umerziehung der deutschen Jugend: Französische Jugendpolitik in Deutschland 1945 - 1949 - Handlungszwänge und Handlungsspielräume im Rahmen französischer Deutschlandpolitik

1. Aufbau der Besatzungsbehörden und ihre französischen Verantwortlichen

Als Raymond Schmittlein im Frühjahr 1945 die Nachricht erhielt, daß Erziehungsminister René Capitant ihn als Leiter der Direction de l'Education Publique in Deutschland vorsah und er die Rééducation des deutschen Volkes mitorganisieren und verantworten sollte, war der Lieutenant-colonel zunächst wenig begeistert¹³¹. Im Juli 1944 hatte er sich von seinem zivilen Posten im Kabinett de Gaulles in Algier suspendieren lassen, um aktiv kämpfend an der Befreiung Frankreichs mitzuwirken. Er tat dies u. a. bei der Landung französischer und alliierter Truppen an der Provenceküste und bei der Rückeroberung Belforts, wo er sich als kühner Stratege erwies¹³². Im Frühjahr 1945 nun, als die Deutschen endgültig aus Frankreich vertrieben worden waren, französische Soldaten den Rhein überquert hatten und der alliierte Sieg offenbar kurz bevor stand, wurde er von der Front abberufen. In den ersten Maitagen 1945 reiste er weisungsgemäß nach Paris, wo er von René Capitant erfuhr, daß die Provisorische Regierung de Gaulles vorsah, ihn mit der Rolle eines "rééducateur de la jeunesse allemande" zu betrauen¹³³.

Schmittleins Aufgabe sollte sein, das deutsche Unterrichtswesen wieder aufzubauen und zu kontrollieren und die deutsche Jugend zu überwachen. Genauere Vorgaben bezüglich Direktiven und Personal erhielt er nicht. Schmittlein wurde jedoch selbst aktiv, indem er Kontakt zu Edmond Vermeil aufnahm, der den Vorsitz in der im März eingerichteten Commission de rééducation du peuple allemand hatte. Dies geht aus einem Brief Vermeils an Fouques-Duparc vom 24. Juni 1945 hervor: "Avant mon départ de Paris, j'ai eu la visite de M. Schmittlein, que M. Capitant a chargé d'organiser l'enseignement dans la zone que nous devons occuper. Je resterai en contact avec lui."¹³⁴

Offiziell wurde Schmittleins neue Funktion mit Kabinettsbeschluß der Provisorischen Regierung vom 29. Juni 1945. Die Direction de l'Education Publique (DEP), der

¹³¹ Zauner, Erziehung, S. 19.

¹³² Raymond Schmittlein, La Nationale 83. Extraits d'un Carnet de route, Mainz 1951.

¹³³ Zauner, Erziehung, S. 19.

¹³⁴ Zit. n. Defrance, Edmond Vermeil, S. 220.

nun die Verantwortung für das Schul- und Erziehungswesen in der französischen Besatzungszone oblag, nahm am 1. August 1945 in Baden-Baden ihre Arbeit auf¹³⁵.

Was befähigte den kampfbegeisterten Offizier Raymond Schmittlein zur Umerziehung der deutschen Jugend, deren Betreuung und Umerziehung so schwierig erschien, daß man sie, so ist zu vermuten, nur in besonders vertrauenerweckende und geeignete Hände legen würde?

Schmittlein hatte im Umfeld der bekannten französischen Germanistik der Zwischenkriegszeit studiert und von 1926 bis 1932 seine literaturwissenschaftlichen Studien in Paris und Berlin betrieben. Daß ein Franzose zu dieser Zeit in Deutschland studierte, war etwas besonderes, und es unterstreicht Schmittleins besonderes Interesse an Deutschland. Nach seiner Agrégation¹³⁶ für das Fach Deutsch war er 1934 zusammen mit seiner deutschen Frau nach Litauen und später nach Lettland gezogen, um dort u. a. die Leitung des Institut Français in Riga zu übernehmen¹³⁷. Bei Kriegsbeginn zum stellvertretenden Militärattaché in Riga ernannt, mußte er schließlich nach Skandinavien fliehen und wurde nach einer Station in Libyen, wo er mit den ersten Einheiten der Forces Françaises Libres gekämpft hatte, in politischer Mission in den Nahen Osten, in die französischen Mandatsgebiete Syrien und Libanon, entsandt. Nachdem er im Juli 1941 in den Stab von de Gaulles Hochkommissar General Catroux berufen worden war, um dessen Nachrichtendienst zu reorganisieren¹³⁸, erhielt er im Januar 1942 die Weisung de Gaulles aus London, sich als stellvertretender Leiter der Delegation des Freien Frankreich nach Moskau zu begeben¹³⁹. Im August 1943 nach Algier versetzt, übertrug man ihm erneut zivile Aufgaben im Stab de Gaulles. Er traf hier mit führenden Männern der innerfranzösischen und gaullistischen Résistance zusammen, die die provisorische französische Exilregierung bildeten und nach dem Krieg zu den einflußreichsten Politikern, Diplomaten und Publizisten der Vierten Republik gehören sollten. Als Generalsekretär saß er im August 1944 im Exekutivausschuß des algerischen Stützpunktes von Combat neben Henry Frenay und

¹³⁵ Zauner, Erziehung, S. 19 f.

¹³⁶ Dieser Abschluß genießt in Frankreich hohes Ansehen, da er nicht nur die Lehrbefugnis für die gymnasiale Oberstufe, sondern auch für die französischen Elitehochschulen, die Grandes Ecoles, beinhaltet.

¹³⁷ Zu Schmittleins Werdegang vgl. Corine Defrance, Raymond Schmittlein: un itinéraire dans la France libre. Entre activités militaires et diplomatiques, in: Relations Internationales, 108 (2001), S. 487-501.

¹³⁸ Zauner, Erziehung, S. 32.

René Capitant, Gaullist der ersten Stunde und Erziehungskommissar im Nationalen Befreiungskomitee¹⁴⁰. Nach der Mitarbeit in der Schulreformkommission, die tiefgreifende Reformen des gesamten französischen Erziehungswesens vorsah und die von René Capitant im Januar 1944 in Algier ins Leben gerufen worden war, gab Schmittlein seinen Posten im Stab de Gaulles auf, um als Offizier an der Befreiung Frankreichs teilzunehmen.

Im August 1945 nahm er seine Tätigkeit als Leiter der Erziehungsabteilung der französischen Militärregierung in Baden-Baden auf. Auf seine geistige Nähe zu dem Germanisten Edmond Vermeil, der für Frankreich ab 1945 Umerziehungspläne ausarbeitete, wurde bereits hingewiesen. Mombert spricht diesbezüglich auch von einer Aufgabenteilung zwischen beiden: "Vermeil l'universitaire assurant le rôle du théoricien, du propagateur et dans certains cas du défenseur des conceptions françaises, Schmittlein celui du praticien."¹⁴¹

Schmittlein teilte mit Vermeil die grundsätzliche Skepsis, daß die Deutschen fähig seien, sich selbst umzuerziehen und auch nur zum Teil bereit seien zu lernen. Seiner Einschätzung nach spalte sich die deutsche Bevölkerung in zwei annähernd gleich große Teile: zum einen in alle diejenigen, die man zur Jugend zählen könne, sie würden einen aufrichtigen und gutwilligen Eindruck machen und durch ihr Suchen nach der Wahrheit auffallen; zum anderen in alle anderen, die älter als dreißig Jahre alt seien und sich im Leben fest eingerichtet hätten, sie hätten ihren Lebensunterhalt gesichert und ihr geistiger Entwicklungsprozeß sei abgeschlossen. Sie könnten als unbelehrbar gelten. Es gebe Ausnahmen, aber nur in Einzelfällen. Den unter 30jährigen mußte folglich das Hauptaugenmerk gelten. Im Januar 1947 schrieb er rückblickend: "Der Versuch, ein Volk umerziehen zu wollen, konnte von vornherein als unrealistisch und wahnwitzig erscheinen, und deshalb nahm die Abteilung für Öff-

¹³⁹ Zu Schmittleins Zeit in Moskau vgl. Defrance, Raymond Schmittlein, S. 492 ff.

¹⁴⁰ Die Widerstandsgruppe Combat, die vor allem ein Spektrum christdemokratisch-katholischer und gemäßigter linker Mitglieder umfaßte, entwickelte sich im Laufe der Zeit zur gaullistischen Speerspitze unter den Bewegungen. Ihre aktive und einflußreiche Außenstelle in Algier spielte bei der Vereinigung aller überseeischen Widerstandsgruppen nach der Bildung des Nationalen Befreiungskomitees im Mai 1943 eine wichtige Rolle. Vgl. Jean Lacouture, De Gaulle, Bd. 1, S. 805 ff. und Zauner, Erziehung, S. 32.

¹⁴¹ Mombert, Jeunesse et livre, S.14.

fentliche Bildung ... diese Aufgabe auch mit einer gewissen Skepsis und erheblichem kritischen Geist in Angriff."¹⁴²

Die von Schmittlein geleitete Abteilung für Erziehung (DEP, Direction de l'Education Publique) war eingebettet in die Generaldirektion für Verwaltungsangelegenheiten (Direction Générale des Affaires Administratives) und unterstand damit dem am 1. August 1945 berufenen Generalverwalter (Administrateur Général) Emil Laffon, der bis 1947 für die zivile Verwaltung der französischen Besatzungszone verantwortlich zeichnete¹⁴³.

Das Verhältnis Schmittleins zu seinem Generaladministrator war nicht konfliktfrei, was u. a. in unterschiedlichen besatzungspolitischen Konzeptionen begründet lag. Während Laffon den Deutschen möglichst bald wieder Kompetenzen zugestehen wollte, forderte Schmittlein, das Schul- und Erziehungswesen einer nahezu lückenlosen Aufsicht und Kontrolle zu unterwerfen¹⁴⁴. Schmittlein warf seinem Vorgesetzten Unfähigkeit und eine zu große Unabhängigkeit gegenüber dem Oberkommandierenden General Pierre-Marie Koenig vor, der von Charles de Gaulle am 23. Juli 1945 an die Spitze des französischen Gouvernement Militaire in Deutschland berufen worden war, und unter dessen eigentlicher Verantwortung Laffon die Geschäfte der Militärregierung leitete. Schmittlein ging sogar soweit, den Posten Laffons, der dann auch nach dessen Rücktritt im Jahre 1947 nicht wieder besetzt wurde, für überflüssig zu erklären: "Le poste d'administrateur général est une poste qui ne se justifie pas puisque le pouvoir de décision est entre les mains du Général Commandant en Chef (Koenig)."¹⁴⁵

Wie das Zitat erahnen läßt, unterhielt Schmittlein bessere Beziehungen zu dem französischen Oberkommandierenden General Koenig, dessen besatzungspolitische Linie, den Deutschen so wenig Kompetenzen wie möglich zuzugestehen, seiner Auf-

¹⁴² Raymond Schmittlein, Die Umerziehung des deutschen Volkes, Bericht vom 27.1.1947, abgedr. in: Jérôme Vaillant (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, S. 163. Sein fester Glaube daran, daß man den Deutschen ihre Umerziehung nicht selbst überlassen könne, zeigte sich auch an seiner Haltung in der Frage der Schulreform, die er für notwendig befand und die er nicht den Deutschen überlassen wollte.

¹⁴³ Die Position des Generaladministrators wurde danach nicht mehr besetzt.

¹⁴⁴ Vgl. Corine Defrance, Les répercussions sur le plan de culture du passage du Gouvernement Militaire au Haut-Commissariat. Etat de la problématique française. Mémoire de D.E.A. sous la direction de Jacques Bariéty, Paris 1989, S.12.

¹⁴⁵ Zit. n. Defrance, Les répercussions, S.12.

fassung entsprach. Schmittlein verhielt sich Koenig gegenüber loyal und konnte dementsprechend auch häufig mit seiner Unterstützung rechnen.

Das Verhältnis Koenigs zu seinem Generaladministrator hingegen war äußerst gespannt, was auch in der mangelnden Kompetenzabgrenzung zu Beginn der Besatzungszeit begründet war¹⁴⁶. Koenig hatte sein eigenes "Zivilkabinett" gebildet und mit 300 Personen alle Dienststellen seines Verwaltungsdirektors verdoppelt, die sich fortwährend in dessen Amtsgeschäfte einmischten. Er rechtfertigte diese Maßnahme mit dem Hinweis auf das Dekret vom 15. Juni 1945, das seine Kompetenzen festlegte¹⁴⁷. Die so entstandene Doppelspitze gab es nur in der französischen Besatzungszone, nicht aber in den übrigen westlichen Besatzungszonen, wo die Kompetenzen offenbar eindeutiger festgelegt waren¹⁴⁸. Deutschlandpolitisch gedachte Koenig das seit Ende 1945 in Paris entwickelte Leitmotiv der Dezentralisierung¹⁴⁹ umzusetzen, während Laffon eine Zentralisierung innerhalb der französischen Zone und einen Zusammenschluß zur Trizone favorisierte und darüber hinaus eine Zentralisierung deutscher Kompetenzen in Deutschland forderte, der sich Koenig vehement widersetzte¹⁵⁰.

Für die Deutschland- und Besatzungspolitik war zudem die im Sommer 1945 gebildete Kontrollratsgruppe in Berlin zuständig, die am 22. August 1945 das Comité Allié de l'Education gebildet hatte. Hier diskutierten Vertreter aller vier Besatzungsmächte bis zum Frühjahr 1948 regelmäßig über erziehungspolitische Maßnahmen für Deutschland. Hier wurden Einschätzungen und Ideen ausgetauscht. Das Autonomieprinzip jeder Besatzungsmacht für erziehungspolitische Maßnahmen in der eigenen Zone blieb dabei erhalten¹⁵¹. Bis zum Frühjahr 1948 wurde die DEP dort von Eugène

¹⁴⁶ Vgl. zum Konflikt Koenig-Laffon den Aufsatz von Lattard. Alain Lattard, Zielkonflikte.

¹⁴⁷ Ibid., S. 5 f.

¹⁴⁸ Peter Heil, Gemeinden, S. 43.

¹⁴⁹ Vgl. Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 333.

¹⁵⁰ Dies zeigte sich auch an der wenig konstruktiven Vetopolitik Frankreichs im Alliierten Kontrollrat z. B. bezüglich der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Eine andere Einschätzung findet sich bei Rainer Hudemann, demzufolge Frankreich sich sowohl in der Planung als auch in der praktischen Politik - orientiert an einer Aufrechterhaltung der Wirtschaftseinheit bei möglichst weitgehender politischer Dezentralisierung - um vermittelnde Positionen und Alternativvorschläge im Kontrollrat bemüht hat. Vgl. Rainer Hudemann, Frankreich und der Kontrollrat.

¹⁵¹ Vgl. dazu Gunther Mai, Der alliierte Kontrollrat in Deutschland, 1945-1948, München 1995 und Defrance, Les Alliés occidentaux, S. 49.

Hepp vertreten¹⁵², der im März nach Baden-Baden zurückkehrte. An seiner Stelle entsandte Schmittlein im Frühjahr 1948 Henri Moinard, der bis dahin in Baden-Baden den Sport- und Jugendbereich innerhalb der DEP geleitete hatte, als Generalsekretär für die DEP nach Berlin¹⁵³.

In Paris war das von de Gaulle eingerichtete Comité Interministériel des Affaires Allemandes et Autrichiennes, das über ein eigenes Commissariat¹⁵⁴ Général des Affaires Allemandes et Autrichiennes (CGAAA) verfügte, als interministerielles politisches Leitungsgremium von besonderer Bedeutung. Es hatte die Aufgabe, die Verbindung zwischen der französischen Besatzungsregierung in Deutschland und den französischen Fachministerien in Paris zu garantieren¹⁵⁵. Dem Comité gehörten sechs Minister an, bemerkenswerterweise jedoch nicht der der Erziehung¹⁵⁶. Den Vorsitz dieses Ausschusses übernahm am 7. Juli 1945 de Gaulle als Präsident der Provisorischen Regierung selbst.

Die im Mittelpunkt dieser Arbeit stehende DEP (Direction de l'Education Publique) schließlich gliederte sich in fünf Hauptabteilungen: in die Abteilungen Hochschulen (Enseignement Supérieur), Unterrichtswesen (Enseignement), Kunst (Beaux-Arts), Dokumentation und Zensur (Etudes et Documentation censure) und in die Abteilung Jugend und Sport (Jeunesse et Sports), die für die außerschulische Erziehung der deutschen Jugend zuständig war und für die vorliegende Untersuchung von zentraler Bedeutung ist. Zu der von dem Agrée d'Allemand Henri Moinard geleiteten Sous-Direction Jeunesse et Sports zählten die Abteilungen Sport (Sports) sowie Jugend und Volkshochschulen (Jeunesse et culture populaire). Die Abteilung Jugend und Volkshochschulen, deren Leitung im August 1945 der französische Jurist Jean Charles Moreau übernahm, sollte im Rahmen der außerschulischen Erziehung umfassende Maßnahmen initiieren. Da Moreaus direkter Vorgesetzter, Henri Moinard, selbst vor allem die Überwachung des Sportsektors¹⁵⁷ übernahm, konnte Moreau sehr

¹⁵² Vgl. Protokolle der Sitzungen des Comité Allié de l'Education Publique vom 23.8.1945 bis 8.3.1948 in: MAE/Colmar, GFCC Berlin C 110 p 1. Hepp hat nachweisbar ab Februar 1946 an den Sitzungen teilgenommen.

¹⁵³ Vgl. Zauner, Erziehung, S. 114.

¹⁵⁴ Es war zunächst ein Secrétariat.

¹⁵⁵ Vgl. zum Comité Interministériel und weiteren deutschlandpolitischen Gremien in Paris: Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 119 ff.

¹⁵⁶ Beratend konnten die Oberkommandierenden in Deutschland und Österreich sowie der Chef d'Etat-major und der Generalsekretär der Regierung hinzutreten. Vgl. *ibid.*, S. 119.

¹⁵⁷ Vgl. hierzu: Woite-Wehle, Sportpolitik.

bald weitgehend eigenständig, meist in direkter Verbindung mit Schmittlein oder seiner Stellvertreterin Irène Giron¹⁵⁸, wirken¹⁵⁹.

Moreau¹⁶⁰ hatte nach seinem rechtswissenschaftlichen Studium in den 30er Jahren in Paris als Panzeroffizier im Krieg gegen die Deutschen gekämpft und von der französischen Kapitulation sowie von Pétain als Verwundeter in einem Militärkrankenhaus in Lyon erfahren. Hier traf er auch seinen späteren Vorgesetzten Michel Dupouey. Nach dem Waffenstillstand im Juni 1940 hatte man in Vichy ein Staatssekretariat für Jugendfragen mit einem Büro für Jugendbewegungen eingerichtet, dessen inoffizielle Aufgabe es war, die Bildung einer französischen Einheitsjugend zu verhindern. Dieses Büro wurde von 1940 bis 1942 von dem Vorsitzenden der französischen Jugendbewegung *Comarade de la Liberté*, Michel Dupouey, geleitet, der Moreau noch in Lyon vorschlug, sein Stellvertreter zu werden¹⁶¹.

Moreau übernahm diese Aufgabe 1940 und avancierte 1942, als Dupouey das Büro verließ, zum Leiter des Büros für Jugendbewegungen¹⁶². Dupouey wollte sich ganz der aktiven Jugendarbeit bei den *Compagnons de France* widmen, die sich u.a. um die Ausbildung der vielen infolge des Krieges gegen die Deutschen entwurzelten jungen Franzosen kümmerte und denen *Muracciole* gegenüber der Vichy-Regierung eine "prudente et louable neutralité politique" bescheinigt¹⁶³. Auch Moreau wurde

¹⁵⁸ Irène Giron, deren Vater Engländer und deren Mutter Deutsche war, hatte 1940 mit der Heirat des Franzosen Charles Giron die französische Staatsbürgerschaft angenommen. Anfang 1944 lernte Giron in Algier bei der Diskussion über die Schulreform und ihrer Tätigkeit für *Combat* Raymond Schmittlein kennen, der sie nach Kriegsende darum bat, die Erziehungspolitik in Deutschland mitzugestalten und seine Stellvertreterin in der DEP zu werden. Vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 68 und Defrance, *Les Alliés occidentaux*, S. 49.

¹⁵⁹ Dies macht die Aktenlage deutlich. Moreaus Berichte und Briefe, die den Kopf "Bureau de la Jeunesse et des Sports" tragen und an Schmittlein gerichtet sind, sind überwiegend nur von Moreau abgezeichnet. Die Reaktionen der DEP-Leitung sind ebenfalls nicht von Moinard gegengezeichnet, sondern gingen offenbar auf direktem Wege an Moreau zurück.

¹⁶⁰ Wenn nicht anders angegeben, speisen sich die Angaben aus dem Interview mit der Verfasserin am 24.2.1997 in Paris.

¹⁶¹ Bernard Comte, *L'école nationale des cadres d'Uriage. Une communauté éducative non conformiste à l'époque de la révolution nationale (1940-1944)*, Lille 1989, S. 68.

¹⁶² *Le Bureau des Mouvements de Jeunesse au Secrétariat d'Etat à la Jeunesse. Entretiens de Patrick Gallaud avec MM. Dupouey et Moreau*, S. 33 u. Comte, *L'école nationale*, S. 68, Anm. 15.

¹⁶³ Ders., *Les enfants de la défaite*, S. 268. Aufgrund wachsender Schwierigkeiten mit regimetreuen Jugendgruppen und ihrer Verbindungen zur Résistance wurden die *Compagnons* Anfang 1944 zur Auflösung gezwungen.

nach dem Krieg entlastet und von jeder Kollaboration mit den Deutschen freigesprochen¹⁶⁴.

Bei Kriegsende wurde Moreau zunächst ins Erziehungsministerium in Paris übernommen und erhielt im Sommer 1945 von Moinard das Angebot, innerhalb der französischen Besatzungsregierung die Umerziehung der deutschen Jugend mitzugestalten. Seine Erfahrungen bei Begegnungen mit deutschen Studenten in Paris in den 30er Jahren und die Lektüre von Rovans Aufsatz *L'Allemagne de nos mérites*¹⁶⁵ hatten Moreau seinen eigenen Aussagen zufolge dazu bewogen, dieses Angebot anzunehmen und an dieser Aufgabe mitzuwirken. Im Spätsommer 1945 schließlich reiste er nach Baden-Baden und begann, ein Konzept für die außerschulische Jugendpolitik zu erarbeiten.

Moreau gelang es, sich als "Kopf" der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildungspolitik zu etablieren, wie ihm Schmittleins Kabinettschef Robert Marquant rückblickend bescheinigte¹⁶⁶. Er konnte sich gegenüber seinem direkten Vorgesetzten Moinard behaupten, der ihn, wie erwähnt, handeln ließ, zu dem das Verhältnis aber dennoch nicht spannungsfrei war. Unter inhaltlichem Gesichtspunkt hat Moinard zumindest in einem Gespräch mit Vertretern der angelsächsischen Zonen im Herbst 1945 noch stärker als Moreau eine Politik der starken Hand gegenüber den deutschen Jugendgruppen betonen wollen¹⁶⁷. Nach der Umstrukturierung der DEP im Sommer 1948 entsandte Schmittlein Moinard als Vertreter der Education Publique nach Berlin¹⁶⁸. Dies trug jedoch offenbar nicht zu einer Entspannung des persönlichen Konfliktes zwischen Moinard und Moreau bei¹⁶⁹. Moreau besaß nach eigenen Aussagen großen Handlungsspielraum, denn Schmittlein habe sich in der Praxis wenig um die außerschulischen und -universitären Abteilungen seiner Behörde gekümmert¹⁷⁰. Dennoch hätten er und auch seine Stellvertreterin Irène Giron der Abteilung Jeunesse et Sports den Rücken freigehalten, indem sie übergeordneten Dienststellen ge-

¹⁶⁴ Rovans, *Erinnerungen*, S. 256.

¹⁶⁵ Joseph Rovans, *L'Allemagne de nos mérites*.

¹⁶⁶ Gespräch Stefan Zauner mit Robert Marquant am 7.4.1989, vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 163.

¹⁶⁷ Vgl. auch Zauner, *Erziehung*, S. 166.

¹⁶⁸ *Ibid.*, S.114.

¹⁶⁹ Beide warfen sich gegenseitig Intrigen vor. Vgl. Vermerk Moinards an Schmittlein vom 20.8.1948 in: MAE/Colmar, AC 69/2 und Vermerk Moreaus an Schmittlein vom 27.1.1949 in: MAE/Colmar, AC 69/3.

¹⁷⁰ Moreau, *Jugendarbeit und Volksbildung*, S. 27.

genüber die Bedeutung dieser Abteilung für die Umerziehung der deutschen Jugend betont hätten¹⁷¹. Die Abteilung profitierte zudem von Schmittleins Mut, bei Entscheidungen beträchtliche Risiken auf sich zu nehmen und sich dabei eine relative Unabhängigkeit administrativer und finanzieller Natur zu verschaffen¹⁷².

Mit Moreaus Vertretung wurde Geneviève Carrez betraut, die gleichzeitig die Unterabteilung Frauenfragen leitete. Carrez war studierte Germanistin und Gymnasiallehrerin, die Ende der 20er Jahre ein Jahr in Wien und Mitte der 30er Jahre ein Jahr in Berlin verbracht hatte. Aufgrund ihrer hervorragenden Deutschkenntnisse bot man ihr 1947 an, die französische Militärregierung in Deutschland im Bildungsbereich zu unterstützen¹⁷³. Weitere Unterabteilungen waren die von Marcel Beck geleitete Abteilung für Jugendfragen, die sich insbesondere um die Jugendfürsorge kümmerte, und die Abteilung Film, die in Deutschland die Vorführung französischer Filme organisieren sollte. Eine besondere Bedeutung erhielt die 1947 eingerichtete und von Joseph Rován geleitete Abteilung für Volksbildung. Berücksichtigt man die Rolle, die die Volkshochschulen für die Jugendpolitik spielten und die noch herauszuarbeiten sein wird, wurde diese Abteilung vergleichsweise spät gegründet. Die Abteilungen wurden also erst nach und nach gebildet, was die These eines französischen Planungsdefizits stützt¹⁷⁴, selbst wenn man berücksichtigt, daß der Gedanke, die Erfahrungen der französischen Volksbildung auch in Deutschland aufzugreifen, früher entstanden sein mag.

Die Sektion Jeunesse et Sports war auch in den Provinzen der Zone vertreten. Innerhalb der Délégations Supérieures übernahmen in Freiburg (Südbaden) Jacques Deshayes, ein ehemaliger katholischer Priester, der zum Marxist geworden war, und in Tübingen (Württemberg-Hohenzollern) der sozialistisch orientierte Agrégé d'allemand Henri Humblot für die Jugend- und Sportpolitik die Verantwortung. In Koblenz (seit August 1946 Rheinland-Pfalz) vertraten Pierre Schwartz und in Neustadt/Weinstraße H. Wustner, ab 1946 allerdings nur noch in untergeordneter Positi-

¹⁷¹ Dies bestätigt auch Schmittleins Kabinettschef Robert Marquant: Robert Marquant, *La politique culturelle*, S. 122 und ders. Diskussionsbeitrag, in: Heinemann (Hg.), *Hochschuloffiziere*, S. 26.

¹⁷² Moreau, *Jugendarbeit und Volksbildung*, S. 25.

¹⁷³ Hedwig Brüchert u.a., *Geneviève Carrez*, S. 70.

¹⁷⁴ Auf den Aspekt der Planung hat insbesondere Rainer Hudemann hingewiesen. Vgl. z.B.: Rainer Hudemann, *Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland*, in: Knipping/Le Rider (Hg.), S. 15-31.

on, die Baden-Badener Jugend- und Sportabteilung¹⁷⁵. In jedem Regierungsbezirk und in den Stadt- und Landkreisen war das Gouvernement Militaire zudem durch Délégations de district bzw. Délégations de cercle vertreten.

Die Vorbereitung des französischen Besatzungspersonals auf seine Aufgaben in Deutschland erfolgte ab Ende 1944. Von Dezember 1944 an wurden vierwöchige Ausbildungslehrgänge für das erste zivile, den militärischen Dienstgraden assimilierte Verwaltungscorps in den eroberten deutschen Gebieten durchgeführt. Hierfür war General Louis-Marie Koeltz, Chef der Mission Militaire pour les Affaires Allemandes (MMAA), verantwortlich. Die zukünftigen Besatzungspolitiker wurden in Kursen über fachliche und organisatorische Probleme, bei denen man sich v. a. auf das SHAEF-Handbook on Military Government in Germany stützte, auf ihre Zeit in Deutschland vorbereitet. Vorträge zur deutschen Geschichte und Mentalität des Politologen André Siegfried, Mitglied der Académie Française, und Analysen des NS-Regimes von Edmond Vermeil, die er vor dem Hintergrund seiner intensiven Beschäftigung mit der geisteswissenschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert erstellte, bildeten den geisteswissenschaftlichen Hintergrund. Das Deutschlandbild von der "Dauerkrankheit der deutschen Seele", das hier vermittelt wurde, bestärkte viele Kursteilnehmer in ihrer ohnehin vorherrschenden Meinung gegenüber dem deutschen Nachbarn. Bis Juni 1945 durchliefen nach Angaben von General Koeltz 1200 bis 1500 Personen die von Eugène Hepp geleiteten Ausbildungslehrgänge¹⁷⁶. Wer aus der künftigen Erziehungsabteilung diese Kurse absolvierte, ist nicht nachweisbar. Jean Moreau berichtet rückblickend, er habe diese Kurse nicht absolviert und er habe auch keine Handbücher als Grundlage gehabt. Für den Bereich der Kultur- und Universitätspolitik fällt auf, daß sehr viele französische Germanisten von der französischen Regierung mit der Kulturpolitik in Deutschland betraut wurden¹⁷⁷. Dank des persönlichen Einsatzes von Erziehungsminister Capitant konnten binnen weniger Wochen fast 200 Mitarbeiter für den Dienst in der DEP verpflichtet werden. Einige seiner Mitarbeiter wählte Schmittlein persönlich aus, wie etwa seine Stellvertreterin Irène Giron, die er, wie erwähnt, Anfang 1944 in Algier bei der Schulreformdiskussion und bei seiner Tätigkeit für Combat kennengelernt hatte.

¹⁷⁵ Zauner, *Erziehung*, S. 163. Zu Jacques Deshayes vgl. Schulte, *Le messenger*, S. 330; zu Humblot, hier allerdings ein eigener Bericht, vgl. Henri Humblot, *Kontrolle*, S. 43 ff.

¹⁷⁶ Zahlen aus Zauner, *Erziehung*, S. 59 f.

2. Kultur- und Jugendpolitik in der französischen Besatzungszone: Improvisiert oder geplant?

2.1. Die besatzungspolitischen Direktiven vom 20. Juli 1945 und erste allgemeine Anweisungen zur Bildungs- und Kulturpolitik vom 24. August 1945

Das Comité Interministériel legte am 20. Juli 1945 erste besatzungspolitische Direktiven vor¹⁷⁸, die General Koenig und Generalverwalter Laffon als Richtschnur bei dem Aufbau der Militärregierung dienen sollten. In dem ersten allgemeinen deutschlandpolitischen Teil wurde hinsichtlich der künftigen Grenzen Deutschlands und der Beibehaltung seiner territorialen Einheit der Vorrang sicherheitspolitischer vor ökonomischen Erwägungen gefordert¹⁷⁹. Die sicherheitspolitischen Erwägungen nährten sich auch aus der insbesondere von französischen Germanisten dargelegten Interpretation der jüngsten deutschen Geschichte, die, wie bereits gezeigt werden konnte, als logische Folge einer historischen Tradition gesehen wurde, die mit Bismarck begonnen, im preußischen Staatswesen eine Weiterentwicklung und im Nationalsozialismus ein konsequentes Ende gefunden habe¹⁸⁰. Diese Denkweise fand in den Richtlinien ihren Niederschlag: Nicht nur das Hitlerreich, sondern auch das preußische Staatswesen sollte zerstört werden¹⁸¹. So wurde dann auch in einem späteren Abschnitt gefordert, eine der Dezentralisierung gewogene Einstellung in der Bevölkerung zu fördern und der "décentralisation politique de l'Allemagne" Priorität einzuräumen¹⁸².

Die Kultur- und Erziehungspolitik wird innerhalb des Kapitels der Richtlinien zur Politik in der französischen Zone unter dem Stichwort "Verwaltung und Wirt-

¹⁷⁷ Vgl. hierzu den Aufsatz von DeFrance, *Le rôle des germanistes*.

¹⁷⁸ *Directives pour notre action en Allemagne*, abgedr. in Henri Ménudier (Hg.), *L'Allemagne occupée 1945-1949*, Paris 1990, S. 169-175.

¹⁷⁹ *Ibid.*, S. 169. Nach Abschluß der Potsdamer Konferenz gewannen die wirtschaftlichen Erwägungen allerdings für die Franzosen größeres Gewicht, da die von den Alliierten vereinbarten Territorial- und Reparationsbestimmungen völlig unzureichend erschienen, so daß sich die Frage einer rationellen und systematischen Ausbeutung der französischen Zone um so deutlicher stellte. Vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 63.

¹⁸⁰ "L'attitude présente de l'Allemagne n'est pas une nouveauté", schrieb Vermeil 1945, "elle est au contraire, le résultat d'un long processus historique. Il convient ... de prononcer une offensive de grand style contre toute tradition spirituelle, morale et politique de l'impérialisme prusso-allemand", Vermeil, *L'Allemagne*, S. 31 und 290 ff.

¹⁸¹ *Directives pour notre action en Allemagne*, S. 170.

¹⁸² Gleichzeitig wurde allerdings davor gewarnt, angeblich föderalistischen Kräften in Deutschland zu trauen, da sich hinter ihnen Anhänger des Einheitsstaates verbergen könnten. *Ibid.*, S. 170 f.

schaft" nur sehr allgemein angesprochen: Hier wird an erster Stelle die Bestrafung der Kriegsverbrecher gefordert, es folgt die Forderung nach der Ausrottung des Nationalsozialismus. Nach Erläuterungen über den Aufbau einer rechtsstaatlichen und demokratischen Administration wird auf Neugründungen im Bereich Presse und Rundfunk eingegangen. Erst dann finden Schulen, deren Wiedereröffnung offenbar als Verwaltungsakt betrachtet wurde¹⁸³, und Universitäten in wenigen Sätzen Erwähnung¹⁸⁴. Die nur kurze und sehr allgemeine Erwähnung der Kultur- und Bildungspolitik in den Richtlinien war möglicherweise Ausdruck für einen geringen Stellenwert der bildungs- und kulturpolitischen Angelegenheiten im Rahmen der deutschlandpolitischen Gesamtkonzeption in Pariser Regierungskreisen. Der Umerziehungsgedanke konkretisierte sich lediglich in der Forderung nach kultureller "Entpreuung" der Deutschen und ihrer geistigen Vorbereitung auf die Dezentralisierung ihres Landes. Hier fanden vermutlich die Skepsis de Gaulles und seiner Umgebung gegenüber der Möglichkeit einer Rééducation sowie die Dominanz eines traditionellen, machtstaatlichen Kategorien verhafteten Sicherheitsdenkens ihren Ausdruck¹⁸⁵. Dieser sehr allgemein vorgegebene Rahmen bedeutete gleichzeitig ein hohes Maß an Gestaltungsmöglichkeiten bei der Ausarbeitung konkreter Konzeptionen.

In seinem vertraulichen Rundschreiben über die "Principes de notre action en Allemagne occupée" forderte Laffon die Verwaltungsspitzen in Baden-Baden und in den Ländern der Zone vier Wochen später dazu auf, das politische und moralische Vakuum zu füllen, das der Nationalsozialismus hinterlassen habe. Frankreich müsse sich in Deutschland, wo die Kultur durch den Nationalsozialismus zerstört worden sei, als Musterbeispiel einer modernen Demokratie präsentieren¹⁸⁶. Die Deutschen müßten zur Kooperation bewegt werden. Konkrete Anweisungen für eine Erziehungs- und Kulturpolitik sind auch hier noch nicht zu finden.

¹⁸³ "Rouvrir rapidement les écoles primaires et secondaires et les doter de nouveaux manuels ou manuels antérieurs à 1933. Filtrer soigneusement les instituteurs. Chercher à prendre de l'influence dans les universités de Fribourg et de Tübingen", in: *ibid.*, S. 174.

¹⁸⁴ So auch die Einschätzung Zauners. Ders., *Erziehung*, S. 64 und DeFrance, *Les Alliés*, S. 83.

¹⁸⁵ Von kulturpolitischen Konzeptionen, wie Rainer Hudemann sie vermutet, kann zu diesem Zeitpunkt keinesfalls gesprochen werden (Hudemann, *Kulturpolitik*, S. 24). Eine Überbewertung der Richtlinien durch Hudemann konstatieren auch: Vaillant, *Einführung*, S. 65 und Zauner, *Erziehung*, S. 64.

¹⁸⁶ *Principes de notre action en Allemagne occupée* vom 20.8.1945, Passagen in: Hudemann, *Kulturpolitik*, S. 25. f.

Erste allgemeine Anweisungen zur Bildungs- und Kulturpolitik erließ Laffon am 24. August 1945¹⁸⁷. Sie waren Ergebnis einer Sitzung, die am Tag zuvor bei General Koenig stattgefunden hatte¹⁸⁸. Die Anweisungen beschäftigten sich mit den Schulen, die am 17. September 1945 wiedereröffnet werden sollten, und der Politik gegenüber den Universitäten. Ferner wurden die Aufgaben der Abteilung Beaux-Arts¹⁸⁹ erläutert. Hier ging es insbesondere um den Schutz historischer Denkmäler und Kunstschätze. Ein dritter Abschnitt befaßte sich mit der Kontrolle des Bereiches Jugend und Sport, bei dem Vorsicht geboten sei. Solange die Fachleute für diesen Bereich keine Empfehlungen ausgearbeitet hätten, müsse man mit diesem Thema behutsam umgehen¹⁹⁰.

Auch die Instruktionen, die Laffon anlässlich de Gaulles Reise durch Südwestdeutschland im Oktober 1945 an die Délégations Supérieures sandte, blieben für den hier interessierenden Bereich im allgemeinen verhaftet. Hervorzuheben ist, daß Laffon unter Berufung auf die verständnisvollen Worte des Generals gegenüber den Deutschen¹⁹¹ eine dauerhafte "Politik des Zwangs und der Unterjochung"¹⁹² zugunsten eines humaneren Vorgehens verwarf, vorausgesetzt, Frankreichs Interessen blieben gewahrt. So war u. a. zu lesen, daß der französische Beitrag zur "moralischen und politischen Umerziehung"¹⁹³ der besetzten Bevölkerung einen Aspekt der

¹⁸⁷ Directives générales concernant l'Enseignement, les Beaux-Arts, la Jeunesse et les Sports vom 24.8.1945, in: MAE/Colmar, AC 65/2. Vgl. hierzu auch Zauner, Erziehung, S. 73 ff.

¹⁸⁸ An dieser Sitzung hatten neben Koenig sein Berater Tarbé de Saint-Hardouin, Kabinettschef Navarre, ein Vertreter des Zivilkabinetts, Laffon, Sabatier und Schmittlein teilgenommen. Insbesondere wurde über die Schulpolitik diskutiert, wobei die Frage nach der Zulassung von Konfessions- oder Simultanschulen eine große Rolle spielte. Vgl. ausführlich hierzu: Zauner, Erziehung, S. 70 ff. Protokoll der Sitzung in: MAE/Colmar, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C.III-4/a.

¹⁸⁹ Ausführlich hierzu: Zauner, Erziehung, S. 73 ff.

¹⁹⁰ Directives générales ... vom 24.8.1945, in: MAE/Colmar, AC 65,2. Siehe auch *ibid.*, S. 77.

¹⁹¹ De Gaulles Reise durch die Französische Besatzungszone wurde auch als Wendepunkt seiner Deutschlandpolitik interpretiert. Dies machte man an Sätzen wie: "La France n'est pas ici pour prendre, mais pour faire renaître et pour que vous renaissiez avec elle" (Rede vom 3.10.1945 in Trier, in: Lettres, Notes et Carnets, S. 91 f.) fest. Sich seiner politischen Isolierung bewußt, habe de Gaulle plötzlich eingesehen, daß er den Deutschen anderes anbieten müsse als Verbote und Mißtrauen (Renata Fritsch-Bournazel, Die Wende). Für Hudemann wird hier die Ambivalenz von Konfrontation und Kooperation deutlich. Vgl. Hudemann, Kulturpolitik, S. 26. f. DeFrance sieht hier eine Kontinuität französischer Deutschlandpolitik. Unter Berufung auf einen Vermerk vom Februar 1944 des Generalsekretariates des CFLN erscheint ihr die Bemerkungen de Gaulles "comme la continuation d'une politique de séduction élaboré à l'époque d'Alger". Vgl. DeFrance, La politique culturelle, S. 41.

¹⁹² Zit. n. Zauner, Erziehung, S. 65.

¹⁹³ Zit. n. *ibid.*

Menschlichkeit darstelle: "En resumé", schrieb Laffon, "la politique que nous entendons suivre dans tous les domaines peut se définir par son double caractère de fermeté et d'humanité"¹⁹⁴. Diese Formulierungen bargen Ambivalenz und ließen einen Interpretationsspielraum, der repressive, aber auch konstruktive Vorgehensweisen ermöglichte. Das Besatzungspersonal erhielt somit einen gewissen Freiraum für seine Politik. Aber auch die Auswahl der Personen sowie ihr persönliches Profil erhielten eine noch höhere Bedeutung.

Wie oben gezeigt werden konnte, waren die grundlegenden Dokumente und Direktiven der Abteilung Jeunesse et Sports im August 1945 noch in der Vorbereitung. Sie wurden erst im Herbst 1945 den eigenen Dienststellen der Provinzen und im Dezember 1945 der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben. Bevor sie vorgestellt werden, soll ein Blick auf mögliche Wurzeln dieser Schriftstücke und Konzeptionen gerichtet werden.

2.2. Konzeptionen französischer Jugendpolitik zu Beginn der Besatzungszeit und ihre Vorläufer

2.2.1. Die Bedeutung französischer Jugendorganisationen in Frankreich bis 1945: Front Populaire - Vichy - Résistance

Die Direktiven für die Kultur- und Umerziehungspolitik, die dem französischen Besatzungspersonal als Grundlage für ihre Arbeit dienen sollten, als es im Sommer 1945 seine Arbeit aufnahm, waren sehr allgemein gehalten. Da eine Politik auch vor Ort nicht aus dem Nichts geschöpft werden konnte, stellt sich die Frage, ob die für die Jugendpolitik verantwortlichen französischen Besatzungsoffiziere auf Vorbilder zurückgriffen und an welche Erfahrungen sie möglicherweise anknüpften. Welche Vorbilder gab es in der nach- bzw. außerschulischen Jugend- und Erwachsenenenerziehung in Frankreich? Welche Verbindungen bestanden zu den im Herbst 1944 in Frankreich gegründeten Volksbildungsbewegungen Travail et Culture und Peuple et Culture? Spielten Moreaus Einsichten und Erfahrungen, die er in Vichy im Staatssekretariat für Jugendfragen als stellvertretender Leiter, später dann als Leiter der Abteilung für Jugendbewegungen sammeln konnte, eine Rolle? Konnte für einen möglichen deutsch-französischen Jugendaustausch an den Jugendaustausch der Zwi-

¹⁹⁴ Zit. n. Hudemann, Kulturpolitik, S. 26.

schenkriegszeit angeknüpft werden, oder mußte man den Boden hier ganz neu bereiten?

Die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung in Frankreich, initiiert um die Jahrhundertwende vom demokratischen Bürgertum, praktizierenden Katholiken und Teilen der Arbeiterbewegung mit dem Ziel, Wissen und Bildung zu popularisieren, hatte in der Zwischenkriegszeit einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Die *éducation populaire* hatte sich allmählich aus der Vormundschaft der Schulen und Lehrer bzw. der Kirchengemeinden und des Klerus gelöst. Junge Menschen gleicher gesellschaftlicher Herkunft oder beruflicher Zugehörigkeit organisierten sich in eigenen Vereinigungen, wie z. B. den Roten Falken, der katholischen bzw. christlichen Arbeiterjugend (JOC), den katholischen bzw. christlichen Studenten (JEC) oder der katholischen Landjugend (JAC). Besondere Techniken der Vermittlung, der Einsatz von Medien wie z. B. Filme und die Einführung aktiver Erziehungsmethoden wurden erstmals in der Bildungsarbeit angewendet. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich die in England entstandene Pfadfinderbewegung Baden-Powells, die zunehmende Nachahmung in Frankreich erhielt, und die Jugendherbergen, die als Anlaufstellen und Treffpunkte natur- und wanderbegeisterter junger Franzosen um 1930 eine Gründungswelle erfuhren. Die Gründung von Jugendbewegungen erlebte in den 20er und 30er Jahren eine Blütezeit.

In den 30er Jahren, insbesondere nach dem Wahlsieg der vereinigten Linksparteien (Front Populaire) im Jahre 1936, hatten dann die Schlagworte "Freizeitgestaltung für alle" (*loisir populaire*) und "Volkskultur" (*culture populaire*) Hochkonjunktur und fanden ihren administrativen Ausdruck in der Ernennung von Léo Lagrange zum ersten Staatssekretär für Sport und Freizeit. Die außerschulische Erziehung im traditionellen Sinne trat hier zugunsten einer freizeitorientierten Kultur in den Hintergrund¹⁹⁵. Spätestens mit dem Sturz des zweiten Volksfrontkabinetts im Frühjahr 1938 waren die Träume von einer massenumfassenden Bildungsexpansion zerstoßen.

Der Einmarsch der Deutschen und die Einsetzung des Vichy-Regimes im Sommer 1940 bedeuteten für viele der Initiativen, die mit der *culture populaire* eine linke Stoßrichtung verbanden, das Ende. Pétain setzte auf die Erziehung der Jugend nach den Schlagworten des *Etat Français*: Travail, Patrie, Famille. Während die III.

¹⁹⁵ Vgl. Zauner, Erziehung, S. 48.

Republik in den Augen französischer Intellektueller an lähmender Überalterung zugrundegegangen war, "pries Vichy die Jugend, das Engagement, die Disziplin, die Ordnung, den Gehorsam, die Verantwortung"¹⁹⁶. Da man laizistischen Bewegungen mißtraute und die konfessionellen Gruppen bald ebenfalls mit einem gewissen Argwohn betrachtete, gab man in Vichy neuen Strukturen den Vorzug. Sie hatten die Aufgabe, eine neue, zugleich traditionalistische und moderne, willensstarke und militärische Elite für das Land auszubilden, wie etwa die Compagnons de France und die Schule für Führungskräfte "Ecole de cadres d'Uriage", auf die später zurückzukommen sein wird. Diese Gedanken sollte sich auch, so schreibt Rovin in seinen Erinnerungen, die Résistance zu eigen machen¹⁹⁷.

Die Bedeutung, die Vichy außerschulischer Jugenderziehung beimaß, fand ihren Ausdruck darin, daß im Jahre 1940 erstmalig in Frankreich administrative Strukturen für die Jugend auf Regierungsebene gebildet wurden: ein Staatssekretariat für Jugend, dessen Leitung bis 1942 Lamirand übernahm. Die Mitarbeiter des Staatssekretariates, zu denen u. a. Michel Dupouey, der innerhalb des Staatssekretariates von 1940 bis 1942 die Leitung des Büros für Jugendbewegungen inne hatte¹⁹⁸, und sein Stellvertreter Jean Moreau, der die Leitung des Büros 1942 erhielt, zählten, hatten sich zur Aufgabe gemacht "de mettre en oeuvre une nouvelle philosophie sociale ... Il s'agit de concilier le pluralisme, les libertés (notamment par la décentralisation des provinces) avec l'ordre et les disciplines"¹⁹⁹. So sollten die Jugendgruppen verschiedener Ausrichtung weiter bestehen bleiben und somit die Bildung einer Einheitsjugend, vor der man sich mit Blick auf Deutschland fürchtete, verhindern. Sie alle sollte eine gemeinsame Verpflichtung verbinden: die Verwirklichung der von Pétain propagierten "nationalen Revolution". Trotz dieser konstruktiven Ansätze bezüglich der Verhinderung einer Einheitsjugend bleibt zu berücksichtigen, daß die Regierung Laval eine Verklärung der Jugend betrieb. Sie rühmte die Kraft und Disziplin der Jugend und war bestrebt, die jungen französischen Staatsbürger in Organisationen zu erfassen, so etwa in der von Vichy ins Leben gerufenen Jugendbewegung Compagnons de France. Diese bemühte sich in Schulungslagern

¹⁹⁶ Rovin, Erinnerungen, S. 118.

¹⁹⁷ Ibid.

¹⁹⁸ Le Bureau des Mouvements de Jeunesse au Secrétariat d'Etat à la Jeunesse. Entretiens, S. 33.

¹⁹⁹ Comte, L'école nationale, Bd. 1, S. 65.

gnons de France. Diese bemühte sich in Schulungslagern neben dem sportlichen Angebot allerdings auch darum, neue pädagogische Grundlagen und Methoden zu entwickeln und konkrete Hilfe bei der beruflichen Qualifizierung zu geben. Verbindungen zur Résistance und Schwierigkeiten mit Vichy-Vertretern führten dann allerdings Anfang 1944 zur Auflösung dieser Gruppe. Relativ unbehelligt überdauerte hingegen die Jugendherbergsbewegung die Zeit der deutschen Besatzung. Da die deutschen Besatzer Aktivitäten französischer Jugendbewegungen in der nördlichen Zone im August 1940 verboten hatten, zeigten sich die konfessionellen, die laizistischen Jugendbewegungen und die Pfadfinder in der unbesetzten Zone der Vichyregierung gegenüber kooperativ, zumindest zunächst²⁰⁰.

Großen Wert wurde auf die Ausbildung von Führungskadern gelegt, für die innerhalb des Staatssekretariates für Jugend die Abteilung Formation des cadres zuständig war²⁰¹. Eine besondere Rolle spielte die Ecole des cadres d'Uriage, die im Dezember 1940 gegründet worden war²⁰². Die Schule befand sich unweit von Grenoble in einem abgelegenen Schloß, umgeben von mehreren Hektar Wald, und wurde geleitet von ihrem hochangesehenen Gründer, Oberst Dunoyer de Segnonzac.

Die Ecole nationale des Cadres de la Jeunesse hatte zunächst als Kaderschule für die Ausbildung von Offizieren des neuen "Etat Français" gedient, im Geiste der Erneuerung, der nach der Besetzung durch die Deutschen herrschte. Es mußte ein Weg gefunden werden, die Heerscharen von demoralisierten und desorientierten Jugendlichen nach der militärischen Niederlage Frankreichs in staatlich kontrollierbare Bahnen zu lenken²⁰³. Unter der Federführung des neu eingerichteten Secrétariat général à la Jeunesse in Vichy, für das auch Moreau tätig war, wurde den Schülern bis zur Auflösung der Schule 1942 durch Laval eine Ausbildung angeboten, die sportliche Ertüchtigung und wissens- und wertebezogenen Unterricht beinhaltete und mit der es gelang, einen Zusammenhalt unter den Schülern zu erreichen, die der Kampf für ein freies Frankreich als Mission verband, welche über die Schule hinaus ausstrahlte: "Aux stages d'entraînement physique, intellectuel et moral pour les futurs chefs de jeunesse qui constituaient son activité initiale, l'Ecole d'Uriage a bientôt joint

²⁰⁰ Ibid., Bd. 1, S. 65 f.

²⁰¹ Rovin, Erinnerungen, S. 119.

²⁰² Comte, L'école d'Uriage, S. 147-157 und ders., L'école nationale.

²⁰³ Hierzu sollten auch die Chantiers de Jeunesse, Arbeitsdienstlager mit Pfadfindercharakter für Wehrpflichtige, dienen.

des sessions d'études ou d'information pour les cadres ou les élites de divers milieux sociaux²⁰⁴. Ses membres ont forgé eux-mêmes, avec une tenace volonté d'indépendance, un "esprit" et élaboré un "style de vie", au nom de la mission qu'ils s'étaient donnée dès le lendemain de la défaite."²⁰⁵

Neben der offiziell vorgegebenen Aufgabe, Jugendgruppenleiter auszubilden und in Schulungskursen für junge Führungskräfte einen neuen Lebensstil unter den künftigen Eliten Frankreichs zu propagieren, um die "nationale Revolution" zu fördern, stellte sich bald eine weitere, nämlich die Vorbereitung auf den bewaffneten Widerstand. Die Schule habe von Beginn an eine zweifache Absicht verfolgt: "de servir la Patrie, en préparant la revanche sur l'ennemi allemand, et de contribuer à la renaissance d'une communauté nationale solidaire animée par les valeurs spirituelles et humanistes"²⁰⁶. So wurde die Schule zum "laboratoire de recherches civiques et sociales autant que d'expériences pédagogiques, et lieu de confrontation permanente entre divers courants de pensée." Damit habe sie zur Ausbildung eines "humanisme révolutionnaire d'inspiration chrétienne ou personnaliste" beigetragen, schreibt Bernard Comte²⁰⁷. Zur Verbreitung dieser neuen Ideen dienten nicht nur Publikationen, die im Land verteilt wurden, sondern auch Jugendbewegungen, die als Multiplikatoren diese Ideen in die junge Generation tragen sollten.

Aufgrund ihrer Verbindungen zur Résistance wurde die Schule Ende 1942 gewaltsam aufgelöst; nach dem Angriff deutscher Truppen auf das Schloß ging die gesamte Uriage-Gruppe in den Maquis, und alle ihre Mitglieder beteiligten sich bis zur Libération insbesondere an den Kämpfen im Südwesten Frankreichs²⁰⁸: "(L'école) a pris ... part ... à la lutte pour la libération, d'abord de manière autonome, liée à plusieurs organisations de résistance civile ou militaire sans être intégrée à aucune, puis au sein de la Résistance unifiée."²⁰⁹ Von hier führt eine direkte Linie zur Gründung von Peuple et Culture (PEC) Ende 1944, Anfang 1945.

²⁰⁴ Dunoyer de Segnonzac verstand es, seine Mitarbeiter, meist Offiziere, mit den schließlich auch dazustoßenden Lehrern, Studenten, Journalisten und Schriftstellern zu einer Einheit zu verbinden.

²⁰⁵ Comte, *L'école nationale*, Bd. 1, S. 1 f.

²⁰⁶ *Ibid.*

²⁰⁷ Comte, *L'esprit d'Uriage*, S. 179 f.

²⁰⁸ Rovin, *Erinnerungen*, S. 240 f.

²⁰⁹ Comte, *L'esprit d'Uriage*, S. 181.

Es bleibt festzuhalten, daß den bestehenden französischen Jugendbewegungen im Hinblick auf die Wiedererlangung der Freiheit Frankreichs zur Zeit der deutschen Besatzung eine verantwortungsvolle Rolle zugetraut und übertragen wurde. Dies geschah insbesondere im Rahmen der Führungskaderschulen wie der Ecole des cadres d'Uriage. Diese jungen Menschen, die sich aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Jugendgruppe bereits in "nützlichen" Netzwerken befanden, wurden ausgebildet, um zur Befreiung Frankreichs beitragen zu können. Sie erhielten eine aktive Rolle. "Les mouvements de jeunesse constituaient ... des viviers (Fischteiche) pour la Résistance"²¹⁰, merkte Moreau rückblickend an.

Nach dem Krieg wurde dem außerschulischen Bereich im allgemeinen und den Jugendbewegungen im besonderen offenbar soviel Bedeutung beigemessen, daß im Jahre 1946 eine Direction Générale de la Jeunesse et des Sports im französischen Erziehungsministerium eingerichtet wurde, die u. a. für die Betreuung französischer Jugendbewegungen und der culture populaire zuständig war²¹¹. Insofern ist zu vermuten, daß die Abteilung Jeunesse et Sports 1945 in der französischen Besatzungszone nicht nur eine Einrichtung unter anderen sein sollte, die sich lediglich um die "Freizeitbeschäftigung" der deutschen Jugendlichen zu kümmern hatte. Vielmehr sollten die jungen Deutschen in den Jugendgruppen lernen, gesellschaftliche und gegebenenfalls auch politische Verantwortung zu übernehmen, und möglicherweise so im Interesse Frankreichs dazu beitragen, Deutschland vom "Joch des Nationalsozialismus" zu befreien.

Eine weitere Strömung, die bereits erwähnt wurde, spielt für die Jugendpolitik in der französischen Besatzungszone eine Rolle: Die Volksbildungsbewegungen Peuple et Culture (PEC) und Travail et Culture (TEC), die sich beide im Herbst 1944 gegründet hatten und insbesondere mit dem Namen Joseph Rovans verbunden sind.

²¹⁰ Le Bureau des Mouvements de Jeunesse, S. 35. Zur Bedeutung französischer Jugendbewegungen in der Résistance vgl. auch: Jean-François Muracciole, Les enfants de la défaite. La Résistance, l'éducation et la culture, Paris 1998.

²¹¹ Vgl. Guillaume, Etat des versements du ministère de la jeunesse et des sports, S. 1 sowie die dort abgedruckten Organigramme mit den inhaltlichen Zuständigkeiten der Abteilungen (vgl. *ibid.*, S. 235). Nach Guillaume wurde die Generaldirektion Jeunesse et Sports im Jahre 1946 eingerichtet und von Gaston Roux geleitet; ihrer eigenen Chronologie zufolge hat es aber bereits ab August 1945 einen Directeur Général de la Jeunesse et des Sports im Erziehungsministerium gegeben. Sein Name war Jean Sarrailh. Siehe *ibid.*, o.S., Annexe zur Einleitung.

Peuple et Culture verstand sich als eine Bildungsbewegung, die das Ideal der Ecole d'Uriage-Gruppe für das gesamte Volk umsetzen wollte. Die Gründungsgruppe setzte sich im wesentlichen aus Frauen und Männern zusammen, die zur Ecole des cadres d'Uriage gehört hatten, so auch der Gründer und führende Kopf der Bewegung, Joffre Dumazedier. Hauptmotiv war für ihn eine wahre Volksbildungsbewegung zu schaffen und die sozialen und klassenbedingten Ungleichheiten in kulturellen Belangen zu vermindern²¹². Zu diesem Zweck ergriff die Organisation PEC eine ganze Bandbreite von Initiativen: Sie gründete ein Arbeiter-Bildungszentrum für die Aktivist*innen in Gewerkschaften und Betriebsräten und bot Weiterbildungsveranstaltungen, Theatergruppen und Filmclubs an.

Travail et Culture wurde von einer Gruppe gegründet, die die gemeinsamen Erfahrungen mit einer von der Vichy-Regierung gegründeten und danach von der Résistance unterwanderten Institution mit revolutionären, humanistischen und marxistischen Hoffnungen verband²¹³. Sie ist vermutlich ursprünglich aus dem Mouvement Jeune France hervorgegangen, das 1940 in Vichy gebildet wurde und 1942 wieder aufgelöst werden mußte²¹⁴. Ziel von TEC war es, die Funktionsweisen und Inhalte des französischen kulturellen Lebens zu verändern, und dies in Zusammenarbeit mit den politischen Parteien und Gewerkschaften, die während der Résistance entstanden oder, wie die Kommunistische Partei, in ihr aufgeblüht waren. Sie wollte einem neuen Publikum eine neue Kultur eröffnen. TEC arbeitete vor allem mit den Betriebsräten der großen Industriebetriebe im Pariser Raum zusammen, insbesondere mit den Renault-Werken, die kurz zuvor verstaatlicht worden waren²¹⁵. Rován gelang es 1946, eine enge Bindung der beiden Bewegungen herzustellen, die zu einer Arbeitsteilung führte. PEC widmete sich insbesondere der Entwicklung pädagogischer Methoden und Fragen der Ausbildung, während TEC künstlerische und musische Aktivitäten in den Vordergrund rückte²¹⁶.

²¹² Vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 53.

²¹³ Rován, *Erinnerungen*, S. 237.

²¹⁴ Pierre Hénon, *Les débuts d'un mouvement: Travail et Culture*, in: *Cahiers de l'animation*, Nr. 57-58 (1986), S. 217.

²¹⁵ Rován, *Erinnerungen*, S. 237 ff.

²¹⁶ Hinter dieser fachlichen Abgrenzung standen politisch-ideologische Differenzen. Während TEC innerhalb kurzer Zeit in den Bannkreis von kommunistischer Partei und Gewerkschaft geriet, führten ähnliche Vereinnahmungsversuche PEC zeitweilig an den Rand einer Zerreißprobe, weil der ursprüngliche Konsens der parteipolitischen Neutralität auf dem Spiel stand. Die Spannungen kulminierten schließlich 1948 in einem Eklat und führten zu einer Änderung

Die "culture populaire" konnte sich in Frankreich im Laufe der Jahrzehnte durchsetzen. So konstatiert Muracciole für den Bereich der Volksbildung eine Linie der Kontinuität von der Front Populaire bis zur Libération, und dies trotz widersprüchlicher Ideologien, die Frankreich spätestens unter Vichy auf eine Zerreißprobe gestellt hatte: "Du front populaire à Vichy, de Vichy à la Résistance et de la Résistance à la Libération ... tendaient à se dessiner, en France, les éléments d'une politique culturelle, fondée sur la généralisation du savoir, l'accès de tous aux trésors de l'art et de la pensée, la promotion du sport ... l'encadrement de la jeunesse et l'organisation des loisirs."²¹⁷ Die "culture populaire" wurde zu einem wichtigen Baustein französischer Jugendpolitik, was nicht zuletzt 1946 an der bereits erwähnten Einrichtung einer Abteilung im französischen Erziehungsministerium, die dieses Themenfeld betreute, deutlich wird.

Für die Beschäftigung mit der französischen Jugendpolitik in Deutschland scheint vor dem Hintergrund der speziellen deutsch-französischen Problematik ein Rückblick auf die deutsch-französischen Jugendbeziehungen in der Zwischenkriegszeit sinnvoll.

2.2.2. Deutsch-französischer Jugendaustausch in der Zwischenkriegszeit

Die französischen Jugendbewegungen, die sich im Frankreich der Zwischenkriegszeit gebildet hatten, hatten - ebenso wie deutsche Jugendbewegungen - Initiativen ergriffen, über ihre eigenen Grenzen hinauszuschauen und sich für die Verständigung zwischen den Völkern zu engagieren. Einen wichtigen Pfeiler in den deutsch-französischen Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit bildete die katholische Friedensbewegung. Initiator der internationalen Kongresse, die 1921 in Paris und 1923 in Freiburg²¹⁸ stattgefunden und die Vertreter verschiedener pazifistischer und katholischer Organisationen aus der ganzen Welt versammelt hatten, war der Franzose Marc Sangnier, der in den 20er und 30er Jahren in Frankreich für deutsch-

des Statuts, der festlegt, PEC solle ausschließlich für die Transformation der Gesellschaft im kulturellen Bereich kämpfen. Vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 159 f.

²¹⁷ Muracciole, *Les enfants*, S. 353 und S. 277.

²¹⁸ Kurt Hochstuhl, 1923, *Le congrès pour la paix de Fribourg. Contexte et déroulement*, in: *Documents*, No spécial 2002, S. 18-23.

französische Verständigung eintrat und sich für den Weltfrieden einsetzte²¹⁹. Stimmt die Kongreßteilnehmer weitgehend in der Grundlage der christlichen Ethik und der Demokratie überein, ließen sich jedoch Spannungen in der Diskussion deutsch-französischer Außenpolitik nicht vermeiden. Dem Streben nach Harmonie verhaftet, überspielte Sangnier diese Spannungen mit dem Hinweis auf die christliche Brüderlichkeit, so daß diese Kongresse den Charakter von überschwenglicher Verständigungsrhetorik und naiver Ignorierung der politischen Situation erhielten und die eigentlichen Probleme auf den Kongressen nicht angesprochen wurden²²⁰.

Den Höhepunkt der friedlichen Bewegung zwischen deutschen und französischen Jugendlichen nach dem Ersten Weltkrieg bildete der dritte Kongreß 1926 in Bierville bei Paris, der gleichzeitig auch das Ende der katholischen Friedensbewegung bedeutete. Das christlich-katholische Band, das die verschiedenen pazifistischen Gruppen geeinigt hatte, reichte danach zur Überbrückung der Gegensätze nicht mehr aus. Das Verbot der katholischen Jugendverbände in Deutschland 1935 und die Monopolstellung der Hitlerjugend machten die offizielle Arbeit der katholischen Jugendbewegung und auch anderer politischer und religiöser Gruppen unmöglich. Dem deutsch-französischen Jugendaustausch im katholischen Umfeld waren damit auch die organisatorischen Grundlagen für eine Verständigungsarbeit entzogen worden.

Einen Aufschwung nahm der deutsch-französische Studentenaustausch in der Locarno-Ära. Dies wurde an der Einrichtung von Kontaktstellen für deutsche und französische Studenten in Paris und Berlin sichtbar²²¹. Bei einer aktiven Minderheit an den deutschen und französischen Universitäten hatte sich ein Einstellungswandel vollzogen: Nicht mehr die mentale Isolierung des Gegners von gestern, sondern Werben für die Kulturgüter des eigenen Landes war Programm. Die Überzeugung von der Überlegenheit der eigenen Kultur war bei aller Verständigungsbereitschaft unübersehbar.

²¹⁹ Gilbert Krebs, *La paix par la jeunesse. Aspects du pacifisme en France et en Allemagne entre les deux guerres mondiales*, in: Gilbert Krebs (Hg.), *Sept décennies de relations franco-allemandes 1918-1988. Hommage à Joseph Rovin*, S. 173. Vgl. auch Olivier Prat, *Marc Sangnier et la paix ou le rêve d'une société des peuples*, in: *Documents*, No spécial 2002, S. 10 ff.

²²⁰ Tiemann, *Deutsch-Französische Jugendbeziehungen*, S. 65 ff. und S. 71 f. Vgl. zu den Kongressen auch: ders., *Völkerverständigung und nationale Befangenheit. Die deutsch-französischen Jugendbeziehungen und ihr Scheitern (1921-1932)*, in: Wolfgang R. Krabbe (Hg.), *Politische Jugend in der Weimarer Republik*, Bochum 1993, S. 131 ff.

²²¹ *Ibid.*, S. 204 ff.

Insgesamt seien jedoch keine produktiven Aktivitäten von den deutsch-französischen Jugendbeziehungen in der Zwischenkriegszeit ausgegangen, resümiert Tieman in seinem grundlegenden Werk über die deutsch-französischen Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Sie hätten nur rezeptive Reflexe ihrer Zeit geliefert.²²² Spätestens Anfang der 40er Jahre habe ein Sektor internationaler Verbindungen aufgehört zu existieren, der schon lange zuvor öde geworden sei und entgegen allen hochgespannten Erwartungen ohnehin nie auf die großen Linien des Verhältnisses der beiden Nachbarn am Rhein abgefärbt habe: "Lieferten deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit auch später Stoff für Legenden - nach 1945 mußten sie auf völlig neue Grundlagen gestellt werden"²²³.

2.2.3 Vorbereitung und Ausarbeitung jugendpolitischer Direktiven im Spätsommer 1945

Als im Mai 1945 das Dritte Reich zusammenbrach, war dies auch der Untergang der Hitlerjugend (HJ), der bis dahin zweifellos am umfassendsten organisierten Jugendorganisation der deutschen Geschichte. Der totale Zusammenbruch bedeutete für viele deutsche Jugendliche den Verlust ihrer Existenzgrundlage und leitete vor allem bei den um das Jahr 1930 Geborenen einen langjährigen Prozeß der Desorientierung ein. Zwölf Jahre lang hatte die Hitlerjugend den Tagesablauf der jungen Generation bestimmt und hinterließ nun ein Vakuum, das es zu füllen galt. In den Augen französischer Jugendpolitiker war die Hitlerjugend für die jungen Deutschen mindestens genauso wichtig wie die Schule. Das Verbot der HJ habe daher mindestens ebenso schlimme Auswirkungen auf die geistige Entwicklung der Kinder, wie sie eine Schließung der Schulen hätte, und die Jugendgruppen müßten, so der Appell Moreaus im September 1945, so schnell wie möglich wieder zugelassen werden²²⁴. Mit dem Ziel, demokratisch ausgerichtete Jugendverbände zu gründen bzw. wiederzugründen, legte der Leiter der Jugendabteilung der DEP seinen Vorgesetzten Ende September 1945 ein Exposé des motifs und einen Textentwurf für Richtlinien und Ausführungs-

²²² Ibid., S. 375.

²²³ Ibid., S. 370.

²²⁴ Jean Moreau, Exposé des motifs vom 29.9.1945, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

bestimmungen zu einer Verfügung und einer Verordnung vor²²⁵, die ein Bild der französischen jugendpolitischen Intentionen vermittelten.

In seinem Exposé des motifs erläuterte Moreau, daß selbst ein reformierter Lehrkörper es nicht schaffen würde, die nationalsozialistische Weltanschauung durch andere Konzeptionen zu ersetzen. Die DEP müsse daher möglichst zügig über die zu gründenden Jugendbewegungen für den Einfluß verschiedener geistiger Strömungen sorgen. Auf der Ebene der Délégations Supérieures sollten die Jugendlichen in wenigen, den geistigen Familien entsprechenden Organisationen eingebunden werden. Gemeint war ein begrenzter Pluralismus (*pluralisme limité*). Nur die Gruppen, die die wichtigsten "familles spirituelles" repräsentierten und hierarchisch aufgebaut seien, sollten zugelassen werden. Diese Begrenzung auf die wichtigsten konfessionellen, weltanschaulichen und berufsständischen Richtungen garantiere eine leichtere Kontrolle der Gruppen. Eine aufgrund ihrer geistigen Zugehörigkeit klar identifizierbare Jugendbewegung, deren Verantwortliche darüber hinaus bekannt seien, könne besser kontrolliert werden. Da sie leichter überprüfbar als neutrale Gruppen "sans étiquette" seien, dürften sie auch eine hohe Mitgliederzahl erreichen: "Il ne faut pas hésiter à encourager la constitution d'associations assez puissantes, même si cette puissance peut être une source de difficultés, préférables à celles qui résulteraient de la généralisation d'organisations clandestines qu'on peut voir s'esquisser dès maintenant."²²⁶

Die Hierarchisierung innerhalb der Gruppen wurde im Sinne der Selbstkontrolle ebenfalls als positives Element gesehen. Die verantwortlichen Gruppenleiter hätten ein eigenes Interesse daran, "que des activités répréhensibles ne se manifestent au sein des groupes"²²⁷. Die Aufgabe der für die Délégations Supérieures arbeitenden Kontrolloffiziere sei es, mit Deutschen Kontakt aufzunehmen, die sich für die Rééducation der Jugend interessierten. Diese Initiativen sollten angeregt und diskret gelenkt werden, niemals solle eine Bevormundung deutlich werden, da eine zu offensichtliche direkte französische Kontrolle vergeblich sei. Um eine Zentralisierung der

²²⁵ Exposé des motifs vom 29.9.1945 u. Laffons Circulaire d'application de l'ordonnance No 25 et de l'arrêté No 28 concernant les Associations de Jeunesse an die Délégués Supérieurs vom 14.12.1945, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²²⁶ Circulaire d'application an die Délégués Supérieurs vom 14.12.1945, S. 7 f., in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²²⁷ Circulaire d'application vom 29.9.1945, S. 4, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

Gruppen zu vermeiden, sollten sich die Gruppen, die zudem in naher Zukunft nicht zu zahlreich werden sollten, nur auf der Ebene der Provinzen bilden. Das "Deklarierungs- und Genehmigungssystem" dürfe nicht zur Folge haben, daß die Gruppen "wucherten", vielmehr sollten die Délégations Supérieures im Sinne eines "pluralisme limité" zur Gründung gewisser Richtungen anregen und auf die Ausrichtung der Gruppierungen Einfluß nehmen. So schrieb Laffon in seinem Rundschreiben: "Le système de déclaration et d'autorisation ... ne doit pas avoir pour conséquence de permettre le pullulement des groupements locaux ... L'article 14 de l'arrêté d'application ... vous permettra de faire pression sur les promoteurs de mouvements de jeunesse pour les inciter aux regroupements opportuns et, par là, d'agir sur l'orientation de ces associations."²²⁸ Die Genehmigung der Gruppen und ihre Aufsicht oblag also den Ländergouverneuren, was den Vorteil barg, den landesspezifischen Bedingungen der Gruppen Rechnung tragen zu können. Allerdings müsse im Sinne einer einheitlichen Besatzungspolitik die Gründung jeder Jugendorganisation bis auf weiteres von der DEP in Baden-Baden abgezeichnet werden, so die Vorgabe Laffons.

Sich des organisatorischen Vorsprungs der konfessionellen Jugendbetreuung ebenso bewußt wie der bestehenden Autoritätsbeziehungen zwischen Kirchen und religiösen Nachwuchsorganisationen, die man nicht antasten wollte, war man darauf bedacht, die Gründung von Jugendgruppen weltlicher Strömungen anzuregen. Diese waren bisher weniger gut organisiert als die konfessionellen Gruppen²²⁹. Man hoffte, so einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Strömungen der Gruppen zu erreichen. Als förderungswürdig hob das Bureau de la Jeunesse die Jugendherbergsbewegung, die offenbar als unbelastet galt, und die Gewerkschaftsjugend hervor. Deren Gründungen sollten als erstes in die Wege geleitet werden. Diese beiden Strömungen, die man nicht mit den Besitzern verbinden würde, hätten drei Funktionen:

²²⁸ Schreiben Laffons vom 29.9.1945 an die Délégués Supérieurs, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

²²⁹ Die konfessionellen Gruppen profitierten hier von den hierarchischen Strukturen der Kirchen, die den Nationalsozialismus überdauert hatten und die eine zügige Wiederbegründung der Jugendgruppen erleichterten, die zudem von den Kirchenoberen gewollt und unterstützt wurden. Die konfessionellen Gruppen waren im übrigen bereits in der Weimarer Republik mitgliederstärker als weltliche Jugendbewegungen. So gehörten nach einer Erhebung des Reichsjugendausschusses von 1927 881.000 Jugendliche katholischen Verbänden, 595.000 evangelischen Verbänden, 44.000 politischen und 29.000 bündischen Gruppen an. 40% der insgesamt etwa 9,1 Millionen Jugendlichen waren einem Verband angeschlossen. Vgl. Hermann Giesecke, Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, München 1981, S. 140.

"(Ils) pourraient constituer ... des instruments de rééducation de la jeunesse, des instruments de rapprochement culturel ... et des éléments essentiels ... d'une politique d'équilibre des tendances qui paraît nécessaire".²³⁰

Auch die Volkshochschulen hielt man für geeignet. Diese entsprachen der laizistisch-republikanischen Tradition der französischen Volksbildungsbewegungen. Reine Jugendsportverbände sowie Wander-, Bergsteiger- und Campingvereine waren unerwünscht und wurden ebenso wie die Pfadfindergruppen vorläufig nicht zugelassen. Ihre Verhaltensformen, v. a. ihre Aktivitäten im Freien, erinnerten zu stark an die Hitlerjugend und waren in den Augen der Franzosen mit der gegenwärtigen Geisteshaltung der Jugendlichen nicht vereinbar. Diese Informationen erhielten die Délégations Supérieures in dem bereits zitierten Rundschreiben (Circulaire d'application) Laffons in einer überarbeiteten Fassung vom 13. Dezember 1945, das der baldigen Zulassung politischer Parteien Rechnung trug²³¹.

Die Genehmigung von Jugendgruppen, deren Zweck ausschließlich politischer Natur sei, wurde jedoch als undenkbar bezeichnet. Allerdings wurden die Ländergouverneure angehalten, Mitglieder demokratischer Parteien zu ermutigen, Gruppen und Jugendinstitute mit erzieherischer Ausrichtung, d. h. Einrichtungen, die sich mit kulturellen, sozialen sowie berufsvorbereitenden und -begleitenden Themen beschäftigen sollten, ins Leben zu rufen. Sie erhielten den Auftrag, entsprechende Organisationsformen zu propagieren und zu unterstützen. So wurde erneut hervorgehoben, daß insbesondere die Bildung gewerkschaftlicher Gruppen, der Jugendherbergsbewegung und kultureller Organisationen zu fördern seien. Die DEP erhoffte sich über diese einen wirksamen Beitrag "à la rééducation sociale, professionnelle et culturelle des jeunes Allemands" zu leisten²³². Dies sei das Hauptziel. Keinesfalls dürfe es den Parteien überlassen werden, Jugendgruppen mit politischer Ausrichtung zu gründen.

Den möglichen Einfluß auf die konfessionellen Nachwuchsorganisationen schätzte Moreau als gering ein. Die Kirchen würden die Kontrolle über "ihre" Jugend

²³⁰ Exposé des motifs vom 29.9.1945, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²³¹ Circulaire d'application de l'ordonnance et de l'arrêté concernant les Associations de Jeunesse in der Fassung vom 13.12.1945, das Schmittlein Laffon mit Schreiben vom 11.12.1945 zur Abzeichnung vorgelegt hatte, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²³² Circulaire d'application de l'ordonnance et de l'arrêté concernant les Associations de Jeunesse in der Fassung vom 13.12.1945, S. 5 ff., in: MAE/Colmar, AC 69/1.

nicht hergeben und auch nur schwer Einflüsse von außen dulden. Es gelte auch zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Kirchenvertreter "animé d'un esprit nationaliste" sei. Dieser könne sich sogar eines Tages gegen die Besatzer richten²³³. Vorsicht war also geboten. Den Franzosen wären zudem konfessionelle Gruppen lieber gewesen, die, wie die französischen, der "action sociale" einen größeren Platz eingeräumt und die Leitung vermehrt Laien überlassen hätten. Von einem Verbot der Gruppen sah man jedoch ab, weil die Erfahrungen in Vichy gelehrt hatten, daß Verbote nur gegenteilige Effekte erzielten²³⁴, und man vermeiden wollte, daß sich ein großer Teil der Jugendlichen völlig dem französischen Einfluß entziehen würde: "Dans ce cas une très importante fraction de la jeunesse ... échapperait à notre influence"²³⁵. Stattdessen sei neben einer zuverlässigen Kontrolle die internationale Einbindung anzustreben, die eine Einwirkung auf Umwegen ermögliche: "La politique du G.M. envers des mouvements confessionnels sera ... inspirée ... par la préoccupation de faire tendre les dirigeants de ces organismes vers des contacts internationaux qui nous fourniraient des possibilités d'action indirecte dans ces milieux."²³⁶

Die gewerkschaftlichen Gruppen, die als ausgleichendes Element zu den konfessionellen Gruppen vorgesehen waren, sollten so dezentral wie möglich organisiert sein und besonders kontrolliert werden: "L'initiative des officiers de contrôle des Sports et de la Jeunesse serait maximum dans ce domaine"²³⁷. Neben beruflichen Themen sollten bei diesen Gruppen auch Sport und kulturelle Weiterbildung auf dem

²³³ Ibid.

²³⁴ Organisationen, die unter deutscher Besatzung verboten worden waren, hatten sich der Résistance angeschlossen.

²³⁵ Circulaire d'application de l'ordonnance et de l'arrêté concernant les Associations de Jeunesse in der Fassung vom 13.12.1945, S. 6, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²³⁶ Ibid. Auch wenn das Verhältnis zwischen französischer Besatzungsregierung und der deutschen Kirche während der Besatzungsphase nicht spannungsfrei war, wurden die Kirchen im ganzen betrachtet gut behandelt. Man schloß sich mit dieser bewußt freundlichen Behandlung der alliierten Meinung an. Die Gründe waren vielfältig: Die Kirchen hatten den Ruf, gegen Hitler und den Nationalsozialismus Widerstand geleistet zu haben. Sie verfügten über funktionierende Verwaltungen und genossen das Vertrauen der deutschen Bevölkerung und waren damit auch geeignet, den Deutschen Orientierungshilfe zu geben. Vgl. hierzu: Jörg Thierfelder, Die Kirchenpolitik der Besatzungsmacht Frankreich und die Situation der evangelischen Kirche in der französischen Zone, in: Kirchliche Zeitgeschichte, 2 (1999), S. 222 f. Zur Kirchenpolitik der französischen Besatzungsmacht vgl. auch Christophe Baginski, La Politique religieuse de la France en Allemagne occupée, 1945-1949, Villeneuve d'Ascq 1997.

²³⁷ Circulaire d'application de l'ordonnance et de l'arrêté concernant les Associations de Jeunesse in der Fassung vom 13.12.1945, S. 6, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

Programm stehen. Hier könne diskrete Unterstützung durch die Besatzer geleistet werden, indem diesen Gruppen Räumlichkeiten, Sportmaterialien und Bibliotheken zur Verfügung gestellt würden. Ferner sollten Gewerkschaftler dazu angeregt werden, Weiterbildungskurse und Freizeitaktivitäten für junge Gewerkschaftsmitglieder anzubieten. Ihre Verantwortung gegenüber den Auszubildenden und jungen Arbeitern müsse ihnen deutlich gemacht werden: "Il faut donner conscience aux militants syndicalistes de leurs devoirs très étendus à l'égard des jeunes apprentis et ouvriers."²³⁸ Dem gewerkschaftlichen Milieu trauten die Jugendpolitiker offensichtlich eine gewisse Kompetenz hinsichtlich der Mitwirkung bei der Jugendziehung zu.

Vertrauen und Hoffnung setzte man in die Jugendherbergen, die in Deutschland bereits vor dem Ersten Weltkrieg eingerichtet worden waren: "Elles ont été l'un des lieux d'élection des éléments internationalistes et pacifistes, foyer de rapprochement des diverses jeunesse jusqu'au moment où l'Hitlérisme s'en est emparé."²³⁹ Nach der Entnazifizierung des Führungspersonals sollten sie wieder ihren eigentlichen Sinn erfüllen und zum internationalen Treffpunkt werden: "Elles pourront être dans l'avenir le premier terrain de rencontre entre la jeunesse allemande et les jeunesse étrangères."²⁴⁰ Die technische Reorganisation müsse zentral gesteuert werden und es müsse dafür Sorge getragen werden, daß zunächst nur einige ausgesuchte Jugendherbergen wiedereröffnet werden. Dies solle unter der Aufsicht eines vom Gouvernement Militaire eingerichteten Comité directeur central geschehen. Die auf regionaler Ebene zuständigen Besatzungsoffiziere sollten geeignete Personen für die Jugendherbergsarbeit vorschlagen und erhielten die Anweisung, bis auf weiteres keine lokalen oder regionalen Ajistengruppen²⁴¹ zu genehmigen²⁴².

Ein besonderes Interesse galt kulturellen Aktivitäten und Volkshochschulen, die die Kontrolloffiziere mit Unterstützung der Délégués Supérieurs fördern sollten: "Les officiers de contrôle de la Jeunesse et des Sports devront avoir le souci de

²³⁸ Ibid. Zur Rolle der Gewerkschaften innerhalb der französischen Besatzungspolitik vgl.: Lattard, Gewerkschaften.

²³⁹ Circulaire d'application de l'ordonnance et de l'arrêté concernant les Associations de Jeunesse in der Fassung vom 13.12.1945, S. 6, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²⁴⁰ Ibid.

²⁴¹ Ajistes: französische Bezeichnung für Mitglieder der Jugendherbergsbewegung; abgeleitet aus der Abkürzung a.j. für auberges de la jeunesse.

²⁴² Ibid.

développer, avec votre appui, toutes les initiatives d'ordre culturel et artistique (concerts, spectacles, expositions, etc.), tendant à distraire sainement les jeunes et aussi à leur donner les éléments d'une culture ouverte sur le monde extérieur."²⁴³ Kulturelle Organisationen, die von Erwachsenen geführt wurden, sollten Programme für Jugendliche anbieten. Daher wurden die Jugendoffiziere angehalten, in Zusammenarbeit mit Offizieren der Abteilungen Beaux-Arts und Information, "(de) s'efforcer d'intéresser les Associations culturelles d'adultes à des expériences conçues spécialement pour la jeunesse."²⁴⁴ Als Ort hierfür eigneten sich die Volkshochschulen.

Eine Umerziehung mit Hilfe der Jugendbewegungen konnte nur Fuß fassen, wenn auch die Lebensbedingungen der Jugendlichen zufriedenstellend waren. "Si l'objectif principal d'une politique à long terme en matière de rééducation et de culture réside dans la mise en place progressive des organisations visées plus haut, ceci doit aller de pair avec des mesures efficaces d'assistance et de protection de la jeunesse." Hierfür sollten die Jugendämter, als "armature administrative pour le maintien de la moralité et l'assistance à la jeunesse", Sorge tragen, deren Aufgaben im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 9. Juli 1922²⁴⁵ definiert waren und für die daher kein neues Gesetz erlassen werden müsse. Sie sollten ebenso wie die kommunalen Jugendausschüsse wiedereingerichtet und unterstützt, aber auch kontrolliert werden. Die Kompetenzen der Jugendausschüsse für soziale und zivilgesellschaftliche Dienste (services civiques) sollten darüber hinaus erweitert werden - etwa um die Hilfe beim Wiederaufbau und um Hilfeleistungen für alte Menschen - und unter der Aufsicht des Bürgermeisters ausgeübt werden. Wie bereits in der Weimarer Zeit, sollten Jugendgruppen in den kommunalen Jugendausschüssen vertreten sein. Über die Jugendgruppenvertreter, die ihrerseits unter französischer Kontrolle standen, versprachen sich die Franzosen eine Kontrollmöglichkeit der Ausschüsse²⁴⁶. Auch die britische und die amerikanische Militärregierung sprachen sich dafür aus, die Ju-

²⁴³ Circulaire d'application de l'ordonnance et de l'arrêté concernant les Associations de Jeunesse in der Fassung vom 13.12.1945, S. 9, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²⁴⁴ Ibid.

²⁴⁵ Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz hatte als wichtige institutionelle Einrichtung das Jugendamt geschaffen, das in den Kommunen die Aufgabe der Jugendfürsorge und -pflege übernahm. Sie galt als wichtige Errungenschaft der Weimarer Republik. Vgl. Wolfgang Scheibe, Die reformpädagogische Bewegung: 1900-1932, 10. A. Weinheim, Basel 1994, S. 323 ff.

gendämter als sozial-erzieherisches (socio-éducative) Instrument gegenüber der Jugend zu nutzen. Allerdings gewährten sie ihnen ein größeres Gewicht. Die Jugendämter sollten das einzige Organ sein, das auf die Jugend einwirken durfte²⁴⁷. In der französischen Besatzungszone reduzierte sich ihre Rolle auf die eines administrativen Hilfsorgans. Die Verantwortung und Kontrolle oblag der DEP²⁴⁸.

Parallel zu der Vorbereitung der Direktiven führte die DEP Umfragen an Baden-Badener Schulen durch, um sich ein Bild über die mentale Verfassung der Jugendlichen zu machen, aber auch, um ihre Wünsche und Meinungen zu erfahren²⁴⁹. Ihre Fragen machten deutlich, daß ihr nicht nur die schulischen Aktivitäten am Herzen lagen, sondern, daß sie umfassend am Tagesablauf der deutschen Jugend interessiert war: "Wollt Ihr, daß Jugendaktivitäten wieder aufgenommen werden? - Wer sollte nach eurer Ansicht die Leitung der neuen Jugendbewegungen übernehmen? - Worin besteht eure liebste Beschäftigung (Sport, Lektüre, kulturelle Veranstaltungen, soziales Engagement)?" Auch Deutschlands möglicher Beitrag zu einer internationalen Verständigung wurde in einer Frage thematisiert: "Was muß Deutschland tun, um die Freundschaft der anderen Völker zurückzugewinnen, um wieder so geschätzt zu werden wie einst, um die Rolle zurückzugewinnen, die es hatte?" Diese Umfragen dienten allerdings primär als Stimmungsbarometer für die Franzosen, ohne daß ihre Ergebnisse direkt in die Direktiven eingeflossen wären. Zumindest ist ein solcher Einfluß nicht nachvollziehbar.

²⁴⁶ Ibid., S. 9 f.

²⁴⁷ Nach amerikanischem Verständnis mußte Jugendarbeit von Anfang an als eine öffentliche Aufgabe der Kommunen aufgefaßt werden. Anträge auf Gründung von Jugendgruppen mußten mit ausführlichen Angaben über die Zielsetzung, die Person des Gruppenleiters und über die Finanzausstattung dem Kreisjugendausschuß zur Genehmigung vorgelegt werden. Die endgültige Zulassung erfolgte durch die Militärregierung auf Regierungsbezirksebene. Ferner sahen die Anweisungen zur US-Jugenddirektive vom 3.10.1945 die Einrichtung von Eltern-Lehrer-Ausschüssen vor, die dem in der NS-Zeit verursachten Distanzierungsprozeß zwischen Elternhaus und Jugendlichen entgegensteuern sollten. Diese Ausschüsse hatten die Aufgabe, Jugendgruppen, die für kulturelle, religiöse und Freizeit Zwecke gebildet werden sollten, zu beraten. Diese Übertragung der Verantwortung auf Deutsche wäre in der französischen Zone nicht vorstellbar gewesen. Zu der US-Jugenddirektive und den Ausschüssen vgl. Füssli, Die Umerziehung der Deutschen, S. 100 f.

²⁴⁸ Schreiben Schmittlein an Laffon vom 22.11.1945, betr. Reorganisation der Jugendämter, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²⁴⁹ Ergebnisse der Umfrage, die am 8.10.1945 an drei Baden-Badener Schulen durchgeführt wurde, in: MAE/Paris, Europe 1944-1960. Allemagne, vol. 99.

Die Jugendverbände wurden schließlich offiziell am 13. Dezember 1945 mit Koenigs Verordnung No 25 und Laffons Verfügung No 28 zugelassen²⁵⁰, nachdem General Koenig bereits die Wiedereinführung des Vereinsrechts verkündet und die Bildung politischer Parteien mit demokratischer und antinationalsozialistischer Ausrichtung genehmigt hatte²⁵¹. Die Jugendverbände mußten aus wenigstens zehn minderjährigen Mitgliedern bestehen und durften sich ausschließlich zu ihrer moralischen, sozialen, künstlerischen, beruflichen oder körperlichen und sportlichen Ausbildung zusammenfinden. Parteipolitische Ziele zu verfolgen war ihnen damit untersagt. Ihnen wurde erlaubt, Ferienlager, Jugendherbergen und Jugendheime oder auch Sporteinrichtungen für Minderjährige zu gründen. Das Selektionsprinzip des "begrenzten Pluralismus", das den Ländergouverneuren in den Ausführungsbestimmungen aufgetragen worden war, wurde selbstredend nicht erwähnt. Während die Gründung der Gruppen mit einem gewissen politischen Charakter, wie die Falken und die Freie Demokratische Jugend, in dieser Verordnung bzw. Verfügung eingeschlossen war, galt das nicht für die politischen Gruppen wie die Junge Union, da sie Teil der Parteien waren. Eine separate Verordnung für diese Gruppen wurde nicht erlassen. Dies erschließt sich aus einem Schreiben Moreaus an Schmittlein vom Juni 1948, in dem er den Leiter der DEP wiederholt darum bittet zu klären, wer für die Kontrolle dieser Gruppen zuständig sei²⁵².

Das Datum der Ausarbeitung der jugendpolitischen Richtlinien und die zunächst nur interne Bekanntgabe innerhalb der DEP im Spätsommer 1945 zeigte einmal mehr die relative Verspätung der Vorbereitung und Konzeptionierung französischer Besatzungspolitik gegenüber den anderen Alliierten. Die dann vorgelegten Richtlinien bekunden jedoch, daß französische Jugendpolitik nicht konzeptionslos war, sondern, wie gezeigt werden konnte, wohl durchdacht.

Ein begrenzter Pluralismus, der verschiedenen demokratischen Strömungen Raum bot, die aufgrund ihrer begrenzten Anzahl leicht kontrollierbar sein sollten, war das Leitmotiv des jugendpolitischen Konzeptes. Damit bestand in den Augen der Verantwortlichen eine gewisse Aussicht auf Umerziehung von Teilen der jungen Deuts-

²⁵⁰ Abgedr. in: JO-CCFA (Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne) vom 21.12.1945.

²⁵¹ Verordnungen No 22 vom 12.12.1945 und No 23 vom 13.12.1945, abgedr. in: *ibid.*

²⁵² Contrôle des associations de jeunesse ne rentrant pas dans le cadre de l'ordonnance 25, Vermerk Moreaus an Schmittlein vom 9.6.1948, in: MAE/Colmar, AC 350/d. 2.

chen: "Si une partie de cette jeunesse peut être rééduquée - et ceci vaut d'être tenté - cette rééducation ne s'opérera que dans la mesure où les diverses idéologies ou convictions religieuses respectueuses des principes démocratiques, pourront exercer pleinement leur influence sur les jeunes."²⁵³

Die Betonung des Pluralismus war vor allem von der Absicht motiviert, die erneute Bildung einer Einheitsjugend zu verhindern, für die man die deutsche Jugend nach zwölf Jahren Hitlerjugend anfällig glaubte. Für eine Vielfalt der Jugendgruppen zu sorgen und diese aufrechtzuerhalten, war auch Moreaus wichtigstes Anliegen in seiner Zeit als Leiter des Büros für Jugendbewegungen in Vichy²⁵⁴: "Pendant quatre ans, le pluralisme a été la doctrine à laquelle se raccrochèrent tous ceux qui voulaient défendre la dignité de l'homme, son droit de la responsabilité et, donc, à la liberté ... Ils ont fait front contre toute tentative d'étatisation de la Jeunesse et spécialement contre tout essai de mouvement étatique."²⁵⁵

Moreau konnte insofern auf seine positiven Erfahrungen zurückgreifen, als daß es ihm und seinen Mitarbeitern im Staatssekretariat für Jugendfragen gelungen war, diese Einheitsjugend zu verhindern. Hierfür waren auch die eigenständigen französischen Jugendgruppen verantwortlich, die sich gegen eine Vereinnahmung wehrten und teilweise in den Untergrund gegangen waren. Vor allem die Führungskader der französischen Mouvements de jeunesse hatten sich als Träger freiheitlicher Ideen in der Résistance bewährt und zur Befreiung Frankreichs beigetragen. Infolgedessen wurde nach dem Krieg die Direction Générale de la Jeunesse et des Sports im französischen Erziehungsministerium eingerichtet, die auch für die Betreuung französischer Jugendbewegungen und der culture populaire zuständig war²⁵⁶.

Aus seinen Erfahrungen in Vichy schöpfend, setzte Moreau möglicherweise längerfristig darauf, daß auch deutsche Jugendbewegungen als Träger demokratischer Ideen zu einer Stabilisierung der entstehenden deutschen Demokratie beitragen könnten. Davon war man allerdings im Herbst 1945 noch weit entfernt. Die Tat-

²⁵³ Exposé des motifs vom 29.9.1945, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²⁵⁴ Le Bureau des Mouvements de Jeunesse au Secrétariat d'Etat à la Jeunesse. Entretiens, S. 34.

²⁵⁵ Jean Josselin, Au déla du pluralisme, in: Esprit, 13, Nr.115 (Okt. 1945), S. 561.

²⁵⁶ Zur Bedeutung der Jugendbewegungen in Frankreich vgl. ders., Signification actuelle du Mouvement de Jeunesse, in: ibid., S. 543-552 und Moreaus Aufsatz, in dem er für die Jugendgruppen in Frankreich sogar eine Charta einfordert, damit sie sich in Rechten und Pflich-

sache, daß Schmittlein für die Betreuung deutscher Jugendorganisationen eine eigene Abteilung innerhalb der Besatzungsregierung vorsah, spricht zumindest für die Bedeutung, die er den Jugendorganisationen und der culture populaire für die Erziehung beimaß. Darüber hinaus entsprach das Prinzip des Pluralismus, mit dem einer Einheitsjugend Vorschub geleistet werden sollte, auch den deutschlandpolitischen Vorgaben Frankreichs, die forderten, zentralistische Tendenzen zu verhindern. So empfahl Moreau "à utiliser cette diversité des organisations nouvelles pour une politique d'équilibre et de division aussi favorable que possible aux intérêts de la France, s'opposant aux tendances centralisatrices hostiles à notre pays."²⁵⁷

Ob die Ergebnisse der Commission de rééducation du peuple allemand in die Planungen einbezogen und genutzt wurden, ist nicht nachweisbar. Die theoretischen Ausarbeitungen des Comités, die im März 1945, also wenige Monate vor dem Eintreffen des Besatzungspersonals in der Zone, begonnen worden waren, wurden bis April 1946 parallel zur Besatzungspolitik fortgeführt. Sieht man von der allgemeinen Skepsis gegenüber der Möglichkeit, die Deutschen umzuerziehen oder die Deutschen könnten sich selbst umerziehen, ab, finden sich im außerschulischen Bereich keine Anschauungen oder gar direkte Einflüsse der Commission wieder. Zwar ist bekannt, daß Schmittlein mit Vermeil im Juni 1945 Kontakt aufgenommen hatte²⁵⁸, es gibt jedoch keine Hinweise darauf, daß das Besatzungspersonal über die Ergebnisse der Kommission, die nie veröffentlicht wurden, informiert worden ist. Dem Autor der jugendpolitischen Leitlinien, Moreau, waren diese Ergebnisse nach eigenen Aussagen²⁵⁹ nicht bekannt; auch von der Kommission habe er nichts gehört²⁶⁰.

ten von anderen Vereinen abgrenzen können: Charles Moreau, Pour une charte des Mouvements de Jeunesse, in: *ibid.*, S. 595- 601.

²⁵⁷ Rapport mensuel du bureau de la Jeunesse pour le mois de mars 1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁵⁸ Defrance, Edmond Vermeil, S. 220.

²⁵⁹ Interview der Verfasserin mit Jean Moreau am 27.2.1997 in Paris

²⁶⁰ Laut Defrance relativieren die Akten des Comités de rééducation du peuple allemand, die im Bestand "Nations Unies/Organisations Internationales" im Archiv des Quai d'Orsays entdeckt wurden, die These einer improvisierten französischen Politik. Sie relativierten den Gegensatz zwischen unvorbereiteten Franzosen und gut vorbereiteten Angelsachsen bezüglich der Umerziehungsdiskussion. Vgl. Defrance, Edmond Vermeil, S. 208. Dem ist zuzustimmen. Für die Planung und Realisierung einer Umerziehungspolitik sind die Ergebnisse einer Kommission jedoch nur von Nutzen, wenn sie dem Besatzungspersonal auch zugänglich gemacht

Die im Juli und August 1945 formulierten Richtlinien kamen spät und waren so allgemein formuliert, daß sie einen großen Handlungsspielraum ermöglichten. Geplant war die Jugendpolitik nur in dem Maße, wie man eine gezielte Auswahl des Personals unterstellt. Die im Sommer 1945 vorgelegten Richtlinien gaben der Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu nutzen und eigene Konzeptionen zu verwirklichen, großen Raum.

3. Die Jugendbewegungen: Pluralismus und Kontrolle als Leitmotive französischer Jugendpolitik in Deutschland

3.1. Allgemeine Entwicklung und Politik

Aufgrund technischer Probleme konnten die von Laffon unterzeichneten Dokumente mit den Anweisungen für die Gründung und Wiedergründung deutscher Jugendgruppen den Délégations Supérieures erst Ende Dezember 1945 bzw. im Januar 1946 zugänglich gemacht werden, so daß die Bildung erster Jugendgruppen erst Anfang 1946 möglich war²⁶¹. Acht Monate waren seit der deutschen Kapitulation und der Auflösung der Hitlerjugend vergangen und damit war auch bereits wertvolle Zeit verstrichen, die zur Umerziehung hätte genutzt werden können²⁶². Die ersten Gruppen, die sich wieder gründeten, waren die konfessionellen, die auch die meisten Mitglieder gewannen. Die katholische und die evangelische Jugend profitierte von der Infrastruktur der Kirchen und stand damit auch unter deren traditionellem Einfluß, den die Militärregierung gezwungen war zu tolerieren²⁶³.

Bis Juni 1946 waren 22 Genehmigungsanträge bei den regionalen Abteilungen der Jeunesse et Sports eingegangen, zwölf erhielten die gewünschte Zulassung²⁶⁴,

werden und in konkrete Politik umgesetzt werden können. Dies konnte für den jugendpolitischen Bereich nicht nachgewiesen werden.

²⁶¹ Rapport Bureau de la Jeunesse vom Januar 1946, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

²⁶² Die Schulen in der französischen Zone wurden bereits ab September 1945 wieder geöffnet, so daß die Jugendlichen außerhalb ihrer Familien, sofern noch existent, nicht mehr vollständig auf sich allein gestellt und wieder in einen gewissen strukturierten Tagesablauf eingebunden waren. Zur Wiedereröffnung der Schulen vgl. Doublier, *L'enseignement dans la zone française d'occupation en Allemagne*, S. 45 ff.

²⁶³ Vgl. Bericht über die *Activités du Bureau de la Culture Populaire* vom 15.10.1948, ohne Unterschrift, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

²⁶⁴ *Mouvements de jeunesse autorisés au 1er juin 1946*, in: MAE/Colmar, AC 69/1. Vgl. dazu auch Zauner, *Erziehung*, S. 167. Welche Gruppen nach Veröffentlichung der Direktiven im

von denen hier nur die Erwähnung finden, die die größte Aufmerksamkeit der Franzosen erhielten und die daher in einem späteren Abschnitt näher beleuchtet werden. Hervorzuheben sind die katholischen Jugendverbände, die bis Juni 1946 als erste Jugendgruppe in allen Landesteilen vertreten waren. Die protestantische Jugend hingegen war im Juni 1946 nur in Südwürttemberg zu finden²⁶⁵. In Baden und der Pfalz hatten sich eine Sektion der Naturfreunde und die von den Franzosen gern gesehene Gewerkschaftsjugend konstituiert. Unter den politischen Nachwuchsverbänden war vor allem die Arbeiterbewegung zu finden. In der Pfalz war nur die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) zugelassen. In Südwürttemberg hatten sich überwiegend sozialistisch und kommunistisch gesinnte Jugendliche im Bund Junger Schwaben zusammengeschlossen und in Südbaden wurde eine Freie Jugend genehmigt²⁶⁶.

Diese Grundkonstellation der zugelassenen Verbände, die sich bis Juni 1947 nicht wesentlich verändern sollte, entsprach in Ansätzen dem jugendpolitischen Konzept: Die konfessionellen Jugendverbände wurden durch weltliche Gruppen (Naturfreunde, Gewerkschaftsjugend) und sich langsam bildende politische Nachwuchsverbände ergänzt, jedoch lief die Mitgliederentwicklung der einzelnen Verbände diesem Konzept des Ausgleichs zuwider, denn die konfessionellen Gruppen zählten weitaus mehr Mitglieder als die nicht-konfessionellen. Die mehr als 1000 lokalen katholischen Jugendgruppen beherrschten mit insgesamt 120.000 Mitgliedern zumindest quantitativ das Feld, gefolgt von der protestantischen Jugend, die in 450 Gemeinden insgesamt 35.000 Jugendliche versammelte.

Die politischen Nachwuchsgruppierungen, die überwiegend dem linken Spektrum angehörten, zählten wesentlich weniger Mitglieder, wie etwa die Falken (15.000

Dezember 1945 nicht zugelassen wurden und aus welchem Grund, wurde in den Akten nicht vermerkt. Es ist jedoch davon auszugehen, daß Jugendbewegungen großzügig genehmigt wurden, sofern sie eine der wichtigsten "familles spirituelles" repräsentierten.

²⁶⁵ Die höhere Anzahl katholischer Gruppen lag auch darin begründet, daß sich die Protestanten in der französischen Besatzungszone gegenüber den Katholiken in der Minderheit befanden. Vgl. dazu Thierfelder, Die Kirchenpolitik der Besatzungsmacht Frankreich, S. 225. Vgl. auch: Baginski, La Politique religieuse de la France en Allemagne occupée. Indes war die katholische Jugend auch in der Weimarer Zeit organisierter und mitgliederstärker gewesen als die protestantische Jugend. Nach der bereits zitierten Erhebung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände von 1927 zählten die katholischen Verbände deutschlandweit 881.000 Jugendliche, die protestantischen hingegen mit 595.000 knapp ein Drittel weniger. Vgl. Giesecke, Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend, S. 140.

Mitglieder in 200 Ortsvereinen) und die Freie Jugend (10.000 Mitglieder). Die Junge Union, die eine Sonderstellung hatte, weil sie nicht unter der Verfügung Nr. 95 vom Dezember 1945 erfaßt und direkt an die Partei der CDU angegliedert war, zählte nachweisbar in der französischen Zone ab April 1946 die ersten Mitglieder; bis Mitte 1949 verzeichnete sie lediglich 1500 Mitglieder²⁶⁷.

Auch die Mitgliederstärke der partei- und konfessionsunabhängigen Gruppen lag weit hinter denen der konfessionellen zurück. Die Naturfreunde zählten mit 200 lokalen Sektionen 13.000 Mitglieder, ebenso wie die Gewerkschaftsjugend. Diese war fast ausschließlich in Rheinland-Pfalz vertreten. Quantitativ unbedeutend und regional beschränkt blieben u. a. der Schwäbische Albverein und der Bund Junger Schwaben in Südwürttemberg²⁶⁸.

Um wenigstens innerhalb der konfessionellen Gruppen eine gewisse Entzerrung zu erreichen, bemühten sich die Besatzungsoffiziere, die Gründung spezieller christlicher Gruppen, wie sie sich im Frankreich der 20er und 30er Jahre gebildet hatten, anzuregen. Diese Gruppen, zu denen die Christliche Studentenjugend (CSJ) und die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) zählten, entwickelten sich in Deutschland jedoch nur zaghaft, da sie auf Seiten der Kirchen keine große Unterstützung fanden²⁶⁹.

Der 1945 erhobene Anspruch einer pluralistischen Ausrichtung der Jugendorganisationen konnte also in Ansätzen realisiert werden. Wie sah es mit der Kontrolle aus? Lenkung und Kontrolle waren bereits dadurch erfolgt, daß nur bestimmte Gruppen zugelassen worden waren. Ferner äußerten sie sich durch die Genehmigungspflicht der Gruppen und durch die Pflicht, Versammlungen rechtzeitig anzumelden. An diesen nahmen gegebenenfalls Kontrolloffiziere teil, die ihren Vorgesetzten anschließend Bericht erstatteten. Die Kontrolle war für Moreau ein entscheidendes Instrument, das auch in der Übergangsphase von der direkten zur indirekten Kontrolle 1946/1947 unbedingt in den Händen der Franzosen bleiben müsse: "Quelles soient les dispositions prises par le G.M. en général, pour passer de la phase

²⁶⁶ Vgl. Mouvements de jeunesse autorisés au 1er juin 1946, in: MAE/Colmar, AC 69/1. An der Saar durften sich die sozialistischen Falken und die kommunistisch dominierte Freie Demokratische Jugend (FDJ) bilden.

²⁶⁷ Rapport Trimestriel du bureau de la culture populaire vom 21.7.1949, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁶⁸ Rapport mensuel, Bureau de la Jeunesse, April 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁶⁹ Vgl. hierzu etwa die Kommentare von Prälat Wolker, der für Jugendfragen zuständig war, in: Mombert, Jeunesse et livre, S. 88.

d'administration indirecte à la phase de contrôle, nous croyons essentiel de faire une exception en ce qui concerne la Jeunesse, car une main mise des autorités allemandes sur les mouvements naissants signifierait la mort de ceux-ci."²⁷⁰ Wenig später wiederholte er seine Forderung: "Il est indispensable de conserver entièrement notre droit de contrôle et d'initiative dans ce domaine. L'action sur la Jeunesse est une des positions-clés qu'il est nécessaire de sauvegarder dans la phase de réinstallation des administrations allemands, car celles-ci se révèlent incapable d'une action éducative et culturelle."²⁷¹ Die Abteilung Jeunesse et Sports hatte somit weiterhin große Vorbehalte, den Deutschen die Umerziehung und Demokratisierung ihrer Jugend zu überlassen²⁷².

Die Sorge Moreaus um eine effektive Kontrolle der Jugendgruppen blieb bestehen. Im Frühjahr 1947 wies er darauf hin, die Kontrolle durch Umfragen und persönliche Kontakte der Jugendoffiziere erweise sich zunehmend als unzureichend, und forderte ergänzende Hilfe vom Service de la Sûreté²⁷³. Günstig sei eine kontinuierliche Kooperation auf Zonenebene mit den Beamten der Sûreté, die ihrerseits auf die Überwachung von Jugendgruppen spezialisiert seien²⁷⁴. Ferner forderte er die Zusammenarbeit mit anderen Sektionen der DEP, die bisher offenbar ausgeblieben war, was für eine Autonomie der Jugendpolitik innerhalb der von

²⁷⁰ Bureau de la Jeunesse, Rapport pour le mois de décembre vom 30.12.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁷¹ Rapport trimestriel du Bureau de la Jeunesse vom 30.1.1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁷² Die Briten waren hier liberaler. Mit dem Übergang von der direkten zur indirekten Kontrolle wurde 1947 in der britischen Zone die Registrierung und Zulassung aller Jugendgruppen außer den Sportgruppen den deutschen Jugendämtern übergeben. Vgl. Bericht des britischen Erziehungsoffiziers Nigel Spicer über die "Arbeit der Jugendabteilung der Militärregierung in der britischen Zone, 1945-1949" vom 19.2.1949, in: MAE/Colmar, AC 349/2.

²⁷³ Die Direction Générale de la Sûreté war organisatorisch gleichrangig mit der Direction Générale des Affaires administratives, zu der die DEP gehörte, und war bis zu seinem Rücktritt am 14.11.1947 dem Generaladministrator Laffon direkt unterstellt, später dann General Koenig.

²⁷⁴ Die DEP hatte bereits 1946 die Zusammenarbeit mit dem Service de Contrôle du désarmement akzeptiert. Diese Kontrolle bezog sich auf die "qualification militaire et paramilitaire des membres des associations et le potentiel militaire". Diese Befugnisse wurden im Dezember 1947 um die Aufgabe erweitert, alle deutschen Vereine zu kontrollieren: "Les pouvoirs des contrôleurs du désarmement s'entendaient désormais à la technique et aux activités des associations pour vérifier l'exécution des (plusieurs) articles, qui portaient sur le port d'uniformes, insignes et emblèmes, sur l'entraînement prémilitaire sous la forme sportive, sur les manifestations et parades, et sur la propagande orale et écrite à fin militariste et guerrières". Ferner sollten sie die Mitglieder ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen, die sich neuen Organisationen angeschlossen hatten, überwachen. Vgl. dazu Mombert, Jeunesse et livre, S. 58.

Schmittlein insgesamt verantworteten Kultur- und Erziehungspolitik sprach: "Notre action devra tendre de plus en plus à une étroite coopération avec des services techniques spécialisés: Presse, radio, cinéma, instituts français"²⁷⁵. Um die Personalnot, auf die er schon so oft hingewiesen habe, aufzufangen, müsse Jeunesse et Sports sich des französischen "personnel d'influence" bedienen, der Lektoren an den Volkshochschulen und der französischen Assistenten an den Gymnasien²⁷⁶.

Ein Charakteristikum französischer Deutschlandpolitik war, daß sie vielfach erst dann auf aktuelle politische Entwicklungen reagierte, wenn Briten und Amerikaner bereits unumstößliche Tatsachen geschaffen hatten und die eigene französische Position nicht mehr haltbar war²⁷⁷. Dies machte sich auch im Besatzungsalltag der Abteilung Jeunesse et Sports bemerkbar.

Es ist allerdings festzustellen, daß die DEP der Pariser Zentrale manchmal in ihren Vorstellungen einen Schritt voraus war, wie bei dem Thema Dezentralisierung. Bis zum Frühjahr 1947 durften die Jugendorganisationen der französischen Zone weder interregionale noch interzonale Kontakte knüpfen. Man könne die Augen jedoch nicht davor verschließen, schrieb Moreau in seinem Bericht im April 1947, daß einhergehend mit der Bildung der Bizone Anfang 1947 dort bereits einige Jugendbewegungen Zentralen gegründet hätten. Diese würden Einfluß auf die Organisationen ausüben: "S'affirme l'influence des centrales des différentes organisations des jeunesse, qui existent en réalité - qu'on le veuille ou non"²⁷⁸. Bisher habe Jeunesse et Sports die Direktiven, die eine Politik der Dezentralisierung forderten und mit denen v. a. interzonale Treffen von Jugendlichen verhindert werden sollten, respektiert, nun aber müsse endlich auf die neue Situation reagiert werden. Außerdem habe man seit Ende 1945 wiederholt darauf hingewiesen, daß man die Jugendbewegungen aufgrund ihres internationalen Charakters nicht auf eine Region begrenzen könne: "Nous n'avons pas manqué de répéter, dès le début de notre action, fin 1945, que

²⁷⁵ Rapport mensuel pour le mois de mars 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁷⁶ Ibid. Französische Lektoren gab es in der französischen Besatzungszone seit Ende 1946.

²⁷⁷ So kommt auch Ulrich Lappenküper für den Bereich der allgemeinen Politik zu dem Ergebnis, daß für den von Außenminister Georges Bidault eingeleiteten und von seinem Nachfolger Robert Schuman fortgesetzten veränderten deutschlandpolitischen Kurs in erster Linie die Einsicht in die Unhaltbarkeit der eigenen Position verantwortlich war. Er fügt ferner hinzu, daß der wachsende Druck der Amerikaner, die sich wiederholt als Mittler zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt hätten, ein Grund für die veränderte Haltung gewesen sei. Vgl. Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, Bd. II, S. 1859.

²⁷⁸ Rapport mensuel, Bureau de la Jeunesse, April 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1.

les organisations de jeunesse étaient des organisations internationales, et que c'était une illusion et une vue de l'esprit, que de prétendre les cantonner dans le cadre régional"²⁷⁹. Um den sich abzeichnenden schwindenden französischen Einflußmöglichkeiten, die sich aus dem Verlust des direkten Kontrollrechts ergaben, entgegenzuwirken, ergriff Moreau im Frühjahr 1947 die Initiative. Vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung habe man derzeit zwei Möglichkeiten: "La politique de l'autruche, qui consiste à vouloir fermer les yeux sur cette réalité" oder "une politique d'influence", die darin bestehe "à favoriser une centralisation de fait des mouvements, à l'échelon zone, qui nous donnerait sur leurs dirigeants des possibilités d'action directe, que nous n'avons pas ... und telle mesure pourrait se concrétiser ... par une circulaire reconnaissant ... les liens interrégionaux des mouvements, autorisant des rencontres d'études"²⁸⁰.

Um diese Zentralisierung zu verwirklichen und kontrollierbar zu machen, schlug er die dauerhafte Einrichtung von Begegnungs- und Studienzentren für die Führungskader der Jugendbewegungen vor. Diese Zentren unter deutsch-französischer Leitung sollten französischen Einfluß ermöglichen: "Dans un tel centre largement ouvert aux initiatives les plus variées, serait placé une équipe franco-allemande, qui soutiendrait et orienterait avec tact les débats"²⁸¹. Moreau ging sogar noch einen Schritt weiter und schlug vor, diese Zentren auch für Jugendliche anderer Zonen zu öffnen. Damit machte er interzonale Kontakte möglich, die bislang ebenfalls verboten waren. Diese Zentren seien nicht nur für die Führungskader der Jugendbewegungen, sondern auch für die der Volkshochschulen gedacht. Hier wird einmal mehr die Bedeutung sichtbar, die Moreau den Führungskadern als Multiplikatoren beimaß. Zum anderen zeigt sich hier, daß in Moreaus Konzept Jugendbewegung und Volkshochschulen miteinander verbunden waren. Moreau war mit seinem Vorstoß erfolgreich. Mit Rundschreiben vom 24. Mai 1947 genehmigte Laffon den Jugendbewegungen interregionale Kontakte innerhalb der französischen Zone. Interzonale Kontakte blieben weiter grundsätzlich verboten, sollten aber in Ausnahmefällen genehmigt werden²⁸².

²⁷⁹ Ibid.

²⁸⁰ Ibid.

²⁸¹ Ibid.

²⁸² Rapport mensuel pour le mois de mai 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

Sorgen bereitete Moreau und Schmittlein der Mangel an Führungskräften. Dieser sei bei den neuentstandenen Jugendgruppen am auffälligsten, stellte Schmittlein im Juli 1947 in seiner insgesamt nüchternen Zwischenbilanz der "action sur la jeunesse" fest. Schmittlein sah eine Ursache darin, daß Kirchen und politische Parteien schon aufgrund der Altersstruktur ihrer Vertreter kaum fähig waren, Neues hervorzubringen²⁸³. Der Mangel an Führungskräften war vermutlich zum einen auf geringe Initiative der Jugendlichen zurückzuführen, deren enttäuschende Erfahrungen mit der Hitlerjugend erst kurze Zeit zurücklagen und die daher eine erneute Initiative scheuten²⁸⁴, aber auch darauf, daß viele junge Leute, die Verantwortung hätten übernehmen können, aufgrund ihrer Rolle bei der Hitlerjugend oder der Wehrmacht infolge der Denazifizierungsmaßnahmen von diesen Aufgaben ausgeschlossen blieben²⁸⁵. Eine Jugendamnestie konnte zumindest den Kreis potentieller Führungskräfte erweitern.

Anfang 1947 war das Pariser CGAAA (Commissariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes), das damit erstmals in die französische Entnazifizierungspolitik in Baden-Baden eingriff²⁸⁶, auf das Fehlen einer französischen Amnestiepolitik aufmerksam geworden. Der Leiter des CGAAA, Alain Savary, veranlaßte Koenig im Februar 1947 dazu, entsprechende Maßnahmen vorzubereiten, darunter auch eine Jugendamnestie, die schließlich mit der Verfügung No 92 vom 2. Mai 1947 erlassen wurde: Alle einfachen Parteimitglieder der NSDAP und der NS-Gliederungen, die nach dem 1. Januar 1919 geboren waren, wurden amnestiert. Ausgeschlossen waren die Kriegsverbrecher, die sich vor dem Nürnberger Tribunal verantworten mußten, und die Personen, die eine wichtige Funktion in der Partei, der SS, dem SD oder der Gestapo innegehabt hatten²⁸⁷.

Diese Maßnahmen waren auch vom eigenen Besatzungspersonal mehrfach gefordert worden. Als Beispiel mag hier der Tübinger Jeunesse et Sports - Vertreter

²⁸³ Schmittlein, Rapport sur l'activité de la DEP vom 4.7.1947, in: MAE/Colmar, AC 67/ 1.

²⁸⁴ Vgl. zu diesem Aspekt: Karl Seidelmann, Die Pfadfinder in der deutschen Jugendgeschichte, Teil I, Darstellung, Hannover 1977, S. 95.

²⁸⁵ Mombert, Jeunesse et livre, S. 57.

²⁸⁶ Möhler, Entnazifizierung, S. 295.

²⁸⁷ Ibid., S. 291 ff. Siehe auch: Mombert, Jeunesse et livre, S. 57. Zur französischen Entnazifizierungspolitik in Baden vgl.: Reinhard Grohnert, Die Entnazifizierung in Baden 1945 -1949, Stuttgart 1991. Für den Bereich Erziehung äußert er sich nur zu den strengen Entnazifizierungsmaßnahmen im Schul- und Hochschulbereich (S. 129 ff.). Der Text der Jugendamnestie ist abgedruckt im JO No 69 vom 5.5.1947.

Henri Humblot angeführt werden, der auch zu anderen Gelegenheiten seine Meinung deutlich artikuliert und sich nicht mit Kritik an der französischen Besatzungspolitik zurückhielt: "L'élite de la jeunesse d'hier se tient à l'écart, exclue ou réticente ... c'est ici toute la question de l'amnistie de la jeunesse, question cruciale, qui est en cause. Il est impossible à la longue de rejeter hors de la vie normale tant de jeunes, dont beaucoup on été dupés et ont suivi le mouvement de leur idéalisme", schrieb er in einem Beitrag für die Zeitschrift *Esprit* vom März 1947²⁸⁸. Es sei dringend eine Entscheidung zugunsten der Jugendlichen notwendig, damit eine große Zahl von ihnen wieder auf den "circuit normal" geführt werden könne, so Humblot weiter. Mit der Amnestie signalisierten die Franzosen der deutschen Jugend, daß sie ihr nicht mehr nur mißtrauten, und setzten ein Zeichen einer "politique de bonne foi", die nach Humblot dringend notwendig war²⁸⁹. Diese Entscheidung war allerdings auch einmal mehr dadurch motiviert, hinter den anderen Alliierten nicht mehr zurückstehen zu können. Denn die Franzosen vollzogen in ihrer Zone einen Schritt, der in der britischen und amerikanischen Zone bereits 1946 Realität geworden war²⁹⁰. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, daß sich französische Politik den allgemeinen politischen Veränderungen anpaßte²⁹¹. Möglicherweise hofften die Franzosen auf

²⁸⁸ Henri Humblot, *La jeunesse allemande*, S. 381 ff.

²⁸⁹ *Ibid.*

²⁹⁰ Die Jugendamnestie wurde für die amerikanische Zone am 2. Juli 1946 von General Clay verkündet, vgl. Füssl, *Die Umerziehung der Deutschen*, S. 115. Füssl beschäftigt sich in seiner Arbeit v. a. mit der Erziehungspolitik der USA in Deutschland sowie mit den Themen Jugend und Schule unter der Viermächtekontrolle in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR. Obwohl die kommunistische Partei in der SBZ die Jugendamnestie in den Westzonen konsequent kritisiert hatte, sah sich die SED im Februar und März 1947 schließlich genötigt, auch eine Amnestie für die nach dem 1.1.1919 Geborenen zu erlassen. Diese Kursänderung hing mit dem widersprüchlichen Verhalten der SMAD zusammen. Vgl. *Ibid.*, S. 358.

²⁹¹ Erst die veränderten internationalen Rahmenbedingungen, die seit dem Scheitern der Moskauer Konferenz offenkundig geworden waren, und die allmähliche Herausbildung eines westdeutschen Staates führten dazu, daß sich Paris umfassend für die Entnazifizierungspolitik in Baden-Baden interessierte. Im Februar 1948 wurde ein Mitarbeiter der politischen Abteilung des SEAAA (*Secrétariat d'Etat aux Affaires Allemandes et Autrichiennes*) in die französische Besatzungszone entsandt, der bei seiner Rückkehr berichtete, der Stand der Entnazifizierung sei von Land zu Land verschieden und eine Koordinierung durch Baden-Baden nicht mehr feststellbar. Aufgrund dieses Berichts beauftragte Staatssekretär Schneiter am 16.3.1948 General Koenig mit der beschleunigten Beendigung der Entnazifizierung (Verordnung No 165 vom 13.7.1948). Die bisherigen Amnestien (Jugendamnestie, Mitläuferamnestie, Verordnung No 133 vom 17.11.1947, die mit Zustimmung Schmittleins auch keine Einschränkung mehr für den Bereich Erziehung vorsah) hätten die Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit enttäuscht. Spätestens bis September 1948 sollte die Entnazifizierung beendet

mehr Akzeptanz einer Amnestiepolitik bei ihrer Bevölkerung, wenn klar war, daß die angelsächsischen Alliierten diese bereits realisiert hatten²⁹².

Mitte 1947 sah sich Moreau aufgrund der sich verändernden weltpolitischen Rahmenbedingungen, die vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges und auf der Ebene französischer Deutschlandpolitik zu einer Neuorientierung in Richtung des Integrationskonzeptes geführt hatten²⁹³, gezwungen, den Schwerpunkt der Arbeit von der Kontrolle auf positive Maßnahmen zu verlagern. Mit den politischen Veränderungen einhergehend, sah er sich mit einer zunehmenden Personalnot konfrontiert²⁹⁴. Bei der Neuausrichtung seiner Politik kam es ihm darauf an, die einzelnen Organisationen, die sich herausgebildet hatten, in sich zu stärken, indem z. B. die Zahl der Kongresse erhöht werde, um ein "renforcement de cette organisation interne" und eine "prise de conscience collective" zu erreichen²⁹⁵.

Die Veranstaltungen der Jugendorganisationen und kulturellen Einrichtungen hatten sich im Jahre 1947 vervielfacht, und das Interesse der Jugendgruppen war offenbar groß und von dem Wunsch begleitet, diese Veranstaltungen auf interzonale Ebene auszudehnen, was aufgrund der Pariser Anweisungen schwierig blieb. Selbstkritisch beschrieb Moreau die Jugendpolitik der Französischen Besatzer in der Praxis, die eine klare Linie vermissen lasse: "En face de cet activisme intense notre politique apparaît incertaine, hésitante entre une dirigisme outrancier et une absence d'initiatives de grande envergure." Übertriebene Kontrolle der Kreisoffiziere auf lokaler Ebene, lächerlicher Verwaltungsaufwand, die Erteilung von Genehmigungen erst nach zwei bis drei Monaten und die Anforderung von Monatsberichten lokaler Gruppen müßten für Mißstimmung bei den Deutschen sorgen und auf Unverständnis stoßen.

Schon im August 1946 hatte Moreau Kritik an seinen Kollegen geäußert und eine weitsichtigere Politik gefordert: "Il apparaît de plus en plus ... que des mesures de portée plus large intéressent tout le G.M. doivent être prises d'urgence pour har-

sein, ohne dabei allerdings die französischen Sicherheitsinteressen zu vernachlässigen. Vgl. Möhler, Entnazifizierung, S. 292 ff.

²⁹² Vgl. Möhler, Entnazifizierung, S. 292 ff.

²⁹³ Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, Bd. II, S. 1859. Anders dazu: Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", vgl. Forschungsdiskussion in der Einführung der vorliegenden Arbeit.

²⁹⁴ Rapport mensuel pour le mois de juillet 1947, 9.8.1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁹⁵ Ibid.

moniser la politique française vis-à-vis de la jeunesse allemande". Vor allem prangerte er das Verhalten einiger Besatzungsoffiziere gegenüber deutschen Jugendlichen an und forderte sie zur Raison auf: "Il faut enfin cesser d'employer des méthodes qui nous déshonorent et qui sont le fait d'individus ou d'agents subalternes mal informés du sens de notre politique en Allemagne"²⁹⁶. Er führte das Beispiel sozialistischer Jugendlicher in der Pfalz an, die bei einer ihrer Zusammenkünfte, die von der Militärregierung genehmigt worden war, von französischen Soldaten überwältigt und ohne erkennbares Motiv verprügelt worden seien²⁹⁷. Ohne die Notwendigkeit der Kontrolle aus den Augen zu verlieren, forderte er im Juli 1947: "Il semble nécessaire de recommander maintenant aux organismes [français], ... d'exercer leur action plus par une connaissance directe des personnalités les plus représentatives que par une paperasse absolument inutile. L'incertitude et l'absence de vues larges marquent les hésitations en ce qui concerne l'autorisation et le contrôle des manifestations de caractère unitaire ou de caractère internationale."²⁹⁸ Eine stringente und klare Politik wurde auch von General Bouley in der Provinz Hessen-Pfalz untergraben, indem er die Gründung von Jugendgruppen in seinem Einflußbereich zu bremsen versuchte. Laffon hatte ihm bereits im April 1946 die Genehmigung zur Bildung der Freien Demokratischen Jugend und der Naturfreunde erteilt. Im Juni 1946 mußte Laffon erneut eingreifen, um eine tatsächliche Gründung der beiden Gruppen ebenso wie die der Falken durchzusetzen. Nach Angaben Laffons gab es derartige Probleme nur in der Provinz Hessen-Pfalz²⁹⁹.

Mit der Verordnung No 179 und der Verfügung No 90 General Koenigs vom 4. Oktober 1948 mußten die Jugendverbände nur noch eine Gründungserklärung beim örtlichen Bürgermeisteramt abgeben, das diese dann an die französische Militärregierung weiterleitete. Hatten die Franzosen binnen 20 Tagen kein Veto eingelegt, war die Gründung nach deutschem Recht gültig³⁰⁰. Auch Veranstaltungen und Versammlungen mußten dem Gouvernement Militaire nur noch zur Information bekanntgege-

²⁹⁶ Rapport mensuel pour le mois de août 1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁹⁷ Ibid.

²⁹⁸ Rapport mensuel pour le mois de juillet 1947, 9.8.1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

²⁹⁹ Vermerk Laffon vom 19.6.1946 an den Délegué Supérieur der Pfalz, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

³⁰⁰ Verordnung No 179 und Verfügung No 90 vom 4.10.1948, in: JO-CCFA vom 8. bzw. 12.10.1948.

ben werden³⁰¹. Ferner durften spätestens im Juli 1949 alle Jugendbewegungen auf Länderebene im Landesjugendausschuß (Baden und Württemberg) und im Landesjugendring (Rheinland-Pfalz) koordiniert werden³⁰². Rein juristisch war die Phase der direkten Verwaltung durch die französischen Besatzer bereits mit der Verordnung No 95 vom 9. Juni 1947 beendet worden. Die Länder erhielten die Rechte zurück "qui leur étaient dévolus par les constitutions adoptés au référendum du 18 mai 1947"³⁰³. Den Ländern oblag nun die Gesetzesinitiative in Bildungsfragen, allerdings schränkte Artikel 4 ihre Rechte ein³⁰⁴. Zwar gestand dieser Artikel der DEP ein gewisses Kontrollrecht zu, aber sie besaß kein Initiativrecht mehr in kulturellen Fragen, sehr zum Mißfallen Schmittleins, der Frankreichs Interessen im Blick hatte und sich mit dem Beschluß nicht zufrieden gab: "L'éducation devrait être, au même titre que la politique étrangère ou les questions militaires, un domaine entièrement réservé au Gouvernement militaire. Il y va non seulement de la sécurité française, mais aussi de l'avenir de la jeunesse allemande."³⁰⁵ Mit Unterstützung Koenigs bei Bidault gelang es ihm im Juli 1947 einen Zusatz durchzusetzen: Die DEP behielt ein Initiativ- und ein Vetorecht in kulturellen Fragen und das Monopol für die Schulbuchredaktion³⁰⁶. Dies war jedoch nur ein vorübergehender Erfolg. Die Vorbereitung des Besatzungsstatutes und die alliierten Diskussionen über die Rechte im Bereich Bildung begannen bereits im November 1948 in London, wo sich die Kulturverantwortlichen der westlichen Besatzungsmächte, Birley, Grace und Schmittlein, zusammenfanden. Diese Zusammenkunft bildete den Auftakt zu lebhaften Diskussionen. Schmittlein, der sich vehement dafür einsetzte, den Bereich Bildung in die "domaine réservé" der Alliierten einzuordnen, stand hier alleine mit seiner Forderung und konnte sich schließlich gegen Amerikaner und Briten nicht durchsetzen, wie er spätestens im April 1949 konsterniert feststellen mußte³⁰⁷. Damit entfiel auch jede Möglichkeit einer direkten Kontrolle der deutschen Jugendbewegungen.

³⁰¹ Rapport trimestriel au 1er avril 1949, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁰² Rapport trimestriel vom 21.7.1949, in: MAE/Colmar, AC 265/1.

³⁰³ Ordonnance No 95 vom 9.6.1947, abgedr. in: Defrance, La politique culturelle, S. 314.

³⁰⁴ "Tout projet intéressant la décartellisation, la démilitarisation, la dénazification, notamment en matière d'éducation, doit être communiqué au Comandement en chef français en Allemagne, avant que la Diète n'en soit saisie." Ibid.

³⁰⁵ Rapport Schmittlein vom 12.7.1947, in: MAE/Colmar AC 67/1.

³⁰⁶ Dieses Initiativ- und Vetorecht war Schmittlein besonders für die geplante Schulreform wichtig, vgl. Defrance, Les Alliés occidentaux, S. 217.

³⁰⁷ Vgl. zu dieser interalliierten Diskussion: Defrance, Les Alliés occidentaux, S. 217-221.

3.1.1. Konfessionelle Gruppen und die starke Stellung der Kirchen

Die katholische Jugend

Den Kirchen fiel nach dem Krieg als nahezu einziger institutionell überwiegend schadlos gebliebener Instanz eine besondere soziale und politische Wortführerschaft im Lande zu, die sie auch für sich beanspruchten. Ihre weitgehend intakte Organisation, ihre volksskirchliche Verankerung, ihre karitative Kompetenz und ihre Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung veranlaßten dann auch die alliierten Besatzer dazu, ihnen geistigen und politischen Freiraum zu gewähren. Die Kirchen beanspruchten auch die Erziehung junger Menschen für sich, was im katholischen Umfeld sehr bald deutlich wurde: Die katholischen Jugendgruppen hatten sich schnell wieder etablieren können und stellten die bei weitem stärkste Jugendbewegung in der französischen Zone dar.³⁰⁸

Das Verbot der katholischen Jugendverbände 1935 durch die Nationalsozialisten und das Monopol der Hitlerjugend hatten die offizielle Arbeit der katholischen Jugendbewegung unmöglich gemacht. Den Jugendgruppen blieb innerhalb des Kirchenraumes allein die Arbeit im Verborgenen, was dazu führte, daß sich die Bewegung während des Krieges nicht vollständig auflöste und die Verantwortlichen nach 1945 auf Grundlagen aufbauen konnten. Der Glaube an die christliche Lehre und Verantwortung konnte bewahrt und in die katholische Jugendarbeit nach 1945 eingebracht werden. Die Leitung katholischer Jugendverbände oblag auf Seite der Kirchen dem Bischof, den Pfarrern und Jugendfürsorgern und auf Seite der Jugend den laizistischen Jugendgruppenleitern³⁰⁹. Bischof und Pfarrer hatten hier eine starke Position, die den französischen Jugendpolitikern ein Dorn im Auge war. Die Verantwortlichen (Jugendseelsorger, Pfarrer) warteten darauf, katholische Jugendgruppen wieder begründen zu können, und waren mit ausgearbeiteten Texten, die über Ziele, Organisationsstruktur und Bedürfnisse katholischer Jugendgruppen Auskunft gaben,

³⁰⁸ Sie waren, wie erwähnt, weit mitgliederstärker als die protestantische Jugend. Vgl. Thierfelder, Kirchenpolitik der Besatzungsmacht Frankreich, S. 225.

³⁰⁹ Décisions de la Commission Episcopale concernant les Associations de Jeunesse, Bonn-Pützchen, 6.11.1945, abgedr. in: Documents, Revue mensuelle des questions allemandes, 2, Nr. 9 (1946).

bereits darauf vorbereitet³¹⁰. Die religiöse Erziehung der Jugend war für das Alter von 11 bis 25 Jahren vorgesehen³¹¹. Dies widersprach den französischen Richtlinien, die die Jugendgruppen nur für bis 20jährige vorsahen. Die ersten Wochen ließen bereits ahnen, daß das Verhältnis zwischen französischen Besatzern und den Kirchen nicht reibungsfrei sein würde. Auf die Kontaktaufnahme der Jeunesse et Sports-Offiziere im Januar 1946 mit dem Klerus in den Provinzen reagierte dieser äußerst zurückhaltend, berichtete zum Beispiel Pierre Schwartz in einer Sitzung der Délégués de provinces in Baden-Baden Mitte Januar 1946. Auch Commandant Wustner vermeldete, "la confiance (du clergé) à l'égard de notre service et encore à acquérir". Offenbar versuche der Klerus, sich der französischen Kontrolle zu entziehen³¹². "La procédure de déclaration et d'autorisation des associations de jeunesse" sei bis vor kurzem von den Kirchen nicht akzeptiert worden, schrieb Moreau im Mai 1946 in seinem Monatsbericht. Der stärkste Widerstand sei bei den katholischen Kirchen zu verzeichnen gewesen, die die Erziehung der Jugend als ihren Bereich ansahen und eine Einmischung von außen möglichst verhindern wollten. Im Bereich der schulischen Erziehung sollte dies an dem Streit über die Simultan- und Konfessionsschulen deutlich werden, den die Kirchen mit Schmittlein austrugen³¹³.

Auch den außerschulischen Bereich betrachteten die Kirchen also als ihren Kompetenzbereich. Schon früh hatten sich deutsche Bischöfe in Reden für und über die deutsche Jugend öffentlich geäußert. So beschäftigte sich der Freiburger Bischof

³¹⁰ Vgl. z. B. das Dokument Formation de la Jeunesse Catholique d'aujourd'hui. Aperçu et projet aus der Erzdiözese Köln vom 15.9.1945, abgedr. in: Documents, 2, Nr. 5 (1946), Dok. Nr. 25 und L'association des Jeunesses Catholiques. Sa nature, ses principes, son organisation et sa direction, ses besoins et l'aide à lui apporter. Dieser Bericht wurde von dem Büro der Katholischen Jugend in Altenberg unter Federführung von Bischof Ludwig Wolker für die Militärverwaltung in Deutschland (les autorités civiles) im November 1945 erstellt. Bericht abgedr. in: Documents, 2, Nr. 9 (1946).

³¹¹ Die katholischen Jugendgruppen gliederten sich nach Alter und Geschlecht. Es gab die Jungschar (11 bis 14 Jahre), die Jungenschaft und Jungmädchenschaft (14 bis 18 Jahre) und die Jungmann- und Jungfrauenschaft (18 bis 25 Jahre). Ferner gab es einzelne Gruppen, wie etwa die Kolpingjugend (Vgl.: Bericht Bischof Wolker, in: Documents, 2, Nr. 9 (1946). Da in den Berichten der französischen Militäradministration überwiegend von "der katholischen Jugend" oder "katholischen Jugendgruppen" die Rede ist, wird im folgenden diese zusammenfassende Bezeichnung übernommen.

³¹² Rapport des Délégués de provinces, réunion du 14. et 16.1.1946, Baden-Baden, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³¹³ Vgl. dazu Michael Müller, Konfessionell oder simultan? Der Streit um die Volksschule in Rheinland-Pfalz 1945-1953, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, 45 (1981), S. 317-346.

Conrad Gröber³¹⁴ in seinem 3. Hirtenbrief vom 1. August 1945 mit der Zukunft der Jugend, um deren religiöse Erziehung er sich sorgte: "Les jeunes sont en face du vide."³¹⁵ Nicht nur in der Schule, sondern auch im außerschulischen Bereich sei eine umfassende religiöse Unterweisung wichtig: "La jeunesse sortie de l'école ne doit pas seulement recevoir un enseignement complémentaire du catéchisme au sein de la paroisse, elle a besoin d'une formation religieuse qui fasse apparaître sous leur vrai jour les principes chrétiens."³¹⁶ Auf die Deutschen warte eine große Aufgabe: "réconquérir le terrain perdu dans le domaine religieux et culturel, endiquer la perversion, mettre les éléments de corruption hors d'état de nuire, éduquer une nouvelle jeunesse chrétienne, dans la famille et à l'école ... Le travail avec la jeunesse suppose des éducateurs fiables, sur le plan religieux."³¹⁷ Im Juli 1946 beschwor er die katholische Jugend zusammenzuhalten, denn es werde versucht, diesem Vorhaben Steine in den Weg zu legen: "(Des) mauvais exemples et doctrines aberrantes menacent. Face à ses nouveaux ennemis, qui tentent de la priver de son autonomie et de sa spécificité en la mêlant à des jeunes qui ne partagent pas sa foi."³¹⁸ Er fürchtete, so äußerte er sich im Oktober 1946, die katholische Jugend könne "au profit d'une idéologie anti-chrétienne", die er nicht weiter erläuterte, mißbraucht werden, und forderte die Freiheit und den notwendigen Schutz für eine "édification religieuse et morale de la jeunesse et du peuple allemand."³¹⁹

Indes war die DEP den Wünschen des Klerus bereits entgegengekommen. In einem Gespräch mit dem Mainzer Bischof Stohr am 15. Mai 1946 hatte Schmittlein der katholischen Kirche für die Bildung von Jugendgruppen großzügige Erleichterungen konzidiert: Die Führungskader der Jugendgruppen durften vom Bischof ernannt werden, die Altersgrenze der Mitglieder wurde von 20 auf 25 Jahre heraufgesetzt, die Genehmigungsanträge für die Gründung einer Gruppe sollten direkt den Délégations Supérieures vorgelegt werden und mußten nicht erst die lokalen Instanzen passieren,

³¹⁴ Zu Gröbers Verhalten nach Hitlers "Machtergreifung" 1933 und seinem Bruch mit den Nationalsozialisten 1939 vgl. Roland Weis, Würden und Bürden. Katholische Kirche im Nationalsozialismus, 1. A. Freiburg i. Br. 1994, S. 131 ff.

³¹⁵ Hirtenbrief von Bischof Conrad Gröber vom 1.8.1945, zit. n. Documents, 1, Nr. 3, (Nov. 1945), S. 15.

³¹⁶ Ibid.

³¹⁷ Ibid.

³¹⁸ "Meine liebe katholische Jugend", Rede aus dem Nachlaß Gröber, Erzbischöfliches Archiv Freiburg (EAF), zit. nach Mombert, Jeunesse et livre, S. 86 f.

³¹⁹ Ibid., S. 87.

so daß ein erheblicher Zeitgewinn zu erwarten war. Geplante Treffen und Versammlungen sollten zwar gemeldet werden, brauchten aber keine Vorabgenehmigung der Franzosen. Die für die Jugend zuständige Verwaltung des Bistums erhielt lediglich die Auflage, ein jährliches Veranstaltungsprogramm zu schicken. Die Zusendung von Mitgliederlisten der Jugendgruppen war nicht erforderlich³²⁰.

Größer konnten die Zugeständnisse kaum sein. Schmittlein hielt sich hier an die von den Alliierten vorgegebene Linie, die Kirchen zu respektieren und sie möglichst gut zu behandeln. Artikel 31 des Reichskonkordates von 1933, das die Franzosen inzwischen anerkannt hatten, garantierte dem Klerus die Autorität über die katholischen Jugendgruppen³²¹. Hier blieb auch Laffon konsequent, der den Délégués Supérieurs im August 1946 die Anweisung mit auf den Weg gab, jeden Prestigekonflikt mit den Kirchen zu vermeiden. Die Ländergouverneure sollten die Jugend- und Sportoffiziere auffordern, keine Konflikte zu provozieren "qu'en particulier, ils n'essaient pas de saper le principe hiérarchique de l'Eglise, tentative qui n'a évidemment aucune chance d'aboutir."³²² Französische Einflußmöglichkeiten auf die bestehenden konfessionellen Gruppen waren somit von vornherein begrenzt. Die Bildung von neuen katholischen Jugendgruppen, die sich wie in Frankreich an bestimmte Zielgruppen, z. B. an junge Landwirte, richteten, musste den Franzosen um so dringlicher erscheinen, da sie hier noch Einflußchancen sahen.

Bis Juni 1946 waren die katholischen Jugendverbände wie oben erwähnt in allen Landesteilen vertreten, während die protestantische Jugend nur in Südwürttemberg zu finden war³²³. Die Zahl der lokalen Gruppen der Katholischen Jugend erhöhte sich kontinuierlich: im Oktober 1946 zählte man 960, im Februar 1947 bereits 1.006³²⁴. Für die weitere Entwicklung der katholischen Jugend empfiehlt sich ein Blick auf ihre Entwicklung in den anderen westlichen Zonen³²⁵, die nicht ohne Auswirkung

³²⁰ Informationen aus dem Nachlaß Größer, nach *ibid.*

³²¹ Vgl. *ibid.*, S. 54.

³²² Brief Laffon vom 16.8.1946, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

³²³ *Mouvements de jeunesse autorisés au 1er juin 1946*, in: MAE/Colmar, AC 69/1. Vgl. dazu auch Zauner, *Erziehung*, S. 167.

³²⁴ *DEP en Zone Française d'Occupation en Allemagne, Situation au 1er février 1947 (Documentation trimestrielle)*, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³²⁵ Zur Entwicklung in der SBZ und der frühen DDR vgl.: Wolfgang Tischner, *Katholische Jugend und FDJ in der SBZ und frühen DDR*, in: Brigitte Kaff (Hg.), *Junge Union 1945-1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone*, Freiburg i. Br. 2003, S. 223-244. Tischner

gen auf die katholischen Jugendlichen in der französischen Zone blieb. Die ersten beiden Nachkriegsjahre, d. h. die Jahre bis zur Gründung des Bundes der Katholischen Jugend im Frühjahr 1947 in der britischen Besatzungszone, genauer in Herderhausen bei Paderborn, hatten den Charakter eines Übergangs. In dieser Phase diskutierte man über die künftige Struktur des Bundes: Sollte man sich zu einer zentralen Einheit zusammenschließen, um zu verhindern, daß sich einzelne Gruppen möglicherweise gegeneinander ausspielten, oder sollte man einen Bund schaffen, in dem jede Untergruppe eine gewisse Autonomie behalten konnte? In dieser Aufbau-phase stellten Moreau und seine Mitarbeiter den Kontakt zwischen deutschen katholischen Gruppen und katholisch ausgerichteten französischen Jugendgruppen her. Das Besondere an den französischen Gruppen war, daß sie innerhalb der französischen katholischen Jugend verschiedene Zielgruppen ansprachen und damit die französische katholische Jugend auch einen dezentralen Charakter aufwies. Diese Organisationsform eignete sich für Deutschland, denn sie entsprach den Vorgaben der Pariser Direktiven für eine Dezentralisierung Deutschlands. Zudem bedeutete es, dem starken Einfluß der Kirche in Deutschland auf die Jugend etwas entgegenzusetzen: Jugendgruppen, die nach französischem Vorbild entstanden waren.

Damit deutsche katholische Jugendliche von französischen lernen konnten, erhielten sie Informationsmaterial über die Strukturen der französischen katholischen Jugend. Führungspersonlichkeiten der verschiedenen französischen Gruppen besuchten die französische Zone: Vertreter der JEC (Jeunesse Étudiante Catholique), der katholischen Studentenorganisationen, der JOC (Jeunesse Ouvrière Catholique), zuständig für die Arbeiter, und der JAC (Jeunesse Agricole Catholique), Vertreter der jungen katholischen Landwirte. Diese Begegnungen erhielten eine Funktion über die des reinen Treffens hinaus: Das Angebot, französische Strukturen kennenzulernen, die als Hilfe und Anhaltspunkt dienen und sogar zur Übernahme dieser Strukturen führen konnten, ist zum einen als französischer Einflußversuch zu werten, auf den die deutschen katholischen Jugendlichen allerdings zurückhaltend reagierten. Gleich-

stellt fest, daß die katholische Jugend in der SBZ insgesamt betrachtet 1945 von einer starken Position aus begann, da sie auf arbeitsfähige Strukturen zurückgreifen konnte. Sie verfolgte in den ersten Nachkriegsjahren eine doppelte Strategie. Sie beteiligte sich offiziell an der FDJ-Gründung, um dadurch Zeit zum Aufbau der eigenen Jugendgruppen zu erhalten, die bewußt in keinem zentralen katholischen Verband, sondern dezentral und verstreut organisiert waren (Tischner, Katholische Jugend, S. 223 u. 239 f.)

zeitig stellten diese Begegnungen auch ein Dialogangebot dar, das in dieser frühen Nachkriegsphase hervorzuheben ist: "La jeunesse catholique manifeste une attitude réservée vis-à-vis de l'influence française, ... (et) la pénétration des idées jocistes ... constitue un élément de rapprochement et aussi de démocratisation des milieux catholiques allemands."³²⁶

Die katholische Arbeiterjugend Frankreichs (JOC) entsandte beispielsweise im Sommer 1946 einige ihrer Führungskräfte in die Pfalz. Das kam auch dem Jeunesse et Sports-Chef von Neustadt, Wustner, sehr gelegen, der den einheimischen Jungkatholiken, die auch in der Pfalz die stärkste Nachwuchsorganisation darstellten, großes Mißtrauen entgegenbrachte und gemäß den Vorgaben aus Baden-Baden der JOC vergleichbare Organisationen in Rheinhessen und der Pfalz begünstigen wollte³²⁷. Er hoffte, auf diese Weise wenigstens die katholische Arbeiterjugend dem Zugriff des deutschen Klerus entziehen zu können. Die konzeptionellen Unterschiede erwiesen sich allerdings als groß. Vor allem die JOC maß dem sozialen Engagement für die Arbeiter eine größere Bedeutung bei als der religiösen Arbeit in der Pfarrei. Sie betrachtete sich nicht, wie es der deutschen Tradition entsprach, als Forum der Reflexion, sondern handelte nach der Regel: "voir, juger, agir". Auch die Rolle der Priester war eine andere: Sie regten an, aber "dirigierten" nicht³²⁸. Die katholische Jugend in Deutschland legte traditionsgemäß den Schwerpunkt auf die religiöse Unterweisung. Hierauf legte die kirchliche Hierarchie, in die sich die Laien einzufügen hatten, großen Wert. Der deutsche Klerus verfolgte zudem die Bildung dieser Jugendgruppen nach französischem Vorbild mit Argwohn, da so die Organisationsstrukturen komplexer und damit schwerer handhabbar wurden³²⁹.

Ein Kampf um Einfluß war auch unter den Besatzern, d. h. zwischen den französischen und britischen Jugendvertretern, zu beobachten, wie ein Vermerk Moreaus vom 14. März 1947 an Irène Giron verdeutlicht: Moreau spricht von einem "lutte d'influence serrée ... dans les milieux catholiques d'une part, entre la centrale des œuvres catholiques d'Altenberg et les équipes jocistes nouvelles, d'autre part, entre

³²⁶ Bureau de Jeunesse, Rapport mensuel pour le mois de décembre vom 30.12.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³²⁷ Rapport trimestriel de la Sous-Section Jeunesse et Sports, août-octobre 1946, vom 7.11.1946, in: MAE/Colmar, AC 263/1.

³²⁸ Mombert, Jeunesse et livre, S. 88.

³²⁹ Mombert, Jeunesse et livre, S. 88.

les services du GM britannique et nous-mêmes, les services britanniques faisant leur possible pour fixer le centrale jociste allemande dans leur zone."³³⁰ Und dies, fügte er hinzu, obwohl "les services français ont travaillé avec succès à cette naissance de la JOC allemande."³³¹ Die Zentrale der deutschen JOC (Jeunesse Ouvrière Chrétienne) ließ sich 1947 schließlich in Ludwigshafen nieder³³².

Ein Zeichen der avisierten guten Behandlung der Kirchen setzte die französische Militärregierung mit der Lizenzierung der katholischen Jugendzeitschrift *Der Fährmann*, deren erste Nummer bereits 1946 erschien. Diese Lizenz war die erste Lizenz einer katholischen Jugendzeitschrift in den alliierten Zonen überhaupt³³³. Die Inhalte der Zeitschrift und die ausgewählten französischen Texte kamen den französischen Zielen entgegen: "La place faite aux aspects contemporains du catholicisme français, la publication d'extraits de Saint-Exupéry, de Bernanos et de Léon Bloy ... les références à *Esprit*³³⁴ et à *Témoignage chrétien* contribuaient à rééduquer la jeunesse allemande par l'apport culturel français."³³⁵ Mombert urteilt über die Zeitschrift zusammenfassend: "Ils [les Français] ne pouvaient que se féliciter de l'existence en ZFO d'une revue bien faite, informative, propre à conduire la jeunesse vers un humanisme chrétien et ainsi à la détourner de son pessimisme, appelé parfois nihilisme."³³⁶

Trotz der Konflikte und Unstimmigkeiten, die zwischen der deutschen Kirche und den französischen Besatzern festzustellen waren, verband beide Akteure eine transnationale Solidarität, in der das verbindende Element das Christentum war. Die Besatzer ließen es zu, daß eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Christen entstand. Katholische französische Intellektuelle, die schon früh die Notwendigkeit einer internationalen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erkannt hatten, nahmen den Gesprächsfaden wieder auf und boten deutschen

³³⁰ Note Moreau vom 14.3.1947 an Irène Giron, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

³³¹ Ibid.

³³² Vermerk Moreau vom 14.3.1947 an Giron, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

³³³ Bundesvorstand der Deutschen Katholischen Jugend (Hg.), 25 Jahre BDKJ, Düsseldorf 1973, S. 13.

³³⁴ Die linksorientierte, von Emmanuel Mounier herausgegebene französische Zeitschrift *Esprit* verfügte vor allem im katholischen Milieu über zahlreiche Leser. Zu *Esprit* vgl. Michel Winock, *Esprit. Des intellectuels dans la cité, 1930-1950*, 2. überarb. A., Paris 1996 (1. A. 1975).

³³⁵ Mombert, *Jeunesse et livre*, S. 98. Ausführlich über die Zeitschrift *Der Fährmann* vgl. die Seiten 93-99.

Geistlichen in der Zeitschrift Documents, die 1945 von Père du Rivau in Offenburg gegründet worden war, ein Forum, um über die deutsche Jugend zu schreiben und die französische Öffentlichkeit über sie zu informieren. Berichte über die deutsche Jugend gelangten auf diese Weise über die französische Zone hinaus. Du Rivau hatte damit mehr Handlungsspielraum als die Besatzungsoffiziere der Jeunesse et Sports, die sich mit ihren Maßnahmen gegenüber den Deutschen innerhalb ihrer Zone bewegen mußten.

Die Zeitschrift Der Fährmann korrespondierte mit den Initiativen von Emmanuel Mounier, dessen Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle 1948 aus dem linkskatholischen Milieu hervorging³³⁷ und auch mit den Initiativen du Rivaus, wie zum Beispiel der von ihm gegründeten Zeitschrift Documents. Ebenso gehörten die von den Besatzern initiierten Reisen der französischen JOC in die französische Zone zu diesem religiös geprägten Austausch. Hier deutete sich bereits ein Netzwerk an, das dem katholischen Milieu entsprang. Es entstand auf Initiative einzelner französischer Persönlichkeiten und mit Unterstützung der Besatzer. Auch hiermit wurde ein Beitrag zur Umerziehung geleistet.

Die Orientierungsphase der katholischen Jugend fand ihren Abschluß im Frühjahr 1947. Ihre Bünde und Verbände versammelten sich vom 24. bis 28. März 1947 in Harderhausen bei Paderborn und beschlossen die Zusammenfassung zu einem Bund. Die Hauptkonferenz der katholischen Jugendseelsorge und Jugendorganisationen stimmte den Beschlüssen von Harderhausen im April 1947 in München-Fürstenried zu und vollendete damit die Gründung des Bundes, der nun 750.000 Mitglieder umfaßte. Die "Führerschaft", so der damalige Ausdruck, übernahm Josef Rommerskirchen³³⁸. Die Zentrale des nun überzonal organisierten Verbandes befand sich im Haus Altenberg. Die Berichte der Abteilung Jeunesse et Sports verzeichneten weiterhin ein stetiges Wachstum der Katholischen Jugend, die die stärkste Jugendbewegung innerhalb der Zone blieb: Im April 1948 zählte sie 1.750 lokale Gruppen und insgesamt 135.445 Mitglieder. Auch die JOC, JEC und JAC hatten mit drei Gruppen und 80 Mitgliedern in Württemberg, mit fünf Gruppen und 100 Mitgliedern in

³³⁶ Ibid., S. 98.

³³⁷ Carla Albrecht, Das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle und seine Zeitschrift Allemagne in den deutsch-französischen Intellektuellen-Beziehungen von 1948- 1967. Unveröff. Magisterarbeit, betreut von Hans Manfred Bock, Kassel 2001, S. 83.

Rheinland-Pfalz Fuß gefaßt, blieben aber quantitativ eine marginale Erscheinung³³⁹. Erst die Zahlen für Juli 1949 weisen auf eine Stagnation hin, rund 130.000 Mitglieder der Katholischen Jugend wurden insgesamt gezählt, darunter 30.000 Mitglieder in Baden und 20.000 in Württemberg. Rheinland-Pfalz blieb mit 80.000 Mitgliedern die mitgliederstärkste Region der Katholischen Jugend in der französischen Zone³⁴⁰. Offenbar hatte die Katholische Jugend zu diesem Zeitpunkt alle Interessierten erfaßt.

Die im Gegensatz zu den Amerikanern und Briten lange ablehnende Haltung der Franzosen gegenüber der Einrichtung von Jugendverbandszentralen, die mit dem Verbot einherging, das Wort "deutsch" im Namen tragen zu dürfen, wurde im Herbst 1949 von der katholischen Jugend in ihrer Zeitung Die Wacht als widersprüchlich kritisiert: "Nous regrettons ... que ces espoirs de la nouvelle Europe contrastent avec certains manifestations de la politique française vis-à-vis de l' Allemagne ... Nous ne comprenons pas pourquoi il nous est encore interdit, en zone française, de nous appeler, union de la jeunesse catholique allemande."³⁴¹ Sie kritisierten das Verhalten der Besatzer als "nationalisme de gendarmerie", differenzierten aber ihr Urteil insofern, als daß sie zwischen den Besatzern im allgemeinen und den Mitarbeitern des Jugendbüros unterschieden: "Les autorités françaises d'occupation tiennent d'ailleurs compte des désirs de la jeunesse catholique, et nous trouvons dans quelques services français non seulement un esprit objectif, mais aussi une compréhension sincère et un appui efficace". Als Beispiel führten sie die deutsch-französischen Jugendbegegnungen an³⁴².

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Übergabe der Jugend- und Bildungspolitik in deutsche Hände war auch dieses Problem obsolet geworden³⁴³. Im Herbst 1949 wurde die Katholische Jugend Mitglied des Deutschen

³³⁸ 25 Jahre BDKJ, S. 9.

³³⁹ Documentation trimestrielle, situation au 1er avril 1948, in : MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁴⁰ Rapport trimestriel vom 21.7.1949, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁴¹ "Cessez enfin de haïr!", in: Die Wacht vom 15.10.1949, zit. n. Documents, 4, Nr. 1 (1949), S. 99 f., die auch besatzungskritischen Artikeln ein Forum boten. Der deutsche Orginalartikel konnte nicht ermittelt werden.

³⁴² Ibid.

³⁴³ Insofern ist der Zeitpunkt der Kritik, Herbst 1949, ungewöhnlich. Zu diesem Zeitpunkt hatte Frankreich dem Besatzungsstatut zufolge keine Entscheidungsbefugnis mehr im Bildungsbereich und somit auch keinen Einfluß mehr auf die Bezeichnung deutscher Jugendverbände. Vermutlich setzten sich die Vorgaben des Besatzungsstatuts nicht so zügig durch wie vorgesehen.

Bundesjugendringes, ihr Vorsitzender Josef Rommerskirchen dessen erster Vorsitzender. Die starke Rolle der Katholischen Jugend im Gesamtspektrum der deutschen Jugendbewegungen fand hier erneut ihren Ausdruck. Rommerskirchen wurde damit auch künftig zum wichtigsten Ansprechpartner der nunmehr in Abteilung für Internationale Begegnungen umbenannten Jugend- und Sportabteilung der französischen Militärverwaltung.

Die Evangelische Jugend

Aufgrund ihrer überwiegend intakten Organisation und ihrer Verankerung in der Bevölkerung wurde auch der Evangelischen Kirche von den alliierten Besatzungsmächten im Vergleich zu anderen Institutionen weitgehender geistiger und politischer Freiraum gewährt. Eine zentrale Erkenntnis aus dem Kirchenkampf war der kirchliche Anspruch, sich nicht mehr aus der Öffentlichkeit verdrängen zu lassen, sondern gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen³⁴⁴.

Die protestantische Jugendarbeit war ähnlich wie die katholische Jugendarbeit durch die nationalsozialistische Kirchenpolitik auf den engeren Kirchenbereich zurückgedrängt worden. Die Vereine und Bünde, die sich in der evangelischen Jugendarbeit engagiert hatten, waren Ende 1933 von dem damaligen Reichsbischof Müller in die HJ eingegliedert worden. Die Vereine lösten sich daraufhin teils selbst auf oder entließen ihre Mitglieder, um sie im Rahmen der Kirchengemeinden wieder zu sammeln³⁴⁵. Jugendgottesdienste, gemeinsame Morgen- und Abendwachen, das Verkündigungsspiel und das evangelische Bekenntnislied spielten während des Nationalsozialismus zunehmend eine Rolle. Diese Entwicklung ist nach 1945 nicht rückgängig gemacht worden³⁴⁶ und die enge Bindung an die Kirchen wurde institutionell untermauert. So gründeten führende Vertreter der evangelischen Jugendarbeit 1946 nach

³⁴⁴ Martin Greschat, Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit, Stuttgart 2002, S. 126.

³⁴⁵ Vgl. dazu Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M., Berlin 1986, S. 731-739. Vgl. auch Georg Wilhelm, Evangelische Jugend in der SBZ, in: Kaff (Hg.), Junge Union, S. 246.

³⁴⁶ "Die entscheidende Mitte aller Veranstaltungen ist und bleibt Bibelarbeit und Andacht, Lied und Gebet. Außerdem sind Vorlesen und Erzählen, Vorträge und Ansprachen, Wandern, Sport und Spiel, Treffen, Freizeiten und Lagerarbeit unerläßliche Bestandteile einer christlichen Jugenderziehung", aus: Ordnung der evangelischen Jugendarbeit in Baden, o. D., in: MAE/Colmar, Bade 4310. Wilhelm stellt dies für die SBZ fest, vgl. Georg Wilhelm, Evangelische Jugend, S. 3.

dem Vorbild der Jugendkammer der Bekennenden Kirche eine Kammer, die sich als Jugendkammer der neu gegründeten EKD verstand und als gemeinsames Dach der evangelischen Verbände vorgesehen war. Dies wurde vom Rat der EKD mit Beschluß vom 10. Oktober 1946 bestätigt³⁴⁷. Dieses Vorgehen sollte vermutlich einer erneuten Zersplitterung der evangelischen Verbände - der Reichsjugendausschuß zählte 1932 unter den 117 Verbänden allein 19 evangelische³⁴⁸ - und einer erneuten Vereinnahmung, wie sie durch die Nationalsozialisten geschehen war, vorbeugen.

Diese Zentralisierungstendenzen und die sich damit verstärkenden kirchlichen Strukturen waren den Franzosen nicht recht, entzog sich damit doch auch die evangelische Jugend ihrem Einflußbereich. Schon in der Gründungsphase war der Widerstand der evangelischen Kirche in der französischen Zone zu spüren. Auch sie akzeptierte den Modus der Genehmigungen für die Jugendverbände nicht: "L'église protestante demande à constituer un mouvement de jeunesse mais refuse de se conformer à l'ordonnance No 25. [Elle] ne veut pas demander l'autorisation de réunir une assemblée constitutive d'association de jeunesse [et] ne veut pas fournir les Fragebogen des responsables des groupes locaux."³⁴⁹ Zwar habe sich die evangelische Kirche zunächst offener als die katholische gezeigt und schon im Januar 1946 die Konstituierung ihrer Verbände signalisiert, vermerkte Moreau im Frühjahr 1946, doch sei sie dann länger zurückhaltend geblieben. Erst nach langwierigen Verhandlungen hätten die Genehmigungen für die protestantische Jugend in Baden und Württemberg erteilt werden können. Für die anderen Regionen waren bis Mai 1946 keine Genehmigungen beantragt worden³⁵⁰.

³⁴⁷ Drei Wochen nach der Gründung des Deutschen Bundesjugendrings wurde die Jugendkammer um die Freikirchen erweitert. Aus der Jugendkammer der EKD und der Jugendabteilung der Vereinigung der evangelischen Freikirchen entstand im Dezember 1949 die "Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend Deutschland" (EJD). Vgl. Ulrich Schwab (Hg.), Vom Wiederaufbau zur Wiedervereinigung. Evangelische Jugend in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1995. Geschichte der Evangelischen Jugendarbeit, Teil 2, Hannover 2004, unveröff. Manuskript, S. 31.

³⁴⁸ Zahlen aus *ibid.*, S. 31.

³⁴⁹ Note Jacques Deshayes an General Schwartz, Ländergouverneur der französischen Militärregierung in Baden, vom 12.4.1946, in: MAE/Colmar, Bade 4310.

³⁵⁰ Bureau de la Jeunesse, Rapport mensuel pour le mois de mai 1946, in: MAE/Colmar, AC 256/1a.

Die Protestanten befanden sich in der französischen Besatzungszone gegenüber den Katholiken in der Minderheit³⁵¹. Infolgedessen war die evangelische Jugend in der französischen Zone nicht so stark vertreten wie die katholischen Gruppen. Sie stellte aber dennoch im Vergleich zu den nichtkonfessionellen Gruppen eine starke Bewegung dar. Bis Februar 1947 waren insgesamt 267 lokale Gruppen in Baden, Württemberg und in der Pfalz genehmigt; die Genehmigung für die Provinz Südliches Rheinland (Rhénanie) war beantragt³⁵². Im November 1947 schließlich war die evangelische Jugend in allen Provinzen vertreten. Mitte 1949 verfügte sie über eine Mitgliederstärke von insgesamt 30.000: 2000 in Baden, 10.000 in Württemberg und 18.000 in der Pfalz³⁵³.

Moreau war im Frühjahr 1946 davon ausgegangen, die konfessionelle Jugend sei aufgrund ihrer Anbindung an die Gemeinden nicht sehr attraktiv für die Jugendlichen: "Si elles restent attachées à des formules aussi simples et peu attrayantes que celles de la Jeunesse paroissiale, on peut penser que leur influence sera assez limitée."³⁵⁴ Im November 1946 bezeichnete er die konfessionellen Gruppen als eine "masse considérable de groupes aux activités peu attrayantes [qui] n'exerce pas une emprise très sensible sur la Jeunesse."³⁵⁵ Der Einfluß war in seinen Augen also begrenzt. Die konfessionellen Gruppen blieben jedoch die mitgliederstärksten Jugendbewegungen. Dem Bureau de la Jeunesse gelang es nicht, dies zu verhindern und durch alternative Gruppen wie den Naturfreunden und der Gewerkschaftsjugend ein Gegengewicht zu schaffen. Das Interesse deutscher Jugendlicher in der französischen Zone konnte nicht in dem Maße geweckt werden, wie es Moreau und Schmittlein sich gewünscht hätten.

³⁵¹ Jörg Thierfelder, Die Kirchenpolitik der Besatzungsmacht Frankreich, S. 225. Vgl. auch Baginski, La Politique religieuse de la France en Allemagne occupée. Zur Rolle der evangelischen Kirche nach 1945 vgl. auch Martin Greschat, Die evangelische Christenheit.

³⁵² DEP en Zone Française d'Occupation en Allemagne, Situation au 1er février 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁵³ Rapport trimestriel vom 21.7.1949, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁵⁴ Bureau de la Jeunesse, Rapport mensuel pour le mois de mai 1946, in: MAE/Colmar, AC 256/1a.

³⁵⁵ Rapport pour la troisième trimestre 1946 vom 5.1.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

3.1.2. Die nicht-konfessionellen und politischen Jugendorganisationen und ihre Rolle im jugendpolitischen Konzept

Die Zuordnung der nicht-konfessionellen bzw. neutralen auf der einen und politischen Jugendgruppen auf der anderen Seite ist nicht immer eindeutig möglich, da einige Gruppen zwar offiziell keine politischen Gruppen waren - sonst hätten sie 1946 gar nicht gegründet werden dürfen - aber vom Charakter dennoch politische Züge aufwiesen. Als neutrale Gruppe mit einem primären Interesse an der Natur sind die Naturfreunde einzuordnen, deren Förderung die Franzosen mit Wohlwollen betrieben. Die Gewerkschaftsjugend sollte sich zwar außerhalb der Gewerkschaften gründen und vor allem der beruflichen Fortbildung der jungen Menschen dienen, aber sie wies aufgrund der Zielgruppe der jungen Arbeiter einen politischen Charakter auf. Die Freie Jugend wurde zunächst als Jugendverband zugelassen, der sich um die Freizeitgestaltung junger Menschen bemühte, ohne politische Implikationen. Dies änderte sich mit der stetigen Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes, der sich auch in zunehmenden Unstimmigkeiten mit den Falken niederschlug³⁵⁶. Die Falken ihrerseits waren ein Vorläufer der Sozialistischen Jugend Deutschlands, die zunächst von den Alliierten verboten worden war. Um dennoch eine Jugendbewegung gründen zu können, die der SPD nahe stand, behauptete man, daß dieser parteiexterne Verband einen unpolitischen Charakter habe³⁵⁷.

Politische Verbände wie die Sozialistische Jugend oder die Junge Union fielen nicht unter die Verordnung No 25, denn diese erlaubte keine politische Arbeit und ließ keine Mitglieder über 20 Jahre zu. Man sorgte sich vor allem um die Kontrolle dieser politischen Gruppen, die von den zugelassenen Parteien 1946/1947 gebildet worden waren: "Ces associations ... groupant une proportion relativement élevée d'adhérents âgés de plus de vingt ans, on ne peut les considérer comme des 'mou-

³⁵⁶ Zauner, Erziehung, S. 168.

³⁵⁷ Wolfgang Krabbe, Parteijugend in Deutschland: Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945-1980, 1. A. Wiesbaden 2002, S. 46. Krabbe weist dies für den SPD-Bezirk Westliches Westfalen nach. Im April 1946 hätten sich die Falken sogar offiziell für die drei Westzonen als Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) etablieren können, schreibt er weiter. Für die Falken in der französischen Zone galt dies allerdings sicher nicht, da die Beteiligung an überzonalen Zusammenschlüssen zu diesem Zeitpunkt verboten war.

vements de jeunesse' au sens de l'Ordonnance 25."³⁵⁸ Damit würden sie automatisch in den Kompetenzbereich der Abteilung Affaires Administratives, Culturelles et Sociales fallen. Aber "lorsque [on a] jugé nécessaire d'établir un régime de contrôle spécial pour les associations de jeunesse, [on a] entendu se réserver par là un moyen d'action spécial sur tous les groupes qui touchent précisément la jeune génération. Celle-ci ... doit ... faire l'objet d'un effort éducatif et culturel tout particulier", führte General Koenig in seinem Schreiben aus. Die Bedingungen für diese Gruppen bezüglich kultureller Aktivitäten und internationaler Austauschbemühungen müßten denen der nicht politischen Jugendgruppen entsprechen. Daher sollte für die Kontrolle der politischen Gruppen keine neue Verordnung erlassen werden, sondern diese der DEP übertragen werden: "Je vous prie de vouloir bien veiller à ce qu'un contrôle particulier soit exercé sur eux par les services de l'Education Publique, Section Jeunesse et Sports."³⁵⁹ Diese Kontrolle bezog sich auf die kulturellen Veranstaltungen der Gruppen, auf ihre Versammlungen, die Organisation von Ferienlagern und Weiterbildungsseminaren mit interzonalem oder internationalem Charakter³⁶⁰. Im übrigen sollte die allgemeine Kontrolle der Abteilungen, die für Politik und Verwaltung zuständig seien, ergänzend beibehalten werden. Dies ist zum einen ein Beispiel für nicht eindeutig zugewiesene Kompetenzen, zum anderen zeigt es die Furcht vor den politischen Jugendgruppen, die in den Augen der DEP einer besonderen Kontrolle bedurften.

Im folgenden werden die Naturfreunde, die Falken, die Gewerkschaftsjugend, die Junge Union und die Pfadfinder (Scoutisme) in der französischen Zone anhand des vorliegenden Materials beleuchtet. Diesen Gruppen schenkte die DEP in ihren Monatsberichten besondere Beachtung.

Naturfreunde

Die Naturfreunde (Amis de la nature) waren 1933 wegen ihrer sozialistischen und pazifistischen Ausrichtung von den Nationalsozialisten verboten worden. Nach dem Krieg erhielten sie einige der Jugendherbergen, die von den Nationalsozialisten kon-

³⁵⁸ Schreiben General Koenigs vom 28.12.1948 an die Ländergouverneure, Contrôle des associations de jeunesse ne tombant pas sous le coup de l'Ordonnance 25, in: MAE/Colmar, AC 350/1.

³⁵⁹ Ibid.

³⁶⁰ Ibid.

fisiert worden waren und sich auf dem Gebiet der französischen Zone befanden, aus den Händen der französischen Besatzer zurück³⁶¹. Einige andere blieben zunächst im Besitz der Franzosen. Moreau zeigte sich mit der Entwicklung der Naturfreunde zufrieden: "Ce mouvement se développe d'une manière satisfaisante dans le pays de Bade surtout, mais aussi en Württemberg et dans le Palatinat."³⁶²

Im September 1946 zählten die Naturfreunde in Baden, Württemberg und der Pfalz insgesamt ca. 50 lokale Gruppen, im Oktober bereits ca. 70. In Baden, wo es bis Januar 1948 keine sozialistische Jugend gab³⁶³, wurden viele sozial-demokratisch orientierte Jugendliche Mitglied der Naturfreunde, die damit zu einer Art Auffangbecken für die politisch interessierte Jugend wurden und somit eine Ersatzfunktion erhielten. Im April 1949 zählten sie insgesamt 9000 Mitglieder, jeweils 4000 in Rheinland-Pfalz und in Baden und 1000 in Württemberg³⁶⁴. Die Gruppe der Naturfreunde profitierte davon, daß sie auf alte, erfahrene Kader zurückgreifen konnte.

Hauptziel der Naturfreunde war es, insbesondere in den Sommermonaten, durch Wanderungen, Exkursionen und Vorträge die Liebe der Menschen zur Natur zu wecken und zu vertiefen. In den Winterprogrammen waren Musik, Volkslied, Volkstanz, die Beteiligung an den Veranstaltungen der Jugendbildungswerke sowie Volkshochschulbesuche³⁶⁵ vorgesehen³⁶⁶. Sie nutzten also die von den Franzosen vorgesehenen außerschulischen Erziehungs- bzw. Umerziehungseinrichtungen. Wenn die Naturfreunde den Ruf hatten, sozialistisch orientiert zu sein, hallte dieses Image vermutlich noch aus der Zeit der Weimarer Republik nach. Dieser Ruf zog zumindest viele sozialistisch orientierte Jugendliche an. Das Programm der Naturfreunde, wie es sich aus den Akten erschließt, läßt allerdings nicht auf Veranstaltungen mit politischen Implikationen schließen. Vermutlich war es gerade das politisch neutrale Programm der Naturfreunde, die Beschäftigung in und mit der Natur, das die Franzosen beruhigte und dessen Veranstaltungen und Wanderangebote sie mit besonderem In-

³⁶¹ Activités du Bureau de la Culture Populaire, 15.10.1948, ohne Unterschrift, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

³⁶² Rapport mensuel pour le mois d'août 1946 und Documentation trimestrielle, situation au 1^{er} Novembre 1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁶³ Rapport mensuel du mois de janvier 1948, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁶⁴ Rapport trimestriel, situation au 1^{er} avril 1949, in: MAE/Colmar, AC 265/2.

³⁶⁵ Zu den Volkshochschulen vgl. Kap. III.4.

³⁶⁶ Zeitungsbericht über die Naturfreunde Baden, in: Das Volk, vom 4.1.1947, in: MAE/Colmar, AC 334/5.

teresse verfolgten³⁶⁷, zumal die Naturfreunde im Rahmen des internationalen Austausches eine wichtige Zielgruppe waren.

Auch die Naturfreunde, die schon aufgrund ihres Anliegens zu reisen und zu wandern ein Interesse daran haben mußten, sich mit den Gruppen der anderen Zonen auszutauschen und v. a. die in den anderen Zonen gelegenen Jugendherbergen zu nutzen, wünschten interzonale und überzonale Kontakte. Ein Zusammentreffen von Naturfreunden aus der britischen, amerikanischen und französischen Zone in der französischen Zone ist für August 1948 nachweisbar. Der Anlaß war eine gemeinsame Naturfreunde-Tagung in Lörrach³⁶⁸.

Die Gewerkschaftsjugend

Die Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechts war mit der Verordnung No 6 vom 10. September 1945 angekündigt worden³⁶⁹. Die Verfügung schrieb Organisationschema und Arbeitsweise der Gewerkschaften sowie das Genehmigungsverfahren vor. Die einzige Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die beruflichen Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen. Jugendliche durften erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres der Gewerkschaft beitreten³⁷⁰. Für die Ausübung von Verwaltungsfunktionen und die Wahl in den Vorstand mußten die Mitglieder mindestens 30 Jahre alt sein. Damit wollte man vermeiden, daß diejenigen, die bereits in jungen Jahren durch den Nationalsozialismus geprägt wurden, die Organisation mitleiteten³⁷¹. Stattdessen solle sich die gewerkschaftliche Jugend in einer eigenen Gruppe zusammenfinden. Hierfür unternahmen die Jugenddelegierten der französischen Besatzungsregierung einige Anstrengungen.

Die Gewerkschaftsjugend fand allerdings bei den Jugendlichen nicht das Interesse, das sich die französischen Jugendoffiziere gewünscht hätten. So berichtete Moreau im August 1946: "Sauf dans [le Palatinat] les Syndicats ne jouent à l'heure actuelle qu'un rôle très effacé vis-à-vis de la jeunesse, malgré les efforts faits par nos

³⁶⁷ Rapport du bureau de la Jeunesse vom 24.4.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁶⁸ Zeitungsbericht vom 19.8.1948 (ohne Angabe des Zeitungstitels), in: MAE/Colmar, AC 334/5.

³⁶⁹ Lattard, Gewerkschaften, S. 98.

³⁷⁰ Diese Bestimmung wurde erst Anfang 1947 wieder aufgehoben.

³⁷¹ Das Mindestalter für das passive Wahlrecht wurde im Juli 1946 auf 25 Jahre herabgesetzt. Vgl. Lattard, Gewerkschaften, S. 98.

délégués pour les intéresser à ce problème."³⁷² Auch die Zahlen vom Frühjahr 1948 waren alles andere als ermutigend: Weiterhin führend war Rheinland-Pfalz mit fünf lokalen Gruppen und insgesamt 2861 Mitgliedern; Baden hatte eine lokale Gruppe und 64 Mitglieder. In Württemberg war sie "en voie de constitution"³⁷³. Im Januar 1949 hatte sich die Gewerkschaftsjugend in Rheinland-Pfalz bereits aufgelöst. Ihre Mitglieder wurden in die Jugendabteilungen der Gewerkschaften integriert. In Baden und Württemberg zählte sie insgesamt nur 500 Mitglieder³⁷⁴. Die Absicht, mit der Bildung der Gewerkschaftsjugend einen Ausgleich zu den konfessionellen Gruppen schaffen zu können, ließ sich nicht verwirklichen. Die gerade gegründeten Gewerkschaften hatten offenbar nicht die Anziehungskraft auf die Jugendlichen, ganz im Gegensatz zu den Kirchen, denen es aufgrund ihrer gewachsenen Struktur und ihres Einflusses gelang, Jugendliche an sich zu binden.

Die Falken

Die Falken waren ein Vorläufer der Sozialistischen Jugend Deutschlands, die, da es sich um eine politische Jugendbewegung handelte, zunächst von den Alliierten verboten worden war. Um dennoch eine Jugendbewegung gründen zu können, die der SPD nahe stand, behauptete man, daß dieser parteiexterne Verband einen unpolitischen Charakter habe³⁷⁵. Insofern kann man die Falken weder als eine Jugendbewegung ohne politischen noch als eine mit überwiegend politischem Charakter bezeichnen.

Die Falken waren zunächst vor allem im Norden der Zone, in der Pfalz, vertreten. In Südwürttemberg hatte sich der Bund Junger Schwaben gebildet, dessen Mitglieder sozialistisch und kommunistisch orientiert waren, wobei die Sozialisten die Mehrzahl stellten und versuchten, eine Falkenbewegung auf den Weg zu bringen³⁷⁶. In Baden waren viele sozialistisch interessierte Jugendliche zunächst Mitglieder der Naturfreunde, die für sie eine Alternative darstellten. Eine Falkenbewegung wurde

³⁷² Rapport mensuel pour le mois d'août 1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁷³ Documentation trimestrielle, situation au 1^{er} avril 1948, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

³⁷⁴ Rapport trimestriel, situation au 1^{er} janvier 1949, in: MAE/Colmar, AC 265/2.

³⁷⁵ Krabbe, Parteijugend, S. 46.

³⁷⁶ Rapport pour la troisième trimestre 1946, August, September, Oktober 1946, 5.11.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

hier erst Anfang 1948 gegründet und genehmigt³⁷⁷. Das größte Interesse war in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen, wo Mitte 1948 8.000 der insgesamt 10.000 Mitglieder beheimatet waren. In Baden und in Württemberg zählte die Falkenbewegung zu diesem Zeitpunkt nur jeweils 1000 Mitglieder³⁷⁸. Diese Anzahl und ihre regionale Verteilung blieb auch 1949 konstant³⁷⁹.

Die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die insbesondere bei der Diskussion um die Gründung der SED in der sowjetischen Zone 1946 sichtbar wurden, finden sich auch auf jugendpolitischer Ebene wieder. Das Verhältnis der Falken zu der FDJ in der französischen Zone blieb solange freundschaftlich, bis sich ihr politischer Charakter offenbarte. Trotz ideologischer Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten schlug die FDJ den sozialistischen Falken Anfang 1947 vor, sich auf lokaler Ebene in der französischen Zone zu verschmelzen³⁸⁰. Dies wurde von den Falken jedoch abgelehnt. Im Frühjahr traten zudem viele sozialistisch orientierte Jugendliche, die bisher der FDJ angehört hatten, aus diesem Verband aus³⁸¹. Das gespannte Verhältnis zwischen den Falken und der FDJ wird in dem Abschnitt über die FDJ ausführlicher thematisiert.

Reibungspunkte mit den Franzosen und auch mit den anderen westlichen Besatzern ergaben sich bei dem Thema Jugendamnestie. Ebenso wie die FDJ hielten die Falken die deutsche Jugend nicht für schuldig. Sie wehrten sich daher gegen die Formulierung Jugendamnestie, die eine strafbare Handlung voraussetze. Man dürfe nur von einer "Schuldlossprechung" reden³⁸².

Vorstöße einer trizonalen Verschmelzung der Falken unternahm die Education Branch der britischen Militärregierung im Mai 1948. Diesem britischen Vorstoß erteilten die Franzosen jedoch im Juni 1948 eine Absage: "Il ne peut être question, tant que ce regime [l'occupation militaire de l' Allemagne] sera en vigueur, d'autoriser la constitution des Falken, ou de toute autre association, sur une base trizonale",

³⁷⁷ Vgl. Note de service von Deshayes vom 3.2.1948, in: MAE/Colmar, AC 351/2.

³⁷⁸ Rapport mensuel du moins de juin vom 21.7.1948, in: MAE/Colmar, AC 265/1.

³⁷⁹ Vgl. z.B. Rapport trimestriel, situation au 1^{er} avril 1949, in: MAE/Colmar, AC 265/2.

³⁸⁰ Rapport mensuel, Bureau de la Jeunesse, avril 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1.

³⁸¹ Vgl. Etude sur la jeunesse allemande de la zone française d'occupation, hg. v. Office Militaire de Sécurité, wahrscheinlich von 1949, MAE/Colmar, Série SGAAA, Caisse 2655, Dossier 14 A.

³⁸² So Erich Lindstadt, in einem Bericht über die Jahreskonferenz der Falken am 6. und 7.4.1947 in Bad Homburg, in: MAE/Colmar AC 351/2.

schrieb, der Vertreter der DEP in Berlin, Pierre Péchoux an die britische Education Branch³⁸³. Hier hielt sich die DEP an die Vorgaben aus dem Quai d'Orsay.

Die Junge Union

Während die Gründung der Gruppen mit einem gewissen politischen Charakter, wie die Falken und die Freie Demokratische Jugend, in der Verordnung No 25 vom Dezember 1945 eingeschlossen waren, galt dies nicht für die politischen Gruppen wie die Sozialistische Jugend und die Junge Union. Sie wurden als Teil der Parteien betrachtet. Die Parteien mußten die Genehmigungen von Versammlungen für ihre Jugend beantragen³⁸⁴. Eine separate Verordnung für diese Gruppen wurde daher, wie erwähnt, nicht erlassen. Im Frühjahr 1949 schließlich erhielt das Jugendbüro bzw. die DEP auch offiziell das Recht, die Aktivitäten in Zusammenarbeit mit den Directions Travail und Politique zu kontrollieren³⁸⁵. Den politischen Jugendgruppen, die allerdings nur wenige Mitglieder verzeichnen konnten, galt also ein besonderes Augenmerk. In der Praxis hatte das Jugendbüro die Entwicklung dieser Gruppen indes bereits stetig mitverfolgt, wie den monatlichen Berichten des Jugendbüros zu entnehmen ist.

Das Büro Jeunesse et Sports hatte schon 1946 angeregt, Mitglieder von Parteien und Organisationen zu gemeinsamer Arbeit anzuregen, d. h. z. B. gemeinsame Jugendinstitutionen zu bilden und kulturelle Bildung anzubieten. Die Parteien hätten davon Vorteile, denn die Jugend sei eher gegen rein politische Aktivitäten eingestellt³⁸⁶. Die Jugendabteilung hoffte damit, das Entstehen starker politischer Jugendgruppen zu verhindern. Man betrachtete es zumindest zu diesem Zeitpunkt in Baden-Baden als eine kurzfristige Politik, die Bildung von mouvements politiques nachhaltig zu unterstützen³⁸⁷. Einerseits wünschte man sich Jugendliche, die sich für demokratische Ideale einsetzten, andererseits mißtraute man den politischen Parteien und

³⁸³ Pierre Péchoux, Inspecteur général, chef du secrétariat de Berlin de l'Education Publique, am 18.6.1948 an die britische Education Branch, in: MAE/Colmar, 351/2.

³⁸⁴ Schreiben des Délégué du cercle de Neuwied an Hettier de Boislambert vom 28.11.1947, in: MAE/Colmar, AC 351/2.

³⁸⁵ Diese Information stammt aus einem vertraulichen Vermerk des badischen Délégué Supérieur Jacques Deshayes vom 5.3.1949, Vermerk in: MAE/Colmar, AC 350/2.

³⁸⁶ Vgl. auch Vermerk Schmittleins an den Délégués Supérieur de la province de Bade vom 5.12.1946, in: MAE/Colmar, Bade c. 2162/p3/d. 6.

fürchtete hier eine Vereinnahmung der Jugendlichen. Die Anregung der Jugendabteilung hätten die Parteien auf französisches Betreiben hin in Baden und Württemberg bereits aufgenommen, konstatierte Moreau im Frühjahr 1946³⁸⁸. Die CDU hat diesen Gedanken indes nicht aufgegriffen, denn ihre Parteijugend wurde von Beginn an institutionell in die Partei integriert. Dies ist zumindest exemplarisch nachweisbar. Der CDU-Landesverband Südbaden in der französischen Zone bildete sich unter Einschluß einer Jugendabteilung, die in der Parteisatzung vom April 1946 als Beirat Jugend aufgeführt worden war. Die gleichzeitige Gründung von Partei und Parteijugend ist für den Kreisverband Konstanz bestätigt³⁸⁹. Das anfängliche Verbot politischer Jugendverbände durch die Militärregierung ließ sich also durch institutionelle Auswege umgehen. Zur Keimzelle der Jungen Union wurde in der Regel ein Ausschuß oder eine Arbeitsgemeinschaft der Mutterpartei auf allen ihren Ebenen³⁹⁰. Das führte dazu, daß die französischen Besatzungspolitiker zwar von der Jungen Union hörten, aber von der Existenz der Jugendbewegung nichts wußten, geschweige denn eine Genehmigung erteilt hatten³⁹¹. Die Junge Union konnte in der französischen Zone bis 1949 insgesamt nur wenige Mitglieder verzeichnen, so zumindest weisen es die französischen Quellen aus. Bis Mitte 1949 zählte sie 1500 Mitglieder, 300 davon in Baden, 200 in Württemberg und 1000 in Rheinland-Pfalz³⁹².

Es bestätigt sich, daß die Mitgliederstärke der politischen Gruppen im Verhältnis zu der Mitgliederstärke der konfessionellen Jugendbewegungen gering blieb. Dies hing bei der Jungen Union damit zusammen, daß sich ihre Klientel mit der der konfessionellen Gruppen überschneidet. In Konflikt geriet sie mit ihrer Partei, der CDU, weil

³⁸⁷ Bemerkung Moreaus in: Rapport du Bureau de la Jeunesse, 24.4.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1.

³⁸⁸ Ibid.

³⁸⁹ Krabbe, Parteijugend, S. 33.

³⁹⁰ Ibid., S. 34.

³⁹¹ Vgl. etwa den Brief Laffons an Hettier de Boislambert, Ländergouverneur für Rheinland-Pfalz vom 28.5.1947, in dem er sich darüber beklagt, eine Genehmigung der Jungen Union in Rheinland-Pfalz sei weder bei der GM beantragt noch erteilt worden. In: MAE/Colmar, AC 351/2. Allerdings hat es zwischen Hettier de Boislambert und dem GM in Baden-Baden häufiger Differenzen gegeben, so daß es sich hierbei möglicherweise auch um ein bewußtes Verschweigen von Hettier de Boislambert gehandelt haben könnte. Zum Verhältnis Hettier de Boislambert und dem GM in Baden-Baden vgl. Marquant, La politique culturelle, S. 134.

³⁹² Rapport trimestriel du bureau de la culture populaire vom 21.7.1949, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

sie sich für ein föderalistisches und antimilitaristisches Deutschland einsetzte³⁹³. Sie schrieb Europa eine Rolle als dritte Kraft zu: "La JU défendait une conception chrétienne de la personne et de la société, et souhaitait œuvrer pour la consolidation de l'Occident chrétien, qui serait la troisième force entre l'Est et l'Ouest."³⁹⁴ Wie alle politischen, nicht kommunistischen Gruppen litt auch die JU an einem Mangel an Führungskräften und an fehlender finanzieller Unterstützung seitens der Mutterpartei³⁹⁵. Die FDJ hingegen konnte diesbezüglich nicht klagen, denn sie profitierte personell und finanziell von der insbesondere seit 1947 intensivierten Westarbeit der ostdeutschen FDJ³⁹⁶. Die Abteilung Jeunesse et Sports verfolgte die Entwicklung der Jungen Union, Einwirkungsversuche sind indes nicht nachzuweisen.

Die Freie Demokratische Jugend (FDJ)

Auch die FDJ hatte seit Anfang 1946 die Möglichkeit, ihre Zulassung beim zuständigen Ländergouverneur zu beantragen³⁹⁷. Im Unterschied zur britischen, amerikanischen und sowjetischen Zone³⁹⁸ durfte sie in der französischen Zone allerdings "deutsch" nicht im Titel tragen³⁹⁹ und nannte sich daher Freie Jugend bzw. Freie Demokratische Jugend. Dies ist bezeichnend und verweist auf eine wichtige Komponente französischer Besatzungspolitik: Das französische Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland und der Wunsch nach Dezentralisierung des Landes wurden auch in der Jugendpolitik deutlich. Diese fand bekanntlich auch ihren Ausdruck darin, daß der

³⁹³ Mombert, Jeunesse et livre, S. 67 f.

³⁹⁴ Ibid.

³⁹⁵ Ibid.

³⁹⁶ Zur Westarbeit der FDJ vgl. Michael Herms, Gert Noack, Die Westarbeit der Freien Deutschen Jugend 1945/46-1953, in: Deutschland Archiv, Jg. 28 (1995), S. 1152-1161.

³⁹⁷ Zur Entwicklung der FDJ in der französischen Zone vgl. auch: Jacqueline Plum, Die FDJ und ihr Verhältnis zu Frankreich (1945-1951), in: Revue d'Allemagne, 32 (2000), S. 91-101, insbesondere S. 95 ff.

³⁹⁸ Klaus-Peter Lorenz, Der Beitrag der politischen Jugendbildung zur Überwindung antidemokratischer Traditionen in den Nachkriegsjahren. Eine Untersuchung der außerschulischen Jugendarbeit in Ländern der britischen Zone mit dem Schwerpunkt Jugendhof Vlotho und ihrer Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus für den Zeitraum 1945-1949, Baunatal 1987, S. 177 und Füssl, Die Umerziehung der Deutschen, S. 385. Michael Herms weist allerdings daraufhin, daß es auch andere Bezeichnungen gegeben habe, z.B. Freie Deutsche Jugendbewegung. Ders., Zur Stalinisierung der West-FDJ 1949 bis 1952, in: Helga Gotschlich (Hg.), "Links und links und Schritt gehalten ..." Die FDJ: Konzepte - Abläufe - Grenzen, Berlin 1994, S. 97.

überzonale Austausch sowie Zusammenschlüsse von Jugendgruppen zunächst verboten waren.

Die ersten Gruppen der FDJ in der französischen Zone sind ab Mai 1946 nachweisbar⁴⁰⁰. Die Genehmigung für das Land Baden erfolgte am 9. August 1946⁴⁰¹. Der auf der Gründungsversammlung vom 25. Mai 1946 festgelegte Name Freie Deutsche Jugend war auf Anweisung Deshayes in Freie Jugend geändert worden⁴⁰². Ein Vertreter der französischen Militärregierung in Freiburg kritisierte den Inhalt und den Tonfall des Protokolls der Gründungsversammlung, das die nunmehr Freie Jugend bei der Militärregierung eingereicht hatte: "Un pareil ton semble répondre davantage à un mot d'ordre politique qu'au souci d'aider la jeunesse à surmonter sa crise morale."⁴⁰³ Als Hauptziel werde die "resurrection de la grande Allemagne" hervorgehoben. Dies schloß er wohl aus der Forderung der FDJ, die Einheit Deutschlands erhalten zu wollen. Ein erzieherisches, ethisches Moment zur Persönlichkeitsentwicklung sei nicht zu erkennen. Es blieben nur Forderungen gegen andere⁴⁰⁴. Allerdings äußerte Moreau in seinem späteren Bericht, daß sich die Leiter der Freien Jugend in Baden im Gegensatz zu der Freien Jugend im Norden der Zone um einen apolitischen Charakter bemühten. Er berichtete über einige "initiatives heureuses", wie z. B. über die Einrichtung eines Dauerlagercamps für Kinder in Baden⁴⁰⁵.

Von Anfang an hatte die FDJ allerdings Probleme, Mitglieder zu finden. Die Resonanz bei der westdeutschen Jugend blieb gering, obwohl auch Jugendführer aus der konfessionellen Jugendbewegung an den Gründungen beteiligt waren und die zukünftige Form der kommunistischen Jugendarbeit nach Ansicht Klönnes durchaus

³⁹⁹ André François-Poncet verwendete diese Bezeichnung noch im Jahr 1950, vgl. sein Schreiben an Robert Schuman vom 15.2.1950, in: MAE/Paris, Europe 1944-1960, Allemagne, Nr. 749.

⁴⁰⁰ Bureau de la Jeunesse, Rapport mensuel pour le mois de mai 1946, in: MAE/Colmar, AC 265 1a. Die ersten FDJ-Gruppen in den Westzonen hatten sich vor allem in der britischen Zone gebildet. Neben Hamburg, das als Brückenkopf für Kontakte zur FDJ in der SBZ und dem FDJ-Zentralrat diente, bildete das Rhein-Ruhr-Gebiet ein Zentrum der frühen FDJ.

⁴⁰¹ Genehmigung durch den Délégué Supérieur pour le GM de Bade vom 9.8.1946 in: MAE/Colmar, Bade 4130.

⁴⁰² Note Deshayes an den Délégué Supérieur pour le G.M. de Bade vom 7.8.1946, in: MAE/Colmar, Bade 4130.

⁴⁰³ Vermerk Colonel Monteux an Deshayes vom 13.7.1946, in: MAE/Colmar, Bade 4130.

⁴⁰⁴ Ibid.

⁴⁰⁵ Rapport pour la troisième trimestre 1946, August, September, Oktober 1946, 5.11.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

noch offen war⁴⁰⁶. Dies äußerte sich darin, daß sie nicht nur um kommunistische und sozialistische Mitglieder, sondern auch um ehemalige HJ-Mitglieder warb. Die weitere intensive Werbung bis November 1946 hatte nur mäßigen Erfolg.

Einen Rückschlag bedeutete der Ende November 1946 offen zu Tage tretende Konflikt zwischen sozialistischen und kommunistischen Mitgliedern innerhalb der Freien Demokratischen Jugend. Die sozialistischen Mitglieder forderten mehr politische Neutralität, die kommunistischen beschimpften die Sozialisten als Antidemokraten. Trotz dieser internen Querelen schlug die FDJ in der französischen Zone Anfang 1947, wie bereits angedeutet, vor, sich auf lokaler Ebene mit den sozialistischen Falken zu verschmelzen⁴⁰⁷. Vermutlich war damit die Absicht verbunden, insgesamt mehr Mitglieder zu bekommen und einflußreicher zu werden. Es stellt sich die Frage, ob die kommunistische Partei bzw. die SED hierzu den Antrieb gab, zumal die Verschmelzung von KPD und SPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone im April 1946 bereits stattgefunden hatte. Dies ist wahrscheinlich, läßt sich jedoch nicht belegen. Der Vorschlag der Verschmelzung wurde indes von den Falken nicht angenommen. Die Verschärfung der ideologischen Gegensätze, die auf gesamtdeutscher und internationaler Ebene immer stärker sichtbar wurden und die u. a. ihren Ausdruck in der klaren Absage der westdeutschen SPD unter Kurt Schumacher an die SED fand⁴⁰⁸, schlug sich auch in der Haltung der politischen Nachwuchsverbände in der französischen Zone nieder. So stellte Moreau im April 1947 fest, die Beziehungen zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Jugend hätten sich seit Frühjahr 1947 merklich verschlechtert⁴⁰⁹. Sozialistische Mitglieder traten aus der FDJ aus, was zur Folge hatte, daß sie sich auf lokaler Ebene teilweise auflöste, so z. B. in Grünstadt, wo sie 1947 noch 70 Mitglieder zählte und im März 1948 der Anzahl nach so gut wie nicht mehr existierte. Aber auch die Landesverbände bekamen den Mitgliederrückgang zu spüren, der auf die wachsende antikommunistische Haltung unter den Jugendlichen zurückzuführen ist. In Rheinland-Pfalz sank die Zahl von 4000 im

⁴⁰⁶ Arno Klönne, "Jugendeinheit - Deutsche Einheit". Die Bemühungen um eine gesamtdeutsche Jugendvertretung 1946-1948, in: Deutschland Archiv, 21 (1988), S. 629.

⁴⁰⁷ Rapport mensuel, Bureau de la Jeunesse, avril 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1.

⁴⁰⁸ Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 3. überarb. u. erw. A., München 1995, S. 127 und Peter Meerseburger, Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S. 317.

⁴⁰⁹ Rapport mensuel, Bureau de la Jeunesse, avril 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1.

November 1948 auf 1000 im Jahr 1949 und in Südbaden von 1300 auf 800 Mitglieder⁴¹⁰.

Die hier zugrunde gelegte und vom Gouvernement Militaire erstellte Studie über die Jugend in der französischen Besatzungszone beschäftigt sich nicht nur mit der quantitativen Entwicklung der FDJ, sondern beschreibt und analysiert ebenso ihre inhaltliche Ausrichtung und Entwicklung. Thematisiert wird insbesondere der Gegensatz zwischen den proklamierten Prinzipien des Jugendverbandes und den tatsächlichen Gegebenheiten: "La Freie Demokratische Jugend (FDJ) ... a ... été présentée comme une formation à base largement démocratique où des questions de doctrine doivent faire place à une éducation mieux adaptée aux désirs de la jeunesse." Das offizielle Programm mit seinen kulturellen Angeboten z.B. entspreche durchaus diesen Zielen. In der Praxis sehe es jedoch anders aus: " La FDJ a su ajouter l'affirmation d'un nationalisme décidé, bien fait pour plaire aux jeunes." Sie behauptete, "l'Allemagne est indivisible [et] les consignes fédéralistes émanent de l'occupant. La jeunesse n'est responsable ni des crimes nazis, ni de son enrôlement dans le HJ."⁴¹¹

Die Franzosen konnten über derartige Parolen keineswegs begeistert sein und waren über die politische Instrumentalisierung der FDJ durch die SED beunruhigt. Die FDJ war als neutrale Jugendorganisation zugelassen worden. Politische Arbeit sollte, so sahen es die französischen Besatzer vor, von der Jugend nicht geleistet werden. Die Forderungen nach einem Gesamtdeutschland lief den dezentralistischen Ideen Frankreichs zuwider und eine Unschuldsbehauptung und Freisprechung war aus französischer Sicht nicht haltbar. Sobald der Konflikt zwischen Ost und West offensichtlich geworden sei, so führte der Bericht fort, habe die FDJ ihre Propaganda für ein ungeteiltes Deutschland verdoppelt⁴¹².

Diese politischen Vereinnahmungsversuche veranlaßten den Commandant en Chef Français en Allemagne im Oktober 1948, die FDJ in Rheinland-Pfalz zu rügen.

⁴¹⁰ Zahlen aus: Etude sur la jeunesse allemande de la zone française d'occupation, hg. v. Office Militaire de Sécurité, wahrscheinlich von 1949, MAE/Colmar, Série SGAAA, Caisse 2655, Dossier 14 A, S. 27. Für Juli 1949 liegen aus anderer Quelle folgende Mitgliederzahlen vor: insgesamt 4000 Mitglieder, davon 1500 in Baden, 500 in Württemberg und 2000 in Rheinland-Pfalz, aus: Rapport trimestriel du bureau de la culture populaire vom 21.7.1949, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁴¹¹ Etude sur la jeunesse allemande, S. 26.

⁴¹² Ibid.

Die regionalen Jugendringe distanzieren sich daraufhin von dem kommunistischen Jugendverband⁴¹³. Bedenkt man die niedrigen Mitgliederzahlen in der französischen Zone - 1949 insgesamt nur noch 4000 -, mögen die Eingriffe der Besatzungsmacht verwundern. Doch die niedrigen Mitgliederzahlen bedrohten keinesfalls die Existenz des Verbandes. Mit einem gewissen Erstaunen bemerkte der Berichterstatter: "Et pourtant ... ce mouvement qui semble toujours sur le point de s'écrouler soutient un effort inlassable que ne décourage aucun insuccès."⁴¹⁴ Nicht nur die hohe materielle Unterstützung aus der sowjetischen Zone mit Direktiven, Broschüren, Propaganda-material u. ä. sicherte den Fortbestand der FDJ im Westen, sondern auch die Bereitstellung von ideologisch geschultem Führungspersonal für die Westzonen⁴¹⁵. Hier hatte sie gegenüber den anderen politischen (nicht kommunistischen) Jugendbewegungen, wie etwa den Jungsozialisten, den Falken und der Jungen Union, einen großen Vorsprung. Der Mangel an geeignetem Führungspersonal und an ausreichender finanzieller Unterstützung schränkte den Aktionsradius dieser Gruppen häufig ein⁴¹⁶.

Die Enttäuschung bei der FDJ über das geringe Interesse an ihrem Verband in den Westzonen war indes groß⁴¹⁷. Unter den Bedingungen einer pluralistischen Jugendverbandslandschaft war die Durchsetzung einer kommunistisch ausgerichteten Einheitsjugend in einem vom Ost-West-Gegensatz geprägten politischen Klima nicht einfach. Wenn auch nicht behauptet werden kann, daß die französischen Jugendoffiziere, die die Entwicklung und Aktivitäten der kommunistischen Jugend in ihrer Zone sehr genau verfolgten, die Arbeit der FDJ behinderten, so gibt es andererseits auch keine Hinweise darauf, daß sie sie gefördert hätten.

Verstärktes öffentliches Interesse erzielte die FDJ durch ihre publizistische Kampagne für gesamtdeutsche Aktivitäten im Mai 1947 mit der Veröffentlichung des Briefwechsels Deutsche Katholische Jugend - Freie Deutsche Jugend in ihrer Zeit-

⁴¹³ Ibid.

⁴¹⁴ Ibid., S. 27.

⁴¹⁵ Vgl. Monique Mombert, *Jeunesse et livre*, S. 67.

⁴¹⁶ Ibid., S. 67.

⁴¹⁷ Vgl. Herms, *Die Westarbeit der Freien Deutschen Jugend*, S. 1152 ff. Zur Westarbeit der FDJ vgl. auch den Dokumentenband: *Westarbeit der FDJ. 1946-1989*, bearb. v. Michael Herms u. Karla Popp, hg. v. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Bd. 6, Berlin 1997. Es handelt sich um eine Zusammenstellung aus den Beständen der SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR).

schrift Junge Welt⁴¹⁸. Die Forderung nach einem gesamtdeutschen Jugendring blieb mehrere Monate auf der politischen Tagesordnung, eine Forderung, die insbesondere die Franzosen aus Furcht vor einem möglichen Wiedererstarken Deutschlands kategorisch ablehnten. So antwortete Raymond Schmittlein auf ein Schreiben Moreaus vom 20. Januar 1949 auf die Forderung, Frankreich könne nicht weiter überzonale Zusammenschlüsse verhindern und die Bezeichnung deutsch verbieten: "C'est un ordre de ministre des Affaires Etrangères, il n'y à que se conformer."⁴¹⁹

Der Wunsch westdeutscher Jugendverbände und der FDJ in allen Zonen, die deutsche Einheit zu bewahren, wurde nach dem Briefwechsel auf der bereits angesprochenen interzonalen Jugendkonferenz im November 1947 im Haus Altenberg thematisiert. Im Vorfeld der Londoner Außenministerkonferenz, die über die künftige deutschlandpolitische Haltung der Besatzungsmächte entscheiden sollte, trafen sich auf Einladung der katholischen Jugend Vertreter verschiedener westzonaler Jugendverbände mit Vertretern der FDJ aus der sowjetischen Besatzungszone, um Position zu beziehen. Sie strebten die Gründung eines deutschen Jugendringes an. Anwesend bei den Gesprächen waren der Vorsitzende des Bundes der Katholischen Jugend, Josef Rommerskirchen, Heinz Westphal von der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) - Die Falken und der erste Sekretär der FDJ und Leiter der FDJ-Delegation, Erich Honecker. Dieser legte zwei vorbereitete Dokumente vor: den Satzungsentwurf für einen gesamtdeutschen Jugendring und den Entwurf einer gemeinsamen Resolution der deutschen Jugendverbände an die Londoner Außenministerkonferenz⁴²⁰. Honeckers Satzungsentwurf für einen Deutschen Jugendring wurde jedoch ebenso wie sein Entwurf für eine Erklärung der deutschen Jugendverbände an die Londoner Außenministerkonferenz nicht von den anwesenden Jugendvertretern verabschiedet. Vor allem die Vertreter der sozialistischen Falken und der Katholischen Jugend waren nicht willens, gemeinsam mit der FDJ eine Deklaration zu unterschreiben, solange in der SBZ die freie Betätigung aller Jugendverbände untersagt war⁴²¹.

⁴¹⁸ Vgl. Werner Sauerhöfer, Deutscher Bundesjugendring (Hg.), Kein Alter zum Ausruhen. 40 Jahre Deutscher Bundesjugendring, Düsseldorf 1989, S. 152 f.

⁴¹⁹ Handschriftliche Bemerkung Schmittleins auf einem Schreiben Moreaus vom 20.1.1949, in: MAE/Colmar, AC 350 d. 1.

⁴²⁰ Vgl. Sauerhöfer, Die Jugendverbandkontakte, S. 152 f.

⁴²¹ Vgl. Klönne, "Jugendeinheit", S. 630. Vgl. dazu auch: Arno Klönne, Jugendverbände und gesellschaftspolitische Entwicklung, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.), Kein Alter zum Ausruhen, S. 7-25. Zur Einschätzung von Zeitzeugen wie Erich Honecker, Josef Rommerskir-

Nach den Altenberger Gesprächen im November 1947, deren Scheitern die westdeutschen Verbände der ostdeutschen FDJ zur Last legten, war die Bildung eines gesamtdeutschen Jugendringes in weite Ferne gerückt⁴²². Das Verhalten der ostdeutschen FDJ bei den Gesprächen hatte die Attraktivität des kommunistischen Jugendverbandes in Westdeutschland nicht gerade erhöht. Danach begann eine schrittweise Instrumentalisierung und Zentralisierung der West-FDJ durch die Freie Deutsche Jugend in der sowjetischen Besatzungszone. Die West-FDJ sollte zu einem schlagkräftigen Verband geformt werden, dessen Aufgabe die politische Destabilisierung der Westzonen und der späteren Bundesrepublik Deutschland war⁴²³. Dies gelang nicht. Die Gründung des Deutschen Bundesjugendringes am 3. Oktober 1949 in Altenberg erfolgte ohne die FDJ, da sich die westdeutschen Vertreter der FDJ auf der Gründungsversammlung geweigert hatten, das Grundgesetz anzuerkennen. Mit der Gründung des Deutschen Bundesjugendringes unter Ausschluß der FDJ fand die Spaltung der Jugend in Ost und West ihren formalen Ausdruck. Eine Gründung eines zentralen Gremiums der westdeutschen Jugendverbände konnten nun auch die Franzosen nicht mehr verhindern.

Der Scoutisme

Die Pfadfindergruppen blieben zunächst einmal verboten und wurden von den Franzosen mit Vorsicht betrachtet. Die Furcht, die Pfadfinder könnten in Deutschland HJ-ähnliche Praktiken wiederbeleben, war groß. Dennoch setzte sich das Bureau de la Jeunesse bereits Ende 1945 mit der Frage auseinander, in welcher Form es gelingen könnte, den Scoutisme in Deutschland wieder zu begründen. Der Weg zur Genehmigung führte über den Scoutisme Français, der als Vorbild dienen und die jungen Deutschen anleiten sollte. So wurden vor der Zulassung deutscher Pfadfindergruppen in der französischen Zone zahlreiche Informationsveranstaltungen und Ausbildungscamps für angehende deutsche Pfadfinder, insbesondere für Gruppenleiter (chefscouts), durchgeführt. Das erste Ausbildungscamp in der Zone fand im Oktober 1947

chen und Heinz Westphal vgl. Deutscher Bundesjugendring (Hg.), Kein Alter zum Ausruhen, S. 25- 44.

⁴²² Vgl. Klönne, "Jugendeinheit", S. 630.

⁴²³ Herms, Die Westarbeit, S. 1154 f.

statt⁴²⁴. Mit diesen Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem Conseil du Scoutisme Français organisiert wurden, hoffte man, auf die jungen Deutschen Einfluß ausüben zu können, und war hier optimistisch, wie die ersten Berichte zeigten: "Très rapidement, l'attitude de reserve manifestée par les jeunes hommes doués ... s'est transformée en une grande confiance qui peut être l'origine d'une influence décisive du Scoutisme français sur l'orientation du Scoutisme allemand dans la Zone Française d'Occupation et au-delà."

Die Wiederbelebung der deutschen Pfadfinderbewegung ging mit einem Interessensstreit zwischen Franzosen und Briten einher. Die Briten verfochten das Konzept Baden-Powells, der eine einheitliche Pfadfinderbewegung wollte, während die Franzosen, die die deutsche Jugend pluralistisch orientieren wollten, eine Organisation nach dem Vorbild der französischen Pfadfinderbewegung vorzogen, die in verschiedenen Gruppen organisiert waren. Während des ersten Camps im Oktober 1947 entschieden die deutschen Teilnehmer, ganz im Interesse der Franzosen, für die deutsche Pfadfinderschaft französische Strukturen zum Vorbild zu nehmen. So entsprachen die St. Georg-Pfadfinder dem scoutisme catholique in Frankreich, die Evangelischen Pfadfinder dem scoutisme protestant und die Freien Pfadfinder dem scoutisme neutre⁴²⁵. Zahlreiche Gründungen erfolgten dann 1948 und 1949. Im Juni 1949 verzeichnete der französische Bericht für das erste Quartal 1949 insgesamt 1700 lokale Gruppen, 500 davon in Baden, 200 in Württemberg und 1000 in Rheinland-Pfalz⁴²⁶.

Die Entwicklung der Pfadfindergruppen nahm in den Augen der Franzosen insgesamt eine zufriedenstellende Entwicklung, wenn auch nationalistische Töne einzelner Gruppenleiter hin und wieder zu Sorge Anlaß gaben⁴²⁷. An der Entwicklung hatte insbesondere der auf Initiative Moreaus als Vorbild herangezogene französische Scoutisme seinen Anteil.

⁴²⁴ Zu den verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen vgl: Rapport sur l'état du scoutisme allemande en ZFO, vom 21.1.1949, in: MAE/Colmar AC 348/1.

⁴²⁵ Ibid.

⁴²⁶ Rapport trimestriel du bureau de la culture populaire vom 21.7.1949, in: AC 265/1a.

⁴²⁷ Moreau thematisierte dies auf einer trizonalen Konferenz der Jugendoffiziere am 5. u. 6.8.1949, vgl. Schreiben vom 15.8.1949 des britischen Jugendoffiziers Andrews an den Leiter des internationalen Pfadfinderbüros in London, der nach der Konferenz um Informationen gebeten wurde. Dokument in: MAE/Colmar, AC 348/1.

Die französischen Hoffnungen indes auf eine Balance zwischen den verschiedenen Strömungen der Jugendgruppen insgesamt, insbesondere zwischen den konfessionellen und weltlichen, erfüllten sich bis zum Spätsommer 1949 nicht. Die Schere zwischen beiden klaffte immer mehr auseinander. Die katholischen Gruppen konnten weiterhin den größten Zuwachs verzeichnen. Die zunächst umfassende Kontrollmöglichkeit der Franzosen gegenüber den deutschen Jugendorganisationen unterlag zunehmend Einschränkungen und wurde 1948 schließlich weitestgehend reduziert. Mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatutes 1949 verloren die Französischen Besatzer den direkten Einfluß auf die Jugendbewegungen. Eine Schwerpunktverlagerung der Arbeit war notwendig, wollte man sich einen gewissen Einfluß bewahren. Hier würden dann vor allem die internationalen Begegnungen eine Rolle spielen. Konnte eine Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren insbesondere der britischen und amerikanischen Zone Frankreichs Interessen unterstützen? Welche Ansatzpunkte gab es hier und wie entwickelte sich die Zusammenarbeit der Jugendoffiziere im beginnenden Kalten Krieg?

3.2. Die Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der alliierten Zonen und die Gründung des deutschen Bundesjugendringes

Im Herbst 1945 war Moreaus Vorgesetzter Henri Moinard mit Vertretern der britischen und amerikanischen Zone zusammengetroffen, um sich über deren jugendpolitische Maßnahmen zu informieren. Die Franzosen seien zwar gegenüber den Briten und Amerikanern materiell und auch institutionell im Hintertreffen, doch hinsichtlich des Problembewußtseins überlegen. Dieses basiere vor allem auf den tieferen Einsichten in die Bedeutung der Hitlerjugend im Dritten Reich und die Rolle der "mouvements de jeunesse" in der Résistance, berichtete Moinard im Oktober 1945 Laffon⁴²⁸. Die OMGUS-Offiziere hielt er in der Sache für schlecht informiert und orientierungslos. Nach seiner Einschätzung handelten sie nach einem "oberflächlichen Empirismus" und fühlten sich als aufgeklärte Demokraten den Deutschen überlegen. Weitgehend einig wußte er sich allerdings mit den englischen Vertretern darüber,

⁴²⁸ Bericht Moinards an Laffon vom 31.10.1945, in: MAE/Colmar, AC 241/1.

daß die deutsche Jugend strikt überwacht werden müsse⁴²⁹. Die Unterredungen Moinards mit seinen Kollegen hatten ihn darin bestärkt, daß Behandlung und Kontrolle der deutschen Nachwuchsorganisationen, wie sie in Laffons Richtlinien vorgesehen waren, angemessen waren. Der einzige Kontakt der Jugendoffiziere auf Viermächteebene fand nach Aussagen Moreaus im Winter 1946 in Württemberg statt. Dieses Treffen sei ohne Folgen gewesen, habe aber zu einem "freundschaftlichen Verhältnis" zwischen den drei westlichen Behörden untereinander geführt⁴³⁰. Es bleibt festzuhalten, daß Frankreich seine jugendpolitischen Maßnahmen alleine und ohne Rückbindung an die anderen Alliierten konzipierte.

Einen interalliierten Vorstoß unternahm der französische Vertreter im Comité Allié de l'Education Publique des Alliierten Kontrollrats Péchoux in einer Sitzung vom Dezember 1946.⁴³¹ Er schlug die Organisation internationaler Begegnungen auf alliierter Ebene vor⁴³². Er begründete dies damit, daß die demokratische Jugend der alliierten Länder Einfluß auf die Umerziehung der deutschen Jugend nehmen sollte. Mit Ablehnung und der Forderung, das französische Anliegen von der Tagesordnung zu nehmen, reagierte der sowjetische Vertreter, der die Meinung vertrat, diese Umerziehung werde schon durch die Fédération Mondiale de la Jeunesse Démocratique (FMJD) wahrgenommen. Die FMJD war bereits 1945 gegründet worden und von Beginn an von kommunistischen Jugendverbänden dominiert⁴³³. Der britische und der amerikanische Vertreter hingegen begrüßten den französischen Vorschlag, empfahlen aber, diese Zusammenarbeit bei den Vereinten Nationen anzusiedeln. Frankreich hätte eine alliierte Zusammenarbeit bevorzugt, weil die Alliierten mit dieser Zusammenarbeit der französischen Bevölkerung auch signalisiert hätten, daß sie die bisherige französische Erziehungspolitik in Deutschland schätzen: "Le Délégué français ... déclare qu'une décision quadripartite en cette matière faciliterait la tâche des Autori-

⁴²⁹ Ibid. Vgl. auch Zauner, Erziehung, S. 167.

⁴³⁰ Jean Charles Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung in der französischen Besatzungszone, in: Vaillant, Französische Kulturpolitik, S. 31.

⁴³¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Comité Allié de l'Education Publique vom 18.12.1946, in: MAE/Colmar, GFCC Berlin C 110 p 1. Dieses Comité tagte seit August 1945.

⁴³² Vgl. ibid. Diese Information ist nur dem Protokoll zu entnehmen. Der französische Antrag DIAC/AEC/P(46)30 liegt nicht bei.

⁴³³ Vgl. Joel Kotek, Paix et guerre parmi les jeunes et les étudiants. Les organisations internationales de jeunesse et d'étudiants dans la guerre froide (1935-1967). Contribution à l'étude de la guerre froide. Thèse présentée en vue du Doctorat de l'IEP (Institut d'Etudes Politiques) de Paris sous la direction de Pierre Hassner, Paris 1992 (unveröffentlicht), S. 501.

tés Français et encouragerait l'opinion publique français à accepter les propositions précises faites par les Autorités Français d'Education ayant pour but de multiplier les relations entre la jeunesse allemande et la jeunesse alliée."⁴³⁴

Seit Herbst 1948 setzte sich Moreau zunehmend für einen Informationsaustausch mit den Vertretern der amerikanischen und insbesondere mit der britischen Zone ein⁴³⁵. In der britischen Zone galt sein Interesse vor allem dem Jugendhof Vlotho, einem Begegnungszentrum für Führungskader von Jugendgruppen und einem Ort der Umerziehung für ehemalige Verantwortliche der HJ⁴³⁶. Der britisch-französische Austausch interessierte ihn, denn die Briten maßen "psychologischen Unwägbarkeiten" seiner Ansicht nach mehr Bedeutung bei als die Amerikaner, deren Vorgehen eher praktischer Natur gewesen sei⁴³⁷. So fanden auch in den Folgejahren einige wichtige deutsch-französische Begegnungen auf dem Boden der britischen Besatzungszone statt⁴³⁸. Der von Klaus von Bismarck⁴³⁹ mit britischer Unterstützung geschaffene Jugendhof Vlotho hatte in den Augen Moreaus einen unbestrittenen Einfluß auf die Heranbildung von Jugendkadern. Zudem war er für ihn ein wichtiger Ort für internationale Verständigung⁴⁴⁰.

Einem Angebot der Briten folgend⁴⁴¹, veranstaltete das Bureau Jeunesse et Sports im Frühjahr 1949 eine Begegnung zwischen Leitern französischer und deutscher Jugendbewegungen. Das Treffen versammelte etwa 40 Führungskräfte deutscher und französischer Jugend- und Kulturorganisationen zu einem einwöchigen Er-

⁴³⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung vom 18.12.1946, in: MAE/Colmar, GFCC Berlin C 110 p 1. Nachdem keine Konkretisierungen erfolgt waren, wurde für Juni 1947 die Bildung einer Arbeitsgruppe geplant (Protokoll der Sitzung vom 23.5.1947, in: *ibid.*). In den weiteren Sitzungen des Comité wurde das Thema nicht mehr aufgegriffen.

⁴³⁵ Vgl. Documentation trimestrielle, situation au 1^{er} octobre 1948, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁴³⁶ Vgl. dazu Lorenz, Der Beitrag der politischen Jugendbildung. Vgl. auch Klaus von Bismarck, Rückblick auf die bisherige Arbeit des Jugendhofes und Gedanken für die Zukunft, in: Vlotho-Rundbrief Nr. 1, Juni 1948.

⁴³⁷ Moreaus Protokoll der Sitzung des Comité Allié de l'Education Publique vom 18.12.1946, in: MAE/Colmar, GFCC Berlin C 110 p 1.

⁴³⁸ Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung, S. 32.

⁴³⁹ Klaus von Bismarck stand v. a. der evangelischen Jugendarbeit nahe. Sein Verdienst war es, auch Persönlichkeiten der katholischen Jugendbildung aus Altenberg wie z. B. Josef Rommerskirchen und Hans Mertens zur aktiven Mitarbeit in Vlotho zu gewinnen. Vgl. Lorenz, Der Beitrag der politischen Jugendbildung, S. 75. Zu Bismarcks Vita vgl. *ibid.*, S. 61 ff.

⁴⁴⁰ Aussage Moreaus auf der Kuratoriumssitzung des Jugendhofes am 2.12.1948, zu der er von Klaus von Bismarck und vom britischen Jugendoffizier Nigel Spicer eingeladen worden war, in: MAE/Colmar, AC 349/4.

fahrungsaustausch in Vlotho. Es führte erstmalig Vertreter sämtlicher Jugendorganisationen von der katholischen bis zur sozialistischen Jugend zusammen.

Ziel war es, einander kennenzulernen, bei Freizeitveranstaltungen, aber auch bei intensiven Arbeitssitzungen zu den Themen Jugend und Besatzung, Währungsreform, das deutsche Flüchtlingsproblem, Jugend, Besatzung und Widerstand in Frankreich sowie die französische Volksbildung und die Landjugend⁴⁴². Auf französischer Seite waren u. a. vertreten: René Rémond, damals Präsident der Katholischen Vereinigung der französischen Jugend (ACJF), Jean Josselin vom Rat der Evangelischen Jugend, Joseph Rovin und Beigno Caceres für Peuple et Culture, Eugène Descamps, Präsident der Christlichen Arbeiterjugend (JOC), Lespage, der die Liga für Unterricht und Schulwesen vertrat, und Michel Dupouey von den Camarades de France, ehemals Mitstreiter und Vorgesetzter Moreaus in Vichy. Um eine Querverbindung zu den privaten französischen Mittlerorganisationen aufzuzeigen, sei auch noch die Teilnahme eines Vertreters des Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle erwähnt⁴⁴³.

Es wird deutlich, daß es Moreau gelungen war, französische Jugendvertreter, die in der französischen Jugendpolitik als sehr engagiert galten und die dort auch Einfluß hatten und als Multiplikatoren fungieren konnten, für einen Austausch mit Deutschland zu motivieren. Moreau bezeichnete die Begegnung als wegweisend: "In Vlotho wurde ein Dialog begonnen, der seither nicht mehr abriß."⁴⁴⁴ Die Bedeutung dieses Dialoges zwischen der Jugend beider Länder sei auch 1963 auf diplomatischer Ebene anerkannt worden: "Ohne [diesen Dialog] wäre es 1963 nicht möglich gewesen, das Deutsch-Französische Jugendwerk in den Deutsch-Französischen Vertrag mit einzubinden."⁴⁴⁵

⁴⁴¹ Vgl. Schreiben Nigel Spicers an Moreau vom 29.10.1948, in: MAE/Colmar, AC 349/4.

⁴⁴² Vgl. Programm des Treffens vom 19.-27.3.1949, in: MAE/Colmar, AC 349/4.

⁴⁴³ Bericht Moreaus vom 1.4.1949 und vorbereitende Unterlagen zu dem Treffen in: MAE/Colmar, AC 349/4.

⁴⁴⁴ Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung, S. 33. Moreau datiert das Treffen in diesem Beitrag auf 1947, seinem Bericht vom 1.4.1949 zufolge hat er sich hier jedoch vermutlich in der Jahreszahl vertan. Denn 1949 schreibt er über ein Treffen in demselben Jahr: "Cette rencontre [était] la plus importante peut-être qui ait lieu en Allemagne dans le domaine de la jeunesse depuis 1945." Zudem berichtet er darüber, daß die Zusammenarbeit seines Büros mit dem Jugendhof Vlotho vor einem Jahr begonnen habe. Vgl. seinen Bericht vom 1.4.1949 über das deutsch-französische Jugendleitertreffen in: MAE/Colmar, AC 349/4.

⁴⁴⁵ Ibid.

Die Moreau untergeordneten Jugendoffiziere hätten laut den Direktiven des französischen Außenministeriums in den Grenzen der Länder der französischen Zone verbleiben müssen. Moreau unterstützte indes ihre Reisen in die benachbarten westlichen Zonen: "Es war doch nur selbstverständlich, daß sich die Repräsentanten der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland nicht in Freiburg, Tübingen oder Koblenz treffen konnten. Deshalb ...[trafen sie]... die Leute dort ..., wo sie waren: die Katholiken in Köln und Altenberg, die Protestanten in Stuttgart und die Sozialisten in Hannover". Hier habe das Jugendbüro auf die Rückendeckung Laffons und seines Mitarbeiters Jean Ripert zählen können⁴⁴⁶.

Es ist offensichtlich, daß sich Moreau mit dem nahenden Ende der direkten Besatzungszeit stark um eine interalliierte Zusammenarbeit bemühte, in der Hoffnung, auf diesem Weg Einfluß auf die außerschulische Jugendarbeit in Deutschland zu bewahren. Im Hinblick auf das baldige Inkrafttreten des Besatzungsstatutes stieß er mit seinem Anliegen bei einer Sitzung der westalliierten Jugendoffiziere im Januar 1949 in Düsseldorf auf eine gemeinsame Interessenslage: "Les Anglais, comme les Américains, ignorent autant que nous mêmes les possibilités de contrôle et d'action que nous conserverons dans le cadre du Statut d'occupation et sont très alarmé."⁴⁴⁷ Ein französischer Vorstoß für die Bewahrung von Kontrollrechten gegenüber den Jugendbewegungen bei dieser Sitzung wurde jedoch abschlägig beschieden: "En ce qui concerne les Associations de Jeunesse, leurs inquiétudes sont également vives. Néanmoins, lorsque la délégation française est intervenue pour déclarer qu'il lui semblait indispensable de maintenir la possibilité pour les différents Gouvernements Militaires d'opposer un veto à la désignation des dirigeants des mouvements de Jeunes, nos deux Alliés ont fait connaître qu'il leur semblait impossible de donner une base légale dans l'avenir à l'exercice d'un tel droit. La discussion ... sur ce point s'est avérée inutile."⁴⁴⁸

Einigkeit erzielte man im Januar 1949 hingegen in dem Bereich der internationalen Begegnungen und der Aus- und Weiterbildung von Jugendkadern, Bereiche, auf die das französische Jugendbüro bereits 1948/1949 Schwerpunkte gesetzt hatte (Vgl. Kap. III.5). Der britische Vorschlag, ein interalliiertes Austauschbüro für die Or-

⁴⁴⁶ Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung, S. 32.

⁴⁴⁷ Bericht Moreaus vom 3.2.1949 eines Treffens der westalliierten Jugendoffiziere in Düsseldorf am 30. u. 31.1.1949, in: MAE/Colmar, AC 69/3.

ganisation internationaler Begegnungen zu gründen, stieß bei Moreau auf Zustimmung. Er betonte in seinem Bericht das französische Interesse, hierbei eine hervorgehobene Rolle zu spielen: "L'intéret qui semble porter les GM Français depuis quelques temps aux contacts franco-allemands ... nous permettent de tenir honorablement notre place dans cette coopération." Dafür seien aber konkrete französische Vorschläge unerlässlich: "Il est clair toutefois si nous voulons obtenir un rôle d'une réelle importance dans cet organe de coordination et éviter que les anglais ne restent ... dans un certain vague qui leur permettrait de diriger l'ensemble par initiatives multiples, apparament indépendantes les unes des autres, nous devons sans doute ... formuler des propositions précises pour l'organisation de cette coopération."⁴⁴⁹ Alliierte Unterstützung suchte und erhielt Moreau für die Begleitung der Ausbildung der Führungskader des deutschen Scoutisme, die zumindest im internationalen Rahmen beobachtet und unterstützt werden sollten: "Les Alliés se sont déclarés d'accord avec nos propositions tendant à l'organisation d'une équipe internationale de conseillers techniques contrôlant la formation des cadres du Scoutisme Allemand, et à la systématisation de l'envoi des chefs allemands dans les camps écoles des différents pays alliés."⁴⁵⁰

Moreau hatte in entscheidenden Punkten die französischen Interessen hinsichtlich ihrer künftigen Jugendpolitik bei den Alliierten nicht durchsetzen können. Die Vorbehalte gegen die Bildung überzonaler Jugendorganisationen, die sich im Herbst 1949 nun auch bundesweit im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) zusammenschlossen, hatte Frankreich spätestens im Mai 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland beiseite legen müssen⁴⁵¹. Eigentlich konnte Moreau jedoch mit der Bildung des Bundesjugendringes zufrieden sein, hatten sich doch in diesem im Sinne seines pluralistischen Ansatzes fast alle westdeutschen Jugendgruppen⁴⁵² zusammengeschlossen.

⁴⁴⁸ Ibid.

⁴⁴⁹ Ibid.

⁴⁵⁰ Ibid.

⁴⁵¹ Hierbei ist zwischen der Politik des Quai d'Orsay und der der DEP zu differenzieren. Moreau war bereits Anfang 1949 der Meinung, man könne überzonale Zusammenschlüsse von Jugendgruppen nicht mehr länger verbieten. Schreiben Moreaus an Schmittlein vom 20.1.1949, in: MAE/Colmar, AC 350 d. 1.

⁴⁵² Darunter waren z. B. die konfessionellen Jugendverbände. Die politischen Jugendverbände (Junge Union, Jungsozialisten, Jungdemokraten) schlossen sich am 7.10.1950 zum Ring

Vermutlich war man beruhigt darüber, daß sich im DBJR nur die westlichen Jugendverbände zusammengefunden hatten⁴⁵³. Die ostdeutsche kommunistische Jugend blieb außen vor, so daß ein Erstarken einer gesamtdeutschen Jugend nicht zu befürchten war. Wie bereits gezeigt werden konnte, waren die Bemühungen westdeutscher Jugendverbände und der ostdeutschen FDJ hinsichtlich der Bildung eines gesamtdeutschen Jugendringes im Herbst 1949 gescheitert. Dies war nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949, die die Teilung in zwei deutsche Staaten zementierte, nicht anders zu erwarten gewesen. In der Entschließung zur ersten Vollversammlung des DBJR heißt es dazu: "Die im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen geben dem Willen Ausdruck, die Jugend der Ostzone an ihrer gemeinsamen Arbeit zu beteiligen. Der jetzige Zustand in der Ostzone bietet jedoch die Voraussetzung für diese Zusammenarbeit nicht. Wir fordern zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse ... die sofortige Zulassung der in Westdeutschland tätigen Jugendorganisationen in der Ostzone. Den undemokratischen Anspruch der FDJ, als einzige Jugendorganisation die Interessen aller Jugendlichen in der Ostzone wahrzunehmen, lehnen wir entschieden ab"⁴⁵⁴. Es gibt in den Quellen keinen Hinweis darauf, daß Frankreich versucht hat, in diese Diskussion einzugreifen. Der Versuch einer Beeinflussung wäre sinnlos gewesen, da sich die deutsche Jugend von den allgemein politischen Entwicklungen im Ost-West-Konflikt nicht distanzieren konnte und nach der Gründung eines westdeutschen Staates die Teilung der deutschen Jugend zwangsläufig war. So mußte sich Frankreich auch im jugendpolitischen Bereich der allgemeinen politischen Entwicklung und den daraus erwachsenen Zwängen des Kalten Krieges fügen.

Politischer Jugend zusammen. Vgl. 10 Jahre Ring Politischer Jugend. Junge Union Deutschlands, Jungsozialisten Deutschlands, Deutsche Jungdemokraten, hg. v. RPJ, Bonn 1960.

⁴⁵³ Vgl. dazu Eckart Lohse, der sich mit Frankreichs Haltung zur deutschen Wiedervereinigung beschäftigt hat. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Frankreich in den fünfziger Jahren in der Öffentlichkeit Deutschlands Wiedervereinigung forderte, man jedoch hinter den Mauern des Quai d'Orsay zufrieden darüber war, daß einer Wiedervereinigung das Veto der Sowjetunion entgegenstand. Vgl. Eckart Lohse, Östliche Lockungen und westliche Zwänge. Paris und die deutsche Teilung 1949-1955, München 1995.

⁴⁵⁴ Zit. n. Werner Sauerhöfer, Die Jugendverbandkontakte zwischen den beiden deutschen Staaten, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.), Kein Alter zum Ausruhen, S. 153.

4. Französische Volkshochschulpolitik als Bestandteil der außerschulischen Umerziehung

Die Volkshochschulpolitik spielte im Konzept der französischen Jugendpolitiker eine besondere Rolle und stand in unmittelbarer Verbindung zu der Politik gegenüber den Jugendbewegungen, die damit eine Erweiterung erfuhr. Die alliierten Militärregierungen hätten jede ihre eigene Volksbildungspolitik betrieben, konstatierte ein französischer Bericht von 1949: "Chaque Gouvernement Militaire s'est attaqué au problème de la culture populaire ... en s'inspirant des exemples qui correspondaient le mieux à la nouvelle orientation qu'il voulait donner à l'Allemagne ..." ⁴⁵⁵ Während sich Briten und Amerikaner im allgemeinen darauf beschränkten, Gründungen von Volkshochschulen anzuregen und ihre Entwicklung zu beobachten, "sans leur édicter des règles d'action", und nicht in die Organisation der Volksbildung eingriffen ⁴⁵⁶, verfahren die Franzosen hier strikter: "La pratique du Gouvernement Militaire Français a été moins indirecte que celle des anglo-saxons. La conception française d'une réorientation possible de la nation allemande était, dès le commencement ... moins optimiste que celle des anglo-saxons - une participation active de l'occupant à la reconstruction de l'éducation populaire allemande paraissait donc nécessaire." ⁴⁵⁷ Das Mißtrauen im Hinblick auf die eigene Umerziehungsfähigkeit der Deutschen, das bereits gegenüber den Jugendbewegungen deutlich geworden ist, wird erneut sichtbar und bildet einen roten Faden französischer Jugendpolitik.

Mit ihrer Volksbildungspolitik knüpften die französischen Jugendpolitiker unverkennbar an französische Vorbilder an, was auch in der Person Joseph Rovans, der die Volksbewegung *Peuple et Culture* (PEC) seit Ende 1945 stellvertretend leitete und der ab 1947 die Volksbildungspolitik in der französischen Zone mitbestimmte, seinen Ausdruck fand. Ziel von PEC war es, weiten Kreisen der Bevölkerung, also auch Arbeitern und Handwerkern und nicht nur einer Elite, Kultur zugänglich zu machen. Gleichzeitig aber hatte Frankreich den Anspruch, im traditionellen außenpolitischen Sinne seine Kultur zu vermitteln, so daß es hier zu einer Kombination kam, einer

⁴⁵⁵ La Culture Populaire en Allemagne. Son évolution de 1945 à 1949. Bericht o. D. und ohne Nennung des Autors in: MAE/Colmar, AC 265/1b.

⁴⁵⁶ Die britischen "observateurs" hätten nicht aktiv eingegriffen, so der oben zitierte Bericht, seien allerdings immer und überall präsent gewesen.

⁴⁵⁷ La Culture Populaire en Allemagne, in: MAE/Colmar, AC 265/1b.

Volkspolitic der neuen Art: eine "réponse adaptée et partiellement novatrice à la situation de l'Allemagne" nach dem Zweiten Weltkrieg⁴⁵⁸.

Ziel war es schon früh, die Gründung von Volkshochschulen in der französischen Zone anzuregen. Die erste Gründung erfolgte im Dezember 1945 im badischen Lahr und im Juli 1946 waren Volkspoliticseinrichtungen mit insgesamt 19 Volkshochschulen bereits in allen drei Ländern der Zone vorhanden⁴⁵⁹. Die Zahl der Gründungen wuchs ebenso wie die Anzahl der Hörer zumindest bis zur Währungsreform kontinuierlich und erreichte bis Mitte 1949 eine Anzahl von 70, die durch ca. 30 Jugendbildungswerke, ebenfalls Einrichtungen der Volkspolitic, ergänzt wurden⁴⁶⁰. Zwölf Jahre Nationalsozialismus und Abschottung von internationalen Entwicklungen hatten in allen Bereichen Wissenslücken hinterlassen, die es nun zu füllen galt: "La renaissance des U.P. [Universités Populaires, Anm. d. Verf.] allemandes se placait ... sous le double signe de la recherche d'une nouvelle sécurité spirituelle et du manque de connaissances à combler."⁴⁶¹

Den Franzosen lag daran, mit diesen Bildungseinrichtungen die staatsbürgerliche und demokratische Weiterbildung eines ausschließlich jungen Publikums, das nur eine kurze Schulzeit genossen hatte, umfassend zu ergänzen. Als Zielgruppe sah man die 18- bis 30-jährigen aller sozialen Schichten an. Im Unterschied zu den Volkshochschulen der 20er Jahre sollten die Inhalte weniger akademisch sein, methodisch sollte eine aktive Pädagogik im Vordergrund stehen, die z. B. in von den Kursleitern geleiteten Diskussionen innerhalb der gebildeten Arbeitsgruppen ihren Ausdruck finden sollte. Ziel war die Bildung von jungen Menschen, die auf die Übernahme von Verantwortung vorbereitet werden sollten. So schrieb Schmittlein im Oktober 1946 in seinen vorläufigen Anweisungen über die Arbeit der Volkshochschulen: "L'enseignement sera orienté vers la formation de militants d'une culture universaliste, critique et constructive. C'est-à-dire que son aboutissement normal devrait être l'engagement des élèves dans des responsabilités sociales précises [direction des mouvements de jeunesse, de syndicats, de groupes artistiques et culturels ...]. Il ne

⁴⁵⁸ Defrance, La politique culturelle, S. 125.

⁴⁵⁹ Documentation trimestrielle der DEP vom 1.7.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁴⁶⁰ Rapport trimestrielle de la culture populaire vom 21.7.1949, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁴⁶¹ La Culture Populaire en Allemagne. Son évolution de 1945 à 1949. Bericht o.D. und ohne Nennung des Autors in: MAE/Colmar, AC 265/1b.

s'agit pas de rechercher une culture utilitaire mais de rattacher la culture à la vie."⁴⁶² Es sollte nicht mehr nur das literarische und künstlerische Erbe Frankreichs vermittelt werden, sondern ein getreues Abbild einer im Wandel begriffenen französischen Gesellschaft. Der kulturelle Austausch sollte über den elitären Rahmen der herkömmlichen Beziehungen hinausgehen, um breite Kreise der Bevölkerung zu erreichen⁴⁶³. Damit wird deutlich, daß die Facette der Kulturpolitik als Kulturexport im traditionellen Sinne um Themen und Zielgruppen erweitert wurde. Auf diese Weise versuchten französische Bildungspolitiker, Einfluß auf die Entwicklung einer neuen demokratischen Kultur in Deutschland zu nehmen.

Eine Rolle spielte der internationale Aspekt. Die DEP sorgte dafür, daß sich u. a. französische und deutsche Volkshochschulleiter zum Gespräch in der französischen Zone trafen, und gab damit nicht nur die Möglichkeit, sich an französischen Vorbildern zu orientieren, sondern auch den Anstoß zu einem Dialog; indem sie französische Lektoren mit deutschen Bildungshungrigen kommunizieren ließ, eröffnete sie auch den Weg zu einer Verständigung. Zu berücksichtigen bleibt, daß es sich um einen einseitig von den Franzosen geleiteten Austausch handelte. Das folgende Zitat verdeutlicht die Funktionsvielfalt französischer Volkshochschulpolitik: "On suit ... l'importance que nous attachons aux Volkshochschulen comme instrument de rééducation, d'élaboration d'une nouvelle culture démocratique, d'influence française [et] de brassage social et international."⁴⁶⁴ Diese Form der Kulturpolitik im Ausland war für Frankreich neu. So bezeichnete Moreau sie auch als "expérience".

Unbestreitbar ist, daß französische Volkshochschulpolitik kein selbstloses Bildungsangebot darstellte, geschweige denn als Trostpflaster für eine obstruktive Deutschlandpolitik gedacht war, sondern als wohlüberlegtes Umerziehungsmittel eingesetzt wurde und politische Implikationen besaß. So führte Moreau Ende 1946 ferner an: "Sur le plan politique, les Comités Directeurs des Volkshochschulen se présentent comme la réunion d'éléments de toutes tendances ... L'ouverture d'esprit qu'ils manifestent, même politiquement, peut être mise à profit par nous pour dé-

⁴⁶² Laffons Schreiben an die Délégations Supérieures, Instructions provisoires sur les Volkshochschulen vom 1.10.1946, das aus der Feder Schmittleins stammte, in: MAE/Colmar, AC 269/3.

⁴⁶³ Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung, S. 35.

⁴⁶⁴ Moreau, Rapport sur les séjours de jeunes Français en Zone Française d'occupation pendant l'été 1946 vom 19.10.1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

terminer une orientation qui ne participe pas du seul domaine culturel."⁴⁶⁵ Ein von der Jeunesse et Sports-Abteilung organisiertes erstes Zusammentreffen deutscher Volkshochschulleiter und Vertreter französischer kultureller Organisationen im Oktober 1946 in Freiburg habe auf eindruckliche Weise gezeigt, schrieb Moreau, welche Einflußchancen den Franzosen offenstünden. Abschließend formulierte er: "Nous voulons faire des Volkshochschulen ... des centres d'échanges culturels et aussi des pépinières [Pflanzschule] des cadres et de militants pour les mouvements de jeunesse, les organisations culturelles, les syndicats."⁴⁶⁶

Zwar hat Joseph Rován rückblickend darauf hingewiesen, die Volkshochschulen seien deutsche Einrichtungen und nicht von den Franzosen aufgedrängt worden⁴⁶⁷, doch bleibt festzuhalten, daß die DEP-Vertreter zu Gründungen der Volksbildungseinrichtungen anregten und mit ihnen auch Einwirkungsmöglichkeiten verbanden. Sie empfahlen den Volkshochschulen in den Richtlinien, sich "à l'abri des influences confessionnelles et politiques"⁴⁶⁸ zu stellen. In der Öffentlichkeit sollten sie sich jedoch neutral zeigen und die Unterstützung der Gewerkschaften und Stadtverwaltungen suchen. Die Franzosen legten Wert darauf, daß diese Bildungseinrichtungen in der Öffentlichkeit als neutral wahrgenommen wurden. Das Gouvernement Militaire schlug vor, den Volkshochschulen ein Statut zu geben, das sie autonom gegenüber den Institutionen und Personen bleiben ließ, von denen sie sich Unterstützung erhofften⁴⁶⁹.

Mit der Ankunft Rovans in der französischen Zone im Frühjahr 1947 erhielt die bereits begonnene Volkshochschulpolitik eine neue Dynamik. Diese Veränderung zeigte sich auch in der Erweiterung des Jugendbüros von Moreau, das sich nunmehr Büro für Jugend und Volksbildung⁴⁷⁰ nannte. Der ehemalige KZ-Häftling Rován, der ehemals Deutscher gewesen war⁴⁷¹, hatte sich seit Oktober 1945 in Frankreich für die Bewegung Peuple et Culture, deren stellvertretender Vorsitzender er war, engagiert.

⁴⁶⁵ Rapport pour le troisième trimestre 1946 vom 5.11.1946, in: MAE/Colmar 265/1a.

⁴⁶⁶ Ibid.

⁴⁶⁷ Joseph Rován, Les relations franco-allemandes dans le domaine de la jeunesse et de culture populaire de 1945 à 1971, in: Revue d'Allemagne, 4 (1972), S. 686.

⁴⁶⁸ Laffon an die Délégations Supérieures, Instructions provisoires sur les Volkshochschulen vom 1.10.1946, in: MAE/Colmar, AC 269/3.

⁴⁶⁹ Ibid.

⁴⁷⁰ Vgl. Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung, S. 27.

⁴⁷¹ Vgl. Joseph Rován, Mémoires d'un Français qui se souvient d'avoir été Allemand, Paris 1999 sowie die bereits zitierte Übersetzung.

Man hatte ihm das Ressort Außenbeziehungen übertragen, das ihn mit den Regierungsstellen, wie etwa der neuen Generaldirektion im französischen Erziehungsministerium für Jugend und Volksbildung und den Verbänden aus diesem Bereich, in Kontakt brachte. Er schien daher mit der Zielgruppe bestens vertraut zu sein. Durch seinen zeichnensetzenden Artikel "L'Allemagne de nos mérites"⁴⁷², waren die Vertreter von Jeunesse et Sports auf ihn aufmerksam geworden. Jacques Deshayes suchte ihn infolgedessen in seinem Büro von Peuple et Culture in Paris auf, um ihn zu bitten, bei dem französischen Vorhaben mitzuwirken, die Volkshochschulpolitik in der französischen Zone weiter auszubauen⁴⁷³. Rován hatte bereits an dem ersten deutsch-französischen Austauschtreffen im Oktober 1946 in Freiburg teilgenommen, bei dem 30 deutsche Volkshochschul- und Jugendherbergsleiter mit Moreau, Deshayes, Mitgliedern von PEC/TEC (Travail et Culture) und Vertretern des französischen Jugendherbergsverbandes zusammengetroffen waren⁴⁷⁴. Hier diskutierte man eine Woche über Fragen der Jugend- und Volksbildung. Ein weiteres Zusammentreffen organisierte das Bureau de la Jeunesse zusammen mit PEC und TEC für die Lektoren im April 1947 am Titisee⁴⁷⁵. Diese Treffen erfolgten alle auf deutschem Boden. Erst 1950 besuchte eine deutsche Delegation, die alle Landesverbände der Volkshochschulen repräsentierte, Paris⁴⁷⁶.

Rován setzte sich auch für den Austausch mit Einrichtungen der kulturelle Bildung in der Bizone ein und machte 1948 mehrere Informationsreisen. Ebenso wie Moreau war er von der Arbeit des Jugendhofes in Vlotho überzeugt und nahm dessen wichtige Arbeit zum Anlaß, mehr materielle und politische Unterstützung für die culture populaire, deren Aufgabe die Umerziehung deutscher Jugendlicher sei, einzufordern⁴⁷⁷. Rováns Verdienst bestand vor allem darin, unermüdlich für die Bedeutung der culture populaire in Deutschland zu werben.

Besonderen Wert legten Moreau und Rován auf die Ausbildung der Führungskader im Bereich culture populaire. Daher förderte er die Gründung von Ausbildungs-

⁴⁷² Joseph Rován, L'Allemagne de nos mérites, in: Esprit, 11 (1945), S. 529-540.

⁴⁷³ Joseph Rován, Les associations de jeunes au service de l'entente franco-allemande, in: Gilbert Krebs, Hansgerd Schulte (Hg.), Passerelles et passeurs, Paris 2002, S. 290 f.

⁴⁷⁴ Vgl. Zauner, Erziehung, S. 179.

⁴⁷⁵ Rován, Les associations de jeunes, S. 290 f.

⁴⁷⁶ Rován, Les relations franco-allemandes, S. 689.

zentren für diese Zielgruppe. So konnte Moreau in seinem Monatsbericht vom Februar 1948 berichten: "Démarches entreprises en Württemberg pour l'ouverture d'une école de cadres de culture populaire à Inzighofen."⁴⁷⁸ Die Eröffnung dieser Schule war für März 1948 vorgesehen. Bis Juli 1948 hatten hier bereits zahlreiche Veranstaltungen auch mit internationalem Charakter stattgefunden, wie eine Tagung mit Volkshochschulleitern aus den beiden anderen Westzonen, Vertretern aus Berlin und vier dänischen Teilnehmern oder eine deutsch-schweizerische Tagung zum Thema "Erfahrungen mit der Demokratie in der Schweiz und im gegenwärtigen Deutschland". Diese Ausbildungszentren dienten damit im Bereich der Führungskader der Volkshochschulen zur Netzwerkbildung sowohl innerhalb Deutschlands als auch auf internationaler Ebene.

Bei der Verteilung der Volkshochschulen in der französischen Zone waren beträchtliche regionale Unterschiede zu verzeichnen. Am beliebtesten waren diese Einrichtungen offenbar in Württemberg-Baden, die mit 16 von 28 Volkshochschulen Ende 1946⁴⁷⁹ führend waren, obwohl die Provinzen Hessen-Pfalz und "Rhénanie" doppelt so viele Einwohner zählten. Ein Grund wird sein, daß mit der Wiedereröffnung der Volkshochschulen auf dem linken Rheinufer erst verspätet, im Sommer 1946, begonnen worden war⁴⁸⁰. Während in größeren Städten die Gründungsinitiative von deutschen Organisationen ausging, war in den kleineren Städten ein Anstoß der Militärregierung notwendig⁴⁸¹. Der Gouverneur für Hessen-Pfalz, General Bouley, scheint nicht nur die Gründung von Jugendgruppen, sondern auch die der Volkshochschulen zunächst gebremst zu haben⁴⁸². Ihre Anzahl stieg erst 1947 beträchtlich an, so daß im September 1947 21 Volkshochschulen und 14 weitere Einrichtungen der culture populaire, die sich Jugendbildungswerke nannten, zu verzeichnen waren⁴⁸³. Die Anzahl der seit Ende 1946 an den Volkshochschulen eingesetzten französischen Lektoren blieb in Relation zu der Anzahl in den anderen Provinzen mit acht gering. Bezüg-

⁴⁷⁷ Ob er dies nur von der deutschen oder auch von der französischen Politik einfordert, ist nicht eindeutig. Vgl. Vermerk Rovans über Vlotho vom Dezember 1949, in: MAE/Colmar, AC 349/4.

⁴⁷⁸ Rapport mensuel pour le mois du février 1948, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁴⁷⁹ Implantation des UP en zone française, non signé non daté, in: MAE/Colmar, AC 269/3.

⁴⁸⁰ Defrance, La politique culturelle, S. 124.

⁴⁸¹ Bilan des Universités Populaires dans l'Etat rhéno-palatin, o. D., ohne Unterschrift, in: MAE/Colmar, AC 332/11.

⁴⁸² Vermerk Laffons vom 19.6.1946 an Bouley, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

lich der Jugendbewegungen, der Volkshochschulen und auch der ersten internationalen Begegnungen war - im Gegensatz zu Württemberg-Hohenzollern und Baden - in den Provinzen "Rhénanie" und der Pfalz eine gewisse Trägheit zu spüren. Im Bereich der Volkshochschulen liegen die Gründe in der mangelnden deutschen Initiative, aber auch in den Spannungen zur Baden-Badener Zentrale. General Bouley war mehr daran gelegen, seine Kontrollmission zu erfüllen, und nicht in gleichem Maße daran interessiert, "une oeuvre qui reposait sur la collaboration franco-allemande et la confiance mutuelle"⁴⁸⁴ anzuregen.

Im Einvernehmen mit der Militärregierung schlossen sich die Volkshochschulen 1947 und 1948 innerhalb jedes Landes zu Arbeitsgemeinschaften zusammen⁴⁸⁵. Jedes Land gründete ferner ein zentrales Volkshochschulheim: in Württemberg das bereits erwähnte Ausbildungszentrum Inzighofen, in Baden das Centre permanent de culture populaire in Ortenberg bei Offenburg. In Rheinland-Pfalz war im Herbst 1948 das Volkshochschulheim Burg-Stahleck in der Planung⁴⁸⁶.

Eine hervorgehobene Rolle im französischen Konzept spielten die Lektoren, die als wichtiger französischer "canal d'influence" gesehen wurden.⁴⁸⁷ Die französischen Lektoren, die seit Ende 1946 an den Volkshochschulen der französischen Zone lehrten, fungierten in mehrfacher Hinsicht als Vermittler. Sie sollten zum einen inhaltlich arbeiten und die deutschen Hörer französische Sprache und Landeskunde lehren, zum anderen war es ihre Aufgabe, ihnen die Absichten der französischen Behörden zu erläutern und diese wiederum über das Echo ihrer Vorstellungen bei den Deutschen zu informieren.

Bei der inhaltlichen Arbeit der Lektoren war ein besonderer Schwerpunkt die Vermittlung der französischen Sprache, die für die Franzosen der wichtigste Träger

⁴⁸³ Education Populaire, Bericht, o. D., o. Unterschrift, in: MAE/Colmar, RP, c. 912, p. 4.

⁴⁸⁴ Defrance, La politique culturelle, S. 125.

⁴⁸⁵ Das inzwischen gegründete Rheinland-Pfalz bildete mit der Konstituierung der Vereinigung im September 1948 das Schlußlicht. Verantwortlich hierfür zeichnete Brozen-Favereau, der Vertreter für die Pfalz, der "la mainmise du parti socialiste sur les Volkshochschulen" fürchtete. Defrance, La politique culturelle, S. 192.

⁴⁸⁶ Activités du bureau de la culture populaire, Bericht vom 15.10.1948, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

⁴⁸⁷ Defrance, La politique culturelle, S. 122, die allerdings der Meinung ist, die Lektoren seien der einzige "canal d'influence".

ihrer Kultur darstellt⁴⁸⁸. Im Sprachunterricht sollten sie, wenn es die behandelten Themen erforderten, nähere Informationen über die Situation in Frankreich vermitteln. Zu ihren Aufgaben zählten ferner die Verteilung von Büchern und Broschüren an die Hörer, die Vorbereitung auf französische Filmvorführungen⁴⁸⁹, die Aufführung französischer Theaterstücke sowie die Einführung in Ausstellungen⁴⁹⁰.

Zu ihrem eigenen Dilemma unterstanden die Lektoren verwaltungstechnisch zum einen dem Leiter der Volkshochschule, zum anderen der Abteilung Jeunesse et Sports der ortsansässigen Militärregierung, was zur Folge hatte, daß sie auch von der örtlichen Militärregierung zu Polizeimaßnahmen eingesetzt wurden. Schmittlein sah sich im November 1946 zu einer Klarstellung veranlaßt und erinnerte daran, "[que le] lecteur de français n'[était] pas un fonctionnaire du Gouvernement Militaire et qu'il ne devait jamais être utilisé aux fins d'enquêtes policières par les services du Gouvernement Militaire"⁴⁹¹. In der deutschen Öffentlichkeit sollte der Eindruck vermieden werden, die französischen Lektoren seien von der Militärregierung als Instrument der Einflußnahme eingesetzt worden. Als junge "Botschafter" ihres Landes konnten die französischen Lektoren leichter einen Beitrag zur Umerziehung leisten, wenn sie nicht als verlängerter Arm der Militärregierung angesehen wurden.

Die Mehrheit der Lektoren bildeten fortgeschrittene Studenten oder junge Hochschulabsolventen insbesondere der Germanistik, die nach einem kurzen Einführungslehrgang in Baden-Baden und der Teilnahme an studentischen Sommerkursen in Freiburg und Tübingen 1946 auf ihre Posten entsandt wurden. Die Qualität der Bewerber sei laut Humblot nicht zuletzt wegen der unattraktiven Bezahlung verbesserungswürdig gewesen. Vor allem seien es Examenskandidaten gewesen, die ihren Deutschlandaufenthalt als prüfungsfördernd gesehen hätten und mehr an ihrem eigenen Fortkommen als an ihrem Auftrag in der Volkshochschule interessiert gewesen

⁴⁸⁸ Vgl. Victoria Znined-Brand, Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Français in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. 1999.

⁴⁸⁹ Die Einführung von Filmvorführungen und die spätere Einrichtung von "ciné-clubs" im Frühjahr 1947 erwies sich von Beginn an als problematisch, da offenbar u. a. die Bereitstellung anspruchsvoller französischer Filme schwierig war. Zwar gab es 1949 immerhin 12 ciné-clubs, doch konstatierte Humblot im Juli 1949 den Mißerfolg des Unternehmens, hoffte aber auch auf eine positivere Weiterentwicklung. Vgl. Zauner, Erziehung, S. 181.

⁴⁹⁰ Vgl. die Richtlinien Laffons bzw. Schmittleins an die Délégués Supérieurs vom 19.4.1946, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

seien, schrieb Moinard im September 1946 an Schmittlein⁴⁹². Auch Schmittlein bemängelte, daß die jungen, schlecht entlohnten Franzosen für hauptamtliche Kräfte arbeiten müßten, die offenbar 1946 von der ersten parlamentarischen Enquêtekommission versprochen, aber nie bewilligt worden seien⁴⁹³. Die Anzahl der verfügbaren Lektoren konnte ferner nicht mit der steten Vermehrung der Volkshochschulen Schritt halten. Am Ende der direkten Besatzungszeit im Juli 1949 hatte nur noch jede zweite der rund 80 Volkshochschulen in der französischen Zone einen Lektor⁴⁹⁴.

Die die Maßnahme, französische Lektoren als französischen "canal d'influence" einzusetzen, konnte daher nur bedingt erfolgreich sein. Eine positivere Bilanz dieser Initiative in der französischen Zone zog Moreau. Ihr sei es zu verdanken, daß die Volkshochschullektoren, die in die französischen Kulturinstitute und -zentren eingliedert wurden, später in der gesamten Bundesrepublik präsent gewesen seien und sich als "Verantwortliche der Volksbildung und des bilateralen Personenaustausches" hätten verstehen können. Die Lektoren wurden in den 50er Jahren vom französischen Außenministerium zu Austauschlehrern erhoben und als "kulturelle Botschafter neuen Stils" nach Maghreb, in den Vorderen Orient und nach Jugoslawien entsandt⁴⁹⁵.

Die Volkshochschulen hatten sich quantitativ günstig entwickelt, die kontinuierlichen Gründungen und wachsenden Hörerzahlen bis 1948 sprechen für eine große Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung. Jedoch zog Schmittlein schon Anfang 1948 für die Volkshochschulen als Instrument der Umerziehung eine nüchterne Bilanz. Offenbar war es nicht oder nur begrenzt gelungen, französische Vorstellungen in die inhaltliche und pädagogische Arbeit einfließen zu lassen: Die Lehrmethoden in den deutschen Volkshochschulen hätten nichts mit den französischen Methoden der Volksbildung gemeinsam, schrieb er in seinem Bericht vom 27. Januar 1948. In der Grundschule, im Gymnasium, in der Universität und in den Volkshochschulen schein es um ein einziges Ziel zu gehen, nämlich um den Erwerb von enzyklopädischem Wissen. Es gebe fast keine Übungen, die eigenes

⁴⁹¹ Vermerk Schmittleins an die Délégués Supérieurs vom 13.11.1946, in: MAE/Colmar, AC 270/3.

⁴⁹² Vermerk Moinards an Schmittlein vom 24.9.1946, in: MAE/Colmar, AC 269/3.

⁴⁹³ Schmittleins Rapport sur l'activité de la DEP vom 4.7.1947, in: MAE/Colmar, AC 67/1.

⁴⁹⁴ Vgl. Zauner, Erziehung, S. 182.

⁴⁹⁵ Vgl. Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung, S. 35.

Nachdenken und persönliche Arbeit erforderten. Dies sei passiver Wissenserwerb zum Nachteil der aktiven Aneignung von Wissen. Die Unterrichtsmethoden würden sich einzig auf das Autoritätsprinzip und den Satz "Magister dixit"⁴⁹⁶ gründen. Man vernachlässige den erzieherischen Wert frei und würdig geführter Diskussionen; alle möglichen Kurse würden angeboten, bis zu Platons Philosophie, aber niemand habe daran gedacht, den Hörern etwas anzubieten, dem sie intellektuell wirklich gewachsen seien⁴⁹⁷.

Wie bereits angedeutet, nahm das Interesse der Deutschen an den Volkshochschulen nach der Währungsreform 1948 ab. Dies hatte verschiedene Gründe. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation verlagerte die Interessen der Deutschen vermehrt auf materielle Güter. Das internationale Ambiente, das die Bildungseinrichtungen anboten, wurde dadurch aufgefangen, daß sich die Verbindungen zum Ausland zu organisieren begannen, nicht zuletzt auch mit Hilfe der Abteilung Jeunesse et Sports. Presse und Radio waren wieder in der Lage, das hohe Informationsbedürfnis zu stillen: "Le manque général de connaissances se résorbait et l'inquiétude spirituelle s'apaisait, en conséquence d'une alimentation matérielle mieux équilibrée."⁴⁹⁸

5. Internationale Begegnungen als umerziehungspolitische Maßnahme

Mit einer demokratischen Unterweisung in den und durch die Jugendgruppen konnte nur ein Teil der deutschen Jugendlichen erreicht werden. Mit Hilfe von internationalen Begegnungen, die ebenso Jugendorganisationen wie Privatpersonen offenstanden, versuchte die Besatzungsmacht eine größere Gruppe von Jugendlichen anzusprechen. Die ersten internationalen Begegnungen, die in den Direktiven vom Herbst 1945 zwar nicht konzipiert, aber bereits vorgesehen waren, fanden im Sommer 1946 auf Initiative der Militärregierung statt. Diese Sommerphase war der DEP (Direction de l'Education Publique) vermutlich besonders wichtig, da die Schulen wegen der Ferien geschlossen und die Schüler sich selbst überlassen waren.

⁴⁹⁶ Raymond Schmittlein, Die Umerziehung des deutschen Volkes, Bericht vom 27.1.1947, abgedr. in: Jérôme Vaillant (Hg.), Französische Kulturpolitik, S. 169 f.

⁴⁹⁷ Ibid.

Während die Franzosen bei der Zulassung von Jugendbewegungen teilweise auf vorhandene Strukturen trafen, wie insbesondere bei den konfessionellen Gruppen, stellten die internationalen Begegnungen eine Neuerung dar: "Les rencontres internationales substituent aux moyens traditionnels de diffusion culturelle par conférences et expositions, une méthode d'action plus concrète"⁴⁹⁹. Sie zielten darauf ab, deutsche Jugendliche mit den "grands courants mondiaux" in Kontakt zu bringen, um die Demokratisierung und die deutsch-französische Versöhnung zu fördern⁵⁰⁰. Sie setzten sich damit auch von den Jugendaustauschbeziehungen der Zwischenkriegszeit ab⁵⁰¹. Die "grands courants mondiaux" auf der internationalen Ebene sind das verbindende Element zu dem Konzept, das die Franzosen für die deutschen Jugendbewegungen vorsahen. Die Jugendbewegungen sollten in Deutschland die wichtigsten weltanschaulichen und konfessionellen Strömungen (familles spirituelles) repräsentieren, forderte Moreau in seinem Exposé des motifs vom August 1945. Ebendiese galt es nun mit ihresgleichen auf internationaler Ebene in Verbindung zu bringen. Dabei waren verschiedene Formen des Zusammentreffens vorgesehen: Treffen von Jugendgruppen und Jugendgruppenleitern, internationale Studententreffen und seit 1947 Treffen von Spezialisten. Die Absicht, die hinter den Begegnungen stand, war, wie bereits exemplarisch bei der katholischen Jugend deutlich wurde, Einfluß internationaler Jugendgruppen auf die deutsche Jugend zu erwirken. Insbe-

⁴⁹⁸ La Culture Populaire en Allemagne. Son évolution de 1945 à 1949. Bericht o. D. und ohne Nennung des Autors in: MAE/Colmar, AC 265/1b.

⁴⁹⁹ Vermerk vom Haut-Commissariat o.D., ohne Unterschrift über die Internationalen Begegnungen, in: MAE/Colmar, AC 42/3.

⁵⁰⁰ Rovin, Les relations, S. 687 f.

⁵⁰¹ Diese waren jedoch von anderer Qualität und boten nach Dieter Tiemann für die französische Initiative im Nachkriegsdeutschland keine Grundlage. So resümiert er: Deutsch-französische Jugendbeziehungen hätten während der Zwischenkriegszeit immer im Zeichen des Außergewöhnlichen, leicht Zerbrechlichen gestanden: "Weil sie aus dem Rahmen des Selbstverständlichen in politisch-ideologische Korsetts gezwängt und in ihrer Bedeutung überhöht und stilisiert wurden", sei ihnen der Weg in die Normalität verschlossen geblieben, schreibt Tiemann. "Die angeblichen Vorreiter zur Gestaltung eines besseren Verhältnisses der beiden Nachbarvölker waren ... Gefangene ihrer nationalen politischen Kulturen. Insgesamt gingen von ihnen keine produktiven Aktivitäten aus. Sie lieferten nur rezeptive Reflexe ihrer Zeit." Vgl. Dieter Tiemann, Deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit, S. 375, vgl. auch S. 371- 374.

sondere sollten gleichgesinnte Gruppen - zunächst deutsche und französische - zusammengeführt werden⁵⁰².

Die DEP versuchte, diesen Austausch in die Wege zu leiten und zu initiieren, indem sie bei französischen Jugendorganisationen Interesse zu wecken suchte. Bereits in einem Schreiben Anfang 1946 an Laffon warb Schmittlein bei seinem Vorgesetzten für die Kontaktaufnahme zwischen deutschen und französischen Jugendorganisationen, indem er ihre mögliche politische Bedeutung hervorhob. Sicher dürfe man nichts überstürzen, fügte er hinzu, aber "ces liaisons, qui existent déjà plus ou moins discrètement, seront appelées à se développer un jour ou l'autre plus ostensiblement." Daher sei er bereits aktiv geworden, was erneut für sein autonomes Handeln spricht: "Il m'a paru souhaitable de les engager de la manière la plus favorable, c'est-à-dire en provoquant de la part des mouvements français une initiative collective sous la forme d'une exposition."⁵⁰³

Eine Ausstellung mit dem Titel "Message de la Jeunesse Française" sollte die deutsche Jugend für Frankreich interessieren und gleichzeitig ein Interesse der französischen Jugend an der Jugend Deutschlands signalisieren⁵⁰⁴. Die Ausstellung sollte unter der Ägide der Union patriotique des Organisations de Jeunesse (U.P.O.J), die die französischen Jugendverbände vereinigte, erstellt werden. Die Initiative der Jugendausstellung, realisiert im Jahre 1948, wurde auch vom Staatssekretariat für deutsche und österreichische Angelegenheiten unterstützt, dessen Generalkommissar bzw. Staatssekretär⁵⁰⁵ Pierre Schneider eine weitere Funktion hervorhob: "Je considère que cette manifestation constitue un instrument de propagande particulièrement efficace et sera une aide nécessaire au travail réalisé par vos services dans la Zone Française d'Occupation."⁵⁰⁶

Um die französischen Jugendorganisationen für Kontakte mit der deutschen Jugend zu gewinnen, wandte sich Laffon Mitte Februar 1946 über das Erziehungsministerium an den Generalsekretär der U.P.O.J. In seinem Schreiben vom 12. Februar 1946 skizzierte er die Jugendpolitik der Französischen Militärregierung und versuchte,

⁵⁰² Rapport sur l'activité du Bureau de la Culture Populaire vom 9.12.1948, in: MAE/Colmar, AC 264/3.

⁵⁰³ Schreiben Schmittleins an Laffon vom 7.2.1946, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

⁵⁰⁴ Bericht vom 9.12.1948, in: MAE/Colmar, AC 264/3.

⁵⁰⁵ Vgl. zu den Funktionsbezeichnungen: Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 132.

das Interesse für die Umerziehung der deutschen Jugend zu wecken. Dabei unterstrich er, daß die deutsche Jugend Anregungen von außen brauche: "Il apparaît difficilement concevable et peu souhaitable de laisser ces expériences nouvelles se développer en vase clos, hors de toute influence extérieure ... Si l'on veut à la fois lui [à la jeunesse] donner des raisons de vivre et supprimer le danger qu'elle constituerait, isolé au cœur de l'Europe. Il sera nécessaire de briser le cercle qui l'entoure et de l'incorporer dans les grands courants de pensée et d'action." Ferner wies er darauf hin, daß er direkte Kontakte zwischen der französischen und deutschen Jugend nicht für opportun halte, daß die Militärregierung aber gerne Informationen zur Verfügung stelle und zu speziellen Aktionen, wie z. B. die Ausstellung zu unterstützen, bereit sei⁵⁰⁷.

Offenbar waren Schmittlein und Laffon mit ihren Vorstößen auf Interesse gestoßen, denn im März 1947 reisten mehrere Vertreter der U.P.O.J. zunächst durch die französische, dann auch durch alle anderen Zonen, um eine Untersuchung über die "possibilités de rééducation de la jeunesse allemande" durchzuführen⁵⁰⁸. Schmittlein, der dies ausdrücklich unterstützte, verfolgte hiermit zwei Ziele: In erster Linie hoffte er über den "Kanal" der französischen Jugendvereinigungen, die immerhin 2.000.000 französische Jugendliche vertraten, die französische Bevölkerung für die Umerziehungsarbeit der Deutschen zu interessieren und ihnen mit der Information über Deutschland einen gewissen Zugang zu der französischen Politik in Deutschland zu ermöglichen. Die DEP ging davon aus, daß die Vertreter der U.P.O.J. über ihre in Deutschland gewonnenen Erfahrungen und Eindrücke in Frankreich berichten würden: "Il est hors de doute que le développement de ces contacts contribuera dans une mesure appréciable à éclairer l'opinion française", schrieb Moreau im Sommer 1946 über die Aufenthalte junger Franzosen in der französischen Zone⁵⁰⁹. Ferner soll-

⁵⁰⁶ Schreiben Pierre Schneiders vom 10.7.1948 an Schmittlein, in: MAE/Colmar, AC 266/4.

⁵⁰⁷ Schreiben Laffons vom 12.2.1946 an den Generalsekretär der U.P.O.J., in: MAE/Colmar, AC 69/1.

⁵⁰⁸ Rapport mensuel pour le mois de mars 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁵⁰⁹ Rapport mensuel pour le mois d'août 1946, in: MAE/Colmar, AC 265/1a. Vgl. auch den französischen Vorstoß im Comité de l'Education Publique des Alliés Kontrollrates am 18.12.1946. Hier wurde auf dem Feld der internationalen Begegnungen eine interalliierte Zusammenarbeit vorgeschlagen. Dahinter stand der Wunsch, mehr Verständnis für die von den Franzosen initiierte Austauscharbeit mit der deutschen Jugend in der französischen Bevölkerung zu erhalten. Vgl. Protokoll der Sitzung des Comité Allié de l'Education Publique vom 18.12.1946, in: MAE/Colmar, GFCC Berlin C 110 p 1. Vgl. Auch Kap. III.3.2.

te den deutschen Jugendlichen mit den Reisen signalisiert werden, daß man sich für sie und ihre Situation im Nachkriegsdeutschland interessierte.

Die Rolle, die Moreau den französischen Jugendgruppen als Vorbild für die deutschen beimaß, wird in den französischen Akten mehrfach deutlich. So bezeichnete er im Frühjahr 1947 die internationalen Kongresse, Studienwochen und Treffen als "foyers d'une lutte d'influences serrée [sic] autour d'éléments jeunes". Der Einfluß französischer Jugendgruppen sei bei diesen internationalen Treffen von herausragender Bedeutung: "Il est indéniable que les groupes d'avantgarde français des secteurs idéologiques les plus divers - sont plus susceptibles d'exercer une influence sur les groupes allemands, que tous les autres."⁵¹⁰ In die französischen Jugendorganisationen, die in der Zeit von Vichy und der Résistance selbstverantwortliches Handeln bewiesen hatten und die er selbst an verantwortlicher Stelle in dieser Zeit begleitet hatte, setzte Moreau großes Vertrauen. Sie konnten in seinen Augen einen Beitrag zur Umerziehung der deutschen Jugend leisten.

Erste Treffen gleichgesinnter französischer und deutscher Jugendgruppen mit insgesamt 1000 Teilnehmern in der französischen Zone fanden im Sommer 1946 statt⁵¹¹. Gleichzeitig organisierte die DEP Studententreffen an den Universitäten Freiburg und Tübingen, die 600 französische, deutsche und einige weitere ausländische Teilnehmer zusammenführten. Das Jahr 1946 gilt als "étape expérimentale", deren Hauptziel es war, die jungen Menschen wieder in Kontakt zu bringen und dabei ideologische Zusammenstöße zu vermeiden. Die DEP zog eine positive Bilanz dieser Begegnungen: Am erfolgreichsten seien die individuellen Kontakte der Studenten, die zu fruchtbaren Diskussionen über Themen im Nachkriegsdeutschland geführt hätten. Nach Einschätzung der DEP waren die französischen Teilnehmer besser auf diese Diskussionen vorbereitet als die deutschen⁵¹². Ein Anstieg der Begegnungen um rund 20% konnte für das Jahr 1947 mit ca. 1200 Teilnehmern verzeichnet werden. Sprunghaft stieg die Zahl der internationalen Begegnungen vor allem in den Jahren

⁵¹⁰ Rapport mensuel pour le mois de mars 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁵¹¹ Bericht vom 9.12.1948, in: MAE/Colmar, AC 264/3.

⁵¹² Ibid. und HCRFA "au sujet des perspectives d'avenir des rencontres internationales" o. D., ohne Unterschrift, in: MAE/Colmar, AC 42/3.

1948 und 1949 an. Mit 2500 Teilnehmern konnte die Zahl 1948 um 50% und 1949 mit 5000 Teilnehmern um weitere 50% gesteigert werden⁵¹³.

Nach den ersten Erfahrungen mit den Austauschbegegnungen der Jahre 1946 und 1947 wurden die Maßnahmen überdacht und verbessert: Es gab nun ein fest umrissenes Programm, die Auswahl der Animateure erfolgte systematischer, und Studententreffen erhielten durch Teilnahme von Studenten weiterer Nationen einen internationaleren Charakter⁵¹⁴.

Diese qualitativen und quantitativen Veränderungen lagen zum einen in dem wachsenden Interesse begründet, das die Jugendlichen und Studenten diesen Begegnungen entgegenbrachten. So gab es viele Jugendliche und Studenten, die wiederholt teilnahmen und sich auch zu Anschlußinitiativen zusammenschlossen, die wiederum von Moreaus Abteilung gefördert wurden. Als Beispiel sei der Internationale Bund für Kultur- und Sozialarbeit in Tübingen genannt, den ehemalige aktive Teilnehmer der württembergischen Treffen bildeten und der im Februar 1949 seine offizielle Zulassung erhielt⁵¹⁵. Auch die Gründung der Zeitschrift *Treffen/Rencontres*, die erstmals im Herbst 1948 erschien, ist eine Initiative ehemaliger Teilnehmer⁵¹⁶.

Ein weiterer Grund lag in der Veränderung der allgemeinen politischen Lage, die die Mitarbeiter der Abteilung *Jeunesse et Sports* bewog, den Schwerpunkt ihrer Arbeit zu verlagern. Der Übergang von der direkten zur indirekten Verwaltung 1947 schränkte zumindest juristisch bereits das Initiativ- und Kontrollrecht der Franzosen ein, gestand ihnen allerdings bezüglich der Gründungen und Maßnahmen der Jugendbewegungen immerhin noch ein Vetorecht ein⁵¹⁷. Aber es war nicht klar, wie lange es dieses Recht noch geben würde. Zudem klagte Moreau mehrfach über Personalmangel und das "Damoklesschwert" der Sparzwänge⁵¹⁸, so daß es nahe lag, einen Schwerpunkt auf die Komponente der Jugendpolitik zu legen, die eine Zukunft

⁵¹³ Die Zahlen für 1949 beinhalten auch die deutsch-französischen Begegnungen in Frankreich, die ab 1949 ermöglicht wurden. Zahlen aus: Statistik für die Jahre 1946-1950, in: MAE/Colmar, AC 402/1. Höhere Zahlen in MAE/Colmar, AC 69/2, hier werden für 1947 bereits 2500 Teilnehmer gezählt. Kirsten Hoyer gibt für 1948 4000 an, Hoyer, *Deutsche Jugendorganisationen*, S. 112.

⁵¹⁴ Berichte vom 15.10.1948 und 19.6.1947, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

⁵¹⁵ Vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 196.

⁵¹⁶ Eine Bewertung der Zeitschrift findet sich bei: Mombert, *Jeunesse et livre*, S. 61.

⁵¹⁷ Vgl. Mombert, *Jeunesse et livre*, S. 57 u. Defrance, *Les Alliés occidentaux*, S. 217. Das Initiativrecht bezog sich auf die Schulbuchredaktion und die Schulreform.

⁵¹⁸ *Rapport mensuel pour le mois de mars 1947*, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

hatte, nämlich die internationalen Begegnungen. Diese Politik fand auch formell darin ihren Ausdruck, daß die Abteilung Jeunesse et Sports mit Inkrafttreten des Besatzungsstatutes im September 1949 in Abteilung für Internationale Begegnungen umbenannt wurde⁵¹⁹. Bereits 1948 hatte die DEP begonnen, die Organisation der Treffen zu dezentralisieren. Die Regionalbüros der Militärregierung waren nunmehr zuständig für die Auswahl der Tagungsorte und Teilnehmer, während Baden-Baden die Finanzierung, Zielsetzung und Auswahl der Dozenten kontrollierte. Um die Organisation der Austauschbegegnungen zu vereinfachen, richtete das Jugend- und Sportbüro zudem ständige pädagogisch-kulturelle Zentren in Schluchsee, Speyer, Kniebis und Inzighofen ein⁵²⁰. Auch unternahm man zusätzliche finanzielle Anstrengungen für junge Deutsche, um zu verhindern, daß die Folgen der Währungsreform einen Großteil der engagierten Jugendlichen aus finanziellen Gründen von den Austauschaktivitäten ausschlossen⁵²¹.

Neben den Jugend- und Studententreffen gab es seit 1947 mehrere Zusammenkünfte von Fachleuten: Z. B. trafen sich Volkshochschulleiter und Verantwortliche französischer Organisationen der culture populaire in Baden und Württemberg-Hohenzollern. In Lahr (Baden), im Centre d'Etudes Culturelles, Economiques et Sociales versammelte Jesuitenpater Jean du Rivau Schriftsteller, Ökonomen und Soziologen, um vergleichende Studien zu betreiben. Dieses Zusammentreffen zählt zu den bedeutendsten französischen Initiativen der ersten beiden Nachkriegsjahre.

Geneviève Carrez, Moreaus Vertreterin und ab 1951 Leiterin der Abteilung Internationale Begegnungen, würdigte diese Begegnungsarbeit 1956 und hob ihren spezifischen Charakter hervor: "Quand ce dialogue s'ouvrait ..., il s'avérait plus riche et plus profond que toutes autres conversations internationales. Ceux qui ont participé aux rencontres d'avant 1950 n'oublieront pas l'accent pathétique de ces entretiens où les ennemis d'hier se cherchaient anxieusement, à travers tous les obstacles de l'expression, toutes les différences profondes, et se trouvaient parfois ... Dialogues rigoureux où chaque partenaire obligeait l'autre à être soi-même, à se reconnaître, à mesurer sa responsabilité. C'est pour cela sans doute que les rencontres franco-

⁵¹⁹ Vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 198.

⁵²⁰ Vgl. Defrance, *La politique culturelle*, S. 193 f.

⁵²¹ *Ibid.*, S. 193.

allemandes revêtirent très vite une importance particulière. Elles étaient les rencontres par excellence, les plus difficiles, les plus engagées, les plus décisives."⁵²²

Die Austauschbemühungen der DEP stießen nur bei einigen Jugendbewegungen auf Interesse. 1946 meldeten sich die Jungsozialisten der kommunistisch dominierten Union de la Jeunesse Républicaine de la France (UJRF), Mitglieder der Jugendherbergsbewegung und konfessionelle Gruppierungen zu einem Deutschlandaufenthalt an. Die Kontakte zu einheimischen Jugendgruppen wurden nicht generell hergestellt, sondern gezielt, je nachdem, ob die jeweils gleichgesinnte französische Gruppe Interesse zeigte und ob die Führungskräfte der Gruppen kompetent erschienen. So wurden im Sommer 1946 junge französische Sozialisten und Mitglieder der Falken und der Freien Jugend sowie katholische Jugendliche und Mitglieder der Jeunesse Ouvrière Catholique (JOC) zusammengeführt⁵²³. Auch die Leiter protestantischer Nachwuchsvereine aus Deutschland und Frankreich trafen im Herbst 1946 zusammen. Der Dachverband der Katholischen Jugend Frankreichs (ACJF) hatte zunächst Treffen mit den Gruppenleitern aus Deutschland vorgesehen, verzichtete dann aber darauf mit dem Argument, er wolle die deutschen Glaubensbrüder nicht dem Verdacht der Kollaboration mit den Franzosen aussetzen⁵²⁴. Die katholische Arbeiterjugend (JOC) sah hierin kein Problem und entsandte, wie bereits geschildert, im Sommer 1946 einige ihrer Führungskräfte in die Pfalz. Probleme indes sahen die kommunistischen Führungskader der UJRF, die Treffen mit Leitern der Freien Jugend verweigerten, weil diese nicht ausschließlich aus Jungkommunisten bestünden⁵²⁵.

Einen vielversprechenden Auftakt für die systematische Kontaktaufnahme französischer Jugendverbände mit jungen Deutschen bildete die bereits angesprochene mehrwöchige Informationsreise einer Delegation von in der UPOJ⁵²⁶ zusammengeschlossenen Jugendverbänden durch Deutschland. Reges Interesse an

⁵²² Geneviève Carrez, Les rencontres internationales, in: Les relations internationales de l'Allemagne occidentale. Cahiers des Sciences Politiques, Paris 1956, S. 191.

⁵²³ Moreau, Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946 vom 19.10.1946, in: MAE/Colmar, AC 69/1 und Zauner, Erziehung, S. 183 f.

⁵²⁴ Moreau, Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o.

⁵²⁵ Ibid.

⁵²⁶ Die Union Patriotique des Organisations de Jeunesse (UPOJ) war im September 1944 als Zusammenschluß der Jugendgruppen erzieherischen und politischen Charakters gegründet worden (mouvements éducatifs, mouvements politiques). Sie vereinte neben der kommunistischen Jugend Jugendorganisationen mit sogenanntem erzieherischem, weiterbildendem Charakter, die in der Résistance eine Rolle gespielt hatten. Die sozialistische Jugend weigerte sich, Mitglied der UPOJ zu werden, und blieb isoliert. Der Zusammenschluß war ein Zeichen dafür, daß die politischen Gruppen das Gewicht der mouvements éducatifs aufgrund ihrer

mengeschlossenen Jugendverbänden durch Deutschland. Reges Interesse an den Austauschbegegnungen 1947 zeigten Mitglieder der Jugendherbergsbewegung, der christlichen Arbeiter- und Studentenverbände, der *Camarade de Liberté*, einer in den 40er Jahren im Untergrund entstandenen Bewegung, und der sozialistische Nachwuchs. Andere Gruppen verweigerten den Kontakt weiterhin. Moreau mußte einräumen, daß das französische Interesse an diesen Austauschbegegnungen zumindest bis 1947 nicht so groß war, wie erhofft⁵²⁷. Um den internationalen Charakter der Studententreffen in Tübingen und Freiburg zu verstärken, wurden im zweiten Jahr auf Wunsch der Teilnehmer von 1946 auch Teilnehmer aus Drittländern eingeladen. Deren Anzahl blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück. Nur 200 der 1200 Teilnehmer kamen aus anderen Staaten⁵²⁸.

Auch in Rheinland-Pfalz begann man 1947 mit der Organisation internationaler Studentenbegegnungen: Die Universität Mainz und das im Januar 1947 in der französischen Zone gegründete Dolmetscherinstitut in Germersheim waren hier Vorreiter⁵²⁹. Hervorzuheben ist die Initiative der privaten französischen Organisation CIMADE (*Comité inter-Mouvements auprès des Evacués*), die aus den protestantischen französischen Jugendbewegungen hervorgegangen war und an der Universität Mainz 1947 eine Niederlassung eröffnete. Seit 1939 widmete sich diese Einrichtung der "activité d'évangélisation" und einer "action sociale" gegenüber der vom Kriege geschädigten Bevölkerung. Mit der Unterstützung von Koenig, der Abteilung Jeunesse et Sports und des Conseil Oecuménique des Eglises protestants stellte das Zentrum in Mainz eine Kontaktstelle dar, die deutsch-französische Jugendbegegnungen organisierte⁵³⁰.

Rolle in der Résistance anerkannten. Vgl. Joel Kotek, *Paix et guerre*, S. 140 f. Die UPOJ hatte Einfluß auf die Jugendpolitik in Frankreich. Ihre Vertreter wurden alle zwei Wochen von den Ministerialbeamten im französischen Erziehungsministerium zu Besprechungen eingeladen, und ihre Vorschläge oft bei behördlichen Entscheidungen berücksichtigt. Vgl. Françoise Téard, *L'histoire d'une malentendu: les politiques de la jeunesse à la Libération*, in: *Cahiers de l'animation*, Nr. 57-58 (1986), S. 90 ff. Vgl. dazu auch Zauner, *Erziehung*, S. 156 f.

⁵²⁷ Vgl. *ibid.*, S. 188.

⁵²⁸ *Ibid.*, S. 189.

⁵²⁹ Die Studenten wurden hier nicht nur in Französisch, sondern auch in Englisch, Spanisch, Italienisch und Russisch ausgebildet. Zu dem Germersheimer Institut, das 1949 der Universität Mainz angegliedert wurde, vgl. Defrance, *La politique culturelle*, S. 74 ff u. S. 278 ff.

⁵³⁰ Vermerk Marchands, Leiter der protestantischen aumônerie des HCRFA, in: MAE/Colmar, AC 31/1 und Vermerk vom 12.2.1948 über die von der DEP organisierten Jugendbegegnungen, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

Das zurückhaltende Interesse der französischen Seite an den Austauschbegegnungen trübte die Erfolgsbilanz. Dennoch zog das Jugendbüro eine insgesamt positive Bilanz der Austauschtreffen von 1947, die zur Fortsetzung anregte⁵³¹. Entgegen ihrer 1946 und 1947 ansonsten sehr zurückhaltenden Politik bezüglich zonaler und interzonaler Kontakte deutscher Jugendgruppen, verhielten sich die Franzosen im Hinblick auf internationalen Begegnungen deutlich liberaler, wenn auch hier das Element der Kontrolle eine wichtige Rolle spielte: Die DEP achtete genauestens darauf, daß sich deutsche Persönlichkeiten oder Organisationen nicht unmittelbar an ausländische Partner wandten. Sie befürchtete negative Auswirkungen und ein mögliches Scheitern der Unternehmungen, wenn sie nicht kontrollierend von der DEP begleitet würden. So versprächen bilaterale Treffen unter fachkundiger Leitung erfreuliche Ergebnisse. Ohne Betreuung bestünde die Gefahr, daß völlig unvorbereitete französische Teilnehmer auf deutsche Gesprächspartner stießen, deren Forderungen und Argumenten sie nicht gewachsen seien⁵³². Auch ihren Kollegen der anderen Militärregierungen misstraute die DEP. So bestanden Schmittlein und sein Berliner Vertreter Eugène Hepp um die Jahreswende 1947/48 gegenüber Humblot darauf, französische Kontrollmöglichkeiten beizubehalten, um zu verhindern, daß alliierte Organisationen unter Umgehung der DEP Jugendliche aus der französischen Zone zu sich einluden⁵³³.

Die Austauschbegegnungen von Jugendlichen, Studenten und Führungskräften von Jugendgruppen blieben wie in den Vorjahren überwiegend deutsch-französisch. Von den insgesamt ca. 2500 Personen, die 1948 daran teilgenommen hatten, waren nur 100 aus Drittstaaten⁵³⁴.

Aktivposten im grenzüberschreitenden Engagement bei den nichtstudentischen Begegnungen waren vor allem die Jugendherbergsbewegung, die Pfadfinder und die katholischen Nachwuchsorganisationen. Mitglieder des Mouvement Laïque des Auberges de Jeunesse übernahmen die Betreuung des internationalen Begeg-

⁵³¹ Les rencontres de la jeunesse organisées par la DEP, Bericht vom 12.2.1948, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

⁵³² Aufzeichnung betr. "Contrôle des organisations de jeunesse ne rentrant pas dans le cadre de l'ordonnance 25" vom 15.4.1948, in: MAE/Colmar, AC 69/2. Vgl. auch Zauner, Erziehung, S. 192.

⁵³³ Humblot hatte um Erleichterung der Formalitäten bei Einladung deutscher Jugendlicher in andere Zonen gebeten. Nach Zauner, Erziehung, S. 192.

nungszentrums Kniebis, das im Frühjahr 1948 gegründet wurde und vor allem Pfadfindern und Jugendherbergsfreunden eine Stätte der Begegnung und der Diskussion bot⁵³⁵.

Wie bereits bei den Studententreffen 1947 gab es auch im Bereich der Jugendgruppen ab 1948 Bestrebungen, die Treffen zu internationalisieren. So dienten deutsch-französische Begegnungen zumindest als "Vorspann" internationaler Begegnungen. Als Beispielorganisation seien die Naturfreunde angeführt. Mitte Juli 1948 fanden sich deutsche und französische Naturfreundegruppen für mehrere Wochen in verschiedenen Häusern des Schwarzwaldes zusammen und nahmen anschließend gemeinsam an einem internationalen Kongreß für Frieden und Völkerverständigung im Dreiländereck im südbadischen Lörrach teil. Dieser Kongreß versammelte ca. 1500 Delegierte der Naturfreunde aus den Besatzungszonen Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz. Höhepunkt war eine gemeinsame Kundgebung. Dies war das erste größere internationale Zusammentreffen, das von den südbadischen Naturfreunden seit ihrer Auflösung im Jahre 1933 organisiert worden war. In der Weimarer Zeit hatten jährlich derartige Zusammenkünfte sozialistisch denkender Menschen in friedlichem Geiste stattgefunden. Man hatte sich abwechselnd auf deutschem Boden, in der Schweiz und im Elsaß getroffen⁵³⁶.

Internationale Begegnungen begannen sich ab 1948 zu etablieren. Die Gründung von Zeitschriften, wie z. B. Das Treffen/Rencontres und Aussprache, die über diese Begegnungen berichteten und sie ankündigten und die auf die Initiative ehemaliger Teilnehmer zurückgingen, ist ein Zeichen dafür⁵³⁷. Die Zeitschriften wurden von der französischen Militärregierung subventioniert und kontrolliert⁵³⁸.

⁵³⁴ Nach *ibid.*, Erziehung, S. 193, der auch die Zahl 200 ermittelt hat. Die Quellen geben hier nicht eindeutig Auskunft.

⁵³⁵ Bilan d'activité de la Section Jeunesse et Sports Tübingen, in: MAE/Colmar, AC 264/1.

⁵³⁶ Naturfreundetreffen am Dreiländereck, in: Unser Tag vom 12.8.1948 sowie "Jugend schlägt Brücken zur Welt" vom 17.8.1948 (ohne Angabe des Titels der Zeitung), gefunden in: MAE/Colmar, AC 334/5.

⁵³⁷ Rencontres/Das Treffen und Aussprache enthalten für die Jahre 1948 und 1949 ausführliche Übersichten der zahlreichen geplanten Begegnungen. Vgl. z. B. für die Treffen 1948: Aussprache, H.1 (1948), S. 97 ff.

⁵³⁸ Moreau schrieb über die Zeitschrift Aussprache "Une revue de culture populaire, directement contrôlée par le bureau", vgl. Documentation trimestrielle, situation au 1^{er} juillet 1948, in AC 265/1a. Zur Gründung der Zeitschrift vgl. auch: Charles Marginal, "Aussprache". Eine deutsch-französische Zeitschrift, in: Jérôme Vaillant (Hg.), Französische Kulturpolitik, S. 153-160.

Die deutsch-französische Jugendzeitschrift *Das Treffen/Rencontres* setzte sich zum Ziel, über deutsche und französische Jugendorganisationen, die Parteijugend und die soziale und kulturelle Jugendarbeit sowie über die internationalen Begegnungen zu berichten⁵³⁹. Hiermit erwiesen sie sich als Bindeglied deutscher und französischer Jugendorganisationen, das eine gewisse Gleichberechtigung vermittelte, dennoch aber auch ein Mittel darstellte, deutsche Jugendliche an französische Jugendorganisationen zu binden. Die Subventionierung durch die französische Militärregierung ermöglichte auch ihre Kontrolle.

Die deutsch-französischen Hefte *Aussprache* wurden Anfang 1948 auf Initiative von Charles Marginal aus der Taufe gehoben. Ihr Titel formulierte zugleich ihr Ziel, offene Diskussionen über deutsch-französische Themen und Schwierigkeiten zu führen⁵⁴⁰. Diese Zeitschrift, zu deren Zielgruppe insbesondere die Führungskader deutscher und französischer Jugendgruppen zählten⁵⁴¹, war damit auf den aktiven Dialog mit ihren Lesern angewiesen⁵⁴². Sie kündigte auch Veranstaltungen privater Organisationen wie etwa von B.I.L.D. (Bureau International de Liaison et de Documentation) oder des Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle an und vernetzte damit auch Informationen über die im Jugendaustausch aktiven Organisationen.

Die französische öffentliche Meinung ließ es nicht zu, in der direkten Nachkriegszeit Austauschtreffen zwischen jungen Franzosen und Deutschen in Frankreich zu organisieren. Bisher hatte hier die Schweiz als Ort der Begegnung gedient. So fand dort beispielsweise 1947 eine Veranstaltung unter der Federführung der Société Germano-Suisse zum Thema "Redressement et la Formation de la Jeunesse" statt⁵⁴³.

⁵³⁹ Die Zeitschrift wurde von Margherita von Brentano und Jean-Luc Bellanger auf ehrenamtlicher Basis herausgegeben. Sie erschien erstmalig im Februar 1948 und mußte aus Kostengründen im Herbst 1949 eingestellt bzw. mit der Zeitschrift *Aussprache* zusammengelegt werden. Die Zeitschriften ermöglichen für die Jahre 1948 und 1949 einen systematischen Einblick in die Themen und den Ablauf der Treffen. Vgl. hierzu auch: Kirsten Hoyer, *Deutsche Jugendorganisationen und deutsch-französische Jugendkontakte in der Nachkriegszeit 1945-1955 - ein Überblick*, in: *Lendemains*, 84 (1996), S. 110-125.

⁵⁴⁰ Vgl. *Aussprache*, *Deutsch-französische Hefte*, H.1 (1948), S. 15.

⁵⁴¹ *Documentation trimestrielle, situation au 1^{er} octobre 1948*, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁵⁴² Die Zeitschrift erschien bis Herbst 1952 (H. 10, 1952) und mußte dann aufgrund von Sparzwängen eingestellt werden. Vgl. Hinweis in: *Aussprache*, H.10 (1952).

⁵⁴³ Zur Rolle der Schweiz vgl. Corine Defrance, *L'apport suisse à la rééducation des Allemands : l'exemple de la coopération universitaire (1945-1949)*, in: *Revue Suisse d'histoire*, 48 (1998), S. 236-253.

Moreau beurteilte diese französisch-schweizerische Zusammenarbeit positiv und schrieb im Herbst 1947 darüber: "Les personnalités suisses ... constituaient, par les garanties francophiles et d'esprit démocratique qu'elles donnaient, un trait d'union très heureux entre le Gouvernement Militaire et les stagiaires allemands."⁵⁴⁴

Die ersten offiziellen Treffen in Frankreich wurden nachweisbar erst 1948 genehmigt. Dies geht aus einem Schreiben Cannacs, Mitarbeiter des Staatssekretariates für Deutsche und Österreichische Angelegenheiten, vom 12. Mai 1948 an die DEP hervor: "J'ai l'honneur de vous faire connaître mon accord de principe des échanges entre étudiants français et allemands."⁵⁴⁵ Austauschbegegnungen von Schülern und Mitgliedern von Jugendbewegungen waren ebenfalls zugelassen⁵⁴⁶. Für die Genehmigung dieser Reisen mußten allerdings vor allem die jungen Deutschen Auflagen erfüllen, die so beträchtlich waren, daß es einer hohen Motivation bedurfte, um sich diesem Bewerbungs- und "Genehmigungsmarathon" zu stellen⁵⁴⁷. Mit der Forderung, dieser Praxis ein Ende zu bereiten und jungen Deutschen den Aufenthalt in Frankreich zu erleichtern, wandte sich General Koenig im Dezember Ende 1948 an das französische Außenministerium: "[Il est nécessaire] de créer en France même des

⁵⁴⁴ Bericht Moreaus vom Oktober 1947, in: MAE/Colmar, AC 265/1a.

⁵⁴⁵ Schreiben des Leiters der Abteilung Affaires Intérieures et Culturelles du Secrétariat d'Etat aux Affaires Allemandes et Autrichiennes, Cannac, an Schmittlein vom 12.5.1948, in: MAE/Colmar, Bade 2162/4/13.

⁵⁴⁶ Vermerk der Jugend- und Sportabteilung für das Land Baden vom 15.6.1948, in: *ibid.* Eins der ersten Treffen war die Begegnung der deutschen und französischen katholischen Jugend im Juli 1948 in Beuron, vgl. Rapport sur l'activité de la section Jeunesse et Sports et les résultats obtenus de 1945 à 1949 pour le Wurtemberg, in: MAE/Colmar, AC 265/2.

⁵⁴⁷ Die Auflagen waren: Ein schriftlicher Antrag mit persönlichen Angaben in dreifacher Ausfertigung; ebenfalls in dreifacher Ausfertigung und abgezeichnet vom GM die Einladung einer französischen Familie, die die Reise- und Aufenthaltskosten des Deutschen übernehmen mußte; eine zustimmende, persönliche Stellungnahme des französischen Kreisoffiziers. Dieses gesamte Dossier mußte dann auf Länderebene der Abteilung Jeunesse et Sports (für Mitglieder der Jugendbewegungen), dem französischen Kurator an der entsprechenden Universität (für Studenten) bzw. der DEP (für Schüler) zur Genehmigung vorgelegt werden. War diese erteilt, mußte sie dem zuständigen französischen Konsul in Deutschland vorgelegt werden, der ein "promesse écrite de visa pour la France" ausfertigte. Der Antragsteller hatte nun alle Unterlagen und Genehmigungen dem Commissaire de la Sûreté du Cercle vorzulegen und einige Formulare, mit denen die Reisegenehmigung beantragt wurde, auszufüllen, die dann wiederum der örtlichen deutschen Polizei zur Kenntnis vorgelegt werden mußten. Zur Erläuterung dieses Bewerbungs- und Genehmigungsverfahrens, für das man, so die Empfehlung, ca. drei Monate einkalkulieren sollte, wurde hinzugefügt: "Le choix des Allemands autorisés à se rendre en France doit être entouré de garanties sérieuses et ne peuvent être autorisées à se rendre en France que ceux qui apparaissent comme devant bénéficier politiquement et intellectuellement de ce séjour." Vgl. hierzu die Note de service der Jugend- und Sportabteilung für das Land Baden vom 15.6.1948, in: MAE/Colmar, Bade 2162/4/13.

cours de vacances internationaux, à forte participation allemande, comme compléments nécessaires des ceux organisés en zone française ... Je ne m'étendrai pas sur les raisons psychologiques qui expliquent la nécessité, je crois plus utile d'insister sur les aspects administratifs et financiers du problème."⁵⁴⁸ Nachdem er seine Lösungsvorschläge für die dann anstehenden administrativen und finanziellen Fragen erläutert hatte, unterstrich Koenig noch einmal die Bedeutung der Jugendkontakte und die Notwendigkeit, sie auch in Frankreich zu organisieren, nicht ohne auch mögliche gouvernementale Interessen anklingen zu lassen: "Je ne saurais trop insister sur l'importance exceptionnelle de ces contacts de jeunesse, d'où naîtront probablement, lorsque les jeunes seront devenus des hommes faits, des relations intelligentes, voire des amitiés entre Français et Allemands. Si tel est également l'espoir des sphères gouvernementales ... il est indispensable de vivifier l'esprit même qui préside à ces réunions aujourd'hui en Allemagne, demain en France."⁵⁴⁹

Grundsätzlich konnte Moreau für die Organisation der internationalen Begegnungen auf die Rückendeckung Schmittleins zählen und auch General Koenig befürwortete sie und setzte sich für Unterstützung aus Paris ein. Ein politisches Signal setzte Koenig durch eine aufsehenerregende Aktion während der Berlin-Blockade im Sommer 1948, als er 120 junge Berliner zu internationalen Treffen in die französische Zone einfliegen ließ. Die DEP unterstützte zudem im zeitlichen Umfeld der Währungsreform 1948 deutsche Teilnehmer aller Zonen mit 100.000 Mark, um ihnen eine Teilnahme an Begegnungen zu ermöglichen⁵⁵⁰.

Wie reagierte Paris auf diese besatzungspolitischen Initiativen? Bis zum Amtsantritt von Robert Schuman im Jahre 1948 sei das Außenministerium diesen Initiativen mit Zurückhaltung und Mißbilligung begegnet, berichtet Moreau rückblickend. So sind auch die hohen Auflagen zu erklären, die junge Deutsche erfüllen mußten, um nach Frankreich reisen zu dürfen. Die Zusammenarbeit mit französischen Jugendverbänden und Austauschorganisationen sei ihm vor allem bis 1947 von dem C.G.A.A. erschwert worden, schrieb Moreau in einer Notiz an den Directeur Général des Affai-

⁵⁴⁸ Schreiben General Koenigs an das Commissariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes im französischen Außenministerium vom 16.12.1948, in: MAE/Colmar, AC 266/4.

⁵⁴⁹ Ibid.

⁵⁵⁰ Vgl. Zauner, Erziehung, S. 195.

res Culturelles im Februar 1950⁵⁵¹. Die Erzieher der DEP waren ihren Landsleuten voraus. In Paris wurde erst im Herbst 1948 eine personell bescheiden ausgestattete Abteilung für Internationale Begegnungen innerhalb des C.G.A.A. unter Leitung von M. Brissat eingerichtet, der für die Organisation und Betreuung internationaler Jugendbegegnungen zuständig war und Moreaus Pendant in Frankreich darstellte⁵⁵²

Die zunächst mißbilligende Haltung des Generalkommissariates gegenüber den internationalen Begegnungen für junge Deutsche liege sicher auch darin begründet, fügte Moreau in der Rückschau hinzu, daß er in der französischen Zone für die Realisierung der Begegnungen gelegentlich ausdrückliche Weisungen umgangen habe. Die Generaldirektion für Jugend und Sport im französischen Erziehungsministerium, auf deren Unterstützung Moreau angewiesen war, weil sie jungen französischen Teilnehmern organisatorische Unterstützung für ihre Reise nach Deutschland gab, habe dies jedoch ignoriert und ihm damit weitergeholfen⁵⁵³.

Der ehemalige Vorsitzende der JEC (Jeunesse Étudiante Catholique) und Mitglied der französischen Delegation der World Assembly of Youth (WAY, Conseil Français), Remy Montagne, bestätigte rückblickend gute Beziehungen zu Schuman: "Nos relations avec ... le Quai d'Orsay et Robert Schuman, en particulier, étaient excellentes."⁵⁵⁴ Das Interesse des französischen Außenministeriums für internationale Jugendbeziehungen sei allerdings erst spät erwacht: "Le Quai d'Orsay ne s'intéressa que très tardivement aux rencontres internationales. Ce ne fut qu'après le triomphe de la FMJD⁵⁵⁵ qu'il se montra enfin disposé à nous aider."⁵⁵⁶ Zu einer Zeit also, als sich die Weltjugend in eine kommunistische (FMJD) und eine nicht kommunistische Jugend (WAY), zu spalten begann⁵⁵⁷, war auch der Quai d'Orsay schließlich bereit, in-

⁵⁵¹ Note à l'attention de Monsieur le Directeur Général des Affaires Culturelles vom 21.2.1950, in: MAE/Colmar, AC 261/4.

⁵⁵² Ibid.

⁵⁵³ Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung, S. 28.

⁵⁵⁴ Kotek, Paix et guerre, S. 501.

⁵⁵⁵ Zur Entstehung der FMJD (Fédération Mondiale de la Jeunesse Démocratique), vgl. *ibid.*, S. 160-230.

⁵⁵⁶ Ibid.

⁵⁵⁷ Die WAY wurde im August 1949 gegründet. Sie war eine Reaktion auf die 1945 entstandene und von Beginn an kommunistisch dominierte FMJD. "Jusqu'à présent la FMJD a eu le monopole dans le domaine des affaires internationales de jeunesse et la jeunesse a pu avoir l'impression que les communistes sont les seuls à s'intéresser à eux", schrieb ein Mitarbeiter des Foreign Office am 25.6.1948. Großbritannien, Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten waren federführend bei der Gründung des Weltjugendverbandes. Zur wechselvollen Entstehungsgeschichte der WAY vgl.: Kotek, Paix et guerre, S. 465-519, hier S. 470. Wie sich

ternationalen Begegnungen eine größere Beachtung zu schenken. Die Einreiseformalitäten für junge Deutsche wurden zwar nicht aufgehoben, aber offenbar dennoch erleichtert, denn die Angebote an sie, zu einem Austausch nach Frankreich zu reisen, wurden ab 1949 verstärkt genutzt. So fanden sich beispielsweise im September 1949 Leiter der Association Catholique de la Jeunesse Française (ACJF) und des Bundes der katholischen Jugend in Saint-Maximin zusammen. Von deutscher Seite wurden Vorträge zum Nationalismus und über die Situation der deutschen Jugend gehalten, ein französischer Beitrag befaßte sich mit dem Bild der Deutschen in Frankreich. Grundsätzliche Übereinstimmung, besonders im geistig religiösen Bereich, betonte René Remond 1949 in *Allemagne*, dem Organ des Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle. Resümierend hielt er fest: "La communauté de vues et de sentiments se découvre si profonde, que nous sommes en droit de nous demander s'il est au monde une autre jeunesse que nous ayons sentie aussi proche."⁵⁵⁸

In einem Vermerk vom Dezember 1948 äußerte sich Schmittlein gegenüber General Koenig ausführlich über die französische Jugend im internationalen Jugendaustausch und ihre Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen: "Dans l'ensemble on peut dire que la jeunesse française s'intéresse aux problèmes allemands qu'elle voit sous un tout autre angle que la génération précédente."⁵⁵⁹ Sie sei nicht nur bereit, sich über die Probleme deutscher Jugendlicher zu informieren und ihre Entwicklung zu verfolgen, sondern bemühe sich auch "[d']aider la jeunesse allemande elle-même à se retrouver." Für Schmittlein wurde damit deutlich, daß die Jugend ein geeigneter Anknüpfungspunkt für die Veränderungen in den deutsch-französischen Beziehungen war. Die französische Jugend trug in seinen Augen zu den Veränderungen in doppelter Hinsicht bei: Sie unterstützte die Umerziehung der deutschen Jugend, indem sie den Versuch unternahm, der deutschen Jugend zu helfen, "sich wieder zu finden", und sie trug in den Begegnungen gleichzeitig zur Verständigung bei. "Les relations entre jeunes sont marquées non plus de ce caractère

1966 herausstellen sollte, wurde die WAY ebenso wie der "Conseil Nationale de la Jeunesse Américaine" (USYC) spätestens seit den 50er Jahren zu 90% aus einem geheimen Fonds des CIA finanziert. Vgl. *ibid.*, S. 7 und S. 597 ff. Dies beweist, daß auch die Weltjugend vor den Mechanismen und Konfrontationen des Kalten Krieges nicht gefeit war.

⁵⁵⁸ René Rémond, *Jeunesses catholiques à Saint-Maximin*, in: *Allemagne*, 4 (1949), Hinweis aus: Kirsten Hoyer, *Deutsche Jugendorganisationen*, S. 116.

⁵⁵⁹ Vermerk Schmittlein an General Koenig vom 24.12.1948, in: MAE/Colmar, AC 350/2.

de sentimentalité facile qui les affaiblissait il y a 20 ans, mais par la volonté de connaître exactement le bilan des qualités et des défauts du voisin et d'en tenir compte pour l'établissement des bonnes relations futures et d'un travail commun", setzte Schmittlein seine Ausführungen fort. Die politischen Ereignisse des Jahres 1948 - Schmittlein wird hier die sich abzeichnende Gründung zweier deutscher Teilstaaten und den wachsenden Ost-West-Gegensatz meinen - hätten die kulturelle Annäherung nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil, "la conscience que prennent les jeunes française et allemande de leur commune origine et de leur commune civilisation, se trouve affermie par l'évolution politique qui a mis à l'ordre du jour la constitution des Etats-Unis d'Europe". Sicher bleibe der deutsche Nationalismus als Problem, das abgebaut werden müsse. Um so wichtiger sei es, schrieb Schmittlein, die persönlichen Kontakte zu vervielfachen: "Ils ont prouvé que la source de la plupart des difficultés et des oppositions résidait ... dans le malentendu. Le contact personnel élimine le malentendu et il amène tout naturellement les gens ... de bonne volonté à constater que leur but est commun et que seules les questions de méthode, parfois, les font diverger."⁵⁶⁰ Dies war ein eindeutiges Plädoyer für die Notwendigkeit, die internationalen Begegnungen fortzusetzen.

Eine besondere Einrichtung in der französischen Zone war die internationale Begegnungsstätte Der Höllhof⁵⁶¹. Hier trafen sich von 1947 bis Mitte 1949 auf Initiative und unter Federführung des Delegierten der französischen Militärregierung für Offenburger, Pierre Robert, ein ehemaliges Mitglied des französischen Widerstands, einstige Jugendführer der Hitlerjugend für zwei Monate mit Jugendlichen anderer Länder zum Austausch. Täglich wurden Referate zu politisch-gesellschaftlichen Themen gehalten und anschließend darüber diskutiert. Die Teilnehmer, die zu 75% erzieherische Berufe ausgeübt hatten, sollten befähigt werden, ihre alten Tätigkeiten wieder aufzunehmen und somit den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Joseph Rovon, offizieller Beobachter des ersten Höllhoftreffens, unterstrich die Notwendigkeit dieser "réorientation intellectuelle, culturelle et civique". Es liege

⁵⁶⁰ Ibid.

⁵⁶¹ Zur Entstehungsgeschichte vgl. Zauner, Erziehung, S. 171.

im französischen Interesse, "d'introduire ainsi des éléments jeunes, formés par nous, dans les administrations et corporations sclérosées de notre zone."⁵⁶²

Die Jugendherbergen erhielten im Rahmen der französischen Politik eine doppelte Funktion. Sie wurden von Beginn an gefördert, weil die Franzosen ein konfessions- und parteiübergreifendes, international ausgerichtetes Pendant zum französischen *ajisme*⁵⁶³ initiieren wollten, das im Sinne des jugendpolitischen Konzeptes einen Ausgleich zu Parteien und Kirche bilden sollte. Zum anderen sollten sie zum Treffpunkt und Ort internationaler Begegnungen werden: "Elles [les auberges de la jeunesse] pourront être dans l'avenir le premier terrain de rencontre entre la jeunesse allemande et les jeunes étrangères", hatte Moreau im Dezember 1945 in seinen Richtlinien für die Jugendpolitik formuliert⁵⁶⁴. Zwar wurden die Jugendherbergen für internationale Begegnungen genutzt, die französischen Hoffnungen, über die Restitution der südwestdeutschen Jugendherbergen in Deutschland eine Bewegung anzustoßen, die dem französischen *ajisme*⁵⁶⁵ der 30er Jahre vergleichbar war, erfüllten sich jedoch nicht. Von 178 überprüften Jugendherbergen waren zu Beginn des Jahres 1947 70 wieder in Betrieb, bis zum Sommer 1949 waren zonenweit insgesamt 80 Einrichtungen wieder funktionsfähig⁵⁶⁶.

Juristisch betrachtet, war die Phase der direkten Verwaltung durch die französischen Besatzer bereits mit der Verordnung Nr. 95 vom 9. Juni 1947 beendet worden. Den Ländern oblag nun die Gesetzesinitiative in Bildungsfragen, wenn auch ein gewisses Kontrollrecht erhalten geblieben war und Schmittlein ein Initiativ- und Vetorecht in kulturellen Fragen hatte erwirken können⁵⁶⁷. Ein weiterer Kompetenzverlust im Bereich der außerschulischen Jugendbildung war aufgrund der politischen Entwicklung, in deren Folge die Deutschen mehr politische Kompetenzen erhalten sollten, spätestens ab 1948 absehbar und veranlaßte Moreau, Alternativen zu durchden-

⁵⁶² Vgl. Mombert, *Jeunesse et livre*, S. 63 ff. und Hoyer, *Deutsche Jugendorganisationen*, S.120.

⁵⁶³ Französische Jugendherbergsbewegung

⁵⁶⁴ Circulaire d'application de l'ordonnance et de l'arrêté concernant les Associations de Jeunesse in der Fassung vom 13.12.1945, S. 6, in: MAE/Colmar, AC 69/1.

⁵⁶⁵ Bilan d'activité de la Section Jeunesse et Sports Tübingen, in: MAE/Colmar, AC 264/1.

⁵⁶⁶ Rapport sur la démilitarisation, la dénazification et la démocratisation dans la Z.F.O. Questions concernant la D.E.P vom 4.1.1947, in: MAE/Colmar, AC 67/1 und Zauner, *Erziehung*, S. 169.

⁵⁶⁷ Dieses Initiativ- und Vetorecht war Schmittlein besonders für die geplante Schulreform wichtig, vgl. Defrance, *Les Alliés occidentaux*, S. 217.

ken. Bei den internationalen Begegnungen schien die französische Militärregierung gut beraten, eine offizielle, allzu sichtbare Planung und Leitung dieser Austauschbegegnungen zu vermeiden und diese an private Organisationen abzutreten.

Schon seit 1946 hatte man von der Existenz einiger Einrichtungen profitieren können. So hatte die große laizistische Organisation Ligue Française de l'Enseignement (Französische Liga für Unterricht und Schulwesen) bereits im Jahre 1946 in Knibis im Schwarzwald ein Zentrum für Begegnungen eingerichtet. Es sollte Kontakte zwischen französischen laizistischen Bewegungen und den im Bereich Jugend und Erziehung tätigen deutschen Gruppen mit ähnlichem Charakter, wie z. B. den Jungsozialisten und Naturfreunden, organisieren⁵⁶⁸. Etwa zur selben Zeit hatte Jacques Gosselin, ein junger, vom katholischen Glauben bewegter Offizier, in Speyer ein weiteres Begegnungszentrum errichtet: Hier fand 1947 die erste deutsch-französische Historikerbegegnung statt. Die Gründung des Freiburger Instituts für Internationale Begegnungen 1949 verfolgte ebenfalls das Ziel, die internationalen Treffen aus der organisatorischen und finanziellen Abhängigkeit der französischen Behörden zu lösen und in eine private Initiative münden zu lassen. Als eine bei den deutschen und alliierten Behörden akkreditierte neutrale Mittlerstelle hatte es sich das Institut zur Aufgabe gemacht, all diejenigen finanziell und organisatorisch zu unterstützen, die an dem internationalen Austausch interessiert waren⁵⁶⁹.

Im Sommer 1948 erarbeitete Moreau Vorschläge, wie er die internationalen Begegnungen in die Zukunft retten könnte: "La préoccupation de prolonger cette œuvre, si possible, au-delà de l'occupation, doit amener le service de la jeunesse et de la culture populaire à favoriser la constitution d'associations françaises et allemandes, ou mixtes, capables d'assumer la responsabilité de l'organisation de ces rencontres. Le rôle des services officiels n'en sera vraisemblablement pas allégé pour

⁵⁶⁸ Moreau, Jugendarbeit und Volksbildung, S. 29 f.

⁵⁶⁹ Vgl. Hoyer, Deutsche Jugendorganisationen, S. 119. Das Institut wurde im Anschluß an ein Neujahrstreffen von Leitern und Teilnehmern ehemaliger Jugendtreffen in Südbaden in der Jugendherberge Titisee gegründet. Vgl. hierzu "Neujahrstreffen in Titisee", in: Das Treffen/Rencontres, 3 (1949), S. 66-75. Hier finden sich auch ein Auszug aus den Statuten und eine Liste der Institutsmitglieder. Zu weiteren Begegnungszentren in der französischen Zone (Schluchsee, Speyer, Knibies, Inzighofen) vgl. Defrance, La politique culturelle, S. 192 f.

autant dans un proche avenir ... mails il semble indispensable de susciter de telles initiatives privées et de leur donner leur chance."⁵⁷⁰

Ferner versuchte Moreau, eine französische Beteiligung an der Weiterentwicklung der deutschen Jugend zu garantieren, indem er ab Anfang 1949 eine konkrete und umfassende jugendpolitische Zusammenarbeit auf westallierter Ebene anstrebte, zu einem Zeitpunkt, als die Gründung eines westdeutschen Staates bereits abzusehen und das Besatzungsstatut in Vorbereitung war. So hatte er bei dem Treffen mit seinen britischen und amerikanischen Kollegen im Januar 1949 in Düsseldorf auf die Notwendigkeit eines "accord tripartite" hingewiesen und Kooperationsvorschläge für die Bereiche "organisation des échanges internationaux, formation des cadres de jeunesse, scoutisme" gemacht⁵⁷¹. Moreaus Initiative zielte vor allem darauf ab, eine alliierte Kooperation ohne die Deutschen in die Wege zu leiten, zu groß war offenbar immer noch das Mißtrauen: "Nous ne sommes pas d'accord pour des règlements partiels et empiriques et attachons beaucoup de prix à envisager un certain nombre de problèmes en toute clarté, sur le plan tripartite, et en dehors des autorités allemandes."⁵⁷² Dieser Vorstoß auf internationaler Ebene zeigt, daß der Wunsch, die Kontrolle über die deutsche Jugend zu behalten, Priorität vor einem unbedingt deutsch-französischen Charakter der jugendpolitischen Maßnahmen hatte und bestätigte die Annahme, daß, verständlicherweise, bei den deutsch-französischen Jugendaustauschbemühungen vor allem die Einflußnahme auf die deutsche Jugend im Vordergrund stand. Der positive Aspekt der Verständigung und Aussöhnung ging damit einher, stand aber zunächst nicht an erster Stelle. Moreaus Vorstoß zur alliierten Zusammenarbeit fand jedoch bei seinen britischen und amerikanischen Kollegen - entgegen ihrer zunächst positiven Reaktion im Januar 1949 - kein Gehör⁵⁷³. Im Mai 1949 beklagte er sich bei Nigel Spicer darüber, daß die von den Amerikanern angekündigte Fortsetzung der Gespräche über dieses Thema nicht erfolgt sei⁵⁷⁴. Seine Initiative erfuhr ein ähnliches Schicksal wie Schmittleins Bemühungen, im Besatzungsstatut französisches bzw. alliiertes Mitspracherecht im Bereich Bildung zu erwirken, Frank-

⁵⁷⁰ Bilan moral des rencontres internationales de jeunesse en Z.F.O. durant l'été 1948, in: MAE/Colmar, AC 69/2.

⁵⁷¹ Protokoll der Sitzung vom 31.1.1949 in: MAE/Colmar, AC 349/2.

⁵⁷² Schreiben Moreaus an Capitaine Spicer vom 4.5.1949, in: MAE/Colmar, AC 349/4.

⁵⁷³ Ibid.

⁵⁷⁴ Ibid.

reichs Position konnte sich nicht durchsetzen. Moreaus Vorschlag wurde nicht mehr aufgegriffen und war mit der Verkündung des Statuts im April 1949 obsolet geworden. Auf eine interalliierte Kooperation konnte Moreau also nicht zählen und er mußte sich daher alleine für eine Fortsetzung und Verankerung der internationalen Begegnungen einsetzen. Immerhin konnte er neben der Rückendeckung von Schmittlein und General Koenig nun zumindest auch mit einer gewissen Akzeptanz seiner Maßnahmen in Paris rechnen, wo sich im Rahmen des Kalten Krieges ein gewisses Interesse an der Zukunft der westdeutschen Jugend zu regen begann. Für die Fortsetzung seiner Austauschaktivitäten gewannen für ihn die deutsch-französischen privaten Initiativen zunehmend an Bedeutung.

6. Erste private Initiativen 1945-1949

In diesem Abschnitt soll es zunächst um Initiativen französischer Persönlichkeiten gehen, die 1945 davon überzeugt waren, daß nicht der "Geist von Versailles" Leitlinie des Verhaltens gegenüber den Deutschen sein sollte, sondern daß eine Wende in den deutsch-französischen Beziehungen unabdingbar für die Zukunft beider Völker und Europas war. Die Erfahrungen der Franzosen, die hier das Feld bestimmten, waren geprägt vom Siegeszug des Nationalsozialismus in Deutschland, vom Kampf gegen Hitlerdeutschland und die Kriegsgefangenschaft, von den Erfahrungen unter deutscher Besatzung, dem Kampf für Frankreichs Freiheit in der Résistance und von Deportationen in Konzentrationslager.

Zu den Persönlichkeiten, die eine Veränderung herbeiführen wollten, zählte allen voran Pater Jean du Rivau, der als französischer Soldat und Militärgeistlicher seine Verständigungsinitiative im August 1945 mit der Gründung der Zeitschrift Documents begann und dessen Name eng mit den noch unter französischer Besatzung gegründeten Organisationen B.I.L.D. (Bureau International de Liaison et de Documentation) und GÜZ (Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit) verbunden ist. Zu den frühen Verständigungsinitiativen gehören ferner das von Emmanuel Mounier und Alfred Grosser ins Leben gerufene Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle und das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg, dessen Gründung auf eine deutsche Initiative zurückgeht. Parallelen dieser Initiativen ergeben sich aus ihrer gemeinsamen Programmatik, d. h. dem gemeinsamen Selbstverständnis als Ver-

ständigungsakteure. Ihre Aktivitäten galten einem intensiven Personen- und Informationsaustausch vor allem im intellektuellen Milieu, zunächst vorwiegend in Deutschland, dann auch in Frankreich. Charakteristisch ist, daß einige der Verständigungsakteure, wie Mounier und du Rivau, dem linkskatholischen Milieu angehörten⁵⁷⁵.

Allen Initiativen war gemeinsam, daß sie sich insbesondere um den Austausch von französischen und deutschen Jugendlichen bemühten. Man wollte diese Generation dabei unterstützen, gemeinsam den Boden für eine dauerhafte deutsch-französische Verständigung zu bereiten. Diese frühen Nachkriegsinitiativen wurden für Moreau 1948/1949 zu einem wichtigen Pfeiler. Denn diese Austauschorganisationen konnten ihre Arbeit über die besatzungspolitische Zeit hinaus fortsetzen und eröffneten somit auch die Möglichkeit, daß deutsche Jugendliche bei dem Erfahrungsaustausch mit Franzosen von deren Erfahrungen profitierten und diese gegebenenfalls als Vorbild für die eigene Arbeit ansahen.

6.1. Frühe französische Initiativen: Das Zeitschriftenpaar Documents/Dokumente und die Gründung von B.I.L.D. (Bureau International de Liaison et de Documentation) und der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GÜZ)

Im August 1945, noch bevor kulturpolitische Richtlinien der französischen Besatzungsregierung entwickelt und veröffentlicht worden waren, gründete Père du Rivau das Zeitschriftenpaar Documents und Dokumente, das zu einem Organ der Annäherung von Franzosen und Deutschen und im Rahmen der deutsch-französischen Versöhnung zu einem Symbol werden sollte.

Du Rivau hatte als Soldat, als Kriegsgefangener und als Militärgeistlicher die Absurdität des Krieges kennengelernt. Da Frankreich (Vichy) nach der militärischen Niederlage bis 1944 keine Armee mehr besaß, hatte die Regierung eine Art nationalen Dienst eingerichtet, die Chantiers de Jeunesse, für den du Rivau sich engagierte⁵⁷⁶. In diesen Chantiers betreute er als Seelsorger junge Franzosen. Am Ende der Feindseligkeiten wurde er als Militärgeistlicher nach Offenburg entsandt und kümmerte sich als Seelsorger um die dort stationierten französischen Truppen. Ferner bereiste der umtriebige Jesuit die gesamte französische Zone und wurde mit der

⁵⁷⁵ Vgl. dazu Albrecht, Das Comité.

deutschen Realität konfrontiert. Die Erkenntnis, daß sich weder die französischen Besatzungsoffiziere noch die Franzosen im eigenen Land für die tragische Situation Deutschlands interessierten, veranlaßte ihn dazu, selbst aktiv zu werden, um Kontakte zwischen Franzosen und Deutschen zu ermöglichen. Neben der materiellen Hilfe war für ihn Information das Schlüsselwort, das zum Leitmotiv seiner Initiativen wurde, so auch für die von ihm ins Leben gerufene Zeitschrift Documents. Im Vorwort zur ersten Ausgabe von Documents formulierte er das Ziel dieses Organs: "Notre but en publiant ces divers documents est uniquement de servir et de renseigner de part et d'autre sur les faits et gestes de l'un et l'autre. Nous ne voulons prendre parti, nous, désirons simplement éclairer les uns et les autres par des textes et permettre le jour venant de commencer à parler."⁵⁷⁷

Wichtig war du Rivau, daß die Franzosen Deutschland durch die Deutschen selbst kennenlernten. Deutsche Denker, Philosophen, Journalisten und Politiker verfügten von nun an über eine Tribüne, auf der sie den französischen Lesern ihre Sicht der Probleme Deutschlands erklären konnten. Von Beginn an hatte die Zeitschrift einen individuellen Zuschnitt. Sie war religiös verankert und veröffentlichte beispielsweise in ihren ersten Nummern Hirtenbriefe deutscher katholischer Bischöfe und Stellungnahmen protestantischer Pastoren zur deutschen Situation und auch der deutschen Jugend. Christdemokratisch orientiert, setzte sich die Zeitschrift für Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen ein: "Cet idéal qui, impliquant le combat contre le nationalisme politique et culturel, voulait naturellement le rapprochement avec l'Allemagne."⁵⁷⁸ Die deutsch-französische Aussöhnung wurde dabei als Motor für Europa propagiert: "La France et la République fédérale ne peuvent faire de leur union un but qui s'impose à l'opinion des deux pays ... La réconciliation faite, l'accent franco-allemand n'a de sens que s'il sert de moteur, d'accélérateur à l'Europe."⁵⁷⁹

Man wollte Informationen beider Länder zur Verfügung stellen, auf deren Grundlage es jedem möglich sein sollte, sich seine eigene Meinung bilden zu können.

⁵⁷⁶ Zur Vita du Rivaus vgl. François Bourel, Jean du Rivau, in: *Dokumente*, 21 (1970), S. 3-8 und Michel Guervel, Le fondateur Jean du Rivau, in: *Documents*, 45 (1990), S. 125-131.

⁵⁷⁷ Jean du Rivau, En guise de présentation, *Documents*, 1 (1945).

⁵⁷⁸ Raïssa Mézières, *Documents*, revue des questions allemandes et de l'idée européenne, 1945-1949, in: *Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin*, Nr. 5, 1998, S. 34.

⁵⁷⁹ Eine Aussage Joseph Rovans, zit. n. Mézières, *Documents*, S. 50.

Dabei fällt allerdings auf, daß vor allem über das westliche Deutschland berichtet wurde⁵⁸⁰. Das Wissen über den jeweils anderen sollte die Basis für den Dialog sein. In Frankreich veröffentlichte Documents Artikel über Deutschland, Österreich und Zentraleuropa. Sie machten die französischen Leser mit der sozialen, geistigen und religiösen Lage im Nachkriegsdeutschland bekannt⁵⁸¹, wobei in den ersten Jahren religiösen Fragen großer Raum gegeben wurde⁵⁸². Das deutsche Pendant zu Documents, die Ausgabe Dokumente, die über die "grands courants de la pensée française et mondiale" informierte, wurde erst später ins Leben gerufen. Ausgangspunkt der Zeitschriftengründung Documents war es 1945, zunächst einmal französisches Interesse für Deutschland zu wecken. Das Organ bot ferner bibliographische Hinweise, druckte wichtige Artikel, die im Nachbarland erschienen waren, in Übersetzung ab und wies auf Bücher zu religiösen, kulturellen und sozialen Themen hin. Seit 1948 veröffentlichte es außerdem Leserbriefe, die beide Zeitschriften erreichten, und wurde damit zu einer echten Dialogplattform⁵⁸³.

Die dreiköpfige Redaktionsgruppe, bestehend aus einem jungen deutschen Bruder und zwei jungen französischen Jesuiten, vergrößerte sich 1946 um weitere angehende Jesuiten, wie etwa Luc-Antoine Boumard, 1945 bis 1949 Chefredakteur der Zeitschrift, und Michel Guervel, der 1946 bis 1949 in seinen Ferien für du Rivau Übersetzungen französischer Literatur der letzten zehn Jahre anfertigte. Eine Verbindung zur französischen Militärregierung bestand über die französischen Lektoren an den deutschen Volkshochschulen, z. B. über René Wintzen⁵⁸⁴, der im Oktober 1949 zu du Rivaus Redaktionsteam stieß⁵⁸⁵.

Schon bald bildete sich um die beiden Zeitschriften eine kleine Equipe aus Franzosen und Deutschen, die alle den Krieg und seine Folgen kannten. Du Rivau ging nun einen Schritt weiter und gründete noch 1945 ein Studienzentrum in Offen-

⁵⁸⁰ Vgl. Mézières, Documents, S. 43.

⁵⁸¹ Zu den Themen im einzelnen vgl. Raïssa Mézières, *L'idée d'Europe dans Documents, Revue des questions allemandes (1945-1963)*, Mémoire de Maîtrise sous la direction de Robert Frank, Université de Paris I, 1997, S. 48-56.

⁵⁸² Henri Ménudier, *La revue Documents et le B.I.L.D.. Les articles des années 1945-1955*, in: Passerelles et passeurs, Paris 2002, S. 233.

⁵⁸³ François Bourel, Jean du Rivau, in: *Dokumente*, 21 (1970), S. 6.

⁵⁸⁴ René Wintzen, *Le rôle des services d'Education populaire et des initiatives privées (rencontres franco-allemandes d'écrivains, Documents/Dokumente)*, in: Jurt (Hg.), *Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation*, S. 211 f.

burg, das Centre d'études culturelles, économiques et sociales⁵⁸⁶, das 1947 in das Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.)⁵⁸⁷ und die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GÜZ)⁵⁸⁸ mündete. Ziel war es nunmehr, die Menschen zusammenzuführen und den Rahmen für einen persönlichen Austausch zu schaffen. Die beiden Organisationen wurden zudem von der Groupe d'Etudes Allemandes ergänzt. "[Ce travail franco-allemand] fondé sur l'idée de l'échange, et non plus sur la rééducation des uns par les autres, né de la conviction qu'il existait une responsabilité commune dans l'évolution de l'Allemagne renaissante ... [permet de créer] une sorte d'infrastructure humaine aux relations intergouvernementales futures."⁵⁸⁹

Das Verdienst von B.I.L.D. war insbesondere, deutsche und französische Intellektuelle zusammenzubringen. Auf das erste deutsch-französische Treffen christlicher Schriftsteller 1947 in Lahr folgte im Oktober 1948 eine zweite Studientagung in Roy-aumont in Frankreich. Hier diskutierten bekannte Persönlichkeiten wie Albert Beguin, Emmanuel Mounier, Robert Minder, Edmond Vermeil, Walter Dirks, Eugen Kogon, Joseph Rovon und Elisabeth Langgässer über soziale Fragen⁵⁹⁰. Du Rivau stieß nicht nur den Austausch von Intellektuellen, Kirchenvertretern und Politikern an, sondern betrachtete es auch als wichtiges Anliegen, junge deutsche und französische Studenten zusammenzuführen. Im schwierigen Klima der allgemeinen französischen Besatzungspolitik bemühte er sich, die Unabhängigkeit gegenüber der französischen Mili-

⁵⁸⁵ Vgl. Mézières, Documents, S. 36. Wintzen war von 1978 bis 1985 Chefredakteur von Documents.

⁵⁸⁶ 1946 umbenannt in Centre d'Etudes Culturelles, Economiques et Sociales; zur Bedeutung der unterschiedlichen Bezeichnungen vgl. Ménudier, La revue Documents, S. 239.

⁵⁸⁷ Michel Guervel, Le B.I.L.D. De Jean de Rivau à Joseph Rovon, in: Henri Ménudier (Hg.), Le couple franco-allemand en Europe, S. 299-306.

⁵⁸⁸ Vgl. Eitel-Victor Couchoud, Die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich, Bd. 3, S. 28-31.

⁵⁸⁹ Alfred Grosser, L'Allemagne en Occident. La République fédérale, 40 ans après, Paris 1985, S. 38. Für das von Alfred Grosser mitgegründete Comité konnte allerdings nachgewiesen werden, daß Themen von Frankreich vorgegeben wurden. Vgl. Albrecht, Das Comité, S. 6. Daher kann man in der Praxis nicht von einem gleichwertigen Austausch sprechen.

⁵⁹⁰ Josef Winkelheide, Der katholische Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung, in: 87. Deutscher Katholikentag, Düsseldorf 1982, Bd. 2, Vortragsreihe Fragen zur Zeitgeschichte, S. 378 f. und Mechthild Rahner, Die Intellektuellentreffen der Nachkriegszeit als Agentur der deutsch-französischen Verständigung, in: Lendemains, 84 (1996), S. 98. Vgl. auch René Wintzen, Les rencontres franco-allemandes d'écrivains (1945-1984), in: Allemagne d'aujourd'hui, 112 (1990), S. 93 ff.

täradministration zu wahren⁵⁹¹, auf deren finanzielle Unterstützung er jedoch auch bald angewiesen sein sollte.

Bezeichnend für den Charakter, den er sich für die deutsch-französischen Beziehungen wünschte, ist sein Begriff des "gerechten Patriotismus", in dem sich Nationalismus mit christlichem Glauben paarte: "Der Patriotismus in seiner höchsten Form ist der, der zwar die Liebe zum eigenen Volke einbegreift, diese Liebe aber in eine universale Liebe integriert und einfügt. Das bedeutet einen Begriff der Gerechtigkeit, der überhöht und sublimiert wird durch eine Liebe zu allem, was Menschenantlitz trägt"⁵⁹². Du Rivaus Patriotismus war ein Patriotismus des Dialoges und des Austausches mit anderen Völkern. Seine Einstellung gegenüber den Deutschen war aber auch von Mißtrauen geprägt. So war er der Meinung, daß die Psychologie der Völker von der der Einzelpersonen nicht so sehr verschieden sei. Gewisse Neigungen und gefährliche Leidenschaften würden weiterhin in der deutschen Volksseele schlummern; einmal entfesselt, und dies sei immer wieder möglich, würden die Neigungen bei den Deutschen eine besonders beunruhigende Virulenz annehmen. Konkret spricht er von dem deutschen Nationalismus, der stets wiederkehren könne und der im Verhältnis zu Frankreich auch künftig wieder eine Rolle spielen werde⁵⁹³.

Die Initiative B.I.L.D. zu gründen, war im Jahre 1947 etwas Außergewöhnliches. So meldete du Rivau die Gründung seiner Organisation auch erst den französi-

⁵⁹¹ François Bourel, Jean du Rivau, in: Dokumente, 21 (1970), S. 7.

⁵⁹² Jean du Rivau, Überwindung der Grenzen-Ideologie, Ansprache zur Begrüßung der Teilnehmer am deutsch-französischen Schriftstellertreffen vom 25.-29. August in Lahr, deutscher Text veröffentlicht in: Dokumente, H 8 (1947), S. 452-455, auch abgedr. in: Dokumente, 21 (1970), S. 9-10, hier S. 10.

⁵⁹³ Jean du Rivau, Deutschland und Frankreich, zuerst in Etudes, März 1966, abgedr. in: Dokumente, 21 (1970), S. 11 f. Der Beitrag du Rivaus von 1966 offenbart, jenseits des Verständigungsgedankens, seine psychologische Einschätzung der Deutschen. So reflektierte er in seinem Beitrag von 1966 über das deutsch-französische Verhältnis und sprach von der "anormalen Spanne zwischen der [deutschen] wirtschaftlichen und sogar militärischen Macht einerseits und fast totalen weltpolitischen Ohnmacht [Deutschlands] andererseits, seiner Abhängigkeit insbesondere von einem Frankreich", von dem es wisse, daß es schwächer sei. Als einen psychologisch zu berücksichtigenden Faktor beschrieb du Rivau "jene enttäuschte Liebe, die sich gegenüber Frankreich in periodischen Abständen in der deutschen Seele bemerkbar" mache. In der Freundschaft mit Frankreich, die sich nach dem Krieg schnell zu festigen begann, erblicke das neue Deutschland nicht nur ein Mittel, um aus seiner Isolierung herauszufinden, sondern auch die Chance eines Gleichgewichts, erläuterte er. "In der Freundschaft mit einem anderen hinreichend starken und erfahrenen Land verbunden zu sein ..., hieß sich selbst von vornherein die fatalen Abenteuer von einst zu versagen ... Zweifellos würde diese Freundschaft immer wieder neue Hindernisse zu überwinden haben," führte du Rivau fort, in: ibid. S. 11 f.

schen Besatzungsbehörden, als sie bereits ein halbes Jahr bestand. Er verkündete sie General Koenig mit den Worten: "Ich habe Ihnen zu melden, daß seit einem halben Jahr in Ihrer Zone eine Untergrundbewegung existiert. Ich habe sie ins Leben gerufen"⁵⁹⁴.

Die Beziehungen zur französischen Besatzungsmacht waren gespannt, da du Rivau beispielsweise mit seinen interzonalen Kontakten Richtlinien umging: "Les rapports du Père du Rivau avec les autorités de la ZFO étaient d'autant plus tendus qu'il ne respectait guère l'interdiction de développer des contacts avec les Allemands des autres zones."⁵⁹⁵ Der Ansatz habe sich von der offiziellen französischen Kulturpolitik unterschieden: "L'approche du Père du Rivau se distingue de celle de l'occupation française qui vise à rééduquer le peuple allemand, entre autres par le truchement de la culture. Cette politique parfois généreuse dans ses objectifs et ses moyens, suscite une certaine méfiance chez les Allemands."⁵⁹⁶ In der Tat wurden die Zeitschriftengründungen ebenso wie die von du Rivau gegründeten Gesellschaften von den Deutschen angenommen und bestehen noch heute - trotz häufiger finanziell schwieriger Phasen, die mit Hilfe des Französischen Hochkommissariats überbrückt werden konnten. Einige von der DEP initiierten Zeitschriften hingegen wie etwa Die Aussprache oder Das Treffen/Rencontres mußten bereits 1949 bzw. Anfang der 50er Jahre eingestellt werden, da sie nicht mehr finanzierbar waren.

Die Förderung privater Organisationen war für die Abteilung Internationale Begegnungen in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Als Vermittler von Informationen aus Frankreich warben sie für Frankreich und seine Kultur, als Initiatoren von Austauschbegegnungen öffneten sie jungen Deutschen das "Fenster zur Welt", wie es Moreau bereits in seinen Ausarbeitungen vom August 1945 angeregt hatte. Sie waren Mittlerorganisationen, die für die Kontinuität der Austauschbegegnungen sorgten, und die von der DEP initiierte Arbeit fortsetzten konnten, die für diese ab 1949 schwieriger wurde.

Erweitert wurde die Arbeit von B.I.L.D. durch die Bildung der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GÜZ) im Jahre 1949⁵⁹⁷. Ihr erster Präsident wurde

⁵⁹⁴ Zit. n. Winkelheide, Der katholische Beitrag, S. 375.

⁵⁹⁵ Ménudier, La revue Documents, S. 239.

⁵⁹⁶ Ibid.

⁵⁹⁷ Gründungsdatum aus: François Bourel, Projet d'une note sur le B.I.L.D. vom Juli 1973. Gefunden im Archiv von B.I.L.D., Paris.

Wilhelm Hausenstein, der Deutschland in Paris von 1950 bis 1955 als erster Generalkonsul, ab 1953 dann als erster Botschafter vertrat⁵⁹⁸. Mit der Bildung dieser Gesellschaft wurde noch einmal formal der bilaterale Aspekt unterstrichen, der weder beim Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle noch bei dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg so deutlich zum Tragen kommen sollte⁵⁹⁹. Der der Verfasserin vorliegende Vertrag zwischen B.I.L.D. und der GÜZ⁶⁰⁰, der allerdings aus dem Jahre 1962 stammt, ist Ausdruck dafür. So waren alle Mitglieder von B.I.L.D. automatisch Mitglieder der Gesellschaft und umgekehrt. Die Mitgliederversammlungen wurden gemeinsam abgehalten. Die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft konnten mit Sitz und Stimme an den Vorstandssitzungen von B.I.L.D. teilnehmen und umgekehrt. Auch wirtschaftlich bildeten das Pariser und das 1955/56 von Offenburg nach Köln verlegte Büro eine Einheit⁶⁰¹.

6.2. Das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle. Eine französische Austausch- und Verständigungsinitiative mit dem "neuen" Deutschland

Als junger Journalist reiste Alfred Grosser 1947 durch die französische Zone und gewann dabei ein Bild von der schwierigen Lage der deutschen Jugend. Seine Eindrücke veröffentlichte er daraufhin ab Juni 1947 in einer Artikelserie der Zeitung Combat, um die französische Öffentlichkeit darüber zu informieren. In der Überschrift seines Artikels vom 31. Oktober 1947 brachte er ein Motto seiner weiteren Arbeit auf den Punkt: "Avant qu'il soit trop tard, la France doit faire aux Allemands de demain l'apprentissage de sa culture"⁶⁰². Dies reiche allerdings nicht aus, um der deutschen Jugend die wirklich aktuellen Probleme klarzumachen. Sie lernten die französische Kultur unter den Bedingungen der Besatzung kennen und das französische Verhalten

⁵⁹⁸ Vgl. Wilhelm Hausenstein, Pariser Erinnerungen. Aus fünf Jahren diplomatischen Dienstes 1950-1955, München 1961. Laut Ménudier übernahm der ehemalige Widerstandskämpfer Georg Smolka von 1949 bis 1954 diese Funktion. Vgl. Ménudier, La revue Documents, S. 238. Zu Hausensteins diplomatischer Tätigkeit in Paris vgl. ebenfalls Ulrich Lappenküper, Wilhelm Hausenstein. Adenauers erster Missionschef in Paris, in: VfZ, 43 (1995), S. 635-678.

⁵⁹⁹ Diese Organisationen bestanden entweder nur in Frankreich oder nur in Deutschland.

⁶⁰⁰ Vertrag zwischen der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V. und dem Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.) vom 28.2.1962. Gefunden im Archiv von B.I.L.D., Paris.

⁶⁰¹ Ibid. und Couchoud, Die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, S. 30.

⁶⁰² Alfred Grosser, in: Combat vom 31.10.1947.

sei nicht immer vorbildhaft. Er forderte, die Jugend ins benachbarte Ausland reisen zu lassen: "Il faudrait lui ouvrir des fenêtres, l'informer, la mettre en rapport avec la jeunesse d'autres pays. Il faut que les jeunes Allemands puissent venir en France"⁶⁰³. Das Argument, man könne den Franzosen dies nicht zumuten, da sie das Unheil noch nicht vergessen hätten, wendete er ins Gegenteil: "Mais il faut espérer au contraire qu'ils ne les oublient jamais! C'est en y pensant qu'ils se doivent d'accueillir des jeunes gens de là-bas, précisément pour éviter un retour de semblables horreurs."⁶⁰⁴ Hiermit faßte er den Verständigungsgedanken in Worte, der für die deutsch-französischen Begegnungen bestimmend sein sollte und auch ihren besonderen Charakter ausmachte. "Un tel geste fait plus pour le renom de la France que tous les discours sur notre grandeur." Moreau reagierte auf die Kritik an der französischen Besatzungspolitik mit einem Brief an Grosser, in dem er auf die ersten Maßnahmen der Abteilung Jeunesse et Sports hinwies. Ferner ermunterte er Grosser dazu, sich diese Aktivitäten genauer anzuschauen⁶⁰⁵.

Vor allem der Kontakt zu Emmanuel Mounier war es, der Grosser schließlich auf den Weg der deutsch-französischen Austauscharbeit führte. Mounier, Herausgeber der Zeitschrift *Esprit*, war bereits im Winter 1946/1947 in Begleitung von Moreau durch die französische und amerikanische Zone gereist⁶⁰⁶.

Mounier suchte das Gespräch mit deutschen Intellektuellen, die fähig waren, das Wesentliche der Reaktionen deutscher Intellektueller auf die deutsche Geschichte auszudrücken. So kam er u. a. in Verbindung mit den Herausgebern der Frankfurter Hefte, Walter Dirks und Eugen Kogon - Kontakte, die die Abteilung Jugend und Volksbildung vermittelt hatte⁶⁰⁷. Mouniers Reise durch das Nachkriegsdeutschland fand im Juni 1947 ihren Niederschlag in einer Sondernummer von *Esprit*, die dem Thema "Les Allemands parlent de l'Allemagne" gewidmet war. Kurze Zeit später gründete er das *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle*, in dem Alfred Grosser einen dauerhaften und politisch bedeutsamen Aktionsrahmen finden sollte. Mounier verstand es, einen Kreis zusammenzuführen, der aus Vertretern politischer Organisationen, Professoren, Schriftstellern und Theologen bestand, deren Namen

⁶⁰³ Ibid.

⁶⁰⁴ Ibid.

⁶⁰⁵ Alfred Grosser, *Une vie de Français. Mémoires*, Paris 1997, S. 47 ff.

⁶⁰⁶ Moreau, *Jugendarbeit und Volksbildung*, S. 29.

⁶⁰⁷ Ibid.

mit der Résistance verbunden waren. Dem Anfangspräsidium gehörten neben Mounier der Journalist Remy Roure (Mitarbeiter bei Le Monde und Le Figaro), Edmond Vermeil und David Rousset Vercors an. Zu den Gründungsmitgliedern zählten außerdem der Germanist Joseph-François Angelloz, Robert d'Harcourt, Mitglied der Académie Française und am Institut Catholique tätig, Jean-Marie Domenach, Mitarbeiter bei Esprit, Jean Schlumberger sowie Joseph Rovani⁶⁰⁸.

Die zahlreichen Namen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die aktive Beteiligung nicht stark ausgeprägt war. Carla Albrecht weist darauf hin, daß nur sieben Mitglieder nachweislich an den organisierten Veranstaltungen an der Sorbonne teilnahmen. An Vortrags- und Diskussionsabenden in der Sorbonne wirkten regelmäßig nur Grosser und Vermeil mit⁶⁰⁹. Das Comité meldete sich in den deutsch-französischen Beziehungen klar zu Wort und kritisierte auch fragwürdige Aspekte der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik⁶¹⁰, wie Grosser es bereits in seinem Combat-Artikel von 1947 getan hatte, als er es als absurd bezeichnete, daß das Gouvernement Militaire deutsche Jugendliche zu einem Aufenthalt in der Schweiz anstatt nach Frankreich eingeladen hatte⁶¹¹. Die Verbindungen, die das Comité zur Jugend- und Volksbildungsbehörde unterhielt, zeichneten sich durch beständige Zusammenarbeit aus, die schon im Herbst 1948 begann, als das Comité als französischer Partner für Austauschbegegnungen mit rheinland-pfälzischen Jugendlichen auftrat⁶¹². Auch die Beziehungen zu B.I.L.D. und der Zeitschrift Documents waren sehr eng. Man bestätigte sich gegenseitig seinen Respekt⁶¹³ und traf sich in dem Gedanken, den Dialog zwischen Deutschland und Frankreich fördern zu müssen.

Für Mounier waren die deutsch-französischen Verständigungsbemühungen der Zwischenkriegszeit, die auf den Austausch der Eliten gezielt hatten, nicht mehr angemessen, um die bilateralen Beziehungen zu gestalten. Vielmehr galt es einen Ansatz zu verfolgen, der breitere Bevölkerungsschichten berücksichtigte und der insbesondere der Jugend ihren Platz und ihre Aufgabe einräumte. So schrieb Mounier in der ersten Ausgabe seiner Zeitschrift *Allemagne*: "Il faut mettre Français et Alle-

⁶⁰⁸ Vgl. Albrecht, *Das Comité*, S. 33. Hier finden sich weitere Namen, auch für die 50er Jahre.

⁶⁰⁹ *Ibid.*, S. 35.

⁶¹⁰ Moreau, *Jugendarbeit und Volksbildung*, S. 29.

⁶¹¹ Vgl. dazu Kap. III.5.

⁶¹² Vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 196 f.

⁶¹³ Ménudier, *La revue Documents*, S. 241.

mands en situation de réaliser des œuvres en commun, depuis un camp d'écoliers jusqu'à la paix du monde ... [N]ous soulignons que nous comptons avant tout sur la jeunesse allemande, quelles qu'aient été hier ses illusions, ... car il s'agit avant tout d'avoir, dans le temps qui vient, le cœur hardi et pas trop de nostalgie."⁶¹⁴

In der zweiten Ausgabe der Zeitschrift *Allemagne* stellte Grosser die klassische französische Kulturpolitik einer neuen, für Deutschland angemessenen Kulturarbeit gegenüber, die eine Erweiterung des Kulturbegriffs hinsichtlich der Zielgruppen und der Form der Maßnahmen, bedeutete: "L'autre conception est celle de contacts en profondeur s'adressant aussi bien aux mouvements de jeunesse qu'aux écrivains et artistes, aux syndicats qu'aux universités. Une telle action peut être particulièrement utile si elle s'exerce sur ce qu'on appelle en Allemagne, "la jeune génération", ... les jeunes gens entre 18 et 30 ans environ."⁶¹⁵ Mit diesen Gedanken lag Grosser nicht weit von der Idee entfernt, die Moreau und Schmittlein mit den internationalen Treffen verbanden. Insofern hat die DEP sicher einen Anteil an der Ausbildung des neuen Kulturbegriffs. Somit wäre die Einschätzung Hans Manfred Bocks, der die Ansicht vertritt, dass, wenn die Formulierung "Konzeption eines erweiterten Kulturbegriffs" überhaupt auf einen Ursprungsort zurückgeführt werden könnte, die Spuren auf das personalistisch geprägte Umfeld um das von Emmanuel Mounier 1948 gegründete *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle* zurückgehen würden⁶¹⁶, abzuschwächen. Es ist allerdings hinzuzufügen, daß es Moreau im Rahmen der Umerziehung zunächst vor allem um den Vorbildcharakter ging, den französische Jugendorganisationen auf deutsche haben konnten und nicht vorrangig um einen transnationalen Austausch, wie es Grosser in dem oben angeführten Zitat verstand.

⁶¹⁴ Emmanuel Mounier, Présentation, in: *Allemagne. Bulletin d'information du Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle*, Nr. 1 (1949).

⁶¹⁵ Alfred Grosser, *Rencontres et échanges*, in: *Allemagne*, Nr. 2 (1949).

⁶¹⁶ Bock, *Private Verständigungs-Initiativen* (2003), S. 26.

6.3. Eine deutsche Initiative: Das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg

Eine deutsche Initiative⁶¹⁷ wurde erst gewagt, als sich die "weltanschaulichen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten eines guten deutsch-französischen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens abzuzeichnen [begannen]". Zur Verwirklichung dieses Ziels wollte das am 2. Juli 1948 auf persönliche Anregung von Fritz Schenk gegründete Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg beitragen. Die Gründung erfolgte in der amerikanischen Besatzungszone, jedoch nach Rücksprache mit der DEP in Baden-Baden und dem Institut Français in Tübingen⁶¹⁸. Den französischen Stellen konnte diese Gründung in Ludwigsburg eigentlich nur recht sein, denn sie versprach die Ausdehnung deutsch-französischer Kulturbeziehungen auf ein Gebiet, das außerhalb der französischen Zone lag. Das Institut bot die Möglichkeit, den Austauschgedanken für die Zeit nach einer Auflösung offizieller französischer Stellen zu verankern und konnte ein Forum indirekter französischer Einflußnahmen werden. Die Gründer des Instituts dachten hier allerdings anderes. Sie legten Wert darauf, daß das Institut eine rein deutsche Initiative war und die Zusammenarbeit mit Frankreich auf der Grundlage der Gleichberechtigung erfolgen konnte. Sie wollten sich bewußt von offiziellen Initiativen der französischen Besatzungsmacht abgrenzen⁶¹⁹.

Die Ziele des Instituts wurden 1948 wie folgt beschrieben: "Das Deutsch-Französische Institut ... hat sich zur Aufgabe gestellt, an der notwendigen Bereinigung des ... stark erschütterten nachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich mitzuwirken. Dabei soll weder das Vergangene noch das Bestehende beschönigt oder wegdiskutiert werden, ohne deshalb ... immer auf das Trennende

⁶¹⁷ Vgl. zur Gründung und Entwicklung des Deutsch-Französischen Instituts: Hans Manfred Bock (Hg.), Projekt deutsch-französische Verständigung.

⁶¹⁸ Fritz Schenk, Vorschlag zur Errichtung eines Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, o.D., abgedr. in: Astrid Köstinger, Das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg. Zur Geschichte, Struktur und Funktion einer Mittlerorganisation, Diplomarbeit betreut von Hans Manfred Bock, Kassel 1991, S. 107-I-IV.

⁶¹⁹ Köstinger, Das Deutsch-Französische Institut, S. 22. Dennoch wurde finanzielle Unterstützung nicht abgelehnt. So berichtet Rován in der Rückschau darüber, daß Schmittlein die Gründung des Instituts finanziell großzügig unterstützt habe, was er, Rován, bei der Gründungsfeier des Instituts, an der er als Vertreter der Militärregierung teilnahm, offiziell hatte verkünden dürfen. Schmittlein hatte sich seiner "schwarzen Kasse" bedient. Dieser "Kriegsschatz" sei mit Geldern des Verlegers Burda gefüllt gewesen, die dieser für jedes neu erschiene Schulbuch - als Dank für das ihm zugestandene Monopol - gezahlt habe. Vgl. Rován, in: Hans Manfred Bock (Hg.), Projekt deutsch-französische Verständigung, S. 164 f.

hinzuweisen, vielmehr wollen wir das Gemeinsame langsam herauschälen."⁶²⁰ Das Institut war eine Gründung von Theodor Heuss, 1945 und 1946 "Kultminister" der württemberg-badischen Landesregierung in Stuttgart. Carlo Schmid, auf deutscher Seite einer der aktivsten deutsch-französischen Vermittler⁶²¹, war erster Präsident und Fritz Schenk⁶²² erster Direktor des Instituts.

Auch bei dieser Verständigungsinitiative stand der persönliche Dialog, die Aussprache im Vordergrund: "[Wir] wollen ein wahrheitsgetreues Bild des Nachbarn vermitteln, das sich aus unmittelbarer Verbindung und persönlicher Aussprache mit Franzosen formen muß."⁶²³ Dieses Gespräch sollte sich nicht auf kulturelle Themen beschränken, sondern auch die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten auf beiden Seiten thematisieren: "Verständigung mit Frankreich auf allen Gebieten des geistigen und öffentlichen Lebens"⁶²⁴ wurde angestrebt. Die Vermittlungsformen waren vielfältig. Französische Sprachkurse, Vorlesungen über französische Themen in deutscher Sprache, Vortragsreihen über politische, wirtschaftliche und soziale Fragen. Hier konnten bereits 1954 zahlreiche bekannte französische Professoren, Schriftsteller, Politiker, Journalisten als Referenten angeführt werden, was auf enge Verbindungen zum französischen intellektuellen Milieu schließen läßt und die enge Vernetzung der Personen deutlich macht, die sich für die deutsch-französischen Beziehungen interessierten bzw. engagierten: Robert Minder (Sorbonne), Edmond Vermeil (Sorbonne), René Cheval, zunächst zuständig für Universitätspolitik in der französischen Besatzungszone, später Direktor des Institut Français in Stuttgart, Alfred Grosser, Pierre de Félice, Abgeordneter der französischen Nationalversammlung,

⁶²⁰ Aus dem Beschluß der Gründungsversammlung, zit. n. Schenk, vgl. Fritz Schenk, Über Ziele und Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen, Stuttgart 1954, S. 281.

⁶²¹ Zu Carlo Schmid vgl. Petra Weber, Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie, München 1996, S. 137 u. S. 734 ff., vgl. auch Schmid's Autobiographie: Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern, München, Wien 1979.

⁶²² Schenk war schon früh mit deutsch-französischen Themen konfrontiert worden. 1906 als Kind deutscher Eltern im deutsch-französischen Grenzdorf Nouvel-Avrécourt in Lothringen geboren, zog er nach dem Ersten Weltkrieg mit seinen Eltern nach Württemberg. Er studierte in Tübingen, Berlin, Nancy und Paris, nahm als Infanterist am Zweiten Weltkrieg teil und geriet schließlich in amerikanische Gefangenschaft. Von dem Gedanken getragen, daß Deutsche und Franzosen nun endlich zusammenfinden müßten, begann er unmittelbar nach seiner Freilassung aus der Gefangenschaft damit, französische Sprachkurse zu geben. Vgl. Köstinger, Das Deutsch-Französische Institut, S. 15 f.

⁶²³ Vgl. Schenk, Über Ziele und Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts, S. 283 ff.

und Henri Frenay⁶²⁵, Präsident der Union Europäischer Föderalisten⁶²⁶. Ein wichtiges Anliegen bildete die Förderung und Vermittlung von Austauschreisen für junge Deutsche nach Frankreich und junge Franzosen nach Deutschland⁶²⁷.

Das Deutsch-Französische Institut integrierte sich schnell in das Netz der Institutionen, die sich für den zivilgesellschaftlichen deutsch-französischen Dialog engagierten. Es wurde offen angenommen und beispielsweise durch die Bereitstellung von Referenten unterstützt. Bereits im Frühjahr 1950 waren die Verbindungen zwischen B.I.L.D., dem Comité und dem Ludwigsburger Institut eng⁶²⁸: "Des liens existent donc, une communauté d'esprit même si l'action et l'engagement prennent parfois des formes différentes."⁶²⁹ Viele Mitglieder des Comités waren den Einladungen des Instituts zu Vorträgen gefolgt.

Private Initiativen konnten, da sie sich im vorpolitischen Raum befanden, Deutschen und Franzosen eine Gleichberechtigung ermöglichen, die auf diplomatischer Ebene in diesem Maße in den ersten Nachkriegsjahren nicht möglich war. Allein die Tatsache, daß B.I.L.D. mit der GÜZ ein deutsches Pendant hatte, spricht dafür. Erkennbar ist dies auch an dem Zeitschriftenpaar *Documents/Dokumente*, das jeweils im eigenen Land über das Nachbarland berichtete. Diese Zeitschriften ebenso wie die Zeitschriften *Allemagne* (Comité) sowie *Treffen/Rencontres* und *Aussprache* spielten eine besondere Rolle. Sie ermöglichten und beförderten Verflechtungen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Mittels Querverweisen auf Veranstaltungen der anderen Organisationen sowie allgemeinen Informationen über diese vernetzten sie die privaten Organisationen miteinander. Mit dem Austausch von Informationen in den Zeitschriften z. B. über deutsch-französische Veranstaltungen und dem Austausch von Referenten unterstützen sich die Organisationen gegenseitig. Sie haben sich in gewisser Hinsicht gegenseitig mitgetragen. Dies allein konnte ihr Überleben selbstverständlich nicht sichern. Dafür waren sie auf öffentliche finanzielle Unterstüt-

⁶²⁴ Ibid.

⁶²⁵ Zu Henri Frenay vgl. Robert Belot, Henri Frenay. De la Résistance à l'Europe, Paris 2003.

⁶²⁶ Ibid.

⁶²⁷ Diese begannen im größeren Rahmen erst 1950 und werden aus diesem Grunde erst in Kapitel IV (1949-1951) thematisiert.

⁶²⁸ Alfred Grosser, Emmanuel Mounier und das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), *Über die Freundschaft hinaus*, Stuttgart, Bonn 1988, S. 188.

zung angewiesen, die sie u. a. von der Abteilung Internationale Begegnungen des Französischen Hochkommissariats erhielten.

⁶²⁹ Alexandra Le Faou, zit. n. Ménudier, *La revue Documents*, S. 242.

IV. 1949-1951: Bundesrepublikanische Souveränität und Kalter Krieg: Französische Kulturpolitik in der Umorientierung

Das Jahr 1949 bildete eine Zäsur für die französische Deutschlandpolitik. Die Verabschiedung des Besatzungsstatuts im April 1949 und die dadurch möglich gewordene Gründung der Bundesrepublik hatten veränderte Bedingungen für die französische Kulturpolitik zur Folge. Die wachsende deutsche Souveränität - markiert durch Einrichtung einer Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten bzw. des Auswärtigen Amts im März 1951 - galt es zu berücksichtigen. Die durch die Ost-West-Spannungen forcierte Einbindung der jungen Bundesrepublik in den Westen, die mit der Ankündigung Robert Schumans im Mai 1950, eine Montanunion zu bilden, und der beginnenden Diskussion um eine westdeutsche Wiederbewaffnung sichtbar wurde, hatte ein, wenn auch verhaltenes, so doch unübersehbares Streben Deutschlands nach Gleichberechtigung möglich gemacht. Auch die ersten Fühlungsnahmen zwischen der Kulturabteilung des Französischen Hochkommissariats und der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Juli 1950 über die Möglichkeiten eines deutsch-französischen Kulturabkommens⁶³⁰ sind Ausfluß der veränderten Rahmenbedingungen. Die Jahre 1949 bis 1951 waren geprägt von dem Dualismus des französischen Sicherheitsbedürfnisses und dem deutschen Streben nach Gleichberechtigung. Dieses Sicherheitsbedürfnis blieb seinerseits dem Dualismus von Grundgesetz und Besatzungsstatut verhaftet. Inwiefern fand diese Übergangsperiode ihren Niederschlag in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen? Im folgenden soll insbesondere danach gefragt werden, in welchem Beziehungszusammenhang Kulturpolitik zur allgemeinen Politik steht. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf den internationalen Jugendaustausch gerichtet.

⁶³⁰ Ulrich Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft"? Zur Genese des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954, in: Lendemains, 84 (1996), S. 68.

1. Internationale Begegnungen als verbleibende jugendpolitische Aktivitäten Frankreichs: Zwischen Einflußnahmen und Verständigungsarbeit

1.1. Neue Schwerpunkte in der Kulturarbeit: die Abteilung Internationale Begegnungen der Kulturabteilung in der Französischen Hohen Kommission orientiert sich neu

Mit der Verabschiedung des Besatzungsstatutes im April 1949 verloren die Alliierten im kulturpolitischen Sektor ihre direkten Rechte⁶³¹. Die französische Kulturabteilung in Deutschland hatte sich auf die neue Situation eingerichtet, indem sie ihre Schwerpunkte im jugendpolitischen Bereich bereits vor Inkrafttreten des Besatzungsstatuts auf die internationalen Begegnungen verlagert hatte. Damit war die Zäsur in diesem Bereich der Erziehungspolitik weniger einschneidend. In gewisser Hinsicht kann man auch von einem fließenden Übergang sprechen. Eine Zäsur gab es insofern, als daß die Kontrollrechte gegenüber den Jugendbewegungen nicht mehr bestanden.

Zunächst schien es durchaus möglich, daß Frankreich sich durch eine Ergänzung des Artikels zu Erziehungsfragen ein gewisses Kontrollrecht (*droit de surveillance*) sichern konnte. Doch vermochte Schmittlein sich insbesondere gegenüber den Briten nicht durchzusetzen. Konsterniert mußte er bei der Verkündung des Besatzungsstatuts nach der Washingtoner Konferenz 1949 feststellen, daß der entsprechende Artikel gestrichen worden war. Im gesamten Kulturbereich gab es kein Mitspracherecht mehr. Die Zuständigkeit für kulturelle Angelegenheiten fiel von nun an in den Kompetenzbereich der Bundesländer⁶³².

Die erzwungene Veränderung spiegelt sich in der Umstrukturierung der für Erziehung und Kultur zuständigen Abteilung, *Direction de l'Éducation Publique*, die nunmehr in *Direction Générale des Affaires Culturelles* (DGAC) der französischen Hohen Kommission umbenannt wurde, wider. Die Abteilung, die noch bis 1951 von Raymond Schmittlein geleitet wurde⁶³³, erhielt den Status einer Generaldirektion. Damit wurde sie hierarchisch z. B. der Ebene der *Direction des Affaires Politiques* und der *Direction de la Justice* gleichgestellt. Dies zeigt, daß das Hochkommissariat die-

⁶³¹ Text des Besatzungsstatuts in Europa-Archiv (1949), S. 207 ff.

⁶³² Eine Ausnahme bildeten Entnazifizierungsfragen, vgl. Defrance, *La politique culturelle*, S. 216 f.

⁶³³ Ende 1951 wird die Leitung dem Berufsdiplomaten Henry Spitzmüller übertragen.

sem Bereich Bedeutung zumaß⁶³⁴. Hier deutet sich gleichzeitig auch eine gewisse, wenn auch erzwungene Normalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses an. Die neuen Bezeichnungen der Unterabteilungen offenbarten eine neue Schwerpunktsetzung in der Politik, die sich im jugendpolitischen Bereich bereits 1948 angekündigt hatte: Die Abteilungen *Rencontres internationales*, *Relations artistiques* u. a. erhielten gegenüber der Schulpolitik, vor allem der Reform des deutschen Schulsystems, auf die Schmittlein großen Wert gelegt hatte und auf die er nun keinen Einfluß mehr ausüben durfte, einen höheren Stellenwert. Den Veränderungen der französischen Strukturen in Deutschland stand die Bildung neuer deutscher Strukturen und damit eine Erweiterung des deutschen Kompetenzbereiches auch in der auswärtigen Kulturpolitik gegenüber. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 begann wieder die staatliche Förderung der deutschen internationalen Kulturbeziehungen, die 1950 zur Mitarbeit der Bundesrepublik im Rat für kulturelle Zusammenarbeit des Europarats und 1951 zur Mitgliedschaft in der UNESCO führte. Im Jahre 1950 wurde bei der Verbindungsstelle des Bundeskanzleramtes zur Alliierten Hohen Kommission ein kleines Kulturreferat geschaffen⁶³⁵, das nunmehr auch Ansprechpartner der DGAC wurde. Zunächst hatte es nur die bescheiden anmutende Aufgabe, "die Voraussetzungen für die Entwicklung späterer kultureller Auslandsbeziehungen zu schaffen"⁶³⁶. Die Verbindungsstelle des Bundeskanzleramtes wurde jedoch noch im gleichen Jahr in die Dienststelle des Bundeskanzleramtes für Auswärtige Angelegenheiten umgewandelt, aus der am 15. März 1951 das Auswärtige Amt hervorging. Seine Kulturabteilung begann erst im Jahre 1952 ihre Arbeit.

Die politischen Veränderungen infolge des Kalten Krieges hatten also zur Folge, daß der Schwerpunkt der Kulturarbeit im Jugendbereich auf die Förderung internationaler Begegnungen verlagert wurde: "Le contrôle de ces organisations étant désormais privé de toute base juridique, il est nécessaire de marquer une solution de continuité entre le régime antérieur et le statut actuel."⁶³⁷ Mit dieser Entscheidung hoffte die DGAC, Einflußmöglichkeiten auf die deutsche Jugend und kulturelle Orga-

⁶³⁴ Defrance, *La politique culturelle*, S. 215.

⁶³⁵ Vgl. Victoria Znined-Brand, *Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik*, S. 35.

⁶³⁶ Dieter Sattler, in: *Jahresbericht der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes 1964*, S. 31. Zit. nach *ibid.*, S. 35.

nisationen beizubehalten: "Notre influence peut continuer à s'exercer assez aisément sur la jeune génération et sur les organisations culturelles qui pénètrent des masses populaires relativement réceptives."⁶³⁸ Hauptziel der von der DGAC initiierten bzw. vermittelten Maßnahmen solle es bleiben "[de] pénétrer toujours plus profondément les divers milieux de la jeune génération allemande."⁶³⁹

Die stärkere Gewichtung des internationalen Austausches im Gesamtkonzept französischer Erziehungspolitik in Deutschland bot die Chance, daß sich diese neue Form des kulturellen Austausches weiter etablierte. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, der Erlaß des Besatzungsstatuts und die Einrichtung der Französischen Hohen Kommission schufen zudem die Voraussetzung dafür, daß Frankreich nun nicht mehr so stark an die eigene Zone gebunden war, sondern seine Aktivitäten verstärkt auf das Gebiet der gesamten Bundesrepublik übertragen konnte. Dies bot die Möglichkeit, die internationalen Begegnungen flächendeckend in Westdeutschland zu etablieren. So forderte Schmittlein im Januar 1950: "Il importe certes que les contacts déjà établis dans [la zone d'occupation française] soient poursuivis et approfondis, mais il est tout au moins aussi nécessaire de multiplier à partir de la base d'action que nous fournit notre zone d'occupation, les contacts avec les très nombreux groupes des autres parties de l'Allemagne occidentale qui les sollicitent et en ont été privés jusqu'à ce jour."⁶⁴⁰

In seinem Exposé des motifs vom 6. Januar 1950 erläuterte der Leiter der Abteilung Rencontres Internationales, Jean Moreau, erstmals den internationalen Austausch hinsichtlich seiner Verständigungsfunktion: "Seule une intensification des relations entre les personnes et les groupes capables d'agir dans les divers domaines de la vie culturelle, économique, sociale, politique, spirituelle, peut conduire à une compréhension réciproque entre la France et l'Allemagne, qui constitue la condition première de toute tentative de pacification durable."⁶⁴¹ Die Beziehungen müßten überwiegend aus privater Initiative entstehen und sollten von der Kulturabteilung des

⁶³⁷ Instruction définissant la structure, les tâches et les moyens d'action du Service des Rencontres Internationales créée au sein de la Direction Générale des Affaires Culturelles vom 6.1.1950, unterzeichnet von Raymond Schmittlein, in: MAE/Colmar, AC 30/2.

⁶³⁸ Ibid.

⁶³⁹ Von Raymond Schmittlein signierte Ausarbeitung vom 29.4.1950 zu den Rencontres Internationales d'été 1950, in: MAE/Colmar, AC 30/2.

⁶⁴⁰ Instruction vom 6.1.1950, in: MAE/Colmar, AC 30/2.

⁶⁴¹ Exposé des motifs, Einleitung zur Instruction vom 6.1.1950, in: ibid.

Französischen Hochkommissariats verstärkt angeregt werden: "Les efforts des services doivent tendre avant tout à donner une initiative croissante aux organisations privées françaises et allemandes intéressées à des échanges sérieux."⁶⁴² Vorbereitung und Abwicklung von Begegnungsprogrammen sollten aus finanziellen Gründen vor allem Organisationen anvertraut werden, die über Begegnungszentren verfügten, wie etwa dem Institut für Internationale Begegnungen in Freiburg mit dessen Haus in Schluchsee und dem Zentrum in Speyer (Centre Culturel de Spire).

Private Initiativen wurden also begrüßt, denn für die Weiterführung des internationalen Austausches war das Hochkommissariat auch auf sie angewiesen, sie bedurften jedoch einer Begleitung durch die französischen Besatzungspolitiker: "Celles-ci doivent être ... suscitées, orientées, conseillées et prolongées."⁶⁴³ Unter Berufung auf außenpolitische Kompetenzen für Deutschland beanspruchte Moreaus Abteilung, diese privaten Initiativen kontrollieren zu dürfen: "[Le service] en contrôle l'inspiration en se basant sur la compétence de la Haute Commission dans le domaine des relations extérieures de l'Allemagne."⁶⁴⁴ Frankreich hatte keine Kontroll- und Einflußmöglichkeiten mehr auf die deutsche Erziehungspolitik. Unter Berufung auf Kontrollrechte der Hohen Kommission bezüglich der Deutschen zum Ausland überwachten und begleiteten sie die Erziehung der jungen Deutschen im internationalen Kontext. Auf diese Weise gelang es, Vorgaben des Besatzungsstatuts mit Erfolg zu umgehen.

Finanzielle Einbußen, die für die französische Kulturarbeit in Deutschland seit Beginn der fünfziger Jahre zu erwarten waren, machten es notwendig, kulturelle Maßnahmen zu reduzieren und Schwerpunkte zu setzen⁶⁴⁵.

Konnten die internationalen Begegnungen unter den politischen und finanziellen Bedingungen weiterentwickelt und quantitativ gesteigert werden?

Moreaus Hauptanliegen war es, den Bestand und die Weiterentwicklung der internationalen Austauscharbeit zu sichern. Auf diese Weise konnte die Kulturabteilung des Französischen Hochkommissariats einen Beitrag zur Verständigung leisten

⁶⁴² Instruction vom 6.1.1950, in: *ibid.*

⁶⁴³ *Ibid.*

⁶⁴⁴ *Ibid.*

⁶⁴⁵ Während die DGAC 1949/1950 über rund 760 Millionen Francs verfügt hatte, betrug ihr Gesamtbudget 1954 gerade noch 274 Millionen Francs. Grund für diese Reduzierung war das Ausbleiben deutscher Gelder. Vgl. ausführlicher dazu: Kap. V.1. Vgl. auch Corine Defrance, *Éléments d'une analyse de la politique culturelle française en Allemagne à travers son financement*, in: *Revue d'Allemagne*, 23 (1991), S. 503-513.

und gleichzeitig die Entwicklung der Austauscharbeit begleiten. Mit der Unterstützung des deutsch-französischen und auch europäischen Austausches leistete Frankreich im Kalten Krieg einen Beitrag zur Einbindung der deutschen Jugend in den Westen.

Mit dem Ziel, den internationalen Austausch in Deutschland zu verankern, begann Moreau Mitte 1950 damit, für die internationalen Begegnungen übergeordnete Strukturen auszubauen bzw. neu zu schaffen. Im September 1950 brachte er konzeptionelle Überlegungen zu Papier, die vorsahen, zunächst einmal bestehende Einrichtungen internationaler Begegnungen in Deutschland neu zu strukturieren. Seine Vorschläge zielten darauf ab, die Einrichtungen, die ihm bisher für seine Tätigkeit zur Verfügung gestanden hatten, zu stärken⁶⁴⁶. Ausgangspunkt war die steigende Zahl der Begegnungen im Jahre 1950, die, so gestand er selbstkritisch ein, den Eindruck der Verzettlung (*éparpillement*) erwecken könnten, da sie sich nicht nur vervielfacht, sondern auch die unterschiedlichsten Formen angenommen hätten. Dieser Prozeß sei nützlich gewesen, rechtfertigte der Leiter der Abteilung Internationale Begegnungen diese Entwicklung in seinem Vermerk an Schmittlein: Die zahlreichen deutschen und französischen Anfragen hätten dieser Vorgehensweise recht gegeben. Man sei bei den Aktivitäten in neue Bereiche vorgedrungen. Der dadurch gewonnene Überblick über den Bedarf "*invite à un regroupement des moyens ... et à une concentration des efforts sur les objectifs les plus importants*".⁶⁴⁷ Vorrangiges Ziel sei eine Stärkung der deutschen und französischen Organisationen und der Einrichtungen, die seiner Abteilung für die Realisierung von Treffen bereits zur Verfügung stünden⁶⁴⁸.

Moreaus Pläne betrafen das Freiburger Institut für Internationale Begegnungen und das Begegnungszentrum in Speyer, die er beide einer kritischen Betrachtung unterzog⁶⁴⁹. Das Begegnungshaus Schluchsee, das zu dem Institut für Internationale Begegnungen Freiburg⁶⁵⁰ gehörte, nahm Moreau als erstes ins Visier. Ziel sei es hier,

⁶⁴⁶ Vermerk vom 29.9.1950 an den Directeur Général des Affaires Culturelles, in: MAE/Colmar, AC 258/1.

⁶⁴⁷ Ibid.

⁶⁴⁸ Ibid.

⁶⁴⁹ Vgl. dazu *ibid.*

⁶⁵⁰ Das Institut für Internationale Begegnungen ist 1948 auf private Initiative ehemaliger Teilnehmer von Austauschtreffen gegründet worden. Diese hatten sich zur *association des anciens participants aux rencontres en Allemagne* zusammengeschlossen. Die *association* hatte ihren Sitz in Frankreich und war der Ansprechpartner des Instituts. Vgl. Zauner, *Erziehung*, S. 196.

den Schwerpunkt der beiden Sekretariate in Bonn und Freiburg nach Bonn, den westdeutschen Regierungssitz, zu verlagern. Ferner forderte Moreau eine Konzentrierung der Mittel, die auch eine stärkere finanzielle Beteiligung der Teilnehmer einschloß, und eine vertiefte und nachhaltigere Arbeit. Die Leitung des Hauses sei kompetent, zeige aber zu wenig Eigeninitiative. Das Institut habe den Ruf, unter kommunistischem Einfluß zu stehen, worunter insbesondere die Zusammenarbeit mit deutschen Stellen leide. Dem müßte entgegengewirkt werden.

Ein dreitägiger Gedankenaustausch der Mitarbeiter des Freiburger Instituts im Haus in Schluchsee, bei dem Moreau und seine Vertreterin Geneviève Carrez zugegen waren, führte zur Festlegung folgender Arbeitsziele für 1951: Die Beziehungen zu deutschen Regierungsstellen sollten verbessert und Vorurteile abgebaut werden. Moreau hatte zu diesem Thema bereits ein Gespräch mit Rudi Salat geführt⁶⁵¹, der in der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten für kulturpolitische Fragen zuständig war. Das Institut müsse bei deutschen Jugendgruppen, die sich dem Institut gegenüber bisher sehr zurückhaltend gezeigt hätten, mehr Interesse wecken. Ferner müsse sich das Institut auf gewisse Aufgaben, insbesondere auf die Organisation von Fachtreffen und den Einzelaustausch von Jugendlichen, die keinem mouvement angehören, konzentrieren. Hier denke man an die Vermittlung von Praktikantenstellen in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Soziales. Um die Attraktivität des Instituts zu erhöhen, regte Moreau an, für das Leitungsgremium [Comité directeur] zugkräftige Persönlichkeiten aus der Politik oder aus dem Bereich des deutsch-französischen Austausches zu gewinnen. Diesbezüglich war für Dezember 1950 eine Versammlung ausgewählter Vertreter deutsch-französischer Vereine und europäischer Gruppen aus dem politischen und gewerkschaftlichen Bereich geplant. Ferner wurden finanzielle Kürzungen angekündigt: Das Hochkommissariat könne künftig nur noch die Kosten für Verwaltung und Organisation des Instituts und des Hauses in Speyer übernehmen. Die Treffen müßten durch Teilnehmergebühren finanziert werden. Um die Fortsetzung der Austauschtreffen sicherzustellen, war damit auch ein finanzielles Engagement der Teilnehmer gefordert.

Während sich das Freiburger Institut vor allem um den Einzelaustausch von Jugendlichen und den Austausch von Fachleuten bemühen sollte, fiel dem Speyerer

Zentrum die Aufgabe zu, sich besonders auf die Kader der Jugendgruppen und europäischen Bewegungen zu konzentrieren, die sich auch politisch äußerten. Hier ging es nicht nur um politische Organisationen wie die Junge Union, sondern auch um Jugendorganisationen "erzieherischen Charakters" wie die Katholische Jugend Deutschlands, die sich für eine Westorientierung der Bundesrepublik aussprach, wenngleich sie auch eine mögliche Wiedervereinigung nicht aus den Augen verlor⁶⁵². Ein von Schmittlein mit dem Vorsitzenden des Bundesjugendringes Josef Rommerskirchen und Hans Mertens, ebenso wie Rommerskirchen ein Vertreter der Katholischen Jugend, geführtes Gespräch habe deren Bereitschaft deutlich gemacht, so Moreau, die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Jugendorganisationen unter allen Umständen beträchtlich ausbauen zu wollen. Es stelle sich gegenwärtig die Frage, unter wessen Führung dieses Vorhaben verwirklicht werden solle, "sous l'égide de l'UNESCO ou indépendamment de cet organisme dans le cadre plus restreint de la politique franco-allemande"⁶⁵³. Wenn er, Moreau, für Frankreich das von der UNESCO geplante "projet spécial" für die Integration der deutschen Jugend in Paris weiterverfolge⁶⁵⁴, wozu Schmittlein bereits sein Einverständnis signalisiert habe⁶⁵⁵, könne dieses als eine natürliche Fortsetzung der bis zu diesem Zeitpunkt in Speyer geleisteten Begegnungsarbeit gesehen werden. Moreau werde sich bemühen, Einvernehmen darüber mit den deutschen und französischen Jugendbewegungen und den Verantwortlichen der W.A.Y. (World Assembly of Youth) zu erzielen. Wenn die Bemühungen scheitern sollten, seien die angesprochenen Gruppen und Personen mit der Weiterführung des Centre wie bisher, das heißt auf die deutsch-französische Zusammenarbeit focussiert, einverstanden. Auf jeden Fall plädierte Moreau für eine Aufgabenteilung zwischen dem Freiburger Institut und dem Speyerer Zentrum: Das Freiburger Institut mit seinem Haus in Schluchsee solle für junge Erwachsenen, die nicht organisiert seien, d. h. keinem "mouvement" angehörten, und für Spezialisten

⁶⁵¹ Das Gespräch hatte am 28.4.1950 stattgefunden. Vgl. Vermerk Salats vom 29.4.1950, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 205 ff.

⁶⁵² Vgl. Deutscher Bundesjugendring (Hg), Kein Alter zum Ausruhen.

⁶⁵³ Moreau in seinem Vermerk vom 29.9.1950 an den Directeur Général des Affaires Culturelles in: MAE/Colmar, AC 258/1.

⁶⁵⁴ Vgl. dazu Kap. IV.3.

⁶⁵⁵ Moreau wurde im Dezember 1950 zur UNESCO nach Paris abgeordnet, um von dort aus die Gründung eines internationalen Jugendinstitutes der UNESCO in Deutschland mit vorzubereiten. Vgl. Kap. IV.3.

zur Verfügung stehen; das Speyerer Haus, das möglicherweise zum UNESCO-Centre ausgebaut werde, solle sich auf Maßnahmen für die Kader einzelner politisch interessierter Jugendgruppen und europäischer Bewegungen konzentrieren⁶⁵⁶.

Neben diesen konzeptionellen Überlegungen für Organisationen in Deutschland setzte sich Moreau für den Fortbestand und Ausbau einer Stelle in der französischen Regierungsadministration ein, die französische Anfragen bündeln und als Ansprechpartner für französische Jugend- und Austauschorganisationen zur Verfügung stehen sollte. Diese Unterstützung sei in Frankreich gerade zum jetzigen Zeitpunkt wichtig: "Cette aide est plus nécessaire que jamais. En effet dans la mesure même où nous avons réussi à amorcer en France, dans les milieux universitaires, les groupements culturels, les mouvements de jeunesse et d'éducation populaire ... il est indispensable que ce mouvement soit entretenu à Paris même."⁶⁵⁷ Die Funktion des Ansprechpartners nahm seit Herbst 1948 M. Brissat, Chef der Abteilung Rencontres Internationales des Generalkommissariates für deutsche und österreichische Angelegenheiten (C.G.A.A.), wahr, der, mit den Mengen an Anfragen überlastet, personelle Unterstützung benötigte. Zudem war seine Stelle nicht gesichert⁶⁵⁸. Bezüglich seiner Funktion war er quasi Moreaus Pendant.

Mit der Stärkung und Konsolidierung der ihm zur Verfügung stehenden Strukturen wollte Moreau dazu beitragen, sein wichtiges und längerfristig gesehenes Ziel, das für ihn ein politisches war, zu erreichen: "D'arriver à une articulation qui ... unisse plus étroitement mouvements de jeunesse, organisations de culture populaire, associations franco-allemandes et groupes divers spécialement intéressés au développement des relations entre nos deux pays". Diese Vereinigung der Organisationen sei auf deutscher Seite nur durch eine "définition plus précise de l'inspiration" der Organisationen und einer gemeinsamen Zielformulierung realisierbar. Dieses "regroupement" müsse auch auf französischer Seite erfolgen, wenn dies auch schwieriger sei.

Pläne für eine Koordinierung der drei großen französischen Organisationen, mit denen die französische Militärregierung zusammenarbeite - das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, die Association Française pour les Rencontres Internationales und das Centre d'Echanges Internationaux - hatten sich aufgrund von

⁶⁵⁶ Ibid.

⁶⁵⁷ Vermerk Moreaus vom 21.2.1950 an den Directeur Général des Affaires Culturelles, in: MAE/Colmar, AC 261/4.

Veränderungen und Problemen innerhalb dieser Organisationen kurzfristig zerschlagen. Diese Pläne sind, wenn sie auch nicht realisiert wurden, von Interesse, denn sie sagen etwas über die Bedeutung dieser Organisationen für die französischen Besatzer aus. Die übergeordnete Verantwortung wollte Moreau dem Comité français d'Echanges avec l'Allemagne nouvelle als "Comité de Patronage ... donnant une orientation d'ensemble aux échanges, agissant sur l'opinion par la presse, les revues" übertragen. Die Association Française pour les Rencontres Internationales erhielt die Aufgabe, deutsche Gruppen in Frankreich zu betreuen und anzuleiten und französische Teilnehmer für Treffen in Deutschland zu werben. Für die technische Abwicklung der Besuche junger Deutscher in Frankreich war drittens das Centre d'Echanges Internationaux vorgesehen. Die Leiter dieser Einrichtungen stünden, so Moreau, in einer außerordentlich herzlichen Beziehung zueinander. Eine großzügige finanzielle Unterstützung des Erziehungsministeriums hätte für ihre Vorrangstellung gesorgt und ihren Einfluß bekräftigt. Bedauerlicherweise, so Moreau, habe die Entwicklung der letzten Wochen diese Pläne vereitelt. Der Generalsekretär des Comités, Alfred Grosser, wechsle zur UNESCO und die künftige Arbeit und Ausrichtung der Organisation liege im Ungewissen. Die Nachfolge Grossers bereite Moreau Sorge, da einige Mitglieder der Jugendaustauscharbeit ablehnend gegenüberstünden. Die Association Française sei durch der Arbeit feindlich gesinnter kommunistischer Elemente in eine Krise geraten und das Centre d'Echanges befände sich aufgrund interner Kompetenzstreitigkeiten ebenfalls in großen Schwierigkeiten⁶⁵⁹.

Moreau ließ sich von diesen Umständen nicht entmutigen und suchte die Unterstützung seines Pendants in Paris, M. Brissat. Im Herbst 1950 trafen sich beide mit den Leitern französischer Jugendgruppen und Austauschorganisationen in Paris, um sich über vergangene und künftige deutsch-französische Austauschtreffen zu informieren und um über die Zukunft dieser Treffen zu diskutieren. Die Sitzung fand unter der Federführung Brissats statt. Vertreten waren u. a. das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle (M. Gabet), das Centre d'Echanges Internatio-

⁶⁵⁸ Ibid.

⁶⁵⁹ Vermerk vom 29.9.1950 an den Directeur Général des Affaires Culturelles, in: MAE/Colmar, AC 258/1. Grosser bestätigt in seinen Memoiren, daß kommunistische Mitglieder im Leitungsgremium des Comités versucht hätten, ihren Einfluß geltend zu machen, stellt jedoch fest, daß sie nie in der Mehrheit gewesen seien. Vgl. Alfred Grosser, Une vie de Français. Mémoires, Paris 1997, S. 52.

naux und das Centre Culturel de Spire (F. Bourel). Einer Liste ist zu entnehmen, daß die anwesenden französischen Organisationen 1950 mindestens 90 Treffen realisierten, die weit mehr als 3500 deutsche und französische Jugendliche und Studenten in Deutschland und Frankreich zusammenführten haben. Diese Zahl ist erheblich und eine Steigerung gegenüber 1949⁶⁶⁰.

Die Treffen sollten dazu dienen, so unterstrich Brissat "[d']amener les jeunes Allemands à participer à la vie internationale des jeunes". Hervorzuheben ist eine Bemerkung Grossers, der als Vertreter der UNESCO an der Sitzung teilnahm und das französische Interesse unterstrich, den Austausch zu unterstützen und ihn nicht der deutschen Initiative zu überlassen: "L'évolution politique actuelle en Allemagne nous donne des inquiétudes et il est possible que d'ici peu les échanges franco-allemands soient d'initiative allemande. Il est donc de notre devoir d'aider les échanges de certains mouvements afin de renforcer leur position en Allemagne. L'action des échanges doit être renforcée par des contacts directs et affirmer sur le plan français l'esprit dans lequel le travail est fait afin de s'opposer à toute tentative allemande faite dans un autre esprit"⁶⁶¹.

Das Mißtrauen gegenüber den Deutschen war latent weiter vorhanden. Der französische Wunsch, die Ausrichtung der Austauschtreffen in französischem Sinne zu beeinflussen, blieb bestehen.

⁶⁶⁰ Die Zahlen sind Minimalwerte. In der vorliegenden Auflistung wird nicht jede Veranstaltung einzeln aufgeführt; nicht für jedes Austauschtreffen wird die Teilnehmerzahl genannt. Vermutlich haben mindestens 5000 Deutsche und Franzosen an diesen Treffen teilgenommen. Vgl. Procès-verbal relative aux rencontres et échanges franco-allemands, Sitzung vom 13.11.1950, in: MAE/Colmar, AC 261/4.

⁶⁶¹ Procès-verbal relatif aux rencontres et échanges franco-allemands, Sitzung vom 13.11.1950, in: *ibid.*

1.2. Französische Koordinationsbemühungen internationaler Begegnungen gegenüber der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten 1950/1951 und deutsche Koordinierungsversuche

Seit März 1950 bemühte sich Moreau intensiv darum, die Kulturabteilung der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten bei der Bundesregierung, ad personam bei Rudi Salat für die bis dahin von Frankreich geleistete Kulturaustauscharbeit zu interessieren. Seine Gespräche mit Rudi Salat hatten das Ziel, die Fortführung seiner Arbeit, die auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden sollte, zu sichern. Er versuchte hierfür die Mitarbeit offizieller deutscher Stellen zu gewinnen. Er wollte die Austauscharbeit in Deutschland implementieren und institutionalisieren.

Bei einer Tagung für Jugendpflege und Jugendfürsorge in Bonn am 28. April 1950 hatte Moreau Salat darum gebeten, den Gedankenaustausch, den sie bei einem Besuch Salats im März des Jahres in Mainz begonnen hatten, fortzusetzen. Moreau hatte bei dieser Gelegenheit erneut darauf hingewiesen, daß der Zeitpunkt, ein "größeres Programm deutsch-französischer Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet" in die Wege zu leiten, besonders günstig sei. Das zentrale Thema dieser Unterredung war der internationale Jugendaustausch. Salat bemerkte dazu in seiner Aufzeichnung vom 29. April 1950, er habe erneut den Eindruck gewonnen, daß die französische Kulturabteilung daran interessiert sei, ihre bisher ausschließlich französisch geführte Arbeit mehr und mehr in eine gleichberechtigte Zusammenarbeit überzuleiten, die sich auf das ganze Bundesgebiet erstreckte und für die die Mitwirkung der Bundesregierung erwartet werde⁶⁶². Die Annahme, Moreaus Fühlungen zielten auf eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ab, waren sehr optimistisch. Schließlich war Moreaus Interesse an der Fortführung seiner durchaus konstruktiven Arbeit auch dadurch motiviert, den Franzosen eine zumindest indirekte Einflußnahme auf die deutsche Jugend zu sichern. Die kontinuierliche Kürzung der finanziellen Mittel für seine Arbeit ließen seine Bemühungen um so dringlicher erscheinen⁶⁶³.

Um die Finanzierung internationaler Begegnungen zu sichern und die durch die infolge des Besatzungsstatuts entfallenen Gelder zu kompensieren, warb Moreau dann auch bei dem Gespräch im April 1950 vor allem um finanzielle Unterstützung

⁶⁶² Vermerk Salats vom 29.4.1950 über sein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung für Internationale Begegnungen innerhalb der Kulturabteilung der Französischen Hohen Kommission, Jean Moreau, vom 28.4.1950, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 205-208, hier: S. 208.

bei Salat. Diese erhoffte er sich u. a. für das Auslandshaus in Speyer, das der Deutsche Bundesjugendring dort kurz zuvor als Treffpunkt für die Leiter deutscher und ausländischer Jugendleiter eingerichtet hatte⁶⁶⁴. Die Französische Hohe Kommission sei bereit, die Teilnahme von Franzosen an Austauschtreffen zu finanzieren. Das Haus selbst solle aber ausschließlich aus deutschen Mitteln unterhalten werden. Moreau bat die Bundesregierung, gerade dieses Projekt zu fördern, da es für die freundschaftliche Begegnung junger Deutscher und Franzosen von großer Bedeutung sei⁶⁶⁵. Moreau bemühte sich also, den Bestand des Auslandshauses mit Hilfe deutscher Mittel zu sichern.

Ferner war Moreau bestrebt, die finanziellen Bedingungen einer Reise für Jugendliche durch eine Senkung der Paßgebühren zu verbessern, und suchte dafür die Unterstützung der Bundesregierung. Er forderte die Vertreter der Bundesregierung zu einem offiziellen Schritt bei der Kulturabteilung der Alliierten Hohen Kommission auf, um diesbezüglich vorzusprechen. Die hohen Paßgebühren stellten für viele Jugendliche und Studenten ein Reisehindernis dar. Moreau deutete gegenüber Salat vertraulich an, der französische Leiter des Combined Travel Board werde möglicherweise bald einer beträchtlichen Reduzierung zustimmen, sofern die reisewilligen Personen Empfehlungsschreiben ihrer Schule oder Universität vorlegen könnten. Die Kulturabteilung der Alliierten Hohen Kommission werde die Frage der Paßgebühren sehr bald von sich aus behandeln. Das französische und britische Mitglied seien bereits für diesen Plan gewonnen worden, die Amerikaner zeigten weniger Interesse. Offenbar war Moreau hier im Vorfeld aktiv geworden. Ein offizieller Vorstoß der Bundesregierung konnte in den Augen Moreaus das Ergebnis der Verhandlungen positiv beeinflussen. Auf diesem Wege versuchte er, über die Bundesregierung Dinge zu erreichen, auf die er selbst keinen direkten Einfluß hatte⁶⁶⁶.

Eine weitere Frage, die Moreau hinsichtlich der Finanzen thematisierte, waren die Devisen und deren Zuteilung an einzelne Gruppen und Personen. Auch hier suchte er, Erleichterungen für deutsche Jugendliche zu erwirken, die im Gegensatz zu Studenten in der Frage der Devisenzuteilung keine Fürsprecher hatten. Der Handels-

⁶⁶³ Vgl. hierzu: Vermerk Salats vom 29.4.1950, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 205-208.

⁶⁶⁴ Ibid., S. 207.

⁶⁶⁵ Ibid.

⁶⁶⁶ Vgl. hierzu: Vermerk Salats vom 29.4.1950, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 205.

vertrag⁶⁶⁷ sah große Devisenerleichterungen für den gegenseitigen Reiseverkehr vor. Während der DAAD die Koordinierung der Auswahl von Hochschulstudenten und Professoren übernahm, gab es für die Devisenzuteilung an Jugendgruppen, Lehrer und Schüler keine Gutachterstelle. Die zahlreichen Gesuche um Devisenzuteilung wurden 1950 bei der Hauptabteilung Vb der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt-Höchst gestellt, die jedoch noch über keine Abteilung für kulturelle Angelegenheiten verfügte⁶⁶⁸. So vermerkte Salat: "Die Kulturabteilung der Französischen Hohen Kommission ist sehr daran interessiert, daß ... die Devisenzuteilung für Kulturzwecke im Verkehr mit Frankreich [außerhalb des Hochschulgebietes] von einer deutschen Gutachterstelle bearbeitet wird", um sicher zu stellen, daß wirklich vordringliche Reisepläne für Studienreisen und Jugendtreffen berücksichtigt würden⁶⁶⁹. Über die bereits erwähnten Initiativen hinaus, regte Moreau eine Abstimmung auf interalliiertes Ebene an, die von der Bundesregierung angestoßen werden sollte. So lautete sein Vorschlag, das Bundeskanzleramt möge die Sachbearbeiter für Austausch und internationale Begegnung in der Kulturabteilung der Alliierten Hohen Kommission mit den zuständigen deutschen Stellen in Kontakt bringen. Er halte eine gemeinsame Zusammenkunft für den kommenden Sommer für sinnvoll, bei der man sich gegenseitig über die bisher geleistete Arbeit und über künftige Projekte informieren und gegebenenfalls Pläne untereinander abstimmen könne⁶⁷⁰. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß Moreau das Bundeskanzleramt als Transmissionsriemen eigener Interessen benutzte, was ihm aufgrund der sich reduzierenden Möglichkeiten französischer Einflußnahme geboten schien.

Im Juli 1950 nahm Moreau den Gesprächsfaden zum Kulturreferat der Bonner Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten wieder auf und reiste nach Bonn, um dort mit Salat die Unterredungen über den internationalen Jugendaustausch fortzusetzen⁶⁷¹. Bei dem Thema Devisenfrage konnte ein Fortschritt erzielt werden. Durch die Vermittlung Salats sei es Moreau geglückt, mit der Hauptabteilung Vb des Bun-

⁶⁶⁷ Deutsch-französischer Handelsvertrag vom 10. Februar 1950. Vgl. dazu: Gérard Bossuat, *Les conceptions françaises des relations économiques avec l'Allemagne (1943-1969)*, in: Andreas Wilkens (Hg.), *Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-1960*, Sigma-Ringen 1987, S. 30.

⁶⁶⁸ Nach den Angaben Salats in *ibid.*, S. 206 f.

⁶⁶⁹ Vgl. *ibid.*

⁶⁷⁰ *Ibid.*

desministeriums für Wirtschaft in Frankfurt-Höchst eine zufriedenstellende Lösung bezüglich der Devisenzuteilung für Gruppenreisen nach Frankreich zu finden. Bezüglich der Paßfrage wagte Moreau einen erneuten Vorstoß. Erleichterungen für Jugendliche und junge Lehrer konnten bisher nicht durchgesetzt werden. Die Französische Hohe Kommission, die sich weiter um diese Erleichterungen bemühe, würde Schritte der Bundesregierung in dieser Richtung sehr begrüßen. Es sei Moreau bewußt, daß die Schwierigkeit im Nachweis eines kulturellen Interesses an einer Auslandsreise bestehe. Hochschüler könnten dieses durch die Vorlage ihres Hochschulausweises belegen. Der Schüler- und Lehreraustausch wurde bei den Paßerleichterungen also nicht berücksichtigt. Das Bewußtsein für die Bedeutung dieser Austauschtreffen war offenbar noch nicht vorhanden, zumindest war diese Art von Austausch nicht selbstverständlich⁶⁷².

Einhergehend mit den französischen Bemühungen, Unterstützung für die Kulturarbeit bei deutschen Regierungsstellen einzufordern, blieb die französische Kulturabteilung weiterhin selbst initiativ. Sie agierte sozusagen zweigleisig, um den Erfolg zu sichern. So bat Moreau um einen deutschen Vorstoß bei der Alliierten Hohen Kommission, versuchte aber auch selbst, dort seinen Einfluß geltend zu machen. Von einer Überleitung in eine "gleichberechtigte deutsch-französische Zusammenarbeit"⁶⁷³ kann daher zu diesem Zeitpunkt keine Rede sein. So bemerkte auch Salat ein Jahr später in seiner Aufzeichnung vom 6. April 1951, die er zur Vorbereitung des Bundeskanzlers Adenauer auf dessen bevorstehenden Paris-Besuch erstellte: "Ein Großteil der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet [wird] auch heute noch maßgebend von der Kulturabteilung des Französischen Hochkommissariats selbst übernommen, ... vor allem auf dem Gebiet des Studentenaustausches, der Jugendtreffen, der Einladungen deutscher Kultursachverständiger nach Frankreich, der Theatergastspiele, Konzerte usw."⁶⁷⁴ Allerdings hätten sich die deutschen Initiativen seit der Einrichtung des Deutschen Generalkonsulates in einigen Bereichen ver-

⁶⁷¹ Aufzeichnung Salats vom 13.7.1950 über das Gespräch mit Moreau vom 12.7.1950, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 202-204.

⁶⁷² Ibid., S. 204.

⁶⁷³ Vgl. die geschilderte Bemerkung Salats in seinem Vermerk vom 29.4.1950, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 208.

⁶⁷⁴ Aufzeichnung Salats vom 6.4.1951 über die deutsch-französischen Kulturbeziehungen als Vorbereitung für den Besuch Adenauers in Paris, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 86.

mehrt, fügte er hinzu⁶⁷⁵. Diese Initiativen erfolgten allerdings vornehmlich im Rahmen traditioneller Kulturpolitik und betrafen vor allem den Austausch der Eliten: So unterrichtete Salat den Bundeskanzler über den Stand der Verhandlungen zum Kulturabkommen, über deutsche Kunstaustellungen und Gastspiele deutscher Künstler, über das noch von Frankreich konfiszierte Goethehaus, die deutsche Seelsorgearbeit in Paris und die Zusammenarbeit im Bereich des Hochschulwesens⁶⁷⁶. Hier thematisierte er neben dem Bau des Deutschen Hauses in der Pariser Cité Universitaire⁶⁷⁷ den Austausch von Studenten, Lektoren und Dozenten, der nun auch verstärkt von deutscher Seite ausgedehnt würde: "Wenn auch hier die Initiative meist noch bei den französischen Behörden liegt, so ist auch von deutscher Seite damit begonnen worden, den Austausch von Studenten, Lektoren und Dozenten zu erweitern."⁶⁷⁸

Wie reagierte die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten auf die französischen Vorstöße, den deutsch-französischen Jugendaustausch auszubauen? Übernahm sie selbst die Initiative oder überließ sie den Franzosen das Feld, weil dies Anfang der 50er Jahre noch angemessen schien? Anfang 1951 bemühte sich die Kulturabteilung der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, einen Überblick über die bestehenden Austauschorganisationen zu erstellen und eine Art Koordinationsstelle für den internationalen Austausch zu schaffen. Daß Moreaus Vorstöße und Gespräche hierfür den Anstoß gegeben haben könnten, kann nur vermutet werden. Festzustellen ist jedenfalls, daß sich die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes nicht nur um den Austausch der Eliten kümmerte, sondern auch den schulischen und außerschulischen Jugendaustausch mit in den Blick nahm. Dies war eine Neuerung gegenüber der Vorkriegszeit, an der die von den Franzosen mit angeregte "Jugendaustauschkultur" nach 1945 sicher ihren Anteil hatte. Über die Form der zu schaffenden Stelle gab es unterschiedliche Ansichten. Die Kulturabteilung der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten war sehr an einer Koordinierung der Austauscharbeit interessiert, legte jedoch großen Wert darauf, dabei nicht selbst in Erscheinung zu treten. An-

⁶⁷⁵ Ibid.

⁶⁷⁶ Ibid., S. 86 ff.; vgl. auch: Aufzeichnung für den Herrn Bundeskanzler vom 9.4.1951, in: *ibid.*, S. 84.

⁶⁷⁷ Zur Gründung des Deutschen Hauses vgl. Ulrich Lappenküper, *Stätte der Begegnung, Heimstatt der Versöhnung und Eintracht zwischen den Völkern: Die Gründung des Deutschen Hauses in der Cité Universitaire de Paris (1950-1956)*, in: Martin Raether (Hg.), *1956-1996, Maison Heinrich Heine Paris, Quarante ans de présence culturelle*, Paris 1998, S. 131-155.

⁶⁷⁸ Aufzeichnung für den Herrn Bundeskanzler vom 9.4.1951, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 84.

denfalls könne im Ausland der Eindruck einer Bevormundung durch die Regierungsbehörden entstehen. Ihre Mitwirkung bei der Bildung der vorgesehenen Gremien ist indes nachweisbar. Für die Koordinierung des internationalen Austausches war eine Einteilung in drei Säulen geplant:

Zur Bildung der ersten Säule trafen sich im Februar 1951 die Behörden und Organisationen, die sich mit dem internationalen Austausch im Bereich Schul- und Hochschulbildung befaßten. Als Ziel wurde die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft formuliert, die als zentraler Ansprechpartner für den Schul- und Hochschulaustausch fungieren sollte⁶⁷⁹. Neben Rudi Salat als Vertreter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten nahmen Vertreter der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) und des Berliner Senats teil. Die Hochschulen waren bundesweit durch zahlreiche Professoren vertreten. Zu den anwesenden Organisationen zählten der Hochschulverband, der DAAD, der deutsche UNESCO-Ausschuß und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Volkshochschulen. Den Vorschlag des KMK-Vertreters Herrmann, die Arbeitsgemeinschaft aus einem Vertreter des Kulturreferates der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, einem Vertreter der Ständigen Konferenz der Kultusminister und dem DAAD zu bilden, lehnte Salat mit dem Argument ab, dies sei zu "ministeriell". Salat setzte durch, daß die Arbeitsgemeinschaft neben dem DAAD, der die Federführung erhielt, nur aus Vertretern privater Einrichtungen bestand. Seine Dienststelle, die KMK, könnte beratend hinzugezogen werden⁶⁸⁰.

Mit der Bildung der zweiten Säule "Arbeitsaustausch mit dem Ausland" wurde auf Vorschlag des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft der Internationale Rat für Jugendaufstieg und Selbsthilfe e. V. beauftragt. Zielgruppen dieses Arbeitsaustausches waren Techniker, Kaufleute, Facharbeiter und Gesellen, die sich für einen längerfristigen Auslandsaufenthalt zu beruflichen Zwecken interessierten. An der konstituierenden Sitzung im Februar 1951 nahmen neben einem Vertreter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten zwei Vertreter des Bundesarbeitsministeriums sowie Vertreter von Verbänden und privaten Organisationen teil. Auch hier setzte man sich mit der Absicht zusammen, den Austausch besser zu koordinieren. Für diese Abstimmung forderte das Bundesministerium für Arbeit eine zentralisierte

⁶⁷⁹ Niederschrift der Sitzung vom 26.2.1951 (Säule I), in: PA, B 90, Bd. 366, S. 108 f.

staatliche Lenkung, was die privaten Verbände entschieden zurückwiesen. Eine Bevormundung durch den Staat lehnten sie aus prinzipiellen Gründen ab. Sie wollten den Arbeitsaustausch selbst verwalten und erhielten hier die Unterstützung von Salats Vertreter Böx: Man wolle nicht das Mißtrauen wecken, das im Ausland gegen einen staatlichen deutschen Dirigismus bestehe⁶⁸¹. Man einigte sich auf die Wahl eines fünfköpfigen Koordinationsausschusses, an dem das Bundesarbeitsministerium mit einer Stimme beteiligt wurde⁶⁸². Der Ausschuß erhielt die Aufgabe, eine zentrale Stelle für Anfragen aus dem In- und Ausland zu schaffen. Diese solle möglichst nicht nur dem Informationsaustausch dienen, sondern zugleich die anfallende Arbeit auf die jeweils geeigneten Verbände oder Institutionen verteilen⁶⁸³. Anfang März 1951 war die Bildung der ersten beiden Säulen abgeschlossen⁶⁸⁴.

Schwierigkeiten bereitete indes die Bildung der dritten Säule, die internationale Begegnungen und Auslandsaufenthalte kurzfristiger Art wie Jugendtreffen, Studienwochen von Jugendkadern, die Teilnahme an internationalen Kundgebungen und den Familienaustausch koordinieren sollte: "Für die Zusammenfassung der internationalen Begegnungen in einer Gruppe konnte bei der Mannigfaltigkeit und Verschiedenartigkeit der Organisationen [noch kein] führender Träger ... gefunden werden."⁶⁸⁵ Erneut war es Salat, der einen privaten Charakter der zu bestimmenden Koordinierungsstelle als unerlässlich bezeichnete. Da man keine schlüssige Lösung fand, einigte man sich darauf, den Aktionsausschuß für den Bundesjugendplan⁶⁸⁶ im Bundesinnenministerium, das Kuratorium für Jugendfragen, in seiner Sitzung am 14.

⁶⁸⁰ Niederschrift der Sitzung vom 26.2.1951 (Säule I), in: *ibid.*, S. 110.

⁶⁸¹ Aufzeichnung Böx', der für Salat an der Sitzung teilnahm, vom 13.2.1951, in: *ibid.*, S. 129.

⁶⁸² *Ibid.*, S. 128 ff.

⁶⁸³ Aufzeichnung Böx' vom 14.2.1951, in: *ibid.*, S.135.

⁶⁸⁴ Aufzeichnung über die Sitzung vom 8.3.1951, gez. Bäuerle/Studders, in: *ibid.*, S. 104. Studders war Geschäftsführer des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und Bäuerle Kultusminister a. D. Vgl. auch Schreiben Salats vom 2.4.1951 an das Generalsekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Herrn Herrmann, in: *ibid.*, S. 112.

⁶⁸⁵ *Ibid.*

⁶⁸⁶ Salat hatte sich bereits im Februar 1951 dafür ausgesprochen, für alle Fragen des Jugendaustausches von nun an den im Dezember 1950 gegründeten Bundesjugendplan maßgeblich mit einzubeziehen. Der Bundesjugendplan, der im Bundesministerium des Innern angesiedelt war, sah u. a. finanzielle Mittel zur Unterstützung des internationalen Jugendaustausches vor. Vgl. Salats Schreiben vom 6.2.1951 an den Geschäftsführer Internationaler Rat für Jugendaufstieg und Selbsthilfe e. V., Deutsche Gruppe, Funke, in: *ibid.*, S. 149 f. Doku-

März 1951 mit dieser Frage zu betrauen. Es sollte eine Person bestimmen, die die Vorbereitung und Koordinierung der dritten Säule übernehmen sollte⁶⁸⁷. Diese Vorgehensweise erwies sich jedoch als Sackgasse. Während die Überlegungen zu den Säulen I und II vorbehaltlos von dem Kuratorium für Jugendfragen akzeptiert wurden, stießen die Vorschläge zu "Säule III" bei dem Vorsitzenden des Bundesjugendringes, Josef Rommerskirchen, unmißverständlich auf Ablehnung. Er warnte davor, die Koordinierungsarbeit mit in den Bundesjugendplan einzubinden, dort gehöre sie nicht hin. Die bisherige Vielfalt auf diesem Gebiet des Austausches sollte erhalten bleiben. Eine Überorganisation lähme außerdem die Initiativen gut arbeitender Organisationen und führe zu einem unerwünschten Zwang⁶⁸⁸. Diese Ansicht blieb von den anderen Mitgliedern des Kuratoriums unwidersprochen. Mit der Mitwirkung des Bundesjugendplanes bei der Bildung der dritten Säule konnte also nicht gerechnet werden. Da außerdem geplant war, die Leiter der drei Säulen mit in den Deutschen Ausschuß für UNESCO-Arbeit zu integrieren⁶⁸⁹, erklärte sich dieser Ausschuß im Mai 1951 schließlich bereit, die Bildung und Federführung der Gruppe III treuhänderisch zu übernehmen, bis eine geeignete und von allen anerkannte Austauschorganisation gefunden sei⁶⁹⁰.

Im Juni 1951 lud der deutsche UNESCO-Ausschuß zu einer Sitzung, an der neben den Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums des Innern nun endlich auch Vertreter der Jugendverbände und Austauschorganisationen teilnahmen, die die internationalen Begegnungen, die in Säule III koordiniert werden sollten, in der Praxis organisierten: die konfessionellen Jugendverbände, die Falken, der Ring der Politischen Jugend, das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg, die Gesellschaft für übernationale Begegnungen, das Institut für Internationale Begegnungen Freiburg u. a. Der Vorschlag, aus dem Kreise der Verbände und Austauschorganisationen selbst einen Koordinator für Säule III zu benennen, stieß auf erheblichen Widerspruch. Man fürchtete, dieser Koordinator könnte die Tätigkeit der einzel-

mente, die über die Entstehung und Vorbereitung des ersten Bundesjugendplanes Auskunft geben, befinden sich in: BA (Bundesarchiv Koblenz), B 136/5523.

⁶⁸⁷ Aufzeichnung über die Sitzung vom 8.3.1951, in: PA, B 90, Bd. 366, S. 104.

⁶⁸⁸ Aufzeichnung Greiners vom 14.3.1951, betr. Koordinierung des Jugendaustauschs, in: *ibid.*, S. 117.

⁶⁸⁹ Aufzeichnung Salats vom 12.3.1951, betr. Koordinierung des Jugendaustausches, in: *ibid.*, S. 121.

⁶⁹⁰ Aufzeichnung der Sitzung vom 18.5.1951, gez. Bäuerle/Studders, in: *ibid.*, S. 78.

nen Verbände kontrollieren und eine Mitsprache bei der Förderungswürdigkeit, die finanzielle Konsequenzen haben könnte, beanspruchen.

Als neutrale Einrichtung galt das Jugendinstitut der UNESCO, das bald in München eröffnet werden sollte (Vgl. Kap. IV.3). So beauftragte man schließlich das Generalsekretariat des deutschen UNESCO-Ausschusses, Verhandlungen mit dem Kuratorium des geplanten UNESCO-Instituts für Jugendarbeit mit dem Zweck zu führen, eine Informationsstelle für kurzfristige Begegnungen einzurichten. Es sei an dieser Stelle erwähnt, daß der Bundesjugendring im Kuratorium des UNESCO-Institutes für Jugendarbeit vier von den insgesamt sechs Sitzen innehatte und damit in die Verhandlungen über die Errichtung der Informationsstelle eingebunden war. Es wurde großen Wert darauf gelegt, daß diese Informationsstelle keine Prüfungsbefugnisse besitzen und keine Kontrollfunktionen ausüben solle⁶⁹¹. Die Verbände wollten sich nicht in die Karten gucken lassen und schadeten damit der Sache, nämlich einer sinnvollen Koordinierungsarbeit. Eine ganz neutrale Informationsstelle ohne Kompetenzen und gewisse Kontrollmöglichkeiten konnte dem Anspruch einer effektiven Koordination nicht gerecht werden. So war es nicht nur die Vielfältigkeit der Organisationen, die die Bildung der dritten Säule erschwerte, sondern auch die Weigerung der Verbände, sich "kontrollieren zu lassen". Diese Einstellung war schon im Frühjahr 1951 bei der Sitzung zum Bundesjugendplan deutlich geworden, als Josef Rommerskirchen die Bildung einer Koordinationsstelle abgelehnt hatte. Im Juli 1951 war noch immer kein Fortschritt erzielt worden. Das Jugendinstitut konnte seine Arbeit noch nicht aufnehmen, da die Stelle des Leiters noch vakant war.

Als im September 1951 immer noch keine Weiterentwicklung abzusehen war, unternahmen die privaten Austauschverbände und -institute, wie das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg, die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit und die Pädagogische Arbeitsstelle Wiesbaden, einen erneuten Abstimmungsversuch. In Weiterführung der Sitzung des deutschen UNESCO-Ausschusses vom Juni 1951 fanden sie sich auf eigene Initiative bei der Pädagogischen Arbeitsstelle in Wiesbaden zusammen. Nach dem gescheiterten Versuch eine dritte Säule zu bilden, berichtete der Vorsitzende der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, Eitel-Victor Couchoud, dem Auswärtigen Amt, daß einige Vertreter dieser Organisationen

zu der Ansicht gelangt seien, eine Koordinierung sei nur zwischen Gesellschaften möglich, die sich ausschließlich mit Auslandsarbeit befaßten. Die Jugendverbände, für die die Begegnung mit dem Ausland nur einen Teil ihrer Aktivitäten darstelle, würden in diese Kategorie nicht passen⁶⁹². Wichtigstes Ergebnis der Septembersitzung war eine Erklärung der Austauschorganisationen, in der sie festhielten, daß sie ihren Vorständen "die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft deutscher Organisationen zur Förderung zwischenstaatlicher Beziehungen" vorschlugen⁶⁹³. Eine Abstimmung der Tätigkeiten solle auf den Gebieten Personenaustausch, Arbeitstagungen, Vortragswesen und künstlerische Veranstaltungen erfolgen.

Seinen Unmut über dieses Ergebnis brachte Salat in einem fünfseitigen Brief vom 17. Oktober 1951 an den Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle Wiesbaden, Franz Hilker, zum Ausdruck⁶⁹⁴. Man sei auf der Wiesbadener Sitzung über das genau definierte Anliegen, kurzfristige, nicht-studentische internationale Begegnungen zu koordinieren, weit hinausgegangen. Von Vortragswesen, künstlerischen Veranstaltungen und Arbeitstagungen sei nicht die Rede gewesen. Mit welchen Mitteln solle das dann notwendige Sekretariat aufgebaut werden? Vier der unterschreibenden Organisationen würden vom Auswärtigen Amt subventioniert, eine weitere habe darum gebeten. Für gewisse Vorhaben der Arbeitsgemeinschaft bestünden außerdem bereits eingearbeitete Institutionen, wie etwa das Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen. In seinem Antwortschreiben vom 20. Oktober 1951 wies Hilker darauf hin, die Zusammenkunft sei lediglich eine "informativische Aussprache" gewesen. An die Bildung eines Sekretariates mit personellem und sachlichem Aufwand sei nicht gedacht gewesen. Zudem sei ihm kein Schreiben des Auswärtigen Amts mit einem genau definierten Auftrag für die Besprechung bekannt⁶⁹⁵.

Die Versuche eine dritte Säule zu bilden, dürfen als gescheitert angesehen werden. Zwei Jahre später, 1953, bat die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg darum, mit anderen deutsch-

⁶⁹¹ Aufzeichnung Reichels vom 12.6.1951, in: *ibid.*, S. 84. Reichel hatte Salat in der Sitzung vertreten. Vgl. auch Bericht des Deutschen Ausschusses für UNESCO-Arbeit, in: *ibid.*, S. 77.

⁶⁹² Schreiben Couchouds an Frahne vom 6.8.1951, in: *ibid.*, S. 59 f.

⁶⁹³ Erklärung vom 24.9.1951, in: *ibid.*, S. 37.

⁶⁹⁴ Schreiben Salats an Hilker vom 17.10.1951, in: *ibid.*, S. 28-32.

⁶⁹⁵ Schreiben Hilkers an Salat vom 20.10.1951, in: *ibid.*, S. 24 f.

französischen Organisationen eine Art Arbeitsgemeinschaft zu bilden⁶⁹⁶. Dies lehnte der Vorsitzende des Institutes, Fritz Schenk, mit dem Hinweis auf die gescheiterte Sitzung vom September 1951 in Wiesbaden ab. Den damaligen Mißerfolg begründete er damit, daß französische Vertreter, die hier nicht namentlich benannt werden, versucht hätten, Einfluß zu nehmen: Es habe sich bisher immer als hinderlich erwiesen, wenn Organisationen, die sich auf den deutsch-französischen Sektor konzentrierten, wie etwa die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit in Offenburg und der Bund für internationale Kulturarbeit in Tübingen, französische Einflüsse geltend machten, die die Zusammenarbeit erschwerten⁶⁹⁷.

Während Moreau teilweise mit Erfolg versuchte, Strukturen zu konsolidieren, neue zu schaffen und sich bemühte, die Arbeit französischer Organisationen zu koordinieren, um die Zukunft der Austauscharbeit zu sichern, waren die deutschen Bemühungen um eine Koordinierung dieser Arbeit halbherzig. Eine Abstimmung war zwar von deutschen Regierungsstellen gewünscht, doch verhielt sich die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts widersprüchlich und zeigte wenig Durchsetzungskraft. Sie wollte nicht offiziell in Erscheinung treten, um nicht im Ausland den Eindruck staatlicher Bevormundung zu erwecken, bestand aber andererseits darauf, mitzureden und vereitelte im September 1951 einen Zusammenschluß privater Akteure im Umfeld des Deutsch-Französischen Institutes Ludwigsburg mit dem Argument, er gehe zu weit, da er sich bei der vorgesehenen Koordinierungsarbeit nicht auf die in Säule III vorgesehenen Aktivitäten beschränke. Ein weiterer Grund waren die Vorbehalte deutscher Organisationen und Jugendverbände, sich koordinieren zu lassen, da sie Koordination mit der Kontrolle ihrer Arbeit verbanden.

Die Federführung deutsch-französischer Austauschbegegnungen lag 1951 ohne Zweifel noch in den Händen der Kulturabteilung der Französischen Hohen Kommission, die natürlich in fünf Jahren internationaler Austauscharbeit, ein lebendiges Beziehungs- und Kontaktnetz aufgebaut hatte, das eine Realisierung der Arbeit ermöglichte. Der sich verschärfende Kalte Krieg bestärkte die Franzosen darin, internationale Begegnungen zu fördern, freilich in der Orientierung zur westlichen Welt und im Hinblick auf die wachsende Euphorie für die europäische Idee, für die es auch die Jugend Westeuropas zu begeistern galt. 1950/1951 unternahmen die Franzosen eine

⁶⁹⁶ Schreiben Rumpfs an Schenk vom 26.8.1953, in: PA, B 90, Bd. 99, S. 45.

groß angelegte Initiative, die den bis dahin überwiegend bilateralen Austausch auf einen europäischen Jugendaustausch erweitern sollte.

⁶⁹⁷ Schreiben Schenks an Rumpf vom 3.9.1953, in: *ibid.*, S. 36.

1.3. Internationale Begegnungen: Deutsch-französisch oder europäisch? Höhepunkt einer Ära französischer jugendpolitischer Begegnungsinitiativen: Das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951

"Jugend baut Europa" war das Credo des 1951 von den Französischen Besatzern initiierten Europäischen Jugendtreffens auf der Loreley, das innerhalb weniger Wochen 35.000 Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren aus unterschiedlichen Nationen zusammenführte. Das Europäische Jugendtreffen wurde von Zeitzeugen als Höhepunkt und zugleich Ende einer Ära internationaler Jugendtreffen bezeichnet und war von den französischen Besatzern initiiert worden⁶⁹⁸. Das Treffen, das im Kontext des Kalten Krieges und des Aufbaus eines gemeinsamen Europas betrachtet werden muß, wurde von den drei Westalliierten und der Bundesregierung unterstützt. Die organisatorische Leitung des Europäischen Jugendtreffens übernahm der Deutsche Bundesjugendring. Am Beispiel dieses Treffens sollen die Auswirkungen der internationalen Beziehungen auf die alliierte bzw. französische Jugendpolitik und die Verbindung von Politik und Kultur verdeutlicht werden. Vor dem Hintergrund der "Verwestlichung" hatten die Franzosen Anfang der 50er Jahre zwei eng miteinander verbundene Ziele: die deutsch-französische Verständigung zu beschleunigen und den Aufbau Europas voranzutreiben. Wie konnte die Jugend in diese Prozesse eingebunden werden?

Bereits im August 1950 hatte der französische Hochkommissar François-Poncet die Bildung eines Jugendverbandes auf europäischer Ebene angeregt: "Au-delà de mesures prises en continuité avec la tâche entreprise jusqu'ici par nos services culturels, il y a lieu de se demander s'il ne conviendrait pas d'encourager vivement les initiatives tendant à la création d'un mouvement de la jeunesse européenne, réplique, sur le plan culturel, de ce qu'est le projet de pool des industries lourdes sur le plan économique."⁶⁹⁹ Und auch Jean Moreau vertrat, nachdem sich die Europäische Bewegung 1948 in Den Haag als Dachorganisation verschiedener europäischer Bewegungen mit dem Ziel gegründet hatte, die Ansicht, die Vereinigten Staaten von Europa bilden zu müssen: "[que] ces événements ne pouvaient pas être

⁶⁹⁸ Rovin, *Les relations franco-allemandes*, S. 689 und *Le Témoignage de Jean Moreau sur la Campagne européenne de la Jeunesse (1950- 1958)*, in: Michel Dumoulin (Hg.), *La Belgique et les débuts de la construction européenne. Histoire de notre temps*, o. O. 1987, S. 114.

⁶⁹⁹ Bericht André François-Poncets an Außenminister Robert Schuman vom 28.8.1950 über die Situation der deutschen Jugend, in: MAE/Paris, *Europe 1944-1960, Allemagne*, vol. 537.

sans conséquences dans les jeunes générations! Il fallait rendre celles-ci conscientes de leur solidarité dans la reconstruction du continent, les inciter à rechercher les valeurs communes qui pouvaient les unir"⁷⁰⁰. Welche Möglichkeiten sahen die Alliierten, die deutsche Jugend für westliche Werte zu gewinnen, um damit ungeachtet des sich abzeichnenden Endes der Besatzungszeit auch einen gewissen Einfluß auf sie zu bewahren?

Mit wachsendem Unmut verfolgten die Westalliierten die Entwicklung der Freien Deutschen Jugend in der DDR. Die spektakulären Veranstaltungen, mit denen die DDR-Regierung versuchte, die Jugendlichen für sich einzunehmen, gaben Anlaß zur Beunruhigung. Das aufsehenerregende erste Deutschlandtreffen der FDJ⁷⁰¹ zu Pfingsten 1950 in Berlin hatte gezeigt, daß viele junge Menschen sich nicht scheuten, Stalin zuzujubeln und ihn zu unterstützen. Viele der nach dem Krieg desorientierten Jugendlichen hatten wieder ein Ziel gefunden, für das es sich ihrer Meinung nach zu demonstrieren lohnte: den Weltfrieden, wie es hieß. Mit nationalen und internationalen Jugendtreffen unter Federführung respektive Beteiligung der FDJ versuchte die SED, auch die westliche Jugend zu gewinnen, die damit ebenso wie die ostdeutsche Jugend in das Fahrwasser des Ost-West-Konfliktes geriet und somit eine strategische Rolle erhielt. Ausschlaggebend für die Begeisterung seien offenbar nicht so sehr die propagierten Inhalte, stellte der französische Hochkommissar André François-Poncet in einem Bericht über die gesamte deutsche Jugend im August 1950 fest, sondern die Methoden der Ansprache: "La jeunesse allemande préfère un fanion [Wimpel] et une paire de souliers ferrés, à un manuel du parfait démocrate"⁷⁰². François-Poncet kam zu dem pessimistischen Schluß: "La jeunesse allemande reste toujours la proie des metteurs en scène qui sauront l'habiller, la pavoiser, la faire défiler". Der franzö-

⁷⁰⁰ Jean-Charles Moreau, Nature et convergence des initiatives officielles et privées du rapprochement franco-allemand dans le domaine de la vie associative, in: Joseph Jurt (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg 1993, S. 205.

⁷⁰¹ In der SBZ hatten die sowjetischen Besatzer und ostdeutsche Kommunisten auf 'die orientierungslose und desillusionierte Jugend im Nachkriegsdeutschland' mit der Gründung der Freien Deutschen Jugend im März 1946 reagiert. Sehr schnell war es der KPD beziehungsweise SED gelungen, ihre Vorstellungen im Bereich der politischen Jugendarbeit durchzusetzen. Es gelang ihnen, die Programmatik der FDJ an den Leitlinien des Marxismus/Leninismus auszurichten und die FDJ, die sich bald zu einer politischen Massenorganisation entwickelte, zu dominieren. Zur Geschichte der FDJ vgl. Ulrich Mählert u. a., Blaue Hemden. Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 52 ff.

⁷⁰² Bericht André François-Poncets an Außenminister Robert Schuman vom 28.8.1950 über die Situation der deutschen Jugend, in: MAE/Paris, Europe 1944-1960, Allemagne, vol. 537.

sische Hochkommissar befürchtete, die ostdeutsche Welle der Begeisterung könne auf die westdeutsche Jugend übergreifen. Um dem wachsenden Einfluß der sowjetischen Propaganda Einhalt zu gebieten, müsse sich die deutsche Regierung intensiver um die Jugendlichen kümmern: "Il serait grand temps que le Gouvernement de Bonn s'intéressât aux jeunes s'il ne veut pas risquer de capituler, un jour, devant eux"⁷⁰³. Da es den politischen Parteien in Westdeutschland nicht gelänge, so der Vorwurf, das Interesse der Jugendlichen zu wecken und ein attraktives "Ideal" zu bieten - 72% interessierten sich laut Umfrageergebnissen für keine Partei - könne nur ein Thema wie Europa für ein Solidaritätsgefühl sorgen: "Les jeunes Allemands ... ont une passion: l'Europe". 78% der westdeutschen Jugendlichen wünschten sich Umfragen zufolge eine enge Verbindung zwischen den europäischen Staaten. Solange Frankreich noch Einfluß auf die deutsche Innenpolitik habe, müsse es dieses Interesse nutzen und ihm einen positiven Inhalt geben: "Il s'agit ... d'exploiter ces aspirations en leur donnant un contenu positif", so das Plädoyer des Hochkommissars. Französische Aufgabe sei es zum einen, die deutschen Regierungsverantwortlichen auf das Interesse für Europa hinzuweisen und zum zweiten, die internationalen Begegnungen auszuweiten: "Notre tâche ... consistera à inviter ses dirigeants [de la République Fédérale] à porter tous leurs soins à ces problèmes. Elle consistera également à intensifier les rencontres, de façon à favoriser le brassage [Vermischung] de la jeunesse allemande, et à lui donner un choc psychologique propre à lui faire sentir qu'elle n'est pas prisonnière à l'intérieur de ses frontières"⁷⁰⁴.

Die dritten kommunistischen Jugendweltfestspiele, die für den Sommer 1951 in Berlin geplant waren, warfen bereits ihre Schatten voraus⁷⁰⁵, als Jean Moreau seinem Dienstherrn François-Poncet Anfang 1951 vorschlug, ein spektakuläres europäisches Jugendtreffen auf der Loreley zu organisieren. Er stieß damit sofort auf die Zustimmung des um die deutsche Jugend besorgten Hochkommissars. Schon der vorgesehene Zeitpunkt für die Veranstaltung offenbarte ihren politischen Charakter: Sie sollte vom 20. Juli bis 6. September 1951 stattfinden und überschneite sich somit mit den für den August 1951 geplanten dritten Jugendweltfestspielen, bei denen sich zwei Millionen Menschen, so die Hoffnung der Regierung Pieck und des FDJ-

⁷⁰³ Ibid.

⁷⁰⁴ Ibid.

Vorsitzenden Erich Honecker, unter dem angeblichen Banner des Friedens in Ost-Berlin versammeln und gegen die mögliche deutsche Wiederbewaffnung protestieren sollten. Das von Moreau vorgeschlagene Projekt auf der Loreley auf den Charakter einer nichtkommunistischen Gegenveranstaltung zu reduzieren, würde diesem Treffen jedoch nicht gerecht. So hatte man sich zum Ziel gesetzt, den kommunistischen Floskeln etwas "Konstruktives" entgegenzubringen und den Jugendlichen ein "Ideal" anzubieten. Die internationale Begegnung und das gegenseitige Kennenlernen europäischer Jugendverbände sollten im Mittelpunkt stehen, in gemeinsamen Aktivitäten und Diskussionen das Trennende erkannt und das Gemeinsame und Einende entdeckt werden⁷⁰⁶. Man wollte ihnen die Möglichkeit schaffen, ein europäisches Solidaritätsgefühl zu entwickeln. Das Treffen auf der Loreley sollte den Auftakt bilden zu einer umfangreichen Kooperation der europäischen Jugend, im Idealfall sollte es ein erster Schritt zur Bildung eines europäischen Jugendverbandes sein.

Hochkommissar François-Poncet gelang es, auch Briten und Amerikaner für dieses Vorhaben zu gewinnen. Dies wirkte sich vor allem in der finanziellen Unterstützung des geplanten Jugendtreffens aus: die Briten stellten 90.000 Mark bereit, die Amerikaner beteiligten sich mit 110.000 Mark und die Franzosen mit 130.000 Mark⁷⁰⁷. Die Bundesregierung versprach ebenfalls ihre Unterstützung und wurde mit einer Beteiligung von 320.000 Mark aus dem 1950 eingerichteten Bundesjugendplan zum finanziellen Hauptakteur des Jugendtreffens. Sowohl Amerikaner als auch Franzosen stellten darüber hinaus Sachmittel in erheblichem Umfang bereit. Ferner übernahmen die drei alliierten Hohen Kommissare André François-Poncet, John McCloy und Ivone Kirkpatrick mit Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss die Schirmherrschaft des Europäischen Jugendtreffens und setzten damit ein sichtbares Zeichen der "guten" westlichen Zusammenarbeit. Die organisatorische Gesamtverantwortung übernahm nach anfänglichem Zögern der Deutsche Bundesjugendring unter dem Vorsitzenden Josef Rommerskirchen. Vor allem die sozialistische Jugend,

⁷⁰⁵ Sie waren für den 5. bis 19. August 1951 vorgesehen. Die ersten Jugendweltfestspiele hatten 1947 in Prag, die zweiten 1949 in Budapest stattgefunden.

⁷⁰⁶ "Meilleure connaissance des différences, recherche de ce qui peut unir", in: Konzept Moreau vom 15.3.1951, in: Archives de l'Occupation française en Allemagne et en Autriche, MAE/Colmar, AC 57/3.

⁷⁰⁷ Zahlen aus vertraulicher Notiz von Irène Giron, stellvertretende Leiterin der Kulturabteilung des Französischen Hochkommissariats, vom 24.7.1951, in: MAE/Colmar, AC 57/3.

die Falken, hatte gezögert, da sie dem Projekt kritisch gegenüberstanden⁷⁰⁸. Die Federführung vor Ort oblag Christian Franzreb, Präsident des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz. Das Jugendtreffen sollte von Jugendlichen für Jugendliche organisiert werden und zudem nicht mit dem Makel behaftet sein, eine Veranstaltung der Besatzer zu sein. Das in Speyer unter Leitung von Christian Franzreb eingerichtete Vorbereitungsbüro, das Anfang Juli auf die Loreley verlegt wurde, blieb allerdings in engem Kontakt mit den Vertretern der Hohen Kommission, insbesondere den französischen, die sich in der Person von Jean Moreau sehr deutlich darum bemühten, alles im Blick zu halten und sich für das Gelingen der Veranstaltung einsetzten. So gab es ab Mitte April jede Woche in Mainz oder auf der Loreley eine planmäßige Besprechung über die Aufgabenverteilungen und die praktischen Umsetzungen⁷⁰⁹. Frankreich spielte als Initiator der Veranstaltung also eine hervorgehobene Rolle, aber auch England unterstützte nicht nur finanziell, sondern bemühte sich in der Vorbereitungsphase darum, britische Teilnehmer und Referenten zu gewinnen. Amerika hingegen half finanziell und materiell und beschränkte sich ansonsten auf die Rolle des Beobachters.

Das Lager wurde auf dem Hochplateau der Loreley auf einer 8,5 ha großen Fläche aufgebaut, die teilweise zur Unterbringung französischer Truppen genutzt worden war und nun vom Französischen Hochkommissariat für die Veranstaltung zur Verfügung gestellt wurde. Der Loreleyfelsen war aus vielerlei praktischen Gesichtspunkten gewählt worden: die bestehende Anlage, die sich mit ihrem antiken Theater für kulturelle Veranstaltungen eignete, die gute Verkehrsanbindung, die Anzahl der umliegenden Jugendherbergen, die die Besucher nutzen konnten, und nicht zuletzt auch der symbolische Wert der nationalen Identifikationsfigur "Loreley", mit der man insbesondere den Dichter Heinrich Heine verbindet⁷¹⁰. Das Camp wurde als kleine "Zeltstadt" geplant, in der alles Notwendige vorhanden war: Fünf Jugenddörfer für

⁷⁰⁸ So schrieb Moreau in seinem Abschlußbericht über die Loreley-Veranstaltung am 18.10.1951: "La jeunesse socialiste en particulier, qui freine en son sein toute tentative de coopération internationale non strictement socialiste, lutte longtemps contre ce projet", in: MAE/Colmar, AC 53/7.

⁷⁰⁹ Vorläufiger Bericht Christian Franzrebs o. D. über das Loreley-Lager mit Schreiben vom 17.10.1951 an Oberregierungsrat Lades im Bundesinnenministerium, in: Bundesarchiv (BA), B 268/550. Oberregierungsrat Lades hatte am 13.10.1951 einen ausführlichen Bericht zur Vorlage bei Bundeskanzler Adenauer angefordert. Der Bericht sollte in einer Kabinettsitzung besprochen werden. Zu den vorbereitenden Sitzungen vgl. auch die von Moreau erstellten Protokolle vom 5.3. und 20.4.1951, in: MAE/Colmar, AC 57/3.

jeweils ca. 2000 Teilnehmer mit jeweils einem "Bürgermeister" waren vorgesehen. Einrichtungen wie Poststelle und Wechselstube sorgten dafür, daß man das Camp nicht verlassen mußte und sich auf das gemeinschaftliche Leben konzentrieren konnte. Die Zeit vom 22. Juli bis zum 6. September war in fünf Dekaden à neun Tagen unterteilt, für die sich die Jugendgruppen jeweils anmelden konnten. Zusätzlich konnten zahlreiche Einzelbesucher beherbergt werden. An den letzten beiden Tagen der dritten Dekade, am 18. und 19. August, sollte das Politische im Vordergrund stehen.

Der Tagesablauf war folgendermaßen organisiert: Das Treffen sollte zum einen den Jugendverbänden Zeit für ihre eigene Arbeit und eigenen Versammlungen geben, wozu jeweils die Vormittage vorgesehen waren. Eingebettet war dies in das Leben in der internationalen Gemeinschaft aller Teilnehmer, das dem Nachmittag und Abend vorbehalten war: In neun Arbeitsgemeinschaften unter fachlicher Anleitung fand man sich je nach Interesse zu politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen und künstlerischen Themen zusammen. Exemplarisch seien hier die Arbeitsgruppen "Bürger und Staat", "Europäische Zusammenarbeit", aber auch "Film und Foto", "Laienspiel" sowie "Lied und Musik" angeführt. Ein für jede Dekade abwechslungsreiches, z. T. professionelles kulturelles Programm blieb den Abenden vorbehalten: Chorkonzerte, Theatervorstellungen, Filmvorführungen, Volkstänze und sportliche Veranstaltungen wurden sowohl von Laiengruppen als auch von professionellen Künstlern angeboten. Zu den Höhepunkten zählte hier zweifelsohne die Aufführung des Cid von der Compagnie Jean Vilar mit Gérard Philipe. Darüber hinaus sprachen über die gesamten sechs Wochen zahlreiche Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland, die - zum Leidwesen der Lagerleitung in der Person von Christian Franzreb - fast alle von Jean Moreau eingeladen worden waren⁷¹⁰: Politiker, Schriftsteller, Professoren, Journalisten, Verbandsvorsitzende vor allem aus Frankreich, Deutschland, Belgien und Großbritannien, vereinzelt aber auch aus den Niederlanden, Italien, Spanien, Norwe-

⁷¹⁰ Vgl. Schreiben André François-Poncets vom 5.5.1951 an Robert Schuman, in: MAE/Colmar, AC 57/3.

⁷¹¹ Franzreb beklagt in seinem Bericht die Vielzahl der eingeladenen ausländischen Referenten, insbesondere aus Frankreich, von denen die Lagerleitung oft bis zu deren Eintreffen nichts gewußt habe. Man hätte oft den Eindruck gehabt, es gäbe eine zweite Lagerleitung, die "indirekt dirigiert" habe (Bericht Franzreb vom 17.10.1951, in: BA, B 268/550). Dies hat sicherlich auch damit zu tun, daß Moreau über vielfältige Kontakte verfügte und er mit seiner Dienststelle schneller mit den entsprechenden Leuten in Verbindung treten konnte.

gen und der Schweiz⁷¹². Amerika war auf der Referentenliste durch Mitarbeiter der Hohen Kommission vertreten. Das Spektrum der Redner war ausgesprochen breit, wie die folgende Auswahl prominenter Gäste im Ansatz erkennbar machen mag: Neben Hochkommissar André François-Poncet sprachen der französische Informationsminister Robert Buron, die Schriftsteller Robert Aron und Alexandre Marc, die Professoren Jacques Baumgartner und Jacques Madaule, der Generaldelegierte des Mouvement Européen André Philip, der Präsident des Deutschen Bundestages Hermann Ehlers, Vizekanzler Franz Blücher, Staatssekretär Walter Hallstein sowie der Generalsekretär der CSU Franz Josef Strauß.

Der beschriebene Tagesablauf spiegelt Kernziel und -botschaft des Treffens: Sich des Eigenen bewußt zu bleiben, Neues kennenzulernen und Unterschiede und Gemeinsamkeiten für sich herauszufinden, um davon ausgehend, ein gemeinsames "west"europäisches Bewußtsein zu entwickeln⁷¹³. Voraussetzung war hierbei allerdings das Interesse der Jugendlichen dafür. Bei den Deutschen war dieses Interesse sehr wohl vorhanden, bei den Franzosen aber war es zum Leidwesen der Französischen Hochkommission gering und mußte geweckt werden, sollte die deutsch-französische Achse den Grundstein für die Europäische Einigung bilden.

Neben Einzelvorträgen und den Diskussionen in den politischen Arbeitsgemeinschaften war es - abgesehen von der Auftakt- und Abschlußveranstaltung am 22. Juli und 5. September - vor allem der 19. August 1951, der unter dem Motto "Jugend baut Europa" dem Europäischen Jugendtreffen seine politische Couleur verlieh. Sicher ist es kein Zufall, daß am selben Tag in Ost-Berlin die dritten Jugendweltfestspiele mit großem Aufwand zu Ende gingen. In seiner Rede plädierte André François-Poncet für ein gemeinsames Europa und appellierte an die deutsch-französische Zusammenarbeit, die die Grundlage dafür sei. Ein gemeinsames Europa müsse sich auf die Bereiche Wirtschaft, Politik, Verteidigung und Gesellschaft ("moral et social") erstrecken. Er wies auf die Bedeutung des Schumanplans hin und hielt übernationale politische Institutionen für wünschenswert. Ganz klar ergriff er Position für eine Eu-

⁷¹² Umfangreiche Liste bekannter Namen, o. D., in: BA, B 268/548. Die Liste umfaßt rund 80 Namen.

⁷¹³ "L'ensemble des installations est conçu ... pour héberger des groupes distincts les uns des autres en permettant à chacun d'eux de poursuivre des activités propres et de participer à une vue d'ensemble plus large" und wie bereits zitiert: "meilleure connaissance des différen-

ropäische Verteidigungsgemeinschaft, die er angesichts der wachsenden kommunistischen Gefahr, unter der auch die Jugend zu leiden habe, für dringend geboten hielt: "Il lui [l'Europe] reste encore organiser sa défense ... elle est menacée par un communisme qui prétend niveler la société par en-bas, qui écrase systématiquement les valeurs individuelles et qui, au nom de la paix, enrégimente, mécanise et militarise la jeunesse."⁷¹⁴ Die Idee eines militärisch vereinten Europas (EVG) fand bei der überwiegend pazifistisch eingestellten Jugend jedoch kein großes Echo. Ferner konstatierte der französische Hochkommissar eine allgemeine Skepsis gegenüber der Bildung eines politischen Europas⁷¹⁵. Immerhin jedoch hatte seine Anwesenheit, ebenso wie die von Vizekanzler Blücher und General Dolden, dem Vertreter des Hohen Britischen Kommissars, an diesem Tag mehrere tausend junge Tagesbesucher bewogen, auf die Loreley zu reisen.

Im Hintergrund dieses politischen Tages hatte die Lagerleitung noch mit einer Pressekampagne gegen das Lager zu kämpfen: In mehreren überregionalen Tages- und Wochenzeitungen wurde der Lagerzeitung Camp vorgeworfen, in einigen Artikeln kommunistische Agitation und parteipolitische Propaganda gegen einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik Deutschland zu betreiben. "Loreley mit rotem Haar" titelte der Rheinische Merkur vom 17. August 1951, der zahlreiche Berichte anderer Tageszeitungen zur Folge hatte, die die Vorwürfe des Rheinischen Merkurs aufgriffen⁷¹⁶. Die kommunistische Infiltration machte man z. B. an kritischen Bemerkungen der Lagerzeitung gegenüber dem Franco-Regime fest, ferner an der Tatsache, daß man auf der Loreley, wie in der Sowjetunion, in Dekaden rechne und nicht, wie im Westen üblich, in Wochen. Die Kritik an einem möglichen deutschen Wehrbeitrag wurde als "Pazifismus um jeden Preis" interpretiert. Als diese Berichterstattung deutsche Politiker veranlaßte, die Seriosität des Lagers in Frage zu stellen, das die Bundesregierung immerhin finanziell großzügig unterstützte⁷¹⁷, sah sich die Lagerleitung gezwungen zu

ces, recherche de ce qui peut unir" in: Konzept Moreau vom 15.3.1951, in: MAE/Colmar, AC 57/3.

⁷¹⁴ Vgl. Manuskript der Rede vom 19.8.1951, in: MAE/Colmar, AC 57/3.

⁷¹⁵ Telegramm André François-Poncet vom 20.8.1951 an das französische Außenministerium, in: MAE/Colmar, AC 57/3.

⁷¹⁶ Rheinischer Merkur vom 17.8.1951.

⁷¹⁷ So z. B. Kurt Schumacher (vgl. Telegramm Moreaus an den Quai d'Orsay vom 25.8.1951, in: MAE/Colmar, AC 53/7 und Erich Mende, der sich in der Freien Demokratischen Korre-

reagieren: Eine Pressemitteilung vom 22. August 1951 und eine dreistündige Pressekonferenz am darauffolgenden Tag⁷¹⁸ konnten den Anschuldigungen ein Ende setzen⁷¹⁹. Sicherlich überbewerteten die zeitgenössischen Berichtersteller die kritischen Töne in der Lagerzeitung zur Wiederbewaffnung. Sie übersahen die eigentliche politische Stoßrichtung des Jugendtreffens, das gerade eine Alternative zu kommunistischen Angeboten darstellen sollte. Im Mittelpunkt hatten die Begegnungen der (west-)europäischen Kulturen gestanden. Dies spiegelte sich auch in der Themenverteilung auf die neun Arbeitsgemeinschaften, die für die Nachmittage geplant waren: Sechs Arbeitsgemeinschaften widmeten sich kulturellen und nur drei politischen und wirtschaftlichen Themen. Dies bestätigt den Eindruck, daß das Kulturelle gegenüber dem Politischen zumindest quantitativ im Vordergrund stand⁷²⁰.

Die Bilanz, die Moreau, der eigentliche Initiator des Europäischen Jugendtreffens, zog, war trotz einiger organisatorischer Unzulänglichkeiten insgesamt zufriedenstellend: Immerhin war es gelungen, 35.000 Jugendliche aus 14 verschiedenen Nationen zusammenzuführen, und dies trotz einer für derartig große Veranstaltungen sehr kurzen Vorbereitungszeit von fünf Monaten⁷²¹. Von den Teilnehmern, die jeweils an einer gesamten Dekade teilgenommen hatten, waren 60% Deutsche, 20% Franzosen, 10% Briten, 4% Niederländer, 4% Belgier und 2% Italiener. Neben den Dauerteilnehmern zählte man täglich bis zu 3000 Besuchern, am 19. August sogar bis zu 10.000⁷²². Bezüglich der Schaffung eines europäischen Bewußtseins zog Moreau indes ein nüchternes Fazit: Wenn man auch nicht davon sprechen könne, daß ein europäisches Bewußtsein bei den Jugendlichen entstanden sei, so sei doch bei ihnen und den Verantwortlichen ein zukunftsfähiges Interesse geweckt worden, das gefördert werden müsse: "On peut affirmer qu'un mouvement d'intérêt a été suscité chez tous les responsables capables d'engager la jeunesse dans la voie de la

spondenz kritisch über den Inhalt der Camp-Zeitung äußerte, Hinweis aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.8.1951.

⁷¹⁸ Vgl. Artikel über die Pressekonferenz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.8.1951.

⁷¹⁹ Vgl. Uwe Müllenmeister, Die Begegnung europäischer Jugend 1951 - Anfänge der internationalen Jugendarbeit, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.), Kein Alter zum Ausruhen, S.180.

⁷²⁰ Dies unterstreicht auch ein Teilnehmer in seinem Bericht, der in der Zeitschrift Documents veröffentlicht wurde: "Cette prédominance [culturelle]...s'est parfois exercée presque en rivalité avec les ateliers politiques et économiques", in: Documents, 10 (1951), S. 1174.

⁷²¹ Dies stellte auch für den Deutschen Bundesjugendring, der überwiegend auf ehrenamtliches Engagement angewiesen war, eine Herausforderung dar.

⁷²² Bericht Moreaus vom 18.10.1951, in: MAE/Colmar, AC 57/3, S. 9 u. 16 ff.

tous les responsables capables d'engager la jeunesse dans la voie de la construction européenne et qu'une impulsion a été donnée à de nombreux jeunes qui sont prêts dès maintenant à poursuivre un effort si on les y convie ... La Loreley a été une première étape."⁷²³ Zumindest sein Minimalziel sah er also erreicht.

Das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley war zugleich Höhepunkt und Ende einer Ära der von den Franzosen initiierten Jugendtreffen⁷²⁴. Die einschneidenden finanziellen Kürzungen infolge des Besatzungsstatutes führten zu einem erheblichen Rückgang der Jugendbegegnungen in den Folgejahren⁷²⁵, wenn sie auch im Vergleich zu anderen Segmenten der Kulturpolitik bevorzugt bedacht wurden. Diese Kürzungen bekamen auch die privaten französischen Austauschorganisationen wie etwa B.I.L.D. zu spüren, deren Bedeutung für die Organisation internationaler Begegnungen mit dem partiellen Rückzug der Besatzer stark gewachsen war und die eine wichtige Mittlerrolle einnahmen⁷²⁶. Bilaterale Treffen fanden weiter statt, große europäische Zusammenkünfte wie auf der Loreley jedoch nicht mehr. Und dies, obwohl das Französische Hochkommissariat das Terrain und die Gebäude des Loreleylagers, die unter französischer Hoheit standen und vom französischen Militär genutzt worden waren, noch im Dezember 1951 an den Deutschen Bundesjugendring übertrug, um diesem die Möglichkeit zu geben, dort gegebenenfalls ein weiteres Europäisches Jugendtreffen zu organisieren⁷²⁷. Die Initialwirkung, die von diesem Treffen ausgehen sollte, trat nicht ein, eine Eigendynamik konnte nicht angestoßen werden. Warum nicht? Die Euphorie für eine europäische Einigung in den Jugendverbänden ebte nach der großen Veranstaltung offenbar ab. Waren die europäischen Initiativen inhaltlich zu unkonkret und zu wage, um letztlich überzeugend zu sein? Die mit großem Schwung 1951 gestartete Europäische Jugendkampagne⁷²⁸ scheiterte, und

⁷²³ Bericht Moreaus, S. 26 f.

⁷²⁴ "[Le camp de la Loreley] fut une apogée et une fin", kommentierte Joseph Rován 1972 das Treffen. Vgl. Rován, *Les relations franco-allemandes*, S. 689. Vgl. auch Defrance, *La politique culturelle*, S. 291 ff.

⁷²⁵ Vgl. Defrance, *Éléments d'une analyse de la politique culturelle française en Allemagne à travers son financement, 1945-1955*, in: *Revue d'Allemagne*, 23 (1991), S. 511 ff. u. die-selb., *La politique culturelle*, S. 293.

⁷²⁶ Zauner, *Erziehung*, S.196.

⁷²⁷ Schreiben G. Carrez', Leiterin der Abteilung für Internationale Begegnung und Nachfolgerin von Jean Moreau, an Josef Rommerskirchen vom 4.12.1951, in: BA, B 268/550.

⁷²⁸ Die Campagne Européenne de la Jeunesse (CEJ) war eine private Initiative des Mouvement Européen und Ende 1951 - auch als Reaktion auf die kommunistischen Weltfestspiele 1951 - gegründet worden. Jean Moreau übernahm bezeichnenderweise Ende 1951 die Lei-

die westeuropäischen Jugendverbände setzten sich erfolglos für die Bildung eines europäischen Jugendrings ein⁷²⁹. Auch in den deutschen Jugendverbänden verebte das Interesse. Der Deutsche Bundesjugendring und seine Mitgliedsverbände seien offensichtlich nicht in der Lage gewesen, die Begeisterung der Jugend für eine Einigung Europas zu aktivieren und wach zu halten, so die Feststellung Martin Faltermaiers⁷³⁰. "Zaghaftigkeit und Verbandsegoismus" macht er in seinem persönlichen Rückblick auf zehn Jahre Deutscher Bundesjugendring dafür verantwortlich⁷³¹. Hier kann man Parallelen zur allgemeinen politischen Entwicklung erkennen. Die Hoffnungen auf einen gemeinsamen Neubeginn auf europäischer Ebene waren zu hoch gewesen. Weder waren die Regierungen der europäischen Länder damals bereit, Teile ihrer Souveränität aufzugeben, noch war man in der Lage, der konkreten Probleme, die sich aus der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ergeben hätten, Herr zu werden⁷³². Die Begegnung europäischer Jugendlicher auf der Loreley im Sommer 1951 stellte auch für den Deutschen Bundesjugendring den Höhepunkt seines Engagements für die europäische Einigung dar. Das Treffen auf der Loreley wurde für die internationale Arbeit des DBJR zum Wendepunkt: "Die hochgespannten Europapläne und Wünsche der Anfangsjahre⁷³³ verloren zugunsten einer pragmatischen bilateralen Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Partnern an Bedeutung"⁷³⁴ - zum Bedauern des Französischen Hochkommissariats, das das zweite FDJ-Deutschlandtreffen im Juni 1954 - wie schon 1950 das erste - zum Anlaß nahm, den "immobilisme de

tung des Generalsekretariates, trat aber 1953 resigniert zurück. Zur CEJ vgl. Marianne Lippgens, *La Campagne Européenne de la Jeunesse (CEJ) de 1951 à 1958*, in: Dumoulin (Hg.), *La Belgique*, S. 51-57.

⁷²⁹ M. Faltermaiers, *Deutscher Bundesjugendring*, S. 61.

⁷³⁰ Der Bund der Katholischen Jugend lehnte es ab, sich in der CEJ zu engagieren. Sein Vorsitzender Josef Rommerskirchen wandte sich gegen diese neue Struktur auf europäischer Ebene, weil sie seiner Meinung nach lediglich ein mehr an Bürokratie bedeute. Vgl. Briefwechsel Moreau/Rommerskirchen vom 16.2.1952 u. 27.3.1952, in: *Historisches Archiv der Europäischen Gemeinschaften*, Florenz, ME (Mouvement Européen) 1376.

⁷³¹ M. Faltermaiers, *Deutscher Bundesjugendring*, S. 61.

⁷³² So begründete Paul-Henri Spaak seinen Rücktritt als Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates im Dezember 1951 mit seiner großen Enttäuschung über die zaghafte Politik der Versammlung, die er nicht mit ruhigem Gewissen billigen könne. Ausschnitt der Rede in: Michael Brückner (Hg.), *Der Europa-Plöetz*, Würzburg 1993, S. 33.

⁷³³ Der Deutsche Bundesjugendring hatte im August 1950 einen eigenen Aktionskreis junges Europa gegründet.

⁷³⁴ Müllenmeister, *Die Begegnung europäischer Jugend*, S. 182 f. Ein zweiter Schwerpunkt in der internationalen Arbeit des DBJR entwickelte sich mit der Mitgliedschaft in der World Assembly of Youth (WAY), der der DBJR im August 1954 als Deutsches Nationalkomitee beitrug.

Bonn" gegenüber der deutschen Jugend zu kritisieren. Es müßten mehr Veranstaltungen, die vom Geist des ersten Loreley-Treffens geprägt seien, organisiert werden. Nur so könne man den kommunistischen Aktivitäten Einhalt gebieten: "Peut-être serait il bon qu'on lui [la jeunesse] donnât plus d'occasions de se rencontrer autour d'idées de bon aloi, semblables à celles qui avaient présidé aux rencontres de la Loreley"⁷³⁵.

Obwohl das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley bei den Jugendlichen ein "zukunftsfähiges Interesse" für die europäische Einigung geweckt hatte, das nach Ansicht Moreaus gefördert werden müsse, fand das Treffen vom Sommer 1951 keine Fortsetzung. Die sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen, Verbandsinteressen, die abklingende Euphorie für ein gemeinsames Europa, die sich auch auf der allgemeinen politischen Ebene bemerkbar machte und vermutlich auch auf zu unklare und zu verschiedene Europakonzepte zurückzuführen war, sind Gründe dafür, warum das Europäische Jugendtreffen im Sommer 1951 das einzige dieser Art blieb. Vielleicht fehlte auch der engagierte Initiator des Treffens Jean Moreau, der die Französische Hohe Kommission Ende 1951 verließ, um bei der Europäischen Jugendkampagne mitzuwirken. Doch auch hier wurden die begrenzten Möglichkeiten einer Vereinigung der Jugend auf europäischer Ebene schnell offenbar.

⁷³⁵ Bericht des französischen Botschafters und Hochkommissars in Deutschland (unterzeichnet von Christian de Margerie) am 14.6.1954 an Außenminister Bidault über das zweite FDJ-Deutschlandtreffen in Berlin vom 4. bis 6.6.1954, in: MAE/Paris, Europe 1944-1960, Allemagne, vol. 752.

2. Internationale Begegnungen und die wachsende Bedeutung der privaten Organisationen

Private Organisationen konnten in den Augen der Direction Générale des Affaires Culturelles (DGAC) nicht nur die Veranstaltung internationaler Begegnungen fortsetzen und damit verstärkt eine Tätigkeit der Direction de l'Education Publique (DEP) Baden-Baden bzw. der DGAC in Mainz übernehmen. Sie hatten aus französischer Perspektive gleichzeitig den Vorteil, daß sie ein Gegengewicht zu staatlichen Strukturen bildeten, was den Franzosen aufgrund ihrer Erfahrungen mit der deutschen Geschichte für eine demokratische Entwicklung Deutschlands bedeutsam erschien: "Il y a toujours un très grave danger de dictature de la bureaucratie en Allemagne qui est efficacement neutralisé par la volonté antiétatique des mouvements privés, dans le système actuel."⁷³⁶

Bei dem ersten Zusammentreffen von Henry Spitzmuller, Leiter der DGAC, und Rudi Salat am 28. November 1951 betonten beide den großen Wert der privaten Initiative auf kulturellem Gebiet. Besonders hoben sie die Arbeit der deutschen Partnerorganisation von B.I.L.D. hervor: "Auch die Franzosen betrachten die von der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit geleistete Arbeit als besonders förderungswürdig"⁷³⁷, ist einer Aufzeichnung Salats, stellvertretender Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts, vom November 1951 zu entnehmen. Die Entwicklung und Arbeit von B.I.L.D. soll im nächsten Abschnitt im Mittelpunkt stehen.

B.I.L.D. und die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GüZ)

Die Kulturabteilung der Französischen Hohen Kommission hielt nicht nur die von der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit geleistete Arbeit für unterstützungswürdig, sondern auch die der Partnerorganisation B.I.L.D. Bis 1949 war sie von General Koenig direkt und in geringem Umfang von Schmittlein subventioniert worden: "Jusqu'à présent, cet organisme a ... été subventionné par le Général Commandant en Chef. ... De mon côté, j'ai donné tous les mois au Père du Rivau de petits som-

⁷³⁶ Projets spéciaux de l'UNESCO en Allemagne. Institut international des activités de jeunesse, o. D., Ausarbeitung Jean Moreaus, in: MAE/Colmar, AC 414/1.

⁷³⁷ Aufzeichnung Salats vom 29.11.1951 über ein Gespräch mit Spitzmuller vom 28.11.1951, in: PA, B 90, Bd. 36, S. 223-225, hier: S. 223 f.

mes (de 500 à 1000 marks) prélevées sur mes fonds de propagande."⁷³⁸ Eine weitere Förderung war nach Ansicht Schmittleins in französischem Interesse: "J'estime que l'action du Père du Rivau et de l'organisme qu'il dirige a été menée au plus grand profit de la cause française et qu'il est absolument nécessaire de la soutenir."⁷³⁹ Auch der Quai d'Orsay hatte inzwischen erkannt, daß die Austauscharbeit der Organisation im französischen Interesse war. Im Februar 1952 beauftragte Maurice Schumann, Staatssekretär im Quai d'Orsay, André François-Poncet, unbedingt dafür zu sorgen, daß B.I.L.D. seine Arbeit fortsetzen könne: "Je souhaite que cette présence française puisse continuer à se manifester ... C'est pourquoi je serais heureux de vous voir tout mettre en oeuvre afin d'assurer au B.I.L.D. la poursuite de son action."⁷⁴⁰ Eine Auswertung der von der DGAC in den Jahren 1950 bis 1954 geleisteten Subventionen⁷⁴¹ ergibt in der Tat, daß B.I.L.D. in diesem Zeitraum die mit Abstand am stärksten geförderte Organisation war. Sie erhielt laut der vorliegenden Akten in den Jahren 1950 bis 1954 insgesamt mindestens 360.000 Mark. Dieser Betrag war zu 93% für "frais de fonctionnement" der Organisation vorgesehen. Die Unterstützung durch die DGAC war substantiell für das Bestehen der Austauschorganisation. In den Jahren 1951/1952 profitierte B.I.L.D. von der Tatsache, daß die DGAC ihr Budget für internationale Begegnungen um ca. 25% erhöhen konnte (Vgl. Kap. V.1) und wurde dabei sehr wohlwollend bedacht. Die Subvention hat sich im Jahre 1952 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (140.000 gegenüber 60.000 Mark), um dann allerdings 1953 wieder fast auf den Ausgangsbetrag abzusinken⁷⁴². Auch die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit hat finanzielle Mittel erhalten, jedoch in geringem Umfang⁷⁴³. Das Engagement im internationalen Jugendaustausch und der da-

⁷³⁸ Vermerk Schmittleins für M. Rivain, Schatzmeister des französischen Hohen Kommissars in Deutschland vom 23.2.1950, in: MAE/Colmar, AC 53/3 cab. Vgl. auch Schreiben du Rivaus vom 5.4.1952 an Alain Peyrefitte, in: *ibid.* Du Rivau präzisiert, daß das Geld für die Groupe d'Etudes Allemandes, die für B.I.L.D. in Paris arbeitete, verwendet wurde.

⁷³⁹ *Ibid.*

⁷⁴⁰ Schreiben Maurice Schumanns vom 18.2.1952 an André François-Poncet, in: MAE/Colmar, AC 53/3 cab.

⁷⁴¹ Grundlage dieser Auswertung sind Auszahlungsbestätigungen der DGAC für die Jahre 1950-1954 an private Organisationen, die aus folgenden Beständen zusammengetragen wurden: MAE/Colmar, AC 157-164, AC 173, AC 228-233 und AC 236-240.

⁷⁴² Das Budget für B.I.L.D. und die GÜZ wurde zusammen ausgewiesen. Vgl. Etat recapitulatif für 1952 mit Schreiben du Rivaus vom 20.11.1951, in: MAE/Colmar, AC 53/3 cab. Die Akten legen nahe, daß die beiden Einrichtungen, die beide ihren Sitz in Offenburg hatten, eine gemeinsame Haushaltsführung vornahmen.

⁷⁴³ Z. B. 1952: 30.000 Mark, B.I.L.D. hingegen erhielt 140.000 Mark. *Ibid.*

durch geleistete Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung waren auch für die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten Gründe, die Gesellschaft zu fördern⁷⁴⁴: Sie erhielt im Oktober 1950 erstmalig 5.000 Mark⁷⁴⁵. Zudem wollte die Dienststelle mit dieser Förderung ihre Präsenz im Austauschbereich zeigen, und verdeutlichen, daß sie den Franzosen nicht alleine das Feld überlassen wollte. 1952 kündigte das Auswärtige Amt eine jährliche Förderung von 10.000 Mark an, was 25% der gesamten Verwaltungsaufwendungen bedeutete⁷⁴⁶.

Trotz dieser Hilfen haben B.I.L.D. und die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GüZ) wie auch andere private Organisationen oft am Rande der finanziellen Existenz gearbeitet⁷⁴⁷. Die Tatsache, daß die DGAC B.I.L.D. vor allem Mittel für die "frais de fonctionnement" gab, verdeutlicht, daß sie unter allen Umständen das "Überleben" dieser Einrichtung sichern wollte. Welche Arbeit unterstützte die DGAC mit der Mittelvergabe an B.I.L.D. und inwiefern profitierte der internationale Jugendaustausch davon?

Im Hinblick auf Moreaus Ziel, den Jugendaustausch durch die Errichtung von Strukturen zu stärken, kann von einer positiven Entwicklung gesprochen werden: Der internationale Jugendaustausch von B.I.L.D. wurde 1950 zu einem organisierten Dienst ausgebaut⁷⁴⁸ und die Teilnehmerzahlen stiegen stetig. Hierbei wurde der Austausch von Familie zu Familie besonders berücksichtigt. 1950/1951 konnten im Einzelaustausch 420 Partner vermittelt werden. Außerdem wurden Kontakte für die Teilnahme an Jugendlagern im Nachbarland vermittelt. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Flüchtlingsaktion, die 1950 begann und die im Sommer 1951 400 deutschen Flüchtlingskindern einen Aufenthalt in französischen Familien ermöglichte. Der Besuch französischer und belgischer Studenten in einem Flüchtlingslager bei Flensburg

⁷⁴⁴ Vgl. Auszahlungsanordnung vom 23.10.1950, in: PA, B 90, Bd. 120, S. 178.

⁷⁴⁵ Ibid.

⁷⁴⁶ Auszahlungsanordnung vom 14.8.1952, in: Ibid., S. 25.

⁷⁴⁷ Dies bestätigte Joseph Rovin in seinem Interview mit der Verfasserin am 24. Februar 1997 in Paris. Vgl. auch Schreiben du Rivaus an Alain Peyrefitte vom 31.3.1952, in dem er über Zahlungsrückstände berichtet. Schreiben in: MAE/Colmar, AC 53/3 cab.

⁷⁴⁸ Jahresbericht des Bureau International de Liaison et de Documentation und der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit aus dem Jahre 1951, S. 11. Die Jahresberichte 1951 bis 1954 wurden der Verfasserin von B.I.L.D. in Paris zur Verfügung gestellt.

war Anlaß für zahlreiche Artikel in französischen Tageszeitungen und Zeitschriften⁷⁴⁹. Sie hatten zum Ziel, das französische Publikum auf das Elend der deutschen Vertriebenen aufmerksam zu machen. Die Resonanz der französischen Bevölkerung auf diese Artikel war so groß, daß sie B.I.L.D. zu diesem Angebot für deutsche Flüchtlinge ermutigte⁷⁵⁰. Nach dem Anfangserfolg 1951 stiegen die Zahlen der Kinder und Jugendlichen, die nach Frankreich reisen durften, in den Folgejahren auf 900 (1952), 1400 (1953) und sanken dann 1954 auf 700⁷⁵¹. Mit dieser Flüchtlingsaktion leisteten B.I.L.D. und GüZ einen Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung, insbesondere, weil es ihnen gelang, in der französischen Bevölkerung Gehör für das schwierige Thema Vertreibung und deren Folgen zu finden.

B.I.L.D. beschränkte den Austausch bewußt auf Deutschland und Frankreich und setzte sich zum Ziel, "das Netz privater Freundschaften zwischen Deutschen und Franzosen so eng wie möglich zu gestalten, um so die Vorurteile, die in beiden Völkern gegeneinander bestehen, nach und nach aus dem Weg zu räumen". Der Austauschdienst wurde gut angenommen: Die Anzahl der internationalen Begegnungen im Einzelaustausch nahm bis 1954 beständig zu. Hinzu kam die Vermittlung von einigen Gruppen. Im Einzelaustausch stieg die Zahl 1952 auf 600, und 1953 auf 1000. Mit 75% und mehr hatten Schüler und Studenten hier den größten Anteil. Anders als in der frühen Nachkriegszeit gab es ebenso viele deutsche wie französische Anfragen, so daß man nun von einem Interesse deutscher und französischer Jugendlicher an einem wirklichen Dialog sprechen konnte. 1952 gelang es erstmalig, eine größere Anzahl von Werkstudenten in Handel und Industrie zu vermitteln, beispielsweise ins Ruhrgebiet - ein Vorgang, der noch fünf Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre. Aufgrund des Widerstandes französischer Gewerkschaften konnten deutsche Studenten jedoch nur begrenzt in französische Betriebe vermittelt werden⁷⁵². Es fällt auf, daß B.I.L.D. 1954 mehr als in den Jahren zuvor Begegnungen für deutsche und französische Jugendgruppen anbot: für Pfadfindergruppen, für Gruppen der Katholischen Jugend, für Mitglieder des Rings der politischen Jugend sowie für Jungbauern und

⁷⁴⁹ Vgl. auch die Sondernummer von Documents 1951, *Peuple sans Patrie* und die Appelle in der Zeitschrift des Comités von Alfred Grosser "Allemagne" 1951, z. B. *Allemagne*, Nr. 12 (April-Mai 1951).

⁷⁵⁰ Jahresbericht B.I.L.D. 1951, S. 11.

⁷⁵¹ *Ibid.* 1953, o. S. und *ibid.* 1954, S.19.

⁷⁵² *Ibid.* 1952, S. 12 f.

Jungarbeiter. Die Austauschorganisation übernahm hier eine Aufgabe, die von der DGAC aufgrund des sinkenden Budgets zu diesem Zeitpunkt nur noch begrenzt wahrgenommen werden konnte. Mit ihrer Hilfe reisten 1954 ca. 600 junge Franzosen mit ihren Gruppen nach Deutschland und trafen dort vermutlich ebenso viele junge Deutsche. Ca. 100 Deutsche reisten mit ihren Gruppen nach Frankreich⁷⁵³.

Möglicherweise ist diese Entwicklung Folge der Tatsache, daß die DGAC ab 1954 aufgrund weiterer Kürzungen nur noch wenige internationale Jugendgruppenbegegnungen unterstützen konnte.

Für die Weiterführung und Verankerung des deutsch-französischen Jugendaustauschs bildeten B.I.L.D. und die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit eine wichtige Stütze. Die besondere finanzielle Förderung von B.I.L.D. durch die DGAC, zumindest bezüglich "frais de fonctionnement", sind eine Anerkennung dieser Austauscharbeit und gleichzeitig Ausdruck des französischen Interesses, den deutsch-französischen Jugendaustausch fortzusetzen. Ein Zeichen der Anerkennung für diese Arbeit von B.I.L.D. und GÜZ von offizieller deutscher Seite war der Eintritt Botschafter Wilhelm Hausensteins 1954 in den Vorstand von B.I.L.D. bzw. der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit⁷⁵⁴. In der Wertschätzung für die Arbeit dieser privaten Organisationen waren sich die beiden Außenministerien also einig. Der ehemalige Mitinitiator der internationalen Begegnungen, Jean Moreau, der sich Anfang der 50er Jahre für die Implementierung der Austausche eingesetzt hatte, engagierte sich auch noch 1955 von Paris aus für dieses Ziel. Er war inzwischen in die Kulturabteilung des Quai d'Orsay gewechselt und dort für die Betreuung internationaler Begegnungen zuständig. Um die Arbeit der Austauschorganisation B.I.L.D. nach Aufhebung des Besatzungsstatutes dauerhaft zu gewährleisten, bot Moreau seine Unterstützung an: "Je suis décidé à rechercher ... les moyens de garantir d'une manière durable l'avenir de cet organisme en le dotant d'un statut approprié. Il me paraît donc essentiel que toutes dispositions soient prises ... pour que son action ne soit pas interrompue. Ceci implique en particulier ... que son financement soit régulièrement assuré comme par le passé."⁷⁵⁵ Der Leiter der Kulturabteilung der Französi-

⁷⁵³ Ibid. 1954, S.4 f.

⁷⁵⁴ Ibid. 1954, S. 3.

⁷⁵⁵ Schreiben des Leiters der Direction des Relations Culturelles (DGAC) im französischen Außenministerium vom 2.5.1955, in: MAE/Colmar, AC 302/1b. Die Vorlage wurde von Moreau erstellt.

schen Hohen Kommission, Spitzmuller, ermahnte Moreau jedoch zur Zurückhaltung. Er betonte ausdrücklich, daß B.I.L.D., das auch von offizieller deutscher Seite Mittel erhalte, eine private Einrichtung bleiben müsse⁷⁵⁶.

Das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle

Der Generalsekretär des Comité, Alfred Grosser, setzte sich in den 50er Jahren nachdrücklich für eine Fortsetzung der neuen Form der französischen Kulturarbeit mit Deutschland ein. Die Zielgruppen der Kulturarbeit sollten breite Schichten der Bevölkerung bleiben und die Inhalte dementsprechend nicht auf eine Elite ausgerichtet sein.

Bei seinem Drängen auf Fortführung dieser Arbeit äußerte er auch Kritik an der DGAC in Mainz, der er "une mauvaise conception de la normalisation des rapports culturels franco-allemands et une définition étroite et périmée du mot culturel"⁷⁵⁷ vorwarf. Diese Kritik mag für das Pariser Außenministerium gerechtfertigt sein, wie auch Henry Spitzmuller später einräumte. Die DGAC in Mainz setzte sich jedoch, wie gezeigt werden konnte, nach wie vor für die Fortsetzung dieser neuen Art der Begegnungen ein. Tatsächlich wies der Leiter der DGAC in Mainz diese Kritik auch zurück⁷⁵⁸, zumal Grossers Comité von ihm finanzielle Unterstützung für seine Arbeit erhielt. In einem Schreiben an Alfred Grosser nahm Spitzmuller explizit Stellung zu der vorgetragenen Kritik: "Certes, la Direction Générale des Affaires Culturelles doit sauvegarder les traditionnels piliers de la culture française à l'étranger, instituts et spectacles, qu'elle y croie ou non, mais, à la différence de la maison-mère et de tous les postes culturels à l'étranger, elle fait porter son effort budgétaire le plus essentiel, sur une politique de rencontres, d'échanges, de culture populaire, etc. qui est tout de même assez révolutionnaire."⁷⁵⁹

Mehrfach hatte Grosser bereits eine größere Unterstützung durch das französische Außenministerium gefordert. So sollte es für die kulturelle Austauscharbeit mit Deutschland endlich ein offizielles Organ in Paris schaffen, die Anzahl der deutschen

⁷⁵⁶ Handschriftliche Anmerkung auf dem Schreiben der DGAC Paris vom 2.5.1955, in: *ibid.*

⁷⁵⁷ Alfred Grosser, *Le Comité a-t-il encore un sens?* in: *Allemagne*, Nr. 17 (Februar-März 1952).

⁷⁵⁸ Vermerk Spitzmuller für André François-Poncet vom 22.2.1952, in: *MAE/Colmar*, AC 42 cab.

⁷⁵⁹ Schreiben Spitzmullers an Alfred Grosser vom 5.3.1952.

Anfragen nach Austauschmöglichkeiten würden dies rechtfertigen und es sei aus politischen Gründen wichtig, man könne die Austauscharbeit nicht allein den Deutschen überlassen: "Si le Quai est décidé à ne pas faire un effort pour répondre aux multiples initiatives allemandes, on risque dans peu de temps d'arriver à un véritable monopole allemand sur le 'marché' des échanges."⁷⁶⁰

Sicher war es für den Fortbestand der neuen Begegnungsart wichtig, daß eine Persönlichkeit wie Alfred Grosser unmißverständlich die Stimme für ihre Fortführung erhob. Indes ist belegbar, daß sich die DGAC in Mainz um den Fortbestand dieser neuen Form der Kulturarbeit bemühte, denn die finanzielle Unterstützung der Austauschtreffen blieb relativ hoch: Im Rahmen des Gesamtbudgets waren die internationalen Begegnungen 1952/1953 mit 638.000 Francs gegenüber den Ausgaben für französische Institute und Studienzentren, die für ihre traditionelle Kulturarbeit 800.000 Francs erhielten, gut ausgestattet worden⁷⁶¹. Das Verhältnis verschob sich erst 1954 im Rahmen weiterer allgemeiner Budgetkürzungen zugunsten der traditionellen Kulturarbeit⁷⁶². Die Kritik, die Grosser 1952 an der DGAC geübt hatte, hatte dem Comité nicht geschadet, denn die Unterstützung wurde 1952 wie vorgesehen sogar leicht erhöht. Nach den vorliegenden Akten erhielt das Comité für seine Arbeit in den Jahren von 1950 bis 1954 vom Französischen Hochkommissariat ca. 4 Millionen Francs⁷⁶³, umgerechnet ca. 47.000 Mark, im Vergleich zu B.I.L.D. eine bescheidene Hilfe. Das Comité hatte fortwährend mit knappen Budgets zu kämpfen und es war nicht von der Hand zu weisen, daß eine größere finanzielle Hilfe die Arbeit des Comité erleichtert hätte, zumal bereits verspätete Überweisungen angekündigter Subventionen das Comité in finanzielle Nöte brachten⁷⁶⁴. 1952 wurde sogar das Aus-

⁷⁶⁰ Schreiben Grossers an Peyrefitte vom 10.3.1952, in: MAE/Colmar, AC 42/cabinet.

⁷⁶¹ Defrance, *Eléments*, S. 517.

⁷⁶² Ca. 27 Millionen Francs für internationale Begegnungen versus ca. 50 Millionen Francs für die Kulturinstitute. Vgl. *ibid.*

⁷⁶³ Im Einzelnen nachweisbar: 300.000 Francs (FF) (1950), Schreiben G. Carrez vom 10.7.1953, 1,2 Mio FF (1952), Vermerk G. Carrez vom 15.5.1953, 1 Mio FF (1953), Schreiben G. Carrez vom 21.8.1953, 1,5 Mio FF (1954), Vermerk G. Carrez vom 25.3.1954, alle Dokumente in: MAE/Colmar, AC 380/7. Für 1951 sind keine Zahlen nachweisbar. Allerdings erhielt das Comité von der Kulturabteilung des Quai d'Orsay 1951 einen Betrag von 450.000 FF. Vgl. Schreiben Grossers an Louis Joxe vom 19.9.1951 und beiliegende Aufstellung über die Entwicklung des Comité von 1948-1951, in: MAE/Paris, *Relations culturelles 1945-1959*, vol. 44. Hinweis auf Betrag für 1951 auch in: *Allemagne*, Nr. 17 (Februar-März 1952). Darin: "bilan financier" des Jahres 1951.

⁷⁶⁴ Vgl. auch Albrecht, *Das Comité*, S. 32.

wärtige Amt ob der finanziellen Schwierigkeiten des Comités alarmiert: Die deutsche Vertretung in Paris meldete im April 1952 nach Bonn, daß sich das Comité unter der Leitung von Alfred Grosser zu einer der wirksamsten Einrichtungen im Bereich des deutsch-französischen Kulturaustausches entwickelt habe und dringend finanzielle Hilfe benötige⁷⁶⁵. Zu diesem Zeitpunkt hatte die französische Botschaft in Bonn indes schon Abhilfe durch eine "aide financière exceptionnelle"⁷⁶⁶ an das Comité signalisiert. Die Botschaft war bereits in einem Schreiben von Jean Schlumberger, der es als skandalös bezeichnete, daß das Comité immer am Existenzminimum leben müsse⁷⁶⁷, über die Situation in Kenntnis gesetzt worden. Die dauernden Finanzprobleme mögen im Hinblick auf die geleistete Arbeit des Comités erstaunen, doch stützen sie die Annahme, daß das Interesse, das die Kulturabteilung des Quai d'Orsay dieser Art der Austauscharbeit entgegenbrachte, nicht sehr groß war. Zumindest war die Kulturabteilung zur Bereitstellung höherer Mittel nicht bereit. Vielleicht stießen die Akteure mit ihren Forderungen im Quai d'Orsay auf wenig Gegenliebe, weil das Konzept des kulturellen Austausches und der internationalen Begegnungen der traditionellen Kulturpolitik des Quai d'Orsay völlig fremd war, wie Grosser im Frühjahr 1952 in einem Brief an Peyrefitte konstatiert hatte⁷⁶⁸. Das Konzept war in der französischen Besatzungszone entstanden und entwickelt worden.

Neben den finanziellen Sorgen veranlaßten inhaltliche Divergenzen innerhalb des Comités den Generalsekretär 1952, den weiteren Bestand der Organisation in Frage zu stellen. Anfang des Jahres 1952 führten außenpolitisch heftig diskutierte Entwicklungen, z. B. die mögliche deutsche Wiederbewaffnung, auch zu Differenzen unter den Führungsmitgliedern des Comités. So stellte Grosser im Bulletin der Organisation fest: "[L]es oppositions des plus en plus profondes ... séparent [les membres du Comité Directeur] sur les questions de politique mondiale, européenne ou tout simplement internationale. Nous devons alors nous demander si le Comité a encore un sens."⁷⁶⁹ Allerdings habe das Comité nie seine Aufgabe darin gesehen, neue politi-

⁷⁶⁵ Vermerk Walthers (Paris) an das Auswärtige Amt vom 17.4.1952, in: PA, B 90, Bd. 36, S. 96.

⁷⁶⁶ Brief vom 14.3.1952, in: MAE/Colmar, AC 42/cabinet.

⁷⁶⁷ Brief Schlumbergers vom 29.1.1952 an den französischen Botschafter in Deutschland, in: MAE/Colmar, AC 42/cabinet.

⁷⁶⁸ Schreiben Grossers an Peyrefitte vom 10.3.1952, in: MAE/Colmar, AC 42/cabinet.

⁷⁶⁹ Alfred Grosser, Le Comité a-t-il encore un sens?, in: Allemagne, Nr. 17 (Februar-März 1952), S. 1 u. 4.

sche Strukturen vorzubereiten, vielmehr sehe es seine Aufgabe darin, "à détruire le négatif que constituent les ignorances et les préjugés."⁷⁷⁰ Da man eine Arbeit leiste, die nicht von offizieller Seite aus betrieben werden könne, müsse man, so Grossers Fazit, weiterarbeiten: "Il y a un travail à faire qu'aucune instance officielle ne pourrait mener à bien précisément parce qu'elle est officielle." Das Comité könne diese Arbeit gerade deswegen fortführen, weil die politischen Divergenzen zwischen den führenden Mitgliedern die Garantie für seine Unparteilichkeit seien und man ihm deswegen in Deutschland und Frankreich Vertrauen entgegen bringe⁷⁷¹.

Neben der Veranstaltung von Intellektuellen-Treffen, bei denen u. a. aus deutschem und französischem Blickwinkel über die Entwicklung der deutschen Jugend diskutiert wurde⁷⁷², übernahm das Comité ab 1952 verstärkt die Aufgabe einer Koordinierungs- und Kontaktstelle für deutsch-französische Begegnungen: "Une autre forme d'action s'est développée ... fortement ... Le Comité sert de plus en plus d'intermédiaire des contacts franco-allemands, de bureau de dépannage de contacts franco-allemands"⁷⁷³. Diese sich dadurch vermehrenden Kontakte seien auch ein Gewinn für das Comité und seine Mitglieder⁷⁷⁴. Das Comité wurde in Frankreich zu einer Anlaufstelle für alle austauschrelevanten Fragen: "De plus en plus, les bureaux, les services, les instances privées s'adressent à nous ... Le Comité est à la fois association et service technique", stellte Grosser ein Jahr später fest⁷⁷⁵. Mit in seinem Organ *Allemagne* veröffentlichten Kurzberichten über realisierte internationale Begegnungen und Ankündigungen künftiger Treffen⁷⁷⁶ bot das Comité Interessierten ein Forum und trug damit zudem den Austauschgedanken weiter in die Öffentlichkeit.

Die DGAC in Mainz schätzte die Arbeit des Comités, was sich an den Subventionen 1952 und 1953 ablesen ließ, die in einer Zeit stiegen, als das Budget für französische Kulturarbeit in Deutschland absolut gesehen sank. Man wollte das Comité, ebenso wie B.I.L.D., solange wie möglich und so gut wie möglich finanziell unterstützen. Die Leiterin der Abteilung internationale Begegnungen der DGAC in Mainz, Ge-

⁷⁷⁰ Ibid.

⁷⁷¹ Ibid.

⁷⁷² Vgl. dazu Albrecht, *Das Comité*, S. 51 ff.

⁷⁷³ Bericht Grossers auf der Jahresversammlung des Comités 1952, in: *Allemagne*, Nr. 23 (Februar-März 1953).

⁷⁷⁴ Ibid.

⁷⁷⁵ Bericht Grossers auf der Jahresversammlung des Comités 1953, in: *Allemagne*, Nr. 29 (Februar-März 1954).

neviève Carrez, unterstrich 1954 das Interesse der französischen Hohen Kommission an der Arbeit des Comités: "Il est de l'intérêt de cette Direction Générale de consolider les positions des organismes qui, en France, se sont spécialisés avec succès dans l'organisation des échanges franco-allemands et contribuent à maintenir, dans une conjoncture difficile ... un dialogue nécessaire."⁷⁷⁷

Wie entwickelte sich die Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg in den 50er Jahren? Wie gestalteten sich seine Beziehungen zur Kulturabteilung des Auswärtigen Amts?

Das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg

Das Deutsch-Französische Institut entwickelte sich in den 50er Jahren sehr bald zu einer wichtigen deutsch-französischen Einrichtung und hatte unter allen ähnlichen in der Bundesrepublik geschaffenen deutsch-französischen Zentren und Gesellschaften eine hervorgehobene Rolle. Es genoß hohes Ansehen bei deutschen Regierungsstellen⁷⁷⁸ und wurde auch vom Auswärtigen Amt finanziell unterstützt⁷⁷⁹. Seinem Grundsatz, keinerlei finanzielle Subventionen von französischer Seite anzunehmen, blieb der Gründer und Leiter des Instituts, Fritz Schenk, treu⁷⁸⁰, denn er wollte jede mögliche Bevormundung durch französische Regierungsstellen vermeiden⁷⁸¹. Den im Rahmen der französischen Umerziehungspolitik initiierten kulturellen gesellschaftlichen Austausch wollte das Deutsch-Französische Institut anregen und weiterentwickeln.

⁷⁷⁶ Vgl. z. B. Les rencontres de l'été prochain, in: Allemagne, Nr. 6 (April 1950).

⁷⁷⁷ Vermerk G. Carrez' vom 25.3.1954, in: MAE/Colmar, AC 380/7.

⁷⁷⁸ Empfehlungsschreiben Hausensteins vom 10.12.1954, in: PA, Ref. 600-400-20, Bd. 93 (Akte nicht paginiert).

⁷⁷⁹ 1952 erhielt es z. B. 6000 Mark und nach Vorlage der Bilanz für das Rechnungsjahr 1952 weitere 1500 Mark für die Deckung des aus der Bilanz ersichtlichen Defizits. Für 1953 wurden 10800 Mark gewährt. Vgl. Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1953 und Auszahlungsanordnung des AA vom 25.4.1953, in: PA, B 90, Bd. 99, S. 18-20 und S. 66 f.

⁷⁸⁰ Ibid.

⁷⁸¹ Schmittlein kritisierte dieses Verhalten 1951 gegenüber der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten: "Bien que fondé de plusieurs années le Deutsch-Französisches Institut de Stuttgart (sic!) n'a jamais cru devoir entrer en relations avec mes services et c'est pourquoi il n'en n'a reçu jusqu'à présent aucune aide. Tout en pensant et en souhaitant qu'il serve efficacement la cause du rapprochement franco-allemand, il me semble d'ailleurs qu'il est moins actif que les 184 sociétés de rapprochement franco-allemand écloses de façon spontanée sur tout le territoire de la République Fédérale, qui travaillent dans ce but et qui ont avec nous des rapports confiantes et suivis." Vgl. Brief Schmittleins an Salat vom Januar 1951, in: MAE/Colmar, DGAC, vol. 7 (Dieses Dokument gelangte erst mit Umzug der französischen Botschaft nach Berlin in das Archiv von Colmar).

Die Förderung und Vermittlung von Austauschreisen für junge Deutsche nach Frankreich und für junge Franzosen nach Deutschland des Deutsch-Französischen Instituts begann im größeren Rahmen im Sommer 1950⁷⁸².

Dem Institut war besonders daran gelegen, persönliche Verbindungen zwischen den Jugendlichen beider Länder herzustellen⁷⁸³. Dabei ist besonders der berufliche Austausch hervorzuheben, d. h. der Austausch von Werkstudenten zwischen Deutschland und Frankreich, den Fritz Schenk entwickelte und förderte⁷⁸⁴. So suchte er beispielsweise im Januar 1951 in Frankreich den Kontakt zu französischen Stellen und Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft, Architektur und der Baubranche⁷⁸⁵. Neben dem Einzelaustausch von Schülern und Studenten im Alter von 15 bis 25 Jahren unterstützte das Institut den Austausch von Schüler- und Studentengruppen. Bei den Studentengruppen wurde darauf geachtet, daß sich junge Menschen ähnlicher Fachbereiche begegneten. So traf beispielsweise eine Gruppe der Stuttgarter Kunstakademie mit einer Gruppe der Académie des Beaux Arts in Paris zusammen⁷⁸⁶. Das Vorhaben, den Werkstudentenaustausch auf Gegenseitigkeit zu entwickeln, erforderte Ausdauer. Hier war das deutsche Interesse größer als das französische. Erstmals gelang es Schenk 1954, bei einem Werkstudentenaustausch zwischen dem Institut und der Pariser Handelshochschule (Hautes Etudes Commerciales) mit jeweils 17 deutschen und 17 französischen Teilnehmern ein Verhältnis von 1:1 herzustellen⁷⁸⁷. In diesem Zusammenhang beurteilte er das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, mit dem das Institut regelmäßig in Kontakt stand, kritisch: Er, Schenk, fände in der französischen Wirtschaft besonders deswegen keine Unterstützung, weil man dort das Comité als eine Gruppe von Linksintellektuellen einschätze. Edmond Vermeil beispielsweise beteilige sich aktiv an Umzügen und Unterschriftenaktionen gegen den EVG-Vertrag⁷⁸⁸. Politische Entwicklungen und deren Ein-

⁷⁸² Fritz Schenk, Über Ziele und Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich (1954), S. 286.

⁷⁸³ Ibid.

⁷⁸⁴ Vgl. auch Aufzeichnung Rumpfs vom 28.10.1953, in: PA, B 90, Bd. 99, S. 1f.

⁷⁸⁵ Vgl. seinen Bericht in: PA, B 90, Bd. 35, S. 122 ff.

⁷⁸⁶ Ibid.

⁷⁸⁷ Aufzeichnung Rumpfs vom 16.3.1954, in: PA, Ref. 600-400-20, Bd. 93.

⁷⁸⁸ Ibid. Vgl. auch Aufzeichnung Rumpfs vom 13.6.1953, in: PA, B 90, Bd. 99, S. 53-55.

schätzungen, die bei Vermeil sicher auch auf sein Deutschlandbild zurückzuführen waren⁷⁸⁹, wirkten sich also auf die zivilgesellschaftlichen Beziehungen aus.

Gespräche mit dem Auswärtigen Amt führte Schenk regelmäßig, die Beziehungen wurden gepflegt. So war beispielsweise auch ein Vertreter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts, Dr. Rumpf, bei der Mitgliederversammlung des Instituts und dem Festakt zu seinem fünfjährigen Bestehen am 24. Oktober 1953 zugegen und richtete ein Grußwort an die geladenen Gäste⁷⁹⁰.

An guten Beziehungen zwischen dem Institut und dem Auswärtigen Amt bestand ein beiderseitiges Interesse. Das Ludwigsburger Institut übernahm implizit für das Auswärtige Amt, das aus bekannten Gründen im kulturellen Austausch nicht zu sehr selbst in Erscheinung treten wollte, eine wichtige Aufgabe. So formulierte Rudi Salat gegenüber Fritz Schenk im Frühjahr 1952: "Ich kann nur hoffen, daß gerade Ihr Institut seine Wirksamkeit in den nächsten Monaten weiter ausbauen wird, in denen es sich darum handeln wird, die deutsch-französischen Beziehungen auch kultureller Natur auf die Basis der vollen Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit zu stellen."⁷⁹¹ Die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts sei gerne bereit, die Bemühungen des Instituts auch weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten zu fördern. Insbesondere hatte sie ein Interesse daran, daß der deutsch-französische Austausch von privater Seite koordiniert wurde. In dem Deutsch-Französischen Institut sah sie eine solide Organisation, die diese Aufgabe übernehmen konnte.

Die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts forderte deswegen das Institut im August 1953 dazu auf, mit anderen Organisationen, die sich auch der deutsch-französischen kulturellen Zusammenarbeit widmeten, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Die Kulturabteilung hege schon seit längerem den Wunsch, daß auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Kulturgesellschaften in der Bundesrepublik eine Rationalisierung und Koordinierung erfolge, schrieb Rumpf an Fritz Schenk⁷⁹². Nach dem Vorbild der deutsch-holländischen und deutsch-italienischen Gesellschaften könne ein gemeinsames Verwaltungszentrum geschaffen werden, durch das die Bundeszuschüsse beantragt würden. Die Selbständigkeit der Organisationen bliebe hinsichtlich

⁷⁸⁹ Vgl. Schenks Bemerkungen dazu in: *ibid.*

⁷⁹⁰ Aufzeichnung Rumpfs vom 28.10.1953, in: PA, B 90, Bd. 99, S. 1 ff.

⁷⁹¹ Schreiben Rudi Salats an Fritz Schenk vom 17.4.1952, in: *ibid.*, S. 154.

⁷⁹² Schreiben Rumpfs an Schenk vom 26.8.1953, in: *ibid.*, S. 45.

Programm und Geschäftsführung erhalten. Das Institut könne eine Art Kristallisationspunkt bilden, regte Rumpf an⁷⁹³.

Der Wunsch nach Koordinierung bestand auch bei den sogenannten Mittlerorganisationen, die sich schließlich ab März 1954 im Arbeitskreis der privaten Institutionen für internationale Begegnung und Bildungsarbeit zu konstituieren begannen⁷⁹⁴. Ziel war es, die Arbeit privater deutscher Mittlerorganisationen auch in Abstimmung mit französischen Organisationen zu koordinieren und einen gemeinsamen Nenner der Arbeit zu formulieren⁷⁹⁵. Bei einer Tagung des Arbeitskreises mit französischen Austauschorganisationen⁷⁹⁶ im Mai 1955 in Marly-le-Roi hielten Alfred Grosser und Fritz Schenk die Einführungsreferate⁷⁹⁷. Grosser bilanzierte die deutsch-französischen Kulturbeziehungen und zeigte Perspektiven für die künftige Arbeit auf. Bei dieser sollte der "erweiterte Kulturbegriff", der auf ein Kulturangebot für weite Kreise der Bevölkerung zielte, unverändert die Direktive sein. Das Gespräch beispielsweise zwischen gleichen Berufsgruppen sei heute die geeignetste Form einer internationalen Begegnung. Es sei zur Zeit notwendiger, sich über die sozialen Fragen des Nachbarlandes zu informieren als über Goethe und Voltaire⁷⁹⁸. Die staatlichen Stellen wurden in diese Tagung mit eingebunden. Neben dem Kulturreferenten der deutschen Botschaft, von Tieschowitz, nahm für Frankreich u. a. Jean Moreau in seiner Eigenschaft als Leiter der Abteilung internationale Begegnungen in der Kulturabteilung des französischen Außenministeriums teil. Für ihn mußte sich an dieser Stelle ein Kreis schließen, war es doch Anfang der fünfziger Jahre sein Anliegen gewesen, die internationalen Treffen mit Hilfe der privaten Organisationen insbesondere in Deutschland zu verankern⁷⁹⁹. Wenn die Koordinierungsversuche auch schwerfällig anliefen, wurden sie dennoch unternommen.

Ende 1955 thematisierte Schenk gegenüber Heinz Trützschler von Falkenstein, seit 1955 Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts, die Frage der Koordinierung deutsch-französischer Gesellschaften und Vereinigungen in der Bundesrepublik

⁷⁹³ Ibid.

⁷⁹⁴ Bock, Private Verständigungs-Initiativen, S. 18.

⁷⁹⁵ Bock, Private Verständigungs-Initiativen, S. 18.

⁷⁹⁶ U. a. mit Mitgliedern des Comité de coordination des associations d'échanges internationaux, dem französischen Pendant des Arbeitskreises. Das Comité français d'échanges (Grosser) war nicht Mitglied dieser Vereinigung.

⁷⁹⁷ Programm der Tagung in Marly-le-Roi vom 16.-18.5.1955, in: MAE/Colmar, AC 302/1b.

⁷⁹⁸ Nach Bock, Private Verständigungs-Initiativen, S. 29.

Deutschland⁸⁰⁰. Bei der letzten Tagung des Arbeitskreises privater Institutionen für internationale Begegnung und Bildungsarbeit im Mai 1955 in Frankreich sei das Institut der Sprecher der deutschen zwischenstaatlichen Organisationen gewesen. Dem Wunsch des Auswärtigen Amtes von 1953 entsprechend⁸⁰¹ beabsichtige das Institut ferner, nach Ablösung des Besatzungsstatutes die in der Bundesrepublik bestehenden deutsch-französischen Gesellschaften und Vereinigungen zu koordinieren⁸⁰². Zur Verwunderung Schenks reagierte von Trützschler allerdings hierauf ablehnend: Das Auswärtige Amt spreche sich entschieden gegen eine Zusammenfassung der deutsch-französischen Gesellschaften unter Federführung eines Institutes aus. Denn auf dem Gebiet des zwischenstaatlichen kulturellen Austausches dürfe das freie Spiel der Kräfte nicht gehemmt werden⁸⁰³. Dies ist erstaunlich, hatte das Auswärtige Amt das Institut doch schon Anfang der 50er Jahre um Koordinierung der Austauschorganisationen gebeten. Offenbar wollte es nach Wiedererlangung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland die Federführung doch nicht aus der Hand geben.

Eine Koordinierung der inzwischen zahlreichen kleineren und größeren privaten Austauschpartnerschaften und Gesellschaften in Deutschland blieb aber weiter notwendig. Der Bedarf wuchs sogar, denn an die Seite der älteren Verständigungsorganisationen wie B.I.L.D., GüZ, das Comité und das DFI waren zahlreiche deutsch-französische Gemeinde-, Schul- und Universitätspartnerschaften und deutsch-französische Gesellschaften getreten, die in der Regel aufgrund deutscher Initiativen gegründet worden waren⁸⁰⁴. Rován bezeichnete es als eine "riche et complexe floraison d'initiatives privées qui prit le relais des services français après la réduction de leurs activités."⁸⁰⁵

Neben dem Wunsch nach Koordinierung war der Zusammenschluß in einer Arbeitsgemeinschaft durch die Besorgnis motiviert gewesen, daß die Organisationen nach Abschluß des Kulturabkommens trotz erfolgreicher Arbeit zurückgesetzt und in

⁷⁹⁹ Vgl. Kap. IV.1.

⁸⁰⁰ Schenk bezeichnete seine Arbeit im übrigen nicht nur als kulturell, sondern auch als politisch. Er glaubte daher, daß das Institut mehr in die Zuständigkeit des AA fiel, als in die des BMI und des Kultusministeriums von BW.

⁸⁰¹ Vgl. Schreiben Rumpfs an Schenk vom 26.8.1953, in: PA, B 90, Bd. 99, S. 45.

⁸⁰² Schreiben Schenks an von Trützschler vom 3.11.1955, in: PA, Ref. 600-400-20, Bd. 93.

⁸⁰³ Schreiben von Trützschlers an Schenk vom 24.12.1955, in: *ibid.*

⁸⁰⁴ Bock, *Private Verständigungs-Initiativen*, S. 23.

⁸⁰⁵ Rován, *Les relations franco-allemandes*, S. 704.

die deutsch-französische Kulturarbeit auf staatlicher Ebene nicht mit einbezogen würden. Dieses Motiv wurde aber hinfällig, nachdem sich der deutsch-französische gemischte Ausschuß endlich gebildet hatte und im März 1957 seine Arbeit aufnahm⁸⁰⁶. Den Höhepunkt der Aktivitäten des Arbeitskreises bildete vermutlich ein großer Kongreß französischer und deutscher Vertreter internationaler Erwachsenen- und Jugendbildungsvereinigungen, der im Mai 1957 in Ludwigsburg abgehalten wurde⁸⁰⁷. Im Anschluß an diese Tagung, d. h. im September 1957, konstituierte sich der Arbeitskreis juristisch als eingetragener Verein. Als Zweck des Arbeitskreises wurden die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Veranstaltungen auf dem Gebiet internationaler Kultur- und Bildungsarbeit genannt. Er sollte dem Erfahrungsaustausch, der gegenseitigen Information und der Abgrenzung von Arbeitsgebieten dienen und vor allem den Einzel- und Gruppenaustausch fördern. Die Eigenverantwortlichkeit und Freiheit seiner Mitglieder wurde betont. Damit wurde versucht, eine politisch-administrative oder parteipolitische Instrumentalisierung der privaten Organisationen zu verhindern⁸⁰⁸. Die Arbeit des Dachverbandes erlahmte im Übergang zu den 60er Jahren, blieb aber dennoch ein Forum, auf dem der Anspruch der Mitgestaltung der bilateralen Kultur- und Gesellschaftsbeziehungen durch die privaten Organisationen geäußert und mit Vertretern der staatlichen auswärtigen Kulturpolitik diskutiert und verhandelt werden konnte⁸⁰⁹.

3. Deutsche UNESCO-Institutionen als Relaisstationen französischer Einflußnahme in Deutschland?

Neben den Bemühungen Moreaus Anfang der 50er Jahre, die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten für den internationalen Austausch zu interessieren, und dem Bestreben, private Mittlerorganisationen verstärkt zu unterstützen, sah Moreau in der Arbeit der UNESCO eine weitere Möglichkeit, den internationalen Jugendaustausch zu etablieren.

⁸⁰⁶ Bock, Private Verständigungs-Initiativen, S. 17.

⁸⁰⁷ Vgl. ausführlich dazu *ibid.*, S. 19 ff.

⁸⁰⁸ *Ibid.*, S. 19.

⁸⁰⁹ *Ibid.*, S. 17 f.

Am 12. Mai 1950 wurde in Frankfurt die Deutsche UNESCO-Kommission als Deutscher Ausschuß für UNESCO-Arbeit gegründet. Die Sonderorganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur war die erste internationale Organisation, die den jungen westdeutschen Staat als gleichberechtigtes Mitglied aufnahm. Dies war ein diplomatischer Durchbruch⁸¹⁰.

Die Generalkonferenz der UNESCO hatte bereits im Dezember 1948 über die Möglichkeiten einer Ausweitung ihrer Aktivitäten in Deutschland diskutiert. Diese Pläne wurden in einer Resolution vom 21. Februar 1949 präzisiert und erhielten die Zustimmung der drei westlichen Alliierten⁸¹¹. Mit der übergeordneten Leitung der geplanten Maßnahmen in Deutschland wurde J.W.R. Thompson beauftragt, der ein Verbindungsbüro in Stuttgart bezog. Ihm standen zwei weitere Büros, eins in der britischen und eins in der französischen Zone, zur Seite, die von einem Holländer bzw. einem Belgier geleitet wurden. Ziel war es, insbesondere die Arbeit der UNESCO-Organisation durch Publikationen in den Ministerien der Länder, in wissenschaftlichen und anderen Einrichtungen von öffentlichem Interesse bekannt zu machen⁸¹².

Ein besonderes Projekt der UNESCO war die Planung von drei Jugendinstituten⁸¹³, von denen das Internationale Jugendinstitut (Institut pour la Jeunesse), das zur Förderung des internationalen Jugendaustausches ins Leben gerufen werden sollte, im folgenden näher beleuchtet werden soll. Der Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen der UNESCO, M. de Blonay, hatte den Leiter der DGAC im Herbst 1950 darum gebeten, Jean Moreau für einen begrenzten Zeitraum nach Paris abzuordnen, damit er an der Konzeptionierung des Institutes mitwirken könne⁸¹⁴. Schmittlein befürwortete die Abordnung Moreaus nicht nur, weil er qualifiziert für das Thema war und er in gewisser Weise das Institut mit angeregt hatte, sondern auch aus poli-

⁸¹⁰ Cordes Koch-Mehrin, 40 Jahre Deutsche UNESCO-Kommission, in: Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), 40 Jahre Deutsche UNESCO-Kommission für Frieden, Entwicklung und den Schutz der Umwelt. Feierstunde in der Paulskirche Frankfurt am Main, 11. Juni 1990, Leverkusen 1991, S. 9. Die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die UNESCO erfolgte im Juli 1951.

⁸¹¹ Rapport sur les activités que l'UNESCO poursuit actuellement en Allemagne, Juni 1949, in: MAE/Paris, Europe 1944-1960, vol. 104, S. 297 ff.

⁸¹² Ibid.

⁸¹³ Geplant wurden folgende Institute: Institut de l'UNESCO pour la Jeunesse; Institut de l'UNESCO pour les sciences sociales; Institut de l'UNESCO pour l'éducation. Zu den Zielen der Institute vgl. die jeweiligen Statuten in: MAE/Colmar, AC 318 b.

⁸¹⁴ Vermerk Schmittleins an den französischen Hochkommissar vom Oktober 1950, in: MAE/Colmar, AC 414/1.

tischen Gründen. Denn auf diese Weise könne man französische Ideen gegenüber britischen leichter lancieren, so die Überzeugung Schmittleins: "M. Moreau est très certainement le plus qualifié pour y travailler puisqu'il en est, en quelque sorte, l'instigateur ... A défaut de M. Moreau, l'UNESCO ferait appel à un Britannique, M. Ellwyn, ce qui serait assez ennuyeux pour notre thèse."⁸¹⁵ Schmittlein spielte hier auf unterschiedliche Konzeptionen der Angelsachsen und der Franzosen bezüglich des Jugendaustausches an: "Elles [les conceptions anglo-saxonnes] se caractérisent en effet, à la fois par une technicité, et une certaine forme d'abstraction qui les distancent trop souvent des problèmes spirituels, sociaux, politiques, économiques concrets qui intéressent directement la vie quotidienne des jeunes."⁸¹⁶

Bereits im Vorfeld seiner Abordnung hatte Moreau sich länger mit der Gründung eines internationalen Jugendinstitutes beschäftigt und war darüber auch mit deutschen und französischen Jugendorganisationen im Gespräch. Im Einvernehmen mit dem Bundesjugendring hatte er sich sogar darum bemüht, ein internationales Jugendzentrum in der französischen Zone zu installieren⁸¹⁷.

Im Frühherbst 1950 erarbeitete Moreau für das geplante internationale Jugendinstitut der UNESCO ein Konzept⁸¹⁸. Für entscheidend hielt er, daß das Institut eine eingegrenzte Aufgabe habe, nämlich "l'organisation d'une coopération internationale pour l'étude des problèmes intéressant la jeunesse."⁸¹⁹ Erwachsen aus einer deutsch-französischen Zusammenarbeit, solle es europäisch und hinsichtlich der politischen Strömungen pluralistisch ausgerichtet sein: "Il s'agissait d'une entreprise européenne dont le germe devait être dans une coopération franco-allemande englobant dans toute la mesure du possible les éléments libéraux, chrétiens et socialis-

⁸¹⁵ Ibid.

⁸¹⁶ Vertraulicher Bericht Moreaus vom 1.12.1950 über seine "Mission" bei der UNESCO, in: MAE/Colmar, AC 31/1.

⁸¹⁷ Aufzeichnung Salats vom 13.7.1950 über das Gespräch mit Moreau vom 12.7.1950, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 202-204. Diese Bemühungen Moreaus ergänzten Schmittleins Bestrebungen, aus Mainz einen Mittelpunkt internationaler Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur zu machen. So wäre es auch in Schmittleins Sinne gewesen, die neue Zentralstelle der UNESCO in Deutschland oder das Generalsekretariat des deutschen UNESCO-Ausschusses nach Mainz zu verlegen. Vgl. Bericht Salats vom 1.8.1950 über seine Besprechungen mit UNESCO-Delegierten und Raymond Schmittlein am 25.7.1950 in Mainz, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 197.

⁸¹⁸ Projets spéciaux de l'UNESCO en Allemagne. Institut international des activités de jeunesse, o. D., in: MAE/Colmar, AC 414/1.

⁸¹⁹ Ibid.

tes."⁸²⁰ Als politisches Ziel stellte er die Entwicklung der Beziehungen zwischen der deutschen und französischen Jugend klar in den Mittelpunkt: "Cette action ne peut en effet être conçue sans objectif politique ... Il est clair ... que le développement des relations pacifiques et constructives entre la jeunesse allemande et la jeunesse française est, pour la paix, d'un intérêt plus immédiat que le développement de relations entre la jeunesse autrichienne et la jeunesse canadienne."⁸²¹ Auch stellte er das zu gründende Institut unmißverständlich in den Kontext des Kalten Krieges: "Le danger actuel réside dans le fait que la propagande soviétique, avec des moyens simplistes et pourtant efficaces s'emploie à créer une 'Mystique' très proche de celle qui avait été donnée à la Hitler-Jugend."⁸²² Es sei dringend notwendig, ein westliches Gegengewicht zu schaffen, sonst bestünde die Gefahr, daß die nicht organisierte Jugend in Westdeutschland mit der Propaganda 'infiltriert' werde: "Si cette propagande ne trouve pas de leaders d'Allemagne occidentale sans défense, il est clair qu'elle risque de pénétrer la jeunesse inorganisée". Er empfahl, "[d']entraîner la jeunesse allemande dans une action d'ensemble de grande envergure." Dies bedeutete, daß "les organisations libres d'un pays démocratique ... doivent devenir solidaires d'une action d'organisation et de construction internationale pacifique, dont la première étape est l'organisation européenne."⁸²³ Mit der Gründung des Jugendinstitutes sollte diese Etappe begonnen werden.

Probleme in der Entstehungsphase des Jugendinstitutes ergaben sich aus der Sicht Moreaus zum einen aus der Verschiedenartigkeit der internationalen Organisationen in Europa, die selten miteinander verbunden waren, zum anderen aus den bereits angesprochenen unterschiedlichen Konzeptionen internationaler Austauscharbeit der Westalliierten⁸²⁴. Dennoch stellte Moreau im Dezember 1950 in seinem Bericht über seine Zeit bei der UNESCO in Paris abschließend fest: "Si ces prévisions se réalisaient, nous aurions en cet Institut une entreprise originale, d'une importance in-

⁸²⁰ Ibid.

⁸²¹ Ibid.

⁸²² Ibid.

⁸²³ Ibid.

⁸²⁴ Vertraulicher Bericht Moreaus vom 1.12.1950 über seine "Mission" bei der UNESCO, in: MAE/Colmar AC 31/1.

commensurable dans le domaine de la jeunesse, et dont le succès serait à la fois subordonné à une coopération franco-allemande étroite et garanti par elle."⁸²⁵

Im Herbst 1950 wurde Alfred Grosser Thompson als Spezialberater für Jugendfragen zugeteilt⁸²⁶. Er nahm bereits im Dezember 1950 seine Arbeit in Wiesbaden auf, wo ein UNESCO-Büro eröffnet werden sollte. Hauptaufgabe Grossers war es, die Vorarbeiten für die Gründung eines internationalen Jugendzentrums zu leisten. Grosser plädierte für eine Einrichtung im Ruhrgebiet, wo neben Studenten auch die Arbeiterjugend erfaßt werden könne. In Wahrheit hatte man hier allerdings Zugeständnisse an die Briten gemacht, die keinesfalls damit einverstanden waren, das Zentrum in dem französischen Begegnungszentrum in Speyer zu installieren⁸²⁷. Schmittlein und Moreau hatten nicht weiter auf ihren Wunsch bestanden, da ihnen eine Mitsprache bei der Personalauswahl wichtiger erschien⁸²⁸. Bei seinem Besuch in Bonn im Dezember 1950 informierte Grosser die Kulturabteilung der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten darüber, daß er bereits Gespräche mit dem Bundesjugendring und mit anderen sich mit Jugendfragen befassenden Stellen geführt habe. Rudi Salats Frage, ob das neue Zentrum auch helfen könne, die vielen Projekte des deutsch-ausländischen Jugendaustausches zu koordinieren, bejahte Grosser ohne Einschränkung⁸²⁹.

Das internationale Jugendinstitut wurde schließlich am 1. September 1952 in der ehemals amerikanischen Zone in Gauting eröffnet. Inwieweit französische Vorstellungen hier realisiert werden konnten, kann nur vermutet werden. Geneviève Carrez, Leiterin der Abteilung Internationale Begegnungen in Mainz, äußerte sich positiv: "L'institut de Jeunesse ... a pénétré réellement en profondeur dans la vie des groupements de jeunesse, tant en Allemagne que dans divers pays d'Europe."⁸³⁰ Sie konstatierte ferner, daß sich in der Arbeit des Institutes französischer Einfluß bemerkbar mache: "L'institut de Jeunesse est celui où l'influence française se fait le plus sentir. Cette influence se manifeste ... dans l'esprit d'universalisme ... et dans la

⁸²⁵ Vertraulicher Bericht Moreaus vom 1.12.1950.

⁸²⁶ In dieser Zeit ruhte sein Amt als Generalsekretär des Comités, de facto war er aber auch weiter für das Comité aktiv.

⁸²⁷ Vertraulicher Bericht Moreaus vom 1.12.1950.

⁸²⁸ Ibid.

⁸²⁹ Aufzeichnung Salats vom 11.12.1950, in: PA, B 90, Bd. 357, S. 114 f.

⁸³⁰ Vermerk Carrez' für Spitzmuller, in: MAE/Colmar, AC 318 b.

volonté d'applications pratiques."⁸³¹ Carrez plante gemeinsame Projekte mit dem Jugendinstitut, wie etwa ein Ausbildungsseminar für Leiter internationaler Gruppen im Frühjahr 1954 und stellte auch in kleinerem Rahmen Subventionen für Tagungen zur Verfügung⁸³².

Es bleibt festzuhalten, daß sich das Internationale Jugendinstitut als ein weiterer Stützpunkt der Arbeit der DGAC erwies. Es entwickelte sich jedoch nicht in dem Maße zu einem Koordinationsinstitut für internationale Begegnungen, wie von französischen und auch deutschen Regierungsstellen erhofft worden war. Auch konnte das Institut keinen Anstoß zu einer "action de grande envergure" im Hinblick auf eine europäische Jugend geben. Das UNESCO-Institut wurde im Juni 1965 geschlossen und dem Bayerischen Jugendring zur Verwaltung übergeben⁸³³.

⁸³¹ Ibid.

⁸³² Vermerk Carrez' vom 2.4.1954, in: MAE/Colmar, AC 318c.

⁸³³ Bayerischer Jugendring (Hg.), Ereignisse, Begegnungen, Entscheidungen. Zur 40-jährigen Geschichte des bayerischen Jugendrings, München 1988.

V. 1951-1955: Französische Kulturpolitik in Deutschland: Kulturbeziehungen als eine weitere Säule der "großen Politik"?

1. Die Kulturabteilung des Französischen Hochkommissariats als Koordinator internationaler Begegnungen in Deutschland und Frankreich

Die Bedeutung auswärtiger Kulturpolitik nahm in den 50er Jahren sowohl für den Quai d'Orsay als auch für die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten respektive das Auswärtige Amt zu. Mit der Ernennung seines Kabinettschefs Bourbon-Busset⁸³⁴ zum Leiter der Kulturabteilung des französischen Außenministeriums Ende 1952⁸³⁵ setzte Außenminister Robert Schuman ein Zeichen für diese wachsende Bedeutung. Sein Wunschkandidat hatte sich gegen den von Präsident Auriol favorisierten Kosciusko-Morizet, der dessen Kabinettschef war, durchgesetzt. Nach einer offenen Auseinandersetzung zwischen Präsident und Außenminister hatte man sich darauf geeinigt, daß Bourbon-Busset die Kulturabteilung - zumindest zunächst - nur im Rang eines Directeur, anstatt wie üblich eines Directeur Général, übernehmen sollte. Die Kulturabteilung wurde wieder der politischen Abteilung angegliedert⁸³⁶, was die Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik im Rahmen der allgemeinen Politik unterstrich. Sie äußerte sich auch in der Einrichtung einer Abteilung für Internationale Begegnungen (Rencontres Internationales), die schon seit langem von zahlreichen im deutsch-französischen Austausch aktiven Persönlichkeiten gefordert worden war. Zwar war diese Abteilung nicht ausschließlich für deutsch-französische Begegnungen zuständig, doch wurde mit ihrer Einrichtung die Möglichkeit geschaffen, das im Nachkriegsdeutschland begonnene Werk der Abteilung Jeunesse et Sports von Frankreich aus mit fortzusetzen. Nunmehr waren die internationalen Begegnungen, insbesondere die deutsch-französischen, nicht mehr nur eine Initiative französischer Besatzungspolitiker, die es damals verstanden hatten, den ihnen zugestandenen Handlungsspielraum zu nutzen, sondern auch vom Quai d'Orsay anerkannt und gewollt.

⁸³⁴ Der 1912 geborene Jacques de Bourbon-Busset war nach seiner Freilassung aus deutscher Gefangenschaft für die Vichy-Regierung tätig gewesen. Im August 1944 wurde er zum Generalsekretär des französischen Roten Kreuzes und später zum Sous-Directeur in der Kulturabteilung des französischen Außenministeriums ernannt. Nach seiner später folgenden kurzen Tätigkeit als Sous-Directeur in der politischen Abteilung des Quai d'Orsay holte ihn Schuman in sein Ministerbüro. Vgl. Aufzeichnung Hausensteins vom 6.11.1952, in: PA, B 90, Bd. 9, S. 235 f.

⁸³⁵ Sein Vorgänger Louis Joxe war zum Botschafter in Moskau ernannt worden.

⁸³⁶ Vgl. Aufzeichnung Hausensteins vom 6.11.1952, in: PA, B 90, Bd. 9, S. 235.

Die internationalen Begegnungen wurden damit ein offizieller Bestandteil der auswärtigen französischen Kulturpolitik. Die Leitung dieser Abteilung im Quai d'Orsay übernahm 1953 Jean Moreau, der somit seine erfolgreiche besatzungspolitische Initiative auf dem Gebiet der internationalen Begegnungen fortsetzen konnte. Mit dieser personellen Kontinuität erhielt seine Initiative die Chance, sich zu festigen⁸³⁷. Seinen Gegenpart in Deutschland fand Moreau in Geneviève Carrèz⁸³⁸, die als seine Nachfolgerin von 1951 bis 1954 die Abteilung Rencontres Internationales innerhalb der Direction Générale des Affaires Culturelles (DGAC) des Französischen Hochkommissariats in Mainz⁸³⁹ leitete. Die Politik der internationalen Begegnungen in Deutschland wurde allerdings durch den Wechsel an der Spitze der DGAC von Schmittlein zu Henry Spitzmuller tangiert, der eine qualitative Veränderung der Kulturpolitik zur Folge hatte.

Nach seiner Wahl ins französische Parlament im Juni 1951 hatte Raymond Schmittlein die DGAC verlassen. Die Leitung blieb zunächst vakant und wurde dann im Oktober 1951 von Henry Spitzmuller übernommen, der sich nunmehr Generaldirektor der Services Culturels Français en Allemagne nannte. Seine Aufgabe bestand darin, die französische Kulturarbeit in Deutschland mit dem Ziel zu reorganisieren, diese in die Kulturabteilung der künftigen französischen Botschaft zu integrieren. Sein Amtssitz war Bad Godesberg, der Sitz der Kulturabteilung blieb jedoch Mainz. Als Berufsdiplomat⁸⁴⁰ und erfahren in der traditionellen auswärtigen französischen Kulturpolitik veränderte er die Schwerpunkte der Kulturpolitik in Deutschland: "Spitzmuller favorisa ... en Allemagne les formes traditionnelles de l'action culturelle française à l'étranger"⁸⁴¹, vor allem an der Expansion der französischen Sprache war ihm gele-

⁸³⁷ Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, wurde die Kontinuität 1951 bis 1953 unterbrochen. In dieser Zeit leitete Moreau das Generalsekretariat der Campagne Européenne de la Jeunesse. In dieser Funktion stand er nicht in den Diensten des Quai d'Orsay.

⁸³⁸ Hedwig Brüchert u. a., Geneviève Carrez, in: Rheinland-Pfälzerinnen, S. 71.

⁸³⁹ Die DGAC hatte auch nach Umwandlung des Französischen Hochkommissariats in eine Botschaft bis 1957 weiter ihren Sitz in Mainz.

⁸⁴⁰ Seit 1925 hatte Henry Spitzmuller in französischen Botschaften gearbeitet, in Brüssel, Den Haag und Bukarest, und sein Land in zahlreichen internationalen Konferenzen repräsentiert. Nach der Libération war er zum Inspecteur Général des Oeuvres françaises à l'étranger ernannt worden und seit 1946 Ministre Plénipotentiaire. Vgl. Mitteilung Peyrefittes vom 19.10.1951, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 29.

⁸⁴¹ Defrance, La politique culturelle, S. 304. Auch Interview der Verfasserin mit Jean Charles Moreau am 4. und 5.11.1994 in Dôle.

gen. Dies machte sich darin bemerkbar, daß trotz des sinkenden Budgets⁸⁴² verstärkt Mittel in die Gründung von französischen Instituten und französischen Kulturzentren in Deutschland flossen. Da finanzielle Kürzungen zu erwarten waren - der deutsche Anteil, der sich aus den "frais d'occupation" gespeist hatte, sollte nach der sich bereits abzeichnenden Aufhebung des Besatzungsstatuts wegfallen - mußten ab 1951/1952 einige Posten der Kulturarbeit stark gekürzt oder ganz gestrichen werden, z. B. die Unterstützung von Vortragsreisen und Ausstellungen⁸⁴³. Zwei Posten gewannen dennoch bis 1953 hinzu: die französischen Institute (plus 75%) und die internationalen Begegnungen (plus 25%)⁸⁴⁴.

Die finanzielle Aufwertung der internationalen Begegnungen entsprach dem Konzept französischer Kulturpolitik. Diese verfolgte ab 1952 zwei Ziele: Das eine bestand darin, die Kulturbeziehungen zu Deutschland zu normalisieren, das andere in der Berücksichtigung der speziellen deutsch-französischen Komponente: "Cette politique ... nous inspire... d'une double idée: [d'une] normalisation des principes et des méthodes... Elle vise avant tout à assainir l'atmosphère et à remettre en ordre les rapports que l'occupation avait naturellement travestis, donc faussés ... [et d'une] spécificité du problème général que posait l'action à mener Outre-Rhin."⁸⁴⁵ Bezüglich des zweiten Ziels wies François-Poncet auf die Bedeutung der menschlichen bzw. gesellschaftlichen Beziehungen hin: "Il s'agit en effet de construire ou de reconstruire entièrement des rapports fut-ce simplement humains. De nouer des relations que trop de souvenirs détestables ont fait considérer longtemps comme impossibles sinon même impensables."⁸⁴⁶ Bezüglich der internationalen Begegnungen trug er das von Moreau bereits seit 1949 verfolgte Konzept mit: "La réalisation des rencontres elle-même pourrait sans doute ... être confiée à des associations privées, subventionnées."⁸⁴⁷ Dies ermöglichte zum einen, die Begegnungen mit Organisationen, die den Franzosen vertraut waren, fortzuführen, zum anderen trug Frankreich damit der beginnenden Normalisierung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen Rechnung.

⁸⁴² Während der DGAC 1951 noch 85.113.000 FF für die Kulturarbeit in Deutschland zur Verfügung standen, waren es 1953 nur noch 27.330.000 FF. Vgl. Defrance, *Éléments*, S. 507.

⁸⁴⁴ *Ibid.*, S. 509.

⁸⁴⁵ André François-Poncet, Note succincte sur les caractères et l'organisation de notre action culturelle en Allemagne, Juni 1952, in: MAE/Paris, *Relations Culturelles 1945-1959*, vol. 35, S. 1 f.

⁸⁴⁶ *Ibid.*, S. 6.

Die sich zunehmend verschlechternde finanzielle Lage der DGAC ab 1952/1953 veranlaßte Henry Spitzmuller im Sommer 1952 dazu, auf die Bedeutung dieser Politik im gesamtpolitischen Kontext hinzuweisen. So unterstrich er in einem vertraulichen Vermerk im Hinblick auf die vorgesehene Integration der französischen Armee in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die einen Verlust an Autonomie für Frankreich bedeuten würde, das besondere Interesse Frankreichs an einer kulturellen Präsenz in Deutschland: "Il est indispensable ... de maintenir dans ce pays une présence culturelle qui ne soit pas dérisoire, et qui devrait être d'autant plus importante que notre présence militaire autonome aura disparue."⁸⁴⁸

Das französische Finanzministerium ließ sich indes von den Forderungen nach mehr finanzieller Unterstützung der Kulturarbeit in Deutschland wenig beeindrucken, das Budget sank bis 1955 kontinuierlich⁸⁴⁹. Während die DGAC 1949/1950 über rund 760 Millionen Francs verfügt hatte, betrug ihr Gesamtbudget 1954 gerade noch 274 Millionen. Grund für diese Reduzierung war das Ausbleiben deutscher Gelder. Bis zum Jahr 1952 nämlich hatte die Bundesrepublik Deutschland den Besatzungsmächten Besatzungskosten gezahlt, aus denen die französische Kulturpolitik zu großen Teilen finanziert worden war: 1950/1951 erhielt die DGAC 83% ihres Budgets in deutschen Mark.⁸⁵⁰ Mit der Revision des Besatzungsstatuts im März 1951 wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen auf die Höhe der Kosten für die Stationierung der alliierten Truppen reduziert. Zwar konnte von 1953 bis 1955 mit Hilfe eines speziellen deutschen Fonds ein geringer Ausgleich geschaffen werden, absolut sank das Budget jedoch. Die wegfallenden deutschen Mittel konnten nicht ausreichend aufgefangen werden⁸⁵¹, der Anteil an französischen Francs wurde, sicher auch aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage in Frankreich, nicht erhöht. Dies bedeutete auch, daß französische Kulturarbeit in Deutschland zu großen Anteilen von den Deutschen selbst finanziert wurde⁸⁵².

⁸⁴⁷ Ibid., S. 18.

⁸⁴⁸ Henry Spitzmuller, Note confidentielle concernant l'avenir de l'activité culturelle française en Allemagne, 27.6.1952, in: MAE/Paris, Relations Culturelles 1945-1959, vol. 35.

⁸⁴⁹ Defrance, *Eléments*, S. 503 ff.

⁸⁵⁰ Ibid.

⁸⁵¹ Ibid., S. 509 ff. Vgl. auch Bilan de l'activité du Service des Rencontres Internationales pour 1952 vom 3.3.1953, in: MAE/Colmar, AC 401/1.

⁸⁵² Zu den Anteilen in den einzelnen Jahren vgl. Defrance, *Eléments*, S. 513.

In finanzieller Hinsicht gewann daher die Arbeit der privaten Organisationen, die zwar von der DGAC teilweise subventioniert wurden, aber auch auf eigene Quellen zurückgriffen, an Gewicht. Wie gezeigt werden konnte, erhielten sie u. a. Unterstützung vom Auswärtigen Amt.

Gegenüber dem Auswärtigen Amt bemühte man sich darum, zu betonen, daß die Kulturarbeit in Deutschland nicht in Frage gestellt sei, was sich auch darin äußern würde, daß die künftige französische Botschaft in der Bundesrepublik einen eigenen Kulturreferenten mit einem nicht unbedeutenden Mitarbeiterstab erhalten sollte, wie Salat Anfang 1952 aus Kreisen des Französischen Hochkommissariats versichert wurde⁸⁵³.

Man befand sich in einem Dilemma, war man sich doch darüber einig, daß gerade vor dem Hintergrund wachsender politischer Spannungen, die z. B. aus der Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung erwachsen, die kulturpolitischen Beziehungen an Bedeutung gewannen. Dementsprechend hatte der Leiter der Kulturabteilung im französischen Außenministerium, Bourbon-Busset, Salat gegenüber bei Gesprächen im November 1952 in Paris geäußert, daß es mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Spannungen in seinen Augen von größter Bedeutung sei, die enge Verbundenheit auf kulturellem Gebiet zu pflegen. Sowohl Außenminister Schuman als auch François-Poncet hätten ihm das vor wenigen Tagen ausdrücklich nahegelegt⁸⁵⁴. Er selbst sei entschlossen, noch vor Abschluß eines Kulturabkommens, für das offiziell seit 1951 Gespräche geführt wurden, "sehr viel konkrete Arbeit auf diesem Gebiet" zu leisten. Er regte an, v. a. den Austausch von Studenten, Assistenten und Jungarbeitern zu verstärken sowie die Anzahl von Ferienkursen und Kunstausstellungen zu erhöhen⁸⁵⁵. Auch deutsche Regierungsstellen betonten Frankreich gegenüber ihr Interesse am gemeinsamen Kulturaustausch. So versicherte Salat Spitzmüller in einem Schreiben vom 24. Dezember 1952, daß auch 1953 die Förderung

⁸⁵³ Vgl. Schreiben Salats an MdB Heinrich Höfler (Mitglied des Unterausschusses für deutsche Schulen und Institute im Ausland) vom 25.3.1952, in: PA, B 90, Bd. 9, S. 256 f.

⁸⁵⁴ Dies widerspricht allerdings André François-Poncets Bemerkung in seinen Monatsberichten. Danach vertrat er die Überzeugung, die kulturelle Ebene und die politische Ebene seien in den deutsch-französischen Beziehungen weitgehend voneinander getrennt. So schrieb er: "Le plan de la culture et celui de la politique sont parallèles et qu'il n'y a, pour ainsi dire, aucune incidence de l'un sur l'autre. Les sympathies dans le domaine des idées, des arts et des relations humaines ne projettent pas leurs lumières apaisantes sur les querelles d'ordre politique". Zit. nach: Bock, Monatsberichte, S. 642, Anm. 312.

⁸⁵⁵ Aufzeichnung Salats vom 2.12.1952, in: PA, B 90, Bd. 36, S. 9-11, hier S. 9.

der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu den vordringlichsten Aufgaben gehöre, die er sich gestellt habe⁸⁵⁶. Als positiver Faktor in der Zusammenarbeit habe sich die Arbeit für die UNESCO erwiesen, wie Salat bereits in einem früheren Schreiben hervorgehoben hatte⁸⁵⁷. Die UNESCO-Vollversammlung habe in seinen Augen dazu beigetragen, die deutsche und französische Delegation einander näher zu bringen und die gemeinsame europäische Sicht zu bekunden. Beide Länder betrachteten Fragen der UNESCO und der allgemeinen Kulturarbeit aus europäischer Perspektive⁸⁵⁸.

Die gegenseitigen Bekundungen auf diplomatischer Ebene bezüglich der Bedeutung der Kulturpolitik und die nun vorhandenen Strukturen für internationale Begegnungen in Paris und Mainz waren gute Voraussetzungen für die Fortsetzung der Austauschtreffen, zumal diese bis 1953 noch ein höheres Budget erhielten. Wie entwickelte sich die Arbeit der Abteilung Internationale Begegnungen der DGAC in Mainz im einzelnen?

"Faire mieux connaître au pays voisin la civilisation et l'activité créatrice de l'autre pays dans tous les domaines de la vie contemporaine"⁸⁵⁹, lautete das Ziel der DGAC in Deutschland. Dabei wurde den Jugendkontakten weiterhin eine hervorgehobene Rolle eingeräumt: "Les contacts directs entre jeunes et groupes professionnels politiques, religieux, syndicalistes, est encore plus fructueuse pour une nouvelle compréhension des deux peuples ... que des revues ...". Die Zusammenführung gleichgesinnter deutscher und französischer Gruppen bildete eine Kontinuität über das Jahr 1949 hinaus. Im Vergleich zu der direkten Besatzungszeit, während der junge Franzosen den jungen Deutschen v. a. als Vorbild dienen sollten, rückte nun die gegenseitige Anregung und Bereicherung in den Vordergrund. Als Zeichen für den Erfolg der Austauschbegegnungen führte die DGAC die beträchtlich zunehmende Anzahl kurzfristiger Treffen zwischen deutschen und französischen Gruppen an, die

⁸⁵⁶ Schreiben Salats an Spitzmuller vom 24.12.1952, in: *ibid.*, S. 1 f., hier S. 2.

⁸⁵⁷ Aufzeichnung Salats vom 2.12.1952, in: PA, B 90, Bd. 36, S. 10 f.

⁸⁵⁸ *Ibid.* Vgl. ebenso Schreiben Salats an Spitzmuller vom 4.7.1952 (in: *ibid.*, S. 77 f.), in welchem Salat die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die zwischen ihm und Lucet im Rahmen der UNESCO und des Europarates entstanden sei, unterstrich.

⁸⁵⁹ Bericht der DGAC von 1952 über die Kulturarbeit (ohne genauere Datumsangabe), in: MAE/Colmar, AC 401/1.

ohne offizielle Intervention zustande kämen. Für 1952 betraf dies ca. 100.000 Personen⁸⁶⁰.

Die Leiterin der Abteilung für Internationale Begegnungen in Mainz, Geneviève Carrez, konnte für 1952 feststellen: "Notre réseau de relations s'est considérablement élargi ... et le crédit du service auprès des groupements français et allemands s'est accru et affermi."⁸⁶¹ Zur Zielgruppe gehörten weiterhin die organisierte und nichtorganisierte Jugend beider Ländern sowie Führungspersönlichkeiten und Besucher von Volkshochschuleinrichtungen. Eine Neuerung stellte die Organisation von Arbeitstreffen, wie z. B. die "conversations syndicales franco-allemandes", dar, die als neue Begegnungsform von den Teilnehmern wegen ihres inoffiziellen Charakters geschätzt wurden. Zufrieden äußerte sich Carrez darüber, "qu'on a insisté sur les responsabilités des syndicats sur le plan de la formation des jeunes et des relations internationales."⁸⁶² Hiermit wurde ein Anliegen in Angriff genommen, das schon Moreau in den ersten Jahren der Besatzungszeit am Herzen gelegen hatte, nämlich die Unterstützung der Gewerkschaftsjugend in Deutschland. Eine Arbeitssitzung zur Vorbereitung eines Austauschs junger Industriearbeiter konnte für 1952 ebenso vermerkt werden wie Jugend- und Studententreffen, Treffen von Lehrern, Professoren und Volkshochschullehrern, Informationsreisen und Konferenzen. Großen Anklang fanden die Reisen kulturell interessierter Gruppen von Jugendlichen und Erwachsenen z. B. aus dem musischen Bereich. Die ersten künstlerischen Gruppen waren bereits 1951 zu dem Europäischen Jugendtreffen auf der Loreley gereist⁸⁶³.

Insgesamt ist zu bemerken, daß nach dem Wechsel der Abteilungsleitung von Jean Moreau zu Geneviève Carrez die Aufgabe der Abteilung noch stärker in der Vermittlungstätigkeit und Koordination von internationalen Begegnungen bestand. So formulierte Carrez in ihrem Bericht über das Jahr 1952: "Il ... n'est ni possible, ni souhaitable que notre service se charge lui-même de l'organisation de la plupart des rencontres et voyages culturels. Poursuivant la ligne suivie pendant les années précédentes, nous faisons notre possible pour confier à des associations privées le soin

⁸⁶⁰ Bericht der DGAC von 1952 über die Kulturarbeit (ohne genaueres Datum), in: MAE/Colmar, AC 401/1.

⁸⁶¹ Bilan de l'activité du Service des Rencontres Internationales pour 1952 vom 3.3.1953, in: *ibid.*

⁸⁶² *Ibid.*

⁸⁶³ *Ibid.*

d'établir des programmes. D'accueillir, de guider, d'héberger les groupes allemands qui se rendent en France et les groupes français, plus rares, qui viennent en Allemagne."⁸⁶⁴ Zu diesen Organisationen, die durch "subventions de fonctionnement" unterstützt wurden, zählten auch das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, das Institut für Internationale Begegnungen in Speyer und B.I.L.D. in Offenburg (vgl. Kap. IV.2). Das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg scheint 1952 keine Subventionen erhalten zu haben⁸⁶⁵. Dies ist plausibel, da es immer wieder seine Unabhängigkeit gegenüber dem Französischen Hochkommissariat betont hatte und Bundesmittel beim Auswärtigen Amt beantragte. Die DGAC förderte ferner den Austausch zahlreicher Jugendgruppen, wie z. B. der Association Catholique de la Jeunesse Française, der protestantischen C.I.M.A.D.E., des Scoutisme Français, der ein Büro in Mainz unterhielt, der Sozialistischen Jugend, insbesondere der Falken, und der Christlichen Arbeiterjugend (C.A.J.). Ein Verbindungselement zur DGAC stellten weiterhin die französischen Lektoren dar, die an der Organisation der internationalen Begegnungen beteiligt waren. Ihre Anzahl reduzierte sich von 19 für 1951/52 auf nur noch zehn Ende 1952. Deutlich wird, daß die DGAC in den 50er Jahren die koordinierende Tätigkeit ausübte, die später das Deutsch-Französische Jugendwerk übernehmen sollte. Eine bilaterale Einrichtung wäre zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich keinesfalls möglich gewesen, weder waren die politischen Voraussetzungen noch die damit verknüpften finanziellen Rahmenbedingungen dafür gegeben. Für die Abteilung Internationale Begegnungen verschlechterten sich die finanziellen Bedingungen ab 1953 erheblich: Im Vergleich zum Jahr 1951, in dem sie noch über 85.113.000 Francs verfügte, konnte sie ab 1953 nur noch mit weniger als 30%, d. h. mit 27.330.000 Francs, planen⁸⁶⁶.

Wie sah das Interesse der Jugendlichen an einem internationalen Austausch in einer Zeit aus, in der es auf politischer Ebene zu Spannungen kam? Als Indikator mag hier die Entwicklung der Teilnehmerzahlen dienen. Das Treffen auf der Loreley 1951, das allein bereits 35.000 Jugendliche aus verschiedenen Ländern, überwiegend Deutsche und Franzosen zusammengeführt hatte, war, wie gezeigt wurde, für die

⁸⁶⁴ Ibid.

⁸⁶⁵ Nachweisbar unterstützte die DGAC nur eine Studienreise junger französischer Ingenieure im Jahre 1950 nach Reutlingen, die das DFI zusammen mit dem Comité français d'Echanges organisiert hatte. Vgl. Vermerk vom September 1950, in: MAE/Colmar, AC 162/78.

⁸⁶⁶ Zahlen aus: Defrance, *Eléments*, S. 517.

internationalen Begegnungen der Höhepunkt. Diese Teilnehmerzahlen konnten bis 1955 nicht mehr erreicht werden. Dies mag aber eher an den finanziellen Nöten der DGAC gelegen haben, die aufgrund ihres reduzierten Budgets nur noch wenige Treffen unterstützen konnte. Denn die Zahl der deutsch-französischen Begegnungen nahm - nach einem starken Abfall 1952 gegenüber 1951 - in der Zeit von 1952 bis 1955 langsam, aber kontinuierlich zu und stieg von 305 (1952) auf 331 (1953), 417 (1954) und 450 (1955). Auch die Teilnehmerzahlen stiegen an: 9.000 (1952), 10.000 (1953), 12.000 (1954), 13.600 (1955)⁸⁶⁷. In all den Jahren bildete der Austausch deutsch-französischer Jugendgruppen den größten Anteil, allerdings mit sinkender Tendenz. Während er 1952 noch einen Anteil von 60% ausmachte, waren es 1955 nur noch 42%. Andere Begegnungsarten nahmen mehr und mehr zu: Kongresse, Treffen von Pädagogen, Begegnungen junger Techniker, die Reisen kulturell ausgerichteter Gruppen und nicht zuletzt die Studienreisen ins Nachbarland, die besonders signifikant anstiegen. Auch der Austausch im Bereich Volkshochschulen, der mit 12% im Jahre 1952 noch einen relativ breiten Raum einnahm, sank bis ins Jahr 1955 auf 9%. Bemerkenswert ist die Entwicklung der Treffen im Hinblick auf den Begegnungsort. Während es bis 1948 noch sehr schwierig war, deutsch-französische Begegnungen in Frankreich stattfinden zu lassen, änderte sich dies in den 50er Jahren grundlegend. So wies eine Statistik des Quai d'Orsay für 1952 aus, daß 55% der Begegnungen in Frankreich stattgefunden hatten. Der Anteil sank in den beiden Folgejahren auf jeweils 43%, bevor er mit einem Anteil von 58% im Jahre 1955 einen neuen Höhepunkt erfuhr.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß es trotz des - aufgrund der Saarfrage, der Frage der deutschen Wiederbewaffnung und der Diskussion über Deutsche in der Fremdenlegion⁸⁶⁸ - angespannten politischen Klimas zwischen Deutschland und Frankreich möglich war, zahlreiche Begegnungen in Frankreich durchzuführen. Dies wäre noch wenige Jahre zuvor unmöglich gewesen. Das deutsche Interesse an Aufenthalt in Frankreich war indes weiterhin höher als das der jungen Franzosen, nach Deutschland zu kommen. Dies ist den Aufrufen der Zeitschrift des Comité d'Echanges avec l'Allemagne nouvelle zu entnehmen. Unzählige Male appellierte Al-

⁸⁶⁷ Statistik der Division de l'Enseignement et des Oeuvres, Rapport d'activité pour l'année 1955, in: MAE/Paris, Relations Culturelles 1945-1959, vol. 36.

fred Grosser in seinen Artikeln an die französischen Leser, sich stärker an den deutsch-französischen Austauschbegegnungen zu beteiligen. So stellte er Ende 1953 fest: "Nous ne parvenons toujours pas à satisfaire toutes les demandes allemandes de contact avec la France, à créer les conditions d'une réciprocité dont le besoin se fait de plus en plus sentir."⁸⁶⁹ Grosser befürchtete, das deutsche Interesse könnte sinken, wenn es nicht gestillt werde, und sich als Folge davon stärker nach Großbritannien und Skandinavien ausrichten. Eine Öffnung des bilateralen Austausches gegenüber Drittländern zog er offenbar nicht in Betracht.

Ferner konstatierte Grosser, daß sich die Treffen in Frankreich auf Paris konzentrierten, wohingegen die französischen Regionen kaum beteiligt seien: "Un de nos plus grands soucis, c'est l'opposition entre l'activité internationale de multiples groupements dans toutes les régions de la République Fédérale et le relatif engourdissement de la province française ... les échanges France - Allemagne, surtout sur le plan de l'accueil, des conférences, groupes de travail, réunions de toutes sortes continuent à se réduire avant tout à des échanges Paris-Allemagne."⁸⁷⁰

Wie entwickelten sich die französischen Vorstöße hinsichtlich der Absicht, der deutschen Jugend Europa näher zu bringen? Das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951 hatte im Hinblick auf den Vereinigungsgedanken der europäischen Jugend nicht die erhoffte Wirkung gezeigt, dennoch zogen die Westalliierten weiterhin in Betracht, der westdeutschen Jugend die europäische Idee "anzubieten", um sie den Propagandazügen der FDJ entgegenzusetzen. Alarmiert durch die Versuche der FDJ, auch die westdeutsche Jugend in ihren Bann zu ziehen, und die Furcht, die Jugend könne der wieder erwachten nationalistischen Propaganda nicht widerstehen, hatten sich französische, britische und amerikanische Vertreter Mitte Februar 1952 zu einer Sitzung über die deutsche Jugend im Foreign Office zusammengefunden. Die hervorgehobene Rolle, die die DDR ihrer Jugend im Rahmen der FDJ beimaß, so war zu befürchten, würde auch die westdeutsche Jugend für die FDJ empfänglich machen: "Les générations qui montent, risquent de se tourner de plus en plus vers ceux qui leur accordent des privilèges ... Il est à craindre que la jeu-

⁸⁶⁸ Eckardt Michels, *Deutsche in der Fremdenlegion 1870-1965. Mythen und Realitäten*, Paderborn 2000, S. 142 ff.

⁸⁶⁹ Alfred Grosser, *Appel*, in: *Allemagne*, Nr. 26-27 (August-November 1953).

⁸⁷⁰ *Ibid.*

nesse de zone occidentale ne vienne à envier ses frères de zone orientale qui, qualifiés de pionniers de l'Allemagne nouvelle, se voient conférer un rôle prépondérant."⁸⁷¹ Die westdeutschen Jugendbewegungen hätten der Dynamik der FDJ wenig entgegensetzen. Sie seien zu unterschiedlich und handelten voneinander isoliert. Dies habe zur Folge, "[qu']aucun [d'eux] ne constitue un pôle d'attraction propre à permettre aux jeunes de résister à la séduction communiste"⁸⁷².

Hier standen die Alliierten vor dem Ergebnis ihrer eigenen Politik. Ziel der Franzosen war es gewesen, wie gezeigt werden konnte, die Bildung einer großen Jugendbewegung zu verhindern. Ferner war die Jugendpolitik der westlichen Alliierten isoliert voneinander mit unterschiedlicher politischer Zielrichtung und jeweils eigenen Machtansprüchen ausgeübt worden. Der Versuch Moreaus im Januar 1949, die westalliierten Initiativen gegenüber der deutschen Jugend zu bündeln, hatte kein Gehör gefunden. Die jugendpolitischen Maßnahmen, die seit Kriegsende in den westlichen Besatzungszonen durchgeführt wurden, kommentierte Spitzmuller in seinem Bericht über die interalliierte Sitzung 1952 mit dem Hinweis auf das spezielle deutsch-französische Element, das es in der französischen Jugendpolitik zu berücksichtigen galt: "Il est apparu avec évidence que la politique de jeunesse des Anglo-Saxons avait été commandée par un paternalisme politique, soucieux, d'inculquer aux jeunes Allemands les principes démocratiques; alors que la politique française de jeunesse était commandée par le problème du rapprochement franco-allemand."⁸⁷³ Es steht außer Frage, daß französische Jugendpolitik durch das Problem der deutsch-französischen Wiederannäherung bestimmt war. Dennoch ist zu bemerken, daß auch die Franzosen letztlich aus eigenem nationalen Interesse handelten. Daß sie mindestens bis 1949 erkennbar versuchten, die deutsche Jugend durch französische Vorbilder und Strukturen im jugendpolitischen Bereich umzuerziehen, stützt diese Annahme.

Im Ergebnis waren sich die Teilnehmer der interalliierten Sitzung im Februar 1952 darüber einig, daß sie sich künftig besser untereinander abstimmen müßten: "Il ne devrait pas y avoir de politique anglaise, française ou américaine pour la jeunesse allemande, mais vraiment une politique occidentale. Les Alliés, après l'abolition du

⁸⁷¹ Rapport de la conférence sur la jeunesse allemande vom 9.2.1952; Sitzung vom 31.1.-2.2.1952 im Foreign Office, in: MAE/Colmar, AC 31/ d. 1, S. 5.

⁸⁷² Ibid.

statut d'occupation, devraient mettre en commun leurs dernières ressources, afin d'intégrer la jeunesse allemande dans l'Europe de demain, comme un élément valable ... L'idée européenne attire des couches profondes de la jeunesse allemande; elle ne reste sans doute qu'une vague aspiration, simple reflet peut-être d'un désir. Il dépend de nous de donner à cette aspiration un contenu positif."⁸⁷⁴ Die Bemühungen um die deutsche Jugend seit nunmehr sieben Jahren könnten nicht gleichzeitig mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts enden. Auch Bundeskanzler Adenauer hatte diesbezüglich Interesse signalisiert. Er hatte Churchill gegenüber seine volle Unterstützung zugesagt, für den Fall, daß die Westalliierten beabsichtigten, nach Beendigung des Besatzungsstatuts der deutschen Jugend helfen zu wollen⁸⁷⁵.

Weitere Bemühungen um die Jugend Europas hatten keinen durchschlagenden Erfolg, wie bereits hinsichtlich der Entwicklung der Campagne Européenne pour la Jeunesse (CEJ, vgl. Kap. IV.3) konstatiert wurde. Um so wichtiger blieb es, den deutsch-französischen Austausch als Basis für ein gemeinsames Europa weiter zu fördern.

2. Ein Kulturabkommen zwischen Deutschland und Frankreich: Eine Chance für den internationalen Jugendaustausch?

Mit der Ernennung des Kunsthistorikers und Literaten Wilhelm Hausenstein zum ersten Vertreter der Bundesrepublik in Frankreich im Juli 1950 hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, daß ihm neben der politischen und wirtschaftlichen Annäherung auch die kulturelle Verständigung mit Frankreich wichtig war. Um diese kulturelle Annäherung voranzubringen, hatte das dem Kanzleramt angegliederte Deutsche Büro für Friedensfragen im Frühjahr 1950 den baldigen Abschluß eines Kulturabkommens empfohlen⁸⁷⁶. Ein Kulturabkommen wurde auch von der DGAC in Betracht gezogen. So nahmen Raymond Schmittlein und das

⁸⁷³ Ibid.

⁸⁷⁴ Ibid., S. 7f.

⁸⁷⁵ Ibid., S. 1.

⁸⁷⁶ Ausarbeitung von Gustav Strohm und Rudolf Thierfelder, die der Leiter des Deutschen Büros Peter Pfeiffer im März 1950 der Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission übersandte. Nach: Ulrich Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft"? Zur Genese des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954, in: Lendemains, 84 (1996), S. 77.

Kulturreferat der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten in der Person von Rudi Salat erste Gespräche über ein mögliches Abkommen auf. Diese wurden von dem Hohen Kommissar André François-Poncet und dem Leiter der Dienststelle Herbert Blankenhorn gebilligt. Sie erfolgten zeitgleich mit Moreaus Kontaktaufnahmen zur Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten bezüglich einer Fortsetzung des Jugendaustausches. Jedoch spielten die Besprechungen Moreaus in der Vorbereitung des Abkommens offenbar keine Rolle. Zumindest ist nicht nachweisbar, daß Moreau bei der Entstehung des Abkommens eingebunden wurde.

Schmittlein schwebte ein Rahmenabkommen mit dem Ziel einer kulturellen "Meistbegünstigungsklausel" vor, das die Möglichkeit vorbehalten sollte, Einzelprobleme in späteren Sonderabmachungen zu regeln. Auf einigen Gebieten seien seiner Ansicht nach Regelungen jedoch schon jetzt erforderlich. Dies betreffe den Austausch von Studenten, Schülern der Mittelschulen, Junglehrern, Lektoren, Visumserleichterungen für Studienreisen, den gegenseitigen Schutz der Kulturinstitute, die Anerkennung von Schulzeugnissen, Volontärsstellen für junge Ärzte und Techniker und die Organisation von Kunstausstellungen⁸⁷⁷. Schmittlein bat Salat darum, eine Zusammenstellung aller Fragen zu erarbeiten, die nach deutscher Auffassung in das erste Kulturabkommen aufgenommen werden sollten. Er werde seinerseits alle von Frankreich bereits geschlossenen Kulturabkommen durcharbeiten und ein Memorandum darüber zur Verfügung stellen⁸⁷⁸.

Vorbesprechungen über Möglichkeiten eines deutsch-französischen Kulturabkommens wurden auf der Arbeitsebene, d. h. zwischen der Kulturabteilung des Französischen Hochkommissariats und dem deutschen Kulturreferat der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, bereits seit mehreren Monaten geführt, ohne daß die Zustimmung der Regierungen zur Aufnahme offizieller Verhandlungen schon gegeben waren. Diese erfolgten im Frühjahr 1951. Erst als das Ende der schwierigen Debatten über die Montanunion absehbar war, erklärte sich Außenminister Robert Schuman im Umfeld eines Paris-Besuchs des Bundeskanzlers im März 1951 an der

⁸⁷⁷ Dies berichtet Salat in seiner Aufzeichnung vom 1.8.1950 über die Reise nach Mainz zu Besprechungen mit UNESCO-Delegierten und Raymond Schmittlein am 25.7.1950, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 198.

⁸⁷⁸ Ibid., S. 201.

Aufnahme offizieller Verhandlungen interessiert⁸⁷⁹. Der Empfehlung Salats folgend⁸⁸⁰ nahm Adenauer das Angebot im April 1951 anlässlich der Unterzeichnung des EGKS-Vertrages in Paris an.

Der Verlauf der Verhandlungen, die durch die Frage nach der Bund-Länder-Kompetenz in Kulturfragen belastet wurden, soll im folgenden kurz skizziert werden. Stillstand in den Verhandlungen hatte der Weggang Schmittleins, der sich im Juni 1951 ins Parlament wählen ließ, bewirkt. Der Quai d'Orsay hatte für die Übergangszeit Alain Peyrefitte mit der Fortsetzung der Vorbesprechungen beauftragt. Diese stockten jedoch, weil Peyrefitte sich den Forderungen der Bundesregierung widersetzte, den Vertrag autonom mit der französischen Regierung zu schließen und den Bundesländern nur ein Konsultationsrecht zu gewähren⁸⁸¹. Erst nach dem Wechsel Henry Spitzmüllers an die Spitze der DGAC wurden die Verhandlungen Ende November 1951 wieder aufgenommen⁸⁸², nachdem Salat bereits Anfang November 1951 um die Fortsetzung der Gespräche gebeten hatte⁸⁸³. Bei seinem Zusammentreffen mit Salat berichtete Spitzmüller von der geringen Bedeutung, die das französische Außenministerium Kulturverträgen im allgemeinen entgegenbringe. Außerdem seien bereits mit einzelnen deutschen Ländern Sonderabmachungen über Frankreichhäuser usw. getroffen worden. Dennoch sei er persönlich nicht abgeneigt, die Idee eines Abkommens zu verfolgen, zumal die Bundesrepublik beabsichtige, auch mit den USA und Italien u. a. einen Kulturvertrag abzuschließen. Salat betonte, daß nur ein Rahmenabkommen geplant sei. Eine weitere Zusammenkunft wurde für Mitte Dezember 1951 ins Auge gefaßt⁸⁸⁴.

Die Diskussion über die Kulturkompetenz des Bundes oder der Länder, die die gesamten Verhandlungen begleitete, entzündete sich für Frankreich an der Sprachenfrage. Bereits in der Zeit der direkten Besatzungspolitik hatte Frankreich große

⁸⁷⁹ Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft", S. 68. Vgl. auch derselb., Der Schumann-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung, in VfZ, 42 (1994), S. 403-445.

⁸⁸⁰ Aufzeichnung über die deutsch-französischen Kulturbeziehungen vom 6.4.1951 anlässlich Adenauers Parisbesuch, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 86 f.

⁸⁸¹ Vermerk Salats vom 15.11.1951, in: *ibid.*, S. 7 f. Auch: Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft", S. 69.

⁸⁸² Aufzeichnung Salats vom 29.11.1951 über das Gespräch mit Spitzmüller am 28.11.1951, in: PA, B 90, Bd. 36, S. 224 f.

⁸⁸³ Schreiben Salats an Peyrefitte vom 7.11.1951, in: PA, B 90, Bd. 35, S. 27.

⁸⁸⁴ Aufzeichnung Salats vom 29.11.1951.

Anstrengungen für die Vermittlung seiner Sprache in der französischen Zone unternommen. Das Interesse an einer Präsenz des Französischen in deutschen Schulen und Hochschulen bestand nach 1949 weiterhin. Mit der beginnenden Normalisierung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen und den geringer werdenden finanziellen Mitteln für französische Kulturarbeit in Deutschland mußten Wege gefunden werden, die Präsenz der französischen Sprache in deutschen Schulen und Hochschulen, auch in Konkurrenz zum Englischen, zu realisieren. Im Gegenzug, so ist zu erwähnen, ermunterten das französische Erziehungsministerium und das französische Lehrpersonal ihre Schüler, die deutsche Sprache zu erlernen⁸⁸⁵. Die französische Regierung verfolgte daher das Ziel, in Kontakt mit den Ländern, die über die Kulturhoheit verfügen, und dem Bund, das Französische dem Englischen gleichberechtigt zur Seite zu stellen. In der Zeit von Februar 1952 bis Oktober 1953 entstanden verschiedene Vorentwürfe zum Kulturabkommen⁸⁸⁶, über die die beiden Regierungen keine Einigkeit erzielen konnten. Dreh- und Angelpunkt der sich hinziehenden Diskussionen war die Formulierung des Artikels 7, der das Thema Sprachunterricht im Nachbarland regeln sollte. Die Bundesregierung konnte aufgrund der Kulturhoheit der Länder nur den Willen bekunden, dafür Sorge zu tragen, daß möglichst viele junge Deutsche die Sprache des Nachbarn erlernten. Dies reichte den Franzosen nicht aus. Die Frage des Sprachunterrichtes und die Forderung nach separaten Vereinbarungen zwischen Frankreich und den Bundesländern konnten von der Bundesregierung nicht akzeptiert werden.

Ein Durchbruch bei den Verhandlungen gelang erst im Oktober 1954, als Bundeskanzler Adenauer die Frage zur Chefsache erklärte. Auf französischen Vorschlag einigte man sich darauf, dem Kulturabkommen einen Briefwechsel der Regierungschefs beizufügen. In diesem bestätigte Bundeskanzler Adenauer Premierminister Mendès-France, er habe den großen Wert, den die französische Regierung darauf lege, daß die französische Sprache und Literatur in den höheren deutschen Lehranstalten unter den gleichen Bedingungen unterrichtet werden, wie die deutsche Sprache und Literatur in Frankreich⁸⁸⁷, zur Kenntnis genommen. Den französischen Wunsch, der gemeinsame Kulturausschuß, der nach Artikel 16 des Kulturabkommens zur

⁸⁸⁵ Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft", S. 70.

⁸⁸⁶ Vgl. ausführlich dazu: Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft", S. 70 ff.

Durchführung des Abkommens eingesetzt werden sollte, habe zu dieser Frage Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die die Bundesregierung der Kultusministerkonferenz und den Ländergremien zur wohlwollenden Prüfung vorzulegen habe, unterstützte er, ebenso wie die französische Bitte, die Länderregierungen an der Arbeit des Ausschusses zu beteiligen⁸⁸⁷.

Der Kunstgriff des Briefwechsels beseitigte nicht das Grundproblem. Dies zeigte sich in der anschließenden Debatte über die Ratifizierung des Kulturabkommens. Konrad Adenauer entschied schließlich, dem Bundesrat das Abkommen nicht zur Zustimmung zuzuleiten, es aber von Bundespräsident Heuss gegenzeichnen zu lassen⁸⁸⁹. Daß sich die Länder vom Bund nichts vorschreiben ließen, wurde bereits im Februar 1955 deutlich, als sie im Düsseldorfer Schulabkommen Englisch zur ersten Fremdsprache erhoben⁸⁹⁰. Dies schlug in der französischen Presse hohe Wellen und warf die berechtigte Frage auf, welchen Wert ein Abkommen besitze, wenn eine der vertragsschließenden Parteien nicht in der Lage sei, den Vertrag umzusetzen.⁸⁹¹ "Que dire d'un accord que nos ministres ont conclu avec un chef de gouvernement qui n'a pas le pouvoir d'en assurer l'exécution?" fragte der Schriftsteller Albert Camus vorwurfsvoll⁸⁹². Für den Erfolg des Vertrages wurde die Arbeit der gemischten Kulturkommission verantwortlich gemacht. Diese trat - nach längeren Kompetenzstreitigkeiten über die Zusammensetzung der deutschen Mitglieder⁸⁹³ - schließlich erstmalig im März 1957 zusammen⁸⁹⁴.

⁸⁸⁷ Briefwechsel und Text des Kulturabkommens vom 23.10.1954, in: BGBl 1955, Teil II, S. 885-889, Text auch in: BDFD, Bd. 1, Nr. 40.

⁸⁸⁸ Ibid.

⁸⁸⁹ Austausch der Urkunden am 26. bzw. 28.7.1955, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1955, S. 1174. Vgl. auch: Telegramm François-Poncets vom 28.7.1955, in: MAE/Paris, Europe 1944 -1960, Allemagne, vol. 575, S. 175 f.

⁸⁹⁰ Vgl. dazu Georges Cuer, Der Französischunterricht und die französische Sprachenpolitik in Deutschland nach 1945, in: Knipping, Le Rider (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 79 f.

⁸⁹¹ Vgl. dazu ibid. und Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft", S. 75.

⁸⁹² Zit. nach Margarete Sturm, Un texte tombé dans l'oubli: l'accord culturel franco-allemand du 23 octobre 1954, in: Allemagne d'aujourd'hui, 84 (1983), S. 19.

⁸⁹³ Erst als der Vorsitzende der schon im Oktober 1955 ernannten französischen Abteilung François-Poncet im Herbst 1956 drohte, sein Amt niederzulegen, fand man auf deutscher Seite eine Lösung. Wilhelm Hausenstein, der ursprünglich von deutscher Seite für den Vorsitz der deutschen Sektion des Ausschusses vorgesehen war, hatte aufgrund der Querelen bereits im Frühjahr 1956 seine Bereitschaft dazu zurückgezogen. Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft", S. 76.

⁸⁹⁴ Sturm, Un texte tombé dans l'oubli, S. 20. Zur Diskussion über die Sprachenfrage in den folgenden Jahren vgl. Baumann, Der sprachlose Partner. Das Memorandum vom 19. Sep-

Erregte Artikel 7 in der Entstehungsphase des Abkommens die französischen Gemüter, so war über die Artikel 3 und 5, die den internationalen Austausch im Hochschul- und Schulbereich sowie außerhalb davon thematisierten, zügiger Einigkeit erzielt worden. Demnach organisierten die vertragsschließenden Parteien den Austausch von Professoren, Wissenschaftlern, Lektoren, Assistenten und von verantwortlichen Leitern kultureller Gruppen, die außerhalb der Hochschule standen. Die Durchführung dieser Bestimmung wurde dem gemischten Ausschuß auferlegt. Ferner hielt man fest, den Austausch von Professorengruppen, von Studenten, Schülern, Technikern und Lehrlingen fördern zu wollen (Art. 3)⁸⁹⁵. Hinsichtlich des außerschulischen Jugendaustausches war Artikel 5 von Bedeutung. Hier einigten sie sich darauf, die Zusammenarbeit der in jedem der beiden Länder anerkannten Jugendverbände ebenso zu fördern wie Jugendtreffen erzieherischen, sozialen oder beruflichen Charakters. Zu diesem Zwecke wollten sie Informationen über die Verbände und Stellen austauschen, deren Ziel der Ausbau des Jugendaustausches war⁸⁹⁶.

Zwar betonte Botschafter André François-Poncet anlässlich des Urkundenaustausches am 28. Juli neben den intellektuellen Beziehungen auch die Bedeutung der Jugendkontakte nach dem Zweiten Weltkrieg: "Les initiatives [dans le domaine des échanges intellectuels] s'étaient, après la seconde guerre mondiale, plus que jamais étendues et multipliées. Il s'agissait désormais de les coordonner et d'en accroître la portée, en les faisant bénéficier du soutien des autorités gouvernementales. C'était à la jeunesse surtout qu'il fallait songer, afin de lui faciliter les contacts, les visites, les séjours, les études dans le pays voisin, et notamment de la mettre en mesure d'apprendre la langue."⁸⁹⁷. Bei der Umsetzung des Abkommens legte man jedoch vor allem Wert auf den geistigen Austausch zwischen den beiden Ländern. Dies zeigt sich darin, daß die erfahrenen französischen Jugendpolitiker, die für Frankreich in Deutschland tätig waren, offenbar nicht in die Besprechungen im Vorfeld des Ab-

tember 1962 und das Scheitern der französischen Sprachenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Revue d'Allemagne*, 34 (2002), S. 55-75.

⁸⁹⁵ BGBl 1955, Teil II, S. 886.

⁸⁹⁶ Ibid.

⁸⁹⁷ Telegramm François-Poncets vom 28.7.1955, in: *MAE/Paris, Europe 1944-1960, Allemagne*, vol. 575, S. 176 .

kommens eingebunden wurden⁸⁹⁸. Es spiegelt sich ebenso in der Zusammensetzung der gemischten Kulturkommission, deren Mitglieder ausschließlich Wissenschaftler und Mitarbeiter staatlicher Stellen waren. Den deutschen Vorsitz übernahm der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Gerhard Hess⁸⁹⁹, den französischen André François-Poncet⁹⁰⁰. Indes baten Vertreter deutscher und französischer Jugendverbände um Mitwirkung. Bei einem Arbeitstreffen Ende Juni 1955 in Ruit bei Stuttgart hatten der Deutsche Bundesjugendring und der Conseil Français des Mouvements de Jeunesse nicht nur ihr Interesse an einer zügigen Anwendung des Kulturabkommens, sondern auch den Wunsch geäußert, in dem gemeinsamen Kulturausschuß vertreten zu sein. So schrieb der Vorsitzende des Conseil Français, Castagnat, am 26. Juli 1955 an Außenminister Antoine Pinay: "Conscients du travail accompli depuis une décade par les Mouvements de Jeunesse des deux pays en faveur d'un rapprochement et d'une meilleure compréhension entre les peuples, le Conseil Français des Mouvements de Jeunesse et le Cercle Fédéral de la jeunesse allemande attirent l'attention ... sur l'intérêt qu'il y aurait à ce que ces deux organismes soient représentés dans le Comité à former pour l'exécution des accords culturels."⁹⁰¹ Zudem regten sie die Gründung einer speziellen Kommission an, die sich mit Fragen der Jugendbeziehungen beider Länder beschäftigen sollte.⁹⁰² Dem Wunsch der deutschen und französischen Jugendorganisationen, ihnen einen Sitz in dem gemeinsamen Gremium zuzugestehen, wurde jedoch nicht entsprochen.

⁸⁹⁸ Es gibt zumindest keine Quellen, die darauf hinweisen. Bei Moreaus Gesprächen mit Salat 1951 z. B., wurde das in Aussicht genommene Kulturabkommen nicht thematisiert. Möglicherweise war hierfür der Zeitpunkt noch zu früh.

⁸⁹⁹ Weitere deutsche Mitglieder waren der Leiter der kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Heinz Trützscher von Falkenstein; der Leiter der Kulturabteilung im Bundesministerium des Innern, Prof. Dr. Paul-Egon Hübinger; als Vertreter der Kultusministerkonferenz, Klaus Berto v. Doemming aus dem Ministerium für Kultus und Erziehung des Landes Rheinland-Pfalz; Gräfin Marion Dönhoff sowie der Direktor der Dermatologischen Klinik und Poliklinik der Universität München, Dr. Alfred Marchionini. Nach Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft", S. 81.

⁹⁰⁰ Weitere französische Mitglieder waren der Rektor der Sorbonne, Jean Sarrailh; der Direktor der französischen Kunstverwaltung, Jacques Jaujard; Jacques de Bourbon-Busset; der Direktor der Abteilung Universitäten und ihrer Auslandsbeziehungen im Erziehungsministerium, Lucien Paye, und ferner der in leitender Funktion für Physikalische Institute in Paris tätige Leprince Ringuet. Vgl. Ibid.

⁹⁰¹ Schreiben Castagnets an Antoine Pinay vom 27.7.1955, in: MAE/Paris, Europe 1944-1960, Allemagne, vol. 575, S. 195 f.

⁹⁰² Ibid.

Mit Sorge nahmen auch die Vertreter privater Austauschorganisationen den Abschluß des Kulturabkommens zur Kenntnis. Bei ihnen war der Eindruck entstanden, daß der Kultur- und Gesellschaftsaustausch zwischen Deutschland und Frankreich nun überwiegend in staatliche Regie genommen würde und daß sie aus diesem Grund ihr Monopol, das sie in den zurückliegenden Jahren als Mittlerorganisationen im internationalen Austausch erworben hatten, einschließlich der staatlichen Subventionen, verlieren würden. Der Schwerpunkt des Abkommens mit der Förderung des wissenschaftlichen Austausches entsprach zudem nicht der Prioritätensetzung der privaten Vereinigungen⁹⁰³, die sich mit ihren Austauschprogrammen an weite Kreise der Bevölkerung wenden wollten. Auch die privaten Mittlerorganisationen hatten keinen Vertreter im gemischten Ausschuß. Sie schlossen sich aber dann, unter Federführung des Deutsch-Französischen Institutes zum Arbeitskreis der privaten Institutionen für internationale Begegnung und Bildungsarbeit in Deutschland zusammen, um ihre Arbeit untereinander zu koordinieren und um die Form der internationalen Begegnungen weiterzuentwickeln.

Der Abschluß des Kulturabkommens hat bei den zeitgenössischen Politikern wenig Beachtung gefunden⁹⁰⁴. Aus Sicht der Beteiligten standen eher die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Fragen, die in den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 geregelt wurden, im Vordergrund. Mendès France erwähnte das Abkommen in einer langen Rundfunkansprache am Ende der Konferenz nicht einmal⁹⁰⁵. Indes handelte es sich nur um ein Rahmenabkommen. Es wurde in der Absicht geschlossen, den Kulturaustausch zwischen den vertragsschließenden Staaten zu fördern, ohne aber einen Rechtszustand herstellen zu wollen. Dieser Vertrag, wie auch andere Kulturverträge, die in dieser Zeit geschlossen wurden, zielte darauf ab, den kulturellen Beziehungen ein Mindestmaß an offizieller Grundlage zu geben, "gewissermaßen die Versicherung des staatlichen Schutzes für den mehr oder weniger kulturellen Austausch"⁹⁰⁶. So enthielten auch die Artikel zum Jugend- und Studentenaustausch keine bindenden Verpflichtungen. Die Umsetzung der Absichtserklärungen, für die die ge-

⁹⁰³ Bock, Private Verständigungs-Initiativen, S. 17.

⁹⁰⁴ Sturm, Un texte tombé dans l'oubli, S. 17.

⁹⁰⁵ Nach Lappenküper, "Sprachlose Freundschaft", S. 74.

⁹⁰⁶ Ansbert Baumann, Begegnung der Völker? Der Elysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969, Frankfurt a. M. 2003, S. 94.

mischte Kulturkommission zuständig war, wurde zudem durch das Bund-Länder-Problem in Deutschland erschwert. Auch die finanziellen Rahmenbedingungen verbesserten sich mit dem Abkommen nicht.

Die Hauptakteure im zivilgesellschaftlichen internationalen Austausch, Jugendgruppen und private Austauschorganisationen, waren in die Umsetzung des Abkommens zumindest zunächst nicht eingebunden. Von dem Vertrag konnten keine entscheidenden Anstöße für den zivilgesellschaftlichen Austausch ausgehen.

Festzuhalten ist, daß die Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik sowohl für Frankreich als auch für Deutschland in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zunahm. Die "guten" deutsch-französischen Kulturbeziehungen wurden von den handelnden Politikern als Möglichkeit wahrgenommen, politische Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis abzufedern. Im Verhältnis beider Staaten erreichten kulturpolitische Fragen jedoch nicht den Stellenwert, den militärische und wirtschaftliche oder politische Fragen allgemeiner Natur zwischen Deutschland und Frankreich einnahmen. Insofern können die Kulturbeziehungen keinesfalls als weitere Säule der "großen Politik" bezeichnet werden.

Welche Perspektive gab es bezüglich der Förderung des gesellschaftlichen Austausches nach der Aufhebung des Besatzungsstatutes im Rahmen französischer Kulturpolitik? Frankreich hielt es kulturpolitisch für notwendig, "de maintenir notre action dans ce pays au plus haut niveau possible."⁹⁰⁷ In einem Bericht an die Französische Nationalversammlung vom November 1954 bezüglich der "action culturelle française en Allemagne" hieß es: "Il serait particulièrement fâcheux, ainsi qu'on l'a fréquemment souligné, que la fin de l'occupation coïncidât avec un ralentissement sensible de nos activités culturelles en Allemagne."⁹⁰⁸ Bezüglich der Zielgruppen wurde weiter ausgeführt: "Il convient ... d'insister sur la diversité de la vie culturelle allemande. Une action qui s'exercerait simplement dans les milieux universitaires ou dans les milieux que touche traditionnellement l'influence française demeurerait tout à fait incomplète. Elle négligerait les nombreuses associations de jeunesse, les groupes locaux de culture populaire, les clubs et ligues de toute sorte qui jouent en Allemagne un rôle de premier plan: chacun de ces groupements ... doit pouvoir établir

⁹⁰⁷ Vermerk François-Poncets vom 12.1.1955 an die Direction des Relations Culturelles im französischen Außenministerium. Äußerungen die künftige Struktur der DGAC der französischen Botschaft in Bonn betreffend, in: MAE/Paris, Relations Culturelles 1945-1959, vol. 36.

aussi facilement le contact avec un organisme français similaire."⁹⁰⁹ Mit diesen Äußerungen forderte der Berichterstatter eine Fortsetzung der "erweiterten Kulturpolitik", die möglicherweise bei der Normalisierung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen aufgegeben werden könnte. Auch Vertreter privater Organisationen wie der Generalsekretär des Comité äußerten hier Bedenken und setzten sich für die Fortsetzung der besonderen deutsch-französischen Kulturpolitik ein: Man spreche offiziell von einer Normalisierung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen, schrieb Grosser im Herbst 1955 in der Zeitschrift *Allemagne*. Dies dürfe aber nicht die bisherige Kulturpolitik gegenüber Deutschland in Frage stellen: "Il s'agit de ... diminuer [les rapports culturels entre les deux pays], de les faire ressembler aux relations culturelles qui existent actuellement entre la France et les autres pays, cette 'normalisation' serait désastreuse."⁹¹⁰ Erstrebenswert sei es hingegen, diese Art der Kulturbeziehungen auf französische Kulturbeziehungen mit anderen Ländern zu übertragen⁹¹¹. Bei weiter sinkendem französischem Budget 1955 für internationale Begegnungen, wurde das Engagement privater Organisationen um so bedeutsamer für die Fortsetzung der Austauschtreffen.

⁹⁰⁸ Rapport vom 3.11.1954, Assemblée Nationale, Session Nr. 9352, 1954, in: *ibid.*

⁹⁰⁹ *Ibid.* Der Berichterstatter wird nicht namentlich genannt.

⁹¹⁰ Alfred Grosser, *Le tournant*, in: *Allemagne*, Nr. 38-39 (August/November 1955), S.1.

⁹¹¹ *Ibid.*

VI. Höhepunkt für den deutsch-französischen Jugendaustausch: Der Elysée-Vertrag und die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes am 5. Juli 1963

1. Kulturpolitische Initiativen 1955 bis 1962/63 Deutschlands und Frankreichs im Wirkkreis von Wandel, Stagnation und nationalen Eigeninteressen

Die juristische Basis für die deutsch-französische Kooperation blieb in den 50er Jahren das Kulturabkommen von 1954, seine Wirkung indes war blaß. Vielleicht lag es daran, daß die gemischte deutsch-französische Kulturkommission nicht mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet worden war. Sie konnte Vorschläge einbringen und Empfehlungen aussprechen, besaß aber darüber hinaus keine Einwirkungsmöglichkeiten. Von einem Aufschwung in den staatlichen deutsch-französischen Kulturbeziehungen infolge des Kulturabkommens konnte keine Rede sein.

Möglicherweise liegen die Gründe für die geringen Auswirkungen des Abkommens auch in den unterschiedlichen Interessen, die beide Länder mit ihrer auswärtigen Kulturpolitik verfolgten und die darauf hinaus liefen, daß jedes Land zunächst einmal auf seinen eigenen Status bedacht war. Für Frankreich ist festzuhalten, daß seine internationale politische Stellung in den 50er Jahren großen Umbrüchen unterlag. Die Entkolonisierung, der verlorene Indochina-Krieg, das Ende der Suez-Krise 1956, das "Wirtschaftswunder" im benachbarten Deutschland sowie die angesichts des Kalten Krieges 1955 zementierte Blockbildung machten deutlich, daß Frankreich an Weltmachtstatus eingebüßt hatte. Um einem politischen Bedeutungsverlust entgegenzuwirken, setzte das französische Außenministerium einen neuen Schwerpunkt auf die auswärtige Kulturpolitik, der sich inhaltlich in der Verstärkung der Sprachenpolitik im Ausland und in der Bevorzugung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit niederschlug. Um diesen veränderten Zielen in der Praxis gerecht zu werden, wurde 1956 die Direction Générale des Relations Culturelles (DGRC) des Quai d'Orsay in Direction Générale des Affaires Culturelles et Techniques (DGACTION) umbenannt⁹¹².

⁹¹² Vgl. dazu François Roche, Bernard Pigniau (Hg.), *Histoire de diplomatie culturelle des origines à 1995*, Paris 1995, S. 91 f. und Jean-François de Raymond, *L'action culturelle extérieure de la France. Les études de la documentation française*, Paris 2000, S. 22 f. Vgl. auch Zined-Brand, *Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik*, S. 46 u. S. 92.

Im Juli 1957 beauftragte das Kabinett Außenminister Christian Pineau, ein Komitee zur Ausarbeitung eines Fünfjahresplans zu bilden. In diesem Plan sollten die Ziele der neuen kulturpolitischen Aktivitäten festgelegt werden⁹¹³. Der Abschlußbericht des Komitees wurde im September 1958 dem Kabinett des neuen Außenministers Couve de Murville vorgelegt und gebilligt. Der vorbereitete Fünfjahresplan, der sich auf die Jahre 1959 bis 1963 bezog, forderte eine stärkere Verbreitung der französischen Sprache, die sich gegenüber dem Englischen behaupten sollte. Eine besondere Rolle spielten die Kulturinstitute, denen man bei der Verankerung der französischen Kultur im Ausland eine große Bedeutung beimaß⁹¹⁴. Bestimmend für die auswärtigen Kulturbeziehungen waren die Interessen des Quai d'Orsay. Dies wurde an den Kompetenzkonflikten zwischen dem französischen Kulturministerium und dem Außenministerium sichtbar. Unter der Federführung von André Malraux versuchte das französische Kulturministerium seit 1958 mehrfach, sich auch in der auswärtigen Kulturpolitik ein Standbein zu schaffen, was der Quai d'Orsay jedoch nicht zuließ. Außenminister Couve de Murville und der Leiter der auswärtigen Kulturabteilung, Roger Seydoux, beäugten derartige Versuche kritisch⁹¹⁵.

Nach der weitgehenden Wiedererlangung der Souveränität im Jahre 1955 erhielt auch in Deutschland die auswärtige Kulturpolitik wachsende Bedeutung. Eine aktive deutsche Kulturpolitik, die auch vom Ausland erwartet werde, erschien dem Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt von Trützschler als eine wesentliche Voraussetzung für die Konsolidierung der politischen Stellung Deutschlands in der Welt⁹¹⁶. Deutschland war in diesen Jahren darauf bedacht, im Ausland nicht nur für

⁹¹³ Ansbert Baumann, *Begegnung der Völker? Der Elysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969*, Frankfurt a. M. 2003, S. 92 f.

⁹¹⁴ *Ibid.*, S. 93. Vgl. dazu auch Corine Defrance, *La création du réseau des centres culturels français en Allemagne dans l'immédiat après-guerre*, in: *Lendemains*, 103/104 (2001), S. 83-107.

⁹¹⁵ Vgl. zu diesen Kompetenzkonflikten Corine Defrance, *Pourquoi la culture n'est-elle pas l'objet du traité de l'Elysée ?* in: Dies., Ulrich Pfeil (Hg.), *Le Traité de l'Elysée et les relations franco-allemandes 1945-1963-1990*, Paris 2005, S. 175-191.

⁹¹⁶ "Wenn sich auch in Zukunft eine neue deutsche Kulturpolitik weitgehend auf die Aufnahmebereitschaft des Auslands und die an uns herantretenden Wünsche und Anregungen stützen müssen, so scheint doch der Zeitpunkt gekommen, in dem eine großzügigere Planung und systematische Verfolgung gewisser sich anbietender Möglichkeiten angezeigt ist ...[Es] wird ... eine stärkere kulturpolitische Aktivität von uns erwartet. Eine solche aktive Kulturpolitik erscheint eine wesentliche Voraussetzung für die Konsolidierung unserer politi-

seine technische Kompetenz anerkannt zu werden, sondern auch kulturelles Ansehen im künstlerischen und literarischen Bereich zu erlangen. Ab dem Jahre 1958 wurde die Kulturabteilung schließlich mit einem deutlich höheren Budget ausgestattet⁹¹⁷, und die Ernennung von Dieter Sattler zum Leiter der Kulturabteilung am 1. Juli 1959 trug darüber hinaus dazu bei, daß die deutsche auswärtige Kulturpolitik ein zunehmend größeres Gewicht erhielt⁹¹⁸.

Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen gelangten sowohl auf deutscher als auch auf französischer Regierungsseite erst ab 1959 wieder verstärkt in den Blick. Zweifellos waren diese Beziehungen ausbaufähig. Aus französischer Sicht befanden sie sich sogar in einem desolaten Zustand. Als der Quai d'Orsay im Jahre 1962 eine Bestandsaufnahme der französischen Kulturpolitik machte, stellte man fest, daß die Ziele des Fünfjahresplanes gegenüber Deutschland nicht erreicht worden waren. Beklagt wurde zum einen der unbefriedigende Zustand französischer Kulturpolitik in Deutschland⁹¹⁹, zum anderen die mangelnden kulturpolitischen Aktivitäten Deutschlands in Frankreich⁹²⁰. So wurde der konstatierte desolante Zustand der deutsch-französischen Kulturbeziehungen auch der deutschen Seite zugeschrieben, die sowohl finanziell als auch personell wenig in Frankreich aktiv war.

Der deutsche Umgang mit dem Goethehaus an der Avenue d'Jéna in Paris, das nach seiner Rückgabe im Jahre 1957 zunächst nicht benutzbar war und sich dann als zu klein erwies, sei hier als Beispiel genannt. Da ein Neubau nicht abzusehen war, richtete man schließlich im Frühjahr 1962 eine kleine Dependance im Quartier Latin ein⁹²¹. Neben dem Goethehaus in Paris gab es noch zwei weitere in Lille und Marseille. Diesen drei Instituten standen 21 französische Kulturinstitute und -zentren gegenüber. Primär ist dieses Ungleichgewicht Ausdruck der Situation Deutschlands nach dem Krieg und in der von Frankreich bewußt forcierten kulturpolitischen Präsenz in Deutschland nach 1945 zu suchen. Auch gebot die noch nicht lange wiedererlangte außenpolitische Souveränität eine gewisse deutsche Zurückhaltung; jedoch

schen Stellung in der freien Welt." Vgl. Aufzeichnung von Trützschlers am 30.11.1955, nach: Znined-Brand, Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik, S. 36.

⁹¹⁷ Vgl. dazu Baumann, Begegnung, S. 95.

⁹¹⁸ Ibid.

⁹¹⁹ Baumann, Begegnung, S. 96.

⁹²⁰ Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 1719.

⁹²¹ Ibid.

wünschte Frankreich seit Jahren eine starke Präsenz deutscher Kulturinstitute in Frankreich⁹²². Aufschlußreich ist ebenso, daß die französische Botschaft in Bonn Mitte 1961 allein in ihrer Kulturabteilung 25 Mitarbeiter beschäftigte, während in der Deutschen Botschaft in Paris nur sieben Mitarbeiter tätig waren. Nach dieser Bestandsaufnahme kündigte das französische Außenministerium im Februar 1962 eine "reconversion de notre action culturelle en Allemagne"⁹²³ an. Herbert Blankenhorn, der deutsche Botschafter in Paris, teilte die französische Einschätzung, die deutsche Seite sei nur unzureichend aktiv⁹²⁴. Zwar stellte die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes im Juni 1962 fest, sie habe dem Ausbau der kulturellen Beziehungen in Frankreich seit Jahren eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet⁹²⁵. Insgesamt jedoch blieben die Erfolge deutscher Kulturpolitik begrenzt⁹²⁶.

Neben den allgemeinen politischen Beziehungen profitierten auch die deutsch-französischen Kulturbeziehungen von de Gaulles Rückkehr auf die politische Bühne, die im Juni 1958 erfolgte. Bereits die erste Begegnung de Gaulles mit Adenauer in Colombey-les-Deux-Eglises im September 1958, die einem allgemeinen historisch-politischen Meinungsaustausch galt, gab Anlaß zur Hoffnung. Die diplomatischen Gespräche zur Förderung der deutsch-französischen Beziehungen, die auf französisches Vorwärtsdrängen hin Anfang November 1958 wieder aufgenommen wurden, führten Staatssekretär van Scherpenberg und der französische Botschafter Seydoux nicht über die Themen der großen Politik, sondern über die Arbeit der gemeinsamen Wirtschaftskommission und des Ständigen Kulturausschusses sowie über eine "Popularisierung" der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Im Frühjahr 1959 nahmen die Regierungen auf Anregung Blankenhorns zudem die Zusammenführung der deutschen Jugend mit in den Kanon auf⁹²⁷. Als Mittel gegen die Gespenster der Vergangenheit wünschten die beiden führenden Politiker in Bonn und Paris ein breitgefä-

⁹²² Ibid.

⁹²³ Vermerk des Quai d'Orsays vom 9.2.1962, zit. n. Baumann, Begegnung, S. 97.

⁹²⁴ Baumann, Begegnung, S. 97.

⁹²⁵ Vermerk des Auswärtigen Amtes vom 20.6.1962, nach Baumann, vgl. ibid.

⁹²⁶ Ibid., S. 98. Eine deutsche Zusammenfassung über die Ergebnisse der Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen mit Frankreich findet sich in einer Instruktion für Botschafter Blankenhorn aus dem Jahr 1958, in: PA, Ref. 204, Bd. 259, S. 72 ff., o. D. Der Jugend- und Studentenaustausch wird nur kurz erwähnt. Bezüglich des Jugendaustausches werden regelmäßige Arbeitstreffen zwischen dem Deutschen Bundesjugendring und dem Conseil Français des Mouvements de Jeunesse notiert. Hinweis auf das Dokument aus: Lappenküper, Deutsch-französische Beziehungen, S. 1708.

chertes Geflecht staatlicher wie gesellschaftlicher Kontakte zur Verbesserung der Atmosphäre zwischen beiden Völkern. Die Zusammenführung der Jugend, der Ausbau der Kulturzentren und der Studentenaustausch erhielten hier eine besondere Bedeutung⁹²⁸. Mitte April 1959 nahmen Maurice Herzog und der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen, Franz-Josef Würmeling, die Intensivierung der Jugendkontakte in Angriff⁹²⁹. Ab Mitte 1962 wurden die Gespräche über die Jugendkontakte entscheidend verstärkt. Mit der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Vertrages und der darin vereinbarten Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes erhielten sie im Januar 1963 schließlich einen institutionellen Rahmen. Die Entstehung des Vertrages im Hinblick auf Erziehungs- und Jugendfragen und die Genese des Jugendwerkes sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

2. Die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in Erziehungs- und Jugendfragen: Vom Scheitern der Fouchet-Pläne bis zur Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Vertrages - Juli 1962 bis Januar 1963

Die kulturellen Kontakte zwischen beiden Völkern voranzubringen, wurde demnach bereits seit 1959 auf diplomatischer Ebene thematisiert. Die veränderten politischen Rahmenbedingungen im Sommer 1962 schufen jedoch eine neue Voraussetzung für Aktivitäten im kulturpolitischen Bereich. Als nämlich die Gründung einer europäischen politischen Union im Jahre 1962 mit dem Scheitern der Fouchet-Pläne in weite Ferne zu rücken schien, verstärkten de Gaulle und Adenauer ihre Bemühungen um eine deutsch-französische Kooperation. Diese sollte sich nicht nur auf den außen- und verteidigungspolitischen Bereich, sondern auch auf den kulturellen Bereich beziehen - jene Bereiche, die ursprünglich Gegenstand der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sein sollten⁹³⁰. Bereits während Adenauers Frankreichbesuch im Juli 1962 hatte Staatspräsident de Gaulle dem Bundeskanzler unmißverständlich die Frage ge-

⁹²⁷ Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 1709.

⁹²⁸ Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle am 1.12.1959, in: Adenauer, Erinnerungen 1959-1963, S. 15 und Kusterer, Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995, S. 15.

⁹²⁹ Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 1711.

⁹³⁰ Zu den Fouchet-Plänen und ihrem Scheitern vgl. Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 1543 ff. Zu den Planungen im Bereich Kultur vgl. Corine Defrance, La culture dans les projets d'union politique de l'Europe (1961-1962), in: Revue d'Allemagne, 29 (1997), S. 289-302.

stellt, ob er bereit sei, bei einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen zu einer Politischen Union der Sechs auch bilateral zusammenzuarbeiten. Adenauer hatte hierauf mit Zustimmung geantwortet⁹³¹. Die Äußerungen des Bundeskanzlers über die kulturpolitische Kooperation ließen erahnen, daß auch der Jugend in der künftigen Zusammenarbeit ein Platz eingeräumt werden sollte. So bekundete er den Wunsch, man möge die deutsch-französischen Jugendorganisationen unterstützen und deutsch-französische Städtepartnerschaften fördern: Man dürfe die Hände nicht in den Schoß legen. Das Schicksal der beiden Länder hänge davon ab⁹³².

Den letzten Anstoß zu einer Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit gab de Gaulles Staatsbesuch in Deutschland vom 3. bis 9. September 1962⁹³³. In seinen Reden vor einer begeisterten deutschen Öffentlichkeit unterstrich de Gaulle immer wieder die Bedeutung der deutsch-französischen Versöhnung und die Notwendigkeit, zu einer engen Zusammenarbeit im europäischen Rahmen zu gelangen. Die Bedeutung der Jugend für die Zukunft der Beziehungen beider Länder hob der französische Staatspräsident vor allem in seiner Rede an die deutsche Jugend in Ludwigsburg hervor, in der er die Gründung eines Jugendaustauschwerkes, wenn nicht wörtlich, so doch inhaltlich ankündigte: "Diese jetzt ganz natürliche Solidarität [zwischen Deutschland und Frankreich, Anm. Verfasserin] müssen wir ... organisieren. Es ist dies Aufgabe der Regierungen. Vor allem aber müssen wir ihr einen lebensfähigen Inhalt geben, und das soll insbesondere das Werk der Jugend sein."⁹³⁴ Der Beifall der 20.000 Jugendlichen beflügelte de Gaulle in seinem Wunsch, in einem Jahr eine Million junge Deutsche nach Frankreich und im nächsten Jahr ebensoviele junge Franzosen nach Deutschland zu bringen⁹³⁵.

⁹³¹ Vgl. hierzu: Tagebuchaufzeichnungen Josef Jansens, Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, vom 9.7.1962, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), I-149, NL Josef Jansen, S. 46 (Transkription) und Horst Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens ...". Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, 2. A. Mainz 1987 (1. A. 1986), S. 132. Vgl. auch: Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 762 f.

⁹³² Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959-1963. Fragmente, 3. A. Stuttgart 1983 (1. A. 1968), S.174.

⁹³³ Zu dem Staatsbesuch vgl.: Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens ...", S. 139-144 sowie Adenauer, Erinnerungen, S. 177-184. Vgl. auch: Maurice Vaisse, La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958-1969, Paris 1998, S. 248 ff.

⁹³⁴ Charles de Gaulle, Rede an die deutsche Jugend, dt. u. frz. Fassung in: Charles de Gaulle, Discours et messages - Pour l'effort. Août 1962 - Décembre 1965, Paris 1970, S. 15-17 (dt.) u. S. 17-18 (frz.), hier S. 16.

⁹³⁵ Vgl. Adenauer, Erinnerungen, S. 179 f.

Bereits vor seiner Deutschlandreise hatte de Gaulle mit den auf Regierungsebene verantwortlichen Vertretern für Jugend und Erziehung Gespräche über einen möglichen Ausbau der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Erziehungs- und Jugendfragen geführt. Dies geht aus einem Schreiben des französischen Erziehungsministers Sudreau⁹³⁶ an Außenminister Couve de Murville vom 3. September 1962 hervor⁹³⁷. In einem dem Brief beigefügten Vermerk vom 1. September 1962 schlug Sudreau eine Verbesserung der Sprachlernmethoden und die Erarbeitung eines Modells zur Anerkennung von Universitätsabschlüssen vor. Vermutlich vor dem Hintergrund der gescheiterten Fouchet-Pläne regte der französische Erziehungsminister außerdem an, den Kulturaustausch auch auf andere europäische Staaten auszuweiten: "Tout accroissement des échanges culturels gagnerait à être ouvert à la participation d'autres nations européennes."⁹³⁸ Ein Gedanke, der zwischen Deutschland und Frankreich in bezug auf das zu gründende Deutsch-Französische Jugendwerk noch für Konfliktstoff sorgen sollte. Ein ebenfalls dem Schreiben vom 3. September 1962 beiliegender Vermerk aus der Feder des Staatssekretärs für Jugend und Sport, Maurice Herzog, beschäftigte sich mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Jugendbereich⁹³⁹. Herzog verwies hier insbesondere auf den Ausbau deutsch-französischer Jugendbegegnungen und auf eine engere Kooperation der Jugendbetreuer beider Länder. Die Kooperation solle auch auf die Bereiche Volkshochschulen und Sport ausgedehnt werden.

Die Bedeutung, die de Gaulle der Erziehungs- und Jugendpolitik für die künftige Zusammenarbeit beimaß, wurde in dem von ihm nach seiner Rückkehr aus Deutschland erstellten Memorandum vom 18. September 1962 evident. So enthielt das französische Memorandum⁹⁴⁰, das gleichsam wie das Gerüst des künftigen deutsch-französischen Vertrages anmutet, neben den klassischen Bereichen Außenpolitik und Verteidigung einen dritten Teil Erziehung und Jugend. Der Text des noch

⁹³⁶ Erziehungsminister vom 14.4.1962 bis 15.10.1962. Er wurde dann von Christian Fouchet abgelöst.

⁹³⁷ Schreiben Sudreaus an Couve de Murville vom 3.9.1962, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

⁹³⁸ Le Ministre de l'Education Nationale, Note à l'attention de M. le Ministre des Affaires Etrangères vom 1.9.1962, in: *ibid.*

⁹³⁹ Maurice Herzog, Note sur la coopération franco-allemande en matière de jeunesse, in: *ibid.* Die Teilnahme Herzogs an dem Treffen mit de Gaulle, Couve de Murville und Sudreau ist wahrscheinlich, aber nicht belegt.

⁹⁴⁰ Memorandum vom 18.9.1962, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574.

mit Deutschland abzustimmenden Memorandums sollte in Form eines Briefwechsels ausgetauscht und nicht veröffentlicht werden. An einen Vertrag dachte noch niemand⁹⁴¹.

2.1. Das französische Memorandum vom 18. September 1962 - Erziehungs- und Jugendfragen

Gleich zu Beginn des Abschnitts Erziehung hoben die Franzosen die Sprachenfrage hervor. Jeder deutsche und französische Schüler der höheren Schulen und Fachschulen sollte die Möglichkeit erhalten, die deutsche bzw. französische Sprache als erste lebende Fremdsprache zu erlernen. Die französischen Bemühungen seit 1945, den Stellenwert der französischen Sprache in Deutschland zu erhöhen und sie in den Schulen als erste lebende Fremdsprache durchzusetzen, hatten mit dem Düsseldorfer Schulabkommen vom 17. Februar 1955, in dem die Ministerpräsidenten das Englische zur ersten Fremdsprache erhoben hatten, einen großen Rückschlag erlitten⁹⁴². Da dieses Abkommen 1965 auslaufen sollte, galt es, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um in einer neuen Vereinbarung die gewünschte Stellung des Französischen durchsetzen zu können. Ein erweiterter Austausch von Studenten, Assistenten und Professoren stand ebenso auf der französischen Wunschliste. Im Bereich Jugend wurde besonderer Wert auf den Austausch und das Reisen in das jeweilige Partnerland gelegt: organisierte Studienreisen, Begegnungen von Jugendbewegungen, Treffen von Fachleuten aus den Bereichen Sport und Volkshochschulen⁹⁴³.

⁹⁴¹ "Dès que nous nous serons accordés sur un texte, nous pourrons, comme nous l'avions, vous et moi, envisagé, le marquer par un échange de lettres et nous donnerions, alors, chacun de notre côté, les instructions nécessaires pour entamer l'exécution" schrieb de Gaulle an Adenauer, vgl. Schreiben vom 20.9.1962 zum Memorandum, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574.

⁹⁴² Und dies, obwohl Artikel 7 des Deutsch-Französischen Kulturabkommens vom 23.10.1954 der französischen Sprache einen den französischen Wünschen entsprechenden Stellenwert zugestand (Wortlaut Art. 7 in: BGBL 1955, Teil II, Nr. 22). Aufgrund der Kulturhoheit der Länder jedoch hatten sich die Ministerpräsidenten mit Englisch als erster Fremdsprache durchsetzen können. Zur französischen Sprachenpolitik in Deutschland vgl.: Georges Cuer, Der Französischunterricht und die französische Sprachenpolitik in Deutschland nach 1945, in: Knipping/Le Rider (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, S. 57-83, hier insbes. S. 79 f. Zur Fremdsprachenfrage und zu dem damit verknüpften Problem der Bundes- u. Länderkompetenzen anlässlich der Vertragsverhandlungen zum Kulturabkommen vgl. Kap. V.2.

⁹⁴³ Die Gedanken über eine Modernisierung der Sprachlernmethoden sowie die Anerkennung von Diplomen und Abschlüssen in dem oben zitierten Vermerk von Erziehungsminister Su-

Der Vorschlag, beide Regierungen sollten eine interministerielle Kommission bilden, wurde auf französischer Seite bald realisiert: Unter dem Vorsitz von François Seydoux, hoher Beamter im Quai d'Orsay⁹⁴⁴, tagte die französische interministerielle Kommission erstmals am 12. Oktober 1962. Als endlich das schon lange erwartete deutsche Memorandum am 12. November 1962 in Paris eintraf, hatten bereits drei Sitzungen stattgefunden⁹⁴⁵.

2.2. Das deutsche Memorandum vom 8. November 1962 und französische Reaktionen

Auf das deutsche Memorandum vom 8. November 1962 reagierte François Seydoux mit Enttäuschung: In seiner Gesamtheit betrachtet, sei es gegenüber dem französischen Memorandum sehr zurückhaltend formuliert⁹⁴⁶. Neben der Enttäuschung über die deutschen Äußerungen im verteidigungspolitischen Bereich - Deutschland war zu einer Zusammenarbeit nur im Rahmen der NATO bereit - blieben auch die deutschen Bemerkungen in dem Abschnitt Jugend und Erziehung weit hinter den französischen Erwartungen zurück. Die Bundesregierung sehe, so das deutsche Memorandum⁹⁴⁷, in den Vorschlägen der französischen Regierung auf dem Gebiet Erziehungswesen und Jugendfragen einen besonders wirkungsvollen Schritt, "um der Verbundenheit zwischen dem deutschen und dem französischen Volk Ausdruck zu geben und sie weiter zu fördern". Der bereits bestehende intensive kulturelle Austausch zwischen beiden Ländern solle noch bedeutend erweitert werden.

dreau vom 1.9.1962 waren also ebenso wie die Vorschläge zur Förderung des Jugendaustausches und der Zusammenarbeit in den Bereichen Volkshochschulen und Sport von Hochkommissar Herzog in das französische Memorandum eingeflossen.

⁹⁴⁴ Von August 1958 bis Juli 1962 französischer Botschafter in Deutschland, dann ständiger Vertreter Frankreichs im Atlantikrat.

⁹⁴⁵ Sitzungen am 12.10., 23.10. und 2.11.1962, Sitzungsprotokolle in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574. Die relative Verspätung des deutschen Memorandums ist vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Lage in Deutschland zu betrachten. Die Kuba-Krise, die ihren Höhepunkt im Oktober 1962 erreichte, hielt Bundeskanzler Adenauer ebenso in Atem, wie die sich daran anschließende Spiegel-Affäre, die sich sogar zu einer Regierungskrise ausweitete. Vgl. Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens ...", S.149 u. 154.

⁹⁴⁶ Vgl. Sitzungsprotokoll der interministeriellen Kommission vom 19.11.1962, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574.

⁹⁴⁷ Auszug Erziehungswesen und Jugendfragen des Memorandums der Bundesregierung vom 8.11.1962, in: PA, 600. IV.1-88/1024/2, Bd. 411.

Bezüglich der Sprache strebe die Bundesregierung zunächst eine Regelung an, die es ermögliche, "an allen höheren Schulen und Fachschulen die französische Sprache zu erlernen." Der Wunsch, die französische Sprache an allen höheren und technischen Lehranstalten als erste Fremdsprache wählen zu können, werde geprüft. Ebenso wie Frankreich lege die Bundesregierung großen Wert auf den Austausch von Studenten und Lehrpersonal. Neben deutschen Anregungen für die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Literatur sprach die deutsche Seite Radio- und Fernsehsendungen, Geographie- und Geschichtsbücher an. Die Bundesregierung beabsichtige ferner, in Städten der französischen Provinz weitere Goethe-Institute und in Paris eine Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) zu errichten.

Die französischen Vorschläge im Bereich Jugend fanden ebenfalls die deutsche Zustimmung: "Sie werden in Besprechungen zwischen dem französischen Generalbeauftragten und den hierzu berufenen deutschen Vertretern noch näher zu prüfen sein, um festzustellen, welche besonderen Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung in beiden Ländern getroffen werden müssen."

In der Sitzung der interministeriellen Kommission vom 19. November 1962 hielt sich François Seydoux nicht mit Kritik zurück. Die deutsche Antwort sei "assez décevante", vor allem bezüglich der französischen Sprache: "Cette réponse ne va pas au-delà d'une simple manifestation de bonne volonté sur un terrain que nous considérons comme capital"⁹⁴⁸. Auch die Kulturabteilung des französischen Außenministeriums (Direction Générale des Affaires Culturelles et Techniques - DGACT) brachte in einem Vermerk vom 21. November 1962 ihren Unmut gegenüber dem deutschen Memorandum zum Ausdruck⁹⁴⁹. Die deutschen Anmerkungen zu den von Frankreich angesprochenen Jugendbegegnungen wurden als positiv eingestuft, seien aber wie der gesamte Text viel zu allgemein und vage formuliert und enthielten nichts, was nicht schon bekannt sei. Für den Ausbau der Jugendbegegnungen sei es notwendig, eine geeignete Arbeitsmethode zu entwickeln, da die Strukturen in beiden Staaten

⁹⁴⁸ MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574.

⁹⁴⁹ Vermerk der Direction Générale des Affaires Culturelles et Techniques vom 21.11.1962. Note sur la réponse allemande du 6 [sic] novembre au mémorandum français sur les questions éducation et jeunesse, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

sehr verschieden seien⁹⁵⁰. Diese Fragen sollten von der im Rahmen des Kulturabkommens gebildeten Unterkommission für außeruniversitären Austausch behandelt werden. Eine nächste Sitzung sei für Februar 1963 anberaumt⁹⁵¹. Von einem Jugendaustauschwerk war also weder im französischen noch im deutschen Memorandum die Rede.

2.3. Verhandlungen über den kulturpolitischen Bereich nach Übersendung der jeweiligen Memoranden

Am 3. Dezember 1962 empfing Basdevant auf deutschen Wunsch den Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts Sattler, den deutschen Botschafter Blankenhorn und den Kulturrat (Conseiller culturel) der Botschaft im Pariser Außenministerium. Die Verfahrensweisen für eine effektive Umsetzung der von den Regierungen - auf der Grundlage des französischen und deutschen Memorandums - noch zu erlassenden Richtlinien im kulturellen Bereich sollten bereits im Vorfeld besprochen werden⁹⁵². Sattler setzte sich dafür ein, daß die Ausführung dieser Richtlinien von den Ebenen koordiniert wurden, die dafür am qualifiziertesten waren, nämlich die Kulturabteilung des Quai d'Orsay (DGACTION) und die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts. Ein zweiter Gesprächspunkt war die im Rahmen des deutsch-französischen Kulturabkommens von 1954 eingerichtete deutsch-französische Kulturkommission, die dringend neu organisiert werden mußte. Sie sei, so Sattler, zu schwerfällig und arbeite ineffektiv. Sie habe zu viele Mitglieder: jeweils sechs, hinzu kämen zahlreiche Berater. Ein Problem stellten insbesondere die Kommissionsvorsitzenden dar. Sie seien zwar von hohem Rang und Namen⁹⁵³, gehörten aber nicht zu den aktiven Mitarbei-

⁹⁵⁰ Dies betreffe zum Beispiel die Ferienkolonien für Jugendliche, deren Strukturen und Tätigkeiten in Frankreich ausgeprägter seien als in Deutschland, und die Volkshochschulen, die in Deutschland entwickelter seien.

⁹⁵¹ Diese Sitzung sollte nicht stattfinden, da später beschlossen wurde, die Arbeitstreffen dieser Unterkommission bis zur Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks im Juli 1963 auszusetzen. Dies geht aus den Vereinbarungen Basdevants und Sattlers anlässlich ihres Treffens vom 28.2.1963 in Bonn hervor: "En ce qui concerne la sous-commission des échanges extra-scolaires, il a été reconnu qu'il n'y avait pas intérêt à la réunir avant que l'organisme commun en matière d'échanges de jeunesse, prévu par le traité, ait été créé.", vgl. Vermerk vom 4.3.1963, in: MAE/Paris Europe, 1961-1965, RFA, vol. 1578, S. 3.

⁹⁵² Aufzeichnung für den secrétaire général a/s entretien avec M. Sattler vom 11.12.1962, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

⁹⁵³ Den Vorsitz führte u.a. der ehemalige französische Botschafter François-Poncet.

tern, sie seien keine Vertreter der für den kulturellen Bereich zuständigen Verwaltung⁹⁵⁴. Ziel einer Neustrukturierung, so Sattler und Blankenhorn, sollte es sein, den Leitern der beiden Kulturabteilungen der Außenministerien eine aktivere Rolle als bisher zuzusprechen⁹⁵⁵. Auch hier versuchte also Sattler, die Einflußmöglichkeiten des Auswärtigen Amts bzw. seiner Abteilung zu erweitern. Die für Frühjahr 1963 angesetzte Vollversammlung der Kulturkommission sollte verschoben und die Zeit bis dahin für die Erarbeitung einer Strukturreform genutzt werden. Ein drittes Anliegen Sattlers bezog sich auf die Unterkommissionen der oben genannten Kulturkommission. Diese sollten viel häufiger zusammenkommen und enger mit den Kulturabteilungen der Außenministerien zusammenarbeiten. Diese Kompetenzbündelung in den Kulturabteilungen der beiden Außenministerien, um die es Sattler in den drei angesprochenen Punkten ging, fand die Zustimmung Basdevants, allerdings mit der Einschränkung, daß er, Basdevant, selbstverständlich auch die Entscheidungen der französischen Minister berücksichtigen müsse.

Einen wichtigen Schritt auf dem Weg zum deutsch-französischen Abkommen respektive Vertrag markierte das Treffen von Maurice Couve de Murville und Gerhard Schröder am 16. und 17. Dezember 1962 in Paris. Die künftige kulturelle Zusammenarbeit erörterten die beiden Außenminister nur in bezug auf organisatorische Fragen und zwar hinsichtlich regelmäßiger deutsch-französischer Zusammenkünfte. Probleme warf der Bereich Erziehung auf. Während der französische Staatssekretär für Jugend und Sport für den Bereich Jugend seinen Ansprechpartner im Bundesminister für Familie und Jugend fand, mußte der französische Erziehungsminister aufgrund der Kulturhoheit der Länder in Deutschland theoretisch mit elf Kultusministern verhandeln⁹⁵⁶. Couve de Murville griff in diesem Zusammenhang eine Anregung Sattlers vom 3. Dezember 1962⁹⁵⁷ auf, daß sich auf der Ebene der Außenministerien nicht nur vierteljährlich die Minister, sondern auch monatlich die Leiter der Abteilungen Po-

⁹⁵⁴ "La présidence ... est assurée par des personnalités de haut rang et de haut mérite mais qui n'appartiennent pas aux cadres actifs et aux administrations les plus directement responsables." In: Aufzeichnung für den secrétaire général a/s entretien avec M. Sattler vom 11.12.1962, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

⁹⁵⁵ Vgl. auch Aufzeichnung des Service d'Europe Centrale vom 15.12.1962, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

⁹⁵⁶ Vgl. Protokoll Gespräch Couve de Murville und Schröder vom 16.12.1962, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574.

⁹⁵⁷ Vgl. Aufzeichnung für den secrétaire général a/s entretien avec M. Sattler vom 11.12.1962, in: MAE/Paris Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

litik, Wirtschaft und Kultur, alternierend in Paris und Bonn, treffen sollten. So könnten für den Bereich Erziehung bereits einige Probleme auf dieser Ebene verhandelt werden. Außerdem könne man neben der Rektorenkonferenz⁹⁵⁸ auf die deutsch-französische Kulturkommission und ihre Unterkommissionen zurückgreifen. Denkbar sei auch, daß der französische Erziehungsminister den Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz treffe. Schröder gab zu bedenken, daß der Einsatz der Rektorenkonferenz problematisch sei; die Länder befürchteten, die Rektoren könnten zu selbständig handeln. Der deutsche Außenminister wies außerdem darauf hin, daß der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz nur für ein Jahr gewählt werde, man müsse mit den Kultusministern direkt verhandeln. Vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten, so unterstrich Couve de Murville, seien die Kontakte der Abteilungen der beiden Außenministerien mit den Kommissionen und Unterkommissionen besonders wichtig⁹⁵⁹.

Zur Vorbereitung des für den 21. bis 23. Januar 1963 anvisierten Treffens zwischen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle trafen sich der Direktor der politischen Abteilung im französischen Außenministerium Lucet und Ministerialdirektor Jansen am 11. und 12. Januar 1963 in Bonn. Grundlage der Gespräche bildeten der von dem französischen Botschafter de Margerie übergebene Entwurf eines gemeinsamen Protokolls sowie der von deutscher Seite vorbereitete Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten⁹⁶⁰. Meinungsverschiedenheiten gab es außer im Bereich Verteidigung⁹⁶¹ über den Abschnitt Erziehung, insbesondere hinsichtlich der Formulierungen zum Sprachunterricht. Dreh- und Angelpunkt des Problems war die Kompetenzverteilung auf kulturellem Gebiet zwischen Bund und Ländern. Während die französische Seite in dem Protokollentwurf vom 12. Januar 1963 das Ziel formulierte, "daß jeder Schüler an Höheren Schulen und Fachschulen in jedem der beiden Staaten praktisch als erste lebende Fremdsprache die Sprache des anderen Staates wählen kann ...", waren die deutschen Formulierungen wesentlich zurückhaltender: "Es wird geprüft werden, ob es für jeden

⁹⁵⁸ Ursprünglich eine spontane Zusammenkunft deutscher und französischer Hochschuldirektoren.

⁹⁵⁹ Zur Beteiligung der Länder bei der Vorbereitung des Elysée-Vertrages vgl. Baumann, *Begegnung*, S. 129 ff.

⁹⁶⁰ Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 12.1.1963, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAP) 1963*, München 1994, S. 57 (Dok. 18).

Schüler an Höheren Schulen und Fachschulen in jedem der beiden Staaten möglich ist, praktisch als erste lebende Fremdsprache die Sprache des anderen Staates zu wählen ..."⁹⁶²

Obwohl die französische Seite in den folgenden Tagen ein gewisses Entgegenkommen signalisierte⁹⁶³, wollte die deutsche Delegation dem französischen Protokollentwurf vom 20. Januar 1963 nicht zustimmen⁹⁶⁴. Eine Wendung bezüglich der Wahl des Französischen als der ersten Fremdsprache wurde nicht in den Text aufgenommen⁹⁶⁵. Auch das französische Anliegen, die Schüler näher zu bestimmen, denen die Wahl des Französischen ermöglicht werden sollte, konnte nicht realisiert werden. Aufgrund des Kompetenzproblems zwischen Bund und Ländern blieb die Sprachenfrage also bis zum 20. Januar 1963 Verhandlungsgegenstand. Mehr noch: Die Franzosen mußten in dieser ihnen so wichtigen Frage erhebliche Zugeständnisse machen. Es gelang ihnen nicht, den Bund auf die Einführung der französischen Sprache als erste lebende Fremdsprache zu verpflichten.

Wesentlich unproblematischer scheinen die Verhandlungen im Jugendbereich gewesen zu sein, ein Bereich, der in der Bundesrepublik eindeutig in die Kompetenz des Bundes fällt. Alle vorliegenden Protokollentwürfe und Entwürfe einer gemeinsamen Erklärung formulieren sinngemäß oder wörtlich den in die Vertragsverfassung vom 22. Januar 1963 aufgenommenen Gedanken, daß es notwendig sei, "der deutschen und französischen Jugend ... alle Möglichkeiten [zu bieten], um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen" und daß zu diesem Zweck "insbesondere ... der Gruppenaustausch weiter

⁹⁶¹ Die französische Delegation nahm Anstoß daran, daß der von den Deutschen vorgeschlagene Wortlaut die strategische Zusammenarbeit mit der NATO keineswegs ausschließe, vgl. *ibid.* (Dok. 18).

⁹⁶² Zur Gegenüberstellung der strittigen Passagen vgl. Jacqueline Plum, *Jugend und deutsch-französische Verständigung. Die Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages und die Gründung des deutsch-französischen Jugendwerkes*, in: *Francia*, 26/3 (1999), S. 84.

⁹⁶³ Vgl. hierzu *ibid.*

⁹⁶⁴ Vgl. die französischen Anmerkungen in: *Projet de protocole vom 20.1.1963*, in: *MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574*.

⁹⁶⁵ Man wählte stattdessen eine allgemeine Formulierung: Beide Regierungen werden sich bemühen, "konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der französischen Schüler, die Deutsch lernen, und der deutschen Schüler, die Französisch lernen, zu erhöhen." Vgl. *Vertragsfassung vom 22.1.1963*, in: *BGBI 1963, Teil II, S. 709*.

ausgebaut" werden solle⁹⁶⁶. Auf welche Weise letzteres geschehen sollte, nämlich mit Hilfe eines zu gründenden Austausch- und Förderungswerkes, wie das spätere Deutsch-Französische Jugendwerk in der Vertragsverfassung genannt wurde, scheint allerdings nicht von Anfang an klar gewesen zu sein.

2.4. Ein Jugendaustausch- und Förderungswerk: Französische und deutsche Jugendliche werden zu Trägern internationaler Beziehungen

Die Gründung eines Austausch- und Förderungswerkes wurde erstmals in dem deutschen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung vom 16. Januar 1963 erwähnt⁹⁶⁷. Die französische Seite nahm die neue Institution das erste Mal in den Protokollentwurf vom 20. Januar 1963 auf. Zwar kommt der Wunsch, den Austausch von offizieller Seite zu organisieren, bereits in einer Aufzeichnung der Unterabteilung Mitteleuropa⁹⁶⁸ vom 16. Januar 1963 zum Ausdruck⁹⁶⁹, doch eine Gegenüberstellung der deutschen und französischen Fassung im Protokollentwurf vom 18. Januar 1963 - hier ist nur in der deutschen Fassung von der neuen Einrichtung die Rede - läßt vermuten, daß sich Frankreich zu diesem Zeitpunkt noch nicht dazu entschlossen hatte, die neue Einrichtung für den Jugendaustausch in den offiziellen Text aufzunehmen. Daß sich die Franzosen für die Gründung eines Austausch- und Förderungswerkes aussprachen, war den Deutschen bekannt. Dies geht aus einer Aufzeichnung Jansens vom 15. Januar 1963 hervor, in der er darüber berichtet, daß es sogar die französische Seite gewesen sei, die die Gründung einer Institution, die "dem Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und Arbeitern zwischen den beiden Län-

⁹⁶⁶ Vgl. z. B.: *Projet de procès-verbal* vom 28.12.1962: "En ce qui concerne la jeunesse, rien ne devra être négligé pour lui offrir de part et d'autre toutes les possibilités de contribuer au rapprochement des deux pays. En particulier, les échanges collectifs de jeunes seront multipliés.", in: MAE/Paris, *Europe 1961-1965*, RFA, vol. 1574.

⁹⁶⁷ "Es wird ein Austausch- und Förderungswerk der beiden Länder errichtet, an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht. Diesem Werk wird ein deutsch-französischer Gemeinschaftsfonds zur Verfügung gestellt, der dem Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und Arbeitern zwischen beiden Ländern dient", in: MAE/Paris, *Europe 1961-1965*, RFA, vol. 1574.

⁹⁶⁸ Service d'Europe Centrale, Unterabteilung der Europaabteilung beziehungsweise der von Lucet geleiteten Hauptabteilung Politik.

⁹⁶⁹ "Il est désirable que les autorités officielles des deux pays procèdent elles-mêmes à l'organisation générale ... des échanges, afin de les mettre à la portée du plus grand nombre

dern dienen soll," vorgeschlagen hätte⁹⁷⁰. Die neue Einrichtung, an deren Spitze ein unabhängiges Kuratorium stehen sollte, würde mit einem deutsch-französischen Gemeinschaftsfonds von 20 bis 30 Millionen Mark ausgestattet. Jansen befürwortete diesen Vorschlag und empfahl der Bundesregierung zuzustimmen.

Die Absicht, zur Intensivierung des Jugendaustausches eine binationale Institution zu schaffen, wurde schließlich in den Vertragstext aufgenommen⁹⁷¹. Die neue Einrichtung müsse mit reichlichen Mitteln ausgestattet werden, darüber waren sich de Gaulle und Adenauer einig, man sprach schließlich sogar von jährlich insgesamt 40 Millionen Mark⁹⁷².

Mit der Schaffung eines Austausch- und Förderungswerkes und der Absicht, erhebliche finanzielle Mittel für den Jugendaustausch bereitzustellen, gelang etwas Neuartiges. Im Unterschied zu anderen internationalen kulturellen Abkommen oder auch den Fouchet-Plänen, deren vorrangiges Ziel es war, eine Elite zu unterstützen⁹⁷³, wollte man nun erstmals breite Kreise der Bevölkerung fördern: Schüler, Studenten, Arbeiter und Handwerker. Man erklärte sie zu wichtigen Trägern internationaler Beziehungen. Hierin lag die eigentliche Originalität des Vertrages: Er nahm nicht nur Regierungen und Verwaltungen in die Pflicht, sondern sprach über die Jugend erstmalig die beiden Völker in ihrer Gesamtheit an⁹⁷⁴, so wie es General de Gaulle bereits in seiner Rede an die deutsche Jugend am 4. September 1962 in Ludwigsburg getan hatte: "Während es die Aufgabe unserer beiden Staaten bleibt, die

et de veiller à ce qu'ils s'effectuent dans les meilleures conditions.", in: MAE/Paris, Europe 1961- 1965, RFA, vol. 1574.

⁹⁷⁰ Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 15.1.1963, in: AAPD 1963, S. 89 (Dok. 26). Dies bestätigen auch Horst Osterheld und Jansens Mitarbeiter Per Fischer (Gespräch mit der Verfasserin am 20.1.1998). Eine andere Auffassung bezüglich der Frage, wessen Idee nun die neue Einrichtung war, läßt ein Vermerk Staatssekretärs Carstens vom 15.1.1963 zu: "Botschafter Blankenhorn schlägt vor, anläßlich des Zusammentreffens zwischen dem Bundeskanzler und General de Gaulle am 21. und 22. Januar in Paris ein 'Deutsch-französisches Förderungs- und Austauschwerk für Schüler, Studenten, junge Handwerker und junge Arbeiter' ins Leben zu rufen ... Der Herr Bundeskanzler, dem Botschafter Blankenhorn diesen Vorschlag am 15. Januar vorgetragen hat, hat sich einverstanden erklärt.", in: PA, Büro Staatssekretär, Bd. 156.

⁹⁷¹ Abgesehen von dem Zusatz "Begegnung" wörtliche Übernahme der Formulierung vom 16.1.1963.

⁹⁷² Vgl. Niederschrift über die Elysée-Konferenz vom 21.1.1963, in: AAPD 1963, S. 126 f. (Dok. 38).

⁹⁷³ Vgl. Defrance, La culture dans les projets d'union politique de l'Europe, S. 290.

⁹⁷⁴ Vgl. auch Robert Picht, General de Gaulle und die deutsche Jugend, in: Wilfried Loth u. Robert Picht (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 194.

wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit zu fördern, sollte es Ihnen und der französischen Jugend obliegen, alle Bevölkerungskreise bei Ihnen und uns dazu zu bewegen, einander näher zu kommen, sich näher kennenzulernen und engere Bande zu schließen"⁹⁷⁵. Die Feststellung, daß der Bereich Jugend der einzige Teil des Elysée-Vertrages war, der institutionalisiert wurde, verleiht der Jugend darüber hinaus Bedeutung⁹⁷⁶. Das Austausch- und Förderungswerk gewann aufgrund der Tatsache, daß nicht, wie zunächst beabsichtigt, eine deutsch-französische Vereinbarung, sondern ein von den beiden Parlamenten zu ratifizierender Vertrag geschlossen wurde⁹⁷⁷, an Qualität und Bedeutung. Die im Mai 1963 erfolgten Ratifizierungen durch die Parlamente legitimierten auch die Schaffung eines deutsch-französischen Jugendwerkes.

Adenauer hatte den Vertrag nicht nur aus Verfassungsgründen⁹⁷⁸ gewollt, sondern auch, weil sich viele gegen die deutsch-französischen Vereinbarungen aussprachen⁹⁷⁹. Er hoffte, ebenso wie de Gaulle, auf diese Weise seine Nachfolger zu binden und Kontinuität in den deutsch-französischen Beziehungen zu erwirken. Das vertraglich vorgesehene engmaschige Netz an Konsultationen auf Ministerebene, das die Umsetzung des Vertrages garantieren sollte, betraf neben dem außen- und verteidigungspolitischen Bereich auch den kulturpolitischen Austausch. So sollten sich

⁹⁷⁵ In: Charles de Gaulle, Discours et messages - Pour l'effort. Août 1962-Décembre 1965, Paris 1970, S. 16.

⁹⁷⁶ Vgl. Roland Kaehlbrandt, For ever young? L'Office Franco-Allemand pour la Jeunesse, in: Henri Ménudier (Hg.), Le couple franco-allemand en Europe, Paris 1993, S. 124.

⁹⁷⁷ Wann die endgültige Entscheidung zu einem Vertragsschluß zwischen Adenauer und de Gaulle fiel, ist nicht genau zu terminieren. Möglicherweise fiel sie erst am Tag der Vertragsunterzeichnung selbst. Vgl ausführlich dazu: Plum, Jugend, S. 86. Zu Adenauers Vorstößen bezüglich seines Vertragswunsches in Paris am 20./21.1.1963 vgl. auch Lappenküper, Deutsch-französische Beziehungen, S. 1775 ff.

⁹⁷⁸ Der Abschluß eines deutsch-französischen Abkommens hätte möglicherweise einen Verfassungskonflikt zur Folge gehabt. Gemäß Art. 59 Abs. 2, GG, ist die Zustimmung des Parlamentes notwendig, wenn Verpflichtungen zu umfassender Konsultation oder zu enger Zusammenarbeit in Außen- und Sicherheitsfragen eingegangen werden. Zwar bedurfte ein Vertrag der Ratifikation und verzögerte das Inkrafttreten des Vertrages. Eine Ratifikation hatte aber den Vorteil, daß eine Verfassungsdiskussion gar nicht erst aufkommen konnte. Vgl. hierzu Horst Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens ...", S. 174.

⁹⁷⁹ De Gaulles' spektakuläre Pressekonferenz vom 14.1.1963, auf der der Staatspräsident den EWG-Beitritt Großbritanniens zum damaligen Zeitpunkt abgelehnt und auch der multilateralen Atomstreitmacht eine Absage erteilt hatte, hatte die Vertragsgegner alles andere als beruhigt. So hatte z. B. die SPD-Fraktion Adenauer am 17.1.1963 einstimmig dazu aufgefordert, die Gespräche in Paris zu vertagen. Noch am Abend des 20.1.1963 waren Jean Monet und Walter Hallstein im Hotel Bristol in Paris vorstellig geworden und hatten den Kanzler gebeten, die Unterzeichnung zu verschieben.

die für Erziehungs- und Kulturfragen zuständigen Minister mindestens alle drei Monate treffen, der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen und sein französischer Kollege sogar alle zwei Monate. Besonders hervorzuheben ist die Absichtserklärung, die beiden Regierungen sollten sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamen Interesse konsultieren, "um soweit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen"⁹⁸⁰, eine Formulierung, die den Vertragsgegnern ein Dorn im Auge sein mußte.

3. Die Genese des Deutsch-Französischen Jugendwerkes: Von den Vereinbarungen am 22. Januar 1963 bis zur Unterzeichnung des Abkommens am 5. Juli 1963

Kaum war Adenauer nach der Vertragsunterzeichnung aus Paris zurückgekehrt, brach der sich zu einem "Taifun"⁹⁸¹ geballte Sturm gegen den Elysée-Vertrag von allen Seiten los. Proteste aus dem In- und Ausland erhoben sich gegen den Bundeskanzler. Insbesondere die Vereinigten Staaten betrachteten den Vertragsabschluß als einen Schlag ins Gesicht⁹⁸². Hatten die USA vor dem Hintergrund ihres europapolitischen Konzeptes des "Grand Design"⁹⁸³ ein vitales Interesse an dem EWG-Beitritt Großbritanniens ebenso wie an einer Kanalisierung europäischer Nuklearambitionen in einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) und einer dauerhaften Bindung Deutschlands und auch Frankreichs an die NATO, so mußten de Gaulles Äußerungen auf der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 und die vertraglich besiegelte Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Vereinigten Staaten er-

⁹⁸⁰ BGBl, Jg. 1963, Teil II, S. 708.

⁹⁸¹ Vgl. Kusterer, *Der Kanzler*, S. 327. Kusterer war Dolmetscher bei den Begegnungen Adenauers mit de Gaulle. Zu den Reaktionen auf den Vertrag vgl. *ibid.*, S. 327-340 und Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens ...", S. 194-203.

⁹⁸² So wurde beispielsweise Botschafter Dowling am 24.1.1963 zur Berichterstattung nach Washington zurückgerufen. Dean Acheson bezeichnete die Vertragsunterzeichnung in einem Telegramm an den deutschen Botschafter Knappstein vom 30.1.1963 als "eine(n) der schwärzesten Tage in der Nachkriegszeit." Vgl. hierzu Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, S. 823 ff. Ausführlich zu den innenpolitisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen um den Elysée-Vertrag vgl. Lappenküper, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 1782 ff.

⁹⁸³ "Grand Design of Atlantic Partnership": Versuch der Kennedy-Administration nach Abklingen der Berlin-Krise Anfang 1962, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa zu einem Gesamtkonzept zu integrieren. Vgl. hierzu: Eckart Conze, *Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik*, München 1995, S. 227 ff.

heblichen Unmut erregen. Die europapolitische Botschaft, die de Gaulle mit dem Vertrag verband, rief in Washington Furcht vor Einflußverlust in Europa hervor und führte schließlich zu neuen Akzentsetzungen in der amerikanischen Europapolitik. Der sogenannte "Bruce-Report" vom 9. Februar 1963, in dessen Mittelpunkt die deutsch-französischen Beziehungen standen, ist Ausdruck hierfür. Bereits in diesem Bericht forderte der US-Botschafter in London, David Bruce, eine dem Vertrag anzufügende Bundestagsresolution mit einem deutschen Bekenntnis zu NATO, MLF und zu dem EWG-Beitritt Großbritanniens⁹⁸⁴.

Konrad Adenauer befand sich gewissermaßen in einem Dilemma. Seiner Außenpolitik lag das Prinzip der politischen, ökonomischen und militärischen Integration zugrunde. Dieses Prinzip war unvereinbar mit den Grundsätzen einer bilateralen Allianzbindung traditionellen Stils, wie sie im zwischenstaatlichen Verkehr der europäischen Diplomatie bis 1944 überwiegend üblich waren. Es verhalf dem westdeutschen Provisorium zu Souveränität und äußerer Handlungsfreiheit und enthielt gleichzeitig eine neue Form der Sicherheitsgarantie für die außenpolitischen Partner der Bundesrepublik in Westeuropa⁹⁸⁵. So blieb zunächst das von Brentano 1957 geprägte Wort Leitlinie, der Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen sei "in erster Linie im Rahmen der allgemeinen Politik der europäischen Einigung und nicht in Form eines spektakulären Bilateralismus" fortzusetzen⁹⁸⁶. Dieses außenpolitische Prinzip begrenzte somit auch die politischen Optionen des deutschen Kanzlers, wie hier sichtbar wurde.

Unterstützung erhielten die USA in der Bundesrepublik von dem sogenannten atlantischen Lager, dessen Vertreter – sie waren sowohl in den Parteien der Regierung als auch der Opposition zu finden - sich gegen eine exklusive Beziehung mit Frankreich zu Lasten der Bindung an Amerika aussprachen⁹⁸⁷. So konnte die Vertragsratifizierung am 16. Mai 1963 im Deutschen Bundestag zwar mit überwältigender Mehrheit, aber nur mit der viel diskutierten und von de Gaulle zurecht als Affront

⁹⁸⁴ Vgl. hierzu: Conze, Die gaullistische Herausforderung, S. 263. Zum "Bruce-Report" insgesamt vgl. *ibid.*, S. 261-266.

⁹⁸⁵ Vgl. Knut Linsel, Charles de Gaulle und Deutschland 1914-1969, Sigmaringen 1998, S. 145.

⁹⁸⁶ Zit. n. Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 1719.

⁹⁸⁷ Vgl. zu dieser Differenzierung Klaus Hildebrand, Der provisorische Staat und das ewige Frankreich - Die deutsch-französischen Beziehungen 1963-1969, in: Adenauer und Frank-

betrachteten Präambel zum Gesetz realisiert werden⁹⁸⁸. Die Präambel, lief den französischen Absichten diametral entgegen⁹⁸⁹. Sie bekräftigte die bisherigen Grundsätze westdeutscher Außenpolitik - enge Verbundenheit mit den USA, gemeinsame Verteidigung im Rahmen der NATO, europäische Einigung unter Einbeziehung Großbritanniens - und nahm damit dem Elysée-Vertrag den von de Gaulle gewollten und den von Adenauer in Kauf genommenen exklusiven deutsch-französischen Charakter und seine gegen die USA gerichtete Spitze.

Hatten also die verteidigungs- und europapolitischen Vereinbarungen des deutsch-französischen Vertrages die Gemüter erregt, so blieben vergleichbare heftige nationale und internationale Reaktionen auf den kulturpolitischen Teil aus. Doch auch das Jugendwerk - konzipiert als eine Organisation mit exklusivem bilateralen Charakter - bot, wie sich noch zeigen sollte, Angriffsfläche für die Vertragsgegner. Teilweise befremdet und verärgert reagierten allerdings die Bundesländer auf die kulturpolitischen Vereinbarungen, denn sie betrachteten die entsprechenden Bestimmungen des Vertrages als eine Einmischung in ihren Zuständigkeitsbereich⁹⁹⁰. Trotzdem gab die Kultusministerkonferenz den Ländern schließlich die Empfehlung, dem Vertrag im Bundesrat zuzustimmen, jedoch bei der Durchführung des Vertrages auf Mitsprache zu beharren⁹⁹¹.

Die Vorbereitungen für die Gründung eines deutsch-französischen Jugendwerkes waren von der Präambeldiskussion nicht unmittelbar betroffen und konnten zügig voranschreiten. So zügig, daß das diesbezügliche Abkommen wie vorgesehen beim ersten deutsch-französischen Regierungstreffen im Rahmen des Elysée-Vertrages am 5. Juli 1963 unterzeichnet werden konnte. Die Genese des Jugendwerkes konnte allerdings von der Ratifizierungsdebatte nicht völlig unberührt bleiben, da das Inkrafttreten des Vertrages in Deutschland und Frankreich Voraussetzung für die im Elysée-Vertrag vorgesehene Gründung des Jugendwerkes war⁹⁹².

reich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958-1969, hg. v. Hans-Peter Schwarz, Bonn 1985, S. 65.

⁹⁸⁸ Der Bundesrat stimmte Vertrag und Präambel am 31.5.1963 zu.

⁹⁸⁹ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 825.

⁹⁹⁰ Vgl. dazu Baumann, Begegnung, S. 132 ff.

⁹⁹¹ Ibid., S. 136. Zur Wahl des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten und zur Bund-Länder-Vereinbarung vgl. ibid., S. 141 ff.

⁹⁹² Die französische Nationalversammlung stimmte dem Vertrag am 14. Juni zu, der Senat am 20. Juni 1963 (journal officiel vol. 149, 27.6.1963). Dies wäre nicht notwendig gewesen,

War der Vertragstext zur Gründung eines Jugend- und Austauschwerkes sehr allgemein gehalten⁹⁹³, so hatten doch die gemeinsamen Gespräche zwischen dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen und dem französischen Hochkommissar für Jugend und Sport am 22. Januar 1963 bereits konkretere Ergebnisse gebracht⁹⁹⁴. Bezüglich der Organisationsstruktur der zu gründenden Einrichtung war man sich darüber einig, daß ein Kuratorium (conseil d'administration), bestehend aus jeweils zehn deutschen und französischen Mitgliedern, gebildet werden sollte. Sieben der zehn Mitglieder sollten jeweils aus dem privaten Sektor kommen, drei aus den Reihen der öffentlichen Verwaltung. Allerdings hätten die Franzosen es gerne gesehen, wenn beide Bereiche paritätisch vertreten gewesen wären. Doch die Deutschen bestanden auf einem Übergewicht der Vertreter aus dem privaten Sektor⁹⁹⁵. In dieser Meinungsverschiedenheit spiegeln sich unterschiedliche Konzeptionen der Jugendarbeit wider. Während in Frankreich der Staat im Mittelpunkt steht, liegt in Deutschland die Initiative weitgehend bei den gesellschaftlichen Kräften⁹⁹⁶. Neben dem Kuratorium, dem wichtigsten Organ, waren zwei Generalsekretäre, ein deutscher und ein französischer, vorgesehen, in deren Verantwortung die Ausführung der vom Kurato-

sollte aber die Bedeutung des Vertrages für Frankreich unterstreichen. Nachdem Außenminister Schröder und der französische Botschafter de Margerie am 2. Juli 1963 die Ratifizierungsurkunden ausgetauscht hatten, trat der Elysée-Vertrag in Kraft (Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung vom 4.7.1963, Nr. 115, S. 1029).

⁹⁹³ "Der deutschen und französischen Jugend sollen alle Möglichkeiten geboten werden, um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen. Insbesondere wird der Gruppenaustausch weiter ausgebaut. Es wird ein Austausch- und Förderungswerk der beiden Länder errichtet, an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht. Diesem Werk wird ein deutsch-französischer Gemeinschaftsfonds zur Verfügung gestellt, der der Begegnung und dem Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und jungen Arbeitern zwischen beiden Ländern dient", in: BGBl. 1963, Teil II, S. 709 f.

⁹⁹⁴ Vgl. Note vom 22.1.1963 über die Unterredung zwischen Heck u. Herzog am 22.1.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578 und Interministerielle Kommission, Protokoll der Sitzung vom 28.1.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, vol. 1577, S. 5 f.

⁹⁹⁵ Interministerielle Kommission, Protokoll der Sitzung vom 28.1.1963, in: MAE/Paris Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577, S. 5.

⁹⁹⁶ Unter dem Einfluß der katholischen Soziallehre hatte das Prinzip der Subsidiarität, d. h. der Vorrang der privaten Initiative - der Staat nimmt gegenüber der privaten Initiative nur eine fördernde Rolle ein - immer größere Bedeutung als in Frankreich. Vgl. Henri Ménudier, Das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ein exemplarischer Beitrag zur Einheit Europas, Bonn 1991, S.75 f., frz.: Ders., L'Office franco-allemand pour la Jeunesse, Paris 1988. Auf den Vorrang der gesellschaftlichen Kräfte hatte die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes Anfang der 50er Jahre auch aus anderen Gründen Wert gelegt (Vgl. Kap. IV dieser Arbeit). Dem Ausland gegenüber sollte nicht der Eindruck erweckt werden, daß der Staat in Deutschland ein zu großes Gewicht erhielt. Dies spielte vermutlich 1963 auch noch eine Rolle.

rium beschlossenen Richtlinien lag. Bezüglich des Themas Sprachunterricht wurde von beiden Seiten anerkannt, daß auch die Verbesserung der Sprachkenntnisse Ziel der Jugendtreffen sein sollte. Herzog hob in diesem Zusammenhang hervor, daß die Kulturabteilung des Quai d'Orsay großen Wert auf eine gute sprachliche Vorbereitung der Aufenthalte im Partnerland lege⁹⁹⁷.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wurde auf französischer und deutscher Seite ein Entwurf für ein Abkommen erarbeitet, das die Gründung des Jugendwerkes besiegeln sollte. War man sich über die grundlegenden Ziele und Aufgaben des Jugendwerkes einig, so bereitete die Gestaltung der künftigen Organisationsstruktur, insbesondere die der Generalsekretariate Probleme. Auch die Frage nach dem Sitz der neuen Institution blieb lange ungeklärt. Umstritten war zudem, in welcher Form das Thema Finanzen in das Abkommen aufzunehmen war. Die Analyse der Akten, die die Entstehung der Abkommensentwürfe dokumentieren, zeigt, daß Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten nicht so sehr im bilateralen Verhältnis, sondern vielmehr bei den jeweiligen Delegationen auftauchten. Auf französischer Seite zwischen dem Quai d'Orsay und dem Hochkommissariat für Jugend und Sport, auf deutscher Seite insbesondere zwischen der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes (Abt. IV) und dem Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen. Der französische Entwurf wurde dem Auswärtigen Amt Ende Mai 1963 - nach der Vertragsratifizierung in Deutschland - übersandt, der deutsche Entwurf war am 10. Juni 1963 fertiggestellt⁹⁹⁸.

⁹⁹⁷ Vgl. Vermerk vom 22.1.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

⁹⁹⁸ Auskunft über die fortschreitende Entwicklung bzw. den jeweiligen Verhandlungsstand geben die Sitzungsberichte der regelmäßig tagenden französischen interministeriellen Kommission, in: MAE/Paris Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577. Das deutsche Gegenstück bestand, wie der Leiter der französischen Kommission feststellte - und wie auch die Aktenlage bestätigt - "so gut wie nur auf dem Papier". Vgl. François Seydoux, Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970, Frankfurt 1978, S. 30. Die deutsche Kommission war bis zum 10.6.1963 erst einmal zusammengetreten (25.1.1963). Sitzungstermine der Kommission in: Jansen, "Entwurf eines Berichts der Interministeriellen Kommission an die Bundesregierung über die deutsch-französische Zusammenarbeit" vom 6.3.1964, in: PA, 600 IV. 1. 83.20/1, Bd. 544.

3.1. Die Erarbeitung eines französischen Entwurfs und die Diskussion zwischen dem Quai d'Orsay und dem französischen Hochkommissariat für Jugend und Sport - Januar bis Mai 1963

Der französische Hochkommissar für Jugend und Sport, Maurice Herzog, hatte die Vorbereitung entsprechender Textentwürfe an seinen Mitarbeiter Robert Brichet⁹⁹⁹ delegiert. Dieser nahm, zwecks Klärung juristischer Fragen, zunächst Kontakt zur Rechtsabteilung des französischen Außenministeriums auf. Diese konnte ihm jedoch zunächst nicht weiterhelfen, denn für die im Vertrag vorgesehene bilaterale Institution gab es keine Vorbilder: "Il ne pouvait rien pour moi, car il n'y avait pas de précédent"¹⁰⁰⁰. Die Rechtsabteilung des Quai d'Orsay wies schließlich darauf hin, daß "cet organisme ne pourrait être créé que par un instrument de droit international, c'est-à-dire par un Protocole franco-allemand qui apporterait les précisions nécessaires."¹⁰⁰¹ Ziel war es also, ein deutsch-französisches Abkommen auszuarbeiten. Ein dem Quai d'Orsay noch im März 1963 zugeleiteter erster Entwurf Brichets¹⁰⁰², der für das Jugendwerk u. a. zwei nationale Abteilungen mit jeweils einem deutschen und einem französischen Generalsekretär vorsah, stieß im Quai d'Orsay auf wenig Gegenliebe. Der Entwurf sei Ausdruck mangelnder Kooperationsbereitschaft auf politischer Ebene, rügte das Département¹⁰⁰³. Bundesminister Heck und Hochkommissar Herzog wollten eine neue Behörde unter ihrer Führung errichten, lautete der Vorwurf. Um möglichen Vorhaltungen zu entgehen, der Inhalt des deutsch-französischen Vertrages werde für nationale Interessen genutzt, sollte die neue Organisation nur eine Verwaltungseinheit und dementsprechend nur eine Niederlassung haben: "Un organisme ayant une seule administration et un seul siège serait bien préférable et nous épargnerait le reproche de tourner le Traité du 22 Janvier au profit d'intérêts pure-

⁹⁹⁹ Brichet war innerhalb des Staatssekretariats für Jugend und Sport Leiter der „Abteilung Jugend und Volksbildung“ (Direction de la Jeunesse et de l'Education Populaire).

¹⁰⁰⁰ Vgl. Le rapprochement franco-allemand en matière de politique de Jeunesse et de Culture Populaire, 1945-1963, unveröffentlichte Akten eines Kolloquiums mit Zeitzeugen vom 1. u. 2.10.1990 in Florenz. Hier: Redebeitrag Robert Brichets vom 2.10.1990; wurde der Verfasserin von Jean Charles Moreau zur Verfügung gestellt.

¹⁰⁰¹ Interministerielle Kommission, Protokoll der Sitzung vom 18.2.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577, S. 13. Vgl. auch Wortbeitrag Brichets bei der Kommissionssitzung vom 11.3.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577, S. 6.

¹⁰⁰² Projet de Robert Brichet (o. D.) in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

¹⁰⁰³ Vgl. Vermerk Fines (DGACT, service des échanges culturelles) an Basdevant am 5.4.1964, betr. Ergebnisse einer internen Arbeitssitzung vom 3.4.1963, in: ibid.

ment nationaux."¹⁰⁰⁴ Außerdem sei die Existenz zweier Generalsekretariate, die zwangsläufig räumlich weit von einander entfernt wären, Quelle ständiger Konflikte. Vor allem die Rechts- und die Europaabteilung des französischen Außenministeriums insistierten auf nur einem Generalsekretariat. Bedenken ergäben sich auch auf finanzieller Ebene. Eine doppelte Verwaltung werde vermutlich eine Aufteilung der Gelder in zwei nationale Fonds zur Folge haben. Dies entspreche nicht dem Geist des Vertrages, in dem ausdrücklich von einem Gemeinschaftsfonds (Fonds commun) die Rede sei. Kompetenzkonflikte offenbarte die Kritik des Quai d'Orsay an den von Brichet vorgeschlagenen Modalitäten für die Ernennung der Kuratoriumsmitglieder. Diese dürfe nach Meinung des französischen Außenministeriums nicht Ergebnis einer Absprache zwischen dem Hochkommissar für Jugend und Sport und dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen sein. Die Entscheidung für oder gegen ein mögliches Kuratoriumsmitglied müsse vielmehr auf höherer Ebene, nämlich von den Regierungen getroffen werden.

Die auf der Arbeitssitzung vom 3. April 1963 angesprochenen Kritikpunkte an dem Brichet-Entwurf waren in einem Protokollentwurf des Quai d'Orsay, der der Gesprächsaufzeichnung Fines beilag, bereits berücksichtigt worden¹⁰⁰⁵. Offen blieb die Frage nach dem Sitz der neuen Institution. Auf der Arbeitssitzung vom 3. April 1963 wurden Nancy und Köln als Sitz eines gemeinsamen Generalsekretariats in Erwägung gezogen - beides bedeutende Universitätsstädte, die in den Köpfen der Menschen keine negativen Erinnerungen auslösten. Man war also darauf bedacht, die neue Institution nicht schon durch die Auswahl der Stadt mit der Hypothek der Vergangenheit zu belasten. Brichets Vorschlag, die beiden Hauptstädte Paris und Bonn zu wählen, wurde sofort verworfen. Auch Straßburg kam aufgrund der bereits existierenden europäischen Einrichtungen nicht in Frage. Wollte man einen europäischen ‚Anstrich‘ des Jugendwerkes vermeiden, oder wäre das Jugendwerk in Straßburg nur eine Institution neben anderen geworden?

In einer von François Seydoux geleiteten Sitzung des Quai d'Orsay mit Vertretern des Hochkommissariats für Jugend und Sport und des französischen Erzie-

¹⁰⁰⁴ Vgl. *ibid.*

¹⁰⁰⁵ Vgl. *Projet de protocole sur l'organisme destiné à développer des échanges franco-allemands de jeunesse*, o. D., in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578. Da der Entwurf undatiert ist, muß offen bleiben, ob dieser Entwurf des Quai d'Orsay vor oder tatsächlich erst nach dem Eintreffen des Brichet-Entwurfes entstanden ist.

hungsministeriums Mitte April 1963 einigte man sich auf einen gemeinsamen Protokollentwurf, der als Diskussionsgrundlage für das nächste deutsch-französische Arbeitstreffen vorgesehen war¹⁰⁰⁶. Diesem Entwurf entsprechend sollte die neue Organisation eine juristische Person internationalen Rechts¹⁰⁰⁷ sein und über einen deutsch-französischen Gemeinschaftsfonds verfügen. Die Kuratoriumsmitglieder sollten, hier hatte sich der Quai d'Orsay durchgesetzt, von der jeweiligen Regierung für die Dauer von zwei Jahren ernannt werden. Bezüglich der Vertreter der öffentlichen Verwaltung und privater Organisationen einigte man sich auf ein Zahlenverhältnis von 4:6. Bemerkenswert war, daß man sich für nur einen Generalsekretär entschied, der - von den beiden Regierungen für die Dauer von fünf Jahren ernannt - damit beauftragt werden sollte, die Arbeit einer deutschen und einer französischen Abteilung zu koordinieren und zu kontrollieren¹⁰⁰⁸. Die nationalen Abteilungen, zuständig für die Umsetzung der Austauschprogramme in dem jeweiligen Land, könnten von einem auf Vorschlag der jeweiligen Regierung ernannten Direktor geleitet werden. Es schien, als sei die deutsche Seite dem Quai d'Orsay in seinem Bestreben, nur ein Generalsekretariat durchzusetzen, zur Hilfe gekommen: In einem Telegramm vom 16. April 1963 trug die französische Botschaft in Bonn die Anregung des Auswärtigen Amtes vor, ein gemeinsames Generalsekretariat mit zwei nationalen Sektionen zu schaffen¹⁰⁰⁹. Der deutsche Vorschlag hatte stichhaltige Gründe. Wegen der Länder-

¹⁰⁰⁶ Vgl. Interministerielle Kommission, Protokoll der Sitzung vom 22.4.1963, S. 3-5 und Rapport de la Commission Interministérielle pour la coopération franco-allemande vom 29.4.1963, S. 22-25, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577.

¹⁰⁰⁷ "personne morale de droit international"

¹⁰⁰⁸ Vgl. Rapport vom 29.4.1963, S. 24 f., in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577. Insofern ist der Behauptung Ménudiers zu widersprechen, die Franzosen hätten sich gegenüber den Deutschen für zwei nationale Abteilungen mit jeweils einem Generalsekretär eingesetzt, hätten aber schließlich auf das Prinzip geteilter nationaler Verwaltungen und damit auf die Einrichtung von zwei Generalsekretariaten verzichtet. Es war nicht der Wunsch "der französischen Seite", denn der Quai d'Orsay sprach sich dagegen aus. Vielmehr hatte er sich gegenüber dem Hochkommissariat für Jugend und Sport durchgesetzt. Daher kann man auch bezüglich der Entscheidung für einen Generalsekretär nicht von einem französischen Verzicht gegenüber Deutschland sprechen. Vgl. Ménudier, Das Deutsch-Französische Jugendwerk, S. 67.

¹⁰⁰⁹ "L'Auswärtiges Amt inclinerait vers la constitution d'un organisme franco-allemand unique avec un seul secrétaire général, secondé par deux secrétaires généraux adjoints responsables des sections nationales." Vgl. Telegramm der französischen Botschaft an den Quai d'Orsay vom 16.4.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578. Hier wird allerdings noch von stellvertretenden Generalsekretären gesprochen, die die nationalen Abteilungen leiten sollen, und noch nicht von Direktoren. Wie noch zu zeigen sein wird, befand sich

kompetenz in kulturellen Fragen befürchtete das Auswärtige Amt, daß bei Errichtung zweier eigenständiger Generalsekretariate zumindest das deutsche Sekretariat personell so ausgestattet sein müßte, daß die Entscheidungen des Kuratoriums zügig umgesetzt werden könnten, ohne ständig Rücksprache mit den Ländern zu nehmen¹⁰¹⁰. Bei der Einrichtung eines deutsch-französischen Generalsekretariates könnte dies umgangen werden, weil dann der Bund aufgrund seiner Kompetenz in Fragen auswärtiger Kulturpolitik zuständig wäre. Vermutlich war der Bundesregierung vor allem daran gelegen, sich möglichen zeitaufwendigen Verhandlungen mit den Ländern zu entziehen.

Der französische Protokollentwurf wurde dem Auswärtigen Amt am 31. Mai 1963 zugeleitet¹⁰¹¹. Bereits am 21. Mai 1963 hatte Basdevant seinem deutschen Gesprächspartner Sattler anläßlich eines Arbeitstreffens in Paris die groben Linien des französischen Entwurfs vorgetragen¹⁰¹². Er betonte, daß französischerseits eine Organisationsstruktur gewünscht werde, die es den Regierungen ermögliche, sowohl über die im Kuratorium vertretenen Organisationen als auch direkt tätig zu werden. Basdevant und Sattler stellten übereinstimmend fest, daß die Kuratoriumsmitglieder alle zwei Jahre neu ernannt werden sollten, um möglichst vielen Organisationen die Gelegenheit zur Mitarbeit im Kuratorium zu geben. Die Berufung der Mitglieder durch die Regierungen werde es erlauben, die Ausrichtung des Kuratoriums zu steuern¹⁰¹³. Das deutsch-französische Gremium solle insbesondere den Austausch mit den Jugendlichen fördern, die bisher vernachlässigt worden seien: Landwirte, Arbeiter und Handwerker¹⁰¹⁴. Sowohl die französische als auch die deutsche Regierung bzw. die Außenministerien beider Staaten wollten sich Einflußmöglichkeiten vorbehalten, die sie in der Konzeption des Jugendwerkes festzuschreiben suchten. Der deutsche Ent-

das Auswärtige Amt mit seinem Vorschlag, nur ein Generalsekretariat zu errichten, nicht auf einer Linie mit dem Bundesministerium für Familie und Jugend.

¹⁰¹⁰ Vgl. *ibid.*

¹⁰¹¹ Vgl. Vermerk Basdevants vom 4.6.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

¹⁰¹² Vgl. Vermerk der DGACT vom 28.5.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578. Vgl. auch Vermerk über die allmonatlichen Besprechungen zwischen Sattler und Basdevant vom 21.5.1963, in: PA, 600-IV.1-88/1024/2, Bd. 411.

¹⁰¹³ Vgl. Vermerk der DGACT vom 28.5.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

¹⁰¹⁴ Vgl. *ibid.*

wurf wurde bis zum 12. Juni erwartet¹⁰¹⁵. Eine gemeinsame Besprechung beider Entwürfe sowie die Klärung noch offener Fragen sollte bei der für den 17. und 18. Juni anberaumten Zusammenkunft zwischen Hochkommissar Herzog und Bundesminister Heck erfolgen. Wie beim Memorandum zum späteren deutsch-französischen Vertrag lieferten die Franzosen also auch hier die Vorlage für das abzuschließende Abkommen¹⁰¹⁶.

3.2. Die Erarbeitung eines deutschen Entwurfs und die Differenzen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Familie und Jugend - Januar bis Juni 1963

Wie dem Telegramm de Margeries an das französische Außenministerium vom 16. April 1963 zu entnehmen war, schlug das Auswärtige Amt die Einrichtung nur eines Generalsekretariates vor¹⁰¹⁷. Mit diesem Vorschlag lag man aber keinesfalls auf der Linie des Bundesministeriums für Familie und Jugend, das für zwei getrennte Generalsekretariate plädierte, "weil namentlich die dezentralisierte Jugendarbeit in Deutschland eine selbständige deutsche Organisation notwendig mache."¹⁰¹⁸ Die Argumente des Auswärtigen Amts entsprachen denen, die der Quai d'Orsay gegenüber dem Hochkommissariat für Jugend und Sport angeführt hatte. So brachte die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts in einer ausführlichen Stellungnahme vom 30. Mai 1963 zum Ausdruck, daß die Entscheidung allein aus politischer Sicht gefällt werden solle: "Es erschiene dem Zweck des Deutsch-Französischen Vertrages nicht entsprechend, wenn die Beschlüsse des Kuratoriums, als einem autonomen zwischenstaatlichen Gremium, auf nationaler Ebene vollzogen würden"¹⁰¹⁹. Die Einrichtung von Sek-

¹⁰¹⁵ Vgl. Interministerielle Kommission, Protokoll der Sitzung vom 5.6.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577, S. 4.

¹⁰¹⁶ Der damalige Leiter der jugendpolitischen Abteilung im BMFa, Philipp Ludwig, meint, Deutschland habe Frankreich gerne den Vortritt gelassen. Ein deutsches Vorwärtsdringen auf internationaler Ebene habe man damals noch nicht für angemessen erachtet (Gespräch mit der Verfasserin am 16.8.1997).

¹⁰¹⁷ Telegramm der französischen Botschaft an den Quai d'Orsay vom 16.4.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

¹⁰¹⁸ Ibid.

¹⁰¹⁹ Auch verfolge der deutsch-französische Vertrag den Zweck, der europäischen politischen Union einen Schritt näherzukommen. Im Falle des Beitritts weiterer Staaten zu dem Vertragswerk "würde, analog, jeweils ein weiteres Generalsekretariat im Beitrittslande zu errichten sein. Damit würde der zwischenstaatliche Charakter des Vertragswerks und die Autonomie seiner Vollzugsorgane zunehmend auf eine lose Verbindung nationaler Interessenvertretungen hin abgewandelt werden. Das Kuratorium, als das den politischen Willen der Ver-

tionen in den einzelnen Partnerländern, als nachgeordnete, ebenfalls autonome Organe des Generalsekretariates schein eine gute Lösung zu sein¹⁰²⁰. Die Abteilung IV wisse, daß die Franzosen dieses vorschlagen würden¹⁰²¹. Um den autonomen Charakter des Generalsekretariates zu unterstreichen, sollte es an einem dritten Ort eingerichtet werden.

Die Ressortbesprechung vom 10.6.1963, in der der erste gemeinsame Entwurf des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Familie und Jugend vom 5. Juni 1963 ausführlich diskutiert wurde¹⁰²², offenbarte, daß die Konflikte keineswegs ausgeräumt waren. Neben der Frage nach der Anzahl der Generalsekretariate war auch das Problem, in wessen Kompetenz die Ernennung der Kuratoriumsmitglieder falle, noch ungeklärt und erinnert an französische Diskussionen. Während das Familien- und Jugendministerium diese Kompetenz für sich beanspruchte, forderte die Abteilung IV, daß die Mitglieder dieses wichtigen Organs durch das Bundesministerium des Auswärtigen "im Benehmen mit den zuständigen Bundesministerien" (für Familien- und Jugendfragen und Inneres) "sowie den Ministerpräsidenten der Länder berufen werden". Unklarheit herrschte auch über den künftigen Sitz des Generalsekretariates. Abteilung IV plädierte wiederholt für Saarbrücken, hier bestünden bereits mustergültige deutsch-französische Institutionen, Abteilung I befürwortete Bonn. Das Ministerium von Bruno Heck hatte sich bisher mit Nachdruck für Bonn ausgesprochen, wünschte jetzt aber Trier¹⁰²³. Der Entwurf vom 10. Juni 1963 zeigt, daß sich die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes im wesentlichen durchgesetzt hat. Es handelt

tragspartner vollziehende politische Organ, muß in einem einzigen Generalsekretariat ein unbeeinflusstes und unbeeinflussbares Exekutivinstrument erhalten, durch das es seine politischen Einflüsse lenken kann". Vgl. Vermerk von Lindeiner-Wildau vom 30.5.1963, in: PA, 600 IV.1.88/1024/3, Bd. 497.

¹⁰²⁰ Aus der vom Familien- und Jugendministerium angeführten Begründung für zwei Generalsekretariate zog die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes genau den entgegengesetzten Schluß: Gerade die starken strukturellen Unterschiede im Aufbau der Jugendorganisationen ließen es erforderlich erscheinen, den autonomen Charakter der Organe des Vertragswerks zu betonen. So könne vermieden werden, daß organisationsinterne Schwierigkeiten der Jugendbehörden bis in die Ebene der Gremien vordringen würden. Sie müßten sich vorher untereinander abgestimmt haben. Vgl. *ibid.*

¹⁰²¹ Wie bereits gezeigt, hatte die deutsche Seite dies schon am 16.4.1963 angeregt. Vgl. Telegramm der französischen Botschaft an den Quai d'Orsay vom 16.4.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

¹⁰²² Der Entwurf vom 5.6.1963 liegt den Akten nicht bei. Der Inhalt der Ressortbesprechung ist in einer Aufzeichnung der Abteilung IV vom 11.6.1963 wiedergegeben, in: PA, 600 IV.1.88/1024/3, Bd. 497.

sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um den Entwurf, der der französischen Seite am 12. Juni 1963 zugesandt wurde¹⁰²⁴. Er sah die Einrichtung eines Generalsekretariates vor, dem zwei nationale Abteilungen, eine in Bonn, eine in Paris, nachgeordnet werden sollten. Als Sitz dieses Organs, hier hatte sich die Kulturabteilung ausnahmsweise nicht durchgesetzt, wurde Bonn genannt. Die Mitglieder des an der Spitze des Jugendwerks stehenden Kuratoriums¹⁰²⁵ sollten für die Dauer von zwei Jahren von den jeweiligen Regierungen ernannt werden. Zudem enthält der Entwurf den deutschen Vorschlag, einen konkreten Betrag – 20 Millionen Mark und die Höhe der entsprechenden Summe in französischen Franken - in das Abkommen aufzunehmen. Die zu gründende Organisation wurde in dem deutschen Entwurf vom 10. Juni 1963 erstmals als Deutsch-Französisches Jugendwerk bezeichnet.

3.3 Das Deutsch-Französische Abkommen nimmt Gestalt an. Von den deutsch-französischen Verhandlungen vom 18. und 19. Juni 1963 bis zur Unterzeichnung des Abkommens am 5. Juli 1963

Hatte sich Staatspräsident de Gaulle in einem Brief an Bundeskanzler Adenauer vom 10. April 1963 bezüglich der Ratifizierung des Vertrages und der künftigen deutsch-französischen Zusammenarbeit noch überaus zuversichtlich gezeigt¹⁰²⁶, so sah dies nach der Vertragsratifizierung vom 16. Mai 1963 ganz anders aus. In einer

¹⁰²³ Vgl. Aufzeichnung der Abteilung IV vom 11.6.1963, in: PA, 600 IV.1.88/1024/3, Bd. 497.

¹⁰²⁴ In den französischen Akten befindet sich ein Entwurf vom 10.6.1963 in französischer Sprache. Ein Vergleich der französischen und deutschen Fassung ergab, daß es sich hierbei um die französische Übersetzung der deutschen Fassung vom 10.6.1963 handelt (Nur der Sitz des Generalsekretariats wird nicht erwähnt). Vgl. *Projet d'accord* vom 10.6.1963, in: MAE/Paris, *Europe 1961-1965*, RFA, vol. 1578. Der Inhalt des deutschen Entwurfs wurde in der zweiten Sitzung der deutschen interministeriellen Kommission am 14.6.1963 von Ministerialdirigent Gehring (BMFa) vorgetragen. Das Protokoll der Sitzung resümiert Gehrings Wortbeitrag bedauerlicherweise in wenigen, nicht aussagekräftigen Sätzen. Vgl. Protokoll der Sitzung vom 14.6.1963, in: ACDP, NL Friedrich Karl Vialon, I-475-021/2 (Vialon war 1963 Staatssekretär im BMZ).

¹⁰²⁵ Vier Vertreter der öffentlichen Verwaltungen und sechs Vertreter führender Persönlichkeiten von Einrichtungen und Organisationen aus der freien Jugendarbeit.

¹⁰²⁶ Vgl. de Gaulles Brief an Adenauer vom 10.4.1963: "Votre aimable lettre du 5 avril m'apporte d'heureuses indications quant aux perspectives de ratification par le Parlement Fédéral du traité que nous avons tous deux conclu et signé au nom de nos deux pays. Je suis, aujourd'hui, plus convaincu que jamais que nous avons choisi la bonne voie. Dès que le traité franco-allemand sera entré en vigueur, je me tiendrai prêt, ainsi que plusieurs ministres, à me rendre auprès de vous pour poursuivre la mise en oeuvre de notre coopération, à

Unterredung mit Bundeskanzler Adenauer am 11. Juni 1963 brachte der französische Botschafter de Margerie de Gaulles Enttäuschung über die mangelnde Anerkennung, die der Vertrag in seinen Augen in Deutschland gefunden hätte, zum Ausdruck. Er, de Gaulle, habe das Gefühl, daß die deutsche Öffentlichkeit und viele deutsche Parlamentarier nicht würdigten, welche Überwindung es einen großen Teil der französischen öffentlichen Meinung und auch die Partei de Gaulles gekostet habe, diesem Vertrag zuzustimmen¹⁰²⁷. Deutliche Kritik übte er an der praktischen Umsetzung des Vertrages: Weder auf politischem, wirtschaftlichem, landwirtschaftlichem noch kulturellem Gebiet sei seit dem 22. Januar etwas geschehen. Harte Worte eines Staatspräsidenten, der seine außenpolitischen Ziele durch die leidige Präambel konterkariert sehen mußte. Durch eine Präambel, die nun auch in direktem Zusammenhang mit der von de Gaulle unglücklicherweise, so Adenauer, vor dem Vertragsschluß gehaltenen Pressekonferenz stand.

De Gaulles Vorwurf, seit Januar habe sich nichts getan, war sicher nicht in der vorgetragenen Form gerechtfertigt. Zum einen mußte berücksichtigt werden, daß aufgrund der schwerfälligen Gesetzgebungsmaschinerie eine Ratifizierung des Vertrages nicht eher möglich gewesen wäre¹⁰²⁸. Dies hatte beispielsweise zur Folge, daß die vertraglich vorgesehene Gründung des Jugend- und Austauschwerkes noch nicht vorgenommen werden konnte. Zum anderen ist zu bemerken, daß die im Vertrag vorgesehenen Treffen auf Ministerebene durchgeführt wurden oder zumindest Kontaktaufnahmen stattgefunden hatten. Ferner waren die leitenden Beamten der Abteilungen für Politik, Wirtschaft und Kultur der beiden Außenministerien bereits zu regelmäßigen Besprechungen zusammengekommen¹⁰²⁹. Auch wenn Bundesminister Heck offensichtlich eine gewisse Zurückhaltung zeigte, da er zunächst die Vertragsra-

la date et à l'endroit que vous voulez bien proposer", in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574.

¹⁰²⁷ Vgl. hierzu: Gesprächsaufzeichnung vom 11.6.1963, in: AAPD, S. 617-628 (Dok. 192). Vgl. auch Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens ...", S. 219 f.

¹⁰²⁸ So wies Adenauer in dem Gespräch mit de Margerie daraufhin, man habe de Gaulle von Anfang an erklärt, daß aufgrund der Gesetzgebungsmaschinerie, für die auch die Alliierten Verantwortung trügen, eine Ratifizierung nicht vor Ende Juni, Anfang Juli zu erwarten sei. Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik, S. 620 (Dok. 192).

¹⁰²⁹ Vgl. Vermerk Seydoux (Délégué de la France auprès de l'OTAN) vom 10.6.1963 an Beaumarchais (Europe Centrale) betr. Exécution du traité franco-allemand du 22 janvier 1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574.

tifizierung abwarten wollte¹⁰³⁰, konnte keinesfalls behauptet werden, daß weder die deutsche noch die französische Seite, zumindest was den kulturellen Bereich betraf, seit dem 22. Januar untätig geblieben seien¹⁰³¹. Dies konnte bereits mit den oben angeführten Vorbereitungen für die Gründung des Jugendwerks verdeutlicht werden. So unterstrich auch Adenauer gegenüber de Margerie, Heck stehe "hundertprozentig auf dem Boden des deutsch-französischen Vertrages." Er habe Heck gebeten, "nicht zu ruhen und zu rasten"¹⁰³², so daß das im Jugendbereich vorgesehene Abkommen bei dem bevorstehenden Besuch de Gaulles unterzeichnet werden könne.

Dieser Optimismus war durchaus angemessen. Denn bei dem Treffen von Bundesminister Heck mit Hochkommissar Herzog wenige Tage später in Bonn konnte man sich, wie ein Telegramm de Margeries vom 19. Juni 1963 bestätigt, mit Ausnahme weniger noch offener Fragen auf einen gemeinsamen Protokollentwurf einigen: "Le texte qui avait été proposé par l'Auswärtiges Amt a été fondu avec le texte français."¹⁰³³ Die Diskussion über die Anzahl der Sitze eines künftigen Generalsekretariates wurde zugunsten des deutschen Wunsches nach einem einzigen Sitz entschieden, der Ort jedoch noch nicht benannt¹⁰³⁴. Lediglich die Sitze der nationalen Abteilungen, Bonn und Paris, wurden festgelegt. Bei der Frage, in welcher Form der Gemeinschaftsfonds in den Text aufgenommen werden sollte, d. h., ob eine konkrete Beitragssumme genannt werden sollte oder nicht (Art. 4, Abs. 2), einigte man sich schließlich auf eine allgemeine Formulierung, die es erlaubte, das Abkommen ohne

¹⁰³⁰ Vgl. Vermerk Seydoux vom 10.6.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574, S. 2.

¹⁰³¹ Zutreffend war allerdings der Vorwurf, Deutschland habe bisher immer noch keinen Gesprächspartner für Fouchet (Erziehungsfragen) bestimmt. Dies lag der französischen Seite aufgrund der leidigen Sprachenfrage besonders am Herzen. Zu der schleppenden Wahl des Bevollmächtigten des Bundes für kulturelle Angelegenheiten, der als Ansprechpartner für Fouchet vorgesehen war, sowie zur Diskussion über seine Befugnisse vgl. Baumann, Begegnung, S. 141 ff. Untätig war man dennoch nicht geblieben. Die einzelnen Bundesländer führten zu diesem Zeitpunkt eine statistische Umfrage über die Situation der französischen Sprache in ihrem Land durch. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse sollten auf Ministerebene die Möglichkeiten für den Französischunterricht in Deutschland eruiert werden. Vgl. Vermerk Seydoux vom 10.6.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1574, S. 2.

¹⁰³² Vgl. Gesprächsaufzeichnung vom 11.6.1963, in: AAPD, S. 623. (Dok. 192).

¹⁰³³ Vgl. Telegramm de Margeries an den Quai d'Orsay vom 19.6.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1578.

¹⁰³⁴ Vgl. Interministerielle Kommission, Protokoll der Sitzung vom 26.6.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577, S. 7.

Ratifizierungsvorbehalt abzuschließen¹⁰³⁵. Im laufenden Rechnungsjahr sollten beide Staaten dem Jugendwerk zusammen acht Millionen Mark und für 1964 50 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Damit die Arbeit des Jugendwerkes so schnell wie möglich aufgenommen werden könne, so Hecks Vorschlag, solle die konstituierende Sitzung des Kuratoriums noch im Monat Juli oder aber Anfang August stattfinden¹⁰³⁶.

Zufrieden mit dem Entwurf, erklärte Staatspräsident de Gaulle bei den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 4. Juli 1963 in Bonn, daß die französische Regierung mit dem Abschluß des Abkommens in der erarbeiteten Fassung einverstanden sei¹⁰³⁷. Danach sollte das an der Spitze des Jugendwerks stehende Kuratorium im Wechsel vom Bundesminister für Familien- und Jugendfragen und dem französischen Staatssekretär für Jugend und Sport geleitet werden. Der erste Generalsekretär sollte ein Franzose sein, sein Vertreter ein Deutscher, als Sitz des Generalsekretariates wurde Bonn bestimmt.

Bezugnehmend auf den Bericht des Bevollmächtigten des Bundes, Kiesinger, über seine Besprechungen mit Fouchet am Vormittag des 4. Juli 1963, bei denen die Sprachenfrage im Mittelpunkt gestanden hatte, wies de Gaulle in der Plenarsitzung noch einmal auf den "dringenden Wunsch von beiden Seiten" hin, sobald wie möglich die Situation der Partnersprache zu verbessern. Er bedauerte den Rückgang des Französischunterrichtes in Deutschland¹⁰³⁸. Es ergab sich also das gleiche Bild wie vor Abschluß des Elysée-Vertrages. Während die Klärung der Sprachenfrage für die französische Seite unbefriedigend blieb, konnte die Jugendpolitik zu beiderseitiger Zufriedenheit fortgeführt werden¹⁰³⁹. Nach dem Vertragsabschluß vom 22. Januar 1963 erfuhr sie mit der Unterzeichnung des Abkommens vom 5. Juli 1963 einen weiteren Höhepunkt. Dieses Einvernehmen konnte allerdings nicht über den Schleier der Me-

¹⁰³⁵ Vgl. Sitzungsniederschrift der deutsch-französischen Regierungsbesprechung vom 4.7.1963, in: AAPD 1963, S. 706-717, hier S. 706-709, (Dok. 218).

¹⁰³⁶ Eine sehr optimistische Vorstellung. Die erste Sitzung fand tatsächlich erst knapp vier Monate später, nämlich am 29.10.1963, in Paris statt.

¹⁰³⁷ Sitzungsniederschrift vom 4.7.1963, in: AAPD 1963, S. 706-709 (Dok. 218).

¹⁰³⁸ Vgl. AAPD, 1963, S. 709.

¹⁰³⁹ Zur weiteren Behandlung der Sprachenfrage im Rahmen der Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerkes vgl. Plum, Jugend, S. 99-102. Fouchet und Kiesinger richteten Ende 1963 eine Resolution an das Jugendwerk, in der sie die Bedeutung der Sprache für den Jugendaustausch unterstrichen und zur Förderung der Sprache des Partners im außerschulischen Bereich aufriefen.

lanchole hinwegtäuschen, der laut Adenauers Chefdolmetscher Kusterer über dem ganzen Tag gelegen hatte¹⁰⁴⁰.

4. Von der Unterzeichnung des Abkommens am 5. Juli 1963 bis zu den Anfängen der Jugendwerkstätigkeit

Mit dem Abschluß des Abkommens begann die Phase seiner Umsetzung, an der die betreffenden Fachministerien maßgeblich beteiligt waren. Vordringlichste Aufgabe war es, die zunächst für den 20. September 1963 geplante konstituierende Sitzung des Kuratoriums vorzubereiten. Neben der Benennung der vier leitenden Persönlichkeiten des Jugendwerkes (Generalsekretär, Stellvertretender Generalsekretär, Direktor der deutschen und französischen Abteilung) und der Auswahl der Kuratoriumsmitglieder mußten viele Dinge technischer Natur erarbeitet werden, die zwar laut Abkommen dem zu bildenden Kuratorium überlassen werden sollten, aber dennoch einiger zeitintensiver Vorbereitungen bedurften, wie etwa die zu erstellende Geschäftsordnung und das Personalstatut (Art. 17) oder die Planung erster Austauschprojekte für Ende 1963. Obwohl Staatssekretär Herzog und Bundesminister Heck bereits Ende Juli 1963 in Paris zusammentrafen, um diese Fragen in Angriff zu nehmen, und in der Folge mehrfach Vertreter der zuständigen deutschen und französischen Administration diese Themen gemeinsam besprachen, konnte die konstituierende Kuratoriumssitzung erst mit Verspätung am 29. bzw. 30. Oktober 1963 stattfinden. Ursächlich waren hierfür nicht zuletzt die föderale Struktur der Bundesrepublik im allgemeinen und die Kulturkompetenz der Länder im besonderen.

4.1. Rücksichtnahmen und Verzögerungen: Die Bildung des Kuratoriums im Spannungsfeld zwischen Bund und Ländern

Waren Staatssekretär Herzog und Bundesminister Heck noch Anfang September davon ausgegangen, daß die konstituierende Sitzung zum vorgesehenen Termin stattfinden könne, so zeigte sich bald, daß dies keinesfalls möglich sein würde. Ein Grund hierfür war die nicht rechtzeitig erfolgte Benennung der deutschen Mitglieder des Kuratoriums, unabdingbar für die konstituierende Sitzung des Kuratoriums. Während die französische Seite bereits Mitte September 1963 mit der vollständigen Liste der

¹⁰⁴⁰ Vgl. Kusterer, Der Kanzler, S. 349.

französischen Kuratoriumsmitglieder aufwarten konnte¹⁰⁴¹, diskutierte man in Deutschland noch Anfang Oktober 1963 darüber, ob der dritte und vierte Teilnehmer aus den Reihen der öffentlichen Verwaltung jeweils ein Ländervertreter sein sollte oder ob die Länder einen Sitz an die Kommunen abgeben sollten¹⁰⁴². Die Länder beharrten in dieser zweifelsohne ihre Kompetenz tangierenden Frage verständlicherweise auf zwei Sitzen und erhielten hier auch Unterstützung vom Auswärtigen Amt. Die Kommunen seien, so bestätigte das Bundesinnenministerium, keine öffentlichen Verwaltungen im Sinne des Abkommens vom 5. Juli 1963, es solle auch keine dritte Ebene konstruiert werden, die, so ist zu vermuten, die ohnehin schon häufig schwierige Verhandlungslage zwischen Bund und Ländern noch komplexer gemacht hätte. Davon abgesehen wäre eine Entscheidung für die Kommunen ein Affront gegen die Ministerpräsidenten gewesen, die dem Abkommen unter der Vorgabe zugestimmt hatten, daß sie zwei Ländervertreter, zuzüglich deren Stellvertreter, ins Kuratorium entsenden dürften. Das BMFa hingegen befürwortete die Entsendung eines kommunalen Vertreters in das wichtige Organ des Jugendwerkes, denn auf diese Weise, so das nicht von der Hand zu weisende Argument, könne man die Kommunen, die sich in der Vergangenheit im deutsch-französischen Austausch, vor allem im Bereich der Städtepartnerschaften, verdient gemacht hatten, gebührend in die Jugendwerksarbeit mit einbeziehen¹⁰⁴³.

Die Länder setzten sich jedoch in der Frage der Sitzverteilung durch. Unter den am 9. Oktober 1963 von der Bundesregierung ernannten Kuratoriumsmitgliedern befanden sich zwei Ländervertreter¹⁰⁴⁴. Unter den gesellschaftlichen Organisationen waren das Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.) und seine

¹⁰⁴¹ Liste veröffentlicht im Journal officiel vom 11.9.1963. Als Vertreter der französischen öffentlichen Verwaltung im Kuratorium wurden berufen: Basdevant (Quai d'Orsay), Hessel (Erziehungsministerium), Bricbet u. Crespin (beide Staatssekretariat für Jugend und Sport).

¹⁰⁴² Fest standen die Vertreter des Auswärtigen Amts (Sattler) und des BMFa (Ludwig). Zur Hinhaltetaktik der Länder, die sich bei der Erarbeitung des Abkommens nicht genügend eingebunden sahen, vgl. Ansgar Baumann, Die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes: Im Spannungsfeld zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Zivilgesellschaft, in: Hans Manfred Bock, Deutsch-französische Begegnung, S. 48 ff.

¹⁰⁴³ Zu dieser Diskussion vgl. Aufzeichnung von Lindeiner-Wildau (Abt. IV 1) am 26.7.1963 über die Ressortbesprechung vom 25.7.63 im Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen, in: PA, 600 IV.1-88/1024/3, Bd. 497 sowie Niederschrift über die Sitzung der Ständigen Vertragskommission der Länder vom 4.10.1963, in: *ibid.*

¹⁰⁴⁴ Ludwig Landsberg, nordrhein-westfälisches Arbeits- und Sozialministerium, und Hans Alfen, Kultusministerium Niedersachsen.

deutsche Partnerorganisation, die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit. Joseph Rovin wurde in seiner Eigenschaft als Vertreter für People et Culture Mitglied des ersten Kuratoriums¹⁰⁴⁵. Er schlug die Nominierung seines deutschen Pendants, des Präsidenten des Volkshochschulverbandes Helmut Becker, vor und hatte damit Anteil daran, daß das Prinzip der Volkshochschulbildung mit berücksichtigt wurde, das in Frankreich vom Jugendministerium mit betreut wird, während es in Deutschland Ländersache ist und nicht, wie die Jugendpolitik, eine Angelegenheit des Bundes.

Mit der Integration der gesellschaftlichen Austauschorganisationen, die teilweise bereits seit der frühen Nachkriegszeit bestanden, in die Arbeit des Jugendwerkes schloß sich ein Kreis. Mit der Schaffung dieser Institution beteiligte sich die staatliche Seite aktiv an den bestehenden Aktivitäten und schuf für die ursprünglich von der französischen Besatzungsmacht unterstützten Austauschaktivitäten eine strukturelle und finanzielle Basis, die den Jugendaustausch in den darauffolgenden Jahrzehnten stimulieren konnte¹⁰⁴⁶. Unberücksichtigt bei der Besetzung des Kuratoriums blieb - trotz der eindringlichen Bemühungen seines Direktors Fritz Schenk - das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg. Dies mochte verwundern, zumal er als der Ansprechpartner in Koordinierungsfragen bezüglich deutsch-französischer Austauschorganisationen galt. So war er beispielsweise Ende 1962 vom Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Josef Jansen um eine Gesamtdarstellung der deutsch-französischen Kontakte gebeten worden und erhielt die Federführung für eine Expertentagung deutsch-französischer Austauschorganisationen im Auswärtigen Amt im März 1963¹⁰⁴⁷. Die Sorge, das Institut sei nicht berücksichtigt worden, damit es an dem 20-Millionen-Fonds nicht beteiligt werden müsse, erwies sich allerdings als unbegründet: Noch 1963 erhielt das Institut einen Zuschuß in Höhe von 29.120 DM¹⁰⁴⁸.

Am 29. Oktober 1963 dann konnte sich das Kuratorium schließlich konstituieren¹⁰⁴⁹. Dies geschah in einem Rahmen, der die politische Bedeutung, die die Franzosen

¹⁰⁴⁵ Schulte, *Le messenger*, S. 336 f.

¹⁰⁴⁶ Vgl. auch Baumann, *Die Gründung*, S. 60.

¹⁰⁴⁷ *Ibid.*, S. 58 f.

¹⁰⁴⁸ *Ibid.*

¹⁰⁴⁹ Die Rechtsverordnung war allerdings bis dahin noch nicht verabschiedet. Die Verhandlungen über einen Entwurf hatten sich aufgrund verfassungsmäßiger Bedenken verzögert. Die

sen dem Jugendwerk beimaßen, vor Augen führte. Die feierliche Konstituierung des Kuratoriums fand in Anwesenheit von Premierminister Georges Pompidou im Hôtel Matignon statt. Am Abend des gleichen Tages empfing Staatspräsident de Gaulle die Kuratoriumsmitglieder zum Diner. Die erste Arbeitssitzung vollzog sich am 30. Oktober 1963 unter Vorsitz von Staatssekretär Herzog¹⁰⁵⁰.

4.2. Das Jugendwerk: deutsch-französisch oder europäisch? Ein Politikum

Die Frage, ob das Deutsch-Französische Jugendwerk eine rein deutsch-französische Angelegenheit sei oder auch Jugendliche aus anderen europäischen Staaten fördern sollte, erregte die Gemüter in der deutschen Öffentlichkeit und bot Anlaß zu heftigen Diskussionen. Die Furcht, mit einem exklusiv deutsch-französischen Charakter des Jugendwerks andere europäische Staaten zu vergrämen, nährte die Diskussion und erinnert unzweifelhaft an bereits geführte Auseinandersetzungen um den Elysée-Vertrag. Auch hier zogen sich die verhaltenen bis heftigen kritischen Äußerungen quer durch die politischen Parteien. Wenn sich nun auch verstärkt die jugendpolitischen Vertreter zu Wort meldeten, traf Bundesminister Heck bei seiner Rede anläßlich der Eröffnungssitzung des Kuratoriums am 29. Oktober 1963 in Paris den Kern der Sache: "Es sind dieselben Stimmen, die bereits vor dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag gewarnt haben, weil sie durch ihn die europäischen Einigungsbestrebungen gefährdet sehen"¹⁰⁵¹. Daß die Diskussionen zwischen den sogenannten Gaullisten und Atlantikern bis in den jugendpolitischen Bereich vordrangen, macht die politische Bedeutung des Jugendwerkes greifbar. Bereits Mitte Mai 1963 hatte

Verordnung konnte erst Mitte Dezember 1963 vom Bundesrat verabschiedet werden. Vgl. Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an das deutsch-französische Jugendwerk vom 23. Dezember 1963, in: BGBl, Jg. 1963, Teil II, S. 1612.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Bericht Brichets anläßlich der Sitzung der Interministeriellen Kommission vom 4.11.1963, Sitzungsprotokoll S. 6 ff., in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol. 1577 sowie Mitteilung Herzogs an Sattler vom 22.10.1963, in: PA, 600.IV.1-88/1024/3, Bd. 412. Dem Beispiel de Gaulles folgend gab auch Bundespräsident Lübke am 5.12.1963 einen Empfang für die Kuratoriumsmitglieder, die sich anläßlich der zweiten Arbeitssitzung in Bonn bzw. Rhöndorf zusammengefunden hatten, vgl. Telegramm de Margeries an den Quai d'Orsay vom 5.12.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol.1578.

¹⁰⁵¹ Rede in: ACDP, NL Bruno Heck, I-022-004/2.

das deutsche Nationalkomitee der WAY¹⁰⁵² in seinem Memorandum zum Elysée-Vertrag zum Thema Drittländer Stellung bezogen und gefordert, die deutsch-französischen Programme sollten, soweit möglich, für Teilnehmer aus anderen europäischen Ländern offen sein¹⁰⁵³. Hatte man sich in dem Abkommenstext vom 5. Juli 1963 auf eine allgemeine Formulierung verständigt¹⁰⁵⁴, gewann das Thema mit der Konstituierung des Kuratoriums und dem offiziellen Arbeitsbeginn des Jugendwerkes insofern an Bedeutung, als daß nun in den zu erarbeitenden Richtlinien Position bezogen werden mußte. Sich der politischen Bedeutung des Themas bewußt, bat Bundesminister Heck auf der zweiten Kuratoriumssitzung am 4. und 5. Dezember 1963 vorsorglich die Mitglieder darum, das Thema Drittländer im Rahmen der Richtlinienberatung zunächst auszuklammern. Diesbezügliche Gespräche seien in Kürze auf Regierungsebene geplant¹⁰⁵⁵. Während Heck, um Ausgleich bemüht, gegenüber der deutschen Jugend mehrfach betont hatte, daß das Jugendwerk zwar eine bilaterale Institution sei, die Beteiligung von Drittländern in gewissen Fällen aber möglich sein werde, war die französische Haltung eindeutig ablehnend. Dies wurde den Deutschen gegenüber am 4. und 5. Dezember 1963 außerhalb der Sitzungen klar herausgestellt: "Du côté français, il a été marqué avec la plus grande netteté que l'Office avait un objectif bien défini ... et qu'il ne saurait être question d'utiliser les moyens financiers mis à la disposition de cet organisme pour étendre son activité à des jeunes gens d'autres nationalités."¹⁰⁵⁶

Hatten die Gegner einer rein bilateralen Institution auf die Unverhältnismäßigkeit der Summen hingewiesen, die dem deutsch-französischen Austausch nun im Verhältnis zu anderen internationalen Treffen für alle Länder der Erde zur Verfügung

¹⁰⁵² World Assembly of Youth, deutsches Nationalkomitee bestehend aus den Mitarbeitern der Mitgliedsverbände des Deutschen Bundesjugendringes und des Ringes Politischer Jugend.

¹⁰⁵³ Memorandum in: PA, 600 IV.1-88/1024/3, Bd. 497.

¹⁰⁵⁴ Artikel 2: "Das Jugendwerk verfolgt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Grundsätze der Zusammenarbeit und der Verständigung unter den Ländern Europas und den anderen Ländern der freien Welt, die es bei der Jugend zu vertiefen gilt."

¹⁰⁵⁵ Vgl. Protokoll der zweiten Kuratoriumssitzung vom 4. u. 5.12.1963 in Bonn. Das Protokoll wurde der Verfasserin dankenswerterweise von Rudolf Herrmann (DFJW Paris) zur Verfügung gestellt; ebenso die Protokolle der ersten, dritten und vierten Kuratoriumssitzung.

¹⁰⁵⁶ Vermerk Basdevants für den Generalsekretär vom 9.12.1963, in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, RFA, vol.1578.

stehen sollten - 40 Millionen gegenüber sechs bis acht Millionen Mark¹⁰⁵⁷ - und gefordert, daß, um politischen Schaden zu vermeiden, die internationalen Begegnungen mit anderen Ländern nicht vernachlässigt werden dürften¹⁰⁵⁸, so mußte die Bekanntgabe der vorläufigen Förderungsrichtlinien des Jugendwerkes im Dezember 1963 den Eindruck einer gewollten Ungleichbehandlung nur noch verstärken. Nach diesen Richtlinien lagen zum Beispiel die Tagessätze des Jugendwerkes für Teilnehmer von Gruppenbegegnungen um 100% über denen des Bundesjugendplanes¹⁰⁵⁹. In einem Schreiben vom 17. Dezember 1963 an die Kuratoriumspräsidenten Heck und Herzog empfahl das deutsche Nationalkomitee der WAY, die Förderungssätze in den Richtlinien des Jugendwerkes "den Regelungen für internationale Jugendbegegnungen und deren Förderung" anzupassen. Ferner forderte das Komitee, Jugendliche aus anderen Ländern an den vom Jugendwerk geförderten Veranstaltungen zu "gleichen Bedingungen und mit gleicher Förderung" teilnehmen zu lassen. Der Anteil der Teilnehmer aus Drittländern solle 20% betragen. Falls diese Teilnehmer aus verschiedenen Ländern kommen sollten, halte das Komitee einen Prozentsatz von 33% für angemessen¹⁰⁶⁰.

Diese selbstbewußt vorgetragenen Forderungen werfen die Frage auf, aus welchem Grund Frankreich und Deutschland bereit sein sollten, in dieser Größenordnung finanzielle Mittel für Jugendliche aus anderen Ländern zur Verfügung zu stellen. Die Bereitschaft, der französischen und deutschen Regierung, derart hohe Summen in den gegenseitigen Jugendaustausch zu investieren, wurde nicht gewürdigt und war politisch unerwünscht. Die Forderungen brachten zum Ausdruck, daß die deutsche Jugend, zumindest die durch das Nationalkomitee vertretene organisierte Ju-

¹⁰⁵⁷ Gelder für internationale Begegnungen aus den Mitteln des Bundesjugendplans und des Auswärtigen Amtes; Zahlen aus einer Aufzeichnung Sattlers vom 9.12.1963, in: PA, 600.IV.1-88/1024/3, Sbd. 1a-1c, Bd. 412.

¹⁰⁵⁸ Vgl. Äußerungen Schanzenbachs (SPD) auf der Sitzung des Bundestagsausschusses für Familien- und Jugendfragen am 10.10.1963, Kurzprotokoll der Sitzung in: PA, 600 IV.1-88/1024/3, Bd. 497.

¹⁰⁵⁹ In den auf der Kuratoriumssitzung vom 4. u. 5.12.1963 beschlossenen vorläufigen Richtlinien lag der Tagessatz bei Gruppenbegegnungen bei drei Mark (Bundesjugendplan 1,50 Mark) bei kompletter Übernahme der Fahrtkosten (Bundesjugendplan nur 50%). Vgl. Bundesminister der Finanzen am 10.12.63 an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages (Ausschußdrucksache Nr. 657), in: PA, 600 IV.1-88/1024/3, Bd. 497.

¹⁰⁶⁰ Schreiben des deutschen Nationalkomitees der WAY vom 17.12.1963 an Bruno Heck und Maurice Herzog, in: PA, 600 IV.1-88/1024/3, Bd. 497.

gend, zu diesem Zeitpunkt eine Konsolidierung der Beziehungen zwischen deutschen und französischen Jugendlichen als Grundlage für eine spätere Europäisierung nicht für notwendig hielt, man wollte eine direkte Einbindung von Drittstaaten, auch Großbritanniens. Denkt man an die gescheiterten Europäisierungsversuche des Jugendaustausches nach 1951, d. h. die Zeit nach dem Europäischen Jugendfestival auf der Loreley, hatte sich offenbar bei der organisierten Jugend die Interessenlage pro Europa verändert.

Mit der Ablehnung einer rein bilateralen Einrichtung lagen die Jugendlichen auf der gleichen Linie mit denjenigen, die sich für die Präambel zum Vertrag stark gemacht hatten. Doch dieses Mal wollte de Gaulle nicht wieder den kürzeren ziehen. Bei den Konsultationsbesprechungen zwischen Lucet und Jansen am 13. Dezember 1963 unterstrich Lucet die französische Position: Eine Ausdehnung auf Jugendliche anderer Nationen sei mit dem Vertrag kaum vereinbar. Er sehe vorläufig nicht, wie der deutschen Anregung positiv stattgegeben werden könne¹⁰⁶¹. Aufgrund dieser festen Haltung der Franzosen empfahl von Lindeiner-Wildau am 21. Dezember 1963 gegenüber Sattler: "Minister Heck sollte gebeten werden, seine Forderung nach Einbeziehung Jugendlicher aus dritten Ländern in die Aktionen des Jugendwerkes zeitlich zurückzustellen." Die Bundesregierung müsse zu erkennen geben, daß auch ihr an der bilateralen Konsolidierung zum jetzigen Zeitpunkt in erster Linie gelegen sei."¹⁰⁶² Ähnliches solle auch der Botschaft in Paris übermittelt werden¹⁰⁶³. Ob diese Ratschläge befolgt wurden, ist ungewiß. Eine Einigung war zumindest auch Mitte Januar 1964 noch nicht in Sicht. Erneut verständigten sich Heck und Herzog darauf, das Thema bei der anstehenden Kuratoriumssitzung am 23. und 24. Januar 1964 nicht zu behandeln. Auf der Sitzung der französischen interministeriellen Kommission

¹⁰⁶¹ Abteilung I A1 am 20.12.1963 an Abteilung IV 1, Auszug aus der Ergebnisniederschrift zu den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13.12.1963 in Paris, in: PA, 600 IV.1-88/1024/3, Bd. 497. Heck sah die unnachgiebige französische Position im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung im Oktober 1963, die einen Bundeskanzler hervorbrachte, der dem atlantischen Lager angehörte. Zu diesem Zeitpunkt sei deutlich geworden, daß Frankreich auf einen "harten bilateralen Kurs umgeschaltet" habe (vgl. Aufzeichnung Hecks vom 17.1.1963, in: ACDP, NL Heinrich Barth, I-681).

¹⁰⁶² Die "Hochzeitsreise" mache man alleine, so hatte er schon die Forderungen des deutschen Nationalkomitees der WAY pointiert kommentiert. Vgl. handschriftliche Anmerkung in: Schreiben deutsches Nationalkomitee der WAY vom 17.12.1963 an Bruno Heck und Maurice Herzog, in: PA, 600 IV.1-88/1024/3, Bd. 497.

¹⁰⁶³ Handschriftliche Notiz von Lindeiner-Wildau vom 21.12.1963 an Herrn Dg IV, in: PA, 600 IV.1-88/1024/3, Bd. 497.

Anfang Februar 1964 unterstrich Herzogs Mitarbeiter Stasi, daß de Gaulle von seiner Position nicht abrücken werde: "Le Général de Gaulle a été informé ... par M. Herzog, mais ... sa position reste ferme."¹⁰⁶⁴

Im März erfolgte dann doch ein gewisses Einlenken der französischen Seite: Zwar werde die von den deutschen Jugendverbänden geforderte Einbeziehung von Drittländern in das deutsch-französische Jugendwerk weiterhin grundsätzlich abgelehnt, doch billige Frankreich den Kompromiß, im Einzelfall eine Beteiligung von Drittländern an einer Veranstaltung zuzulassen. Dies war das Äußerste an Zugeständnis, wollte Frankreich an der Bilateralität der Institution festhalten. So bezeichnete die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts dieses Entgegenkommen auch als Fortschritt und empfahl der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, die Drittländerproblematik nicht mehr aufzugreifen¹⁰⁶⁵. Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion hatten zu diesem Zeitpunkt bereits die Konsequenzen aus dieser Diskussion gezogen. Am 22. Januar 1964 hatten sie im Bundestag einen Antrag zur Gründung eines Europäischen Jugendwerkes gestellt¹⁰⁶⁶. Es sollte allerdings noch mehrere Jahre dauern, bis diese Gründung realisiert werden konnte. Erst 1972 wurde im Rahmen des Euro-Parates eine Institution für den europäischen Jugendaustausch geschaffen, der sich 19 Mitgliedsstaaten anschlossen¹⁰⁶⁷.

Die Förderung von Drittländern im Rahmen des Jugendwerkes sorgte auch in den Folgejahren noch für Gesprächsstoff. Erst 1976 stimmten die Regierungen der beiden Partnerländer dem vor allem immer wieder von deutscher Seite vorgetragenen Vorschlag zu, Teilnehmer aus Drittstaaten zu einem gewissen Prozentsatz in die vom Jugendwerk geförderten Programme miteinzubeziehen¹⁰⁶⁸. Trotz einer gewissen

¹⁰⁶⁴ Vgl. Interministerielle Kommission, Protokoll der Sitzung vom 3.2.1964, in: MAE/Paris Europe 1961-1965, vol. 1577, S. 9. Vgl. auch Vermerk Basdevants vom 7.2.1964: "La partie française a toujours rappelé que l'Office avait un objectif bien défini ... Elle s'en tient aux termes du Traité du 22 janvier 1963 qui concerne les relations franco-allemandes et non pas celles de la France avec d'autres nations.", in: MAE/Paris, Europe 1961-1965, vol. 1578.

¹⁰⁶⁵ Vgl. Schreiben Abt. IV, Ref. IV1 vom 17.3.1964 an Abt. I, in: PA, 600.IV.1-83.20/1, Bd. 544.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/1855.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Ménudier, Das Deutsch-Französische Jugendwerk, S. 213. Das Europäische Jugendwerk erreichte nie die Bedeutung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes. Seit 1973 konnten ca. 160.000 Jugendliche an den vom Europäischen Jugendwerk finanzierten Aktivitäten teilnehmen.

¹⁰⁶⁸ Vgl. *ibid.*, S. 214. Noch heute gilt, daß die Anzahl der Programme mit Teilnehmern aus Drittländern 5% der durchgeführten Programme nicht übersteigen darf. Die Anzahl der Teilnehmer aus Drittländern an den einzelnen Programmen darf ein Drittel der gesamten Teil-

Öffnung hatte sich de Gaulle langfristig durchgesetzt. Das Jugendwerk blieb deutsch-französisch, wenngleich in den 70er Jahren Drittländer eingebunden und nach dem Fall der Mauer aktiv osteuropäische Länder integriert wurden. Der Anteil an Drittländerbegegnungen ist bis heute auf ca. 10% begrenzt. Die Bilateralität sicherte der Institution aus heutiger Sicht Stabilität.

Die Gründung des Jugendwerks ist Fortführung und Vollendung einer Idee zugleich. Diese Idee galt es natürlich weiter in die Realität umzusetzen und mit Leben zu füllen. Die personelle Besetzung des ersten Kuratoriums ist Ausdruck der Fortführung und zeigt einen Kontinuitätsstrang, der in den ersten Nachkriegsjahren seinen Anfang genommen hatte. Neben Fritz Schenk und Joseph Rován spielte auch Alfred Grosser im deutsch-französischen Austausch eine tragende Rolle: "Ils [ont] exercé une influence décisive sur l'orientation de l'Office en faisant adopter certains principes qui ont cours encore aujourd'hui."¹⁰⁶⁹ Rován wechselte 1978 als Präsident zu B.I.L.D. Hier findet erneut eine Vernetzung und Kontinuität ihren personellen Ausdruck¹⁰⁷⁰.

Trotz anfänglicher Skepsis bei der organisierten Jugend in Deutschland wurde das Jugendwerk zu einer gefragten Anlaufstelle. Bereits 1965 reichten die Mittel nicht mehr aus, um den zahlreichen Anträgen gerecht zu werden¹⁰⁷¹. Deshalb richtete das Kuratorium anlässlich seiner vierten Sitzung den dringenden Appell an "alle privaten und öffentlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, die bereits vor der Schaffung des Jugendwerks auf eigene Initiative Mittel zur Förderung von deutsch-französischen Jugendbegegnungen zur Verfügung gestellt hatten, ... diese Leistungen weiterzuführen und in Zukunft noch zu erhöhen."¹⁰⁷² Das Jugendwerk wurde also angenommen. Der im Kulturabkommen von 1954 angeregte Jugendaustausch erhielt nun eine finanzielle Absicherung. Auf die Arbeit der gemischten deutsch-französischen Kommission, die Grosser im Februar 1957 hinsicht-

nehmerzahl nicht übersteigen. Vgl. Auszug aus den Richtlinien des Deutsch-Französischen Jugendwerkes vom Juli 1992, S. 32.

¹⁰⁶⁹ Schulte, *Le messenger*, S. 336 f.

¹⁰⁷⁰ *Ibid.*

¹⁰⁷¹ Ménudier, *Das Deutsch-Französische Jugendwerk*, S. 71.

¹⁰⁷² Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 20. bis 22.4.1963, Paris, in: PA, 600 IV/88/1024/3, Bd. 412. Die französische Fassung befindet sich im Archiv des DFJW in Paris und wurde der Verfasserin von Rudolf Herrmann zur Verfügung gestellt.

lich ihres Engagements für die Austauscharbeit kritisiert hatte¹⁰⁷³, war man nun nicht mehr angewiesen. Somit konnte es gelingen, den in der Nachkriegszeit erarbeiteten und gebildeten erweiterten Kulturbegriff neu zu beleben und ihn auch offiziell auf diplomatischer Ebene zu verankern. Dies mußte vor allem diejenigen freuen, die jahrelang für die Fortsetzung dieser Kulturarbeit gekämpft hatten, z. B. Alfred Grosser¹⁰⁷⁴.

¹⁰⁷³ Vermerk Alfred Grossers an Roger Seydoux, Directeur Général des Relations Culturelles et Techniques, vom 6.2.1957, in: MAE/Paris, Relations Culturelles 1945-1959, vol. 36.

¹⁰⁷⁴ So hatte Grosser nach der Aufhebung des Besatzungsstatuts gegenüber dem Quai d'Orsay gefordert, die Normalisierung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen nicht auf eine gegenseitige kulturelle Propaganda zu reduzieren: "Depuis l'accession de la République Fédérale à la souveraineté, on veut normaliser les rapports culturels franco-allemands. S'il s'agit de les établir sur un pied de parfaite égalité et réciprocité, nous ne pouvons que l'approuver. Mais s'il s'agit de les diminuer - en resitreignant de nouveau la notion de culture, en diminuant le public à atteindre - et de les faire ressembler aux relations culturelles qui existent entre la France et les autres pays, cette normalisation serait désastreuse." Vgl. *ibid.*

VII. Schlußbetrachtung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung zur französischen Kulturpolitik in Deutschland der Jahre 1945 bis 1955 stand die Frage nach der Umerziehung der deutschen Jugend durch die französischen Besatzer. Französische Jugend- und Umerziehungspolitik außerhalb der Schule fand ihren Ausdruck in einer aktiven Politik gegenüber deutschen Jugendbewegungen, in der Anregung und Betreuung der Volkshochschulen sowie in der Initiierung internationaler Begegnungen. Sie speiste sich aus der generellen Annahme, daß die Deutschen nicht fähig seien, sich selbst umzuerziehen. Daß die Deutschen überhaupt umerziehbar waren, wurde von den französischen Mitarbeitern der DEP (Direction de l'Education Publique) bezweifelt. Die größte Chance für eine Umerziehung sah man noch bei den unter 30jährigen.

Ziel französischer Jugend- und Umerziehungspolitik in Deutschland war eine kontrollierte Demokratisierung, bei der im Rahmen internationaler Begegnungen v. a. französische Jugendorganisationen als Vorbild dienen sollten. So war das zentrale Merkmal französischer Jugendpolitik das Streben nach Pluralismus und Kontrolle. Dies wurde sowohl bei den ab 1946 zugelassenen Jugendorganisationen als auch bei den ebenfalls ab 1946 veranlaßten internationalen Begegnungen deutlich. Der Wunsch nach Pluralismus äußerte sich darin, daß die Jugendorganisationen ein breites, aber begrenztes Spektrum konfessioneller und weltanschaulicher Strömungen abdecken sollten. Die Kontrolle der Jugendgruppen war den Franzosen wichtig und wurde länger beibehalten als z. B. in der amerikanischen Zone¹⁰⁷⁵. Mit der Verabschiedung des Besatzungsstatutes 1949 bestand dann keine direkte Einflußmöglichkeit mehr auf die Jugendbewegungen.

Mit den internationalen Begegnungen zielte der Leiter der Abteilung Jugend und Sport, Jean Moreau, ab 1946 darauf ab, deutsche Jugendliche kontrolliert mit den "grands courants mondiaux" in Kontakt zu bringen. Neu oder wiederbegründete deutsche Jugendbewegungen verschiedener Strömungen sollten nun mit ihresgleichen auf internationaler Ebene in Verbindung gebracht werden. Im Rahmen des internationalen Austausches war es die Absicht, Gruppen, die man nicht verbieten konnte, denen man aber mißtraute, wie z. B. den konfessionellen Gruppen, interna-

¹⁰⁷⁵ Vgl. Füssl, Die Umerziehung der Deutschen, S. 102 ff.

tional einzubinden. Französische Jugendgruppen, später auch die anderer westlicher Nationen, sollten den jungen Deutschen als Vorbild dienen und ihnen das Fenster zur "freien Welt" öffnen. Damit leisteten französische Jugendorganisationen einen Beitrag zur Umerziehung. Insofern konnte man allerdings noch nicht von einem wirklichen Austausch sprechen, der auf Gegenseitigkeit beruhte. Das zeigte sich auch daran, daß jeder Kontakt eines jungen Deutschen zum Ausland - so zumindest der Anspruch bis 1949 - über die DEP beantragt werden mußte, so daß sie genau verfolgen konnte, wer wohin reiste und mit wem er sich traf.

Die "Internationalisierung" der französischen Zone, die durch Austauschtreffen erfolgte, lief parallel zu der offiziell geforderten Abschottung gegenüber den anderen Zonen. Diese Abschottungspolitik hatte absurde Züge und zur Folge, daß zunächst nur Jugendliche aus der Französischen Zone an den Austauschtreffen teilnehmen konnten. Bis 1948 fanden die Begegnungen darüber hinaus fast ausschließlich in Deutschland, d. h. in der Französischen Zone statt. Von einer tatsächlichen "Öffnung" zur westlichen Welt konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesprochen werden. Dies lag aber nicht daran, daß die Mitarbeiter der DEP dies nicht gewollt hätten, sondern daran, daß der Quai d'Orsay der französischen Bevölkerung Treffen mit Deutschen im eigenen Land zu diesem Zeitpunkt nicht zumuten wollte.

Trotz der eingeschränkten alliierten Kontrollrechte in Erziehungsfragen infolge des Besatzungsstatutes konnten die Begegnungen nach 1949 ohne "Bruch" fortgeführt werden und entwickelten sich zum Hauptinstrument der Umerziehung. Sie stellten eine "geschickte" Möglichkeit dar, die Erziehung der jungen Deutschen auf diesem Wege zu begleiten: Internationale Begegnungen gehörten in den Kompetenzbereich der Alliierten - denn es handelte sich um Beziehungen zum Ausland - so daß die Franzosen in diesem Feld aktiv bleiben konnten.

Mit dem Begegnungscharakter der Treffen legte die DEP, so ist zu unterstreichen, gleichzeitig den Grundstein für eine mögliche Verständigung und Annäherung zwischen deutschen und französischen Jugendlichen. Mit Hilfe der Jugendgruppen auf dem internationalen Sektor gelang es, entscheidende Anstöße zur Wiederannäherung auf den Weg zu bringen. Und es ist ein Verdienst der DEP, erkannt zu haben, daß in der Jugend nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern auch die der deutsch-französischen Verständigung lag. Französische mouvements de jeunesse stellten in diesem Zusammenhang durch ihre Begegnung mit deutschen Jugendlichen in

Deutschland außerdem eine Verbindung zur französischen Bevölkerung her: Sie konnten ihre in Deutschland gewonnenen Erfahrungen und Eindrücke in Frankreich bekannt machen und somit zumindest Aufmerksamkeit für eine potentielle Annäherung wecken.

Die privaten Organisationen waren für die DGAC in Mainz von besonderer Bedeutung, da sie als Träger der Austauschbegegnungen fungierten und dazu beitrugen, internationale Begegnungen zu etablieren. Sie wurden daher auch in dem Maße gefördert, wie es der Finanzrahmen der DGAC zuließ. Insbesondere die Organisation B.I.L.D. (Bureau International de Liaison et de Documentation) erhielt durchgängig Unterstützung, was für ihren Bestand überlebenswichtig war. Die Beziehungen zwischen der DEP und den Vertretern der privaten Organisationen galten als konstruktiv.

Bemühungen um eine Demokratisierung deutscher Jugendlicher wurde auch in der Volkshochschulpolitik sichtbar. Den Franzosen lag daran, mit diesen Bildungseinrichtungen die staatsbürgerliche und demokratische Weiterbildung eines ausschließlich jungen Publikums aller sozialen Schichten, das nur eine kurze Schulzeit genossen hatte, umfassend zu ergänzen. Im Unterschied zu den Volkshochschulen der 1920er Jahre sollten die Inhalte weniger akademisch sein, methodisch sollte eine aktive Pädagogik im Vordergrund stehen. Mit ihrer Volksbildungspolitik knüpften die französischen Jugendpolitiker an die französische Volksbildungspolitik an. Dies wurde an der Person Joseph Rovans, einem wichtigen Vertreter der französischen Volksbewegung *Peuple et Culture* (PEC), deutlich, der ab 1947 die Volksbildungspolitik in der Französischen Zone mitbestimmte. Damit hatte die DEP bewußt einen Mitarbeiter ausgewählt, der ein Vertreter der französischen Zivilgesellschaft war. Dies unterstreicht die Bedeutung, die die DEP der Zivilgesellschaft im Rahmen des deutsch-französischen "Verhältnisses" beimaß. Frankreich verfolgte mit seiner Volksbildungspolitik auch das Ziel, im traditionellen außenpolitischen Sinne seine Kultur zu vermitteln, so daß es hier zu einer Kombination kam, einer Volksbildungspolitik der neuen Art, die auf die Situation im Nachkriegsdeutschland ausgerichtet war. Sicher ist, daß französische Volkshochschulpolitik kein zweckfreies Bildungsangebot darstellte oder als "Trostpflaster" für eine obstruktive Deutschlandpolitik gedacht war, sondern als wohlüberlegtes Umerziehungsmittel eingesetzt wurde.

Im Hinblick auf die französische Politik gegenüber den Jugendorganisationen, den Volkshochschulen und hinsichtlich der internationalen Begegnungen im Nach-

kriegsdeutschland kann als Ergebnis festgehalten werden, daß die Jugend- und Umerziehungspolitik der Franzosen einen neuen Strang französischer Kulturpolitik bildete und von der traditionellen französischen Kulturpolitik, die vor allem Prestigepolitik war¹⁰⁷⁶, abzugrenzen ist.

Inwiefern war diese französische Jugend- und Umerziehungspolitik im Rahmen französischer Deutschlandpolitik geplant? Die im Juli und August 1945 formulierten französischen Richtlinien für Deutschland kamen spät und waren so allgemein formuliert, daß sie einen großen Handlungsspielraum boten. Ein Einfluß auf jugendpolitische Umerziehungskonzepte der DEP durch die im März 1945 unter Vorsitz des Germanisten Edmond Vermeil eingerichtete Umerziehungskommission ist nicht nachweisbar, sieht man von der allgemeinen Skepsis ab, die die Beteiligten der Möglichkeit einer Umerziehung der Deutschen überhaupt entgegenbrachten.

Von einer Planung der Jugendpolitik kann man nur in dem Maße ausgehen, wie man eine gezielte Auswahl des Personals unterstellt. Die im Sommer 1945 vorgelegten Richtlinien gaben dem Leiter der Abteilung Jeunesse et Sports, Jean Moreau, die Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu nutzen und eigene Ideen zu verwirklichen. Als Leiter des Büros für Jugendbewegungen innerhalb des Staatssekretariates für Jugend in Vichy hatte er dazu beigetragen, die Bildung einer Einheitsjugend, vor der man sich mit Blick auf Deutschland fürchtete, zu verhindern. Den bestehenden französischen Jugendbewegungen maß er im Hinblick auf die Wiedererlangung der Freiheit Frankreichs zur Zeit der deutschen Besatzung eine verantwortungsvolle Rolle bei¹⁰⁷⁷. Daher erklärten sich auch seine Bemühungen, deutsche Jugendorganisationen nach dem Zweiten Weltkrieg mit französischen im Rahmen der Austauschbegegnungen zusammenzubringen. Die jungen Deutschen sollten lernen, gesellschaftliche und gegebenenfalls auch politische Verantwortung zu übernehmen, und möglicherweise so im Interesse Frankreichs dazu beitragen, Deutschland vom "Joch des Nationalsozialismus" zu befreien. Besonderen Wert legte er in der französischen Zone auf die Ausbildung von Führungskadern der Jugendbewegungen. Auch hier knüpfte er an seine

¹⁰⁷⁶ François Roche, Bernard Pigniau (Hg.), *Histoires de diplomatie culturelle des origines à 1995*, Paris 1995.

¹⁰⁷⁷ "Les mouvements de jeunesse constituaient ... des viviers pour la Résistance", so Moreaus Aussage; in: *Le Bureau des Mouvements de Jeunesse*, S. 35.

Erfahrungen als Verantwortlicher für Jugendorganisationen in Vichy und die politische Bedeutung dieser Führungskader in der Résistance an.

Moreau konnte Ende 1945, Anfang 1946 damit beginnen, die von ihm im August 1945 konzipierte Jugendpolitik in der französischen Zone umzusetzen, und hatte dafür die Rückendeckung seines Vorgesetzten Raymond Schmittlein. Sein Handlungsspielraum war aber nur so groß, wie die Jugendpolitik nicht deutschlandpolitische Interessen konterkarierte, was etwa bei dem Thema Dezentralisierung der Fall war. Dies konnte an dem bis 1949 von Paris auferlegten Verbot überzonaler Zusammenschlüsse der Jugendbewegungen gezeigt werden.

Ferner muß zwischen der Politik der DEP bzw. des Hohen Kommissariates und dem Quai d'Orsay differenziert werden. Oft waren französische Erziehungspolitiker in Deutschland ihren Kollegen in Paris voraus. Sie mahnten in Paris Schritte an, die aufgrund der allgemeinen politischen Entwicklungen ohnehin nicht mehr aufzuhalten waren. Die Genehmigung von internationalen Begegnungen in Frankreich beispielsweise, mußte von der DEP gegenüber dem Quai d'Orsay 1948 hart erkämpft werden und ihre Realisierung war nicht selbstverständlich. Die Politik der DEP in Deutschland rückte erst im Zuge der wachsenden Spannungen zwischen Ost und West ins Blickfeld des Quai d'Orsay, als nämlich eine stärkere Einbindung der deutschen Jugend in den Westen als Gegengewicht zu ostdeutschen Vereinnahmungsversuchen notwendig erschien und Frankreich diese Einbindung mitgestalten wollte. Das Interesse für die deutsche Jugend und internationale Begegnungen erwachte erst, als sich die Weltjugend in eine kommunistische (FMJD)¹⁰⁷⁸ und nicht-kommunistische Jugend (WAY)¹⁰⁷⁹ zu spalten begann. Als besonderes Beispiel für eine französische Maßnahme im Kontext des Kalten Krieges ist das Europäische Jugendfestival auf der Loreley vom Sommer 1951 hervorzuheben, das auf Initiative der französischen Hohen Kommission zusammen mit den angelsächsischen Alliierten und dem Deutschen Bundesjugendring veranstaltet wurde und ein Gegengewicht zu den Veranstaltungen der FDJ in Berlin schaffen sollte. Insofern ist im Hinblick auf Deutschland ein Zusammenhang zwischen französischer Jugendpolitik und allgemeiner französischer Politik zu konstatieren.

¹⁰⁷⁸ Fédération Mondiale de la Jeunesse Démocratique

¹⁰⁷⁹ World Assembly of Youth

Die Politik der internationalen Jugendbegegnungen war verbunden mit einem sicherheitspolitischen Interesse Frankreichs, denn auch das der Jugendpolitik zugrundeliegende Hauptmotiv hieß "Sicherheit vor Deutschland". Eine Erziehung durch die Vorbilder insbesondere französischer Jugendgruppen sollte letztlich auch einen Beitrag dazu leisten, daß in Deutschland nie wieder ein Krieg möglich sein sollte. Bei der Lösung des Sicherheitsproblems standen allerdings nach 1945 zweifellos wirtschaftliche und militärische Fragen im Vordergrund. Dabei sollte die eigene Wirtschaft mit Hilfe der Zerstörung der deutschen Wirtschaft aufgebaut und die "Waffenschmiede" des deutschen Militarismus beherrscht werden. Für die allgemeine Deutschlandpolitik des Quai d'Orsay fiel die französische Jugendpolitik daher kaum ins Gewicht. Mehr Gewicht erhielt sie erst, wie bereits konstatiert, mit den wachsenden Spannungen zwischen Ost und West. Paris erkannte erst Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre die Bedeutung der internationalen Begegnungen und reagierte schließlich mit der Bildung einer eigenen Abteilung für Internationale Begegnungen innerhalb der Kulturabteilung des Quai d'Orsay. Die politische Lage Westdeutschlands hatte sich infolge des Ost-West-Konfliktes zu diesem Zeitpunkt bereits derart verändert, daß Frankreich "le problème allemand" v. a. europäisch lösen wollte. Dementsprechend war nun auch die Einbindung der jungen Deutschen in den Westen das erklärte Ziel des Quai d'Orsay.

Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung ist, daß der Quai d'Orsay während der direkten Besatzungszeit immer erst dann in die Jugendpolitik eingriff, wenn Briten und Amerikaner politische Entscheidungen bereits gefällt hatten. Dies war bei der Durchführung einer Jugendamnestie 1947 der Fall und bei der Erlaubnis von interzonalen Kontakten, die in der französischen Zone mit wenigen Ausnahmen noch im Mai 1947 offiziell verboten waren. Ein Grund für das Verhalten des Quai d'Orsay mag darin gelegen haben, daß "Lockerungen" in der Besatzungspolitik der französischen Bevölkerung gegenüber plausibler begründet werden konnten, wenn klar war, daß die angelsächsischen Alliierten diesen Schritt bereits vollzogen hatten und somit auch Paris keine Alternative mehr hatte. Dies würde die These stützen, daß eine Umorientierung in der französischen Deutschlandpolitik zumindest für die Öffentlichkeit erst begann, als Frankreich aufgrund der allgemeinen politischen Entwicklung keine Wahl mehr hatte, d. h. spätestens mit dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz 1947. Vorreiter gegenüber den Angelsachsen wollte Moreau indes im Feld der

internationalen Begegnungen sein und schlug 1948/1949 eine interalliierte Zusammenarbeit in diesem Bereich vor. Ein Motiv war dabei, auf diesem Wege den absehbaren französischen Kompetenzverlust in Deutschland im Bildungsbereich auszugleichen. Diese Vorstöße fanden jedoch bei den angelsächsischen Alliierten keinen Widerhall.

In der Zeit der direkten Besetzung bremste die konsequente Haltung des Quai d'Orsay die erziehungspolitischen Bemühungen der DEP in einigen Fällen. Allerdings nahmen Schmittlein und Moreau auch das Risiko auf sich, Anweisungen zu umgehen und sich beispielsweise bei der Organisation internationaler Begegnungen Verbündete im französischen Erziehungsministerium zu suchen. Sie sorgten für administrative Erleichterungen hinsichtlich der französischen Teilnehmer. Die Konflikte innerhalb der DEP, d. h. zwischen Jean Moreau und seinem direkten Vorgesetzten Moinard, scheinen keine Rückwirkungen auf Moreaus Arbeit und seinen Handlungsspielraum gehabt zu haben, zumal ihm sein nächst höherer Vorgesetzter, Raymond Schmittlein, den Rücken stärkte. Reibungsverluste indes erzeugten französische Besatzungsmitarbeiter auf Kreisebene. Ihre Politik habe zwischen übertriebenem Dirigismus, wo überzogene Formalitäten zur Kontrolle der Deutschen oft kontraproduktiv gewesen seien, und Initiativen, die Format bewiesen hätten, geschwankt, hatte Moreau festgestellt.

Es ist auffallend, daß nach 1945 vor allem nichtpolitische Jugendbewegungen gefördert wurden. Politische Jugendgruppen erweckten Argwohn und wurden von der Sûreté beobachtet. Folglich konzentrierte sich die Zusammenarbeit der DGAC in Mainz mit den Jugendbewegungen nach 1949 auch auf den Deutschen Bundesjugendring und nicht auf den Ring der Politischen Jugend, der sich getrennt vom Deutschen Bundesjugendring gebildet hatte. So war auch festzustellen, daß selbst bei dem von den Franzosen initiierten Europäischen Jugendtreffen auf der Loreley politische Jugendgruppen, nur am Rande zu finden waren; die Federführung war dem Deutschen Bundesjugendring übertragen worden. Dieses Verhalten steht im eklatanten Widerspruch zu der Kritik gegenüber der deutschen Regierung, die deutsche Jugend interessiere sich nicht für Politik, denn französische Jugendpolitik untergrub politische Interessiertheit eher als daß sie sie aktiv förderte. Dies wog um so schwerer, als sie den Deutschen selbst eine Umerziehung nicht zutrauten.

Wie konnte es gelingen die internationalen Begegnungen, mit denen Frankreich rückblickend den größten Beitrag zur Demokratisierung der deutschen Jugend geleistet hat, zu institutionalisieren? Der Leiter der Abteilung Internationale Begegnungen in der Kulturabteilung des Französischen Hochkommissariats, Jean Moreau, unternahm bereits in den fünfziger Jahren einige Anstrengungen, um internationale Begegnungen in Deutschland zu fördern und zu implementieren: Er nahm diesbezüglich 1950 Kontakt zur Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten auf - ohne hierbei zunächst einen bilateralen Anspruch zu verfolgen - und wirkte ab 1953 von Paris aus als Leiter der Abteilung Internationale Begegnungen in der Kulturabteilung des Quai d'Orsay in diese Richtung. Diese personelle Kontinuität trug sicher ebenfalls zum Fortbestand internationaler Begegnungen im Rahmen französischer Kulturpolitik bei. Moreau unterstützte ferner die Austauscharbeit privater Organisationen in Deutschland und Frankreich, die wiederum zur Realisierung des internationalen Austausches beitragen wollten und sollten. Die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten hielt sich bezüglich der eigenen Koordinierung internationaler Begegnungen zurück. Dieses Verhalten lag darin begründet, daß sich die Dienststelle politisch nicht in den Vordergrund drängen wollte. So lehnte sie jede offizielle Koordinierung ab, und delegierte sie an private Mittlerorganisationen, insbesondere an das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg. Es zeigte sich jedoch, daß diese politische Zurückhaltung in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre das Scheitern dieser Koordinierungsbemühungen zur Folge hatte. Das Feld der Austauschorganisationen war inzwischen groß und vielfältig und damit auch unübersichtlich geworden und erschwerte eine Koordinierung durch einzelne Organisationen, die darüber hinaus auch häufig finanzielle Engpässe zu überwinden hatten. Die politische Zurückhaltung auf deutscher Seite implizierte ebenfalls, daß die Initiative zu einer Institutionalisierung der Austauschbegegnungen auf Regierungsebene von französischer Seite kommen mußte. Einen eigenen deutschen Vorschlag hätte man auf deutscher Seite nicht als angemessen empfunden. Insofern kann man 1955 keinesfalls von einer echten Bilateralität in kulturpolitischen Fragen sprechen. Die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts nutzte die Möglichkeiten, den noch begrenzten Entscheidungsspielraum zu erweitern, aus dem oben angeführten Grund nicht.

Die Abteilung Internationale Begegnungen leistete nun in den fünfziger Jahren die notwendige Koordinierungsarbeit für internationale Begegnungen und wurde damit zum Vorläufer des späteren Deutsch-Französischen Jugendwerkes. Mit seinen Bemühungen um eine Konsolidierung und Schaffung von Strukturen für den internationalen Jugendaustausch beschleunigte Moreau die deutsch-französische Verständigung der Zivilgesellschaften. Auch seine Mitwirkung an der Entstehung des UNESCO-Jugendinstitutes 1950/1951, an der auch Alfred Grosser beteiligt war, leistete einen Beitrag dazu. Allerdings bleibt festzuhalten, daß er neben dem Aspekt der Verständigungsarbeit den der Umerziehung nicht aus den Augen verlor und durch die Annahme motiviert blieb, die Deutschen bräuchten Unterstützung von außen. Mit seiner Politik leistete er einen Beitrag zur Einbindung der jungen (West-) Deutschen in den Westen Europas.

Für die Schaffung einer Institution, die die Aufgabe haben sollte, den deutsch-französischen Jugendaustausch zu koordinieren, waren zwei Komponenten notwendig: der politische Wille beider Staaten und damit verbunden die Schaffung solider finanzieller Rahmenbedingungen, wie sie erst Anfang der sechziger Jahre als Verdienst von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer gegeben waren. Allerdings war der Boden für die Realisierung dieser Einrichtung auf zivilgesellschaftlicher Ebene - mit Hilfe französischer Jugendpolitik in Deutschland und mit Hilfe privater Organisationen - bereits seit 1946 bereitet worden. So war es das Zusammentreffen der oben genannten Komponenten mit eben dieser "Vorarbeit" im zivilgesellschaftlichen Raum, das den grundsätzlichen Bestand der deutsch-französischen Freundschaft sicherte, zugleich ihre Besonderheit ausmacht und ihr bis heute ihren spezifischen Charakter verleiht. Das 1963 gegründete Jugendwerk vereint diese Komponenten: eine auf politisch, diplomatischer Ebene verankerte Einrichtung, die den Austausch der Zivilgesellschaften organisieren und betreuen soll. Mit der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes gelang es, den in der Nachkriegszeit geprägten "erweiterten" Kulturbegriff, d. h. Kultur nicht nur als Angebot für eine Elite, sondern für weite Kreise der Bevölkerung, neu zu beleben und ihn auch offiziell auf diplomatischer Ebene zu verankern. Das Deutsch-Französische Jugendwerk nimmt einige grundlegende Ideen, die von französischen Besatzungspolitikern formuliert wurden, auf: Der außerschulischen Erziehung wurde im Rahmen der Erziehung ein Platz eingeräumt. Die Notwendigkeit, breite Schichten der Bevölkerung zu interessieren und zur Weiterbildung an-

zuregen, wurde formuliert. Der internationale, thematisch gebundene Austausch sollte genutzt werden, um den eigenen Horizont zu erweitern. Die Notwendigkeit Führungskader als Multiplikatoren weiterzubilden wurde hervorgehoben. Insofern ist gegenüber der unbestrittenen Bedeutung der Zivilgesellschaft für die deutsch-französischen Jugendaustauschbeziehungen, die zuletzt von Hans Manfred Bock betont worden ist¹⁰⁸⁰, die Initiative des Jugendbüros in der französischen Zone stärker zu gewichten. Sicherlich ist der zivilgesellschaftliche Einsatz wichtig, zumal er schon allein durch unentwegtes Engagement einzelner Persönlichkeiten einen Beitrag zur Kontinuität geleistet hat. In transnationalen Beziehungen jedoch kann nur das auf Dauer Bestand haben, was auch politisch gewollt ist, und sei es nur, um die finanziellen Rahmenbedingungen sicher zustellen. Dies war beispielsweise ein Defizit des Deutsch-Französischen Kulturabkommens von 1954, das wiederum als eine Ursache für die schwache Wirkung des Abkommens im Bereich der Jugendpolitik anzusehen ist. Hinzu kommt, daß die gesellschaftlichen Aktivitäten zumindest in dem behandelten Zeitraum bis 1955 nicht das Ausmaß der von der DGAC geförderten Veranstaltungen erreichten. Es waren französische Besatzungspolitiker, die - im Rahmen der Umerziehung - die ersten internationalen Begegnungen organisierten und damit zugleich den Anstoß für Initiativen anderer gaben. Diese entwickelten im Laufe der Jahre eine hohe Dynamik.

Die Gründung des Jugendwerkes mußte vor allem diejenigen freuen, die jahrelang für die Fortsetzung der neuen Form französischer Kulturarbeit gekämpft hatten. So hatte Grosser nach seinen Mahnungen 1955 im Februar 1957 erneut vom Quai d'Orsay gefordert, die Normalisierung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen dürften nicht auf eine gegenseitige kulturelle Propaganda reduziert werden¹⁰⁸¹. Die Gründung des Jugendwerkes ist Fortführung und Vollendung einer Idee, deutsch-französische Annäherung und Aussöhnung durch Begegnungen zu erwirken, zugleich. Sie schuf die Möglichkeit, Kontinuität in den Austausch zu bringen, die für den Bestand einer Völkerfreundschaft Voraussetzung ist. Mit der Gründung des

¹⁰⁸⁰ Vortrag Hans Manfred Bock anlässlich des Kolloquiums zum deutsch-französischen Vertragsjubiläum am 20.1.2003 im Deutsch-Historischen Institut Paris. Vgl. dazu den Artikel: H. M. Bock und Ulrich Pfeil, *Les acteurs culturels et la coopération franco-allemande: formes, objectifs, influences*, in: Defrance, Pfeil (Hg.), *Le Traité de l'Élysée*, S. 193 ff.

¹⁰⁸¹ Vgl. Vermerk Alfred Grossers an Roger Seydoux, Directeur Général des Relations Culturelles et Techniques, vom 6.02.1957, in: MAE/Paris, *Relations Culturelles 1945-1959*, vol. 36.

Deutsch-Französischen Jugendwerkes schufen de Gaulle und Adenauer die institutionellen Voraussetzungen für "la plus grande migration des peuples organisée en temps de paix"¹⁰⁸², wie Rovin später schrieb. Bis heute hat es sieben Millionen jungen Menschen ermöglicht, sich zu begegnen¹⁰⁸³. Daß knapp anderthalb Jahrzehnte, nachdem die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in Trümmern gelegen hatten, dieses Werk auf den Weg gebracht werden konnte, ist unzweifelhaft eine zu würdigende Leistung.

¹⁰⁸² Zit. n. Schulte, *Le messenger*, S. 337.

¹⁰⁸³ Auskunft Rudolf Hermann, Koordinator des Deutsch-Französischen Jugendwerkes in Paris vom 9.3.2004.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivalische Quellen

Ministère des Affaires Etrangères, Archives diplomatiques, Paris

Série Relations culturelles 1945-1959

Série Y Internationale, occupation de l'Allemagne 1944-1949, vol. 650-654, 692

Série Z Europe 1944-1960, Allemagne, vol. 564-567, 569, 570, 572, 575, 751, 752

Série Z Europe, Questions Internationales 1961-1965, RFA, vol. 1550, 1555, 1559, 1571, 1572, 1574, 1577, 1578, 1581, 1960, 1963

Secrétariat des Conférences, Nations Unies et Organisations Internationales (NUOI), 1945-1959, vol. 14, 81, 98

Secrétariat Général 1945-1966, Dossier, Textes de bases, vol. 80

Secrétariat Général 1945-1966, Entretiens et messages, vol. 16-19

Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche, Colmar, Annexe du Quai d'Orsay

Affaires Culturelles

Wurtemberg-Hohenzollern (Commissariat pour le Land Wurtemberg-Hohenzollern)

Rhénanie-Palatinat (Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat)

Bade (Commissariat pour le Land Bade)

Secrétariat (ou Commissariat) Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes:

- Direction Politique, paquet (p.) 44 u. 59
- Direction des Affaires économiques et sociales, p.152
- Centre d'Etudes et de Documentation, p. 25-27 (caisse 2637) u. p. 14, 16, 18 (caisse 2655)

Cabinet du Haut-Commissariat et organismes tripartites rattachées:

- Service du Conseiller Administratif, p. No HC 46
- Elément Français de l'Office Militaire de Sécurité, p.16, 23-24 (caisse 1606), 96 (caisse 3050), 188 (caisse 4425)
- Documents repatriées de l'ambassade de France à Bonn, carton 129, 130, 139, 200

Archives du Conseiller Politique du C.C.F.A., p. 200

Groupe français du Conseil de Contrôle Berlin, caisse 110, carton 1 u. 2

Archives Orales: AOR 5, 1a-1c, Jean-Charles Moreau

Archives Nationales, Paris

Papiers Georges Bidault (457 AP)

Papiers André François Poncet (462 AP)

Archives Nationales, Archives de Fontainebleau

Archives de la Jeunesse et des Sports 1935-1985

Bureau du cabinet

770231/177, F 44 bis 1381-1387

Direction de la Jeunesse, Direction du temps libre et de l'éducation populaire

770181, Art.1, F 44 bis 262; Art. 9, F 44 bis 271

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn

B 90, Referat 600, Kulturabteilung

IV.1 : Bd. 9, 10, 35-37, 76, 77, 99, 100-102, 120, 121, 143-153, 353-358, 360-366, 411-415, 544, 497, 498, 543, 603

B 24, Referat 204, Bd. 259

Büro Staatssekretäre

Bd. 156

Bundesarchiv Koblenz

B 122, Bundespräsidialamt

Amtszeit Theodor Heuss (1949-1959)

Bd. 338 (internationaler Jugendaustausch), 343-345 (Jugendverbände), 534-536 (Frankreich)

B 136, Bundeskanzleramt

Bd. 2076-2077, 2080, 3625, 3581;

Bd. 1994, 5523, 5525, 5527-5528 (Bundesjugendplan)

B 268, Deutscher Bundesjugendring

Bd. 187, 188; 548-550 (Loreley-Treffen 1951); 632

B 189, Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit
Bd. 5430 (Arbeitskreis privater Institutionen für internationale Begegnungen,
1957/58); 5733

Staatsarchiv Freiburg

A2, Badische Staatskanzlei C 5/1, Nr. 2750-2752, 2755, 2759-2761, 2771, 5229,
5654, 5656, 5676, 5705-5769, 6999, 7001, 7002, 7005, 7009

Badisches Ministerium Kultus und Kultur C 25/1, Nr. 205, 207-208

Staatsarchiv Sigmaringen

Wü 2, Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern, Staatssekretariat für das französisch
besetzte Gebiet Württemberg und Hohenzollerns, SIV 873, SIV 874, SIV 880, SIV
904, SIV 917 u. 918, SIV 963, SIV 965

Wü 80, Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern, Nr. 2649, 2651, 2652, 2654,
2657-2659

Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP)

Nachlaß Josef Rommerskirchen, I-234

Nachlaß Heinrich Barth, I-681

Nachlaß Josef Jansen, I-149

Historisches Archiv der Europäischen Gemeinschaften, Florenz

Mouvement Européen (ME), 55. Campagne Européenne de la Jeunesse:

ME 55.01 (Coordination avec le ME), 162, 484, 485, 868, 1317, 1328, 1329, 1411,
1489, 2145, 2162, 2200, 2217

ME 55.05 (Secrétariat international), 85, 153, 161, 1376, 1471

ME 55.10.01 (Secrétaires et comités nationaux, Allemagne), 1454

ME 55.10.02 (Secrétaires et comités nationaux, France), 75, 173, 190, 1384, 1470

Interviews

Jean-Charles Moreau, 4. und 5. November 1994, Dôle und 24. Februar 1997, Paris

Joseph Rován, 24. Februar 1997, Paris

Josef Rommerskirchen, 12. Mai 2001, Mainz und Bonn

Per Fischer (Mitarbeiter von Josef Jansen im Auswärtigen Amt), 20. Januar 1998, Bonn

2. Gedruckte Quellen

2.1. Dokumentationen, Editionen und Quellensammlungen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949-1951, Bd. 2: Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hg. v. Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearb. v. Frank-Lothar Kroll u. Manfred Nebelin, München, Wien 1989.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, hg. v. Hans-Peter Schwarz, Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand u.a., bearb. v. Mechthild Lindemann u. Ilse Dorothee Pautsch, München 1994.

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949- 1963 (BDFD), hg. v. Horst Möller u. Klaus Hildebrand, Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie, bearb. v. Ulrich Lappenküper, Bd. 2: Wirtschaft, bearb. v. Andreas Wilkens, Bd. 3: Parteien, Öffentlichkeit, Kultur, bearb. v. Herbert Elzer, Bd. 4: Materialien, Register, Bibliographien (Erschließungsband), bearb. v. Herbert Elzer in Zusammenarbeit mit Ulrich Lappenküper und Andreas Wilkens, München 1997 u. 1999.

Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn Juli 1955 und Juli 1963.

Bundesvorstand der Deutschen Katholischen Jugend (Hg.), 25 Jahre BDKJ, Düsseldorf 1973.

Direction de l'Éducation Publique (Hg.), L'œuvre culturelle française en Allemagne, o. O. 1947.

Documents diplomatiques français 1954-1962, Bd. 1-21, hg. v. Ministère des Affaires étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, Paris 1987-1998.

De Gaulle, Charles, Discours et messages - Pour l'effort. Août 1962- Décembre 1965, Paris 1970.

Guillaume, Evelyne, Etat des versements du ministère de la jeunesse et des sports conservés au centre des archives contemporaines de Fontainebleau, Mission des Archives Nationales, Paris 1989.

Les Rapports mensuels d'André François-Poncet. Haut-Commissaire français en Allemagne 1949-1955. Les débuts de la République Fédérale d'Allemagne, hg. v. Hans Manfred Bock, Paris 1996.

Ring Politischer Jugend (Hg.), 10 Jahre Ring Politischer Jugend. Junge Union Deutschlands, Jungsozialisten Deutschlands, Deutsche Jungdemokraten, Bonn 1960.

Weisz, Christoph (Hg.), OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, Oldenburg 1994.

Westarbeit der FDJ. 1946-1989, bearb. v. Michael Herms u. Karla Popp, hg. v. Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Bd. 6, Berlin 1997.

2.2. Zeitzeugenberichte, Memoiren

Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1959 - 1963. Fragmente, 3. A. Stuttgart 1983 (1. A. 1968).

Ariel (Pseudonym), Rééduquer les Allemands, Paris 1945.

Bismarck, Klaus von, Rückblick auf die bisherige Arbeit des Jugendhofes und Gedanken für die Zukunft, in: Vlotho-Rundbrief Nr. 1, Juli 1948.

Le Bureau des Mouvements de Jeunesse au Secrétariat d'Etat à la Jeunesse. Entretiens de Patrick Gallaud avec MM. Dupouey et Moreau, in: Les cahiers de l'animation, Nr 49-50 (1985), S. 33-36.

Carrez, Geneviève, Les rencontres internationales, in: Les relations internationales de l'Allemagne occidentale. Cahiers des Sciences Politiques, Paris 1956, S. 187-200.

Cheval, René, Le coq et l'aigle, hg. v. Jean-Marie Valentin, Série II- Gallo-Germanica, Bd. 4, Bern, Frankfurt a. M., New York, Paris 1990.

Couchoud, Eitel-Victor, Die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich, Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen, Bd. 3, Stuttgart 1963, S. 28-31.

Deshayes, Jacques, Zur demokratischen Erneuerung der deutschen Jugendbewegung. Wird die deutsche Jugend zur Demokratie taugen? Vortrag vor der Pariser Handelshochschule aus dem Jahr 1948, abgedr. in: Vaillant, Jérôme (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, S. 187-195.

L'éducation de l'Allemagne occupée, Helen Liddell, Edmond Vermeil, Bogdan Suchodolski (Hg.), Paris 1949.

Gérard, Francis, Que faire de l'Allemagne, Algier 1943.

Grappin, Pierre, Que faire de l'Allemagne? Opinions et projets, Paris 1945.

Grosser, Alfred, Une vie de Français. Mémoires, Paris 1997.

Ders., Emmanuel Mounier und das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Über die Freundschaft hinaus, Stuttgart, Bonn 1988, S. 270-280.

Guervel, Michel, Le fondateur Jean du Rivau, in: Documents, 45 (1990), S. 125-131.

Hausenstein, Wilhelm, Pariser Erinnerungen. Aus fünf Jahren diplomatischen Dienstes 1950-1955, München 1961.

Humblot, Henri, Kontrolle und Anregung der Jugendbewegungen in Südwürttemberg. Ein Erlebnisbericht aus den Jahren 1945 bis 1949, in: Vaillant, Jérôme (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, S. 43-60.

Ders., La jeunesse allemande d'aujourd'hui. Pour une politique de bonne foi, in: Esprit, H. 15, Nr. 131 (März 1947), S. 381-393.

Josselin, Jean, Signification actuelle du Mouvement de Jeunesse, in: Esprit, H. 13, Nr. 115 (Oktober 1945), S. 543-552.

Ders., Au déla du pluralisme, in: Esprit, H. 13, Nr. 115 (Oktober 1945), S. 561-568.

Liddell, Helen, Education in occupied Germany, in: H. Liddell, E. Vermeil, B. Suchodolski (Hg.), L'éducation de l'Allemagne occupée, Paris 1949, S. 95-148.

Kindt, Werner (Hg.), Die Wandervogelzeit. Quellenschriften zur deutschen Jugendbewegung 1896-1919, 2 Bde., hier Bd. 2, Düsseldorf, Köln 1968.

Kusterer, Hermann, Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995.

Maillard, Pierre, De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum, Bonn, Berlin 1990.

Maltzan, Freiherr v., Vollrath, Der Stand der deutsch-französischen Beziehungen, Vortrag am 3. Oktober 1956 vor Mitgliedern und Freunden des Deutsch-Französischen Kreises e. V. in Düsseldorf, in: Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, Schriftenreihe zur Internationalen Politik, Heft Nr. 6, Bad Godesberg 1957.

Marginal, Charles, Aussprache, eine deutsch-französische Zeitschrift, in: Vaillant, Jérôme (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, S. 153-160.

Moreau, Jean-Charles, Nature et convergence des initiatives officielles et privées du rapprochement franco-allemand dans le domaine de la vie associative, in: Jurt (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, S. 196-208.

Ders., Le Témoignage de M. Jean Moreau sur la "Campagne européenne de la Jeunesse" (1950-1958), in: Michel Dumoulin (Hg.), La Belgique et les débuts de la construction européenne, Histoire de notre temps, o.O. 1987, S. 111-120.

Ders., Jugendarbeit und Volksbildung in der französischen Besatzungszone, in: Vaillant, Jérôme (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, S. 23-41.

Ders., Bilan de la rencontre de la jeunesse européenne à la Loreley, in: Allemagne, Nr. 16 (1952) S. 4-7.

Ders., Pour une charte des Mouvements de Jeunesse, in: Esprit, H. 13, Nr.115 (Oktober 1945), S. 595-601.

Morin, Edgar, L'Allemagne, notre souci, Paris 1947.

Du Rivau, Jean, Überwindung der Grenzen-Ideologie, in: Dokumente, 8 (1947), S. 452-455.

Ders., Deutschland und Frankreich, zuerst in Etudes, März 1966, abgedr. in: Dokumente, 21 (1970), S. 11-16.

Rovan, Joseph, Les associations de jeunes au service de l'entente franco-allemande, in: Gilbert Krebs, Hansgerd Schulte (Hg.), Passerelles et passeurs, Paris 2002, S. 289-292.

Ders., Erinnerungen eines Franzosen, der einmal Deutscher war, München, Wien 2000. Originalausgabe: Mémoires d'un Français qui se souvient d'avoir été Allemand, Paris 1999.

Ders., Les relations franco-allemandes dans le domaine de la jeunesse et de culture populaire de 1945 à 1971, in: Revue d'Allemagne, 4 (1972), S. 675-704.

Ders., L'Allemagne de nos mérites, in: Esprit, H. 11, o. Nr. (1945), S. 529-540, dt. Übers. abgedr. in: Rován, Joseph, Zwei Völker. Eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, München 1986, S. 83-102.

Schenk, Fritz, Über Ziele und Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich.

Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen, Bd. 1, Stuttgart 1954, S. 281-289.

Schmid, Carlo, Erinnerungen, Bern, München, Wien 1979.

Ders., Deutschland und Frankreich, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich (1954), S. 11-18.

Schmittlein, Raymond, Die Umerziehung des deutschen Volkes. Bericht vom 27.1.1948, abgedr. in: Vaillant, Jérôme (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, S. 161-185.

Ders., Briser les chaînes de la jeunesse allemande, in: France-Illustration, Nr. 205, 17.9.1949, S. 18.

Ders., Les relations franco-allemandes depuis 1945, in: Pillaudin, Roger (Hg.), Goethe-Institut Paris in Zusammenarbeit mit France Culture, Dialogues franco-allemands, Paris 1976, S. 9-31.

Seydoux, François, Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970, Frankfurt 1978.

Suchodolski, Bogdan, Le problème d'une rééducation du peuple allemand, in: H. Liddell, E. Vermeil, B. Suchodolski (Hg.), L'éducation de l'Allemagne occupée, Paris 1949, S. 73-94.

Tonnelat, Ernest, L'organisation de l'enseignement en Allemagne occupée, in: Politique Etrangère, Bd. 10, Nr. 2, Oktober 1945, S. 161-168.

Vermeil, Edmond, Note sur la rééducation en zone française, in: H. Liddell, E. Vermeil, B. Suchodolski (Hg.), L'éducation de l'Allemagne occupée, Paris 1949, S. 57-69.

Ders., Les Alliées et la rééducation des Allemands, in: Politique Etrangère, Bd. 12, Nr. 6, Dezember 1947, S. 599-622.

Ders., L'Allemagne. Essai d'explication, Paris 1939 (Neuaufgabe 1945).

Ders., Le problème allemand, vue d'ensemble, in: Centre d'Etudes de Politiques Etrangère (Hg.), Quelques aspects du problème allemand, Paris 1945, S. 17-96.

Wintzen, René, Les rencontres franco-allemandes d'écrivains (1945-1984), in: Allemagne d'aujourd'hui, 112 (1990), S. 93-116.

Ders., Private und persönliche Initiativen in der französischen Besatzungszone. Die Zeitschriften Documents und Dokumente, Vent debout und Verger, in: Vaillant, Jérôme (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, 143-151.

2.3. Zeitgenössische Zeitschriften:

Allemagne. Bulletin d'information du Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, Nr. 1, 1949-Nr. 40, 1955.

Die Aussprache. Deutsch-französische Hefte, H. 1 (1948) - H. 10 (1952).

Documents, Revue des questions allemandes, 1 (1945)- 58 (2003).

Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 1 (1945)- 59 (2003).

Treffen/Rencontres, Nr. 1 (1948)-Nr. 4/5 (1949).

Literatur

A – D

Albrecht, Carla, Das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle als Wegbereiter des Deutsch-Französischen Jugendwerks, in: Lendemains, 107/108 (2002), S. 177-189.

Dies., Das "Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle" und seine Zeitschrift "Allemagne" in den deutsch-französischen Intellektuellen-Beziehungen von 1948-1967. Unveröff. Magisterarbeit, betreut von Hans Manfred Bock, Kassel 2000.

Aron, Raymond, Zum deutschen Problem, in: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich (1954), S. 29-41.

Auerbach, Hellmuth, Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48, in: Ludolf Herbst, Werner Bühner, Hanno Sowade (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 577-591.

Ders., Que faire de l'Allemagne? Diskussionsbeiträge französischer Deutschlandexperten 1944-1950, in: Manfrass, Rioux (Hg.), France-Allemagne, S. 289-299.

Baginski, Christophe, La Politique religieuse de la France en Allemagne occupée, 1945-1949, Villeneuve d'Ascq 1997.

Ders. u. Corine Defrance, Naissance et débuts de la République Fédérale d'Allemagne. Septembre 1949-décembre 1950. Récents publications de documents diplomatiques allemands et français, in: Revue d'Allemagne, 31 (1999), S. 209-231.

Bariéty, Jacques, De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée du 22 janvier 1963, in: Institut Charles de Gaulle (Hg.), De Gaulle et son siècle. L'Europe (Bd. 5), Paris 1992, S. 355-362.

Ders., L'action culturelle française en République fédéral d'Allemagne de 1949 à 1955, in: Revue d'Allemagne, 22 (1988), S. 246-260.

Ders., Les relations franco-allemandes entre 1949 et 1955, moteur de l'unification européenne, in: Revue d'Allemagne, 3 (1988), S. 241-245.

Bauer, Johannes, Die deutsch-französischen Beziehungen 1963-1969. Aspekte der Entwicklung nach Abschluß des Vertrages vom 22. Januar 1963, Diss. Universität Bonn, Bonn 1980.

Baumann, Ansbert, Begegnung der Völker? Der Elysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969, Frankfurt a. M. 2003.

Ders., Die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks: Im Spannungsfeld zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Zivilgesellschaft, in: Bock, Deutsch-französische Begegnung, S. 39-60.

Ders., Der sprachlose Partner. Das Memorandum vom 19. September 1962 und das Scheitern der französischen Sprachenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Revue d'Allemagne, 34 (2002), S. 55-75.

Ders., Die organisierte Zusammenarbeit. Die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Elysée-Vertrages (1958-1962), in: dfi compact, 1 (2002), S. 50-59.

Bayerischer Jugendring (Hg.), Ereignisse, Begegnungen, Entscheidungen. Zur 40-jährigen Geschichte des bayerischen Jugendrings, München 1988.

Becker, Josef, Hillgruber, Andreas (Hg.), Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposiums 23.-25. September 1981, München 1983.

Belot, Robert, Frenay, Henri, De la Résistance à l'Europe, Paris 2003.

Bidwell, Percy, Reeducation in Germany: Emphasis on Culture in the French Zone, in: Foreign Affairs, 27/1 (1948), S. 78-85.

Bock, Hans Manfred, Pfeil, Ulrich, Les acteurs culturels et la coopération franco-allemande: formes, objectifs, influences, in: DeFrance, Pfeil (Hg.), Le Traité de l'Elysée, S. 193-209.

Ders., Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963-2003, Opladen 2003.

Ders., Private Verständigungs-Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich 1949 bis 1964 als gesellschaftliche Entstehungsgrundlage des DFJW, in: Hans Manfred Bock (Hg.), Deutsch-französische Begegnung, S. 13-37.

Ders., Private Verständigungs-Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich 1949 bis 1964 als gesellschaftliche Entstehungsgrundlage des DFJW, in: *Lendemains*, 107/108 (2002), S. 146-176.

Ders., Créateurs, organisateurs et vulgarisateurs. Biographies de médiateurs socio-culturels entre la France et l'Allemagne au XXe siècle, in: *Revue d'Allemagne*, 33 (2001), S. 453-467.

Ders., Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998.

Ders., Kulturelle Eliten in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit, in: Dupeux, Hudemann, Knipping (Hg.), *Eliten in Deutschland und Frankreich*, Bd.1, S. 73-91.

Ders., Meyer-Kalkus, Reinhart u.a. (Hg.), *Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930*, 2 Bde., Paris 1993.

Ders., Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949 bis 1955, in: *FRANCIA*, 15 (1987), S. 579-658.

Bossuat, Gérard, *La France, l'aide américain et la construction européenne 1944-1952*, 2 Bde., Paris 1992.

Ders., Les conceptions françaises des relations économiques avec l'Allemagne (1943-1969), in: Andreas Wilkens (Hg.), *Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-1960*, Sigmaringen 1987, S. 25-62 (Akten eines Kolloquiums vom 8. bis 10.12.1994 in Paris).

Boucher, Maurice, Vom Geist des Deutsch-Französischen Kulturabkommens, Vortrag vor der Jahresversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 1956 in Wiesbaden, in: *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* (Hg.), *Forschung und Wirtschaft. Partner im Fortschritt*, III 1956, S. 1-27.

Bourel, François, Jean du Rivau, in: *Dokumente*, 26 (1970), S. 3-8.

Brüchert, Hedwig, u. a., Geneviève Carrez, in: *Rheinland-Pfälzerinnen*, Mainz 2001, S. 70-71.

Brückner, Michael (Hg.), *Der Europa-Ploetz*, Würzburg 1993.

Les Cahiers de l'animation. Publiés par l'Institut National d'Education Populaire, Marly-le-Roi,

Nr. 32 (1981 II), *L'Education populaire de 1920 à 1940*.

Nr. 49-50 (1985 I-II), *Education populaire et jeunesse sous le gouvernement de Vichy*.

Nr. 57-58 (1986 IV-V), L'Espérance contrariée. Education populaire et jeunesse à la Libération (1944-1947).

Carrez, Geneviève, Les rencontres internationales, in: Les relations internationales de l'Allemagne occidentale. Cahiers des Sciences Politiques, Paris 1956, S. 187-200.

Clemens, Gabriele, Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945-1949, Stuttgart 1994 (Akten eines Symposiums vom 3. bis 5.4.1992 in Paderborn).

Comte, Bernard, L'esprit d'Uriage: pédagogie civique et humanisme révolutionnaire, in: Jean-Pierre Rioux (Hg.), La vie culturelle sous Vichy, S. 179-202.

Ders., L'école nationale des cadres d'Uriage, Une communauté éducative non conformiste à l'époque de la révolution nationale (1940-1944), Diss., 2 Bde., Lille 1989.

Ders., L'école d'Uriage. De la formation des cadres à la résistance armée, in: Les Cahiers de l'animation, Nr. 49-50 (1985), S. 147-157.

Conze, Eckart, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik, München 1995.

Coutrot, Aline, Quelques aspects de la politique de jeunesse, in: Fondation Nationale des sciences politiques (Hg.), Le gouvernement de Vichy 1940-1942. Institutions et politiques, Paris 1972, S. 265-290.

Cuer, Georges, Der Französischunterricht und die französische Sprachenpolitik in Deutschland nach 1945, in: Knipping, Le Rider (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 57-89.

Ders., L'accord culturel, Manuskript von J. Ch. Moreau zur Verfügung gestellt.

Corine Defrance, Ulrich Pfeil (Hg.), Le Traité de l'Elysée et les relations franco-allemandes 1945-1963-1990, Paris 2005 (Akten eines Kolloquiums vom 20.1.2003 in Paris). Dt.: Corine Defrance, Ulrich Pfeil (Hg.), Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen, München 2005.

Dies., Pourquoi la culture n'est-elle pas l'objet du traité de l'Elysée? La place de la coopération littéraire, artistique et audiovisuelle dans les relations franco-allemandes, in: Defrance, Pfeil (Hg.), Le Traité de l'Elysée, S. 175-191.

Dies., Raymond Schmittlein: un itinéraire dans la France libre. Entre activités militaires et diplomatiques, in: Relations Internationales, 108 (2001), S. 487-501.

Dies., Le rôle des germanistes dans la politique universitaire de la France en Allemagne pendant la période d'occupation (1945-1949), in: Lendemanns, Französisch-deutsche Kulturbeziehungen: Entente cordiale? 103/104 (2001), S. 56-67.

Dies., La création du réseau de centres culturels français en Allemagne dans l'immédiat après-guerre, in: *Lendemains*, 103/104 (2001), S. 83-107.

Dies., *Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945-1949*, Paris 2000.

Dies., L'apport suisse à la rééducation des Allemands: l'exemple de la coopération universitaire (1945-1949), in : *Revue Suisse d'histoire*, Nr. 48 (1998), S. 236-253.

Dies., La culture dans les projets d'union politique de l'Europe (1961-1962), in: *Revue d'Allemagne*, 29 (1997), S. 289-302.

Dies., Edmond Vermeil et la Commission de rééducation du peuple allemand, in: *Revue d'Allemagne*, 28 (1996), S. 207-221.

Dies., Die Sonderrolle des linken Rheinufers in der französischen Kulturpolitik, 1945-1951, in: Tilmann Koops u. Martin Vogt (Hg.), *Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten, 1919- 1930 und 1945-1949*, Koblenz 1995, S. 43-64.

Dies., *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945-1955*, Strasbourg 1994.

Dies., Eléments d'une analyse de la politique culturelle française en Allemagne à travers son financement, in: *Revue d'Allemagne*, 23 (1991), S. 499-518.

Dies., *Les répercussions sur le plan de culture du passage du Gouvernement Militaire au Haut-Commissariat. Etat de la problématique française. Mémoire de D.E.A. sous la direction de Jacques Bariéty*, Paris 1989.

Dehem, Paul, Les accords de 1963 et l'enseignement de l'allemand, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 84 (1983), S.163-168.

Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), *Deutschland-Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen*, Bd. 1, Stuttgart 1954 u. Bd. 3, Stuttgart 1963.

Deutsch-Französisches Jugendwerk, Pressereferat (Hg.), *15 Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk. 1963-1978*, Bad-Honnef, Paris 1978.

Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), *40 Jahre Deutsche UNESCO-Kommission für Frieden, Entwicklung und den Schutz der Umwelt. Feierstunde in der Paulskirche Frankfurt am Main, 11. Juni 1990*, Leverkusen 1991.

Dies. (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und die UNESCO. 25 Jahre Mitarbeit. Eine Dokumentation*, Leverkusen 1976.

Deutscher Bundesjugendring (Hg.), *Kein Alter zum Ausruhen. 40 Jahre Deutscher Bundesjugendring*, Düsseldorf 1989.

Doublier, Caroline, L'enseignement dans la zone française d'occupation en Allemagne, 1945-1949. Quel bilan?, in: *Revue d'Allemagne*, 34 (2002), S. 45-54.

Du Rivau, Jean, Überwindung der Grenzen-Ideologie, in: Dokumente, 26 (1970), S. 9-10.

Dumoulin, Michel (Hg.), La Belgique et les débuts de la construction européenne, Histoire de notre temps, o.O. 1987, S. 111-120.

Ders., Deutschland und Frankreich, in: Dokumente, 26 (1970), S. 11-16.

Dupeux, Louis, Hudemann, Rainer und Knipping, Franz (Hg.), Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen, 2 Bde., München 1996.

E – G

Eschenburg, Theodor, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart, Wiesbaden 1983.

Faltermaier, Martin, Deutscher Bundesjugendring, München 1959.

Fischer, Georg, Scholtz, Harald, Stellung und Funktion der Erwachsenenbildung im Nationalsozialismus, in: Manfred Heinemann (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Bd. 2: Hochschule, Erwachsenenbildung, Stuttgart 1980, S. 153-169.

Fondation Charles de Gaulle (Hg.), Charles de Gaulle et la jeunesse, Paris 2005 (Akten eines Kolloquiums vom 15. bis 16.12.2003 in Paris).

Fritsch-Bournazel, Renata, Die Wende in der französischen Nachkriegspolitik 1945-1949: Die deutsche Gefahr verliert die Priorität, in: Institut Français de Stuttgart (Hg.), Französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, Tübingen 1987, S. 7-25.

Dies., Frankreich und die deutsche Frage 1945-1949, in: Alexander Fischer, u.a. (Hg.), Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945-1949, Berlin 1984, S. 85-95.

Fröher, Lothar, Der weite Weg. Die deutsche Jugendbewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts, Heidenheim 1984.

Füssli, Karl-Heinz, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945-1955, Paderborn, München, Wien und Zürich 1994.

Giesecke, Hermann, Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, München 1981.

Gillingham, John, Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung, in: VfZ, 35 (1987), S. 1-24.

Gilmore, Richard, *Franc's Postwar Cultural Policies and Activities in Germany: 1945-1956*, Diss. Genf 1971, Washington 1973.

Goldtschmidt, Georges-Arthur, *Les intellectuels allemands et les mouvements de jeunesse de 1904 à 1945*, in: *Documents, Revue des questions allemands*, 54, No spécial (1999), S. 62-63.

Greschat, Martin, *Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit*, Stuttgart 2002.

Grohnert, Reinhard, *Die Entnazifizierung in Baden 1945-1949*, Stuttgart 1991.

Grosser, Alfred, *Damals und heute: immer noch wegweisend?*, in: Bock (Hg.), *Projekt deutsch-französische Verständigung*, S. 167-170.

Ders., Emmanuel Mounier und das Comité Français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, in: *Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich (1954)*, S. 270-280.

Gruson, Pascale, *L'entre-deux-guerre: un temps favorable pour la germanistique française?* In: *Lendemain*, 103/104 (2001), S. 15-29.

Ders., Edmond Vermeil (1878-1964), in: Michael Werner, Michel Espagne (Hg.), *Les études germaniques en France 1900-1970*, Paris 1994, S. 171-193.

Guervel, Michel, *Le BILD, de Jean de Rivau à Joseph Rovin*, in: Henri Ménudier (Hg.), *Le couple franco-allemand en Europe*, S. 299-306.

Guillaume, Evelyne, *Etat des versements du ministère de la jeunesse et des sports conservés au centre des archives contemporaines de Fontainebleau*, Mission des Archives Nationales, Paris 1989.

Guillaume, Sylvie, *Les entourages des chefs du gouvernement en France et en Allemagne dans les années cinquante*, in: Dupeux, Hudemann, Knipping (Hg.), *Eliten in Deutschland und Frankreich*, Bd. 2, S. 109-115.

Gruner, Wolf D., Müller, Klaus-Jürgen (Hg.), *Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart*, Hamburg 1996.

H – K

Halls, Wilfred Douglas, *The Youth of Vichy France*, Oxford 1981.

Ders., *Kulturelle Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland*, in: *Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich (1954)*, S. 99-110.

Heil, Peter, *"Gemeinden sind wichtiger als Staaten". Idee und Wirklichkeit des kommunalen Neuanfangs in Rheinland-Pfalz, 1945-1947*, Mainz 1997.

Heinemann, Manfred, Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945-1952. Teil 3: Die Französische Zone, bearb. v. Jürgen Fischer u. a., Hildesheim 1991.

Ders. (Hg.), Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981.

Ders. (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich, 2 Bde., Stuttgart 1980.

Hénon, Pierre, Les débuts d'un mouvement: Travail et Culture, in: Cahiers de l'animation, Nr. 57-58 (1986), S. 217-222.

Hermes, Michael, Noack, Gert, Die Westarbeit der Freien Deutschen Jugend 1945/46-1953, in: Deutschland Archiv, Jg. 28 (1995), S. 1152-1161.

Ders., Zur Stalinisierung der West-FDJ 1949 bis 1952, in: Helga Gotschlich (Hg.), "Links und links und Schritt gehalten ..." Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 97-113.

Hildebrand, Klaus, Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982, Bonn 1991.

Ders., "Atlantiker" versus "Gaullisten". Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der sechziger Jahre, in: Revue d'Allemagne, 22 (1990), S. 583-592.

Ders., Der provisorische Staat und das ewige Frankreich - Die deutsch-französischen Beziehungen 1963-1969, in: Schwarz (Hg.), Adenauer und Frankreich, S. 62-81.

Ders., Pommerin, Rainer (Hg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln, Wien 1985.

Hillel, Marc, L'occupation française en Allemagne (1945-1949), Paris 1983.

Hochstuhl, Kurt, 1923: Le congrès pour la paix de Fribourg. Contexte et déroulement, in: Documents, No spécial (2002), S. 18-23.

Hudemann, Rainer, Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 6 (1997), S. 31-40.

Ders., Die französische Besatzung in Deutschland nach 1945, in: Wolf D. Gruner u.a. (Hg.), Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart, S. 443-473.

Ders., Französische Besatzungsmacht und deutsche Bevölkerung nach zwei Weltkriegen, in: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs, in: Ernst Willi Hansen, Ger-

hard Schreiber, Bernd Wegner (Hg.), Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995, S. 427-445.

Ders., Frankreichs Besatzung in Deutschland: Hindernis oder Auftakt der deutsch-französischen Kooperation? In: Jurt (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, S. 237-254.

Ders., Frankreich und der Kontrollrat 1945-1947, in: Manfrass, Rioux (Hg.), France-Allemagne, S. 97-118.

Ders., Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988.

Ders., Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Knipping/Le Rider (Hg.), Französische Kulturpolitik, S. 15-31.

Hüser, Dietmar, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik". Dynamik aus der Defensive-Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten, Berlin 1996.

Hüttenberger, Peter, Molitor, Hansgeorg (Hg.), Franzosen und Deutsche am Rhein 1889-1919-1945, Essen 1989.

Institut Français de Stuttgart (Hg.), Französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, Tübingen 1987, S. 61-67.

Jacobs, Kirsten, L'historique du B.I.L.D. 1945-1995. 50 ans d'engagement au service de l'amitié franco-allemande, Mémoire de maîtrise, Univ. Paris III, 1995.

Jürgensen, Kurt, Zum Problem der "Political Re-education", in: Heinemann (Hg.), Umerziehung und Wiederaufbau, S. 114-139.

Jurt, Joseph (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg 1993.

Ders. (Hg.), Die "Franzosenzeit" im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse und Forschungsergebnisse, Freiburg 1992 (Akten eines Kolloquiums vom 8.5.1991 in Freiburg).

Kaehlbrandt, Roland, For ever young? L'Office Franco-Allemand pour la Jeunesse (OFAJ), in: Henri Ménudier (Hg.), Le couple franco-allemand en Europe, Paris 1993, S. 123-131.

Kaff, Brigitte (Hg.), Junge Union 1945-1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone, Freiburg i. Br. 2003.

Kessel, Martina, Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945-1947, München 1989.

Kimmel, Adolf, Die politisch-administrativen Eliten in Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Essay, in: Dupeux, Hudemann, Knipping (Hg.), Eliten in Deutschland und Frankreich, Bd. 2, S. 117-123.

Ders., Le Rider, Jacques, (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945-1950. Ein Tübinger Symposium, 19.-20. September 1985, Tübingen 1987.

Klönne, Arno, "Jugendeinheit - Deutsche Einheit", Die Bemühungen um eine gesamtdeutsche Jugendvertretung 1946-1948, in: Deutschland Archiv, 21,1 (1988), S. 624-633.

Ders., Jugend im Dritten Reich: Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen, 1. A. Düsseldorf, Köln 1982.

Klose, Werner, Generation im Gleichschritt: Die Hitlerjugend. Ein Dokumentarbericht, Oldenburg, Hamburg, München 1982 (Neuausgabe, 1. A. 1964).

Knipping, Franz, Le Rider, Jacques (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949, Tübingen 1987.

Koch-Mehrin, Cordes, 40 Jahre Deutsche UNESCO-Kommission, in: Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), 40 Jahre Deutsche UNESCO-Kommission für Frieden, Entwicklung und den Schutz der Umwelt. Feierstunde in der Paulskirche Frankfurt am Main, 11. Juni 1990, Leverkusen 1991, S. 9-12.

Köhler, Henning, Das Ende Preußens in französischer Sicht, Berlin, New York 1982.

Kotek, Joel, Paix et guerre parmi les jeunes et les étudiants. Les organisations internationales de jeunesse et d'étudiants dans la guerre froide (1935-1967). Contribution à l'étude de la guerre froide. Thèse présentée en vue du Doctorat de l'IEP (Institut d'Etudes Politiques) de Paris sous la direction de Pierre Hassner, Paris 1992 (unveröffentlicht).

Krabbe, Wolfgang R. (Hg.), Parteijugend in Deutschland: Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945-1980, 1. A. Wiesbaden 2002.

Ders., Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993.

Krebs, Gilbert (Hg.), Sept décennies de relations franco-allemandes 1918-1988. Hommage à Joseph Rovin, Asnières, Institut de l'Allemand, Paris 1989.

Ders., La paix par la jeunesse. Aspects du pacifisme en France et en Allemagne entre les deux guerres mondiales, in: Krebs (Hg.), Sept décennies de relations franco-allemandes, S. 155-190.

L – M

Lacouture, Jean, De Gaulle, 3 Bde., Bd.1, Le rebelle 1890-1944, Paris 1984.

Lange-Quassowski, Jutta-B., Amerikanische Westintegrationspolitik, Re-education und deutsche Schulpolitik, in: Heinemann (Hg.), Umerziehung und Wiederaufbau, S. 53-85.

Dies., Neuordnung oder Restauration? Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung - Schulstruktur - Politische Bildung, Opladen 1979.

Lappenküper, Ulrich, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der "Erbfeindschaft" zur "Entente élémentaire", Bd. I 1949-1958, Bd. II 1958-1963, München 2001.

Ders., Stätte der Begegnung, Heimstatt der Versöhnung und Eintracht zwischen den Völkern: Die Gründung des Deutschen Hauses in der Cité Universitaire de Paris (1950-1956), in: Martin Raether (Hg.), 1956-1996, Maison Heinrich Heine Paris, Quarante ans de présence culturelle, Paris 1998, S. 131-155.

Ders., "Sprachlose Freundschaft"? Zur Genese des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954, in: Lendemains, 84 (1996), S. 67-82.

Ders., Wilhelm Hausenstein, Adenauers erster Missionschef in Paris, in: VfZ, 43 (1995), S. 635-678.

Ders., Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung, in VfZ, 42 (1994), S. 403-445.

Lattard Alain, Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland. Der Streit Laffon - Koenig, in: VfZ, 39 (1991), S. 1-35.

Ders., A propos de l'occupation française en Allemagne 1945-1949: le conflit Laffon - Koenig, in: Gilbert Krebs (Hg.), Sept décennies de relations franco-allemandes 1918-1988. Gilbert Krebs (Hg.) Hommage à Joseph Rovin, S. 227-262.

Ders., Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988.

Lefèvre, Sylvie, Les relations économiques franco-allemands de 1945 à 1955. De l'occupation à la coopération, Paris 1998.

Lépagnol, Christian, Histoire de Vichy, 5 Bde., hier: Bd. 3: La révolution nationale, Genf 1980 ("Une jeunesse nouvelle", S.111-143.); Bd. 5: L'épuration, Genf 1981 ("L'épuration des cadres de la nation", S. 131-159.).

Lingenthal, Michael, Deutsch-Polnisches Jugendwerk: Baustein zu einem besseren Miteinander der Jugend beider Länder, in: Städte- und Gemeinderat, 11 (1993), S. 368-376.

Linsel, Knut, Charles de Gaulle und Deutschland 1914-1969, Sigmaringen 1998.

Lippgens, Walter, Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944-1946, in: VfZ, 24 (1976), S. 136-198.

Lippgens, Marianne, La Campagne Européenne de la Jeunesse (CEJ) de 1951 à 1958, in: Dumoulin (Hg.), La Belgique, S. 51-57.

Lorenz, Klaus-Peter, Der Beitrag der politischen Jugendbildung zur Überwindung antidemokratischer Traditionen in den Nachkriegsjahren. Eine Untersuchung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit in Ländern der britischen Zone mit dem Schwerpunkt Jugendhof Vlotho und ihrer Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus für den Zeitraum 1945-1949, Diss. Universität Kassel, 1987.

Loth, Wilfried, Frankreichs dunkle Jahre: Besetzung, Kollaboration, Résistance, in: Wolf D. Gruner, u.a. (Hg.), Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart, S. 419-441.

Ders., Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.

Ders., Die Franzosen und die deutsche Frage 1945-1949, in: Scharf, Schröder (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone, S. 27- 48.

Ders., Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955., 10. A. München 2002, 1. A. 1980.

Lohse, Eckart, Östliche Lockungen und westliche Zwänge. Paris und die deutsche Teilung 1949-1955, München 1995.

Mählert, Ulrich, Stephan, Gerd-Rüdiger, Blaue Hemden. Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996.

Mai, Gunther, Der alliierte Kontrollrat in Deutschland, 1945-1948, München 1995.

Manfrass, Klaus, Rioux, Jean-Pierre (Hg.), France - Allemagne 1944-1947. Akten des deutsch-französischen Historikerkolloquiums, Baden-Baden 2.-5.12.1986, Paris 1990.

Dies. (Hg.), Paris - Bonn, Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984.

Martens, Stefan (Hg.), Vom "Erbfeind" zum "Erneuerer". Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993.

Martin, Anne, Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, Mainz 1995.

Merseburger, Peter, Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995.

Ménudier, Henri, L'Allemagne occupée 1945-1949, Paris 1990.

Ders., Les travaux de Joseph Rovin, in: Krebs (Hg.), Sept décennies de relations franco-allemandes, S. 343- 360.

Ders., Das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ein exemplarischer Beitrag zur Einheit Europas, Stuttgart, Bonn, München 1991. Originalausgabe: Ders., L'Office franco-allemand pour la Jeunesse, Paris 1988.

Merlio, Gilbert, Die französische Germanistik und ihr Verhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland, in: Holger Dainat, Lutz Danneberg (Hg.), Literaturwissenschaft und Nationalsozialismus, Tübingen 2003, S. 287-300.

Ders., Lichtenberger, d'Harcourt, Vermeil: trois germanistes français face au national-socialisme, in: Bock, Hans-Manfred u.a. (Hg.), Entre Locarno et Vichy, S. 375- 390.

Ders., L'image de l'Allemagne chez les germanistes français de l'entre deux-guerres, in: Allemagne d'aujourd'hui, 105 (1988), S. 66-83.

Mézières, Raïssa, Documents, revue des questions allemandes et de l'idée européenne, 1945-1949, in: Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin, Nr. 5, 1998, S. 33-50.

Mézières, Raïssa, L'idée d'Europe dans Documents, Revue des questions allemandes (1945-1963), Mémoire de Maîtrise sous la direction de Robert Frank, Université de Paris I, 1997 (unveröffentlicht).

Michels, Eckardt, Deutsche in der Fremdenlegion 1870-1965. Mythen und Realitäten, Paderborn 2000.

Mölher, Rainer, Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992.

Mombert, Monique, L'enseignement de l'allemand en France 1880-1918 "entre" modèle allemand et "langue de l'ennemie", Straßburg 2001.

Dies., Les études allemandes en France entre les deux guerres: L'exemple de Strasbourg, in: Lendemains, 103/104 (2001), S. 30-41.

Dies., Sous le signe de la rééducation. Jeunesse et livre en Zone Française d'Occupation 1945-1949, Straßburg 1995.

Muller, Charles, Les premiers mois de l'occupation, in: Jurt (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, S. 190-195.

Müller, Michael, Konfessionell oder simultan? Der Streit um die Volksschule in Rheinland-Pfalz 1945-1953, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, 45 (1981), S. 317-346.

Muracciole, Jean-François, Les enfants de la défaite. La Résistance, l'éducation et la culture, Paris, Presses de Science Po 1998.

Müllenmeister, Uwe, Die „Begegnung europäischer Jugend“ 1951-Anfänger der internationalen Jugendarbeit, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.), Kein Alter zum Ausruhen. 40 Jahre Deutscher Bundesjugendring, Düsseldorf 1989, S. 176-183.

N – Q

Opitz, Peter J., Rittberger, Volker (Hg.), Forum der Welt. 40 Jahre Vereinte Nationen, 1. A., Stuttgart 1986.

Osterheld, Horst, "Ich gehe nicht leichten Herzens ...". Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, 2. A. Mainz 1987 (1. A. 1986).

Ory, Pascal, La politique culturelle de Vichy: ruptures et continuités, in: Rioux (Hg.), La vie culturelle sous Vichy, S. 225-238.

Poidevin, Raymond, Robert Schuman. Homme d'Etat (1986-1963), Paris 1986.

Pakschies, Günter, Re-education und die Vorbereitung der britischen Bildungspolitik in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, in: Heinemann (Hg.), Umerziehung und Wiederaufbau, S. 103-113.

Ders., Umerziehung in der britischen Zone 1945-1949, Weinheim, Basel 1979.

Palayret, Jean Marie, Eduquer les Jeunes à l'Union: La campagne européenne de la jeunesse (1951-1958), in: Journal of European Integration History, 2/2 (1995), S.47-60.

Peisert, Hansgert, Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1978.

Pfeil, Ulrich, Die "anderen" deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949-1990, Köln 2004.

Ders., Störmanöver aus dem Osten. Wie die DDR das Deutsch-Französische Jugendwerk verhindern wollte, in: Die Politische Meinung, Nr. 398 (2003), S. 58.

Ders., "Nous sommes venus en RDA pour connaître un pays socialiste". Die Anfänge der Jugendbeziehungen zwischen der DDR und Frankreich, in: Dokumente, 55 (1999), S. 284-290.

Ders., Les réactions de la RDA à la création de l'OFAJ, in: Documents, 52 (1997), S. 72-79.

Phillips, David, *The British and University Reform Policy in Germany, 1945-1949*, Oxford 1983.

Picard, Emmanuelle, *Des usages de l'Allemagne. Politique culturelle française en Allemagne et rapprochement franco-allemand, 1945-1963. Politique publique, trajectoires, discours. Thèse de doctorat à l'Institut d'Etudes Politiques de Paris, 1999 (unveröffentlicht).*

Dies., *Elemente eines Vergleichs zwischen der französischen Kulturpolitik während der Besatzungszeit in Deutschland und Österreich*, in: Institut Français (Hg.), *50 Jahre gemeinsame Arbeit. Akten des Kolloquiums vom 25.10.1996*, Innsbruck 1997, S. 69-76.

Dies., *Les fondateurs de la revue d'Allemagne. Itinéraires d'Intellectuels français face à l'Allemagne, 1919-1949*, Mémoire présenté pour le D.E.A, 1990 (unveröffentlicht).

Picht, Robert, *General de Gaulle und die deutsche Jugend*, in: Wilfried Loth u. Robert Picht (Hg.), *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen 1991, S.193-202.

Pincas, Eric, *Edgar Morin, penseur de l'Europe*, in: *Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin*, Nr. 5, 1998, S. 51-64.

Plum, Jacqueline, *La jeunesse et la réconciliation des peuples. L'OFAJ, une volonté du Général et du Chancelier*, in: *Fondation Charles de Gaulle (Hg.), Charles de Gaulle et la jeunesse*, Paris 2005, S. 241-247.

Dies., *Das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951: Ein jugendpolitischer Einigungsversuch*, in: *Lendemains*, 107/108 (2002), S. 190-201.

Dies., *Die FDJ und ihr Verhältnis zu Frankreich (1945-1951)*, in: *Revue d'Allemagne*, 32 (2000), S. 91-101.

Dies., *Jugend und deutsch-französische Verständigung. Die Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages und die Gründung des deutsch-französischen Jugendwerkes*, in: *FRANCIA*, 26/3 (1999), S. 77-108.

Poidevin, Raymond, *Die französische Deutschlandpolitik 1943-1949*, in: Scharf, Schröder (Hg.) *Deutschlandpolitik*, S. 15-25.

Ders., *La France devant le danger allemand (1944-1952)*, in: Hildebrand, Pommerin (Hg.), *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht*, S. 253- 267.

Ders., *Frankreich und die Deutsche Frage 1943-1949*, in: Becker, Hillgruber (Hg.), *Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 405- 420.

Ders., *Bariéty, Jacques, (Hg.), Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975*, München 1982.

Pôle de conversation des archives des associations de jeunesse et d'éducation populaire (PAJEP) (Hg.), Histoire des cadres de jeunesse et d'éducation populaire (1918-1971), Beiträge eines Kolloquiums vom 20. bis 22.11.2003, Paris.

Prat, Olivier, Marc Sangier et la paix ou le rêve d'une société des peuples, in: Documents, No spécial 2002, S. 10-17.

R - Z

Rahner, Mechthild, Die Intellektuellentreffen der Nachkriegszeit als Agentur der deutsch-französischen Verständigung, in: Lendemains, 84 (1996), S.96-109.

Raymond, Jean-François de, L'action culturelle extérieure de la France. Les études de la documentation française, Paris 2000.

Rheinland-Pfälzerinnen, Frauen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in den Anfangsjahren des Landes Rheinland-Pfalz, bearb. v. Hedwig Brüchert. Veröffentlichung der Kommission des Landtages für Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 23, Mainz 2001.

Rioux, Jean-Pierre (Hg.), La vie culturelle sous Vichy, Brüssel 1990.

Ritters, Claus, Pädagogik und internationale Begegnung. Dokumentation von Veröffentlichungen aus den Jahren 1945-1966, Weinheim, Berlin, Basel 1969.

Röhrs, Hermann, Die Reformpädagogik: Ursprung und Verlauf unter internationalem Aspekt, 4. A. Weinheim 1994.

Robert Bosch-Stiftung, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutsch-Französische Kulturbeziehungen. Bilanz und Vorschläge. Ergebnisse des VIII. Deutsch-Französischen Kolloquiums Ludwigsburg (Dezember 1980), Stuttgart, Ludwigsburg 1981.

Roche, François, Pigniau, Bernard (Hg.), Histoires de diplomatie culturelle des origines à 1995, Paris 1995.

Rousso, Henry, Vichy: politique, idéologie et culture, in: Rioux (Hg.), La vie culturelle sous Vichy, S. 19-39.

Rovan, Joseph, Zwei Völker. Eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, München 1986.

Ruge-Schatz, Angelika, Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949, Diss., Frankfurt a. M., Bern, Las Vegas 1977.

Sauer, Walter, Die deutsche Jugendbewegung - Schwierigkeiten einer Ortsbestimmung, in: Ders. (Hg.), Rückblicke und Ausblicke. Die deutsche Jugendbewegung im Urteil nach 1945, Heidenheim 1978, S. 9-41.

Sauerhöfer, Werner, Die Jugendverbandkontakte zwischen den beiden deutschen Staaten, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.), Kein Alter zum Ausruhen. 40 Jahre Deutscher Bundesjugendring, Düsseldorf 1989, S. 151-166.

Scharf, Claus, Schröder, Hans-Jürgen (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945 - 1949, Wiesbaden 1983.

Scheibe, Wolfgang, Die reformpädagogische Bewegung: 1900-1932. Eine einführende Darstellung, 10. u. neuausgestattete A. Weinheim, Basel 1994.

Schlander, Otto, Der Einfluß von John Dewey und Hans Morgenthau auf die Formulierung der Re-educationpolitik, in: Heinemann (Hg.), Umerziehung und Wiederaufbau, S. 40-52.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M., Berlin 1986, S. 731-739.

Schreiner, Reinhard, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944-1948, Frankfurt a. M. 1985.

Schulte, Hansgerd, Le messenger: Joseph Rovin. Essai d'une biographie franco-allemande, in: Krebs (Hg.), Sept décennies de relations franco-allemandes, S. 319-342.

Schwab, Ulrich (Hg.), Vom Wiederaufbau zur Wiedervereinigung. Evangelische Jugend in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1995. Geschichte der Evangelischen Jugendarbeit, Teil 2, Hannover, ersch. 2003, unveröff. Manuskript.

Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991.

Ders. (Hg.), Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958-1969, Bonn 1985.

Seidelmann, Karl, Die Pfadfinder in der deutschen Jugendgeschichte, Teil I, Darstellung, Hannover 1977.

Sirinelli, Jean-François, Les élites culturelles en France au XXème siècle, in: Dupeux, Hudemann, Knipping (Hg.), Eliten in Deutschland und Frankreich, Bd. 1, S. 65-72.

Soutou, Georges-Henri, La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943-1990, Paris 2001.

Ders., Les élites diplomatiques françaises et allemandes au XXème siècle, in: Dupeux, Hudemann, Knipping (Hg.), Eliten in Deutschland und Frankreich, Bd. 1, S. 303-314.

Ders., La place de l'URSS dans la politique allemande de la France 1943-1969, in: Christian Baechler, Klaus-Jürgen Müller (Hg.), Les tiers dans les relations franco-

allemandes. Dritte in den deutsch-französischen Beziehungen, München 1996, S. 45-62.

Stadt, Jochen, Unter der Käseglocke des nationalen Sozialismus. Die SED, die volkseigenen Nazis und die Konservierung des Nationalismus, in: Zeitschrift des Forschungsverbandes SED-Staat, H. 9 (2000), S. 59-73.

Staritz, Dieter, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 3. überarb. u. erw. A., München 1995.

Stoll, Ulrike, Kulturpolitik als Beruf. Dieter Sattler (1906-1968) in München, Bonn und Rom, Paderborn 2005.

Ströher, Lothar, der weite Weg. Die deutsche Jugendbewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts, Heidenheim 1984.

Sturm, Margarete, Un texte tombé dans l'oubli: l'accord culturel franco-allemand du 23 octobre 1954, in: Allemagne d'aujourd'hui, 84 (1983) S. 9-22.

Tambarin, Marcel, Edmond Vermeil. Allemagne. Essai d'explication, in: Chroniques allemandes, 9 (2001/2002), S. 89-102.

Téard, Françoise, L'histoire d'une malentendu: les politiques de la jeunesse à la Libération, in: Cahiers de l'animation, Nr. 57-58 (1986), S. 81-99.

Tent, James F., Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany, London, Chicago 1982.

Ders., Educations and Religious Affairs Branch, OMGUS und die Entwicklung amerikanischer Bildungspolitik 1944 bis 1949, in: Heinemann (Hg.), Umerziehung und Wiederaufbau, S. 68-85.

Tiemann, Dieter, Nachwuchseliten für die Verständigung? Ein Aspekt deutsch-französischer Kulturbeziehungen in der Zwischenkriegszeit, in: Dupeux, Hudemann, Knipping (Hg.), Eliten in Deutschland und Frankreich, Bd. 1, S. 101-109.

Ders., Völkerverständigung und nationale Befangenheit. Die deutsch-französischen Jugendbeziehungen und ihr Scheitern (1921-1932), in: Krabbe (Hg.), Politische Jugend, S. 129-145.

Ders., Deutsch-Französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit, Bonn 1989.

Ders., Zu historischen Forschungen in Paris. Ein Erfahrungsbericht, in: GWU, 36 (1985), S. 361-370.

Thierfelder, Jörg, Die Kirchenpolitik der Besatzungsmacht Frankreich und die Situation der evangelischen Kirche in der französischen Zone, in: Kirchliche Zeitgeschichte, 2 (1999), S. 221-238.

Tischner, Wolfgang, Katholische Jugend und FDJ in der SBZ und frühen DDR, in: Kaff (Hg.), Junge Union, S. 223-244.

Vaillant, Jérôme, Aspects de la politique culturelle en Allemagne 1945-1949, in: Ménudier (Hg.), L'Allemagne occupée 1945-1949, Paris 1990, S. 201-220.

Ders., Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949, in: Hüttenberger, Molitor (Hg.), Franzosen und Deutsche am Rhein, S. 203- 217.

Ders., (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984.

Ders., Was tun mit Deutschland? Die französische Kulturpolitik im besetzten Deutschland von 1945 bis 1949, in: Heinemann (Hg.), Umerziehung und Wiederaufbau, S. 201-210.

Ders., (Hg.) La dénazification par les vainqueurs. La politique culturelle des occupants en Allemagne 1945-1949, Lille 1981.

Vaïsse, Maurice, La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958-1969, Paris 1998.

Weber, Petra, Die deutsch-französischen Beziehungen im Spiegel der Autobiographien: Zum historischen Quellenwert der Erinnerungen Carlo Schmid und Joseph Rovans, in: Revue d'Allemagne, 33 (2001), S. 469-486.

Dies., Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie, München 1996.

Weisz, Christoph (Hg.), OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, Oldenburg 1994.

Wilhelm, Georg, Evangelische Jugend in der SBZ, in: Kaff (Hg.), Junge Union, S. 245-265.

Wilkens, Andreas, Von der Besatzung zur westeuropäischen Integration. Die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit (1945-1950), in: Historische Mitteilungen, 4 (1991), S. 1-21.

Willis, Frank Roy, The French in Germany 1945-1949, Stanford 1962.

Winkelheide, Josef, Der katholische Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung, in: 87. Deutscher Katholikentag Düsseldorf 1982, Bd. 2, Vortragsreihe Fragen zur Zeitgeschichte, S. 372-385.

Winock, Michel, "Esprit". Des intellectuels dans la cité 1939-1950, erw. Neuauflage, Paris 1996 (1. A. 1975).

Wintzen, René, Le rôle des „services d'Education populaire“ et des initiatives privées (rencontres franco-allemandes d'écrivains, Documents/Dokumente), in: Jurt (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, S. 209-224.

Woite-Wehle, Stefanie, Zwischen Kontrolle und Demokratisierung: Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland 1945-1950, Schorndorf 2001, (Diss. Universität des Saarlandes).

Wolfrum, Rüdiger (Hg.), Handbuch Vereinte Nationen, 2. überarb. A., München 1991.

Zauner, Stefan, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945-1949, München 1994.

10 Jahre Ring Politischer Jugend. Junge Union Deutschlands, Jungsozialisten Deutschlands, Deutsche Jungdemokraten, hg. v. RPJ, Bonn 1960.

Ziebura, Gilbert, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart 1997.

Zimmermann, Karin, La revue "Documents" de 1945 à 1949. Portrait de l'initiative naissante et étude de contenu: une vision chrétienne et historique du monde, Mémoire de maîtrise, Univ. Lyon II 1993.

Znined-Brand, Victoria, Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Français in Deutschland seit 1945, Frankfurt a.M. 1999.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|--|
| AAPD | Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland |
| ACDP | Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung |
| ACJF | Association Catholique de la Jeunesse Française |
| BA | Bundesarchiv |
| B.I.L.D. | Bureau International de Liaison et de Documentation |
| CGAAA | Commissariat (zunächst Secrétariat) Général des Affaires Allemandes et Autrichiennes |
| Comité | Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle |
| DBJR | Deutscher Bundesjugendring |
| DEP | Direction de l'Education Publique |
| DFI | Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg |
| DFJW | Deutsch Französisches Jugendwerk |
| DGAC | Direction Générale des Affaires Culturelles |
| FDJ | Freie Deutsche Jugend |
| FMJD | Fédération Mondiale de la Jeunesse Démocratique |
| GÜZ | Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit |

| | |
|--------|--|
| JAC | Jeunesse Agricole Catholique |
| JEC | Jeunesse Etudiante Catholique |
| JOC | Jeunesse Ouvrière Catholique |
| MAE | Ministère des Affaires Etrangères |
| ME | Mouvement Européen |
| PA | Politisches Archiv des Auswärtigen Amts |
| PEC | Peuple et Culture |
| TEC | Travail et Culture |
| UNESCO | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization |
| UPOJ | Union Patriotique des Organisations de Jeunesse |
| VfZ | Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte |
| WAY | World Assembly of Youth |